ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Rahlf, Thomas (Ed.)

Research Report

Deutschland in Daten. Zeitreihen zur Historischen Statistik

Suggested Citation: Rahlf, Thomas (Ed.) (2015) : Deutschland in Daten. Zeitreihen zur Historischen Statistik, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, http://www.bpb.de/shop/buecher/zeitbilder/211002/deutschland-in-daten

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/124185

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Deutschland in Daten

Zeitreihen zur Historischen Statistik

Herausgegeben von Thomas Rahlf

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Deutschland in Daten

Zeitreihen zur Historischen Statistik

Herausgegeben von Thomas Rahlf

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Dr. Thomas Rahlf, Studium der Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Promotion über methodologische Konzepte der Statistik und Ökonometrie, Mitherausgeber der Zeitschrift „Cliometrica. Journal of Historical Economics and Econometric History“, arbeitet seit 2004 bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Bonn.

Impressum
Bonn 2015
© Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86, 53113 Bonn, www.bpb.de

Bestellungen: www.bpb.de/shop > Zeitbilder
Bestellnummer: 3975
ISBN: 978-3-8389-7133-9
Erste Auflage 2015
Redaktionsschluss: Juni 2015

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Projektleitung: Hildegard Bremer, bpb
Redaktion und Lektorat: Benjamin Dresen, Solingen

Grafische Konzeption und Umsetzung:
Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln, www.leitwerk.com
Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Inhaltsverzeichnis

Einleitung / 5
Thomas Rahlf

Die DDR-Statistik:
Probleme und Besonderheiten / 13
André Steiner

01 Umwelt, Klima und Natur / 18
Paul Erker

02 Bevölkerung, Haushalte und Familien / 30
Franz Rothenbacher / Georg Fertig

03 Migration / 46
Jochen Oltmer

04 Bildung und Wissenschaft / 60
Volker Müller-Benedict

05 Gesundheitswesen / 74
Reinhard Spree

06 Sozialpolitik / 88
Marcel Boldorf

07 Öffentliche Finanzen / 102
Mark Spoerer

08 Politische Partizipation / 114
Marc Debus

09 Kriminalität / 130
Dietrich Oberwittler

10 Arbeit, Einkommen und Lebensstandard / 142
Toni Pierenkemper

11 Kultur, Tourismus und Sport / 154
Heike Wolter / Bernd Wedemeyer-Kolwe

12 Religion / 172
Thomas Großbölting / Markus Goldbeck

13 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen / 186
Rainer Metz

14 Preise / 200
Rainer Metz

15 Geld und Kredit / 212
Richard Tilly

16 Verkehr und Kommunikation / 224
Christopher Kopper

17 Landwirtschaft / 236
Michael Kopsidis

18 Unternehmen, Industrie und Handwerk / 250
Alfred Reckendrees

19 Bauen und Wohnen / 266
Günther Schulz

20 Binnenhandel und Außenhandel / 276
Markus Lampe / Nikolaus Wolf

21 Zahlungsbilanz / 292
Nikolaus Wolf

22 Internationale Vergleiche / 304
Jörg Baten / Herman de Jong

Anmerkungen / 320
Autorinnen und Autoren / 336

Legende

Ein „–“ in den Tabellen bedeutet, dass kein Wert vorhanden ist bzw. ermittelt wurde.

Bei Flächendiagrammen stellen Säulen tatsächlich vorhandene Werte, Flächen interpolierte Werte dar.

In Abbildungen hat der Zeitstrahl zur unmittelbaren visuellen Vergleichbarkeit stets dieselbe Breite und beginnt und endet bei gleichen Jahren.

Im Fall einer durchgehenden Linie über mehrere Epochen hinweg bildet diese die Entwicklung für das Deutsche Reich, die Bundesrepublik und das wiedervereinigte Deutschland ab.

DDR-Reihen sind in Abbildungen mit einer gepunkteten Linie dargestellt.

Einleitung

Thomas Rahlf

Geschichte und Statistik

1863 fragte sich Johann Gustav Droysen, was die Geschichte in den Rang einer Wissenschaft erhebe. Anlass dafür war eine Publikation von Henry Thomas Buckle, die wenige Jahre zuvor erschienen war und ein immenses Publikumsinteresse hervorrief. Buckle unternahm in seiner zweibändigen „*History of Civilization in England*" den Versuch, die Geschichte des Landes mit naturwissenschaftlichen Methoden zu erklären. Nicht nur das: Ausschließlich diese Vorgehensweise ermögliche es, so Buckle, die auch für die Geschichte geltenden, unwandelbaren und allgemeinen Gesetze zu formulieren. Die Statistik spielte bei seinem Ansatz eine wesentliche Rolle. Droysen nahm sich die Argumente Buckles in seiner Besprechung in der Historischen Zeitschrift im Einzelnen vor.[1] Seine Einwände gegen dessen Anwendung der Statistik veranschaulichte er an einem Beispiel:

„Mag immerhin die Statistik zeigen, daß in dem bestimmten Lande so und so viele uneheliche Geburten vorkommen, […] daß unter tausend Mädchen 20, 30, wie viele es denn sind, unverheiratet gebären, – jeder einzelne Fall der Art hat seine Geschichte und wie oft eine rührende und erschütternde, und von diesen 20, 30 Gefallenen wird schwerlich auch nur eine sich damit beruhigen, daß das statistische Gesetz ihren Fall ‚erkläre';"[2]

Nun könnte man meinen, es handele sich hierbei um einen rein akademischen Disput zweier gelehrter Männer, aber das war mitnichten so. Im Grunde genommen hat die Frage nach der Bedeutung der Statistik – auch wenn es seither vermutlich nicht mehr so formuliert worden ist – in den folgenden 150 Jahren die Gemüter vielfach entzweit – und sie fiel in eine Aufbruchsphase, deren Dynamik bis heute beeindruckend ist.[3]

Buckle sah sich in der Tradition des Belgischen Statistikers und Astronomen Adolphe Quetelet. Zwischen 1827 und 1835 untersuchte Quetelet eine Vielzahl von statistischen Daten in Form von Tabellen und Grafiken: Geburts- und Todesraten in Abhängigkeit von den Monaten und der Temperatur, den Zusammenhang von Mortalität, Berufen und Orten, in Gefängnissen und Krankenhäusern usw. Seine Erkenntnisse resultierten schließlich 1835 in einer ersten Buchausgabe seiner „*Physique sociale*", die ihm internationale Beachtung als Sozialwissenschaftler einbrachte. Zu seinen größten Bewunderern zählte Ernst Engel, von 1850 bis 1858 Leiter des neu geschaffenen Statistischen Büros des königlichen Ministeriums des Innern in Sachsen und von 1860 bis 1882 Direktor des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus. Ernst Engel gestaltete die Entwicklung der amtlichen Statistik in Deutschland maßgeblich mit. Seine Auffassung über die Bedeutung statistischer Gesetzmäßigkeiten wurde aber in der amtlichen Statistik nicht von jedermann geteilt. Einig war man sich jedoch über die Notwendigkeit des Erhebens, Auswertens und Publizierens entsprechender Daten.

Mit der Institutionalisierung der amtlichen Statistik ging eine wahre Publikationsflut einher. Statistik wurde auf Drängen der entstehenden bürgerlichen Öffentlichkeit, dank des

Engagements einzelner Amtsleiter und schließlich auch durch aufgeschlossene Mitglieder verschiedener Herrschaftshäuser von einer geheimen Staats- zu einer öffentlichen Angelegenheit.[4] Während ausgesuchte Tabellen zunächst in Regierungsblättern oder Almanachen ihren Platz fanden,[5] wurden ab der Jahrhundertmitte in Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und andernorts eigene Publikationsorgane ins Leben gerufen.[6] Alleine von der „Preußischen Statistik" wurden zwischen 1861 und 1934 nicht weniger als 305 Bände publiziert.

Auf Reichsebene wurde 1873, ein Jahr nach Gründung des Kaiserlichen Statistischen Amtes, die „Statistik des Deutschen Reichs" als offizielle Publikationsreihe begründet. 1880 erschien, ergänzend dazu, das erste „Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich". Zu diesem Zeitpunkt zählte die „Statistik" schon 40 Bände. Als sie drei Jahre später durch die „Neue Folge" abgelöst wurde, waren bereits in 63 Bänden rund 40 000 Seiten veröffentlicht. Die „Neue Folge" sollte es bis 1944 dann auf nicht weniger als 601 Bände bringen.

Basis der Veröffentlichungen bildete ein stetig wachsendes Programm eigenständiger Großzählungen (Volks-, Berufs-, Betriebs-, Gewerbezählungen etc.) sowie von Statistiken, die aus laufenden Verwaltungsvorgängen heraus erhoben wurden, oder solcher, die die amtliche Statistik von anderen Datenproduzenten übernahm.[7] Ein Großteil dieses Produktions- und Publikationseifers entsprang wirtschafts- und sozialpolitischen Ambitionen, doch lassen sich politisches und wissenschaftliches Erkenntnisinteresse nicht klar trennen.[8] Ernst Engel beließ es nicht bei der Zusammenstellung von Statistiken, sondern sah seine Aufgabe vor allem in deren Analyse. Ähnliches gilt für Georg von Mayr, 1869 bis 1879 Leiter des Bayerischen Statistischen Bureaus und gleichzeitig außerordentlicher Professor an der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität München. Mayr verfasste ein Werk über die „Gesetzmäßigkeit im Gesellschaftsleben" (1877), vor allem aber das zwischen 1895 und 1917 herausgegebene dreibändige *opus magnum* „Statistik und Gesellschaftslehre", eine „monumentale Anhäufung von Zahlenreihen über jedes denkbare Thema".[9] Im Vergleich zu Engel sah Mayr aber die statistischen Gesetze viel stärker räumlichen und zeitlichen Einschränkungen unterworfen.

Parallel zur amtlichen Statistik, aber weitgehend unter ihrer Beteiligung, gründete man auch eine ganze Reihe wissenschaftlicher Vereine und Zeitschriften, die sich systematisch oder gar ausschließlich wirtschafts- und sozialstatistischen Fragestellungen widmeten.[10] Schließlich wurden, ergänzend zur amtlichen Statistik, eigene Erhebungen (Enqueten) durchgeführt oder das mannigfaltig gewachsene, amtliche Material retrospektiv aufbereitet.[11]

Material war also in Hülle und Fülle vorhanden. An seiner Auswertung schieden sich jedoch nicht nur die Geister von Engel und Mayr. Überwiegend Einigkeit herrschte darüber, dass eine weit in die Vergangenheit zurückreichende, statistische Betrachtung einschließlich eines darauf aufbauenden Postulierens universaler Gesetzmäßigkeiten kaum den Kriterien einer wie auch immer verstandenen Wissenschaft genügen würde. Umstrittener war dagegen, inwieweit historische Studien generell mit statistischen Daten umgehen sollten und bis zu welchem Grad eine statistische Analyse eben auch historisch zu sein habe.

Man würde Droysen Unrecht tun, unterstellte man ihm eine generelle Ablehnung quantifizierender Methoden und statistischer Untersuchungen,[12] aber die sich etablierende, sich insbesondere auf ihn berufende Geschichtswissenschaft entfernte sich zunehmend von der Statistik. Statistik sah man hier grundsätzlich als für historische Fragestellungen ungeeignet an. Differenzierter urteilte die sogenannte jüngere historische Schule der Nationalökonomie, insbesondere ihr Hauptvertreter Gustav Schmoller. Statistiken waren für ihn unumgänglich, aber Gesetze im Sinne Quetelets und seiner Nachfolger lehnte er ebenso ab wie universale ökonomische Gesetze und betonte dagegen die Zeit- und Ortsgebundenheit von Massenphänomenen in der Gesellschaft: „Wir dürfen, wenn wir nach dem historischen Fortschritt suchen, nicht übersehen, daß nur ein sehr kleiner Teil des geistigsittlichen Lebens der Völker eine statistische Beobachtung zulässt, daß eine gewisse Konstanz auf den paar beobachteten Punkten die größten anderweitigen Aenderungen auf dem umfangreichen übrigen Gebiete nicht ausschließt."[13] Noch 1911, 40 Jahre später, schrieb er in seinem Beitrag „Volkswirtschaft, Volkswirtschaftslehre und -methode" im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften", dass solche statistischen Regelmäßigkeiten jedoch nicht überbewertet werden dürften, wie dies etwa durch Quetelet oder Buckle geschehen sei.[14]

Die Abgewogenheit derartiger Urteile übersah man zu dieser Zeit aber bereits. Die Ökonomie wurde zunehmend theoretisch, die Soziologie gegenwartsbezogen, die Geschichtswissenschaft ereignisorientiert. Eine Verbindung von Geschichte und Statistik galt als gemeinhin diskreditiert.[15] Abgesehen von wenigen Randgebieten wurde in Deutschland erst wieder in den 1970er Jahren, nun aus dem Ausland inspiriert, in größerem Rahmen und mit breiterem Anspruch eine quantitative Geschichtswissenschaft betrieben. Diese schoss teilweise über das Ziel hinaus, wenn sie Problemauswahl und Themendefinition von den Quantifizierungsmöglichkeiten her auslotete. Rückblickend betrachtet darf man aber festhalten, dass zum einen der Verallgemeinerungsanspruch der konkreten Ergebnisse in aller Regel erheblich ge-

ringer ausfiel als etwa bei Buckle, die Kritiker der Statistik andererseits weitaus ablehnender gegenüber standen, als es zum Beispiel bei Droysen der Fall war.

In den letzten Jahren ist das Klima in der Wissenschaftslandschaft ideologisch deutlich entspannter geworden. Die Soziologie zeigt, von Ausnahmen abgesehen, ein eher geringes Interesse an historisch-statistischen Daten, dagegen sind die Berührungsängste zwischen der theoretischen Ökonomie und der Wirtschaftsgeschichte wieder geringer geworden. Die Verwendung statistischer Daten in der Geschichtswissenschaft wird heute weder verteufelt noch glorifiziert.

Um es in Droysens Worten zu sagen: „Es wird keinem Verständigen einfallen zu bestreiten, daß auch die statistische Betrachtungsweise der menschlichen Dinge ihren großen Werth habe; aber man muss nicht vergessen, was sie leisten kann und leisten will."[16]

Konzept und Voraussetzungen

Ziel des vorliegenden Bandes ist die Bereitstellung einer kompakten, aktuellen Historischen Statistik von Deutschland, die Referenzdaten für das 19. und 20. Jahrhundert in Form durchgehender Zeitreihen bietet und diese in die jeweiligen thematischen Kontexte einordnet.

Für einen derart langen Zeitraum, in dem sich die Welt grundlegend gewandelt hat, ein solches Werk zu erstellen, ist ein Unterfangen, das sich mehr als andere seiner Grenzen bewusst sein muss. Die amtliche Statistik als wesentliche Quelle hat sich aus gutem Grund nicht bemüht, durch die Zeitläufe konsistent zu bleiben, um es den Historikerinnen und Historikern leicht zu machen. Neuberechnungen, Neuzuordnungen und Umbasierungen waren immer wieder aus aktuellem Anlass notwendig. Was macht es dann für einen Sinn, Jahr für Jahr aneinanderzureihen und damit eine Entwicklung von bis zu 180 Jahren über verschiedene politische Systeme und strukturelle Brüche hinweg zu beschreiben? Ist es nicht vielmehr so, dass derart lange und durchgehende Zeitreihen der historischen Komplexität nicht gerecht werden, man über solch lange Zeiträume, in denen sich die Bedeutung der Dinge ändert, zwangsweise Äpfel mit Birnen vergleicht? Hätte man stattdessen nicht eher perioden- oder epochenspezifische Statistiken zusammenstellen müssen? Damit wäre man sicher näher am Geschehen, aber: Nur in einer langfristigen Betrachtungsweise werden die großen Entwicklungslinien und Strukturbrüche sichtbar. Eine epochen- und systemübergreifende Sicht, gewissermaßen aus der Vogelperspektive, bietet Einsichten, die einem kurz- oder mittelfristigen Blick verborgen bleiben.[17] Aufgabe der Wissenschaft ist es, hierbei eine angemessene Quellenkritik zu üben: Haben sich Erhebungsmethodik, Qualität, Definitionen, Abgrenzungen etc. im Laufe der Zeit so geändert, dass Umrechnungen notwendig sind? Sind diese überhaupt möglich? Oder ist die Konstruktion einer langen Reihe gar nicht zu rechtfertigen? So oder so gilt es, die Aussagefähigkeit der Zahlen einzuordnen und gegebenenfalls in einem zweiten Schritt die durch die amtliche Statistik und andere Institutionen vorgegebenen und sich wandelnden Definitionen und Kategorien in solche zu überführen, die die Grundlage einer vergleichenden Analyse bilden können. Diese Aufgabe zählt zu den wichtigsten – und mühsamsten – einer gegenwärtigen und zukünftigen Historischen Statistik. Unverzichtbar ist in jedem Fall eine begleitende Interpretation. Wesentlicher Aspekt des vorliegenden Bandes war daher die Kombination der Zusammenstellung von Daten mit einer kritischen Kommentierung und Begleitung des Auswahlprozesses durch ausgewiesene Fachwissenschaftlerinnen und Fachwissenschaftler, die die hier abgedruckten Beiträge verfasst haben.[18]

In den vergangenen Jahrzehnten hat es eine Reihe von Projekten und Unternehmungen gegeben, die ebenfalls historische Statistikdaten zusammengestellt haben und die für dieses Werk eine wichtige Basis bilden.[19] Hier sind im Wesentlichen sieben zu nennen, die sich hinsichtlich Breite, Tiefe und Anspruch erheblich unterscheiden. Gemein ist allen, dass sie ganz überwiegend auf der eingangs erwähnten umfangreichen Produktion der amtlichen Statistik beruhen.

1. Abseits der Hauptrichtungen der Ökonomie und Wirtschaftsgeschichte hat Walther G. Hoffmann 1965 eine Monografie „Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts" publiziert, die in zahlreichen Tabellen eine Rekonstruktion der ökonomischen Entwicklung seit 1850 unternimmt.[20] Hoffmann verfolgte hier den Ansatz, ausgehend von der Frage nach den Gründen des Wirtschaftswachstums, möglichst geschlossene Reihen zu präsentieren und zu interpretieren und dabei vorhandene Lücken so weit wie möglich durch Annahmen, Schätzungen und Interpolationen zu schließen. Viele dieser Schätzungen sind in der wirtschaftshistorischen Forschung auf zum Teil erhebliche Kritik gestoßen, die auch mit Neuschätzungen verbunden waren, doch sind die Daten in großen Teilen immer noch ohne Alternative.

2. Das Statistische Bundesamt hat anlässlich des 100-jährigen Bestehens der zentralen amtlichen Statistik 1972 eine Publikation „Bevölkerung und Wirtschaft" herausgegeben, in der etwa 1 400 Zeitreihen unterschiedlichster Länge mit summarischen Quellenangaben zusammengestellt wurden.[21]

3. Seitens der Soziologie wurden von Wolfgang Zapf und Peter Flora im Rahmen mehrerer Projekte Datenhandbücher zusammengestellt, die jedoch von der historischen Forschung kaum rezipiert wurden.[22]

4. Aus der Geschichtswissenschaft ist vor allem ein zwischen 1978 und 1987 erschienenes mehrbändiges Werk mit dem Reihentitel „Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte“ zu nennen, das für eine Historische Statistik von Deutschland bis heute unentbehrlich ist.[23] Eigentlich für Schule und Studium konzipiert, gingen die Bände aber rückblickend betrachtet weit darüber hinaus: Fast alle Kapitel vereinen sorgfältige Zusammenstellungen historischer Statistiken mit fundierten historischen Interpretationen. Sie wurden durchweg von renommierten Historikern verfasst und auch in der Fachwissenschaft positiv aufgenommen – sind aber freilich inzwischen rund drei Jahrzehnte alt.

Dem schlossen sich zeitlich zwei historische Großprojekte an, die ganz unterschiedlich konzipiert waren: 5. Zum einen die (bislang noch nicht abgeschlossene) Zusammenstellung der „Datenhandbücher zur deutschen Bildungsgeschichte“ (1987ff.),[24] zum anderen 6. die „Quellen und Forschungen zur historischen Statistik von Deutschland“ (1986 – 2001).[25]

Schließlich ist 7. noch zu erwähnen, dass im Rahmen der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Bundesarchiv herausgegebenen, elfbändigen „Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945“ zwei „Statistische Übersichten zur Sozialpolitik in Deutschland seit 1945“ zusammengestellt wurden, die, anders als der Titel vermuten lässt, über den engeren Bereich der Sozialpolitik hinausgehen.[26]

Abgesehen von diesen Großprojekten wurde im Laufe der vergangenen Jahrzehnte eine Vielzahl von wissenschaftlichen Untersuchungen erarbeitet, in deren Rahmen in unterschiedlichem Umfang historische Zeitreihen zusammengestellt wurden. Solche Daten werden seit 2004 – bei Einverständnis der Autorinnen und Autoren sowie geklärter Rechtslage – in einer Online-Datenbank „histat“ gesammelt und über das Internet bereitgestellt.[27]

Aufbau und Inhalt

Alles in allem wurden im Rahmen der Publikation 120 Tabellen mit insgesamt 1 073 Zeitreihen zu 22 verschiedenen Themen für Deutschland in den verschiedenen Grenzen von frühestens 1834, der Gründung des Zollvereins, bis spätestens 2012 zusammengestellt. Eine Ausnahme bildet das Kapitel „Politische Partizipation“, in dem bereits die Bundestagswahl 2013 berücksichtigt wurde.

Für alle Themen wurde ein einheitliches formales Schema vorgegeben: Es sollten nach Möglichkeit pro Kapitel rund 50 Zeitreihen, gebündelt in vier bis sechs Tabellen, zusammengestellt werden, die die statistische Grundlage für das jeweilige Thema bilden. Ausgewählte Reihen daraus werden, teilweise einzeln, teilweise in Kombination mit anderen, grafisch dargestellt. Der Anhang jedes Kapitels gibt einen kompakten Überblick über die Datengrundlage, schließlich werden Hinweise zu weiterführender Literatur gegeben.

Inhaltlich war angesichts der Fülle des vorhandenen Materials eine konzeptionelle Einschränkung geboten. Um das Unterfangen bei endlichen Ressourcen handhabbar zu machen, beschränkten sich die Bemühungen auf die Zusammenstellung 1. publizierter Daten und 2. ohne regionale Differenzierung. Dabei sollten verstreut vorhandene historische Zeitreihen identifiziert, zusammengestellt und bei vertretbarem Aufwand ergänzt bzw. aktualisiert werden. Es sollten die „bestmöglichen“ bzw. „wichtigsten“ Zeitreihen für Deutschland zusammengestellt werden, und zwar nur solche, für die zumindest theoretisch für den gesamten Zeitraum von 1834 bis 2012 Werte vorhanden sein können.

Nun muss man sich zu Recht fragen, ob es bei allen Veränderungen, die Deutschland in den vergangenen 180 Jahren kennzeichnen, überhaupt eine „Identität des Erkenntnisobjektes“[28] gab. Besonders deutlich wird dies angesichts der vier Jahrzehnte währenden Teilung Deutschlands in zwei souveräne Staaten. Die Frage, wie die DDR im Rahmen einer Historischen Statistik von Deutschland zu behandeln ist, führt zu einem Dilemma. Nun, da sie für eine derartige Publikation ja erstmals „Geschichte ist“, muss man sich diese Frage aber stellen. Sowohl ihr Vorhandensein als paralleler Staat mit einem völlig unterschiedlichen politischen System als auch ihr Fehlen in einer Sicht, die die Bundesrepublik als die eigentliche Traditionslinie einer „deutschen“ Wirtschafts- und Sozialgeschichte sieht, müssen in geeigneter Form berücksichtigt werden. Insbesondere den einzelnen Autoren oblag es, für ihr Thema zu beurteilen, inwieweit sich die Statistik der DDR in das Gefüge einer Historischen Statistik von Deutschland sinnvoll eingliedern lässt, oder ob es hier noch weiterer Forschung bedarf und diese einer eventuellen Neuauflage vorbehalten bleibt. Ziel sollte es aber nicht sein, eigene DDR-Statistiken zu präsentieren, sondern zu den vorhandenen Reihen zusätzlich passende DDR-Daten bereitzustellen. Da hier erstmals der Versuch unternommen wird, diese Statistiken in lange Reihen einzugliedern, wurde dem Band ein Querschnittskapitel zur DDR-Statistik vorangestellt.

Dabei war die deutsche Teilung nicht die einzige gravierende Gebietsveränderung im Beobachtungszeitraum. Die Größenordnungen zeigen sich bereits bei Betrachtung der grundlegendsten Statistik überhaupt, der Bevölkerungszahl: 1834 lebten auf dem Gebiet des Deutschen Zollvereins etwa 23,8 Millionen Menschen.[29] Allein durch die Gebietserweiterungen bis 1866 kamen 4,6 Millionen hinzu. 1866 lebten auf dem Gebiet des Zollvereins bereits 31,4 Millionen und im Jahr der Reichsgründung 1871 war dort die Bevölkerung auf 37,3 Millionen gewachsen. Durch die Gebietserweiterungen

im Zuge der Reichsgründung wuchs die Bevölkerung um weitere 10 Prozent, auf insgesamt 41 Millionen. Das Ergebnis des Ersten Weltkrieges war, dass – neben etwa 3 Millionen getöteten Soldaten, Zivilistinnen und Zivilisten – Gebiete mit 7 Millionen Menschen nun nicht mehr zu Deutschland gehörten. Aus diesen Gebieten migrierten in den Folgejahren rund eine Million Personen in das Reich. Trotz eines kontinuierlichen natürlichen Bevölkerungszuwachses (zwischen 1834 und 1913 jährlich etwa 1,2 Prozent im Durchschnitt) verringerte sich die deutsche Bevölkerung durch Krieg und Gebietsverlust von 67,8 Millionen im Jahr 1914 auf 62,9 Millionen im Jahr 1919 (Rückgang um 7,2 Prozent). Der Zweite Weltkrieg hatte noch schwerwiegendere Auswirkungen auf Gebietsgröße und Bevölkerungszahl. 7 Millionen Deutsche – Soldaten, Zivilistinnen und Zivilisten – starben. Im Osten musste Deutschland Gebiete abtreten, in denen bei Kriegsbeginn 1939 etwa 9,6 Millionen Menschen gelebt hatten. Während die Bevölkerung Deutschlands im Reich 1937 67,8 Millionen Menschen zählte, verteilte sie sich 1946 auf 18,1 Millionen Menschen in der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR und 45,3 Millionen Personen auf dem Gebiet der späteren Bundesrepublik.

Es gibt kein Patentrezept, wie mit diesen Schwierigkeiten generell umzugehen ist. Um der Besonderheit der territorialen und politischen Veränderungen zunächst einmal formal Rechnung zu tragen (inhaltlich stand den Autoren ihre Gewichtung weitgehend frei), wurden die Daten in vier große Bereiche untergliedert. In jeder Tabelle werden vier politische/geografische Einheiten unterschieden, für die Werte aufgenommen wurden:

A Zollverein/Deutsches Reich (1834 –1945)
B Bundesrepublik Deutschland (1949 –1989)
C DDR (1949 –1989)
D Deutschland seit der Wiedervereinigung (ab 1990)

Deutschland: Gebietsveränderungen

Die Angaben der Jahreszahlen sind dabei nur als Orientierung zu verstehen. Es ist durchaus möglich, dass Reihen etwa für das Gebiet der alten Bundesrepublik oder die neuen Bundesländer nach 1990 fortgeschrieben werden oder gesamtdeutsche Daten vor 1990 vorlagen bzw. rekonstruiert wurden. Konstituierend für den Aufbau der Tabellen ist, dass für die vier Gebietseinheiten stets dieselben „Variablen" verwendet wurden. Es gibt also keine Änderungen in den Bezeichnungen für die einzelnen Abschnitte von 1834 bis 2012. Im Rahmen dieser Publikation wurden ausschließlich solche Zeitreihen aufgenommen bzw. zusammengestellt, bei denen eine durchgehende Bezeichnung zu rechtfertigen war. Für jede Reihe wurden, soweit möglich, Werte für jedes Jahr erhoben. Um den Band nicht zu überfrachten, wurden in den Tabellen aber nur ausgewählte Jahre wiedergegeben. Die Auswahl der Jahre oblag dabei den jeweiligen Autoren. Bei den grafischen Darstellungen wurden alle vorhandenen Werte der abgebildeten Reihen berücksichtigt.

Für eine nicht unerhebliche Anzahl von Zeitreihen konnten Zahlen für die DDR Aufnahme finden. Zu der hier verwendeten „gesamtdeutschen" Sicht inkompatible Statistiken für die DDR wurden nur in besonderen Ausnahmefällen berücksichtigt und aufgenommen, wenn es dennoch konzeptionell geboten schien. Dies war der Fall bei der Sozialversicherung, den Berufstätigen in der Industrie, beim Tourismus, im Handwerk und in der Bauwirtschaft sowie bei der Zahlungsbilanz.

Ebenso oblag es den Autoren zu entscheiden, ob im jeweiligen Zusammenhang nominale oder reale Preisangaben sowie absolute oder relative Größen („pro Kopf") sinnvoll waren.

Welche Daten wurden konkret verwendet? Grundlage war zunächst die Publikation „Bevölkerung und Wirtschaft" des Statistischen Bundesamtes.[30] Diese basiert überwiegend auf den Ergebnissen amtlicher Erhebungen, die aus den offiziellen Publikationen des Statistischen Reichs- und Bundesamtes (Jahrbücher, Fachserien) zusammengetragen wurden, bei einzelnen Themen ergänzt um Statistiken weiterer amtlicher oder „quasiamtlicher" Stellen. Da deren Erscheinen über vier Jahrzehnte zurückliegt und verschiedene Themen gar nicht behandelt wurden (z.B. Umwelt, Kultur, Freizeit, Sport) bzw. mehrere Themen nur mit sehr kurzen Zeitreihen Aufnahme fanden, bestand der erste Schritt darin, aus diesem Bestand Reihen auszuwählen, zu verlängern, gegebenenfalls um Daten zur DDR zu ergänzen und zu überlegen, welche weiteren Reihen und Themen hinzugefügt werden können. Insgesamt wurde in 12 der 22 Kapitel in unterschiedlichem Umfang Gebrauch von „Bevölkerung und Wirtschaft" gemacht. Ergänzend wurden rund 500 weitere Fachserien, Sonderpublikationen und Jahrbücher der Statistischen Ämter sowie verschiedener weiterer Behörden, Vereine und Verbände verwendet. Eine große Hilfe war dabei die Zeitreihen-Datenbank „histat", die in vielen Fällen Ausgangspunkt für weitere Recherchen war. Weil es trotz aller Kritik am Werk von Walther G. Hoffmann bislang für die von ihm bearbeitete Periode (1850–1959) oder zumindest von Teilperioden davon keine Alternative gibt, wurden in 8 Kapiteln dessen Daten verwendet, und zwar in den Kapiteln Arbeit und Einkommen, Bauen und Wohnen, Finanzen und Steuern, Geld und Kredit, Handel, Landwirtschaft, Preise sowie Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Die „Datenhandbücher zur Bildungsgeschichte" sowie die „Quellen und Forschungen zur historischen Statistik" wurden bei der Aufnahme systematisch berücksichtigt. Auf die Daten von Flora wurde mit einer Ausnahme nicht zurückgegriffen. Die restlichen Daten entstammen mehreren Dutzend Spezialpublikationen, ganz überwiegend neueren Datums.

Nahezu alle Reihen weisen Daten für die (alte) Bundesrepublik auf, 80 Prozent der Reihen Daten für die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, gut die Hälfte Daten für das 19. Jahrhundert, letztere freilich mit Lücken und/oder erst gegen Ende des Jahrhunderts einsetzend. Immerhin 110 Reihen beginnen vor der Mitte des 19. Jahrhunderts. Für rund ein Drittel der Reihen (mit Unterschieden in den Kapiteln) konnten auch DDR-Daten erhoben werden.

Ausgewählte Beispiele im Überblick

Obwohl es nicht die Absicht der Zusammenstellung war, neue Forschungsergebnisse zu produzieren, ist auf einige Daten beispielhaft besonders hinzuweisen. Im Kapitel zur Bevölkerung werden erstmals Zeitreihen über einen Zeitraum von 180 Jahren in Folge, beginnend mit dem Deutschen Zollverein, präsentiert. Die Zeitreihen decken nicht nur die Zeit des Deutschen Reiches ab, sondern auch die Bundesrepublik Deutschland, die DDR und das wiedervereinigte Deutschland. Einwohnerzahlen sowie Geburten- und Sterberaten für die Zeit vor 1871 wurden neu berechnet. Neu in dieser Zusammenstellung sind darüber hinaus Daten über das Heiratsalter oder die Berechnung der Wiederverheiratungsraten von verwitweten und geschiedenen Personen. Der Abschnitt über Haushalte und Familien, die normalerweise beim Thema Bevölkerung nicht behandelt werden, erweitert die bislang vorhandenen Zeitreihen weiter zurück in die Geschichte.

Die Analyse von Zeitreihendaten für politische Partizipation und die Stimmenanteile der politischen Lager zeigt, dass nicht nur der Anteil der Wahlberechtigten im Laufe der Zeit signifikant gestiegen ist, sondern dass es auch erhebliche Unterschiede in der Wahlbeteiligung zwischen 1871 und 2013 sowie beim Stimmenanteil für die Parteien der sozialistischen, christlich-demokratischen, liberalen und konservativen Parteifamilien im Laufe der Zeit gab.

Im Kapitel über Kriminalität findet man, erstmals systematisch zusammengestellt, bisher verstreut vorliegende Zeitreihen ab 1836, die verschiedene Rechtssysteme umfassen. Die Reihen zeigen nicht nur den Wandel der Kriminalität, sondern auch die wechselnden Rechtsgrundlagen und Strafverfolgungspraktiken. Erstmals werden hier harmonisierte Reihen veröffentlicht, die auf konstante Bevölkerungsgrößen umgerechnet wurden (pro 10 000).

Das Kapitel zu Kultur, Tourismus und Sport betritt in vielerlei Hinsicht Neuland. Bei den Themen der Kultur-, Freizeit- und Tourismusgeschichte handelt es sich um Bereiche, die lange Zeit nur sporadisch von der Statistik erfasst wurden. Zum ersten Mal wird hier der Versuch unternommen, trotz unterbrochener Datenreihen und wechselnder Bezugsgrößen lange Reihen darzustellen, die Einblicke in die kulturelle Entwicklung zwischen der Mitte des 19. Jahrhunderts und der Gegenwart liefern. Nicht nur die Einzelreihen zu Zeitungen, Zeitschriften, Theatern, Kinos, Büchern und Bibliotheken sowie dem Bereich des Tourismus liefern neue Einsichten, sondern vor allem der Vergleich verschiedener Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, die gegenseitige Abhängigkeiten aufwiesen und -weisen. Auch für die Entwicklung des Bereiches Turnen und Sport werden hier erstmals von den 1860er Jahren bis zur Gegenwart Datenreihen präsentiert.

Der Abschnitt über die Landwirtschaft präsentiert zum ersten Mal lange Zeitreihen für alle landwirtschaftlichen Hauptindikatoren von ca. 1870 bis heute. Für den Zeitraum von 1950 bis 1990 kann die landwirtschaftliche Entwicklung der beiden deutschen Staaten verglichen werden.

Das Kapitel zu Unternehmen, Industrie, Handwerk liefert unter anderem zum ersten Mal eine umfassende Übersicht über die Statistik der Aktiengesellschaften von 1886 bis 2011. Im Vergleich zu früheren Publikationen wurden diverse Reihen deutlich überarbeitet. Das Kapitel enthält neue bzw. aktualisierte Zeitreihen für industrielle Produkte wie Bier und Personenwagen, die zusammen mit längeren Zeitreihen zu traditionellen Gütern wie Kohle, Stahl oder Strom die Produktionszyklen und strukturellen Veränderungen von 1871 bis zur Gegenwart zeigen. Das Handwerk ist hierfür erstmals seit Beginn seiner statistischen Erfassung Mitte der 1920er Jahre berücksichtigt.

Der Abschnitt über Handel und Außenhandel zeigt zum ersten Mal den Grad der Öffnung des Handels der deutschen Wirtschaft von 1850 bis 2010. Er liefert auch langfristige Daten über die Ein- und Ausfuhr einzelner Branchen wie den Textilhandel oder den Kraftfahrzeugbau.

Schließlich werden zum ersten Mal Daten für die deutsche Zahlungsbilanz präsentiert, die die Zeit von den 1880er Jahren bis in die Gegenwart abdecken.

Eine Historische Statistik Deutschlands wäre nicht vollständig, würde sie die nationale Entwicklung nicht auch in einen größeren Kontext einordnen. Das letzte Kapitel ist daher einem Vergleich von Deutschland unter ausgewählten Aspekten mit Frankreich, Italien, Japan, Großbritannien und den USA gewidmet. Der Beitrag profitiert von aktuellen Forschungsergebnissen des *Groningen Growth and Development Centre* (GGDC)[31] sowie des Projektes „Clio Infra“, dessen Daten auch jüngst von der OECD unter dem Titel *„How Was Life? Global Well-Being Since 1820“* publiziert wurden.[32]

Der Datensatz

Basis für die einzelnen Kapitel bildet ein eigens zusammengestellter Datensatz, in dem alle Zeitreihen auf Jahresbasis enthalten sind. Er ist über das Internet frei zugänglich.

Zur leichteren Identifikation wurden alle Reihen im Datensatz mit einer eindeutigen ID versehen, die auch in der vorliegenden Publikation mit abgedruckt wird. Hierzu wurden alle Reihen kapitelübergreifend fortlaufend durchnummeriert. Wenige Reihen wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit jeweils an zwei Positionen wiedergegeben. In diesen Fällen wurde an beiden Positionen die Original-ID angegeben, also diejenige, die die Reihe in der Tabelle aufweist, in deren Zusammenhang sie erstellt wurde. Die fortlaufende Zählung wurde durch die doppelten Wiedergaben aber nicht unterbrochen.[33]

Dokumentation der Daten

Wegen des Umfangs und der teilweise hohen Komplexität der Quellenangaben und Erläuterungen wurde die Dokumentation der Daten nicht innerhalb der vorliegenden Publikation wiedergegeben, sondern in ein eigenständiges Dokument ausgelagert.[34] Auch die Dokumentation ist über das Internet frei zugänglich.

Internet

Zum Datensatz und zur Dokumentation gelangt man am einfachsten über eine eigens eingerichtete Webseite

www.deutschland-in-daten.de

Dort werden auch bekannt gewordene Errata sowie ggf. weiterführende Hinweise publiziert.

Neben den vollständigen Quellenangaben finden sich dort die kompletten verfügbaren Daten in Tabellenform sowie grafische Darstellungen für jede einzelne aufgenommene Zeitreihe. Die Quellenangaben wurden so genau wie möglich erfasst. Angaben wie „verschiedene Jahrgänge“, etwa bei den Statistischen Jahrbüchern, wurden in aller Regel vermieden,

stattdessen findet man die genauen Seitenangaben für jedes Jahr. Durch die möglichst kleinteilige Dokumentation sollte es auch möglich sein, ggf. problematische Zahlen rasch zu identifizieren. So weit möglich wurden wechselnde Gebietsstände dokumentiert.

Danksagung

Die Zusammenstellung, Aufbereitung und Verfügbarmachung von Daten ist zeitraubend, mühsam, frustrierend und undankbar. Umso großartiger ist es, dass die Idee einer Historischen Statistik in der vorliegenden Form auf eine so große Resonanz gestoßen ist: Am Ende waren an dem Projekt rund 50 Personen an 25 Standorten beteiligt, die zu nennen sind. Zuerst gilt mein Dank jedoch meinem Arbeitgeber, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die mir einen dreijährigen Sonderurlaub gewährte, in dessen Rahmen dieses Projekt erst entstehen konnte. Das GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Köln ermöglichte mir in dieser Zeit als Teamleiter für den Bereich „Datenservice Historische Studien“, meine Vorstellungen einer Historischen Statistik umzusetzen. Dem Team, insbesondere Gabriele Franzmann, Rainer Metz, Jürgen Sensch, Sandra Schulz sowie den Hilfskräften Simone Bubel, Katia Diederichs, Rabea Franken und Larissa de Magalhaes Kunze danke ich für tatkräftige und vielfältige Unterstützung. Die GESIS hat darüber hinaus Mittel für Werkverträge zur Unterstützung des Projektes zur Verfügung gestellt. Max Bank und Julian Becker haben für mehrere Kapitel die Datenrecherche und -zusammenstellung übernommen. Außerdem haben uns Heiko Braun, Lena Förster, Helene Goldbeck, Andreas Grieger, Kim Harmel, Julia Jerke, Göran Köber, Torben Schütz, Fabian Schubert und Thomas Urban geholfen.

Wesentlichen Anteil am Gelingen des Projektes hat die Bundeszentrale für politische Bildung. Hans-Georg Golz, Leiter des Fachbereiches Print, hat nicht lange gezögert, als ich ihm im Herbst 2012 die Idee einer Publikation in der vorliegenden Form vorgestellt habe. Dass wir nun „Deutschland in Daten“ in den Händen halten, ist vor allem und zuerst ihm zuzuschreiben. Hildegard Bremer betreute das Buchprojekt administrativ und unbürokratisch. Benjamin Dresen erwies sich als außerordentlich engagierter und mitdenkender Lektor. Julia Kaltenbach von der Agentur Leitwerk hat nimmermüde Version um Version der Beiträge gestaltet und den Abbildungen ein eigenes Gesicht gegeben.

Auf einer vorbereitenden Konferenz im Frühjahr 2013 konnten mit der Mehrzahl der Autoren wichtige Details konkretisiert und abgestimmt werden. Hierfür hat die Thyssen-Stiftung freundlicherweise die erforderlichen Mittel bereitgestellt. Im selben Jahr hatte ich Gelegenheit, das Konzept des Projektes im Rahmen von Vorträgen im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf, auf der 25. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Salzburg sowie am ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München vorzustellen. Die dabei erhaltenen, wertvollen Rückmeldungen und Hinweise sind in die Umsetzung eingeflossen.

Last but not least ist den Autoren und der (einen) Autorin zu danken. Sie haben nicht nur mit ihrer Expertise durch die Auswahl der Reihen und ihrer Einschätzung der Möglichkeiten ihrer Ergänzung einen wesentlichen Mehrwert geschaffen. Sie haben außerdem den Mut aufgebracht, rund 180 Jahre auf durchschnittlich sechs Seiten Text zu kommentieren und einzuordnen und damit Neuland betreten.

Die DDR-Statistik: Probleme und Besonderheiten

André Steiner

Für eine Zusammenstellung langfristiger Zeitreihen zur deutschen Geschichte von der Mitte des 19. bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts wirft die Statistik der DDR spezielle Probleme auf. Diese resultieren zum einen aus dem Charakter des ostdeutschen Staates als Diktatur, in der die Ergebnisse der Statistik in besonderem Maße zur politischen Legitimation eingesetzt wurden. Dergleichen ist zwar auch unter den Bedingungen der parlamentarischen Demokratie üblich, aber in einer Diktatur stehen andere und mehr Möglichkeiten zur Verfügung, die statistischen Angaben in die politisch erwünschte Richtung zu manipulieren. Insofern treten ähnliche Probleme wie bei der Nutzung der Statistik für die Zeit des Nationalsozialismus auf. Zum anderen sind grundlegende Schwierigkeiten bei der Verwendung der DDR-Statistik darauf zurückzuführen, dass dort – anders als im Nationalsozialismus – eine zentralistische, direktive Planwirtschaft etabliert wurde, die mit dem Anspruch antrat, eine Alternative zur Marktwirtschaft zu bilden. Anders als in letzterer dient die Statistik in der Planwirtschaft mehr der Aufgabe, Informationen für die angestrebte vorausschauende Lenkung, aber auch die Kontrolle und Bewertung der Leistungen der nachgeordneten Struktureinheiten zu liefern. Daraus resultierte wiederum ein Interesse aller beteiligten Institutionen, die weitergegebenen Informationen entsprechend ihrer jeweiligen Interessen zu „gestalten“. Darüber hinaus beschränkte sich der Lenkungsanspruch der herrschenden Partei SED nicht auf die Wirtschaft, sondern bezog sich auf die gesamte Gesellschaft, sodass dieses „Gestaltungsproblem“ überall auftrat. Dieser Hintergrund hat entsprechende Konsequenzen für die Aussagekraft der in der DDR aufgestellten Statistiken.

Strukturen der Informationsgewinnung und Qualität der Zahlen

Qualität und Validität von statistischen Angaben können nur bewertet werden, wenn die Subjekte, der Zweck und der Kontext der jeweiligen Informationsgewinnung bekannt sind. Die Akteure der Datenerfassung waren aber zugleich auch deren Objekte. In der DDR versuchte die SED-Spitze, die Wirtschaft ebenso wie andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens mit Planungsabläufen und damit auch Informationsströmen von den zentralen Instanzen bis zu den unteren Einheiten über eine Hierarchie zu lenken. Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik war als dem Ministerrat nachgeordnete Querschnittsinstanz für die Organisation, Durchführung und Kontrolle des Systems der Rechnungsführung und Statistik verantwortlich. Ihr hatten die nachgeordneten Instanzen im Rahmen der vorgegebenen Pflichten zu berichten. Zugleich mussten sie aber bei ihren übergeordneten Fachinstanzen Bericht erstatten. Alle diese Berichte standen letztlich dem Ministerrat und der SED-Spitze zur Verfügung. Die verschiedenen Formen der Berichterstattung sollten inhaltlich übereinstimmen. Praktisch war dies jedoch nicht immer der Fall, schon weil die den Erfassungen zugrunde liegenden Definitionen und Abgrenzungen nicht immer identisch waren. Dieser Umstand bot den nachgeordneten Einheiten wiederum Spielräume, die geforderten Angaben entsprechend ihren Interessen günstiger darzustellen.

Da die auf den verschiedenen Leitungsebenen gewonnenen Informationen nicht nur die Lenkung ermöglichen, sondern auch die Kontrolle der Entwicklungsprozesse und des Verhaltens der Akteure gewährleisten sollten, waren besonders die oberen (teilweise anders als die unteren) Ebenen daran interessiert, eine möglichst realitätsnahe Abbildung der gesellschaftlichen Prozesse und Gegebenheiten zu erhalten. In dem zur Informationsgewinnung genutzten bürokratisch-administrativen und hierarchisch angeordneten System unterschieden sich naturgemäß die Interessen der über- und nachgeordneten Ebenen. Die untersten Instanzen verfügten innerhalb bestimmter Grenzen über vollständige (oder wenigstens doch die umfassendsten) Informationen. Da die untersten Instanzen aber wiederum in ihren Leistungen anhand der abgeforderten Informationen beurteilt bzw. belohnt wurden, hatten sie ein Interesse an entsprechenden Manipulationen.

Um diesen zu begegnen, erließ die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik strenge Vorschriften für die einheitliche Abrechnung und kontrollierte deren Einhaltung. Mit Querrechnungen wurde zudem die Plausibilität der Angaben der Betriebe und der daraus resultierenden Aggregationen auf den folgenden Hierarchieebenen überprüft. Damit blieben die Möglichkeiten zur Manipulation seitens der unteren Instanzen auf das Maß begrenzt, von dem man dort glauben konnte, dass es nicht auffiel. Deshalb sind die entsprechenden statistischen Daten nicht vollkommen unrealistisch. Kontrollen konnten diese Abweichungen nicht vollständig ausschließen. Allerdings war die Neigung zum „Schönen“ der statistischen Berichterstattung in allen gesellschaftlichen Bereichen verbreitet. Deshalb kann von einem homogenen systematischen Fehler ausgegangen werden, der für eine Betrachtung und Analyse der Daten innerhalb des Systems vernachlässigt werden kann. Für die Einordnung in übergeordnete Zusammenhänge stellt er allerdings ein gravierendes Problem dar.

Nicht zu unterschätzen ist außerdem die politische Funktion der Statistik: Sie hatte die Erfolge des sich als Alternative zum marktwirtschaftlich-liberalen System des Westens verstehenden Staatssozialismus zu dokumentieren und öffentlich zu propagieren. Dabei führte politische Opportunität dazu, dass Unliebsames, wie zurückbleibende Produktionsentwicklungen, seltener unmittelbar gefälscht als eher geheim gehalten wurde. Ebenso versuchte man, Entwicklungen und Sachverhalte dadurch günstiger darzustellen, indem den Datenabbildungen von internationalen Normen abweichende Definitionen statistischer Tatbestände zugrunde gelegt und damit die (veröffentlichten) Angaben indirekt verfälscht wurden.

Grundlegende methodische Probleme

Diese Änderungen an international üblichen Definitionen der zu erfassenden Gegebenheiten erweisen sich für das Erstellen von Langzeitreihen als ein Problem, da eine Neuberechnung auf einheitlicher methodischer Grundlage aufgrund des damit verbundenen großen Aufwandes nur in Einzelfällen möglich ist. Darüber hinaus lagen der DDR-Statistik teils Konzepte zugrunde, die entweder aus der Sowjetunion übernommen worden waren oder auf der Theorie von Karl Marx beruhen sollten. Am deutlichsten wird das in der Wirtschaftsberichterstattung, zum Teil hatte es aber auch seine Entsprechung in anderen Bereichen.

Der für die Wirtschaftsstatistik grundsätzlichen Kategorie „Wachstum“ wurde in der deutschen Produktionsstatistik – nach angelsächsischem Vorbild vereinzelt bereits vor dem Zweiten Weltkrieg und danach in der Bundesrepublik fest etabliert – die Konzeption zugrunde gelegt, auf jeder Ebene die zusätzlich erbrachte Wertschöpfung (Arbeitsentgelte zuzüglich der Reinerträge der Betriebe) zu erfassen. In der DDR trat an diese Stelle das sowjetisch inspirierte Bruttoprinzip, in dem auch die Vorleistungen enthalten waren. Damit ging der Wert von Rohstoffen, Halbfertigwaren, Energie und anderem Zubehör, die im Produktionsprozess verbraucht wurden, so oft in die Rechnung mit ein, wie sie bei Verarbeitung und Weitergabe den gesamten Produktionsprozess durchliefen. Einbezogen wurde definitionsgemäß auch die unvollendete Produktion. Das Bruttoprinzip eröffnete den Betrieben eine Fülle von Möglichkeiten, ihr Produktionswachstum und damit ihre Produktivität scheinbar – also ohne real erbrachte Leistungen – in die Höhe zu treiben. Dazu wurde in der Regel vor allem der Vorleistungsanteil ausgedehnt. Es ist zudem darauf hinzuweisen, dass der im Westen gebräuchliche Unterschied zwischen Brutto und Netto des Sozialprodukts, wonach die Abschreibungen mit erfasst oder ausgeklammert werden, für die DDR wesentlich weiter zu fassen ist. Dort umfasste das Nettoprodukt – vergleichbar mit dem westlichen – die Wertschöpfung; das Bruttoprodukt erfasste aber zusätzlich nicht nur die Abschreibungen, wie nach dem westlichen Konzept, sondern auch die unter Umständen mehrfach gezählten Vorleistungen.

Ein schwerwiegendes Problem stellen im Zusammenhang mit Wertkennziffern die zugrunde liegenden Preise dar. Wegen der weitgehenden Abschaffung von Märkten konnten die Preise in der Regel keine Marktverhältnisse widerspiegeln. Sie waren staatlich festgelegt und sollten sich in Anlehnung an die Marx‘sche Theorie in erster Linie an den Kosten (zuzüglich eines Gewinnzuschlages) orientieren. Für ein Produkt einmal festgelegte Preise blieben in der Regel über dessen Lebensdauer bestehen. Nur wenn das Produkt qualitativ

verändert wurde, konnte auch der Preis entsprechend angepasst werden. Erzeugnisqualität und Neuheitsgrad konnten bestenfalls administrativ und schon deshalb nicht durchgängig und nach einheitlichen Prinzipien berücksichtigt werden. Durch die staatlich administrierte Preisanpassung zu verschiedenen Zeitpunkten basierten die Preise im Laufe der Zeit auf verschiedenen Grundlagen und das Preissystem wies eine wachsende Inkonsistenz auf.[1] Dabei ist der ebenso politisch festgesetzte Preis der Währung, der Wechselkurs, für die Vergleichbarkeit der Wertkennziffern von besonderer Bedeutung. Einen realistischen Wechselkurs zu bestimmen, bildet die Krux für die Erarbeitung aller Langzeitreihen, in die die DDR eingebunden werden soll.

Zusammengefasst ergeben sich bei der Arbeit mit den DDR-Statistiken die folgenden grundlegenden Probleme: die veränderten und wechselnden Erfassungsdefinitionen und Bezugssysteme, das angewendete Bruttoprinzip, die inkonsistenten Preise als Bewertungsmaßstab und nur beschränkt integrierte qualitative Entwicklungen.

Möglichkeiten und Grenzen des Vergleichs mit der west- und gesamtdeutschen Statistik

Wegen dieser Probleme stößt auch die Einordnung der DDR-Daten in die langfristige statistische Darstellung sowie der synchrone Vergleich mit der Statistik der Bundesrepublik auf kardinale Schwierigkeiten vielfältiger Natur, die nur partiell zu lösen sind. An erster Stelle müssen Statistiken zu Fragestellungen, die als politisch sensibel angesehen wurden, wie Kriminalität oder soziale Entwicklungen, anhand der Erhebungsgrundlagen und Primärdaten besonders kritisch überprüft werden. Dieser Bereich ist im Fall der DDR eher weit als zu eng zu ziehen.

Darüber hinaus beschränken nicht nur die angeführten grundlegenden methodischen Probleme der DDR-Statistik deren Vergleichbarkeit. Produktionswerte und daraus resultierende Größen, wie die Arbeitsproduktivität, sowie die aus ihnen errechneten Indizes und Zuwächse können nicht per se mit Angaben aus westlichen Statistiken in eine Reihe gestellt werden, weil die produzierten Güter im westlichen Fall auf dem Markt durch die Abnehmer als verwendbar und nützlich anerkannt werden mussten, damit sie in die Sozialproduktsrechnung eingehen konnten. Im östlichen Fall bestimmten dagegen die Planungsbehörden, welche Güter die entsprechende Anerkennung erfuhren. Auch im sozialpolitischen Bereich lagen erhebliche Unterschiede in der Systemgestaltung vor. Viele Leistungen wurden in der DDR über den Staatshaushalt finanziert. Das wirft auch für die statistische Darstellung verschiedene Probleme auf. So erhebt sich im Zusammenhang mit der „gesellschaftlichen Konsumtion“, also der kostenlosen Bereitstellung von Dienstleistungen sowie der nicht unerheblichen Subventionierung von Gütern und Leistungen durch den Staat, die Frage, wie diese in einer Aufbringungs-, Verwendungs- und Einkommensrechnung nach westlicher Struktur zugeordnet werden kann.

Alles in allem liegen nur begrenzt Angaben aus der amtlichen Statistik der DDR vor, die sich Langzeitreihen für Deutschland zugrunde legen lassen. Dazu stehen im Wesentlichen drei Quellen zur Verfügung: das Statistische Jahrbuch der DDR in seiner letzten Ausgabe von 1990, eine in den 1990er Jahren vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Sonderreihe zur DDR und die Primärunterlagen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR, die im Bundesarchiv aufbewahrt werden.

In der letzten Ausgabe des Statistischen Jahrbuchs der DDR wurden vom in den Umbruchsmonaten umbenannten Statistischen Amt der DDR die bei den früher veröffentlichten Daten aufgetretenen Verfälschungen stillschweigend korrigiert. Darüber hinaus publizierte die DDR-Statistik hier erstmals ausgewählte Angaben (beispielsweise zum Bruttoinlandsprodukt und der Bruttowertschöpfung) entsprechend westlichen Konzepten. Frühere Ausgaben des Statistischen Jahrbuchs können unter Berücksichtigung der politischen Sensibilität des Erfassungsgebiets und der zugrunde liegenden Konzepte mit Vorsicht ergänzend herangezogen werden.

Das Statistische Bundesamt hat in den 1990er Jahren verfügbare DDR-Primärdaten erschlossen und versucht, diese in eine mit der Bundesstatistik vergleichbare Form zu bringen. Die Ergebnisse wurden in einer „Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR“ mit insgesamt 34 Heften veröffentlicht und darin jeweils die Methoden der Rückrechnung und zur Herstellung der Vergleichbarkeit erläutert. Thematisch liegen damit umfangreiche statistische Angaben zur Entwicklung der Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und der Wirtschaft in ihren einzelnen Sektoren, zum Staatshaushalt, zu den privaten Haushalten, zu Bildungswesen und Kultur, zum Gesundheits- und Sozialwesen sowie zur Rechtspflege vor. Darüber hinaus wurden in dieser Reihe die Resultate eines externen Forschungsprojektes zur Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (nach westlichen Abgrenzungen) publiziert, auf das noch zurückzukommen sein wird. Diese statistischen Daten liegen jedoch in der Regel nur für ausgewählte Jahre vor, da der Aufwand für das letztlich unvollendete Gesamtprojekt begrenzt werden musste. Allerdings erwies es sich auch bei dieser Form der Umrechnung als schwierig, alle Besonderheiten des DDR-Systems adäquat in das Raster der Bundesstatistik zu übertragen.[2] Außerdem widmet sich das letzte Heft der Reihe den methodischen Grundlagen, Kennzifferdefinitionen und

der Organisation der amtlichen DDR-Statistik, was für deren Nutzung erforderlich und hilfreich ist.

Die im Bundesarchiv befindlichen Unterlagen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik bestehen inhaltlich aus zwei verschiedenen Teilen. Zum einen handelt es sich um die „reine“ statistische Berichterstattung, die in mehr oder weniger aggregierter Form vorliegt. Zum anderen finden sich Analysen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik zu ausgewählten Problemen, die diese in erster Linie für die SED-Spitze und die Regierung zu erstellen hatte. Diese zumeist nur einem ausgewählten Personenkreis zugänglichen Untersuchungen wurden durch die vorgegebene Aufgabenstellung und/oder die „Schere im Kopf“ bei den Bearbeitern beeinflusst. Deshalb sind sie für die hier interessierenden Langzeitreihen in der Regel eher irrelevant.

Über die angeführten Quellen der amtlichen Statistik hinaus liegen zu einzelnen Themenbereichen Arbeiten aus Forschungsprojekten vor, bei denen Vergleichbarkeit mit westlichen statistischen Daten angestrebt wurde, von denen hier exemplarisch die Untersuchung der Deutschen Bundesbank zur Zahlungsbilanz der DDR erwähnt sei.[3] Besonderer Aufmerksamkeit erfreute sich bisher die Schätzung der gesamtwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik, worauf im Folgenden exemplarisch eingegangen werden soll.

Den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen lagen in West und Ost verschiedene Konzepte zugrunde. Statt des im Westen gängigen *System of National Account* (SNA-Konzept) kam in den Ostblockstaaten das sich an Marx‘schen Kategorien orientierende *Material Product System* (MPS) zur Anwendung. Beim MPS stand die Produktion von Sachgütern im Mittelpunkt, die zusammen mit den ihr verbundenen Dienstleistungen, wie Reparaturen, Transport und Handel, im Gesellschaftlichen Gesamtprodukt erfasst wurde. Dies ist wiederum eine Brutto-Brutto-Größe, das heißt, hier sind die unter Umständen doppelt gezählten Vorleistungen ebenso wie die Abschreibungen enthalten. Nach Abzug des Produktionsverbrauches (Vorleistungen und Abschreibungen) ergab sich das produzierte Nationaleinkommen. Ob damit sämtliche Vorleistungen tatsächlich eliminiert werden konnten, ist fraglich. Gleichwohl ist dies als Nettogröße – etwas vereinfacht – mit dem Nettoinlandsprodukt nach der Entstehung im westlichen SNA-Konzept vergleichbar. Allerdings waren dabei die Leistungen der staatlichen Einrichtungen und gesellschaftlichen Organisationen, des Kredit-, Versicherungs-, Wohnungs-, Erziehungs- und Gesundheitswesens sowie der direkten Konsumdienstleistungen nicht enthalten. Also wurde im Unterschied zum SNA-Konzept, welches das gesamte Spektrum der wirtschaftlichen Tätigkeit zu erfassen sucht, ein großer Teil der öffentlichen und privaten Dienstleistungen nicht berücksichtigt.

Schon aufgrund dieser unterschiedlichen Erfassungskonzepte verbietet es sich, die Indikatoren gesamtwirtschaftlicher Leistung, wie das Bruttoinlandsprodukt und das Nationaleinkommen, direkt miteinander zu vergleichen. Auch als Indexreihen, Zuwachsraten und andere Relativmaße sollte man sie nicht gegenüberstellen, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass die Differenz zwischen beiden, nämlich eben jene „unproduktiven“ Dienstleistungen, einen konstanten Anteil am Bruttoinlandsprodukt insgesamt (bzw. am Nationaleinkommen in „entgangener“ Form) einnahm. Da dieser Anteil in der Bundesrepublik tendenziell anstieg, während dies für die DDR nicht im gleichen Maß anzunehmen ist, wären die Ergebnisse einer solchen Gegenüberstellung verfälscht. Darüber hinaus ist bei einem Vergleich der gesamtwirtschaftlichen Leistung ebenso wie bei allen anderen Wertkennziffern die Wechselkursproblematik zu berücksichtigen. Es erscheint im Grunde unmöglich, im Nachhinein einen Wechselkurs der DDR-Mark zu bestimmen, wie er sich unter Marktverhältnissen herausgebildet hätte. Es existieren dazu lediglich Hilfskonstruktionen mit Ersatzindikatoren, die alle mit problematischen Unvollkommenheiten belastet sind. Diese Probleme wollten verschiedene Vorhaben lösen:

Ein Forschungsprojekt des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin hatte sich zum Ziel gesetzt, die gesamtwirtschaftliche Leistung der DDR als Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts nach westlicher Methodik auf Basis der Primärunterlagen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik zu bestimmen. Die Rückrechnung der Sozialproduktsdaten wurde für die Jahre 1970, 1972 und 1975 sowie 1978 bis 1989 vorgelegt. Doch konnten weder das Preisproblem noch das Wechselkursproblem einer befriedigenden Lösung zugeführt werden, weshalb alle Daten in laufenden Preisen in DDR-Mark vorgelegt wurden. Deshalb sind diese Angaben lediglich für Strukturanalysen verwendbar.[4]

Bereits früher unternahmen Wilma Merkel und Stefanie Wahl einen ersten Versuch, das Bruttoinlandsprodukt für die DDR im Zeitraum von 1950 bis 1989 nach westlicher Methodik zu ermitteln.[5] Unter vereinfachten Annahmen und auf nicht in allen Details belegten Grundlagen bestimmten sie das Bruttoinlandsprodukt in DDR-Mark. Jedoch blieb bei ihnen die Basis für den von ihnen errechneten Umrechnungskoeffizienten zur D-Mark – außer den allgemein gehaltenen, berücksichtigten Faktoren – unklar. Er scheint letztlich nicht plausibel.

Deshalb haben Albrecht Ritschl und Mark Spoerer in einem umfassenderen Aufsatz die Ergebnisse von Merkel/Wahl

für das Sozialprodukt der DDR so weit übernommen, wie diese deren gesamtwirtschaftliche Leistung, ausgehend von den vorliegenden DDR-Ziffern unter Berücksichtigung eines geschätzten Dienstleistungsanteils, geschätzt hatten. Für die Umrechnung von DDR-Mark in D-Mark zogen sie allerdings den im Außenhandel der DDR als Korrekturfaktor des offiziellen Währungskurses genutzten Richtungskoeffizienten bzw. den Umrechnungskoeffizienten des Rentenüberleitungsgesetzes heran, die – auf unterschiedlicher Basis entstanden – recht gut übereinstimmen.[6] Der Richtungskoeffizient kann infolge seiner Konstruktion und der Art der Entstehung faktisch als ein kommerzieller Wechselkurs zwischen der DDR-Mark und der D-Mark betrachtet werden. Daher sind die Angaben von Ritschl/Spoerer für einen rohen Vergleich der gesamtwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der DDR mit der der Bundesrepublik durchaus geeignet.

Außerdem legte Jaap Sleifer eine Schätzung vor, die allerdings aufgrund ihrer Datengrundlage problematisch ist.[7] Sie beruht auf den physischen Produktionsangaben, die von der DDR im Statistischen Jahrbuch veröffentlicht wurden. Da Reihen mit negativ angesehener Entwicklung in der Regel nicht mehr publiziert wurden, weist dieses Sample einen systematischen Fehler auf, und die darauf basierende Schätzung fällt tendenziell zu positiv aus.

Nicht zuletzt hat Gerhard Heske auf Basis der internen Unterlagen der DDR-Statistik die Entwicklung des ostdeutschen Bruttoinlandsproduktes in D-Mark berechnet.[8] Auch er war gezwungen, seiner Schätzung bestimmte Annahmen zugrunde zu legen, die nicht alle hinreichend mit Archivalien belegt werden (können).

Alle diese Arbeiten haben methodisch jeweils ihre Vor- und Nachteile und weisen Unzulänglichkeiten auf, sodass man sich je nach dem Untersuchungsziel entscheiden muss, welche man heranzieht. Gleichwohl erlauben sie grundsätzlich Aussagen zur Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der DDR. Dieser Befund gilt aber nicht allein für die DDR, denn auch für das 19. Jahrhundert stößt die Bestimmung der gesamtwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit an Grenzen der Quellen und Methodik.

Insgesamt lässt sich resümieren, dass sich die DDR prinzipiell in die Langzeitreihen für Deutschland einordnen lässt, jedoch aufgrund der Qualität, Validität und Vergleichbarkeit im Einzelfall geprüft werden muss, inwieweit eine Einbindung in eine gesamtdeutsche Statistik möglich ist.

01 Umwelt, Klima und Natur

Paul Erker

Dauer bis zur Haselblüte ab dem 1. Januar

1980 — **66 Tage**

1900 — **7 Tage**

Regen pro Quadratmeter 1881 und 1970:

1970 — **913 Liter**

1881 — **693 Liter**

1950 — **316 Zentimeter**

1940 — **6,6 °C**

Der maximale Wasserstand der Elbe 1900 und 1950:

1900 — **773 Zentimeter**

Jahresmitteltemperatur 1940 und 2000:

2000 — **9,9 °C**

Statistische Daten zur historischen Entwicklung von Klima, Umwelt und Natur wurden vereinzelt schon im 18. Jahrhundert gesammelt, als systematische Erhebungen oder Rückberechnungen liegen sie erst in jüngster Zeit vor. Die Umwelthistoriker stehen vielfach noch am Anfang, dieses Datenmaterial auszuwerten und für ihre Forschungen zu verwenden. Die große Ära der Umweltstatistik und die damit mögliche Erforschung umweltrelevanter Indikatoren in historischer Perspektive hat erst begonnen.

Die historische Forschung speist sich aus den gegenwärtigen Problemen, das zeigt sich wie kaum sonst im Bereich der Umweltgeschichte. Befinden wir uns in einem ökologischen Zeitalter? Bedrohen Umweltkrisen und Umweltmigration in globaler Dimension unsere ökonomische, gesellschaftliche und politische Stabilität? Wie kann die Gesellschaft den großen Übergang zur Nachhaltigkeit in der Industrieproduktion wie im Konsum bewältigen? Die historische Rekonstruktion der jeweiligen Umweltbedingungen und deren Veränderungen, in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend durch Einflussnahme des Menschen verursacht, sind dabei vergleichsweise spät in den Fokus der Geschichtswissenschaft gerückt. Dabei entwickelten sich verschiedene Herangehensweisen, sei es als Geschichte der Nutzung und Überformung der natürlichen Umwelt und ihrer Ressourcen, als Untersuchung der Natur als historischem Akteur und kultureller Herausforderung oder als Analyse der Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Natur. Lange Zeit war in der Umweltgeschichte ein „*declensionist narrative*“ vorherrschend, das heißt, sie wurde als eine Geschichte der Zerstörung, Ausbeutung und Verschmutzung sowie als Konfliktgeschichte oder Geschichte der industriell bedingten Umweltkatastrophen erzählt und erforscht. Aber das ist nur eine Seite der Medaille.

Spezifika des Datenmaterials

Es gibt einige Spezifika hinsichtlich des umwelthistorischen Datenmaterials. Erstens entziehen sich Naturprozesse, Umweltverhältnisse und Klimaveränderungen dem nationalstaatlichen Rahmen; sie sind grenzüberschreitend und oftmals global. Nach wie vor finden umwelthistorische Analysen in nationalstaatlicher Perspektive statt; die Konstruktion von nationalen Identitäten war ohne Zweifel oft eng an Naturvorstellungen und Naturerfahrungen geknüpft.[1] Der Nationalstaat ist einer der wichtigsten Akteure bei der Transformation von Landschaften. Dennoch ist Umweltgeschichte sozusagen auf natürliche Weise grenzüberschreitend und transnational. Dies gilt es bei der Erhebung und Interpretation nationaler statistischer Daten zu bedenken. Zweitens weist die Rekonstruktion von Daten vergangener Naturzustände und deren Kontextualisierung, Verknüpfung, Interpretation und Interdependenz eine deutliche Diskrepanz hinsichtlich der Zeithorizonte auf. Teilweise reichen die Daten insbesondere zu Klima, das heißt zu Temperatur, Niederschlägen etc., weit ins 18. Jahrhundert zurück, während jedoch gleichzeitig die eigentliche neue Ära der systematischen Umweltstatistik erst in den 1990er Jahren einsetzt. Insofern ergeben sich drittens vielfältige, höchst unterschiedliche Periodisierungen. Auf der einen Seite stehen etwa die großen globalklimatischen Schwankungen zwischen Eiszeiten und Wärmeperioden wie die hochmittelalterliche Warmzeit zwischen 1000 und 1300, gefolgt von der Kleinen Eiszeit zwischen 1400 und 1870, mit ihrem Höhepunkt am Ende des 17. Jahrhunderts. Sie kann als eine Art Testlauf für die folgende Phase der globalen Erwärmung angesehen werden, lehrt sie uns doch, dass bereits geringe Veränderungen des Klimas zu enormen sozialen, politischen und religiösen Erschütterungen

▶ Abb 1 **Temperaturen, Niederschläge, Sonnenscheindauer**

6,6

Grad betrug im Jahr 1940 die bisher niedrigste Jahresmitteltemperatur.

9,9

Grad im Jahr 2000 waren hingegen der Höchstwert.

führen.[2] Seit etwa 1890 steigen dann aber die mittleren Jahrestemperaturen an, allerdings seit den 1990er Jahren mit deutlicher Zunahme und damit einer massiven Beschleunigung der globalen Erwärmung.[3] Auf der anderen Seite gibt es kleinteilige, stark politisch entwickelte Zäsuren und Entwicklungsphasen der deutschen Umweltgeschichte, beginnend mit dem Umbruch von natürlicher Umwelt und Landschaft infolge von Industrialisierung und Bevölkerungswachstum in den 1850er Jahren. Das Kaiserreich erscheint hier als Scharnierphase, in der sich einerseits die einzelnen Problemlagen zu chronischen Krisensituationen verdichteten, andererseits bei der Suche nach Lösungsmöglichkeiten Strukturen und Praktiken entstanden, die das Mensch-Umwelt-Verhältnis in Deutschland bis weit in das 20. Jahrhundert hinein prägten. Die Phase von Weimarer Republik und NS-Zeit bekommt hier eine eher geringe Bedeutung, ehe spätestens in den 1960er Jahren eine neue ökologische Phase begann, in der seit den 1970er Jahren die wachsende Kritik an Landschafts-, Ressourcen- und Energieverbrauch in eine umweltpolitische Boomzeit und gleichzeitige Ökologisierung der Gesellschaft mündete.[4] Viertens schließlich spielten, anders als in den übrigen Bereichen der historischen Statistik, quantitative Daten zu Klima, Umwelt und Natur in der deutschen umwelthistorischen Forschung bislang eher eine untergeordnete Rolle, weil sie bislang schlichtweg nicht systematisch erhoben und zusammengestellt wurden, insbesondere was weiter zurückreichende Entwicklungen im 19. und 20. Jahrhundert (und erst recht davor) angeht. Insofern musste für die vorliegende Zusammenstellung vielfach Grundlagenarbeit geleistet werden.

Klimatologische Aufzeichnungen zu Temperatur und Niederschlägen

Die ältesten klimatologischen Aufzeichnungen in Deutschland reichen bis 1781 zurück und wurden auf dem Hohenpeißenberg in Bayern mit täglichen Temperaturmessungen vorgenommen.[5] Dabei zeigt sich 1890 im langfristigen Trend der mittleren Jahrestemperatur ein Schnitt von zwei signifikanten Entwicklungen. In den Jahren bis 1890 lässt sich ein langer Temperaturrückgang erkennen. Mit dem Ausklingen der „Kleinen Eiszeit“ setzte danach eine lange und bis in die Gegenwart anhaltende Phase deutlich steigender Jahresmitteltemperaturen ein. ▸ Tab 1, Abb 1

Es gab dabei gewisse Teilphasen, das heißt einen Anstieg der Temperaturen bis etwa 1950, gefolgt von zunächst wieder tendenziell leicht zurückgehenden Jahresmittelwerten zwischen 1950 und etwa 1980, dem dann aber ein umso kräftigerer Anstieg folgte. Und es gab in einzelnen Jahren durchaus markante Ausreißer, wie 1940 mit einer extrem niedrigen Jahresmitteltemperatur von 6,6 Grad, dagegen im Jahr 2000 der bisherige Höchstwert von 9,9 Grad. Seit 1881 erfolgte in Deutschland ein Anstieg der Jahresmitteltemperatur um etwa 1,2 Grad, damit verbunden war auch eine signifikante Zunahme der jährlichen Niederschlagsmengen um gut 10 Prozent.[6]

Serielle Daten zur den Vegetationsperioden

Ergänzend dazu sind die ebenfalls weit zurückreichenden seriellen Daten zur Phänologie, also zu den jeweiligen Eintrittszeiten charakteristischer Vegetationsstadien einzelner Pflanzen, von zentraler Bedeutung. Die periodisch wiederkehrenden Wachstums- und Entwicklungserscheinungen geben im langfristigen Verlauf beobachtet Aufschluss über die Länge der Vegetationsperioden und deren zeitliche Verschiebung. Die ältesten Erhebungen zur ▸„Phänologischen Uhr“ Deutsch-

▸ Phänologische Uhr
Die Phänologie befasst sich mit den im Jahresablauf periodisch wiederkehrenden Wachstums- und Entwicklungserscheinungen der Pflanzen. Die Eintrittszeiten charakteristischer Vegetationsstadien werden beobachtet und festgehalten. Anhand dieser phänologischen Phasen lässt sich das phänologische Jahr konstruieren.

▸ Tab 1 **Temperaturen, Niederschläge, Sonnenscheindauer**

	Mittlere Temperaturen					Niederschläge					Sonnenscheindauer				
	ganzjährig	Winter	Frühjahr	Sommer	Herbst	ganzjährig	Winter	Frühjahr	Sommer	Herbst	ganzjährig	Winter	Frühjahr	Sommer	Herbst
	Grad Celsius					Liter pro Quadratmeter					Stunden				
	x0001	x0002	x0003	x0004	x0005	x0006	x0007	x0008	x0009	x0010	x0011	x0012	x0013	x0014	x0015
1881	7,34	–	6,71	16,52	7,57	693,42	–	163,94	243,43	174,09	–	–	–	–	–
1890	7,33	–0,61	8,21	15,28	7,73	744,54	127,56	156,89	304,64	187,35	–	–	–	–	–
1900	8,37	–0,38	5,99	16,85	9,04	769,50	202,79	141,24	251,46	152,94	–	–	–	–	–
1910	8,43	1,97	7,79	15,95	7,77	837,11	215,40	136,20	328,43	185,80	–	–	–	–	–
1920	8,65	2,08	9,80	15,76	7,04	677,29	246,32	176,88	229,27	100,98	–	–	–	–	–
1930	8,77	1,91	8,04	16,83	9,27	845,35	134,26	201,50	268,54	293,76	–	–	–	–	–
1940	6,64	–5,00	7,63	15,78	8,49	847,32	120,06	199,68	281,95	229,77	–	–	–	–	–
1950	8,62	1,66	8,46	17,67	8,31	829,38	228,67	177,22	239,84	228,24	–	–	–	–	–
1960	8,41	0,82	8,16	15,81	9,17	848,89	158,98	141,77	280,72	243,44	1 460,13	138,78	498,17	552,08	274,46
1970	7,72	–2,80	5,96	16,68	9,29	913,32	199,61	239,06	241,01	218,66	1 460,08	104,11	369,57	659,30	320,53
1980	7,63	1,10	6,68	15,47	8,30	840,03	207,48	170,22	316,75	183,76	1 423,59	156,08	470,27	484,11	305,02
1990	9,49	3,57	9,40	16,72	8,81	791,67	224,70	116,92	228,12	236,93	1 674,20	188,43	588,42	625,62	286,29
2000	9,87	2,34	9,98	16,63	10,19	821,35	259,06	201,69	242,72	189,58	1 522,86	154,54	473,41	614,28	262,95
2010	7,85	–1,27	7,78	17,79	8,43	868,46	179,55	176,28	292,41	215,33	1 538,17	111,17	463,86	676,13	299,32

▶ Tab 2 **Phänologie**

	Schneeglöckchen: Beginn der Blüte	Stachelbeere: Beginn der Blattentfaltung	Apfel, vorwiegend frühreifend: Beginn der Blüte	Schwarzer Holunder: Beginn der Blüte	Sommer-Linde: Beginn der Blüte	Apfel, frühreifend: Beginn der Pflückreife	Schwarzer Holunder: erste reife Früchte	Stiel-Eiche: erste reife Früchte
	Dauer seit 1. Januar in Tagen							
	x0016	x0017	x0018	x0019	x0020	x0021	x0022	x0023
1900	–	–	–	–	–	–	–	–
1910	–	–	–	–	–	–	–	–
1920	–	–	–	–	–	–	–	–
1930	–	–	–	–	–	–	–	–
1940	–	–	–	–	–	–	–	–
1950	–	–	–	–	–	–	–	–
1960	57	94	123	155	174	215	246	267
1970	80	114	139	166	182	222	250	271
1980	55	101	134	162	186	229	254	274
1990	39	77	109	140	171	215	237	264
2000	46	86	115	139	162	208	231	260
2010	66	93	120	155	173	218	240	264

▶ Abb 2 **Phänologie — Dauer seit 1. Januar in Tagen**

lands beginnen 1896 mit dem Beginn der Apfelblüte, die den Eintritt des Vollfrühlings anzeigt. ▶ Tab 2, Abb 2

Der Beginn der landwirtschaftlichen Vegetationsperiode wird durch den Blühbeginn der Salweide, das Ende durch die Blattverfärbung der Stieleiche indiziert.[7] Auch andere damit im Zusammenhang stehende Datenreihen wie der jährliche Beginn der Weinlese sind dabei unter klima- und umwelthistorischer Perspektive wichtige Quellen. Die Trendaussage dieser phänologischen Daten ist jedenfalls klar: Austrieb, Blüte und Fruchtreife setzen insgesamt jeweils früher ein, während im Herbst Blattverfärbung und Blattfall später stattfinden. Die Vegetationsperioden dauern insgesamt damit länger, im Vergleich der Werte von 1950 und 2010 um etwa elf Tage, wobei es regional erhebliche Unterschiede gibt. Diese Verschiebung der phänologischen Phasen ist nicht auf die letzten Jahrzehnte beschränkt, aber sie hat sich in den letzten 20 Jahren sprunghaft verstärkt. Die Blüte der Schlehe beispielsweise setzt heute fast einen Monat früher ein als noch vor 170 Jahren. Diese „Vorverlegung des

	Stiel-Eiche: herbstliche Blattverfärbung	Stiel-Eiche: herbstlicher Blattfall (1951 - 1990 extrapoliert)	Hasel: Beginn der Blüte (Vorfrühling)	Apfel: Beginn der Blüte (Vollfrühling)	Schwarzer Holunder: Beginn der Blüte (Frühsommer)	Schwarzer Holunder: erste reife Früchte (Frühherbst)	Rotbuche: Blattverfärbung (Spätherbst)
	Dauer seit 1. Januar in Tagen						
	x0024	x0025	x0026	x0027	x0028	x0029	x0030
1900	–	–	7	108	150	–	283
1910	–	–	67	117	152	222	–
1920	–	–	5	125	130	232	295
1930	–	–	79	127	148	232	293
1940	–	–	25	112	146	217	288
1950	–	–	54	104	–	–	–
1960	284	303	22	104	134	237	259
1970	287	306	63	120	143	234	286
1980	292	310	66	130	154	241	279
1990	286	305	10	107	130	213	286
2000	288	307	5	107	123	208	288
2010	289	306	46	104	118	210	281

Frühjahrs“ hat nachhaltige Rückwirkungen auf die Pflanzen- und Tiermobilität: Die Verbreitungsgebiete von an Kälte angepassten Pflanzen und Tierarten verschieben sich global polwärts, während wärmeliebende Arten „nachrücken“.[8]

Wasserstände in Flüssen und an Küsten

Zentrale umwelt- und klimahistorisch relevante Datenreihen nehmen auf die Wasserstände in Flüssen und an den deutschen Küsten Bezug. Der enge Zusammenhang zwischen Temperaturzuwachs, Anstieg des Meeresspiegels und Ausmaß des Gletscherschwundes ist längst evident und diese Interdependenzen hinterlassen auch ihre Spuren in den historischen Veränderungen von Wasserhaushalt und Wassernutzung in Europa und in Deutschland.[9] Länger zurückreichende Rekonstruktionen der Wasserführung von großen deutschen Flüssen wie dem Rhein geben jedoch auf die große Frage danach, ob sich die Häufigkeit der Hochwasser-Ereignisse in den letzten Jahrzehnten und Jahrhunderten gesteigert hat, keine eindeutige Antwort. ▸ Tab 3, Abb 3

Seit etwa 1920 ist hier eine deutliche Zunahme von kritischen Pegelständen über 10 Metern zu registrieren, im Unterschied zum hochwasserarmen 19. Jahrhundert. Die Statistik zeigt eine Häufung von „Jahrhundert-Hochwassern“ innerhalb nur weniger Dekaden. In längerer Perspektive jedoch relativiert sich das wiederum. Hochwasserreiche Perioden gab es auch schon im 16. und vor allem im 18. Jahrhundert. Schneeschmelze und schwere Regenfälle, verbunden mit den gewaltigen Anstrengungen zur ▸ Rhein-Begradigung und deren Auswirkungen, verursachten in der Zeit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bis Anfang des 19. Jahrhunderts einen erheblichen Anstieg des Flusswasserpegels mit zahlreichen Überschwemmungen. Die nachteilige Wirkung von Abholzungen und Flusskorrektionen war ein heiß diskutiertes Thema in dieser Zeit.[10] Auf der Gegenseite lässt sich das Auftreten von Niedrigwasserperioden mit extrem geringen Wasserpegelständen und den entsprechenden Rückwirkungen auf die Verkehrsschifffahrt nachverfolgen. Auch hier zeigt sich

▸ Rhein-Begradigung
Die Rhein-Begradigung ist die künstliche Verkürzung des ehemals mäandrierenden Rheins. Sie wurde in Deutschland zwischen 1817 und 1876 durchgeführt. Die Rhein-Begradigung war auch Voraussetzung für die Schiffbarmachung des Flusses hinauf bis Basel, die 1907 begonnen wurde.

▶ Tab 3 **Wasserstände von Flüssen**

	Elbe, Dresden				Rhein, Köln				Main, Würzburg			
	Wasserstand		Abfluss		Wasserstand		Abfluss		Wasserstand		Abfluss	
	maximal	minimal	maximal	minimal	maximal	minimal	maximal	minimal	maximal	minimal	maximal	minimal
	cm		Liter		cm		Liter		cm		Liter	
	x0031	x0032	x0033	x0034	x0035	x0036	x0037	x0038	x0039	x0040	x0041	x0042
1834	682	196	2 320	132	911	190	7 900	760	596	221	931	30
1840	628	196	1 840	132	755	212	5 710	870	469	221	523	30
1850	706	187	2 580	117	1 023	194	9 710	780	710	219	1 280	28
1860	694	152	2 570	70	767	296	5 970	1 380	576	236	809	47
1870	491	168	1 160	95	788	176	6 260	710	608	209	921	19
1880	598	167	1 800	124	913	223	8 070	946	648	190	1 070	42
1900	773	123	3 100	132	752	184	5 810	820	457	160	463	18
1910	427	140	1 000	163	797	224	6 430	1 090	444	165	442	47
1920	772	85	3 190	80	1 058	126	10 700	614	721	148	1 450	36
1930	488	64	1 350	55	915	159	8 380	869	549	139	727	31
1940	757	90	3 110	125	748	196	5 980	1 060	569	174	817	56
1950	316	34	639	51	755	148	6 170	820	390	148	353	36
1960	419	101	996	130	562	167	3 990	985	288	144	274	14
1970	519	99	1 390	127	983	182	9 690	1 090	644	139	1 250	36
1980	577	131	1 730	187	929	196	8 800	1 170	494	156	703	61
1990	396	72	885	89	854	131	7 250	876	378	133	542	29
2000	594	82	1 680	102	661	235	4 950	1 450	319	141	423	56
2010	541	67	1 410	96	729	186	5 750	1 190	404	147	597	59

1955

setzte eine Änderung des Tideverhaltens an den deutschen Küsten ein.

für den Rhein eine deutliche Zunahme für die Zeit ab 1950. ▶ Tab 3

Entsprechende zeitliche Veränderungen lassen sich auch für die Wasserstände an den deutschen Küsten aufzeigen.[11] Die seit 1874 verfügbaren Daten spiegeln sowohl für die Ost- wie die Nordsee eine vor allem seit etwa 1955 einsetzende Änderung des Tideverhaltens wider. ▶ Tab 4, Abb 4

Ab diesem Zeitpunkt steigen die Tidehochwasser signifikant an, was insgesamt zu einem außerordentlich starken Anstieg des Tidehubes um ca. 10 Prozent an den jeweiligen Küstenpegeln führt. Inwieweit diese dramatische Veränderung der Tidedynamik an den deutschen Küsten mit globalen Klimaveränderungen zusammenhängt und welche längerfristigen Umwelt- und Landschaftsveränderungen vor Ort damit verbunden sind, ist dabei noch strittig.

Weitere umweltstatistische Erfassungsversuche: Wald, Emissionen, Abfall, Energieverbrauch, Erdbeben und Biomobilität

Ein Kernthema der Umweltgeschichte ist auch die Veränderung der Landnutzung, ob zu agrarischen oder forstlichen Zwecken. Die jeweiligen Datenreihen dazu finden sich in dem Beitrag von Michael Kopsidis, hier sollen dazu nur einige ergänzende Bemerkungen aus umwelthistorischer Perspektive gemacht werden. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche nahm zwischen 1878 und 1995 rasant ab, während die Waldfläche in Deutschland seit Mitte des 19. Jahrhunderts nach dem mittelalterlichen Raubbau und der extensiven Waldnutzung im 17. und 18. Jahrhundert langsam wieder zunahm. Die Bedeutung des Waldes in der Frühen Neuzeit als Spender von Brenn- und Bauholz sowie

▶ Abb 3 **Maximale und minimale Wasserstände — in cm**

▶ Abb 4 a **Höchste Wasserstände Nordsee — in cm, höchster Wert des Tidehochwassers (HThw)**

▶ Abb 4 b **Höchste Wasserstände Ostsee — in cm, höchster Wert des Tidehochwassers (HThw)**

als Ort der Waldweide änderte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts als Folge der Substituierung von Holz als Energiequelle durch die Steinkohle grundlegend. Die Debatte um eine Ressourcenkrise (Holznot) wurde von einer zunehmenden Vermarktung und Kapitalisierung als Folge der Durchsetzung der staatlichen Waldnutzungsinteressen und entsprechender Flankierung durch Forstwissenschaft bzw. Forstökonomie abgelöst. Gleichzeitig drangen neue Ansprüche an die Waldnutzung wie Schutz vor Naturgefahren, Erholung und Freizeit sowie Naturschutz in den Vordergrund. Periodische Waldinventuren mit entsprechenden Datenkatalogen zur Holzproduktion, zum Holzeinschlag und zur Qualität und Struktur der Waldressourcen (Indikatoren des „Waldsterbens"), in denen diese Veränderungen abgebildet werden, haben in Europa eine lange Tradition. Aber erst zwischen den 1950er und 1990er Jahren vollzog sich noch einmal ein neuer Paradigmenwechsel in der Waldbewirtschaftung, ausgerichtet auf die Prinzipien von Dauerwald, naturnaher Waldwirtschaft und stabiler Mischwaldbestände.

So heterogen wie Umwelt, Klima und Natur als historische Phänomene sind, so heterogen ist auch das zugrundeliegende Gerüst aus zahllosen, zumeist erst in jüngster Zeit einsetzenden umweltstatistischen Datenreihen. Es gibt viele weitere wichtige Indikatoren zum Thema Umwelt, Klima und Natur, allen voran die vor allem durch den Menschen verursachten Emissionen verschiedener Stoffe wie CO2. (Vgl. hierzu auch den Beitrag Jörg Baten und Herman de Jong). Der klimarelevante Kohlendioxidausstoß stammt dabei zum einen aus der Nutzung fossiler Energieträger für Industrie und Verkehr, zum anderen aus der Landwirtschaft, insbesondere der Viehzucht. Die entsprechende Konzentration in der Atmosphäre ist dabei in den letzten 150 Jahren weitgehend proportional zum Verbrauch fossiler Brennstoffe angestiegen, wobei der eigentliche rasante

▶ Tab 4 **Wasserstände Meere**

	Cuxhaven-Steubenhöft		Dagebüll		Norderney		Emden		Warnemünde		Travemünde	
	HThw*	MThw**	HThw	MThw	HThw	MThw	HThw	MThw	HW***	MW****	HW	MW
	cm											
	x0043	x0044	x0045	x0046	x0047	x0048	x0049	x0050	x0051	x0052	x0053	x0054
1834	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	51	–22
1840	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	80	–15
1850	291	108	–	–	–	–	–	–	–	–	104	–13
1860	300	116	–	–	–	–	–	–	–	–	54	–21
1870	306	119	–	–	–	–	–	–	–	–	80	–16
1880	265	120	215	99	–	–	–	–	–	–	94	–15
1900	298	129	255	103	–	–	–	–	–	–	127	–9
1910	256	127	365	107	222	99	315	132	110	–6	124	–8
1920	313	134	285	117	249	99	303	128	72	–8	64	–5
1930	386	130	270	108	338	100	408	125	66	–7	91	–10
1940	340	139	325	110	277	110	330	130	111	–9	144	–7
1950	318	138	275	120	276	111	365	136	124	2	154	–4
1960	264	126	242	106	225	102	276	123	121	–6	165	–4
1970	351	145	308	123	278	113	338	141	73	0	92	1
1980	312	151	340	131	260	119	330	143	112	–2	144	–4
1990	444	158	462	145	366	122	420	149	116	10	134	9
2000	453	156	395	146	343	125	387	152	109	7	132	4
2010	285	150	319	137	225	120	290	146	–	–	–	–

* HThw: Höchster Wert des Tidehochwassers
** MThw: Mittlerer Wert des Tidehochwassers
*** HW: Hochwasser
**** MW: Mittelwasser

Anstieg vor allem seit den 1950er Jahren erfolgt ist. Die Rekonstruktion der CO2-Konzentration lässt sich inzwischen mit Hilfe von Untersuchungen eingeschlossener Luftblasen in arktischen und antarktischen Eisbohrkernen bis zum Jahr 1000 und davor zurückverfolgen, jedoch können hieraus keine nationalen Daten erstellt werden. Erst ab 1990 gibt es allein auf Deutschland bezogene Erhebungen zu diesem Treibhausgas, während für andere Industrieemissionen wie Stickstoffoxide, Schwefeldioxid und Kohlenmonoxid die Statistiken immerhin bis 1970 zurückreichen. Man könnte diese allgemeinen Emissionsdaten auch durch zahlreiche, ebenfalls ab etwa den 1960er Jahren einsetzende Zeitreihen zum Ausstoß von einzelnen umweltrelevanten prekären Stoffen und chemischen Verbindungen in die Luft oder als Abwasser ergänzen, wie etwa Isocyanat, Fluorkohlenwasserstoff-Verbindungen (FCKW) sowie lösungsmittel- und chlorhaltige Stoffe. Dies führt zu Abfallstatistiken. Für einzelne Regionen und Kommunen in Deutschland lassen sich zum Teil bis ins 19. Jahrhundert zurück Daten zu Gesamtabfallaufkommen, Haus- und Industriemüllanfall, zu Klärschlammentsorgung und Verpackungsabfällen gewinnen. Wasserverbrauch und Wasserverschmutzung und nicht zuletzt Datenreihen zu

1834

ist das erste Jahr, für das Wasserstände der Ostsee dokumentiert sind.

▸ **Kolumbianischer Austausch**
Der auf Forschungsarbeiten des US-amerikanischen Historikers Alfred W. Crosby zurückgehende Ausdruck wird verwendet, um die enorme Verbreitung und Wechselwirkung von für die jeweiligen Kontinente zunächst neuartigen landwirtschaftlichen Waren und Produkten aus Flora und Fauna zwischen der östlichen und westlichen Hemisphäre zu bezeichnen.

Energieverbrauch und Energieproduktion (und die damit korrespondierenden Energiepreise) stellen ebenfalls wichtige quantitative wie qualitative Indikatoren der Umweltgeschichte dar. Der Langzeitblick auf Umfang und Struktur der Stromproduktion zeigt, welche Akteure wann und aus welchen Gründen auf Wasserkraft oder auf den Atomstrom setzten. Der Energieverbrauch in Deutschland ist zwischen 1840 und 2000 nicht linear gestiegen, sondern mit Brüchen und Beschleunigungs- wie Verlangsamungsphasen. Auffallend ist dennoch die enge Parallelität in der Beschleunigung der Wachstumsraten bei der Energieverwendung und der Umweltbelastung seit den 1950er Jahren. Statt nationaler Daten lassen sich aber gleichfalls eher mithilfe regionaler Statistiken, etwa zu Kohleproduktion, differenziertere und weiter zurückreichende Vorstellungen der jeweiligen Entwicklungen gewinnen.

Ein Teilbereich der Umweltgeschichte befasst sich mit der Zuspitzung auf eine Geschichte von Naturgefahren und Naturkatastrophen, auch hier gibt es relevante Datensätze, etwa zu den Erdbebenaufzeichnungen, die in Deutschland bis ins Jahr 800 zurückverfolgt und rekonstruiert werden können.[12] Ob der weltweite Trend der Zunahme von Zahl und Heftigkeit der Erdbeben auch auf die seismischen Aktivitäten in Deutschland zurückwirkt, ist dabei noch völlig unklar. Dafür wird sich mittelbar eine andere statistisch messbare Entwicklung im Zusammenhang mit Naturkatastrophen auswirken: der steigende Umfang von Flucht- und Wanderungsbewegungen tausender Menschen weltweit im Zusammenhang mit Umweltkrisen und -katastrophen, Überschwemmungen, Bodenerosion, versiegenden Brunnen und versalzenen Böden und der damit verbundenen wachsenden Ungleichheit der Verteilung von umweltbezogenen Lebensgrundlagen. Die Geschichte der Mobilität der Menschen, die durch Klimawandel und Umweltkatastrophen zu Migrationsbewegungen gezwungen wurden (vgl. hierzu auch den Beitrag von Jochen Oltmer), korrespondiert dabei mit jener von Pflanzen und Tieren (Biomobilität) im Kontext von europäischer Expansion, Kolonialisierung und ▸ „kolumbianischem Austausch“. Auch hier ist die Wissenschaft erst dabei, spezifische Indikatoren und Datenerhebungsmethoden zu entwickeln. Für die Zeit ab 1970 gibt es immerhin historische Zeitreihen zu Artenvielfalt und Landschaftsqualität in Deutschland. Im Kontext der Aktivitäten der OECD werden zudem zahlreiche weitere und neue quantitative und komplex zusammengesetzte Indikatoren zu Nachhaltigkeit und Biodiversität in Deutschland entwickelt, darunter etwa die nutzbare Feldkapazität, die die Menge des im Boden vorhandenen Wassers, das den Pflanzen zur Verfügung steht, misst (Bodenfeuchte und ihre Rückwirkungen auf die Pflanze in Form von Wasserstress bzw. Übersättigung).[14]

Die große Ära der Umweltstatistik beginnt eigentlich erst in jüngster Zeit. Das gilt insbesondere und abschließend für die Entwicklung und Berechnung umweltökonomischer Gesamtrechnungen. Mithilfe komplexer Material- und Energieflussrechnungen wird dem engen Zusammenhang von Wachstum und Ressourcenverbrauch nachgegangen; in jüngster Zeit gibt es aber auch den Versuch, die Entkoppelung beider Größen erstmals nicht nur als eine Phrase, sondern als ein tatsächliches ökonomisches wie gesellschaftspolitisches Ziel voranzutreiben. Dies alles wird aber zugleich durch ein allenthalben für die unterschiedlichsten Interessen instrumentalisiertes „Nachhaltigkeits-Paradigma“ mehr vernebelt, als dass es (auf)klärend wirkt. Es ist daher umso wichtiger, dass künftig sehr viel mehr und weit differenzierteres umweltstatistisches Material für die historische Forschung zur Verfügung stehen wird, um damit die vielfach noch unerforschten komplexen Wechselspiele, Interdependenzen und selbstverstärkenden Effekte der vielen umweltrelevanten Indikatoren in historischer Perspektive weiter zu untersuchen.

Datengrundlage

Die beste Datengrundlage für historische Wetter- und Klimadaten in Deutschland liefert der Deutsche Wetterdienst (DWD), der seit 1952 als Bundesoberbehörde mit der gesetzlichen Aufgabe einer möglichst flächendeckenden Gewinnung von meteorologischen Daten beauftragt ist. Das Datengewinnungsnetzwerk des DWD zählt dabei zu den größten weltweit und alle Daten unterliegen einer mehrstufigen Kontrolle, was eine optimale Qualitätssicherung ermöglicht. Neben diesen allgemeinen Klimadaten erhebt der DWD auch einige spezielle Klimadaten. Zu diesen zählt die Erhebung der sogenannten phänologischen Daten. Systematische phänologische Beobachtungen aus den Jahren vor 1951 sind – soweit nicht in den Kriegsjahren verlorengegangen – derzeit nur in Papierform archiviert und liegen somit noch nicht aufbereitet vor. Dennoch gibt es durchgehende phänologische Datenreihen einzelner Standorte, wobei die bedeutendste Langzeitreihe die des Standorts Geisenheim (Hessen) ist, die lückenlos seit 1896 vorliegt. Forschungsarbeiten aus dem Bereich der historischen Klimatologie nutzen darüber hinaus Quellen, die noch wesentlich weiter zurückgehen. Hier kann beispielsweise die Dendrochronologie (Lehre der Baumringe) entscheidende Informationen über frühere Klimaveränderungen und Extremereignisse wie Fluten oder Dürren liefern.[15] Jahrelange Forschungsarbeiten in der historischen Klimatologie haben zum Aufbau umfangreicher Klimadatensammlungen geführt, die inzwischen durch die Universität Freiburg in Form der datenbankgestützten Infrastruktur „Tambora“ (*the climate and environmental history collaborative research database*) zusammengeführt werden.[16]

Die Daten zu den Wasserständen an großen deutschen Flüssen entstammen der Pegeldatenbank der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV), die in enger Zusammenarbeit mit dem „Forschungsinstitut Wasser und Umwelt“ der Universität Siegen erhoben und ausgewertet werden.[17] Sie wurden durch die pegelbetreibenden Wasser- und Schifffahrtsämter geprüft und veröffentlicht. Ein weiteres bedeutendes Wasserstandsdatenprojekt ist die Plattform „Undine“ der Bundesanstalt für Gewässerkunde (BfG), die Datengrundlagen zur Einordnung und Bewertung hydrologischer Extreme anbietet.[18] Während regelmäßige Wasserstandsbeobachtungen an den großen deutschen Flüssen bereits seit dem 18. Jahrhundert – hier jedoch primär im Hochwasserfall und durch einfache Lattenpegel – stattfanden, setzten am Pegel Dresden ab 1806 erstmals kontinuierliche Messungen ein, sodass hier die am längsten durchgehenden Wasserstandsreihen vorliegen. Weitere Erhebungen und Aufbereitungen von umweltstatistischen Daten, allerdings erst für die jüngere Zeit, finden sich auch auf den Seiten des Umweltbundesamtes.

Zum Weiterlesen empfohlen

Wolfgang Behringer: Kulturgeschichte des Klimas. Von der Eiszeit bis zur globalen Erwärmung, München 2007.

David Blackbourne: Die Eroberung der Natur. Eine Geschichte der deutschen Landschaft, München 2007.

Rüdiger Glaser: Klimageschichte Mitteleuropas. 1200 Jahre Wetter, Klima, Katastrophen, 2. Aufl., Darmstadt 2008.

Uwe Lübken: Undiszipliniert: Ein Forschungsbericht zur Umweltgeschichte, in: H-Soz-u-Kult 14.7.2010, http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2010-07-001.pdf.

Franz Mauelshagen: Klimageschichte der Neuzeit 1500–1900, Darmstadt 2010.

Christian Pfister: Energiepreis und Umweltbelastung. Zum Stand der Diskussion über das „1950er Syndrom“, in: Wolfram Siemann (Hrsg.): Umweltgeschichte. Themen und Perspektiven, München 2003, S. 61–86.

Joachim Radkau: Natur und Macht. Eine Weltgeschichte der Umwelt, München 2000.

Verena Winiwarter / Martin Knoll: Umweltgeschichte. Eine Einführung, Köln / Wien 2007.

02 Bevölkerung, Haushalte und Familien

Franz Rothenbacher/Georg Fertig

Scheidungen pro 10 000 Verheiratete im Deutschen Reich 1919 und in der DDR 1989:

1919 — **31**

1989 — **126**

Volkszählungsbevölkerung im Deutschen Reich 1871 und 1939:

1871 — **41 000 000**

1939 — **68 300 000**

Anzahl der Personen in einem durchschnittlichen Privathaushalt im Deutschen Bund 1849 und in Deutschland 2010:

1849 — **5,13**

2010 — **2,03**

Anteil der Bevölkerung, der in Orten mit bis zu 2 000 Einwohnern lebt, im Deutschen Reich 1871 und in Deutschland 1991:

1871 — **64 Prozent**

1991 — **9,3 Prozent**

Im 19. und 20. Jahrhundert hört das Bevölkerungswachstum auf, die Wirtschaft zu belasten. Geburtenraten nehmen ab, die Kindersterblichkeit wird überwunden und die Lebenserwartung nimmt zu, sodass die Bevölkerung altert. Ehe und Familie werden für das soziale und wirtschaftliche Leben jenseits der Privatsphäre weniger bedeutsam, im späten 20. Jahrhundert dann auch quantitativ weniger gewichtig.

Die deutsche Bevölkerungsgeschichte der beiden vergangenen Jahrhunderte ist von drei grundlegenden Veränderungen geprägt, die uns – zusammengenommen – in eine völlig andere Welt katapultiert haben: Das Entkommen aus der malthusianischen Falle, der demografische Übergang und die Funktionsentlastung von Haushalt und Familie. Der erste Prozess bedeutet, dass ein beständiges Wachstum der Einkommen möglich wurde und nicht mehr wie zuvor immer wieder von einer zunehmenden Bevölkerung aufgezehrt wurde; der zweite Prozess bedeutet, dass Sterblichkeit und Geburtenzahlen zurückgingen, und zwar unumkehrbar; der dritte Prozess bedeutet, dass die heutige Gesellschaft weniger um das Paar von Mann und Frau herum organisiert ist und dass die soziale Rolle als Ehemann oder Ehefrau unser Leben nicht mehr so umfassend wie früher bestimmt. Im Folgenden wird auf diese drei Prozesse näher eingegangen und gezeigt, inwiefern sie in den hier dokumentierten Reihen sichtbar sind.

Bevölkerung, Einkommen und Krisen

Wie der Begründer der Demografie, Thomas Robert Malthus, im Grunde richtig erkannte, hatten vormoderne Gesellschaften – nicht nur die deutsche – das Problem, dass Einkommen, Geburten und Todesfälle in einer sehr ungünstigen Weise aufeinander einwirkten. Einerseits führte eine wachsende Bevölkerung regelmäßig zu fallenden Einkommen (in der Ökonomie spricht man hier vom „fallenden Grenzertrag"), andererseits hatten Einkommensveränderungen deutliche demografische Folgen, und zwar so, dass eine Zunahme des Einkommens weniger Tote, mehr Kinder und damit insgesamt auch eine steigende Bevölkerung bedeutete. Aus diesem Kreislauf kam man lange Zeit nicht heraus. Um 1840 – entgegen den düsteren Prognosen von Malthus und seiner großen pessimistischen Anhängerschaft auch in Deutschland – galt das aber im Grunde schon nicht mehr.[1] Abbildung 1 zeigt in langfristiger Sicht die absolute Bevölkerungszahl einerseits, Reallohn und Getreideproduktion als Indikatoren für das Einkommen bzw. die Ernährungsmöglichkeiten andererseits. Man sieht sehr deutlich, dass bereits zu Beginn unserer Zeit die Nahrungs- und Einkommensgrundlage pro Kopf trotz wachsender Bevölkerung ungefähr auf demselben Niveau blieb, und dass spätestens seit Beginn des Kaiserreichs die Einkommen der Bevölkerung davonliefen – und nicht umgekehrt. Das ist ein ganz anderes Bild, als es sich für das 16. oder 17. Jahrhundert zeigt.

Durch langfristige Betrachtungen ist nicht erkennbar, wie sich bessere und schlechtere Einkommenslagen auf Geburt und Tod auswirkten. Hierfür müssen Reihen, wie sie in Abbildung 1 und 2 dargestellt sind, gewissermaßen mit der Lupe betrachtet werden, also für einzelne Krisenzeiten die Reallöhne einerseits und die Geburten- und Sterberaten andererseits. Für die Vormoderne, etwa das 17. und 18. Jahrhundert, ist das oft getan worden.[2] In „Subsistenzkrisen" folgten auf einen Anstieg der Getreidepreise und einen sich daraus ergebenden Rückgang der Reallöhne zahlreiche Todesfälle (*crise de type ancien*) oder deutlich weniger Heiraten und Geburten (*crise larvée*). Kausal war dafür weniger ein direktes Verhungern

▶ Tab 1 **Bevölkerung**

	mittlere Bevölkerung	Volkszählungsbevölkerung									
		insgesamt	nach Geschlecht		nach Alter			Familienstand			
			Männer	Frauen	0 bis 14	15 bis 64	65 und älter	ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden
	Mio.										
	x0055	x0056	x0057	x0058	x0059	x0060	x0061	x0062	x0063	x0064	x0065
	Deutsches Reich										
1871	41,0	41,0	20,1	20,9	14,1	25,9	1,0	24,8	13,8	2,4	0,1
1895	52,0	52,3	25,7	26,6	19,0	31,9	1,4	–	–	–	–
1910	64,6	64,9	32,0	32,9	22,1	39,6	3,3	38,1	23,2	3,5	0,1
1925	62,4	62,4	30,2	32,2	16,1	42,7	3,6	33,0	25,4	3,7	0,3
1933	65,2	65,2	31,7	33,5	14,4	45,5	5,3	32,1	28,6	4,0	0,5
1939	69,3	68,3	32,8	35,5	15,5	47,0	5,7	30,9	32,4	4,3	0,7
	Bundesrepublik										
1950	51,0	47,7	22,4	25,3	11,2	32,0	3,8	21,5	21,8	3,8	0,6
1961	56,6	56,2	26,4	29,8	12,2	39,0	5,0	23,0	27,4	4,8	0,9
1970	61,0	60,7	28,9	31,8	14,1	38,6	8,0	24,0	30,3	5,2	1,1
1987	61,2	61,1	29,3	31,8	8,5	42,8	–	23,5	29,8	5,4	2,4
	DDR										
1950	18,4	18,4	8,2	10,2	4,2	12,2	2,0	7,4	8,8	1,9	0,3
1964	17,0	17,0	7,7	9,3	4,0	10,5	2,5	6,3	8,7	1,7	0,4
1971	17,1	17,1	7,9	9,2	4,0	10,4	2,7	6,5	8,5	1,6	0,5
1981	16,7	16,7	7,8	8,9	3,2	10,9	2,6	6,2	8,3	1,5	0,8
1989	16,4	16,4	7,9	8,6	3,2	11,1	2,1	6,1	8,1	1,3	1,0
	Deutschland										
1990	79,8	79,8	38,5	41,3	12,9	54,9	11,9	30,6	38,8	6,6	3,7
2000	82,3	82,3	40,2	42,1	12,8	55,8	13,7	33,0	38,2	6,2	4,8
2010	81,8	81,8	40,1	41,6	12,8	54,0	15,0	34,4	35,0	5,9	6,5

der Menschen oder (bei den Geburten) ein hungerbedingtes Ausbleiben der Menstruation (Hunger-Amenorrhö), sondern eher die Ausbreitung von Krankheiten, die mit Mangelernährung und Kälte in einer Wechselbeziehung standen (zum Beispiel der sogenannte Hungertyphus sowie Krankheiten des Verdauungssystems) oder die epidemiologischen Auswirkungen von erhöhter Arbeits- und Bettlermobilität. Das gilt auch noch für Krisen im späten 18. Jahrhundert (etwa 1771) oder kurz vor Einsetzen unserer Reihen (das Jahr ohne Sommer 1816, nach dem die Realeinkommen um ein Drittel einbrachen). Nach 1834 waren Reallohneinbußen nur noch selten so heftig wie im 18. Jahrhundert; die letzten mehr als zehnprozentigen Einkommensrückgänge finden wir in den 1850er Jahren. Wenn man sich die Mühe macht, über „histat“ die Reallöhne, Geburten- und Sterberaten für die Jahre um die 1848er Revolution zu beschaffen (der 1846 eine Kartoffelmisserne vorausgegangen war), dann sieht man nur noch mit Mühe (klarer bei den Geburten, kaum bei der Sterblichkeit) eine demografische Reaktion. Man kann argumentieren, dass Missernten sich zu dieser Zeit in Deutschland zwar auf die Gesundheit und die Lebensqualität auswirkten, aber nicht mehr tödlich wirkten.[3] Im 20. Jahrhundert, etwa nach der Konjunkturkrise von 1967, sind die demografischen Auswirkungen von Einkommenskrisen – sichtbar allenfalls als leich-

▶ Abb 1 **Reallohn, Getreideproduktion und Bevölkerung in Deutschland***

* Reallohn: Reihe x0468; Getreideproduktion: Summe aus Weizen- und Roggenproduktion, Reihen x0768 und x0769.

tes Abflachen der Reallohnzuwächse – nicht mehr evident und werden von den längeren Trends des Sterblichkeits- und vor allem Geburtenrückgangs überlagert. Deutlich wird damit, dass im 18. Jahrhundert Einkommensschwankungen durchaus noch den von Malthus behaupteten Einfluss auf die Geburten (die sogenannten präventiven Hemmnisse) sowie auf die Sterblichkeit hatten (die positiven Hemmnisse). Schon zu Beginn der in diesem Beitrag erfassten Zeit, geschweige denn im späten 20. Jahrhundert, galt das nicht mehr eindeutig. Das kann nicht daran liegen, dass im 19. Jahrhundert gewerbliche Einkommensquellen allmählich wichtiger wurden – das war erst im Kaiserreich der Fall. Entscheidend war vielmehr die Herausbildung von Agrarmärkten, die dafür sorgten, dass lokale Missernten durch überlokalen Handel ausgeglichen wurden und Einkommen deshalb nicht mehr massiv von Ernteschwankungen beeinflusst wurden (vgl. den Beitrag von Michael Kopsidis). ▶ Tab 1, Abb 1, Abb 2

Die demografische Transition

In vielen Darstellungen wird unter dem „demografischen Übergang" eine bestimmte regelmäßige Abfolge von Phasen verstanden. Sie führt – weltweit – von einem Zustand hoher Sterbe- und Geburtenraten mit stabiler Bevölkerung über einen zunächst aufgrund des medizinischen Fortschritts einsetzenden Rückgang der Sterblichkeit und deshalb beginnendes Bevölkerungswachstum in eine dritte Phase, in der – weil die Sterberate zuvor gesunken ist und die Eltern nun weniger Geburten brauchen, um überlebende Kinder zu haben – auch die Geburten zurückgehen, bis als vierte Phase ein neues Gleichgewicht erreicht ist. Dieses Vier-Phasen-Modell, das in vielen Schulbüchern steht, ist ein Versuch, einen realen, wichtigen und vor allem unumkehrbaren Wandlungsprozess zu beschreiben. Es bedarf aber in allen vier Bereichen der kritischen Überprüfung.[4] ▶ Tab 2

Erstens gab es vor dem Übergang keinen stabilen Gleichgewichtszustand, sondern es wechselten sich oft längere

41

Millionen Menschen zählte die Bevölkerung laut Volkszählung im Deutschen Reich 1871.

68,3

Millionen waren es 1939.

▶ Tab 2 **Geburten und Todesfälle**

	Lebend-geborene	Totale Fertilitäts-rate*	Rohe Geburten-rate**	Anteil der nichtehelich Geborenen	Sterbefälle	Rohe Sterberate**	Alterslast-quotient 65+/15 (25)–64 Jahre	Übersterblich-keit der Männer im Alter von 60 Jahren
	Mio.	Lebendgeburten pro Frau	pro 1 000	%	Mio.	pro 1 000	%	Jahre
	x0066	x0067	x0068	x0069	x0070	x0071	x0072	x0073
	Deutscher Bund / Deutsches Reich							
1834	1,10	4,88	37,40	–	0,91	30,86	10,29	0,10
1849	1,32	4,80	39,18	11,67	0,96	28,65	9,95	0,03
1895	1,88	–	36,10	8,98	1,15	22,14	8,33	0,78
1913	1,84	3,52	27,45	9,60	1,00	15,00	8,26	–
1919	1,26	–	20,04	11,03	0,98	15,56	8,36	–
1925	1,29	2,21	20,71	11,81	0,74	11,93	8,47	–
1929	1,15	1,93	17,94	12,07	0,81	12,60	10,04	–
1933	0,96	1,58	14,67	10,67	0,73	11,19	11,60	0,96
1937	1,28	2,09	18,83	7,66	0,79	11,71	12,01	–
	Bundesrepublik							
1950	0,81	2,10	16,26	9,73	0,53	10,58	13,81	1,26
1961	1,01	2,45	18,03	5,95	0,63	11,17	–	–
1970	0,81	2,02	13,37	5,46	0,73	12,12	20,70	3,75
1980	0,62	1,45	10,09	7,56	0,71	11,60	22,71	4,30
1987	0,64	1,37	10,51	9,71	0,69	11,25	–	–
	DDR							
1950	0,30	–	16,53	12,79	0,22	11,94	15,88	1,71
1964	0,29	2,54	17,19	9,42	0,22	13,14	23,52	2,65
1971	0,23	2,13	13,77	15,12	0,23	13,77	25,49	–
1981	0,24	1,85	14,19	25,58	0,23	13,88	23,05	–
1989	0,20	1,56	11,97	33,66	0,21	12,38	19,79	–
	Deutschland							
1990	0,91	1,45	11,40	15,32	0,92	11,60	21,70	4,35
2000	0,77	1,38	9,33	23,41	0,84	10,21	24,55	4,16
2010	0,68	1,39	8,29	33,26	0,86	10,50	27,74	–

* Der Begriff der „Totalen" Fertilitätsrate soll verdeutlichen, dass es sich hierbei um die Summierung der altersspezifischen Fertilitätsraten von Frauen handelt.
** Die Geburten- und Sterberate wird als „roh" bezeichnet, weil diese Indikatoren die Alters- und Geschlechtszusammensetzung der Bevölkerung nicht berücksichtigen.

Phasen von Bevölkerungswachstum (und fallenden Einkommen) mit solchen eines manchmal recht katastrophalen Rückgangs der Bevölkerung ab. Schon im mittleren 19. Jahrhundert lagen die Geburten deutlich über der Sterblichkeit, die Bevölkerung befand sich also – wie schon im 16. oder im 18. Jahrhundert – wieder einmal in einer Wachstumsphase. ▶ Abb 2

Zweitens kam der Sterblichkeitsrückgang nicht überall zuerst, zum Beispiel nicht in Frankreich und den USA. In den USA setzte der Rückgang der Geburten lange vor, in Frankreich gleichzeitig mit dem Rückgang der Sterblichkeit ein. In Deutschland spricht einiges dafür, den Sterblichkeitsrückgang im frühen 19. Jahrhundert zu datieren; welche Rolle der medizinische Fortschritt dabei spielte, wird im Beitrag von Reinhard Spree erörtert.

Drittens war der Rückgang der Fruchtbarkeit – in Deutschland in der zweiten Hälfte des Kaiserreichs von etwa fünf auf etwa zwei Geburten pro Frau – durchaus nicht nur eine Reaktion auf den Rückgang der (Kinder-)Sterblichkeit, sondern Teil eines ökonomischen Modernisierungsprozesses, zu dem unter anderem die zunehmende Frauenerwerbstätigkeit, bessere Finanzinstitutionen, Schulen, Post, Telegraf, Stimmenanteile progressiver Parteien usw. beitrugen.[5]

Viertens wurde aber auch nach dem großen Fruchtbarkeitsrückgang des Kaiserreichs kein neues Gleichgewicht erreicht. Ab 1970 fiel die Kinderzahl in der Bundes-

▸ Abb 2 **Demografischer Übergang — Geburten- und Sterberate je 1 000 Einwohner**

republik unter das Niveau, das zur Erhaltung nötig wäre, während es in der DDR aufgrund von Honeckers auch bevölkerungspolitisch motivierter „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" noch einige Jahre gelang, ein Fertilitätsniveau von fast zwei Kindern pro Frau zu halten. Die ostdeutschen Kinderzahlen sind nach einem Einbruch in den 1990er Jahren wieder auf ein etwa gleich hohes Niveau wie im Westen gestiegen.

Eine wichtige Folge des Sterblichkeits- und Fruchtbarkeitsrückgangs war der Wandel der Altersstruktur, wie er in Bevölkerungspyramiden sichtbar ist. Für die Belastung der erwerbstätigen Generationen (etwa der 15- bis 65-Jährigen) hatten der Sterblichkeits- und der Fruchtbarkeitsrückgang einander entgegengesetzte und deshalb in der Summe sich tendenziell ausgleichende Folgen. Einerseits stieg der Anteil der älteren Menschen in der Bevölkerung von etwa 10 Prozent auf fast 30 Prozent an, gegenläufig fiel aber auch der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit ihren Ansprüchen an Konsum, Schulwesen und elterliche Zeit von etwa 60 Prozent auf etwa 25 Prozent. ▸ Abb 3

Der gesamte ▸ Lastquotient lag im ökonomisch massiv wachsenden Kaiserreich mit fast 70 Prozent deutlich höher als heute oder auch zur Zeit des Wirtschaftswunders (beide etwa 50 Prozent). Man kann also nicht sagen, dass unsere heutige Altersstruktur im historischen Vergleich erhöhte und ökonomisch untragbare demografische Lasten produziert. ▸ Abb 4

Eheschließungen und Ehescheidungen

Die Ehe blieb bis in die letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts hinein die Basis von Familie und Fortpflanzung, obwohl es während der gesamten Periode einen ge-

▸ Lastquotient

Lastquotienten messen die Altersstruktur einer Bevölkerung. Im Nenner steht jeweils die Altersgruppe der Erwerbsfähigen, im Zähler beim Alterslastquotienten die Altersgruppen der nicht mehr Erwerbsfähigen (heute v.a.: der Rentner und Pensionäre), beim Jugendlastquotienten die noch nicht Erwerbsfähigen (Kinder und Jugendliche) bzw. beim Gesamtlastquotienten beide Gruppen. Damit können Lastquotienten als Indikator für die Transferleistungen von den erwerbsfähigen Generationen hin zu den im 19. Jahrhundert sehr zahlreichen Jungen bzw. zu den im 20. Jahrhundert zunehmend zahlreichen Alten interpretiert werden.

▶ Abb 3a **Bevölkerungspyramide Deutsches Reich 1880 — pro 10 000 der Gesamtbevölkerung**

▶ Abb 3b **Bevölkerungspyramide Deutschland 2010 — pro 10 000 der Gesamtbevölkerung**

▶ Abb 4 **Jugend-, Alters- und Gesamtlastquotienten**

wissen Anteil an nichtehelichen Lebensgemeinschaften und nichtehelichen Kindern gab. Zugleich wandelten sich ihre Funktionen aber fundamental.[6] Entsprechend John Hajnals Theorie des *European Marriage Pattern*[7] gehört(e) Deutschland zur Region des westeuropäischen Heiratsverhaltens, gekennzeichnet durch ein spätes Erstheiratsalter und eine hohe Ledigenquote, das heißt Personen, welche niemals in ihrem Lebenslauf eine legale Ehe eingehen. Typische (west-)europäische Lebensläufe enthielten nach der Kindheit eine Phase des Gesindedienstes oder anderer abhängiger Beschäftigungsverhältnisse außerhalb des elterlichen Haushaltes, dann eine Eheschließung ab etwa Mitte 20, die auch die Gründung eines materiell selbstverantwortlichen Haushaltes bedeutete und nicht allen gelang, im Alter schließlich einen gewissen Anteil allein wohnender Witwen und Witwer, soweit nicht – wozu eine starke Neigung bestand – wieder geheiratet wurde.

Das Alter bei der ersten Eheschließung kann indirekt durch die altersspezifische Verheiratetenquote gemessen werden. Der Anteil der 20- bis 24-jährigen Frauen, welche in diesem Alter bereits verheiratet waren, war 1871 besonders hoch, was dem kurzzeitigen Höhepunkt der Heiratsrate 1872/73 während des „Gründerbooms“ entspricht. Diese Zeit war auch durch die Aufhebung von Eheverboten gekennzeichnet, die in Teilen Süddeutschlands während des frühen 19. Jahrhunderts eingeführt worden waren, um die wahrgenommenen Gefahren von „Pauperismus“, „Proletarisierung“ und „Übervölkerung“ einzudämmen.[8] Von 1885 bis 1910 stieg die Verheiratetenquote der Frauen von 24 Prozent auf 28 Prozent, das heißt, das Heiratsalter sank. Die krisenhaften Jahre der Weimarer Republik spiegeln sich im Rückgang der Verheiratetenquote bis 1933 wider. Bis 1939 stieg diese Quote wieder auf einen Wert von 28 Prozent an. Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war gekennzeichnet

28

Prozent der Frauen im Alter zwischen 20 und 24 Jahren waren 1910 verheiratet.

▶ Tab 3 **Heiraten**

	Eheschließungen	Heiratsrate	Heiratsalter bei der ersten Ehe		Anteil der Verheiraten im Alter von 20–24 Jahren		Ledigenquote im Alter von 45 Jahren		Scheidungsrate	Wiederverheiratungsrate Geschiedene		Wiederverheiratungsrate Verwitwete	
			Männer	Frauen	Frauen	Männer	Männer	Frauen		Männer	Frauen	Männer	Frauen
	1 000	Eheschließungen pro 10 000 nichtverheiratete Personen im Alter 15+	Durchschnitt in Jahren		%		%		Personen, welche sich scheiden lassen, pro 10 000 verheiratete Personen im Alter 15+	pro 1 000		pro 1 000	
	x0074	x0075	x0076	x0077	x0078	x0079	x0080	x0081	x0082	x0083	x0084	x0085	x0086
	Deutsches Reich												
1871	336,75	512,81	–	–	38,07	22,36	10,32	12,74	–	–	–	–	–
1895	414,22	510,67	–	–	–	–	–	–	9,16	–	–	–	–
1913	513,28	505,27	27,5	24,7	–	–	–	–	–	129,2	71,4	50,2	9,8
1919	844,34	818,12	–	–	–	–	–	–	31,17	198,5	75,5	114,2	38,9
1925	482,79	461,97	27,5	25,3	24,36	10,71	6,53	10,44	26,40	194,1	84,4	49,1	8,6
1929	589,61	559,54	27,4	25,3	–	–	–	–	29,69	165,5	73,9	45,8	6,3
1933	631,15	594,07	27,5	25,4	20,37	6,81	5,97	11,47	37,20	138,0	60,7	38,0	4,8
1937	670,27	648,46	–	–	–	–	–	–	31,19	140,8	70,1	38,6	6,2
	Bundesrepublik												
1950	535,71	729,54	28,1	25,4	31,66	16,42	6,14	12,61	77,84	287,2	103,8	43,4	18,1
1961	529,90	640,82	25,9	23,7	44,42	20,44	4,91	9,55	35,95	133,9	51,2	28,3	3,6
1970	444,51	545,32	25,6	23,0	56,94	24,92	4,45	9,86	50,53	139,1	62,0	28,6	3,0
1980	362,41	360,26	26,1	23,4	–	–	–	–	64,17	83,6	54,9	15,6	1,9
1987	382,56	335,72	27,7	25,2	20,29	8,63	8,95	5,81	87,21	69,3	51,0	12,1	1,1
	DDR												
1950	214,74	798,80	26,6	24,2	38,34	28,65	3,95	12,95	113,19	473,1	105,8	71,8	28,0
1964	135,86	631,47	24,1	22,9	64,62	39,08	2,22	9,95	63,51	209,6	52,1	34,9	4,6
1971	130,21	561,11	23,3	21,3	63,01	31,19	1,97	9,55	72,92	158,8	47,0	25,5	3,1
1981	128,17	492,58	23,5	21,4	54,63	28,77	3,28	6,47	117,63	93,1	47,2	16,7	2,3
1989	130,99	525,25	25,3	23,2	–	–	–	–	125,79	87,1	57,6	16,6	2,8
	Deutschland												
1991	454,29	321,53	28,5	26,1	–	–	–	–	70,06	56,8	44,2	11,4	1,4
2000	418,55	267,88	31,2	28,4	13,62	5,07	11,53	6,86	101,70	46,3	40,3	9,1	1,1
2010	382,05	213,22	33,2	30,3	6,76	2,40	21,25	13,45	106,95	31,2	26,7	5,4	0,9

durch den Heiratsboom, welcher die Verheiratetenquote der Frauen 1970 auf 57 Prozent steigen ließ, und den darauffolgenden ebenfalls massiven Rückgang auf 7 Prozent im Jahre 2010. ▶ Tab 3

Die Ledigenquote bezieht ledige Frauen oder Männer im Alter von 45 bis 54 Jahren auf die gesamte weibliche oder männliche Bevölkerung dieses Alters. Man kann mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen, dass diese Personen nicht mehr heiraten werden. Für Frauen zeigt sich seit 1871 (13 Prozent) ein Rückgang dieser Quote bis 1900 und ein leichter Wiederanstieg bis 1910. Von 1925 bis 1939 setzte sich dieser Wiederanstieg fort und erreichte 1939 wieder 13 Prozent. Direkt nach dem Zweiten Weltkrieg gab es eine sehr hohe Ledigenquote, welche aber stark und kontinuierlich bis 1987 (6 Prozent) sank; seither steigt sie wieder stark an. Langfristig betrachtet lassen sich also zwei Vorgänge feststellen, die beide auf ein Verschwinden des Europäischen

Heiratsmusters hindeuten: Einerseits ging die für das Hajnal-Muster typische hohe, mit den wirtschaftlichen Kosten der Haushaltsgründung und zum Teil auch Heiratsverboten zusammenhängende dauerhafte Ehelosigkeit zurück, andererseits löste sich nach 1987 die Monopolstellung der Ehe als einziger gesellschaftlicher Basis von Familien auf. Bei Männern findet man seit 1871 einen beinahe kontinuierlichen Rückgang der Ledigenquote, welcher 1970 mit 4 Prozent in der Bundesrepublik den niedrigsten Wert erreichte. Seither stieg die Ledigenquote stark an und erreichte 2010 21 Prozent. ▸ Tab 3

Zum Verständnis dieser Entwicklungen muss man die Geburtskohorten betrachten. Personen, welche 2010 45 bis 54 Jahre alt waren, wurden zwischen 1956 und 1965 geboren. Demnach ist also der Trend weg von der staatlich sanktionierten Ehe bei den Kindern des vorangegangenen Heiratsbooms zu lokalisieren. Dagegen ist der Heiratsboom bzw. der Tiefststand der Ledigenquote bei den in den Jahren von 1910 bis 1920 Geborenen zu verankern.

Die erste Phase eines Rückgangs der Ehelosigkeit trug zum Rückgang der unehelichen Geburten bei, da die bislang in Teilen Süddeutschlands zwangsweise ehelosen Partner nun heiraten konnten. Dies kann auch als Indiz für die relativ große Häufigkeit von nichtehelichen Lebensgemeinschaften im 19. Jahrhundert gewertet werden.[9]

Ehen wurden im 19. Jahrhundert in der Regel durch den Tod gelöst. Ehescheidungen waren im 19. Jahrhundert noch relativ selten. Die Scheidungsrate lag bis zum Ersten Weltkrieg unter 20 sich scheiden lassende pro 10 000 verheiratete Personen (im Alter von 15 und mehr Jahren), wenngleich ein leichter Anstieg bemerkbar war. Nach dem Ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit setzte sich dieser Anstieg fort und ebenfalls in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Mittlerweile scheint der Anstieg der Ehescheidungen ein erstes Plateau erreicht zu haben, von dem aus es nicht sicher ist, ob ein weiterer Anstieg erfolgt. Die Scheidungsrate von 2010 ist mit 107 sich scheiden lassende auf 10 000 verheiratete Personen (im Alter von 15 und mehr Jahren) niedriger als 2004 mit einem Wert von 116. Die Scheidungshäufigkeit wird durch Kriege, Konjunkturen und Gesetzesänderungen beeinflusst. So ereigneten sich nach Ende beider Weltkriege viele Ehescheidungen, und in Westdeutschland brach die Scheidungsrate durch die Scheidungsreform von 1978 mit Einführung des Zerrüttungsprinzips zeitweilig ein. Außerdem wird der langfristige Anstieg der Scheidungshäufigkeit stark durch die Ausweitung der legalen Scheidungsgründe beeinflusst.

Bei Wiederverheiratungen muss zwischen Eheschließungen Geschiedener und Verwitweter unterschieden werden, welche sehr unterschiedliche Muster aufweisen. Im 19. und bis zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden Ehen häufig in Hinblick auf einen neuen Heiratspartner geschieden. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts änderte sich dieses Verhaltensmuster grundlegend. Geschiedene gingen immer seltener eine neue Ehe ein, sondern lebten zunehmend allein oder in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft. Die Entwicklungen sind für beide Geschlechter ganz ähnlich, aber der Niveauunterschied ist schlagend: Geschiedene Männer verheirateten und verheiraten sich um ein mehrfaches häufiger als geschiedene Frauen. Die Wiederverheiratung verwitweter Männer und Frauen zeigt ein sehr anderes Verlaufsmuster. Einen mehr oder weniger stetigen Rückgang von hohen Wiederverheiratungsraten bis zu verschwindend geringen. Im 19. Jahrhundert war die erneute Eheschließung von Verwitweten die Regel, da im Haus nicht nur (zum Teil viele) Kinder aufzuziehen waren, sondern oft auch gewerblich oder landwirtschaftlich produziert wurde und die entsprechenden Arbeitsrollen wiederbesetzt werden mussten. Dies änderte sich im 20. Jahrhundert zunehmend: Zum einen sank im Lauf der demografischen Transition die zu versorgende Zahl der Kinder, außerdem übernahm der Staat teilweise durch familienpolitische Leistungen die Versorgerrolle,

844 000
Eheschließungen gab es in Deutschland 1919.

382 000
waren es im Jahr 2010.

▸ Abb 5a **Wiederverheiratungsrate geschiedener Männer — pro 1 000**

▸ **Haushaltsformen**
In der historischen Demografie werden verschiedene Typen des Zusammenwohnens von Familien in einem Haushalt unterschieden. Die grundlegenden Haushaltsformen sind (1) der einfache oder „Kernfamilien"-Haushalt, bestehend aus einem Ehepaar und seinen Kindern, (2) der erweiterte Familienhaushalt, das heißt eine „Kernfamilie" mit nicht mehr oder noch nicht verheirateten Großeltern oder Enkeln, und (3) der multiple Familienhaushalt, in dem zwei oder mehr Paare zusammenleben (zum Beispiel Großeltern mit Sohn und Schwiegertochter in einer „Stammfamilie"). Als „komplex" werden erweiterte und multiple Familienhaushalte bezeichnet.

bäuerliche und gewerbliche Familienbetriebe nahmen an Zahl ab, und schließlich schob die steigende Lebenserwartung das Verwitwungsalter im Lebenszyklus in ein höheres Alter. ▸ Abb 5a, Abb 5b

Haushalte und Familien

Im Bereich ▸ Haushalt und Familie war der Haupttrend seit dem 19. Jahrhundert die Auflösung des vorindustriellen, um die Kernfamilie herum organisierten, diese aber personell überschreitenden Familienhaushalts. Unter Kernfamilie wird in der Soziologie die biologisch-abstammungsmäßige Kleingruppe mit den Rollen Vater, Mutter, Sohn und Tochter verstanden. In der historischen Realität gab es folgende wichtige „Anlagerungen" an die Kernfamilie: Zunächst wohnten häufig laterale und vertikale Blutsverwandte mit im Haushalt. Eine andere Art der „Anlagerung" waren sogenannte „familienfremde" Personen, welche in der vorindustriellen Landwirtschaft, in Handwerk und Handel benötigt wurden: einerseits Mägde und Knechte, andererseits Lehrlinge und Gesellen. Zu diesen Arten von wirtschaftlich bedingten familienfremden Personen kommen noch solche, welche aus verschiedenen anderen Gründen den Familienhaushalten angegliedert wurden, wie Dienstboten für die häuslichen Bequemlichkeiten, Zimmermieter und Schlafgänger als Einkommensquelle, vorübergehender Besuch, einquartierte Soldaten und anderes mehr. Echte komplexe Haushalte, bestehend aus mehreren Kernfamilien, waren in Deutschland selten. Die Norm war der erweiterte Familienhaushalt, allerdings in der empirischen Realität weniger häufig anzufinden als die Kernfamilie.[10]

Die Auflösung des vorindustriellen Familienhaushalts, also die Aufspaltung in seine wesentlichen Bestandteile, führte zur Herausbildung der modernen Kernfamilie, welche nunmehr lediglich aus den sozialen Positionen Vater, Mutter, Tochter und Sohn besteht. Zur statistischen Abbildung dieser langfristigen Prozesse liefert uns die amtliche Statistik nur indirekte Angaben. Die Verringerung der durchschnittlichen Privathaushaltsgröße seit dem 19. Jahrhundert – in Preußen lebten 1846 im Durchschnitt fünf Personen pro Privathaushalt, in Deutschland im Jahre 2011 dagegen zwei – verweist auf diesen Prozess der ▸ Entdifferenzierung, aber auch auf den säkularen Geburtenrückgang. Die durchschnittliche Privathaushaltsgröße ist ein zusammenfassendes Maß für den zugrundeliegenden Pro-

▶ Abb 5b **Wiederverheiratungsrate verwitweter Frauen — pro 1 000**

zess der Abnahme der großen und der Zunahme der kleinen Haushalte. Wenn wir große Haushalte als solche mit fünf und mehr Personen bezeichnen, so zeigen uns die Daten einen drastischen Rückgang: von 44 Prozent im Jahr 1900 im Deutschen Reich auf 3 Prozent in Deutschland in 2011. ▶ Tab 4

Auf der anderen Seite haben die Einpersonenhaushalte am stärksten zugenommen: von 6 Prozent im Deutschen Reich 1871 auf 40 Prozent in Deutschland 2011. Gerade dieser Indikator verdeutlicht den Auflösungsprozess des vorindustriellen Haushalts am besten: Kinder verlassen den elterlichen Haushalt heute ebenso wie damals, gliedern sich aber nicht als Lehrlinge, Dienstpersonal etc. einem fremden Haushalt an, sondern haben eine eigene Wohnung und bilden somit einen Einpersonenhaushalt. Dasselbe gilt für Geschiedene und Personen am anderen Ende der Altersskala: Nicht mehr Erwerbstätige höheren Alters leben überwiegend nicht mehr im Haushalt ihrer Kinder, sondern in eigenen Wohnungen.

Auf der Haushaltsebene lässt sich dieser Auflösungsprozess des vorindustriellen Haushalts durch die Entwicklung der Haushalte mit Familienfremden einerseits und der Haushalte mit drei Generationen andererseits demonstrieren. 1910 waren im Deutschen Reich 26 Prozent aller Haushalte solche mit Familienfremden; bis 1970 hatte sich in der Bundesrepublik dieser Anteil auf 1,5 Prozent vermindert. Haushalte mit drei Generationen machten dort 1957 noch 8 Prozent aller Haushalte aus und 1989 noch 2 Prozent; im vereinigten Deutschland waren es 1999 noch 1,3 Prozent.

Konzentriert man sich auf die Kernfamilie und damit auf die Zeit seit Ende des Zweiten Weltkriegs, so fallen einige zentrale Trends ins Auge. Seit den späten 1950er Jahren zeigt sich eine tendenzielle Abnahme der Kernfamilien mit Kindern (Bundesrepublik 1957: 57 Prozent, Deutschland 2011: 45 Prozent). Dahinter verbirgt sich überwiegend die Zunahme der Kinderlosigkeit von Ehepaaren. Zum geringeren Teil wird der Trend durch ein früheres Verlassen des Elternhauses beeinflusst. Der Anteil unvollständiger Familien, statistisch gemessen als alleinerziehende Personen, hat nur leicht zugenommen: In der Bundesrepublik gab es 1980 9,3 Prozent und in Deutschland 2010 10,2 Prozent alleinerziehende Familien. Bis in die 1960er Jahre war der Wert höher, eine Spätfolge des Zweiten Weltkriegs. Die überwiegende Mehrzahl aller alleinerziehenden Familien

▶ Differenzierung
Differenzierung bezeichnet hier die Arbeitsteilung zwischen sozialen Institutionen wie z.B. Familie/Haushalt, soziales Sicherungssystem usw. Durch das Wachstum der gesellschaftlichen Arbeitsteilung insbesondere seit Beginn der Industrialisierung kam es zu einer Verlagerung von Funktionen weg von Familie und Haushalt zu spezialisierten Systemen (z.B. soziale Sicherheit, Bildung). In einem Gegenprozess wurden vorindustrielle Familie und Haushalt weniger arbeitsteilig und multifunktional (z.B. keine Ausbildung von Lehrlingen mehr) und spezialisierten sich auf die Reproduktion.

▶ Tab 4 **Haushalte und Familie**

	Anzahl Privat-haushalte	durch-schnittliche Privathaus-haltsgröße	Anteil der Einpersonen-haushalte	Anteil der Haushalte mit mehr als 5 Personen	Anteil Privat-haushalte mit Familien-fremden	Anteil Bevölkerung in Anstalten	Anteil Ehepaare mit unverheira-teten Kindern	Anteil Allein-erziehende	Anteil allein-erziehende Frauen
	Mio.	Personen	% aller Haushalte			% der Bevölkerung	% aller Familien		% aller allein-erziehenden Familien
	x0087	x0088	x0089	x0090	x0091	x0092	x0093	x0094	x0095
	Deutscher Bund/Deutsches Reich								
1846	–	5,13	–	–	–	–	–	–	–
1849	–	5,13	–	–	–	–	–	–	–
1867	–	4,62	7,12	–	–	–	–	–	–
1871	8,70	4,64	5,57	–	–	1,82	–	–	–
1895	11,21	4,53	6,80	–	–	2,82	–	–	–
1910	14,28	4,40	7,32	42,43	26,10	3,26	–	–	–
1925	15,27	3,98	6,72	33,36	17,48	2,48	–	–	–
1933	17,69	3,61	8,38	25,89	–	1,95	–	–	–
1939	20,33	3,27	9,76	18,72	13,47	4,12	–	–	–
	Bundesrepublik								
1950	16,65	2,99	19,39	16,14	6,32	1,87	–	–	–
1957	18,32	2,94	18,30	15,30	3,60	–	–	13,67	89,83
1961	19,46	2,88	20,61	14,32	3,22	2,57	57,07	13,19	89,90
1970	21,99	2,74	25,13	12,91	1,55	2,47	57,90	9,65	85,28
1980	24,81	2,48	30,20	8,77	–	–	55,48	9,35	84,10
1987	27,01	2,28	34,64	5,78	–	–	51,79	11,20	84,28
	DDR/Neue Bundesländer								
1950	6,72	2,69	21,67	10,73	1,52	–	–	–	–
1964	6,64	2,50	27,22	8,67	2,22	–	–	–	–
1971	6,40	2,64	25,98	10,59	1,13	–	–	–	–
1981	6,51	2,53	26,55	6,58	1,35	–	–	–	–
1991	6,67	2,38	27,56	3,99	–	–	49,11	14,64	86,95
	Deutschland								
1991	35,26	2,27	33,63	5,04	–	–	50,37	11,53	84,49
2000	37,12	2,22	36,07	4,37	–	–	48,81	8,82	84,81
2010	40,30	2,03	40,19	3,42	–	–	45,06	10,16	86,32

wird von Frauen mit Kindern gebildet (Bundesrepublik 1957 90 Prozent; Deutschland 2011 86 Prozent). ▶ Tab 4

Urbanisierung und Siedlungsformen

Die Verstädterung in Deutschland kennt zwei Hochphasen: Die erste war die mittelalterliche Welle der Stadtgründungen im 12. und 13. Jahrhundert; in der zweiten Phase wurden vorwiegend nicht mehr neue Städte gegründet, sondern es handelt sich um eine Binnenmigrationswelle vom Dorf in die urbanen Zentren. Dies ist ein Prozess, welcher im frühen 19. Jahrhundert begann und sich seit dem letzten Viertel des 20. Jahrhunderts langsam im Ausklingen befindet.

In Deutschland begannen sich in den 1830er Jahren die mittelalterlichen Städte nach außen zu öffnen, indem sie ihre Wälle, Gräben und Stadtmauern schleiften. Nun durfte auch außerhalb der Stadtmauern gesiedelt werden. Der Rechtsunterschied zwischen Stadtbewohner und leibeigenem Landbewohner wurde beseitigt. Die nun vorhandene Freiheit zu räumlicher Mobilität ließ die Landbevölkerung in die sich entwickelnden Industriestädte ziehen. Ein starkes Bevölkerungswachstum derjenigen Städte, welche Industrie ansiedeln konnten, war die Folge. Es gab allerdings auch Städte, welche mehr oder weniger Ackerbürgerstädte blieben, teils wegen abgelege-

▶ Tab 5 **Gemeindegrößen**

	Anteil der Bevölkerung nach Gemeindegröße					Bevölkerungswachstum ausgewählter Städte					mittlere Bevölkerung
	bis 2 000 Einwohner	2 000 – 5 000 Einwohner	5 000 – 20 000 Einwohner	20 000 – 100 000 Einwohner	über 100 000 Einwohner	Berlin*	Hamburg	München	Köln	Frankfurt am Main	
	%					Index 1800=100					Index 1815=100
	x0096	x0097	x0098	x0099	x0100	x0101	x0102	x0103	x0104	x0105	x0106
	Deutsches Reich										
1871	63,9	12,4	11,2	7,7	4,8	–	–	–	–	–	–
1895	49,8	12,0	13,6	10,7	13,9	–	–	–	–	–	–
1910	40,0	11,2	14,1	13,4	21,3	1 204,1	716,2	1490,0	1034,0	864,6	260,0
1925	35,6	10,8	13,1	13,7	26,8	–	–	–	–	–	–
1933	32,9	10,6	13,2	13,0	30,4	–	–	–	–	–	–
1939	30,1	10,8	13,8	13,6	31,6	–	–	–	–	–	–
1940	–	–	–	–	–	2 518,6	1 293,8	2 070,0	1 536,0	1 139,6	281,2
	Bundesrepublik										
1950	27,6	13,0	15,4	13,6	30,5	1 940,1	1 235,4	2 080,0	1 190,0	1 108,3	279,2
1961	22,2	12,0	16,1	16,2	33,5	–	–	–	–	–	–
1970	18,7	11,2	18,9	18,8	32,4	1 865,1	1 380,0	3 235,0	1 696,0	1 395,8	314,4
1987	6,2	9,1	25,8	26,1	32,8	–	–	–	–	–	–
	DDR										
1950	29,1	13,7	18,1	18,4	20,7	–	–	–	–	–	–
1964	27,1	12,0	18,4	20,7	21,9	–	–	–	–	–	–
1971	26,1	11,8	17,4	22,7	22,0	–	–	–	–	–	–
1981	23,6	11,4	16,3	22,7	26,1	–	–	–	–	–	–
1989	23,5	10,8	15,6	23,0	27,1	–	–	–	–	–	–
	Deutschland										
1991	9,3	9,0	23,8	25,6	32,2	–	–	–	–	–	–
2000	7,5	9,7	25,4	26,6	30,9	1 972,1	1 329,2	3 087,5	1 938,0	1 343,8	331,2
2009	6,4	9,3	25,9	27,3	31,0	–	–	–	–	–	–

* Werte unter „Bundesrepublik" beziehen sich auf Gesamt-Berlin.

ner Lage, ohne Industrie und ohne Anbindung an die Eisenbahn. Die Dörfer, welche Teile ihrer Einwohner an die Städte verloren, wiesen ein viel schwächeres Bevölkerungswachstum auf als die Empfänger des Bevölkerungsstroms.[11]

Tabelle 5 und Abbildung 6 zeigen die kontinuierliche Verschiebung der Bevölkerungsanteile von den kleinen Wohngemeinden zu den dichteren Agglomerationen. Bei der Reichsgründung im Jahre 1871 lebten noch 63,9 Prozent der deutschen Bevölkerung in Gemeinden mit bis zu 2 000 Einwohnern. Es muss hier aber gesagt werden, dass die Masse der Dörfer weit weniger Einwohner hatte und dass eine große Zahl der mittelalterlichen Städte Ackerbürgerstädte blieben und im Jahre 1871 häufig weniger als 2 000 Einwohnern zählten. So war Deutschland am Vorabend der Hochindustrialisierung immer noch vorwiegend ländlich geprägt.

6,4

Prozent der Bevölkerung lebten 2009 in Gemeinden, die unter 2 000 Einwohner zählen.

▶ Abb 6 **Einwohner nach Gemeindegrößenklassen 1871–2009 — in Prozent**

Die relative Bevölkerungsabnahme in den kleinen und kleineren Gemeinden und das Wachstum der mittleren Gemeinden und Großstädte blieb bis etwa 1970 ein kontinuierlicher Prozess. In der Bundesrepublik veränderten die Gemeindereformen der 1970er Jahre das statistische Bild. Ziel der Gemeindereformen war die Zusammenlegung kleiner und kleinster Gemeinden zu großen und größeren Gemeindeeinheiten, um die Verwaltung zu vereinfachen und Kosten zu sparen. Tabelle 5 und Abbildung 6 zeigen deutlich den „Knick“ von der Volkszählung 1970 auf 1987 mit einem Einbruch des Bevölkerungsanteils in den Gemeindegrößenklassen bis zu 5 000 Einwohnern. Größere Gemeinden konnten durch die Gemeindereformen ihren prozentualen Bevölkerungsanteil erhöhen. Häufig erfolgte trotz der Verwaltungszusammenlegung kein Zusammenwachsen der Siedlungen; die sozio-ökonomische Einheit „Dorf“ wurde kurzfristig keineswegs aufgehoben. Seit etwa den 1980er Jahren lässt sich ein Ende des säkularen Urbanisierungsprozesses ausmachen: Der Anteil der Großstadtbevölkerung ist im wiedervereinigten Deutschland seit 1991 mit 32 Prozent und 2009 31 Prozent sogar leicht rückläufig. ▶ Tab 5, Abb 6

Ausblick

Die Ausführungen in diesem Kapitel haben gezeigt, dass sich in den beiden letzten Jahrhunderten umwälzende Transformationen der deutschen Bevölkerung und tiefgreifende Wandlungen von Haushalt und Familie ereignet haben. Ein stabiler Zustand bestand weder vor noch nach der demografischen Transition; diese selbst war mit einem außergewöhnlich raschen Bevölkerungswachstum im 19. und 20. Jahrhundert verbunden. Ende des 20. Jahrhunderts zeigte sich, dass dieser Prozess langsam an sein Ende gekommen war, und dass die Bevölkerung in Deutschland ohne positive Zuwanderung (oder Nettomigration) von ihrem Höchststand von etwas mehr als 80 Millionen wieder zurückgeht. Das Wachstum der Bevölkerung ist demnach nach oben begrenzt. Man kann sich mit Rostow[12] fragen, ob dieser *Great Population Spike* in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmalig war und wie die Entwicklung im 21. Jahrhundert weitergehen wird.

Eine Folge der demografischen Transition mit Sterblichkeits- und Geburtenrückgang ist eine Umschichtung der deutschen Gesellschaft von einer jüngeren und jungen zu einer älteren und alten. Dies stellt eine der größten jetzigen und zukünftigen Herausforderungen dar, da Wirtschaft und Gesellschaft sich in vielen ihrer Institutionen (Schulen, Krankenhäuser etc.) an diesen Wandel anpassen müssen. Eine erneute Anpassung wird nötig werden, wenn nach 2050 der Bevölkerungsaufbau sich einer stationären Bevölkerung annähert, mit kleinen, aber bis ins 50. und 60. Lebensjahr etwa gleich starken Alterskohorten.

Haushalt und Familie haben sich seit 1800 fundamental verändert, wobei die Änderungen für Haushalte stärker waren als für Familien. Man kann insgesamt sagen, dass in der Gegenwart „Haushalt“ und „Familie“ zusammengefallen sind, wogegen sie 1800 noch zwei völlig verschiedene Dinge waren. Die Kernfamilie war in der Vergangenheit nur – der zwar zentrale – Teil eines Haushalts, um den herum sich weitere Bestandteile anlagerten. Dies ist das Konzept des „ganzen Hauses“, welches bei der damaligen sozialen und wirtschaftlichen Organisationsstufe die fundamentale soziale Einheit bildete. Haushalt und Familie sind heute kleine soziale Einheiten, welche nicht krisenbeständig sind, aber bei Funktionsproblemen durch ausgebaute wohlfahrtsstaatliche Instrumente aufgefangen werden können.

Datengrundlage

Daten zu Haushalt und Familie wurden seit dem frühen 19. Jahrhundert zunehmend systematisch von staatlichen Behörden erhoben und publiziert. Dafür wurden einerseits die jährlichen Daten zur Bevölkerungsbewegung genutzt, die von den bis 1874 für das Personenstandswesen zuständigen Kirchengemeinden (und danach von den Standesämtern) festgehalten wurden, andererseits, meist im Dreijahresrhythmus, Ergebnisse von Volkszählungen. Für die Zeit nach 1871 hat das Kaiserliche Statistische Amt, später das Statistische Reichsamt, in der DDR die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik und in der Bundesrepublik das Statistische Bundesamt entsprechende Reihen publiziert. Komplex ist die Quellenlage daher allenfalls für die Zeit vor 1871, und zwar aus drei Gründen: Erstens weil auf die Daten der einzelnen, erst 1871 zusammengeschlossenen Territorien zurückgegriffen werden muss, zweitens weil es sich um eine Übergangsperiode zwischen der „Protostatistik“ des 18. Jahrhunderts und der modernen amtlichen Statistik handelt, drittens weil bereits im 19. Jahrhundert nachträgliche Rekonstruktionen zu zentralen Reihen der Zeit vor 1871 mit räumlichem Bezug auf das spätere Reichsgebiet erstellt wurden[13], die in der nachfolgenden Forschung[14] weiter verwendet wurden, trotz ihres historisch unangemessenen Territorialbezugs und obwohl sie vor allem auf Einzelstaatsebene vielfach von den zugrunde liegenden Archivquellen bzw. der zeitgenössischen Publizistik abweichen. Zu einer systematischen Erschließung des proto- und frühstatistischen Quellenmaterials für Deutschland kam es erst seit den 1990er Jahren durch Rolf Gehrmann bzw. das *Laboratory for Historical Demography* am Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock.[15] Die in diesem Abschnitt für die Zeit vor 1871 verwendeten Werte für (mittlere) Einwohnerzahl, Geburten-, Sterbe- und Heiratsraten beruhen auf einer Auswertung des von Gehrmann erschlossenen Quellenmaterials durch Christian Schlöder (Publikation in Vorbereitung). Für andere Reihen, zum Beispiel Alters- und Jugendlastquotienten, Totale Fruchtbarkeitsrate und männliche Übersterblichkeit können vor 1871 zwar keine gesamtdeutschen, aber zumindest preußische Daten berechnet werden.[16]

Zum Weiterlesen empfohlen

Josef Ehmer: Bevölkerungsgeschichte und Historische Demographie 1800–2010, München 2013.

Andreas Gestrich / Jens-Uwe Krause / Michael Mitterauer: Geschichte der Familie, Stuttgart 2003.

Georg Fertig: Demographische Revolution: Die Geschichte der Weltbevölkerung, 1700–1914, in: Walter Demel / Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.): Wissenschaftliche Buchgesellschaft Weltgeschichte, Bd. 5: Die Entstehung der Moderne: 1700 bis 1914, Darmstadt 2010, S. 13–40.

Rolf Gehrmann/Thomas Sokoll: Historische Demographie und quantitative Methoden, in: Michael Maurer (Hrsg.): Aufriß der historischen Wissenschaften, Bd. 7: Neue Themen und Methoden der Geschichtswissenschaft, Stuttgart 2003.

Patrick R. Galloway / Eugene A. Hammel / Ronald D. Lee: Fertility Decline in Prussia, 1875–1910: A Pooled Cross-Section Time Series Analysis, in: Population Studies, 48 (1994), 1, S. 135–158.

Arthur E. Imhof: Einführung in die historische Demographie, München 1977.

Franz Rothenbacher: Historische Haushalts- und Familienstatistik von Deutschland 1815–1990, Frankfurt a. M. 1997.

03 Migration

Jochen Oltmer

Anzahl der Auswanderer aus dem Deutschen Reich 1871 und aus Deutschland im Jahr 2000:

1871 — **76 000**

2000 — **674 000**

Anzahl der Auswanderer vom Deutschen Reich in die Vereinigten Staaten 1881 und 1939:

1881 — **206 000**

1939 — **7 100**

1979 — **15 400**

Anzahl der Auswanderer aus der DDR in die Bundesrepublik 1955 und 1979:

1955 — **382 000**

Anzahl der Aussiedler in die Bundesrepublik 1950 und 1990:

1950 — **47 500**

1990 — **397 000**

Migration bildet seit jeher ein zentrales Element gesellschaftlichen Wandels. Unzählige Beispiele belegen das Ausmaß, mit dem räumliche Bewegungen, insbesondere seit dem frühen 19. Jahrhundert, die Welt veränderten. Auch Vergangenheit und Gegenwart Deutschlands sind durch vielfältige und umfangreiche grenzüberschreitende Ab- und Zuwanderungen sowie interne räumliche Bewegungen gekennzeichnet.

Migration kann verstanden werden als die auf einen längerfristigen Aufenthalt angelegte räumliche Verlagerung des Lebensmittelpunktes von Individuen, Familien, Gruppen oder auch ganzen Bevölkerungen. Politisch, statistisch und medial besonders intensiv werden Migrationen dann beobachtet, wenn staatliche Grenzen überschritten worden sind. Die Migrationsforschung bezieht sich allerdings in der Regel auf einen weiteren, nicht nur die grenzüberschreitenden Wanderungen berücksichtigenden Migrationsbegriff, der auch inter- und intraregionale Wanderungen innerhalb eines Staatsgebietes umschließt, die für die gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische und kulturelle Entwicklung hohes Gewicht einnehmen können.[1]

Im Wanderungsgeschehen Deutschlands des 19., 20. und frühen 21. Jahrhunderts lassen sich fünf markante und grundlegende Prozesse ausmachen[2]:

1. Vom frühen 19. Jahrhundert bis in die 1890er Jahre dominierten die transatlantischen Massenauswanderungen von Deutschen, die zu mehr als 90 Prozent die Vereinigten Staaten von Amerika erreichten.
2. Industrialisierung, Urbanisierung und Agrarmodernisierung führten im 19. Jahrhundert zu einem fundamentalen Wandel der Migrationsverhältnisse: Neue und rapide aufstrebende industriell-urbane Ballungsräume boten nunmehr unterbürgerlichen und unterbäuerlichen Gruppen, aber auch (neuen) Mittelschichten Erwerbschancen, die zu millionenfachen internen und grenzüberschreitenden Wanderungen führten.
3. Aus dem grundlegenden Umbau von Staatlichkeit im 19. Jahrhundert resultierten vielfältige Veränderungen der Rahmenbedingungen von Migration und Integration mit weitreichenden Folgen im 20. Jahrhundert: Nationsbildung zur Absicherung der Legitimität staatlicher Herrschaft wirkte dabei Ende des 19. Jahrhunderts zusammen mit kolonialistischen und imperialistischen Bestrebungen sowie dem Auf- und Ausbau des Interventions- und Sozialstaates, der auf die Massenpolitisierung und die weit ausgreifende Organisation politischer Interessen reagierte. Aus diesem Gefüge resultierten neue Muster der staatlichen Wahrnehmung grenzüberschreitender und interner Migrationen bzw. von Zuwanderergruppen. Sie mündeten zum Teil in die Errichtung gesetzlicher und administrativer Zugangsbarrieren gegenüber jenen Gruppen, denen ein hohes Maß an Fremdheit zugeschrieben wurde, aber auch in die Öffnung privilegierter Zugänge für andere Gruppen, die als national zugehörig galten. Der erhebliche Ausbau der staatlichen Ordnungs- und Interventionskapazitäten ermöglichte zugleich die Umsetzung migrationspolitischer Vorstellungen.
4. Die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts und deren politische Folgen führten zu einer enormen Zunahme der Zwangswanderungen. Das galt für Deportation und Zwangsarbeit in den Kriegswirtschaften, für Evakuierung und Flucht aus den Kampfzonen sowie für Massenausweisung und Vertreibung nach Kriegsende. Deutschland war sowohl im und nach dem Ersten Weltkrieg als auch im

und nach dem Zweiten Weltkrieg ein Zentrum des europäischen Zwangswanderungsgeschehens.

5. Die Migrationsverhältnisse in der Bundesrepublik sind ein Beispiel für die Etablierung eines neuen Migrationsregimes in Rechts- und Wohlfahrtsstaaten seit Mitte des 20. Jahrhunderts: Eine weitreichende Zulassung von ausländischen Arbeitskräften seit den 1950er Jahren mit Hilfe zwischenstaatlicher Anwerbeabkommen in einer Situation hohen wirtschaftlichen Wachstums korrespondierte bei zunehmender Aufenthaltsdauer mit einer sukzessiven Verfestigung des Aufenthaltsstatus der Zuwanderer. Damit schrumpften zugleich staatliche Spielräume zum Abbruch von Prozessen dauerhafter Niederlassung und Nachwanderung, selbst nach dem Ende der Anwerbephase 1973. In der DDR, wo Ausländerbeschäftigung ein wesentlich niedrigeres Niveau hatte, wurde demgegenüber dauerhafte Zuwanderung und Integration in der Regel verhindert. Nach den Grenzöffnungen 1989 / 90 gewann die im „Kalten Krieg“ auf ein Minimum beschränkte Ost-West-Wanderung erneut erheblich an Bedeutung, zum Teil knüpften die europäischen Migrationsverhältnisse wieder an die Situation vor dem Zweiten Weltkrieg an.

Zunächst blickt der Beitrag auf die Entwicklung des Abwanderungsgeschehens aus Deutschland vom frühen 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, um dann über die Beschreibung der Angaben zu ausländischen Staatsangehörigen in Deutschland sowie zu den Zuzügen nach Deutschland seit Ende der 1940er Jahre Aspekte der Entwicklung des Zuwanderungsgeschehens darstellen zu können. Die Darstellung wird vertieft über die Dokumentation der Wanderungsbewegungen zwischen DDR und Bundesrepublik, die Zuwanderung von Aussiedlern sowie von Flüchtlingen, die in der Bundesrepublik seit Anfang der 1950er Jahre um Asyl nachsuchten.

Grenzüberschreitende Abwanderung und Auswanderung

Deutschland war und ist, wie alle Staaten, eine migratorische Drehscheibe, die permanent von den verschiedensten Bewegungen durchzogen wird und zeitgleich sowohl einen Ausgangs- als auch einen Zielraum von Wanderungsbewegungen bildet. Die Rede vom „Auswanderungsland“ oder vom „Einwanderungsland“ verweist mithin nur auf eine Hauptrichtung in der Entwicklung des Wanderungsgeschehens, nie aber darauf, es habe ausschließlich eine Richtung gegeben. Im Deutschland des 19. Jahrhunderts markierte die Abwanderung die Hauptrichtung. ▸ Tab1, Abb 1

▸ Tab 1 **Abwanderungen**

	insgesamt	darunter nach:						
		Kanada	Vereinigte Staaten	Südamerika	Afrika	Asien	Australien	Griechenland
	1 000							
	x0107	x0108	x0109	x0110	x0111	x0112	x0113	x0114
	Deutsches Reich							
1871	76,2	–	73,3	1,7	–	–	0,8	–
1881	220,9	0,3	206,2	3,0	–	–	0,7	–
1890	97,1	0,3	89,8	5,9	0,5	0,2	0,5	–
1900	22,3	0,1	19,7	0,7	0,2	–	0,2	–
1910	25,5	0,5	22,8	2,1	–	–	0,1	–
1922	36,6	–	24,6	11,3	0,6	–	–	–
1932	10,3	0,3	7,3	2,6	0,1	–	–	–
1939	25,3	0,3	7,1	8,8	1,4	2,7	0,5	–
	Bundesrepublik							
1949	270,7	27,6	120,3	17,0	0,4	34,4	70,3	–
1960	218,6	9,8	29,0	4,2	4,3	4,2	9,4	3,2
1970	495,7	5,3	23,4	6,1	10,1	10,9	5,3	30,7
1980	439,6	3,7	22,6	8,0	13,5	28,4	3,1	23,0
	Deutschland							
1991	582,2	5,3	29,1	10,6	25,3	49,6	2,6	16,3
2000	674,0	4,7	35,9	12,6	25,2	61,1	3,5	19,4
2010	670,6	6,3	32,2	19,9	21,7	81,5	5,9	12,6

▶ Abb 1 **Abwanderungen — in 1 000**

	darunter nach:						
	Italien	Jugoslawien/ Ex-Jugoslawien	Polen	Portugal	Rumänien	Spanien	Türkei
	1 000						
	x0115	x0116	x0117	x0118	x0119	x0120	x0121
	Deutsches Reich						
1871	–	–	–	–	–	–	–
1881	–	–	–	–	–	–	–
1890	–	–	–	–	–	–	–
1900	–	–	–	–	–	–	–
1910	–	–	–	–	–	–	–
1922	–	–	–	–	–	–	–
1932	–	–	–	–	–	–	–
1939	–	–	–	–	–	–	–
	Bundesrepublik						
1949	–	–	–	–	–	–	–
1960	59,2	3,7	1,5	0,3	0,1	4,1	1,3
1970	139,8	89,9	2,3	5,8	1,7	33,7	42,8
1980	80,1	41,7	28,6	8,7	2,4	11,8	71,0
	Deutschland						
1991	39,2	53,6	118,0	4,9	30,7	9,5	36,8
2000	36,7	89,6	71,4	13,3	17,1	16,1	40,4
2010	24,3	–	103,2	7,3	48,9	16,1	36,0

Wahrscheinlich wanderten zwischen 1841 und 1928 fast 6 Millionen Deutsche nach Übersee ab, weit überwiegend mit dem Ziel USA.[3] Als nächstwichtige Auswanderungsziele folgten mit erheblichem Abstand Kanada, Brasilien, Argentinien und Australien. Hintergrund der starken Auswanderungsbewegung war ein Missverhältnis zwischen einem Wachstum der deutschen Bevölkerung auf der einen und einem weit weniger dynamisch ansteigenden Erwerbsangebot in Deutschland auf der anderer Seite sowie einem attraktiv erscheinenden Chancenangebot überseeischer (insbesondere nordamerikanischer) Ziele. Seit den 1830er Jahren stieg die deutsche transatlantische Migration rasch zur Massenbewegung auf. Hochphasen mit jeweils mehr als einer Million Auswanderern bildeten die Jahre von 1846 bis 1857 und 1864 bis 1873. In der letzten großen Auswanderungsphase zwischen 1880 und 1893 folgten dann noch einmal 1,8 Millionen. Die in Deutschland geborene Bevölkerung der USA stellte zwischen 1820 und 1860 mit rund 30 Prozent nach den Iren die zweitstärkste, von 1861 bis 1890 sogar die stärkste Zuwanderergruppe.[4]

Im ausgehenden 19. Jahrhundert bildete die erhebliche Ausweitung wirtschaftlicher Chancen, die Hochindustrialisierung und Agrarmodernisierung in Deutschland boten, wesentliche Faktoren für den Rückgang der überseeischen Auswanderung. Er wurde beschleunigt durch die harte wirtschaftliche Krise in den USA von 1890 bis 1896 mit ihrem Höhepunkt in der *panic of 1893*. 1893 war das letzte Jahr starker transatlantischer Auswanderung aus Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg. Nach dem Ende des Krieges kam es zu einem weiteren Höhepunkt der transatlantischen Migration: Zwischen 1919 und 1932 wanderten insgesamt rund 600 000 Deutsche in überseeische Länder aus, mit rund 71 Prozent blieben die Vereinigten Staaten von Amerika das Hauptziel, Argentinien, Australien, Brasilien und Kanada folgten mit erheblichem Abstand. Den Höhepunkt der Auswanderung aus der Weimarer Republik bildeten die Jahre 1920 bis 1923 mit dem Spitzenwert im Krisenjahr 1923: 115 000 Auswanderer bedeuteten einen Jahreswert, wie er seit der letzten großen Auswanderungswelle des 19. Jahrhunderts 1880 bis 1893 nicht mehr erreicht worden war.[5] In den anderthalb Jahrzehnten zwischen 1946 und 1961 schließlich gingen insgesamt knapp 780 000 Deutsche auf Dauer oder für begrenzte Zeit nach Übersee. 384 700 hatten die Vereinigten Staaten als Ziel, 234 300 Menschen Kanada und 80 500 Australien. Das war die stärkste Auswanderungsbewegung aus Deutschland im 20. Jahrhundert.[6]

Wegen der gänzlich anderen Datengrundlage für die Entwicklung des Abwanderungsgeschehens in Westdeutsch-

▶ Tab 2 **Ausländer in Deutschland nach ihrer Staatsangehörigkeit**

	insgesamt	darunter aus:								
		Österreich	Ungarn	Russland	Italien	Schweiz	Frankreich	Benelux-Staaten	Skandinavien	Großbritannien und Irland
	Mio.	1 000								
	x0122	x0123	x0124	x0125	x0126	x0127	x0128	x0129	x0130	x0131
	Deutsches Reich									
1871	0,2	75,7	–	14,5	4,0	34,5	4,7	32,0	27,5	10,1
1880	0,3	118,0	–	15,1	7,1	28,2	17,3	29,8	34,9	10,5
1890	0,4	201,5	–	17,1	15,6	40,0	19,7	55,6	48,9	14,7
1900	0,8	391,0	–	47,0	69,7	55,5	20,5	113,5	38,9	16,1
1910	1,3	667,2	–	137,7	104,2	68,3	19,1	172,0	39,2	18,3
1925	0,9	128,9	16,1	47,2	24,2	42,4	7,3	91,8	14,7	–
	Bundesrepublik									
1951	0,5	46,7	17,6	14,6	22,5	12,3	9,9	82,8	6,5	–
1961	0,7	57,3	–	–	196,7	–	20,1	65,4	–	9,1
1970	3,0	143,1	18,2	6,6	573,6	26,7	47,1	120,5	26,2	34,3
1980	4,5	172,6	20,1	5,9	617,9	29,4	59,6	128,8	35,7	81,1
	Deutschland									
1991	5,9	186,9	56,4	–	560,1	33,0	88,9	140,3	47,8	103,2
2000	7,3	187,8	54,4	115,9	619,1	38,0	110,2	140,3	63,3	115,4
2010	6,8	175,2	68,9	191,3	517,5	37,2	108,7	171,3	54,9	96,1

land bzw. in der Bundesrepublik nach 1945 ist eine unmittelbare Bezugnahme auf die Zahlen zur überseeischen Auswanderung bis 1939 nicht möglich. Die Daten zur deutschen Auswanderung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts erwecken den Eindruck, als habe es eine stetige und lineare Bewegung von Deutschland nach Übersee gegeben. Unsichtbar bleibt dabei die wahrscheinlich mit rund 20 Prozent der Auswanderer keineswegs geringe transatlantische Rückwanderung nach Deutschland sowie die seit dem späten 19. Jahrhundert an Bedeutung gewinnenden zirkulären Bewegungen mehrfacher Ab- und Rückwanderung.[7] Die Angaben über die Fortzüge für die Zeit ab 1945 ermöglichen demgegenüber viel eher ein Erfassen der Dynamik von Migrationsbewegungen mit ihrer stets hohen Fluktuation. Während die Daten für die 1950er Jahre ganz wesentlich noch auf die Abwanderung von Deutschen verweisen, sind die wesentlich höheren Ziffern ab den 1960er Jahren zu einem guten Teil der Abwanderung von ausländischen Staatsangehörigen geschuldet, die im Kontext der vermehrten Ausländerbeschäftigung in die Bundesrepublik zugewandert waren. Starke Zuwanderungen ausländischer Arbeitskräfte wie in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren bedingten starke Abwanderungen, auch die rasche Zunahme der Zuwanderung nach der Öffnung des „Eisernen Vorhangs" 1989/90 führte zugleich zu einem starken Anstieg der Abwanderungen.[8]

Zuwanderung nach Deutschland und Ausländer nach Staatsangehörigkeit

Seit dem späten 19. Jahrhundert dominierte in der deutschen Migrationsgeschichte die Zuwanderung über die Abwanderung. Das zeigen für das Kaiserreich und die Weimarer Republik die Angaben nach den Volkszählungen. Die Volkszählungen zwischen 1871 und 1910 bieten den Vorteil, für ein einheitliches Gebiet nach einheitlichen Kriterien in regelmäßigen Abständen von fünf Jahren zu einem einheitlichen Zählzeitpunkt (1. Dezember) die Zahl der Ausländer nach ihrer Staatsangehörigkeit mitzuteilen. Der gewählte Zählzeitpunkt brachte allerdings zugleich einen wesentlichen Nachteil mit sich: Er lag außerhalb der Arbeitssaison für witterungsabhängige Tätigkeiten, in denen die hunderttausenden ausländischen Arbeitswanderer im Kaiserreich weit überwiegend beschäftigt waren (vor allem in der Landwirtschaft, im Tief-, Hochbau und im Baunebengewerbe), sodass sie folglich in der Statistik nicht erscheinen konnten.[9] Die Angaben zur Zwischenkriegszeit beschränken sich auf die beiden Volkszählungen von 1925 und 1933, die zudem unterschiedliche Zählzeitpunkte umfassten (1925: Juni, 1933: Dezember). ▸ Tab 2

	darunter aus:								
	USA	Griechenland	Italien	Jugoslawien/ Ex-Jugoslawien	Polen	Portugal	Rumänien	Spanien	Türkei
	1 000								
	x0132	x0133	x0134	x0135	x0136	x0137	x0138	x0139	x0140
	Deutsches Reich								
1871	10,7	–	–	–	–	–	–	–	–
1880	9,0	–	–	–	–	–	–	–	–
1890	14,1	–	–	–	–	–	–	–	–
1900	17,4	–	–	–	–	–	–	–	–
1910	17,6	–	–	–	–	–	–	–	–
1925	7,0	2,2	–	14,1	259,8	0,2	6,5	1,4	2,5
	Bundesrepublik								
1951	3,6	3,0	22,5	22,7	102,8	0,1	9,0	1,5	1,2
1961	–	42,1	196,7	16,4	–	0,8	–	44,2	6,7
1970	56,4	342,9	573,6	514,5	–	54,4	–	245,5	469,2
1980	77,4	297,5	617,9	631,8	–	112,3	–	180,0	1 462,4
	Deutschland								
1991	99,7	336,9	560,1	775,1	271,2	93,0	–	135,2	1 779,6
2000	113,6	365,4	619,1	662,5	301,4	133,7	90,1	129,5	1 998,5
2010	97,7	276,7	517,5	–	419,4	113,2	126,5	105,4	1 629,5

400 000

bis 500 000 ausländische Staatsangehörige lebten in den 1950er Jahren in der Bundesrepublik.

4 100 000

waren es 1974.

Zwischen 1871 und 1910 lassen sich grundlegende Veränderungen in der Präsenz von ausländischen Staatsangehörigen in Deutschland erkennen. Im ersten Jahrzehnt des Kaiserreichs blieb sie mit 200 000 bis 300 000 gering, stieg aber seit den 1890er Jahren erheblich an: Hintergrund war die Hochkonjunktur der drei Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg, die nicht nur, wie erwähnt, die überseeische Auswanderung von Deutschen weitgehend zum Erliegen brachte, sondern wegen des wachsenden Umfangs der Erwerbsmöglichkeiten auch Arbeitskräfte aus dem Ausland anzog. Nach dem Ersten Weltkrieg sank die Zahl der Ausländer im Reich ab, nicht zuletzt wegen der weitaus weniger günstigen wirtschaftlichen Entwicklung.[10] ▶ Abb 2

Die Bevölkerung auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland umfasste in den 1950er Jahren mit 400 000 bis 500 000 nur relativ wenige ausländische Staatsangehörige, zu einem guten Teil handelte es sich um Menschen, die im Umfeld des Zweiten Weltkriegs als Zwangsarbeitskräfte, Kriegsgefangene oder Flüchtlinge nach Deutschland gekommen waren und als „*Displaced Persons*“ bzw. „Heimatlose Ausländer“ zumindest zeitweilig blieben. Erst mit der Vollbeschäftigung der späten 1950er Jahre im Kontext des „Wirtschaftswunders“ mit seinen sehr hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten sowie dem rapiden Rückgang der Zuwanderung aus der DDR durch den Bau der Berliner Mauer 1961 wuchs die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte („Gastarbeiter“) in den 1960er und frühen 1970er Jahren stark an. Vor diesem Hintergrund erreichte die Zahl der ausländischen Staatsangehörigen 1974 mit 4,1 Millionen einen vorläufigen Höhepunkt. Das Ende der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte durch den „Anwerbestopp“ von 1973 führte nicht zu einem nennenswerten Rückgang der Zahl der ausländischen Staatsangehörigen. Sie stieg vielmehr seit den 1980er Jahren wieder moderat an, insbesondere aufgrund der weiterhin bestehenden Möglichkeit des Familiennachzugs von in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen sowie aufgrund des Bedeutungsgewinns der Asylzuwanderung. Ein erneuter starker Anstieg setzte mit dem Zusammenbruch der politischen Systeme in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa sowie der Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ 1989/90 ein. Seit den späten 1990er Jahren bewegt sich die Zahl der ausländischen Staatsangehörigen auf einem stabilen Niveau mit einer Tendenz zum Rückgang, der auch durch die deutlich erleichterten Möglichkeiten des Zugangs zur deutschen Staatsangehörigkeit aufgrund der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts von 2000 erklärt werden kann.[11] ▶ Abb 3

Im Blick auf die Zusammensetzung der Ausländerbevölkerung lassen sich grundlegende Veränderungen ausmachen: Während im Deutschen Kaiserreich unter den Herkunftsländern Österreich-Ungarn, Russland, die Niederlande und Italien dominierten, stammte ein überwiegender Teil der ausländischen Staatsangehörigen in der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren aus jenen Ländern, die mit Westdeutschland Anwerbeabkommen geschlossen hatten, also vor allem aus der Türkei, Italien, Spanien und Griechenland. Vor allem seit den späten 1980er Jahren kam es zu einer zunehmenden Diversifizierung der Herkunftsländer ausländischer Staatsangehöriger. Sie resultierte nicht nur aus der bereits erwähnten Öffnung des „Eisernen Vorhangs“, sondern auch aus einer anwachsenden (Asyl-) Zuwanderung aus allen Teilen der Welt, die die allerdings weiterhin dominierende europäische Zuwanderung ergänzte.

Innerdeutsche Wanderungsbewegungen

Das Ende des Zweiten Weltkriegs führte in Europa zu einer enormen Zunahme von Migrationsbewegungen. Neben die Rückwanderung von während des Krieges zur Migration genötigten Flüchtlingen, Evakuierten, Vertriebenen, Deportierten oder Kriegsgefangenen traten Ausweisungen, Umsiedlungen, Vertreibungen oder Fluchtbewegungen insbesondere von Minderheiten aufgrund der Bestrebungen von Siegerstaaten, die Bevölkerung ihres (zum Teil

▶ Abb 2 **Ausländer in Deutschland 1871 – 1925 — in 1 000**

▶ Abb 3 **Ausländer in Deutschland nach Staatsangehörigkeit 1951 – 2011 — in 1 000**

neu gewonnenen) Territoriums zu homogenisieren. Das betraf auch rund 14 Millionen Deutsche, die in der Endphase des Krieges oder in den ersten Nachkriegsjahren Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa verließen bzw. verlassen mussten. Für die Entwicklung der deutschen Wanderungsverhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg von hohem Gewicht wurden zudem die Bewegungen zwischen der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR und den Westzonen bzw. der Bundesrepublik zwischen 1945 und 1989 / 90. ▶ Tab 3, Abb 4

Zwar wurde die innerdeutsche Grenze bereits 1952 / 53 weitreichend befestigt und damit die Bewegung zwischen Ost- und Westdeutschland bzw. West- und Ostdeutschland erheblich behindert. Die besondere Stellung Berlins aber ließ Grenzsicherungsmaßnahmen zwischen den alliierten Sektoren der ehemaligen Reichshauptstadt lange nicht zu, sodass DDR und UdSSR hier die Abwanderung kaum kontrollieren und blockieren konnten. Wahrscheinlich wanderten seit der Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 bis zum Bau der Berliner Mauer 1961 über 3 Millionen Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik (aber auch mehr als 500 000 in die umgekehrte Richtung).[12] Während die Zahl der Deutschen, die in den 1950er Jahren aus der Bundesrepublik in die DDR zogen, keinen großen Schwankungen unterlag und jährlich rund 50 000 erreichte, erwiesen sich die Schwankungsbreiten der Ost-West-Bewegungen als wesentlich höher: Nach den Angaben des Notaufnahmeverfahrens pendelten die Zahlen in den 1950er Jahren jährlich zwischen etwa 150 000 und 330 000. Höhepunkte bildeten die Jahre 1953 und 1956 / 57. Nach einem Minimum 1959 stiegen die Zahlen bis zum Mauerbau wieder deutlich an, nicht zuletzt wegen der erneut verschärften Kollektivierungspolitik in der DDR.

Der Bau der Mauer reduzierte die Bewegungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik massiv: Wanderungen aus der Bundesrepublik in die DDR überschritten von den 1960er bis zu den 1980er Jahren eine Ziffer von 5 000 pro Jahr nicht, schwankten relativ gering um 2 000 bis 3 000 jährlich. Die Abwanderung aus der DDR lag in den späten 1960er, den 1970er und frühen 1980er Jahren pro Jahr bei ca. 13 000 bis 20 000 Personen. Sie stieg erst in der Endphase der DDR wieder deutlich an, erzielte 1984 (nach dem Milliardenkredit an die DDR und einer Bewilligung von 32 000 Ausreiseanträgen mit dem Ziel, die innenpolitische Situation zu beruhigen) einen Spitzenwert von über 40 000, um dann im Jahr der Öffnung der Mauer 1989 auf über 340 000 Antragssteller im Notaufnahmeverfahren zu steigen. Vom Bau der Mauer bis Ende 1988 fanden insgesamt über 600 000 Menschen ihren Weg von Deutschland-Ost nach Deutschland-West, wobei der weitaus überwiegende Teil auf der Basis von Ausreisegenehmigungen die Grenze überschreiten konnte, die vor allem

▶ Tab 3 **Innerdeutsche Wanderungsbewegungen**

	Bundesrepublik			DDR*	
	Zuwanderung aus der SBZ/DDR	Abwanderung in die DDR	Antragsteller Notaufnahme	Wegzüge	Flüchtlinge
	1 000				
	x0141	x0142	x0143	x0144	x0145
1949	–	–	59,2	–	129,2
1952	232,1	30,9	182,4	187,2	182,4
1955	381,8	48,7	252,9	315,8	252,9
1958	226,3	38,7	204,1	216,4	204,1
1961	233,5	23,1	207,0	216,7	51,6
1964	39,3	4,9	41,9	38,5	11,9
1967	20,7	3,6	–	20,0	6,4
1970	20,7	2,1	–	26,6	5,0
1973	17,3	1,9	–	29,7	6,5
1976	17,1	1,3	–	36,8	5,1
1979	15,4	1,4	–	41,8	3,5
1982	15,5	1,5	–	36,4	4,1
1985	28,4	2,0	–	56,9	6,2
1988	43,3	2,5	39,9	77,6	–

* „Wegzüge“ verweist auf die Zahl der Verlegungen des Hauptwohnsitzes aus der DDR in die Bundesrepublik. Sie entstammt der Statistik der polizeilichen Meldeämter.
„Flüchtlinge“ verweist auf die Zahl der in der DDR registrierten Personen, die das Land ohne Genehmigung von DDR-Behörden verlassen haben.

▶ Abb 4 **Innerdeutsche Wanderungsbewegungen — in 1 000**

* zu den Kategorien „Wegzüge“ und „Flüchtlinge“ siehe den Hinweis in Tabelle 3.

Rentnern und anderen Nicht-Erwerbstätigen relativ problemlos bewilligt wurden. Die Zahl der Erwerbstätigen, die die DDR verlassen durften, sowie derjenigen, die die Grenze auf irregulären Wegen überwanden, blieb demgegenüber gering.

Asylsuchende

Unter Asyl versteht man die schützende Aufnahme eines politischen Flüchtlings mit fremder Staatsangehörigkeit. Die Aufnahme von Flüchtlingen hat für die Migrationssituation der Bundesrepublik insbesondere seit den späten 1970er Jahren an Gewicht gewonnen und trug vor allem in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren erheblich zum Anstieg der Zahl ausländischer Staatsangehöriger bei. Die Angaben über die Zahl der Asylsuchenden in der Bundesrepublik Deutschland seit 1950 beruhen auf der amtlichen Statistik und beziehen sich auf diejenigen Flüchtlinge, die entsprechend den Regelungen des Artikels 16, Abs. 2, Satz 2 des Grundgesetzes um Asyl nachsuchten. Andere Kategorien von Flüchtlingen (insbesondere „Kontingentflüchtlinge“, die aufgrund von humanitären Hilfsaktionen aufgenommen wurden und keinen Asylantrag stellen mussten) sind hier nicht erfasst. Zu berücksichtigen gilt, dass nur ein Teil der Asylgesuche auch bewilligt wurde, diese also keineswegs mehrheitlich in längerfristige oder dauerhafte Aufenthalte in der Bundesrepublik mündeten.

In den 20 Jahren von der Staatsgründung 1949 bis 1968 beantragten nur knapp über 70 000 Menschen Asyl in der Bundesrepublik. In den ersten 30 Jahren der Existenz der Bundesrepublik schwankten die jährlichen Asylbewerberzahlen zwischen einem Minimum von rund 2 000 im Jahre 1953 und einem Maximum von ca. 51 000 im Jahre 1979. Bis in die 1960er Jahre kamen die Asylbewerber weitaus überwiegend aus Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa, der Anteil von Asylsuchenden aus dem „Ostblock“ schwankte jährlich zwischen 72 und 94 Prozent. Seit dem letzten Drittel der 1970er Jahre stieg die statistische Kurve der Asylgesuche in Westdeutschland steil an: 1978 handelte es sich um Anträge für 33 136 Personen, 1979 waren es 51 493 Personen, der Höchst-

2 000

bis 3 000 Menschen wanderten nach 1961 aus der Bundesrepublik jährlich in die DDR ab.

▶ Abb 5 **Asylanträge in der Bundesrepublik Deutschland — in 1000**

438 000

Asylanträge 1992 waren bis dahin der Höchststand.

stand wurde 1980 mit Anträgen für 107 818 Personen erreicht. Zugleich stieg der Anteil von Antragstellern von außerhalb Europas.[13] ▶ Abb 5

Nach einem kurzfristigen Rückgang wuchs der Umfang der Asylzuwanderung seit Mitte der 1980er Jahre erneut an, vor allem vor dem Hintergrund der politischen und wirtschaftlichen Krisen in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa, der Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ und dem Bürgerkrieg in (Ex-)Jugoslawien in den 1990er Jahren. Die Zahl der Asylbewerber überstieg 1988 erneut 100 000, erreichte 1990 rund 190 000 und 1992 schließlich den Höchststand von 438 000. Zugleich änderte sich die Zusammensetzung der Gruppe der Asylbewerber grundlegend: 1986 waren noch rund 75 Prozent aus der „Dritten Welt“ gekommen. 1993 stammten dann wieder 72 Prozent aus Europa. Je häufiger seit den späten 1970er Jahren das bundesdeutsche Asylrecht in Anspruch genommen wurde, desto stärker wurde es auch mit Hilfe gesetzlicher Maßnahmen und Verordnungen eingeschränkt. Solche rechtlichen Regelungen und insbesondere die Beschränkung des Zugangs zum Asyl durch die Änderung des Asylgrundrechts 1993 trugen zum starken Rückgang der Asylzuwanderung seit Mitte der 1990er Jahre bei.[14]

Aussiedler

Die Bezeichnung „Aussiedler“ stammt aus den frühen 1950er Jahren. Nach dem Ende der Vertreibungen von Deutschen aus Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa lebten dort nach den Angaben deutscher Stellen 1950 noch rund 4 Millionen „deutsche Volkszugehörige“ ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Ihnen sicherte das Grundgesetz in Artikel 116, Abs. 1 die Aufnahme als deutsche Staatsangehörige zu, wenn sie ein „Vertreibungsschicksal“ nachweisen konnten oder von deutscher Seite ein „Vertreibungsdruck“ ausgemacht worden war. Den Rahmen und die Bedingungen für ihre Aufnahme regelte seit 1953 das „Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge“ (kurz Bundesvertriebenengesetz, BVFG). Insgesamt wanderten in den sechs Jahrzehnten von 1950 bis 2014 mehr als 4 Millionen Aussiedler in die Bundesrepublik zu.[15] ▶ Tab 4, Abb 6

Von 1950 bis 1975 passierten insgesamt rund 800 000, von 1976 bis 1987 weitere 616 000 Aussiedler die westdeutschen Grenzdurchgangslager. Ihre Zahl schwankte in diesem Zeitraum zwischen 20 000 und 60 000 pro Jahr. Verständigungsbemühungen im Kontext der bundesdeutschen „Neuen Ostpolitik“ und die „Entspannung“ im „Kalten Krieg“ führten dazu, dass ab Anfang / Mitte der 1970er Jahre eine Phase steter Aussiedlerzuwanderung auf relativ hohem Niveau einsetzte. Wichtigstes Herkunftsland bildete dabei in den 1970er und frühen 1980er Jahren Polen, mit dem sich die Bundesrepublik 1975 auf die Ausreise von rund 125 000 Aussiedlern geeinigt hatte (als Gegenleistung wurde von bundesdeutscher Seite ein Kredit über 2,3 Milliarden D-Mark gewährt). Seit Ende der 1970er Jahre wuchs zudem die Zahl der Aussiedler aus Rumänien, auch in diesem Fall bildeten finanzielle Leistungen der Bundes-

▶ Abb 6 **Zuzug von Aussiedlern nach Herkunftsländern — in Prozent**

▶ Tab 4 **Aussiedler**

	insgesamt	davon:						
		ehem. UdSSR	Polen	ehem. CSFR	Ungarn	Rumänien	ehem. Jugoslawien	Sonstige
	1 000							
	x0146	x0147	x0148	x0149	x0150	x0151	x0152	x0153
1950	47,5	–	31,8	13,3	–	–	0,2	2,2
1954	15,4	–	0,7	0,1	–	–	9,5	5,1
1958	132,2	4,1	117,6	0,7	1,2	1,4	4,7	2,6
1962	16,4	0,9	9,7	1,2	0,3	1,7	2,0	0,7
1966	28,2	1,2	17,3	5,9	0,6	0,6	2,1	0,4
1970	19,4	0,3	5,6	4,7	0,5	6,5	1,4	0,4
1974	24,5	6,5	7,8	0,4	0,4	8,5	0,6	0,2
1978	58,1	8,5	36,1	0,9	0,3	12,1	0,2	0,1
1982	48,2	2,1	30,4	1,8	0,6	13,0	0,2	0,2
1986	42,8	0,8	27,2	0,9	0,6	13,1	0,2	0,1
1990	397,1	148,0	133,9	1,7	1,3	111,2	1,0	0,1
1994	222,6	213,2	2,4	0,1	–	6,6	0,2	–
1998	103,1	101,6	0,5	–	–	1,0	–	–
2002	91,4	90,6	0,6	–	–	0,3	–	–
2006	7,7	7,6	0,1	–	–	–	–	–
2010	2,4	2,3	–	–	–	–	–	–

republik die Voraussetzung. Zwischen 1950 und 1987 kamen aus Polen als Hauptherkunftsland 62 Prozent aller Aussiedler (848 000), nur 8 Prozent (110 000) hingegen aus der Sowjetunion mit ihrer lange sehr restriktiven Ausreisepolitik. An zweiter Stelle nach Polen und mit deutlichem Vorsprung vor der UdSSR folgte Rumänien mit 15 Prozent der Aussiedler (206 000). Die Massenzuwanderung der Aussiedler begann dann mit der Krise der politischen Systeme in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa und der Öffnung des „Eisernen Vorhangs“: Von 1987 an ging die Zahl der Aussiedler vornehmlich aus der UdSSR rasch nach oben. Die jährliche Aussiedlerzuwanderung überschritt 1988 knapp die Marke von 200 000 und erreichte 1990 die Höhe von fast 400 000. Sie ging dann 1991, trotz hoher Antragszahlen, stark zurück auf etwas mehr als 200 000 und blieb bis 1995 auf diesem hohen Niveau, um seither stark abzusinken. Hintergrund des erheblichen Rückgangs seit 1990 bildeten gesetzliche Maßnahmen der Bundesrepublik, die die Möglichkeiten der Inanspruchnahme des Aussiedlerstatus erheblich beschränkten, aber auch die Tatsache, dass sich immer weniger Menschen in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa auf eine „deutsche Volkszugehörigkeit“ und einen „Vertreibungsdruck“ berufen konnten. Seit Anfang des 21. Jahrhunderts hat diese Migrationsbewegung mit jährlich wenigen tausend Zuwanderern kein signifikantes Ausmaß mehr.

62

Prozent aller Aussiedler, die zwischen 1950 und 1987 nach Deutschland gekommen sind, stammten aus Polen.

Nach 1987 stammte die Mehrzahl der Aussiedler aus der Sowjetunion und deren Nachfolgestaaten.

Datengrundlage

Daten zu den verschiedenen Migrationsformen und Migrationsbewegungen wurden und werden in großem Umfang erhoben. Lange Reihen finden sich allerdings nur für die wenigsten Zusammenhänge. Die für den vorliegenden Beitrag zusammengeführten Datenreihen beziehen sich auf grenzüberschreitende Bewegungen und dokumentieren sowohl Zuwanderungen als auch Abwanderungen. Wegen des schwierigen Datenzugangs für das 19. und frühe 20. Jahrhundert liegt ein Schwergewicht auf der Phase seit dem Zweiten Weltkrieg.

Die Dokumentation der langfristigen Entwicklung der grenzüberschreitenden Abwanderungen aus Deutschland erfolgt auf der Basis unterschiedlicher Angaben: Für den Zeitraum von 1834 bis 1870 sind die im Jahr 1930 von Friedrich Burgdörfer, damals Leiter der Abteilung für Bevölkerungsstatistik im Statistischen Reichsamt, zusammengeführten Daten herangezogen worden. Sie beruhen auf dem Abgleichen der US-amerikanischen Einwanderungsstatistik mit den Angaben über die deutsche transatlantische Auswanderung über Hamburg und Bremen. Für den Zeitraum von 1871 bis 1939 wurde die amtliche Auswanderungsstatistik des Reiches herangezogen. Sie umfasste Zählungen in den deutschen Überseehäfen, zum Teil ergänzt um Berichte, die aus wichtigen Häfen anderer europäischer Länder (Niederlande, Frankreich, Italien, Großbritannien) über die Überseemigration von Deutschen erstellt wurden, diese allerdings keineswegs vollständig erfassten. Die Daten für den Zeitraum 1834 bis 1939 bieten mithin keine Informationen über die Abwanderung aus Deutschland insgesamt, vernachlässigen vielmehr die innereuropäische Bewegung von Deutschen ganz und erfassen ausschließlich – mit gewissen Lücken – Angaben über die transatlantische Migration. Die in der Folge zusammengestellten Daten für den Zeitraum ab 1946 haben einen deutlich anderen Charakter: Sie dokumentieren alle über die Meldestatistik amtlich erfassten Fortzüge von Deutschen und von in Deutschland ansässigen Ausländern über die (west- bzw. bundes-)deutschen Grenzen, fassen den Gegenstand Abwanderung also wesentlich weiter als die hier gebotenen Angaben für das 19. und frühe 20. Jahrhundert.

Die langfristige Entwicklung des Zuwanderungsgeschehens lässt sich dokumentieren über die Zahl der im Deutschen Reich lebenden ausländischen Staatsangehörigen nach den Volkszählungen zwischen 1871 und 1933. Hinzu treten die jährlichen Angaben des bundesdeutschen Ausländerzentralregisters für den Zeitraum ab 1951. Es erfasst alle ausländischen Staatsangehörigen in der Bundesrepublik, die über einen Aufenthaltstitel verfügen oder Asyl beantragt haben. Hinzugezogen wurden darüber hinaus die Angaben der amtlichen Statistik über die Zuzüge in die Bundesrepublik Deutschland.

Die zu den innerdeutschen Wanderungsbewegungen nach 1945 zusammengeführten Angaben beruhen auf unterschiedlichen Erhebungen. Zum Teil handelt es sich um amtliche Meldedaten (Zu- und Fortzüge), zum Teil beruhen sie auf den Angaben aus dem 1950 in der Bundesrepublik eingeführten Notaufnahmeverfahren, das die Freizügigkeit von Zuwanderern aus der DDR einschränkte und ihnen unter bestimmten Voraussetzungen einen Flüchtlingsstatus mit entsprechenden Versorgungsleistungen zuwies, allerdings nicht jene erfasste, die ohnehin keine Leistungen in Anspruch nehmen wollten oder konnten und direkt zu Verwandten oder Bekannten ins Bundesgebiet reisten.

Angaben über die Zahl der als Aussiedler bzw. als Asylbewerber aufgenommenen Migranten in der Bundesrepublik Deutschland bietet die amtliche Statistik.

Zum Weiterlesen empfohlen

Klaus J. Bade: Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2000.

Klaus J. Bade / Pieter C. Emmer / Leo Lucassen / Jochen Oltmer (Hrsg.): Enzyklopädie Migration in Europa vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 3. Aufl., Paderborn 2010.

Klaus J. Bade / Jochen Oltmer: Normalfall Migration, Bonn 2003.

Helge Heidemeyer: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ / DDR 1945 / 1949 – 1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994.

Ulrich Herbert: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001.

Dirk Hoerder: Deutsche Migrationen. Vom Mittelalter bis heute, München 2011.

Jochen Oltmer: Migration im 19. und 20. Jahrhundert, 2. Aufl., München 2013.

04 Bildung und Wissenschaft

Volker Müller-Benedict

2005 — **2 431 000**

2005 — **28 Prozent**

Frauenanteil unter den Schulabgängern mit Hochschulreife im Deutschen Reich 1938 und in Deutschland 2005:

1938 — **1,2 Prozent**

Anzahl der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten in der Bundesrepublik 1950 und in Deutschland 2005:

1950 — **657 000**

Frauenanteil unter den Studierenden im Deutschen Reich 1911 und in der Bundesrepublik 1980:

1911 — **4,9 Prozent**

1980 — **48,7 Prozent**

2000 — **1 799 000**

Anzahl der Studierenden im Deutschen Reich 1931 und in Deutschland 2000:

1931 — **129 000**

Bildung ist für Menschen in Deutschland heute unverzichtbarer Bestandteil ihrer Lebensplanung. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts sind Bildungsbeteiligung, Bildungsniveau und wissenschaftliche Forschung sehr stark gewachsen. Dabei wurden einige soziale Ungleichheiten fast beseitigt, wie die Beteiligung der Geschlechter oder der Stadt-Land-Gegensatz, andere nur wenig ausgeglichen, wie die Beteiligung unterschiedlicher sozialer Schichten.

Bildung erfüllt für jeden Menschen zwei wichtige Funktionen: Sie hilft ihm, seine eigene Lage zu verstehen und aus verschiedenen Perspektiven bewerten zu können, verhilft ihm also zu einer mehr selbstverantworteten und deshalb zufriedeneren Lebensführung, und sie versieht ihn mit anerkannten Zertifikaten, mit denen er bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt hat. Seit den bürgerlichen Revolutionen, in deren Verlauf freiere Möglichkeiten der Lebensgestaltung und freie Arbeitsmärkte entstanden, werden diese Wirkungen von Bildung positiv bewertet. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass Bildungsangebote seitdem immer stärker nachgefragt werden. Natürlich ist Bildung auf der anderen Seite auch anstrengend, benötigt viel Zeit, die auch anders verwendet werden könnte, und verursacht weitere, etwa finanzielle, Einschränkungen. Solange diese Kosten jedoch klein sind, öffentliche Bildung kostenlos angeboten oder sogar verlangt wird, ist zu erwarten, dass im Bildungssystem eine inhärente Wachstumsdynamik existiert.

Bildungserwerb ist auch deshalb für viele attraktiv, weil er die einzige Möglichkeit darstellt, sozial aufzusteigen. Denn für die meisten Menschen sind andere Möglichkeiten, wie ein Aufstieg über Vermögens- oder Machtanhäufung, nicht gegeben, und die Möglichkeit, allein durch adlige Herkunft seine Lage zu verbessern, besteht nicht mehr. Die prinzipielle Möglichkeit des Bildungserwerbs für alle stellt deshalb für diejenigen, die schon begehrte soziale Positionen innehaben, eine Bedrohung dar. Daher gab es auch viele Versuche, Bildungserwerb entsprechend zu kanalisieren oder einzuschränken. Zwischen diesen beiden Polen, der inhärenten Wachstumsdynamik auf der einen Seite, auch als „Modernisierung“ bezeichnet, und den Versuchen, diese zu kanalisieren auf der anderen Seite, auch „Herrschaftssicherung“ genannt, hat sich das Bildungssystem in Deutschland in den letzten beiden Jahrhunderten entwickelt. In Bezug auf die zahlenmäßige Steigerung hat dabei eindeutig das Wachstum gewonnen. Die Möglichkeiten sozialer Mobilität haben sich dagegen weniger stark verändert. Allerdings sind einige strukturelle Benachteiligungen im Bildungssystem fast gänzlich verschwunden, wie die nach Geschlecht, Konfession oder der Stadt-Land-Gegensatz.

Die Beteiligung am Bildungssystem hat sich in den letzten zwei Jahrhunderten in mehrfacher Hinsicht stark erhöht. Erstens partizipierten immer weitere Teile der Bevölkerung: über die zunehmende Schulpflicht, die Beteiligung der Frauen an der höheren Bildung, in der Berufsausbildung über die Berufsschulpflicht und zuletzt über die Inklusion. Zweitens nahmen die Bevölkerungsgruppen immer länger daran teil: Waren 1888 nur 5,8 Prozent der 13-Jährigen auf einer höheren Schule, so stieg diese Zahl auf 50,8 Prozent im Jahr 2000. Drittens differenzierte sich die Struktur des Bildungssystems immer weiter aus: Es entstanden verschiedene mittlere Schulen (Realschulen) und Schulabschlüsse, weitere Formen des Abiturs, außerschulische Möglichkeiten des Bildungserwerbs, Technische Universitäten (1899), Fachhochschulen (1974) usw. Viertens wurde das Bildungssystem auf immer höheren Niveaus verlassen, die erworbenen Abschlüsse

▶ Abb 1 **13-Jährige an höheren Schulen — in Prozent aller 13-Jährigen**

1763

wird die allgemeine Schulpflicht in Preußen eingeführt.

immer besser: 1890 hatten 1,57 Prozent aller 19-jährigen Männer die Hochschulreife, 1990 hatten sie 25,5 Prozent aller Schulabgänger in diesem Alter. Das Bildungssystem ist damit einer der am stärksten wachsenden gesellschaftlichen Bereiche gewesen. Für die Menschen im Kaiserreich, das eine etwa gleich große Bevölkerung hatte wie Deutschland heute, war es unvorstellbar, dass es mehr als einige Zehntausend Studierende geben könnte, heute sind es etwa hundertmal so viele. ▶ Abb 1

Gründe für das Wachstum sind neben der beschriebenen inhärenten Dynamik zum einen die ständig steigenden intellektuellen Anforderungen der Wirtschaft und der Lebensweise, die sogenannte Modernisierung, die es erfordern, dass das durchschnittliche Ausbildungsniveau ebenfalls ständig steigt; zum anderen entwickelt Bildung auf zwei Wegen eine Eigendynamik. Die hierarchische Struktur des Bildungssystems ist ein Antrieb: Mit einem guten Abschluss auf unteren Stufen kann man eine höhere Stufe versuchen, ein Abitur etwa berechtigt zum Studium. Wenn sich der Besuch auf den unteren Stufen verstärkt, führt dies tendenziell zu einer erhöhten Nachfrage nach den höheren Stufen. Der andere Antrieb beruht auf den positiven Wirkungen von Bildung auf die Individuen und ihre Familien. Im Gegensatz zu Geld und Macht kann man einmal erworbene Bildung nicht mehr verlieren. Hat ein Individuum oder ein Familienmitglied einen höheren Bildungsstand erreicht, erhöhen sich die bildungsbedingten Ansprüche und Erwartungen. Deshalb wird von Generation zu Generation eher mehr in die Bildung investiert als weniger.

Im Folgenden wird der Verlauf des Wachstums im Bildungssystem in einigen Bereichen genauer beschrieben. Dabei wird auch auf politische Versuche, das Wachstum zu steuern, eingegangen. Ebenfalls werden einige Eigentümlichkeiten seiner Struktur benannt, die die Gestalt des Wachstumsprozesses geformt haben.

Das Wachstum des Schulbereichs

Das moderne Schulsystem hat sich nach den bürgerlichen Revolutionen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausgebildet. Durch den Zwang zur Neuordnung nach den Napoleonischen Kriegen begann unter Wilhelm von Humboldt eine umfassende Bildungsreform, die auf der Grundlage neuhumanistischer Philosophie, die eine „allgemeine Menschenbildung“ als Ziel ansah, die ständischen Privilegien auch im Bereich der Bildung zurückdrängen wollte. Wichtige Neuerungen waren dabei die Einführung einer einheitlichen Prüfung für Gymnasiallehrer 1810 und die Einführung des Abiturs als Voraussetzung für die Aufnahme an eine Universität 1830, die beispielhaft für die fortschreitende Durchsetzung der staatlichen Aufsicht über alle Prüfungen im Bildungssystem und damit für einen garantierten Standard stehen. Erst dadurch konnten sich die Prinzipien der individuellen Benotung für eine entsprechende Leistung und der Wirksamkeit der Examen für die beruflichen Chancen entfalten, die auch als „Bildungsselektion“ bezeichnet werden und in der Mentalität der heutigen Gesellschaft tief verwurzelt sind.

Die Reformen betrafen aber vor allem die höhere Bildung. Die allgemeine Schulpflicht war in Preußen zwar schon 1763 eingeführt worden, aber die Volksschulen litten unter einer ständigen Finanznot und dem Fernbleiben der Kinder wegen der Kinderarbeit, die aufgrund der Industrialisierung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch zunahm, dann aber wegen des technischen Produktionsfortschritts in der zweiten Hälfte stark absank. So gingen 1816 erst rund 60 Prozent,

▶ Tab 1 **Schülerinnen und Schüler nach Schularten (an öffentlichen und privaten Schulen) und relativ zum Altersjahrgang**

	insgesamt	davon in:						13-Jährige Schüler auf höheren Schulen
		privaten Bildungs-einrichtungen	Volks-, Haupt- und Grundschulen	Mittelschulen, Realschulen	höheren Schulen, Gymnasien	Gesamtschulen	Sonder-/ Förderschulen	
	1 000							in % aller 13-Jährigen
	x0154	x0155	x0156	x0157	x0158	x0159	x0160	x0161
	Deutscher Bund / Deutsches Reich							
1864	–	–	2 878	127	79	–	–	–
1886	–	–	4 847	160	173	–	16	–
1891	–	–	4 938	167	181	–	19	6,1
1911	–	–	6 581	243	390	–	24	7,6
1921	–	–	5 476	277	449	–	23	9,1
1931	–	–	4 701	192	474	–	18	15,4
1938	–	–	4 627	179	384	–	15	9,3
	Bundesrepublik							
1950	7 582	144	6 591	236	657	–	97	–
1961	6 733	203	5 280	447	848	–	142	14,6
1970	8 971	275	6 350	863	1 379	–	319	20,4
1980	9 195	418	5 044	1 351	2 119	220	354	30,5
1987	6 776	403	3 446	915	1 596	459	254	36,3
	DDR							
1949	2 743	–	–	–	–	–	–	10,4
1960	2 053	–	–	–	–	–	–	13,3
1970	2 667	–	–	–	–	–	–	10,7
1980	2 312	–	–	–	–	–	–	7,7
	Deutschland							
1991	9 143	431	4 463	1 039	1 864	1 300	344	41,2
2000	9 960	557	4 457	1 263	2 257	1 452	420	50,8
2005	9 505	637	4 200	1 325	2 431	1 040	416	48,2

1846 rund 82 Prozent, aber 1888 annähernd alle Kinder in die Schule bis zur 8. Klasse.[1] Die Schulaufsicht über die Volksschulen blieb bis zum Ende des Kaiserreichs aber in den Händen der Kirchen. Nach der gescheiterten Revolution 1848 wurde in den sogenannten „Stiehlschen Regulativen“ klar formuliert, welche Lernziele Schüler in den Augen der Verwaltung hatten: Die „Elementarschüler“ seien anzusehen als „1. evangelische Christen, 2. Unterthanen Sr. Majestät v. Preußen…, 3. künftige Bürger, Bauern und Soldaten…“.

Die fortschreitende Industrialisierung, mit ihr die Verschriftlichung von Arbeitsanweisungen und damit die Notwendigkeit, lesen zu können, führten bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zu einer Verbesserung der Volksschulbildung, zum Teil zu einem Rückgang des Religionsunterrichts und neuen Fächern wie Geschichte und Erdkunde. Die generelle „Modernisierung“ in der Arbeitswelt erforderte deshalb einen Ausbau des Mittel- und Fachschulwesens. In diesen Schulen wurde mindestens eine Fremdsprache und kaufmännisches Rechnen unterrichtet. Aus politischen Äußerungen lässt sich aber auch die Absicht erkennen, mit diesem Ausbau eine Bildungsbegrenzung zu etablieren, indem den Aufstiegsambitionen aus der Arbeiterschicht eine Alternative unterhalb der gymnasialen Bildung geboten wurde. Durch dieses Angebot sollte der Diskussion über die sozialen Unterschiede, die vor allem von den Sozialisten thematisiert wurden, die Schärfe genommen werden.

Auch das Bildungsbestreben der bürgerlichen Schichten konnte von der konservativen Bürokratie zunächst durch den Ausbau der „realistischen“ Bildung, zu der die Oberrealschulen und Realgymnasien gehörten, kanalisiert werden. Diese „lateinlosen Anstalten“ berechtigten nicht zum Studium der klassischen Fakultäten. Die lange Zeit umkämpfte „Berechtigungsfrage“ endete erst 1900 mit der Gleichstellung der Abschlüsse der realistischen Bildungseinrichtungen mit dem Abitur eines Gymnasiums. ▶ Tab 1, Abb 2

▶ Abb 2 **Profil der Schülerinnen und Schüler nach Schularten — in Prozent**

79,6

Schüler hatte ein hauptamtlicher Lehrer an einer Volksschule 1864 zu betreuen.

37,3

Schüler waren es im Jahr 1926.

Die höhere Bildung von Mädchen endete bis zum Ende des 19. Jahrhunderts unterhalb des Abiturs. Die höheren Mädchenanstalten hatten als oberstes Ziel die Erziehung zu „echter Weiblichkeit“, dazu gehörte das Idealbild der Frau als „Gehilfin des Mannes“, die selbst nicht im Berufsleben steht.[2] Erst nach langen Kämpfen wurde in Preußen 1908 Frauen die Möglichkeit gewährt, das Abitur abzulegen und damit auch zu studieren. Den eigentlichen Beteiligungsschub erfuhren die Frauen aber erst in der Weimarer Republik, in der auch die dafür notwendigen Schultypen, wie etwa das Oberlyzeum, eingerichtet wurden. Von 1926 bis 1931 verfünffachte sich so die Zahl der Abiturientinnen in Preußen auf 6 000, 1932 machten sie schon 27 Prozent aller Abiturienten aus.[3]

Im Kaiserreich konnten Kinder aus den höheren Schichten bis zum Eintritt in ein Gymnasium in privaten und kostenpflichtigen Vorschulen unterrichtet werden, sodass sie nicht mit den Kindern in den Volksschulen in Berührung kamen. Von allen Fünftklässlern der höheren Schulen kamen 1916 rund 40 Prozent aus diesen Vorschulen.[4] Vor allem die höheren Mädchenschulen und die Mittelschulen waren zu Beginn der Kaiserzeit zu etwa 50 Prozent privat geführt, mit bis auf etwa 15 Prozent zu Beginn des Zweiten Weltkriegs sinkender Tendenz. Nach der Revolution 1918 wurde mit der Einrichtung der vierjährigen Grundschule als Pflichtschule für alle Kinder zum ersten Mal die Trennung des Bildungssystems in einen niederen und einen höheren Teil aufgehoben. Seitdem werden Kinder aller sozialen Schichten integriert unterrichtet; diese Errungenschaft wird jedoch in neuester Zeit durch die Gründung von Privatschulen und die sogenannte „freie Grundschulwahl“ wieder zunehmend infrage gestellt. Die ständige Verbesserung der Grund- und Volksschulbildung lässt sich auch an der Zeitreihe der Lehrer-Schüler-Relation ablesen, die von 1864 mit 79,6 Schülern pro hauptamtlichem Lehrer auf 37,3 im Jahr 1926 sank. ▶ Tab 2

Neben dem kräftigen Beteiligungswachstum der Frauen an der höheren Bildung wurden weitere Schultypen eingerichtet, auf denen eine Studienberechtigung erworben werden konnte, die mittleren Bildungswege vereinheitlicht und 1931 ein länderübergreifendes „Zeugnis der mittleren Reife“ eingeführt. Damit war das vertikal in drei Säulen gegliederte Schulsystem, wie wir es heute kennen, etabliert.

▶ Tab 2 **Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit Hochschulreife, Lehrerinnen und Lehrer**

	Schulabgängerinnen/ Schulabgänger mit Hochschulreife		Lehrkräfte an höheren Schulen, Gymnasien			Lehrkräfte an Volksschulen bzw. Grund- und Hauptschulen			Lehrkräfte an höheren Schulen: Anteil der Altersgruppe 40–44 Jahre
	männlich	weiblich	insgesamt	darunter: weiblich	Schüler-Lehrer-Relation	insgesamt	darunter: weiblich	Schüler-Lehrer-Relation	
	in % der Schulabgänger		1 000			1 000	%		%
	x0162	x0163	x0164	x0165	x0166	x0167	x0168	x0169	x0170
	Deutscher Bund/Deutsches Reich								
1864	1,3	–	2,3	–	35,0	36,2	7,8	79,6	–
1886	1,6	–	5,1	–	–	71,6	17,3	67,7	19,8
1891	1,4	–	5,6	–	–	83,3	19,2	59,3	18,0
1911	–	–	10,6	<0,1	36,8	116,3	21,2	56,6	–
1921	–	–	11,7	1,0	38,4	116,5	25,8	47,0	19,7
1931	4,8	1,4	14,1	2,0	33,5	115,3	26,1	40,8	–
1938	4,3	1,2	12,0	1,6	31,9	104,8	27,2	44,1	–
	Bundesrepublik								
1950	6,4	3,2	28,9	9,0	22,8	130,6	38,5	50,5	–
1961	11,6	6,8	41,5	13,0	20,4	133,8	46,1	39,5	9,2
1970	15,3	10,6	69,7	22,3	19,8	187,7	58,8	33,8	13,3
1980	15,9	15,8	115,8	42,2	18,3	248,0	63,9	20,3	12,3
1987	24,8	26,5	123,5	44,8	12,9	230,5	65,1	15,0	17,9
	Deutschland								
1991	23,5	26,2	123,4	46,5	15,1	221,9	68,4	20,1	26,1
2000	21,1	28,0	152,8	72,8	14,8	264,3	75,9	16,9	14,1
2005	20,5	28,0	163,5	85,2	14,9	263,7	78,7	15,9	10,9

In der Zeit des Nationalsozialismus war die Schulpolitik von der Ideologie bestimmt, die die Schule als Relikt des „bürgerlichen Leistungssystems“ verachtete. Dagegen stellten die Nationalsozialisten für Jungen das Ideal einer „reinrassigen Kämpfernatur“, die in zur Schule parallelen Organisationen wie der Hitlerjugend besser gebildet werden könnte, und versuchten bei den Mädchen, „die natürliche Rolle der Frau“ als Mittelpunkt der „deutschen Familie“ wieder herzustellen. Die in dieser Richtung eingeleiteten Maßnahmen wie Obergrenzen für Aufnahme in Schulen und Universitäten, rassistischer Ausschluss von Juden und anderen Gruppen, Werbung für militärische Karrieren und Diskreditierung der höheren Bildung allgemein führten zu einer starken Verminderung der Bildungsbeteiligung insgesamt, die schon zu Beginn des Zweiten Weltkriegs zu Kritik aus Industriekreisen am allgemeinen Leistungsrückgang und zu Lehrer- und Ingenieurmangel führte. Mit diesen Maßnahmen wurde auch die soziale Öffnung der höheren Bildung, die in der Weimarer Republik eingesetzt hatte, wieder rückgängig gemacht und die alten Bildungseliten konnten ihren Anteil an der höheren Bildung wieder erhöhen. Das Schulsystem war so um Jahrzehnte zurückgeworfen und hätte die gestiegenen Qualifikationsanforderungen der Wirtschaft und der Industrie nicht befriedigen können, was durch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zunächst nicht sichtbar wurde. ▶ Tab 1, Tab 3

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich durch die nationalsozialistische Schulpolitik und durch die wegen der Kriegsfolgen eingeschränkten Möglichkeiten bis zum Ende 1950er Jahre ein großer Bildungsbedarf aufgestaut. Zunächst wurde das dreigliedrige System der Weimarer Republik wieder hergestellt, und fehlende qualifizierte Schulabgänger konnten durch die Flüchtlinge aus den Ostgebieten und der DDR überdeckt werden. Zu Beginn der 1960er Jahre begann, durch einen „Rahmenplan“ des „Deutschen Ausschusses für Erziehungs- und Bildungswesen“ angestoßen, eine politische Diskussion, die sowohl die stark gestiegene Nachfrage nach höherer Bildung thematisierte wie auch die Unterrepräsentation verschiedener Gruppen wie Katholiken, Frauen und Landbevölkerung sowie den im internationalen Vergleich geringen Anteil an Abiturienten. Sie mündete in verschiedene Vorschläge einer Bildungsreform. Schon in

▶ Tab 3 **Studierende nach Hochschularten und Studienabschlüssen**

	Studierende					Abschlüsse		
	insgesamt	davon an:				Diplom/ Magister/ Staatsexamen (ohne Lehramt)	Lehramt 1. Staats-examen	Promotionen
		Universitäten	Technischen Hochschulen	Fachhoch-schulen	weiteren Hochschulen (Theologische, Kunst- und Musik, Verwaltung)			
	1 000							
	x0171	x0172	x0173	x0174	x0175	x0176	x0177	x0178
	Deutscher Bund / Deutsches Reich							
1864	15,5	13,6	1,9	–	–	0,2	0,2	0,2
1886	–	27,7	2,5	–	0,7	1,7	0,5	0,5
1891	35,2	27,4	4,2	–	3,6	1,2	0,5	0,4
1911	73,6	55,5	11,1	–	7,0	4,6	1,3	1,2
1921	119,4	83,3	24,6	–	11,5	3,8	1,4	–
1931	129,2	95,3	22,5	–	11,4	5,4	1,7	2,9
1938	–	41,2	11,0	–	2,7	6,4	0,8	2,8
	Bundesrepublik							
1950	133,5	84,6	27,9	–	21,0	–	–	–
1961	280,8	180,6	54,8	–	45,3	–	–	–
1970	427,2	282,6	69,0	–	75,6	–	–	–
1980	1 031,6	588,5	139,2	195,1	108,8	41,3	32,3	5,1
1987	1 408,7	769,8	183,9	327,0	127,9	64,7	21,0	7,6
	DDR							
1951	31,5	20,2	–	–	–	4,6	–	–
1960	99,9	38,7	–	–	–	15,0	–	–
1970	143,2	54,2	–	–	–	22,0	–	–
1980	130,0	52,9	–	–	–	24,0	–	–
1989	131,2	53,3	–	–	–	24,0	–	–
	Deutschland							
1991	1 639,5	868,5	209,2	388,1	173,6	78,6	9,6	10,1
2000	1 798,9	927,3	226,8	457,7	187,1	92,4	23,7	16,6

den 1960er Jahren erhöhten sich die Übergangsquoten auf die Gymnasien erheblich, aber erst 1969 wurde die „Bildungsreform“ unter Kanzler Willy Brandt zur dringlichsten Aufgabe erklärt, mit dem Ziel, sowohl die Bildungsbeteiligung generell als auch die Abiturienten- und die Studierendenquote im Besonderen zu erhöhen.

Die danach einsetzende „Bildungsexpansion“ ist das wichtigste Charakteristikum der Entwicklung des Bildungssystems in der bundesrepublikanischen Zeit. Sie zeigt sich erstens darin, dass die Bildungsbeteiligung in allen Hinsichten über drei Jahrzehnte sehr stark wuchs: die Schülerzahlen, die Übergänge in die höheren Bildungsstufen, die Anzahl der Schulen, Schultypen und Hochschulen, der Lehrerinnen und Lehrer sowie die Dauer des Aufenthalts im Bildungssystem. Die Zahlen des relativen Schulbesuchs verdeutlichen, dass es dabei nicht um Bevölkerungswachstum ging (das seit dem „Pillenknick“ ab 1965 stagnierte), sondern um eine Verlagerung der niederen in die höhere Bildung: Besuchten 1950 noch 86,9 Prozent aller Schüler die Volksschulen und nur 8,66 Prozent ein Gymnasium, waren 2005 nur noch 44,2 Prozent auf Grund- und Hauptschulen, aber 25,6 Prozent auf dem Gymnasium. Neben den weiter steigenden Qualifikationsanforderungen aus der Wirtschaft gelten vor allem der steigende Wohlstand und die dadurch steigenden Bildungswünsche der Eltern, die Änderungen der traditionellen Geschlechterrollen und die dadurch bewirkte gleich starke Beteiligung der Frauen an der Bildung sowie die durch verschiedene Re-

▶ Abb 3 **Schulabgängerinnen und -abgänger mit Hochschulreife — in Prozent aller Abgänger**

formmaßnahmen erleichterten Zugänge zum Abitur als Ursachen. Dazu kommt die oben beschriebene Eigendynamik von Bildungsprozessen, die desto stärker wird, je mehr die Übergänge auf höhere Bildungsniveaus wachsen.

Die Bildungsreform führte zweitens zur Nivellierung der früheren ungleichen Beteiligung von Frauen, der Unterschiede zwischen den Konfessionen und zwischen Stadt und Land. Die Frauen haben neuerdings sogar die Männer beim Abituranteil überholt. Drittens wurden neue Schultypen wie die Gesamtschule oder die Fachoberschule eingerichtet, die weitere Wege zum Abitur ermöglichen. Viertens wurde eine weitere Qualifikationsstufe zwischen dem Realschulabschluss und dem Abitur, die Fachhochschulreife, eingeführt. ▶ Tab 2, Abb 3

Das letzte Jahrzehnt ist durch den ▶ „PISA-Schock“ und die Annäherung der Schulsysteme im Rahmen der europäischen Einigung geprägt. Die PISA-Untersuchung wies Deutschland nur einen mittleren Rang zu bei der Beurteilung der Kompetenzen, die das Bildungssystem den Kindern vermittelt. Seitdem gibt es eine erneute Diskussion über notwendige Bildungsreformen, die heute mehr in die Richtung integrierter Systeme weist, wie etwa die Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen. Damit nähert sich das deutsche System einem horizontalen Stufensystem an, wie es in vielen anderen Ländern existiert, in denen alle Kinder bis zur Oberstufe gemeinsam unterrichtet werden.

Die personelle Ausstattung der Schulen hat sich seit Einführung der allgemeinen Schulpflicht ebenfalls erheblich verbessert. Die Betreuungsrelation ist sowohl in den höheren als auch in den Volksschulen (bzw. Grund- und Hauptschulen) beträchtlich zurückgegangen. Frauen durften auch schon vor 1908 in Volksschulen unterrichten, weil das Volksschullehramt bis 1967 (Einführung der Pädagogischen Hochschulen) nicht als wissenschaftliches Studium galt. Dementsprechend war der Anteil der Lehrerinnen in den Volksschulen immer höher als in den höheren Schulen. Nach der Öffnung des Abiturs für Frauen 1908 waren der Schulbesuch auf den höheren Schulen und ebenso das Lehrerkollegium nach Geschlechtern getrennt, bis in den 1950er Jahren in allen Bundesländern der gemeinsame Schulunterricht eingeführt wurde.

In der Phase der Bildungsexpansion gab es viele Studierende, die die ersten aus ihren Familien waren, die studieren konnten. Insbesondere für Studentinnen war das Studium für das Grund- und Haupt-

▶ Der „Pisa-Schock“
Bei der ersten PISA-Studie der OECD zum internationalen Vergleich der Bildungssysteme im Jahr 2000 schnitt Deutschland unterdurchschnittlich schlecht ab. Der sogenannte „PISA-Schock“ führte zu mehreren Schulreformen, mit denen unter anderem die Bildungsstandards in den Bundesländern vereinheitlicht werden sollten.

schullehramt attraktiv, weil es berufliche Sicherheit bot und in vergleichbar kurzer Zeit abgeschlossen werden konnte. Deshalb nahm der Anteil der Lehrerinnen in diesen Schulen erheblich zu. Aber auch die Kollegien aller anderen Schulen erfuhren nach den 1970er Jahren, in denen bis zu 40 Prozent aller Studierenden ein Lehramt studierten, einen erheblichen Verjüngungsschub. Diese schiefe Altersstruktur führte in den Jahrzehnten danach zu erheblicher Lehrerarbeitslosigkeit und heute, eine Lehrergeneration später, zu entsprechendem Lehrermangel. ▸ Tab 2

In der DDR stand das Bildungssystem, wie alle anderen gesellschaftlichen Teilsysteme auch, unter zentralstaatlicher Steuerung. Allerdings ließen sich die ideologischen Ziele der Steuerung nur zum Teil gegen die anfangs beschriebene Eigendynamik der Bildungsprozesse durchsetzen. In der ersten Nachkriegsphase bis 1959 wurde versucht, mit weitreichenden Veränderungen proportionale Chancengleichheit herzustellen. Darunter fielen unter anderem die Verlängerung der gemeinsamen Schulzeit aller Kinder (Grundschule) auf acht Jahre und die Einführung von Arbeiter- und Bauernfakultäten als Vorbereitung auf ein Studium für Personen ohne Abitur. Das misslang unter anderem dadurch, dass die Lehrerinnen und Lehrer fast ausschließlich aus dem alten System stammten und auch der ökonomische Anreiz für die Anstrengung eines Studiums ohne Abitur fehlte.

Bis 1970 wurde wegen der aufkommenden „Systemkonkurrenz“ mit dem Westen als Hauptziel der wissenschaftlich-technische Unterricht etabliert, unter anderem mit dem Ausbau der Polytechnischen Oberschule (POS), die zum weitaus häufigsten Bildungsabschluss und direkt in die Berufsausbildung führte, allerdings mit weitgehenden Möglichkeiten, parallel einen Hochschulzugang zu erwerben. Wegen dieses POS-Abschlusses war die DDR-Bevölkerung zum Zeitpunkt der Wende signifikant besser schulisch ausgebildet als die Bevölkerung der Bundesrepublik.

Mit dieser Neuausrichtung des Bildungssystems begann eine Rückkehr vom Ziel proportionaler Chancengleichheit zur

▸ Tab 4 **Anteil weiblicher und ausländischer Studierender sowie im Verhältnis zur Alterskohorte und nach sozialer Herkunft**

	studierende Frauen	studierende Ausländerinnen und Ausländer	studierende Männer	studierende Frauen	Studierende nach sozialer Herkunft			
					Vater selbstständig oder freier Beruf	Vater Beamter	Vater Angestellter	Vater Arbeiter
	% aller Studierenden		in % aller 19–26-jährigen Männer	in % aller 19–26-jährigen Frauen	% aller Studierenden			
	x0179	x0180	x0181	x0182	x0183	x0184	x0185	x0186
	Deutsches Reich							
1886	–	6,3	4,6	–	50,8	38,4	3,7	0,3
1891	–	7,0	4,5	–	52,9	38,3	3,0	0,6
1911	4,9	8,3	–	–	51,2	42,8	4,1	0,5
1921	9,6	–	10,3	1,7	–	–	–	–
1931	18,9	4,6	12,2	3,9	36,0	47,4	12,8	3,2
1938	14,7	5,7	6,8	1,7	–	–	–	–
	Bundesrepublik							
1950	19,8	1,7	–	–	36,0	40,0	20,0	4,0
1959	25,3	9,4	–	–	32,0	34,0	25,0	6,0
1968	30,6	6,4	–	–	30,0	30,0	31,0	7,0
1979	36,0	5,5	10,6	8,5	22,0	24,0	36,0	14,0
1988	38,2	5,9	12,2	10,0	20,0	22,0	38,0	16,0
	DDR							
1964	25,9	2,3	–	–	–	–	–	–
1970	35,4	2,5	–	–	–	–	–	–
1980	48,7	5,0	–	–	–	–	–	–
1989	48,6	8,0	–	–	–	–	–	–
	Deutschland							
1991	38,7	6,6	–	–	19,0	22,0	39,0	15,0
2000	46,1	10,4	16,0	16,1	20,0	20,0	42,0	18,0

Leistungsorientierung. Dies führte, zusammen mit dem zahlenmäßig und ideologisch gesteuerten Zugang zu den Hochschulen, zu einer letztlich wesentlich schärferen sozialen Bevorzugung bildungsnaher Schichten (die mit dem Begriff „Intelligenz gekennzeichnet wurden) als im Westen, unter anderem, weil diese Schicht in der DDR nur über kulturelles, nicht aber ökonomisches Kapital verfügte und deshalb die familiären kulturellen Dispositionen eine noch größere Rolle für den Bildungserfolg spielten. Zum Zeitpunkt der Wende war durch diese Entwicklungen die Zahl der Hochschulabgänger eklatant geringer als im Westen, dabei stammten sie zu 78 Prozent aus den Familien der sogenannten „Intelligenz".[5]

Das Wachstum des Hochschulbereichs

Die Zahl der Studierenden an allen wissenschaftlichen Hochschulen Deutschlands hat sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts beständig erhöht, außer in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft. Um 1830 begann die Entwicklung mit 16 049 Studierenden und verminderte sich zunächst in den 1830er Jahren, um nach einer Stagnationsphase ab 1885 bis zum Ende des Kaiserreichs 1919 um das Zehnfache zu steigen. In den 1920er Jahren verlangsamte sich das Wachstum, unter den Nationalsozialisten reduzierte sich die Zahl der Studierenden um die Hälfte. Nach dem Zweiten Weltkrieg lag die Zahl auf dem Niveau von Anfang der 1930er Jahre und stieg mit einer kurzen Verlangsamung in den 1990er Jahren bis heute um das Siebzehnfache im Vergleich zur Nachkriegszeit. ▶ Tab 3

In den drei Phasen, in denen das Wachstum stagnierte oder zurückging, wurde politisch gegengesteuert: In der Restauration der 1830er Jahre galten die Universitäten als Verbreiter gefährlichen aufklärerischen Gedankenguts, in der Phase der ersten größeren Akademikerarbeitslosigkeit im Kaiserreich wurde mit der Gefahr eines „akademischen Proletariats" argumentiert, und die Nationalsozialisten wollten den „übersteigerten Bildungstrieb" wieder auf einen durch „Naturgrenzen" beschränkten „kulturfähigen Volksteil" zurückführen.[6] Die Argumentationsfigur ist ähnlich: Es gibt zu viele Akademiker, so viele kann die Gesellschaft nicht integrieren, sie werden destabilisierend wirken und deshalb eine Gefahr sein. Dieses Argument wird durch das tatsächliche Wachstum glatt widerlegt: Innerhalb von 150 Jahren ist ihre Zahl zwar um das Zweihundertfache gestiegen, sie haben aber immer noch die besten Karriereaussichten und waren an radikalen politischen Veränderungen nicht überproportional beteiligt. Die politischen Steuerungsversuche wirkten denn auch eher gegenteilig, denn nach diesen Phasen der Einschränkung des Hochschulzugangs entwickelten sich besonders starke Wachstumsschübe, vor allem in den ersten Jahrzehnten des Deutschen Reichs nach 1870 und seit Mitte der 1950er Jahre in der Bundesrepublik.

Dass das Bevölkerungswachstum, speziell der Personen im Studentenalter, nur zum Teil (etwa die Hälfte) der Grund für das Wachstum ist, zeigen die Zahlen der Studierendenquote. Sie zeigen in etwa denselben Wachstumsverlauf wie die absoluten Zahlen. Diese Quote kann auch für die Studienanfänger berechnet werden und ergibt im Jahr 2003 die höchste Zahl: 37 Prozent der Personen der Altersjahrgänge 19 bis 23 Jahre sind Erstsemester.[7] Trotz dieser erheblichen langfristigen Steigerung der Studierendenzahlen sind jedoch die deutschen Erstsemesterquoten im Vergleich zu anderen europäischen Staaten eher gering.[8] ▶ Tab 4, Abb 4

Das Wachstum wurde angetrieben durch die Öffnung des Studiums für Frauen, durch die Gründung weiterer Universi-

▶ Abb 4 **Studierende — in Prozent ihrer Alterskohorte**

täten und Hochschulen anderen Typs und durch die Erweiterung der Möglichkeiten, die Hochschulberechtigung auf anderen Wegen zu erwerben als durch ein Abitur an einem Gymnasium. Frauen durften im größten deutschen Teilstaat Preußen erst 1908 studieren. Ihre Beteiligung blieb aber in der Weimarer Republik noch gering und wurde unter der NS-Herrschaft drastisch durch Quotierungen beschränkt. Erst in der Phase der Bildungsexpansion erlangten sie innerhalb weniger Jahre eine fast gleiche, also ihrem Bevölkerungsanteil entsprechende Beteiligung. ▶ Tab 4

Den Universitäten als Hochschultypen gleichgestellt wurden 1899 die Technischen Universitäten. Als weitere Hochschultypen wurden 1970 die Ingenieurakademien und höheren Fachschulen zu Fachhochschulen erhoben, Pädagogische Hochschulen eingeführt (1967), Gesamthochschulen (1971) als Mischform von Fachhochschulen und Universitäten gegründet und zudem eine Reihe weiterer auf bestimmte Fächer spezialisierter Typen wie Kunst- und Musikhochschulen den Universitäten gleichgestellt. Stellten die Studierenden an Universitäten 1864 noch 87,6 Prozent aller Studierenden, sind 2001 nur noch 51 Prozent an diesem traditionellen Typ eingeschrieben. ▶ Tab 3

Die Studienberechtigung, auch Hochschulreife genannt, konnte lange Zeit nur über das Abitur an einem Gymnasium erworben werden. Eine erste Öffnung erfolgte im Kaiserreich, als das Abitur an den sogenannten Realgymnasien, in denen man es auch ohne Latein und Griechisch bestehen konnte, im Jahr 1900 als allgemeine Studienberechtigung anerkannt wurde. Heute erwerben immer noch knapp 80 Prozent der Abiturienten ihren Abschluss an einem Gymnasium, aber es gibt weitere Wege: Fachgymnasien, integrierte Gesamtschulen, viele Kollegschulen sowie weitere Möglichkeiten, ohne Abitur unter bestimmten Bedingungen mit einem beruflichen Abschluss wie etwa einer Meisterprüfung zu studieren. Vor allem die Fachhochschulreife wird zum weit überwiegenden Teil an Berufsfachschulen und Fachoberschulen erworben und nur zu 8,4 Prozent an Gymnasien.

Während der Phase der Bildungsexpansion wurde die Ungleichheit der sozialen Herkunft in der höheren Bildung abgemildert, seit den 1980er Jahren stagniert die Verteilung auf beruflichen Herkunftsgruppen jedoch wieder. Allerdings hat sich auch die soziale Schichtung insgesamt, unter anderem auch durch den ständig steigenden durchschnittlichen Bildungsstand, stark verändert: Waren im Kaiserreich noch ungefähr ein Drittel aller Berufstätigen einfache Arbeiter, so sind es heute nur noch etwa 13 Prozent. ▶ Tab 4

Die Zahlen der ersten berufsbefähigenden Abschlüsse – meist Diplom, Magister, heute Bachelor – und der Promotionen

▶ Tab 5 **Studierende nach Fachgruppen***

	Theologie	Rechtswissenschaft/Jura	Gesundheitswissenschaft/Medizin	Sprach-/Kulturwissenschaft	Mathematik/Naturwissenschaft	Wirtschafts-/Agrarwissenschaft	Lehramt	Sonstige
	1 000							
	x0187	x0188	x0189	x0190	x0191	x0192	x0193	x0194
	Deutscher Bund/Deutsches Reich							
1864	3,6	3,0	2,5	4,5	–	–	–	–
1886	5,6	5,2	9,3	3,7	2,8	1,0	–	–
1891	5,1	6,7	9,6	2,6	2,2	1,1	–	–
1911	4,5	10,4	13,6	12,9	7,8	3,3	–	2,7
1921	4,8	19,3	20,5	10,8	9,5	15,4	–	3,0
1931	8,5	17,8	30,0	20,1	12,7	6,1	–	0,1
1938	3,9	4,9	19,5	5,3	3,4	4,3	–	–
	Bundesrepublik							
1950	7,1	12,1	19,2	13,4	16,1	13,9	26,7	1,1
1960	6,9	16,8	26,7	35,3	26,5	25,0	70,0	2,1
1970	8,5	35,0	47,4	74,0	66,0	57,2	143,1	15,6
1980	24,7	69,8	93,4	208,6	142,8	140,0	208,0	63,5
1987	25,2	82,4	118,1	247,8	190,4	215,5	112,5	69,2
	Deutschland							
1991	22,3	88,5	114,8	291,3	235,6	264,0	157,8	76,1
2000	17,3	102,8	114,5	374,1	237,8	278,9	187,6	90,0

* ohne Fachhochschulen; bis 1945: nur Universitäten

spiegeln zum einen die Effizienz des Studiums wider, zum anderen auch Kriegs- oder Arbeitsmarkteinflüsse, wegen denen Abschlüsse aufgeschoben oder aufgegeben werden. Durch die Einführung des Bachelors, der die Studienzeit stark verkürzt, ist aktuell sogar eine Verdoppelung der gesamten Hochschulabschlüsse zwischen 2002 und 2012 eingetreten. Dadurch wird die Akademikerquote stark erhöht, ohne dass dahinter eine gestiegene Bildungsbeteiligung steht. Die Zahl der Promotionen zeigt im Vergleich zu den Studierenden insgesamt den Anteil, der zur wissenschaftlichen Forschung beiträgt. Dieser Anteil hat sich vom Anfang des 20. Jahrhunderts bis heute halbiert, das Studium dient heute fast nur der Berufsvorbereitung. ▶ Tab 3

Die prozentuale Verteilung der Studierenden auf die großen Fächergruppen zeigt den gesellschaftlichen Wandel von einer agrarisch geprägten über die Industrie- zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft. Der Anteil der klassischen Fakultäten Theologie, Jura, Medizin und Lehramt an den Universitäten ging von 80,3 Prozent 1900 auf 45,5 Prozent 2000 zurück, demgegenüber wuchs der Anteil der Wirtschaftsberufe auf 32,4 Prozent. Neben dem verschieden großen Wachstum in den Fächergruppen gibt es jedoch in jedem Fach zyklisch wiederkehrende Überfüllungs- und Mangelphasen, die sogenannten Akademikerzyklen, deren Länge je nach akademischem Beruf unterschiedlich ist.[9] Im Lehramt beispielsweise ist die Länge mehr von den Altersstrukturwellen dominiert, die mehr als 35 Jahre dauern, in den Wirtschaftsberufen, wie dem des Ingenieurs, eher von der Ausbildungslänge, die zu etwa 12 bis 16 Jahre langen Zyklen führt.[10] ▶ Tab 5, Abb 5

Die stark gestiegene Anzahl an Studierenden hat nicht in allen Bereichen zu einer entsprechenden Steigerung der Zahl der Professorinnen und Professoren geführt. Die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter und die der nebenberuflich, zum Beispiel über Lehraufträge, als Dozentin oder Dozent tätigen Mitarbeiter ist seit den 1980er Jahren stärker gestiegen als die der hauptamtlichen Professoren. Das zeigt, dass die Ausbildungsfunktion bei allen Hochschulen zusammen stärker geworden ist im Vergleich zur Forschungsfunktion. Frauen haben dabei zunächst

80,3

Prozent aller Studierenden studierten 1900 klassische Fächer wie Theologie, Jura, Medizin, Lehramt.

45,5

Prozent der Studenten waren es noch im Jahr 2000.

▶ Abb 5 **Fächerprofil der Studierenden — in Prozent**

vor allem im Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen ihren Anteil steigern können, erst weniger bei den Habilitationen; dazu wird aber auch längere Zeit benötigt, da ja erst in jüngster Zeit annähernd so viele Frauen studieren wie Männer. ▶ Tab 6

Trotz des Wachstums der Studentenzahlen ist die Betreuungsrelation nicht in allen Fächergruppen schlechter geworden, in der Medizin etwa hat sie sich kontinuierlich verbessert. Die wichtigste Zäsur beim Personal der Hochschulen stellt die Reform von 1976 dar, in der die alte „Ordinarienuniversität“, in der nur die „ordentlichen Professoren“ den Ton angaben, zur „Gruppenuniversität“ umgestaltet wurde, in der die Professoren nur mehr eine, wenn auch privilegierte, von vier Gruppen (neben wissenschaftlichem Mittelbau, Studierenden und technischem und Verwaltungspersonal) bilden. Mit der Reform von 2002 wurden endlich auch den Promovierten, die eine professorale Dauerstelle anstreben, auf den Stellen von „Juniorprofessoren“ vergleichbare Forschungsrechte eingeräumt wie den habilitierten Professoren. ▶ Abb 6

Die vergangenen 150 Jahre der Entwicklung von Bildung und Wissenschaft, und im Besonderen die letzten 60 Jahre, lassen sich insgesamt unter zwei Gesichtspunkten zusammenfassen. Sie stellen eine Erfolgsgeschichte dar, weil das allgemeine Bildungsniveau sehr stark gestiegen ist, mit den positiven Folgen, die Bildung für die Individuen und die Gesellschaft hat: mehr Selbstverantwortung, mehr Wohlstand, mehr Toleranz, mehr Friedfertigkeit. Sie zeigen aber auch, dass trotzdem die soziale Schichtung in Bezug auf die Bildungsabschlüsse hartnäckig stabil geblieben ist, das Wachstum also nicht in gleichem Ausmaß zu besseren Chancen für Bildungsaufstiege geführt hat.

14,2

Prozent der Professoren an wissenschaftlichen Hochschulen 2005 waren Frauen.

▶ Tab 6 **Personal an Hochschulen**

	wissenschaftliche Hochschulen: Professorinnen/ Professoren		akademische Mitarbeiterinnen/ Mitarbeiter	nebenberufliche wissenschaftliche Mitarbeiterinnen/ Mitarbeiter	Fachhochschulen: Professorinnen/ Professoren	Habilitationen		Betreuungsrelation	
	insgesamt	darunter: Frauen				insgesamt	darunter: Frauen	Sprach- und Kulturwissenschaft	Medizin
	1 000	%	1 000			1 000		Studierende pro Professor/-in	
	x0195	x0196	x0197	x0198	x0199	x0200	x0201	x0202	x0203
	Deutscher Bund/Deutsches Reich								
1864	1,0	–	–	0,4	–	–	–	–	–
1931	2,7	–	–	3,4	–	–	–	–	–
1938	2,5	–	–	2,5	–	–	–	–	–
	Bundesrepublik								
1980	20,3	–	53,1	33,7	7,9	1 019	–	44,8	27,2
1987	21,6	5,1	61,4	33,4	9,0	1 014	80	50,8	37,0
	Deutschland								
1991	21,4	5,7	77,2	10,9	9,6	1 171	115	60,1	39,1
2000	24,0	10,2	107,5	41,9	13,8	2 128	392	69,6	33,3
2005	23,5	14,2	117,1	50,2	14,4	2 001	460	75,0	30,1

▶ Abb 6 **Personal an Hochschulen — in Prozent**

Datengrundlage

Seit der Herausbildung vom Staat beaufsichtigter Bildungssysteme in Europa nach der Französischen Revolution haben die Regierungen der deutschen Länder begonnen, Daten zu sammeln, ab Mitte des 19. Jahrhunderts systematischer in eigenen „Statistischen Büros". Insbesondere das Preußische „Kgl. statistische Bureau" gab seit 1859 jährlich das „Centralblatt für die gesammte Unterrichtsverwaltung" heraus und erhob seit dem Wintersemester 1886/87 regelmäßig Daten von den Universitäten, die in der „Preußischen Hochschulstatistik" veröffentlicht wurden. Deshalb waren die wichtigen Zeitreihen des Bildungssystems überwiegend schon immer in amtlichen Statistiken vorhanden, allerdings als Querschnittsdaten – für jedes Jahr oder Semester ein Band. Die große Aufgabe für die Forschung war, hieraus lange, konsistente Zeitreihen zu bilden, denn im Zeitverlauf und durch die Gebietsveränderungen änderten sich natürlich auch die Erhebungs- und Darstellungsformen dieser amtlichen Statistiken laufend.

Einige Einzelforscher haben schon früher eine kleinere Zahl längerer Zeitreihen erstellt, so ganz früh Dieterici 1836, im Kaiserreich Conrad 1891 und Eulenburg 1909, später Hoffmann 1965 oder Mitchell 1980. Die Zeitreihen boten aber nur Ausschnitte aus den vorhandenen Möglichkeiten, bei den früheren Autoren wegen der fehlenden Datenverarbeitungsmöglichkeiten, bei den späteren, weil dort das Bildungssystem nur als Teil einer umfassenderen Wirtschafts- bzw. Sozialdatenbank gefasst wurde.

Weil lange, konsistente Zeitreihen im sozialen und im Bildungsbereich eher selten sind, hat die DFG dieses Ziel in den letzten 35 Jahren kontinuierlich in einer Reihe von Einzelprojekten gefördert, deren Ergebnisse jeweils als „Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte" (Band I/1 und folgende, zuletzt Band XI) erschienen sind und noch erscheinen werden. Sie stellen eine weltweit einmalige Datenbasis zur historischen Bildungsstatistik dar, die es in dieser Länge und Vollständigkeit in anderen Ländern nicht gibt. Insgesamt kann so die Datenlage für die historische Bildungsstatistik auch im internationalen Vergleich als sehr gut bezeichnet werden.

Die Zeitreihen in diesem Kapitel beruhen weitgehend auf diesen Datenhandbüchern. In den jeweiligen Vorworten sind die Quellen genauer erläutert. Teile von einzelnen Zeitreihen wurden früher von Amts wegen erhoben, heute nicht mehr (so die Daten zur sozialen Herkunft der Studierenden), bei anderen ist es umgekehrt (so die Daten zur Altersstruktur der Lehrerschaft). Diese Teile mussten aus Originalquellen hinzugefügt werden.

Zum Weiterlesen empfohlen

Christa Berg (Hrsg.): Handbuch der Deutschen Bildungsgeschichte, Bde. 1–6, München 1987–2005; insbesondere Bd. 4: Christa Berg (Hrsg.): 1870–1914. Von der Reichsgründung bis zum Ende des 1. Weltkriegs, 1991; Bd. 5: Dieter Langewiesche (Hrsg.): 1918–1945: Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur, 1989; Bd. 6: Christoph Führ (Hrsg.): 1945 bis zur Gegenwart, 1998.

Rolf Becker / Wolfgang Lauterbach (Hrsg.): Bildung als Privileg. Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit, 4. Aufl., Weinheim 2008.

Ludwig von Friedeburg: Bildungsreform in Deutschland. Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch, Frankfurt a. M. 1989.

Hans Georg Herrlitz / Wulf Hopf / Harmut Titze / Ernst Cloer: Deutsche Schulgeschichte von 1800 bis zur Gegenwart, 5. Aufl., Weinheim / München 2009.

Wulf Hopf: Freiheit – Leistung – Ungleichheit: Bildung und soziale Herkunft in Deutschland, Weinheim 2010.

Hartmut Titze: Der Akademikerzyklus, Göttingen 1990.

05 Gesundheitswesen

Reinhard Spree

Lebenserwartung von Männern
im Deutschen Reich 1881
und in Deutschland 2010:

1881 — **35,6 Jahre**

2010 — **77,5 Jahre**

Ärzte pro 10 000 Einwohner
im Deutschen Reich 1891
und in Deutschland 2010:

1891 — **4**

2010 — **41**

Todesfälle durch Tuberkulose
pro 100 000 Lebende
im Deutschen Reich 1892
und in der Bundesrepublik 1950:

1892 — **259**

1950 — **41**

Todesfälle bei Frauen durch bösartige
Neubildungen pro 100 000 Lebende
im Deutschen Reich 1925
und in Deutschland 2010:

1925 — **95**

2010 — **264**

Unter dem Begriff „Gesundheitswesen“ werden häufig sehr verschiedene Aspekte gemeinsam behandelt. Sie alle eint das Ziel, Gesundheit zu erhalten oder (wieder) herzustellen. Der Beitrag stellt die langfristige Entwicklung der „Volksgesundheit“ anhand einschlägiger Indikatoren dar. Anschließend werden die verschiedenen Faktoren der großen Veränderungstendenzen diskutiert, um die Leistung des Gesundheitswesens und seiner wichtigsten Akteure und Institutionen zu klären.

„Das Gesundheitswesen eines Staates umfasst sämtliche Regelungen, Maßnahmen, Sachmittel, Einrichtungen, Berufe und Personen, die das Ziel verfolgen, die Gesundheit der Bevölkerung zu fördern, zu erhalten, herzustellen oder wiederherzustellen. Das Gesundheitswesen im weiteren Sinne umfasst demzufolge sämtliche sowohl öffentlichen wie privaten als auch professionellen wie laienweltlichen Aktivitäten, die auf Gesundheit gerichtet sind.“ [1] Um den Eindruck einer Zusammengehörigkeit der disparaten Elemente des Gesundheitswesens zu erzeugen, stellt die Definition auf die Zielsetzung dieser Elemente ab. Jens Alber führt die Unübersichtlichkeit in seiner die Geschichte, Strukturen und Funktionsweise des bundesdeutschen Gesundheitswesens analysierenden Studie auf „die höchst komplexe und meist nur wenigen Experten geläufige Vielfachsteuerung“ [2] zurück. Der übergreifende Leitbegriff ist Gesundheit, der allerdings aufgrund seiner Diffusität[3] kaum eine zweifelsfreie Auswahl von Elementen des Gesundheitswesens erlaubt.

Eine weitere Ursache der Unklarheit des Sammelbegriffs „Gesundheitswesen“ ist in seinen historischen Wurzeln begründet.[4] Erwähnt sei hier als besonders wirkungsmächtiger Impuls das seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entstehende Sozialversicherungswesen. Dabei ist nicht nur an die für das Gesundheitswesen mehr und mehr prägende Krankenversicherung zu denken, die erst die Masse der Bevölkerung im späten 19. und vor allem im 20. Jahrhundert an die Einrichtungen des Gesundheitswesens wie die niedergelassenen Ärzte und die Krankenhäuser heranführte, sondern auch an die Renten- und die Unfallversicherung. Sie griffen und greifen ebenfalls (heute mehr denn je) gestaltend in das Gesundheitswesen ein und schufen eigene in Bezug auf die „Volksgesundheit“ präventiv oder rehabilitativ ausgerichtete Institutionen und Ansprüche.

Die im Folgenden zugrunde gelegte Auswahl von Indikatoren für die langfristige Entwicklung des deutschen Gesundheitswesens folgt wegen der Schwierigkeiten einer befriedigenden und zugleich operablen Definition den Konventionen, die sich in diesem Feld etabliert haben. Auch wird hier neben Indikatoren für die langfristige Entwicklung des durchschnittlichen Gesundheitszustandes der deutschen Bevölkerung eine Auswahl der wichtigsten Leistungserbringer präsentiert, die sich der Erhaltung von Gesundheit und der Prävention bzw. Heilung von Krankheiten widmen.[5]

Eine Kennziffer, die die Bedeutung von Gesundheit in modernen Gesellschaften zum Ausdruck bringt, sind die dem Gesundheitswesen zufließenden Ausgaben. Sie sind in entwickelten Volkswirtschaften während der letzten 150 Jahre rasant gestiegen, besonders in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg machten die öffentlichen und privaten Ausgaben für das Gesundheitswesen in Deutschland zusammen erst etwa 2,5 Prozent des Nettosozialprodukts (NSP) aus.[6] Bis in die Frühphase der Bundesrepublik hatte sich der Anteil schon deutlich mehr als verdoppelt. 1960 machten die Gesundheitsausgaben rund 6 Prozent des NSP aus, in den 1980er Jahren waren es schon fast 10 Prozent. Nach der Wiedervereinigung wuchs der Anteil bis 2010 auf rund 15 Pro-

Tab 1 (Auszug)
Zunahme der Lebenserwartung in Deutschland von 1949–2010 — in Prozent

	Männer	Frauen
bei Geburt	20	21
mit 30 Jahren	18	21
mit 60 Jahren	31	43

Quellen nach Tabelle 1; eigene Berechnung

zent an.[7] Darin drückt sich die ständig zunehmende Wertschätzung von verlängertem und möglichst gesundem Leben aus.

Lebenserwartung

Der vorherrschende Eindruck beim Blick auf die Entwicklung der „Volksgesundheit" seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ist der einer grundlegenden, eindeutigen Verbesserung. Das kommt am klarsten in den „gewonnenen Jahren"[8] zum Ausdruck, um die sich im Durchschnitt das Leben der meisten Menschen in der Gegenwart gegenüber der Vergangenheit verlängert hat. Die Standardmessziffer dafür ist die Lebenserwartung bei Geburt.[9] ▶ Tab 1

Sie betrug in der Frühphase des Deutschen Reichs (1871–1881) bei Frauen 38,5 Jahre, bei Männern 35,6 Jahre. Schon bis in die frühen 1930er Jahre (1932–1934) hatte sich die Lebenserwartung bei beiden Geschlechtern um mehr als 24 Jahre erhöht: bei Frauen auf 62,8 Jahre, bei Männern auf 59,9 Jahre. Die Hauptursache dafür war der dramatische trendmäßige Rückgang der Säuglingssterblichkeit seit Beginn des 20. Jahrhunderts nach einigen Jahrzehnten mit durchschnittlich eher stagnativer Tendenz. Bis 2010 erfolgte gegenüber den 1870er Jahren bei den Frauen eine Lebensverlängerung um über 44 Jahre auf 82,6 Jahre, bei Männern um

▶ Tab 1 **Lebenserwartungen nach Geschlecht**

	Lebenserwartung bei Geburt		Lebenserwartung mit 30 Jahren		Lebenserwartung mit 60 Jahren	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	Jahre					
	x0204	x0205	x0206	x0207	x0208	x0209
	Deutsches Reich					
1881	35,6	38,5	31,4	33,1	12,1	12,7
1900	40,6	44,0	33,5	35,6	12,8	13,6
1911	47,4	50,7	35,3	37,3	13,2	14,2
1926	56,0	58,8	38,6	39,8	14,6	15,5
1934	59,9	62,8	39,5	41,1	15,1	16,1
	Bundesrepublik / Alte Bundesländer					
1947	57,7	63,4	39,2	42,7	15,2	17,0
1951	64,6	68,5	41,3	43,9	16,2	17,5
1959	66,8	71,9	41,4	45,3	15,7	18,3
1962	66,9	72,4	41,1	45,5	15,5	18,5
1970	67,2	73,4	40,8	45,9	15,0	18,8
1989	72,4	78,9	44,0	49,9	17,6	22,1
2010	77,8	82,6	48,6	53,2	21,3	24,9
	DDR / Neue Bundesländer					
1947	50,8	57,9	–	–	–	–
1959	66,3	71,0	41,5	45,1	15,7	18,2
1970	68,1	73,3	41,1	45,5	15,2	18,3
1989	70,1	76,4	41,8	47,4	16,2	19,7
2010	76,4	82,5	47,3	53,0	20,6	24,7
	Deutschland					
1993	72,5	79,0	44,0	50,0	17,8	22,1
2000	74,8	80,8	46,0	51,6	19,3	23,5
2010	77,5	82,6	48,4	53,2	21,2	24,9

gut 42 Jahre auf 77,5 Jahre. Die durchschnittliche Lebenserwartung hat sich bei beiden Geschlechtern vom Beginn des Beobachtungszeitraums bis zur Gegenwart also mehr als verdoppelt.

Allerdings gibt es einen Lebenserwartungsvorsprung der Frauen vor den Männern von mehreren Jahren.[10] Er betrug zu Beginn des betrachteten Zeitraums rund 2,9 Jahre, stieg leicht an bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts auf 3,5 Jahre und ging bis 1932 / 34 etwas zurück auf etwa 3 Jahre. Zu Beginn der Bundesrepublik nahm die Differenz zwischen den Geschlechtern wieder zu auf 3,9 Jahre und stieg in den 1960er Jahren auf Werte über 5, in den 1970er Jahren sogar auf über 6 Jahre; 1980 erreichte sie ein Maximum mit 6,8 Jahren. Seitdem verringerte sich der Lebenserwartungsvorsprung der Frauen langsam, war 1999 erstmals kleiner als 6 Jahre und erreichte 2010 in den alten Bundesländern 4,8 Jahre – war damit aber immer noch rund 2 Jahre größer als vor dem Zweiten Weltkrieg.

Festgehalten sei, dass Männer während der letzten 140 Jahre hinsichtlich ihrer Überlebenschancen stets ein wenig gegenüber den Frauen benachteiligt waren. Man darf dafür eine gewisse genetische Disposition verantwortlich machen.[11] Doch trugen vermutlich sowohl zeitweilig ungünstige Arbeitsbedingungen, besonders in den 1960er und 1970er Jahren, und darüber hinaus wahrscheinlich auch Elemente des männlichen Lebensstils (vor allem Rauchen, übermäßiger Alkoholkonsum und riskantes Verhalten, besonders im Straßenverkehr) zu den Verzögerungen des Anstiegs der Lebenserwartung im Vergleich mit den Frauen bei.

Für eine genetische Komponente spricht nicht zuletzt, dass der Vorsprung der Frauen vor den Männern bei der Lebenserwartung bereits seit der Mitte des 18. Jahrhunderts nachweisbar ist.[12] Interessant erscheint, dass sich die Bedeutung der genetischen Komponente im Laufe des Lebens stark abschwächt. Der Lebenserwartungsvorsprung der Frauen mit 60 Jahren war stets sehr viel geringer als bei Geburt. Man wird dafür bis weit in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hinein nicht den Lebensstil verantwortlich machen dürfen, sondern die besonderen Gesundheitseinbußen und Krankheitsrisiken der Frauen,

▶ Abb 1 **Säuglingssterblichkeit — Gestorbene pro 1 000 Lebendgeborene**[14]

▶ Tab 2 **Gestorbene Frauen nach ausgewählten Altersklassen**

	durchschnittliche Sterbeziffer	0 bis unter 1 Jahr	10 bis unter 15 Jahre	25 bis unter 30 Jahre	60 bis unter 65 Jahre	90 Jahre und älter
	Gestorbene pro 10 000 Lebende					
	x0210	x0211	x0212	x0213	x0214	x0215
	Deutsches Reich					
1913	143	1 519	20	47	279	3 711
1920	–	–	23	68	277	3 954
1925	115	939	13	39	237	2 859
1935	115	–	13	29	224	3 923
1938	110	466	11	26	215	3 612
	Bundesrepublik / Alte Bundesländer					
1947	102	–	9	24	169	3 535
1950	97	485	5	15	163	3 381
1961	102	292	3	8	135	3 199
1970	115	198	3	7	128	3 032
1980	114	115	2	6	100	2 631
1989	116	64	1	4	85	2 562
2000	106	39	1	3	67	2 264
	DDR / Neue Bundesländer					
1950	109	687	7	21	155	3 297
1961	121	305	3	9	132	2 782
1970	139	166	3	7	138	3 413
1989	132	60	1	5	114	2 987
2000	110	33	1	3	69	2 235
	Deutschland					
1992	114	53	1	4	87	2 490
2000	107	39	1	3	67	2 259
2010	108	31	1	3	62	2 343

die vor allem in den Schwangerschaften (bei gleichzeitig meist hoher Arbeitsbelastung) und Geburten (und den damit verbundenen Infektionsrisiken) bestanden. Diese kompensierten bis in die jüngere Vergangenheit die gesundheitlichen Nachteile der männlichen Existenz. Erst der in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg allgemein verbesserte Schutz der schwangeren Frauen, die Möglichkeiten der systematischen Empfängnisverhütung und Familienplanung sowie vor allem die Verfügbarkeit von Antibiotika befreiten die Frauen von Jahrhunderte alten gesundheitlichen Bedrohungen.[13] Das sichert ihnen inzwischen auch bei der Lebenserwartung im Alter wieder einen Vorsprung von mehreren Jahren vor den Männern.

Darüber hinaus wird die Hypothese der Mitwirkung einer genetischen Komponente bei der Erzeugung der besseren weiblichen Überlebenschancen auch durch den Blick auf die Säuglingssterblichkeit gestützt, die bei den Jungen stets größer war als bei den Mädchen. ▶ Tab 2, Tab 3

Allerdings sollte der Einfluss der Lebensstilkomponente auf die Lebenserwartung nicht ignoriert werden. Nach Tabelle „Zunahme der Lebenserwartung“ hatten die Männer in der Frühphase der Bundesrepublik, 1949 / 51, zwar bei Geburt ein etwas niedrigeres Ausgangsniveau der Lebenserwartung, doch war ihr Zugewinn an Lebensjahren bis 2010 prozentual etwa gleich groß wie der der Frauen (20 Prozent zu 21 Prozent). Schon nach Erreichen des 30. Lebensjahrs lag der Zugewinn der Männer bei der ferneren Lebenserwartung nur noch bei 18 Prozent gegenüber 21 Prozent, den die Frauen von ihrem absolut etwas höheren Niveau aus erreichten. Und mit 60 Jahren zeigt sich ganz klar der überhöhte Zugewinn an Lebenszeit bei den Frauen, die noch 43 Prozent gegen-

▶ Tab 3 **Gestorbene Männer nach ausgewählten Altersklassen**

	durchschnittliche Sterbeziffer	0 bis unter 1 Jahr	10 bis unter 15 Jahre	25 bis unter 30 Jahre	60 bis unter 65 Jahre	90 Jahre und älter
	Gestorbene pro 10 000 Lebende					
	x0216	x0217	x0218	x0219	x0220	x0221
	Deutsches Reich					
1913	157	1 810	19	46	358	3 866
1920	–	–	23	67	320	3 760
1925	124	1 157	14	42	283	2 978
1935	122	–	15	31	264	3 854
1938	122	607	13	33	268	3 878
	Bundesrepublik / Alte Bundesländer					
1947	136	–	13	40	235	4 028
1950	114	614	8	22	224	3 664
1961	123	376	5	16	265	3 470
1970	128	265	5	16	266	3 295
1980	118	145	3	13	212	2 713
1989	109	85	2	10	186	3 066
2000	96	49	1	8	142	2 281
	DDR / Neue Bundesländer					
1950	133	876	11	27	235	3 536
1961	141	395	5	17	244	3 363
1970	144	208	5	16	254	3 661
1989	115	86	3	12	229	3 356
2000	101	46	2	9	158	2 763
	Deutschland					
1992	105	67	2	11	193	2 829
2000	97	48	1	8	145	2 353
2010	102	38	1	6	120	2 503

über 1949 / 51 zulegten, die Männer jedoch nur 31 Prozent. Für dieses Zurückbleiben der Männer beim Gewinn von Lebensjahren während der letzten 60 Jahre kann sicher keine genetische Komponente ausschlaggebend gewesen sein, vielmehr dürften hier mit großer Wahrscheinlichkeit die erwähnten Elemente des Lebensstils neben ungünstigeren Arbeitsbedingungen die entscheidende Rolle gespielt haben. Sie waren wohl vor allem während der 1960er bis 1980er Jahre stark ausgeprägt, während die deutliche Zunahme der weiblichen Erwerbsquote in den letzten Jahrzehnten, dabei auch vermehrt Stress und Burn-out, und gewisse Annäherungen im Lebensstil (Zunahme der Zahl der Raucherinnen, besonders unter Jugendlichen; verstärkter Alkoholkonsum von Frauen; vermehrte Verkehrsbeteiligung) den Vormarsch der Frauen gegenüber den Männern bei der Lebenserwartung allmählich verlangsamen.[15]

Sterblichkeit

Die skizzierten großen Linien des Zugewinns an Lebensjahren während der letzten 150 bis 200 Jahre ließen sich durch eine Darstellung des Sterblichkeitsgeschehens vertiefen. Hier muss ein Blick auf die sogenannte rohe Sterbeziffer genügen.[16] Demnach sollte man von einer Vorperiode ausgehen, in der die Traditionen der vorindustriellen Gesellschaft das Sterblichkeitsgeschehen bestimmten. Die Sterblichkeit war generell hoch, zwischen 25 und 40 pro 1 000, und vor allem durch häufige Krisenmortalität geprägt (infolge von Kriegen, Hungersnöten, Seuchenzügen) mit Sterbeziffern von 50 bis 70 pro 1 000. Allerdings setzte schon in den 1770er Jahren in vielen Regionen Europas und Deutschlands die erste Phase des säkularen Sterblichkeitsrückgangs ein mit einem mäßig nach unten geneigten Trend,

der jedoch nach wie vor durch starke Ausschläge der Krisenmortalität unterbrochen wurde.[17]

Die zweite Phase des Sterblichkeitsrückgangs begann etwa um 1820 und dauerte bis etwa 1870. In dieser Phase war der Trend der Sterbeziffer weiterhin leicht nach unten geneigt; eine gewisse „Stabilisierung" der Mortalitätsverhältnisse fand statt mit einem durchschnittlichen Niveau von etwa 25 bis 26 pro 1 000. Die dritte Phase setzte in den 1870er / 1880er Jahren ein, beschleunigt ab den 1890er Jahren und dauerte bis zum Zweiten Weltkrieg. Sie führte zu einer Senkung der durchschnittlichen Sterblichkeit auf knapp über 10 pro 1 000. Besonders drastisch fiel der schon erwähnte, ab dem frühen 20. Jahrhundert stattfindende Rückgang der bis dahin auf hohem Niveau verbliebenen Säuglingssterblichkeit aus, von über 200 im ersten Lebensjahr Verstorbenen pro 1 000 Lebendgeborene auf etwa 60 pro 1 000. Während der nach dem Zweiten Weltkrieg beginnenden und bis heute anhaltenden vierten Phase des Rückgangs sank die durchschnittliche Sterblichkeit kaum noch. Die Sterbeziffer ist stabil, es treten nur geringe Schwankungen auf; die Säuglingssterblichkeit sinkt auf ein Niveau von ca. 3 bis 4 pro 1 000. ▶ Tab 2, Tab 3

Todesursachen

Um das Bild zu vervollständigen, sei kurz auf einige Tendenzen der Veränderung des Todesursachen-Panoramas während des 20. Jahrhunderts hingewiesen.[18] Die Sterblichkeit an den meisten Todesursachen war seit Beginn des Jahrhunderts bei beiden Geschlechtern stark rückläufig. Das gilt für die akuten Infektionskrankheiten und – in Bezug auf die Frauen – für die Krankheiten der Schwangerschaft, der Entbindung und des Wochenbetts. Gegenüber dem späten 19. Jahrhundert weiter zurückgegangen ist auch die Sterblichkeit an Krankheiten der Neugeborenen inklusive angeborener Missbildungen, an Krankheiten der Verdauungsorgane und an sonstigen Erkrankungen der Atmungsorgane. Besonders hervorzuheben ist der extreme Rückgang der Tuberkulose. Sie war wäh-

▶ Tab 4 **Gestorbene nach ausgewählten Todesursachen**

	Tuberkulose	Bösartige Neubildungen	Krankheiten des Herz-Kreislauf-Systems	Pneumonie	Selbstmord
	Gestorbene pro 100 000 Lebende				
	x0222	x0223	x0224	x0225	x0226
	Deutsches Reich				
1892	259,1	–	–	148,2	20,5
1910	163,5	79,0	214,8	127,0	21,7
1920	154,2	87,2	225,2	126,9	21,8
1925	106,6	101,9	242,0	93,4	24,5
1932	75,0	132,6	253,9	69,6	28,8
1938	62,3	146,7	309,8	84,1	28,3
	Bundesrepublik / Alte Bundesländer				
1950	40,6	174,0	349,9	48,6	20,3
1959	16,8	197,6	443,1	37,1	19,3
1970	8,3	221,4	534,4	32,4	21,5
1980	3,1	254,6	583,9	20,7	20,9
1989	1,7	274,7	552,4	22,4	16,5
2010	0,4	261,0	411,0	23,8	12,0
	DDR / Neue Bundesländer				
1950	79,0	172,0	–	70,0	29,0
1970	11,0	218,0	744,0	25,0	30,0
1989	2,0	209,0	712,0	22,0	26,0
2010	0,0	304,0	540,0	26,0	14,0
	Deutschland				
1993	1,3	263,3	543,1	20,7	15,6
2000	0,7	256,4	480,7	22,8	13,5
2010	0,4	267,7	431,4	24,3	12,3

Tab 5 (Auszug) **Gestorbene an nachstehenden Todesursachen — in Prozent aller Sterbefälle**

	Tuberkulose	Neubildungen	Herz-Kreislauf-Krankheiten
1892	11	–	–
1905	10	4	10
1913	10	5	15
1919	14	5	15
1938	5	13	27
1950	4	16	33
2010	<1	25	39

Quellen nach Tabelle 5; eigene Berechnung

▶ Tab 5 **Gestorbene nach Geschlecht und ausgewählten Todesursachen**

	Männer					Frauen				
	Tuberkulose	Bösartige Neubildungen	Krankheiten des Herz-Kreislauf-Systems	Pneumonie	Selbstmord	Tuberkulose	Bösartige Neubildungen	Krankheiten des Herz-Kreislauf-Systems	Pneumonie	Selbstmord
	Gestorbene pro 100 000 Lebende									
	x0227	x0228	x0229	x0230	x0231	x0232	x0233	x0234	x0235	x0236
	Deutsches Reich									
1920	149,2	78,5	216,8	134,2	29,3	158,9	95,3	233,0	120,1	14,8
1925	107,3	92,6	237,0	101,7	36,4	105,9	110,5	246,7	85,6	13,3
1932	79,8	125,9	248,2	74,5	41,6	70,5	142,1	259,3	66,7	17,4
1935	79,5	136,7	279,1	97,3	39,6	66,5	153,2	291,6	82,5	16,1
1938	70,4	138,5	305,6	77,1	40,0	54,6	154,4	313,7	90,7	17,2
	Bundesrepublik / Alte Bundesländer									
1950	53,9	172,9	352,8	52,0	28,6	29,2	174,9	347,4	45,6	13,1
1959	25,5	206,3	463,0	40,5	26,4	9,0	190,0	425,6	34,0	13,1
1970	12,9	230,2	531,6	33,0	28,5	4,2	213,5	536,9	31,9	15,2
1980	4,7	266,0	556,4	19,8	28,3	1,7	244,2	609,1	21,5	14,1
1989	2,4	286,1	488,8	20,5	23,5	1,1	264,1	611,4	24,2	10,0
2000	1,0	270,5	392,7	20,3	19,4	0,5	240,1	537,8	25,3	6,9
2010	0,6	285,2	357,3	23,3	18,1	0,3	237,6	462,6	24,2	6,1
	DDR / Neue Bundesländer									
1950	107,0	171,0	–	82,0	37,0	56,0	173,0	–	61,0	23,0
1970	17,0	239,0	692,0	27,0	40,4	6,0	200,0	789,0	24,0	22,0
1989	2,6	219,0	588,0	20,1	36,1	2,0	203,6	825,0	23,0	16,0
2010	0,5	345,6	454,7	25,5	21,5	–	263,5	622,9	26,4	6,4
	Deutschland									
1993	1,7	273,4	465,9	18,4	22,7	0,9	253,7	616,1	22,9	8,9
2000	1,0	273,3	402,2	20,0	20,3	0,5	240,3	555,4	24,9	7,0
2010	0,6	294,8	372,7	23,7	18,6	0,3	241,7	487,8	24,6	6,1

35,6
Jahre betrug das durchschnittliche Sterbealter 1876.

73,4
Jahre waren es im Jahr 2010.

rend des 19. Jahrhunderts, abgesehen von Jahren mit Cholera- oder Pocken-Epidemien, der gefährlichste Killer im Erwachsenenalter, der bis in die 1880er Jahre 30 bis 40 Prozent aller Todesfälle verursachte.[19] Zwar war die Tuberkulosesterblichkeit wahrscheinlich seit den 1820er Jahren schon rückläufig, doch noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts gingen meist bis zu 20 Prozent der Todesfälle von Erwachsenen auf ihr Konto. Nach dem Ersten Weltkrieg nahm das Gewicht der Tuberkulose als Killer dann stark ab und wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik nahezu bedeutungslos. ▸ Abb 2, Tab 4, Tab 5

Beachtlich erscheint auch, dass der Anteil der Todesursachen Herz-/Kreislaufkrankheiten (rund 40 Prozent) und Krebs (25 Prozent) bei beiden Geschlechtern seit den 1920er Jahren stetig steigt. Nimmt man den Todesursachenanteil der Krankheiten des Zentralnervensystems hinzu, so entfallen im Durchschnitt aller Altersklassen etwa zwei Drittel der Todesfälle auf diese drei Krankheitsgruppen.

Einen weiteren bedeutsamen Aspekt der langfristigen Entwicklung der Gesundheitsverhältnisse bildet schließlich das durchschnittliche Sterbealter ab. Man erkennt, dass der Tod bei allen wichtigen Krankheiten erst in immer höherem Lebensalter eintritt; es findet, besonders auffällig während der letzten drei Jahrzehnte, eine Konzentration des Sterbens in hohem Alter statt. Die Krankheiten, die noch im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert auf nahezu allen Altersstufen zum Tode führen konnten, vor allem die akuten und chronischen Infektionskrankheiten wie Atemwegserkrankungen oder Tuberkulose, sind nicht nur stark zurückgedrängt worden, vielmehr stirbt man daran seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erst in höherem Alter. Das gilt auch für die großen Killer des 20. Jahrhunderts, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebs. Ausnahmen stellen Unfälle dar, denen nach wie vor viele, meist männliche, jüngere Erwachsene zum Opfer fallen,[20] und der Selbstmord. ▸ Tab 6

▸ Abb 2 **Tuberkulosesterblichkeit — Gestorbene pro 1 000 Lebende**

Ursachen der verlängerten Lebenserwartung

Nach dem Gesagten drängt sich die Frage auf, was die Ursachen für die so deutlich verbesserten Gesundheitsverhältnisse und die so stark verlängerte Lebenszeit sind. Selbstverständlich ist, dass hier keine Klärung der Kausalität im echten Sinne erfolgen kann. Das dürfte angesichts des multifaktoriellen Einflussgefüges auf die Gesundheitsverhältnisse sowieso kaum möglich sein. Allerdings kann man einige Faktorenkomplexe benennen, die ursächlich zur Verlängerung des Lebens beigetragen haben dürften: qualitativ und quantitativ verbesserte Ernährung und Wohnverhältnisse; stark verringerte Arbeitsbelastung; weitgehende Eliminierung der Seuchen und deutliche Senkung der Gefährlichkeit von Infektionskrankheiten; schließlich enormer Ausbau und gestiegene Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hygiene sowie ubiquitäre und immer effizientere private Hygiene.[21]

Es erstaunt vielleicht, dass die Institutionen des Gesundheitswesens und sein Personal nicht ausdrücklich erwähnt werden. Diese haben doch während der vergangenen 200 Jahre eine enorme zah-

▶ Tab 6 **Mittleres Sterbealter nach Geschlecht und ausgewählten Todesursachen**

	Männer						Frauen					
	Tuberkulose der Atmungsorgane	Lungen- und Brustfellentzündung	Krankheiten der Kreislauforgane	Krebs und andere Neubildungen	Selbstmord	sämtliche Todesursachen	Tuberkulose der Atmungsorgane	Lungen- und Brustfellentzündung	Krankheiten der Kreislauforgane	Krebs und andere Neubildungen	Selbstmord	sämtliche Todesursachen
	Durchschnittliches Sterbealter											
	x0237	x0238	x0239	x0240	x0241	x0242	x0243	x0244	x0245	x0246	x0247	x0248
	Deutsches Reich											
1876	45,7	44,4	53,3	58,5	48,5	35,6	43,6	43,3	53,6	55,2	46,1	38,5
1901	44,4	47,1	62,4	62,5	51,1	44,8	42,1	45,6	61,4	59,5	47,7	48,3
1910	42,5	44,6	64,5	63,4	49,4	44,8	39,5	44,1	63,9	60,2	47,4	48,3
1925	43,9	52,4	70,9	67,4	51,6	56,0	40,6	51,2	70,5	64,6	49,0	58,8
1932	46,6	57,5	73,9	69,3	53,2	59,9	42,9	57,3	73,6	65,6	50,2	62,8
1938	47,7	56,4	74,8	69,8	53,7	59,9	42,8	56,4	74,6	65,6	50,7	62,8
	Bundesrepublik / Alte Bundesländer											
1950	48,4	52,0	69,4	66,3	51,1	58,3	44,6	57,2	71,7	64,6	48,4	62,5
1960	58,6	63,8	71,7	67,0	49,2	63,5	57,8	66,8	75,2	66,5	51,0	68,1
1970	64,8	70,2	72,4	68,5	49,6	66,0	66,5	73,9	77,1	68,5	53,8	71,6
1980	66,8	75,6	73,2	69,2	48,9	68,3	70,4	79,5	78,9	70,7	55,5	74,7
1989	68,3	79,4	74,7	69,5	50,8	70,1	74,0	83,6	81,4	72,5	57,3	77,6
2000	69,3	79,5	75,6	69,9	52,1	71,1	75,3	85,0	83,7	73,3	57,7	79,6
2010	72,4	79,8	77,3	72,0	54,7	73,6	77,5	84,9	84,8	73,9	58,3	80,8
	DDR / Neue Bundesländer											
1980	68,5	71,5	75,0	67,7	51,4	69,4	71,4	76,8	79,0	68,5	59,2	75,0
1989	69,1	72,7	74,8	66,5	50,6	68,9	74,1	78,3	80,4	69,5	59,9	76,6
2000	70,1	77,4	74,8	68,6	52,6	69,3	74,0	83,8	83,1	72,8	62,4	79,1
2010	68,4	77,8	76,4	71,1	56,1	72,5	77,1	84,0	84,4	74,0	61,7	80,7
	Deutschland											
1993	68,3	78,0	74,8	69,2	51,4	69,8	74,6	83,6	82,1	72,5	58,8	78,1
2000	69,4	79,2	75,4	69,7	52,2	70,8	75,1	84,8	83,6	73,2	58,5	79,5
2010	71,8	79,5	77,2	71,8	55,0	73,4	77,4	84,8	84,8	73,9	58,8	80,8

lenmäßige Steigerung erfahren. Alle in Tabelle 7 aufgeführten Elemente des Gesundheitswesens haben sich schon bis zum Ersten Weltkrieg schneller vermehrt als die Bevölkerung. Dieses Wachstum beschleunigte sich noch etwas bis zum Zweiten Weltkrieg und geradezu extrem in der Bundesrepublik. Die Zahlen bringen die starke quantitative Ausweitung des Gesundheitswesens zum Ausdruck. Was sie nicht sichtbar machen, ist die erhebliche Differenzierung und Spezialisierung, die sowohl innerhalb der Ärzteschaft wie im Krankenhauswesen während der vergangenen anderthalb Jahrhunderte stattfand und mit großen Leistungssteigerungen verbunden war. Die gestiegene Effizienz deutet sich zumindest in der verringerten Verweildauer im Krankenhaus bei gleichzeitig vermehrter Inanspruchnahme desselben an. Hat das zur Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse und zur Verlängerung der Lebenserwartung beigetragen? ▶ Tab 7

Um mit den Ärzten als der wichtigsten Berufsgruppe im Gesundheitswesen zu beginnen: Sie waren bis in die 1870er Jahre letztlich Lebensberater, die mehr oder weniger zweifelhafte Empfehlungen aussprechen, aber nicht kausal heilen konnten. Es fehlten schlicht grundlegende Kenntnisse der Krankheitsursachen und die therapeutischen Mittel, besonders gegen die großen Killer. Die Masse der Bevölkerung erreichten sie aufgrund ihrer sozial extrem begrenzten Klientel sowieso

▶ Tab 7 **Medizinisches Personal und Krankenhäuser**

	Ärztinnen/ Ärzte	Apothekerinnen/ Apotheker	Krankenhäuser				
			Anzahl	Kranke	Betten	Pflegetage	Krankenpflegerinnen/-pfleger
	pro 10 000 Einwohner			pro 10 000 Einwohner		1 000	pro 10 000 Einwohner
	x0249	x0250	x0251	x0252	x0253	x0254	x0255
	Deutsches Reich						
1877	3,2[1]	1,5*	2 357	108,3	24,6	24 364	–
1891	3,9	–	3 121	191,3	37,9	45 851	–
1900	4,9	–	3 816	245,3	45,7	–	–
1909	4,8	1,6	4 617	357,5	61,3	106 592	10,8
1924	6,4	–	4 402	458,9	75,2	119 706	–
1931	7,4	1,7	4 951	655,8	91,0	165 511	17,8
1938	7,3	1,7	4 673	847,2	92,9	193 294	19,4
	Bundesrepublik / Alte Bundesländer						
1952	13,6	2,3	3 433	–	106,6	–	13,2
1960	14,2	2,8	3 604	1 244,3	104,6	198 595	15,2
1970	16,3	3,4	3 587	1 462,6	112,0	220 826	17,6
1989	30,0	5,6	3 046	2 085,6	106,9	210 151	41,9
2010	41,6	–	–	–	–	–	–
	DDR / Neue Bundesländer						
1952	7,5	1,2	968	–	106,0	–	–
1970	16,0	1,6	626	1 355,8	111,3	53 899	–
1989	24,0	2,3	539	1 530,0	99,4	44 053	–
2010	36,4	–	–	–	–	–	–
	Deutschland						
1989	29,0	5,0	3 585	1 968,3	105,3	254 205	39,1
2000	35,8	5,8	3 635	2 349,4	91,2	220 641	42,0
2010	40,8	6,2	3 301	2 447,2	82,5	192 161	42,6

* 1876

3,9
Ärzte gab es 1891 auf 10 000 Einwohner.

40,8
Ärzte waren es 2010.

nicht. Dagegen wirkten sich die unbestreitbaren Fortschritte der Naturwissenschaften und der Medizin seit den 1840er Jahren bis ins frühe 20. Jahrhundert vor allem in der Beratung der öffentlichen Hygienepolitik aus. Ärztliche Initiativen und Forderungen induzierten häufig die kommunalen und staatlichen Anstrengungen im Bereich der Infrastruktur (primär Städteassanierung: Kanalisierung, Trinkwasserversorgung, Straßenreinigung, Anlage von Schlachthöfen usw.). Zugleich waren Mediziner maßgeblich beteiligt am Aufbau und an der Überwachung der Wohnungs-, Gewerbe-, Säuglings- und Mütterfürsorge. Nicht zu unterschätzen ist darüber hinaus die Mitwirkung der Ärzte bei der Propagierung und Verbreitung der Pockenschutzimpfung seit dem späten 18. Jahrhundert. Allerdings hatte sie erst nach der Einführung der pflichtmäßigen Zweifachimpfung durch das Reichsimpfgesetz von 1874 ein weitgehendes Verschwinden der Pocken als Todesursache zur Folge, während in den Jahrzehnten zuvor immer wieder Pockenepidemien auftraten und die quantitativen Auswirkungen der Impfungen nicht eindeutig nachvollziehbar sind.[22]

Die sich seit den 1870er Jahren entwickelnde Bakteriologie mit Leitfiguren wie Louis Pasteur und Robert Koch schuf die Grundlagen für eine wissenschaftlich un-

▶ Tab 8 **Meldepflichtige Erkrankungen**

	Salmonellen	Typhus	Ruhr	Hirnhaut-entzündung	Diphterie	Scharlach	Kinderlähmung	Tuberkulose
	pro 100 000 Einwohner							
	x0256	x0257	x0258	x0259	x0260	x0261	x0262	x0263
	Deutsches Reich							
1914	0,4	26,4	9,5	0,5	192,1	158,0	0,4	–
1919	1,2	44,7	42,3	1,0	187,6	83,6	0,1	–
1924	2,7	28,2	9,3	1,2	60,2	52,6	0,9	–
1926	4,0	18,5	6,9	1,2	48,2	89,3	2,5	–
1930	2,2	7,6	3,8	1,0	109,7	109,9	2,1	–
1936	5,5	4,4	7,5	2,0	220,2	185,0	3,3	–
1938	3,8	4,3	7,9	2,6	217,5	166,1	7,8	96,4
	Bundesrepublik							
1946	3,1	51,8	7,5	2,3	330,3	54,9	2,2	–
1950	4,0	11,5	2,6	1,6	85,8	191,6	5,8	279,8
1953	6,8	7,3	5,0	1,9	37,1	149,0	4,7	229,5
1960	5,5	2,8	5,8	1,5	3,5	51,9	7,5	126,5
1970	20,3	0,8	0,9	2,9	0,1	47,3	0,02	79,6
1989	102,5	0,3	3,3	0,9	–	–	–	20,2
	DDR							
1950	31,0	30,0	9,0	2,0	105,0	407,0	2,0	504,0
1961	44,0	7,0	63,0	1,0	19,0	90,0	–	119,0
1972	56,0	1,0	71,0	–	–	473,0	–	50,0
1989	111,0	–	21,0	3,0	–	361,0	–	17,0
	Deutschland							
2000	97,1	0,1	1,6	0,9	–	–	–	11,0
2010	31,0	0,1	0,9	0,5	–	–	–	5,3

termauerte Bekämpfung der Seuchen und Infektionskrankheiten, deren Wirksamkeit allerdings noch jahrzehntelang auf Prävention (Hygiene; Seuchengesetzgebung) und Eindämmung nach Ausbruch einer Seuche beschränkt blieb. Infektionskrankheiten kausal heilen können Ärzte erst seit der Entdeckung von Antibiotika (1938/39: Penizillin) und deren fabrikmäßiger Produktion (seit 1942, zunächst nur in den USA), im Grunde erst seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, als eine rasche allgemeine Verfügbarkeit von Antibiotika eintrat. Das spiegelt sich nicht zuletzt auch in den Zahlenreihen der „Meldepflichtigen Krankheiten", die überwiegend mit der Durchsetzung von Antibiotika nach dem Zweiten Weltkrieg drastisch zurückgingen. Eine Ausnahme stellt der Scharlach dar, gegen den es keine Schutzimpfung gibt. Da er hoch ansteckend ist, tritt er immer wieder da auf, wo Menschen auf engem Raum versammelt sind, besonders bei Kindern. ▶ Tab 8

Bei der Tuberkulose, die in jüngerer Zeit selten zum Tode führt, aber ebenfalls sozusagen nicht gebannt ist, spielt wohl die Zuwanderung von Menschen aus Regionen mit niedrigem Lebensstandard eine Rolle. Hinzuweisen ist auf die überraschende Entwicklung bei akuten Infektionskrankheiten während der „Friedensjahre" des Dritten Reichs, als Fälle von Diphterie und Scharlach sowie besonders (in Tabelle 8 nicht vertreten) Pneumonie und Erkältungskrankheiten zunahmen.[23]

Zu erwähnen ist natürlich an dieser Stelle der Fortschritt in einem Teilbereich der Medizin, der Chirurgie. Die seit den 1850er Jahren bekannte Anästhesie sowie die seit 1867 von Joseph Lister propagierte und sich in den 1870er Jahren rasch verbreitende Antisepsis leiteten „die große Glanzzeit der Chirurgie ein, in welcher die Chirurgie gewissermaßen die rationale und mögliche Therapie verkörperte."[24] Während der 1890er Jahre setzte sich dann die Asepsis in Krankenhäusern durch und

steigerte nicht nur die Effizienz der Chirurgie weiter, sondern machte sie zum Aushängeschild des modernen Krankenhauses. Allerdings kann man diesen und anderen medizinischen Innovationen im Krankenhauswesen kaum breite Effekte auf die „Volksgesundheit" und die durchschnittliche Lebenserwartung zuschreiben, blieb doch der davon profitierende Bevölkerungsanteil noch jahrzehntelang sehr klein.

Die großen Seuchen wurden jedoch in Mittel- und Westeuropa schon im frühen 19. Jahrhundert seltener und fielen weniger desaströs aus, sodass offene Bevölkerungskrisen kaum noch auftraten und schließlich ausblieben. Dafür müssen Ursachen verantwortlich gemacht werden, die nicht auf Städteassanierung (erst seit den 1870er Jahren allmählich, über Jahrzehnte gestreckt, wirksam) und schon gar nicht auf medizinisch-therapeutische Maßnahmen (mit Breitenwirkung erst nach dem Zweiten Weltkrieg) zurückzuführen sind. Vielmehr verweist die neuere Forschung immer wieder auf die deutlichen Ernährungsverbesserungen seit dem späten 18. Jahrhundert, die über eine Verringerung und schließlich Vermeidung von Hungersnöten (erste Hälfte des 19. Jahrhunderts) sowie eine allmähliche Verbesserung der Nahrungszusammensetzung (Erhöhung der Kalorien- und vor allem Proteinzufuhr in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts) den allgemeinen Gesundheitszustand hoben, indem sie die körpereigenen Abwehrkräfte stärkten. Damit nahm die Anfälligkeit gegenüber Infektionskrankheiten ab, während seit den 1870er Jahren gleichzeitig (wenn auch nur langsam) die Exponiertheit gegenüber diesen Krankheiten durch die Verbesserung der öffentlichen und schließlich auch der privaten Hygiene verringert wurde.[25]

Zweifellos trug das Zusammenwirken aller oben zitierten Faktorenkomplexe auch im 20. Jahrhundert und besonders nach dem Zweiten Weltkrieg weiter zur Verbesserung der „Volksgesundheit" und zur Verlängerung des Lebens bei. Jedoch hat sich inzwischen die medizinische Versorgung einschließlich der Fortschritte in der Pharmazie mehr und mehr zu dem entscheidenden Treiber weiterer Lebenszeitverlängerungen entwickelt, nachdem ein historisch einmalig hohes Niveau der Nahrungsmittelversorgung, des Wohnraumangebots, der öffentlichen und privaten Hygiene, der Senkung von körperlichen Belastungen der Arbeitskräfte (nicht zuletzt auch aufgrund von dramatischen Arbeitszeitreduzierungen), der durchschnittlichen Einkommen und des Sozialsystems erreicht worden ist. Das spiegelt sich vor allem in der extrem niedrigen Säuglings- und Kindersterblichkeit wider sowie in dem ständigen weiteren Anstieg des durchschnittlichen Sterbealters, sowohl allgemein wie auch im Besonderen bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebs. Insofern sind die Institutionen des Gesundheitswesens während der letzten Jahrzehnte gegenüber früheren Zeiten immer wichtiger für das von den meisten Menschen erstrebte Ziel eines längeren und möglichst beschwerdefreien Lebens geworden.

Zum Weiterlesen empfohlen

Claudia Huerkamp: Der Aufstieg der Ärzte im 19. Jahrhundert. Vom gelehrten Stand zum professionellen Experten: Das Beispiel Preußens, Göttingen 1985.

Klaus Hurrelmann u. a. (Hrsg.): Handbuch Gesundheitswissenschaften, 4. Aufl., Weinheim 2006.

Alfons Labisch / Reinhard Spree: Krankenhaus-Report 19. Jahrhundert. Krankenhausträger, Krankenhausfinanzierung, Krankenhauspatienten, Frankfurt a. M. / New York 2001.

Alfons Labisch / Reinhard Spree: Neuere Entwicklungen und aktuelle Trends in der Sozialgeschichte der Medizin in Deutschland – Rückschau und Ausblick, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 84 (1997), S. 171–210, 305–321.

Alfons Labisch / Reinhard Spree (Hrsg.): „Einem jeden Kranken in einem Hospitale sein eigenes Bett." Zur Sozialgeschichte des Allgemeinen Krankenhauses in Deutschland im 19. Jahrhundert, Frankfurt a. M. / New York 1996.

Alfons Labisch / Florian Tennstedt: Der Weg zum „Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens" vom 3. Juli 1934. Entwicklungslinien und -momente des staatlichen und kommunalen Gesundheitswesens in Deutschland, Düsseldorf 1985 (Schriftenreihe der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen, Bd. 13, H. 1 u. 2).

Reinhard Spree: On Infant Mortality Change in Germany since the Early 19th Century, Universität München 1995 (Münchener Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge. Discussion Papers, Nr. 95-03, hrsg. v. d. Volkswirtschaftlichen Fakultät).

Reinhard Spree: Veränderungen des Todesursachen-Panoramas und sozioökonomischer Wandel. Eine Fallstudie zum Epidemiologischen Übergang, in: Gérard Gäfgen (Hrsg.): Ökonomie des Gesundheitswesens, Berlin 1986 (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 159).

Reinhard Spree: Soziale Ungleichheit vor Krankheit und Tod. Zur Sozialgeschichte des Gesundheitsbereichs im Deutschen Kaiserreich, Göttingen 1981.

Klaus-Dieter Thomann: Die Entwicklung der Chirurgie im 19. Jahrhundert und ihre Auswirkungen auf Organisation und Funktion des Krankenhauses, in: Alfons Labisch / Reinhard Spree (Hrsg.): „Einem jeden Kranken in einem Hospitale sein eigenes Bett." Zur Sozialgeschichte des Allgemeinen Krankenhauses in Deutschland im 19. Jahrhundert, Frankfurt a. M. / New York 1996, S. 145–166.

Datengrundlage[26]

Die Zusammenstellung historischer Übersichtsdaten ist je nach Gegenstand weit ins 19. Jahrhundert zurück auszudehnen, wobei erhebliche sachliche Interpretationsprobleme zu lösen sind. Echte Zeitreihen auf Jahresbasis für eine größere Zahl von Variablen zu bilden, fällt sehr schwer, da viele der zentralen Variablen (etwa Zahl der Ärzte, Apotheker, Hebammen oder auch der Betten in Krankenanstalten) nur in größeren Zeitschritten erhoben und veröffentlicht worden sind.

Die konkrete Ausgestaltung der Statistik des Gesundheitswesens seit dem frühen 19. Jahrhundert in den verschiedenen deutschen Staaten hing davon ab, ob und wann sich ein öffentliches Gesundheitswesen ausbildete und wie dies dann in den jeweiligen staatlichen Verwaltungsapparat einbezogen wurde. Während des ersten Drittels des 19. Jahrhunderts war dieser Prozess in allen größeren deutschen Staaten abgeschlossen.

Damit waren die Voraussetzungen für die Entstehung einer systematischen Medizinalstatistik gegeben, als deren eigentliche Erhebungspersonen bis ins späte 19. Jahrhundert und teilweise bis in die Bundesrepublik die Amtsärzte fungierten. Erhoben wurden von diesen vor allem die Zahlen der Heil- und Pflegepersonen, der Apotheken, der Krankenanstalten sowie der Gestorbenen nach Todesursachen.

Erst seit dem späten 19. Jahrhundert fanden mehr und mehr auf Reichsebene diskutierte und empfohlene Vorgehensweisen für die Erhebung und Aufbereitung der Statistik des Gesundheitswesens auch in den einzelnen Bundesstaaten Anwendung. Sie führten zu einer Verstetigung der Erhebung, Aufbereitung und Veröffentlichung von gesundheitsstatistischen Daten nach Kriterien, die sich allmählich stärker anglichen, ohne vereinheitlicht zu werden.

Die Quellenlage für eine Statistik des Gesundheitswesens ist spätestens mit Beginn des „statistischen Zeitalters“, also der Gründung von Statistischen Ämtern in den Bundesstaaten, gut.[27] Seitdem werden große Mengen einschlägiger Zahlen veröffentlicht – allerdings in unregelmäßigen Abständen, in unterschiedlichster Form der Aufbereitung und an häufig wechselnden Orten. Die Vereinheitlichung der Gegenstandsdefinitionen und -bezeichnungen nahm während des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts ständig zu, ohne eine echte Standardisierung erfahren zu haben – mit Ausnahme der Krankheiten bzw. Todesursachen. Im Kaiserreich begannen das Kaiserliche Statistische Amt sowie das Kaiserliche Gesundheitsamt eine umfangreiche Publikationstätigkeit, die von den Nachfolgeinstitutionen in Weimarer und Bundesrepublikanischer Zeit fortgeführt wurde. Diesen sind verlässlich Angaben zu allen wichtigen Teilbereichen des Gesundheitswesens zu entnehmen.

Buchveröffentlichungen zur Statistik des Gesundheitswesens haben in der Gegenwart in der Regel eine sehr kurze Zeitperspektive.[28] Eine der wenigen Ausnahmen stellt die Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum der amtlichen Statistik dar, „Bevölkerung und Wirtschaft 1872 – 1972“, die lange Zeitreihen für Gruppen des Heil- und Pflegepersonals, für die Krankenanstalten und für die Sterblichkeit an ausgewählten Todesursachen bietet.[29] Alle anderen Übersichtswerke, zum Beispiel die vom Bundesministerium für Gesundheitswesen während der 1960er und 1970er Jahre herausgegebenen und vom Statistischen Bundesamt bearbeiteten Bände „Das Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland“[30], enthalten nur punktuelle und lückenhafte Rückblicke für ausgewählte Indikatoren. Umfassender sind die im Zusammenhang mit der Gesundheitsberichterstattung des Bundes online veröffentlichten Datenreihen, die allerdings erst 1980 einsetzen.[31]

Im Kaiserreich und in der Zwischenkriegszeit wurden, beginnend 1865 mit dem Handbuch von Oesterlen[32] und 1931 endend mit dem Standardwerk von Prinzing[33], einige wichtige Übersichtsdarstellungen zur Statistik des Gesundheitswesens publiziert.[34] Sie beschränken sich jedoch sämtlich auf die Medizinalstatistik im engeren Sinne, das heißt auf Daten zur Morbidität und Mortalität. Die personelle und institutionelle Seite des Gesundheitswesens interessiert in diesen Werken nicht. Allerdings ist auf einige Publikationen Statistischer Ämter aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert zu verweisen, die für den jeweiligen Bundesstaat lange Zeitreihen zu vielen Variablen aus dem Gebiet des Gesundheitswesens enthalten.[35] Und das Statistische Reichsamt hat ebenfalls gelegentlich in Standardveröffentlichungen, etwa im Statistischen Jahrbuch, Rückblicke für einschlägige Variablen in Form langer Zeitreihen aufgenommen.[36]

06 Sozialpolitik

Marcel Boldorf

Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung im Deutschen Reich 1890 und in Deutschland 2010:

1890 — **6 600 000**

2010 — **51 400 000**

Höhe des Staatszuschusses zur Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten in der DDR 1957 und 1987:

1957 — **9,1 Prozent**

1987 — **46,7 Prozent**

Ausgaben der Rentenversicherung der Arbeiter im Deutschen Reich 1891 und 1910:

1891 — **10 000 000 Euro**

1910 — **112 000 000 Euro**

Einnahmen der Arbeitslosenversicherung in der Bundesrepublik 1970 und 1980:

1970 — **1 800 000 000 Euro**

1980 — **9 700 000 000 Euro**

Staatliche Sozialpolitik ist der wichtigste Mechanismus zur Umverteilung gesellschaftlichen Wohlstandes. In ihren Anfängen war sie in den meisten Bereichen als finanziell sich selbst tragendes System konzipiert, wurde aber im 20. Jahrhundert zunehmend durch erhebliche Staatszuschüsse geprägt. Auch weiteten sich die sozialpolitischen Felder immer mehr aus, und die Zahl der Leistungsberechtigten nahm zu.

Die erstmalige Verbindung der Wörter „politisch“ und „sozial“ lässt sich ab Mitte der 1840er Jahre inmitten der letzten vorindustriellen Pauperismuskrise (lat. *pauper* „arm“) feststellen. Fortan fand der Begriff Verwendung in einem Atemzug mit „Sozialreform“ und „Sozialer Frage“.[1] Der Nationalökonom Adolph Wagner hielt 1871 eine in der Öffentlichkeit stark beachtete Rede zur Notwendigkeit politisch-sozialer Reformen, der ein Jahr später die Gründung des „Vereins für Socialpolitik“ folgte. Diese Standesvertretung der deutschen Ökonomie setzte die Idee der Sozialreform auf ihre Agenda. Die Bezeichnung „Sozialpolitik“ verfestigte sich mit den Bismarckschen Sozialreformen der 1880er Jahre. Sie stellten sich als eine Mischung autoritärer und autonomer Strukturen dar: Einerseits handelte es sich um eine öffentlich-rechtliche Zwangsversicherung, die einen „fürsorglichen Zwang“ ausübte, andererseits bildete die Selbstverwaltung wie in den früheren Sozialsystemen der Zünfte und Gilden die Grundlage der Organisation. Bismarcks politischer Kurs war zweigeteilt, denn er ließ mit dem Sozialistengesetz (1878) die Arbeiterorganisationen verfolgen, sorgte aber für eine patriarchalisch motivierte Einbindung der Arbeiter in den Staat. 1880 verteidigte er dieses von liberaler Seite als „Staatssozialismus“ bezeichnete System als vernünftig und missachtete die von seinen Gegnern vorgebrachten Bedenken gegen einen zu großen Staatseinfluss. Zugleich pochte er nicht auf die finanzielle Selbstbeteiligung der Versicherten, denn er wollte aus den Arbeitern „kleine Staatsrentner“ machen und hätte daher auf ihre Beiträge am liebsten verzichtet.[2]

Die Sozialgesetzgebung trug den existenziellen Lebensrisiken der Arbeitnehmer und ihrer Familien Rechnung, wie sie durch das Vordringen der lohnabhängigen Erwerbsarbeit im 19. Jahrhundert entstanden waren. Als solche Risiken unterscheidet man klassischerweise vier Bereiche: den Krankheitsfall, die Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit durch Unfall, Invalidität und Alter sowie die Arbeitslosigkeit. Diese vier Kategorien entsprachen den klassischen Pfeilern der deutschen Sozialpolitik, die Reichskanzler Bismarck bei der Verlesung der kaiserlichen Sozialbotschaft am 17. November 1881 ansprach. Das nachfolgende staatliche Versicherungssystem fing drei der genannten Lebensrisiken für die Arbeiterschaft kollektiv auf: 1883 die Krankenversicherung, 1884 die Unfallversicherung sowie 1889 die Invaliditäts- und Altersversicherung. Erst 1927 kamen die Arbeitslosenversicherung und 1994 die Pflegeversicherung hinzu.

Die vier genannten Zweige der Sozialversicherung umfassten zwar den Kern, aber nur einen Teil des Systems der sozialen Sicherung, zu dem noch Politikfelder wie die Arbeitnehmerschutzpolitik, die betriebliche Mitbestimmung, die Familienpolitik, die Jugend- oder die Altenhilfe gerechnet werden könnten. Die Sozialversicherungsstatistik wird hier nur um die Fürsorge ergänzt, die noch im 20. Jahrhundert alle von der Sozialversicherung nicht erfassten Fälle aufnahm. Auch als Sozialhilfe oder Sozialfürsorge bezeichnet, trat sie die Nachfolge der kommunalen Armenfürsorge als grundlegendster und ältester Form der öffentlichen Existenzsicherung an.

Krankenversicherung

Das Gesetz über die Krankenversicherung der gewerblichen Arbeiter vom 15. Juni 1883 stellte einen reichsgesetzlichen Versicherungszwang her und gewährte den Versicherten freie ärztliche Behandlung und Arznei. Organisatorisch knüpfte es an die traditionellen gewerblichen Unterstützungskassen an, vor allem der Fabriken und Innungen. Die Einführung allgemeiner Ortskrankenkassen war zwar schon im Gesetz von 1883 vorgesehen, setzte sich aber erst allmählich durch. Finanziert wurde die Versicherung zu zwei Dritteln vom Arbeitnehmer, zu einem Drittel vom Arbeitgeber. Bis zur Jahrhundertwende waren 10 Millionen Pflichtversicherte erfasst, die überwiegend männlichen Geschlechts waren.

Die Versicherten erhielten vom dritten Tag an Krankengeld für maximal 13 Wochen sowie Arzt- und Arzneikosten nach dem Besuch eines vertraglich gebundenen Bezirksarztes.[3] 1913 verteilten sich die Ausgaben der staatlichen Krankenversicherung zu 41 Prozent auf Krankengeld, zu 24 Prozent auf Arztkosten, zu jeweils 15 Prozent auf Arznei- und Krankenanstaltskosten sowie zu 4 Prozent auf Ausgaben für Schwangere, Wöchnerinnen und Sterbegeld.[4] Trotz gewisser Schwächen leistete die Krankenversicherung einen wesentlichen Beitrag zur Integration der Arbeiter ins Kaiserreich.

Bis 1925 erfasste die Mitgliederstatistik nur Orts-, Landes-, Betriebs- und Innungskrankenkassen, ab 1926 Knappschaftskassen, ab 1928 die Seekrankenkasse und

▶ Tab 1 **Gesetzliche Krankenversicherung**

	Mitglieder in der gesetzlichen Krankenversicherung				Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung		Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung		Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung	Zahl der Kassen in der gesetzlichen Krankenversicherung
	insgesamt	Männer	Frauen	% der Bevölkerung	insgesamt	darunter: Beiträge	insgesamt	darunter: Leistungen	% des BIP	
	Mio.				Mio. Euro		Mio. Euro			
	x0264	x0265	x0266	x0267	x0268	x0269	x0270	x0271	x0272	x0273
	Deutsches Reich									
1890	6,6	5,3	1,3	13	50	47	47	43	0,3	21 173
1900	9,5	7,3	2,2	17	91	85	88	81	0,5	23 021
1910	13,1	9,4	3,7	20	194	183	179	164	0,6	23 188
1920	17,1	10,4	6,7	28	–	–	–	–	–	–
1925	18,2	11,3	7,0	29	646	635	608	465	1,3	7 616
1930	21,1	13,6	7,5	33	1 046	1 013	976	896	2,1	7 150
1935	19,5	13,0	6,5	29	651	626	676	610	1,7	5 758
	Bundesrepublik									
1950	15,7	10,4	5,3	33	1 116	1 089	1 026	955	1,9	1 996
1955	18,3	11,9	6,4	37	1 976	1 927	1 933	1 784	1,9	2 070
1960	27,1	15,9	11,0	48	4 870	4 693	4 864	4 584	3,0	2 028
1970	30,6	17,9	12,7	50	13 353	12 770	12 874	12 194	3,4	1 827
1980	35,4	19,5	15,9	57	45 225	42 707	45 931	43 949	5,6	1 319
1990	37,9	–	–	–	75 545	72 534	72 427	68 635	5,3	–
	Deutschland									
2000	51,0	25,8	25,2	62	133 808	130 808	133 823	125 943	6,2	420
2010	51,4	25,5	25,9	63	175 322	–	175 993	164 964	6,6	165

ab 1937 auch die Ersatzkassen. In der Mitgliederstatistik erscheint allein die letztgenannte Änderung der NS-Zeit als nennenswerter statistischer Einschnitt. Jedoch dürfte es sich bei der Zunahme des Versichertenstandes auch um eine Kompensation des Rückgangs während der Weltwirtschaftskrise, vielleicht auch um den statistischen Niederschlag der vom Regime geförderten Pflichtversicherung einiger selbstständiger Berufe handeln. Gebietsveränderungen trugen indes nicht zur Erklärung bei, weil in der Reichsstatistik lediglich das Saarland ab 1935 hinzukam.[5] ▶ Tab 1

Nach disparaten Entwicklungen in der Besatzungszeit ließ die erste Bundesregierung die gegliederte Krankenversicherung bestehen bzw. führte sie wieder ein. Die durch das NS-Regime beseitigte Ordnung, zum Beispiel die paritätische Selbstverwaltung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber, wurde wieder hergestellt. Zu den ersten gesetzgeberischen Maßnahmen gehörte die Ausdehnung des Versicherungsschutzes auf Flüchtlinge und Vertriebene, auf Kriegsheimkehrer und DDR-Flüchtlinge. Die zahlenmäßig größte Veränderung in der Mitgliederstatistik brachte 1957 die Rentenreform, die alle Rentner in die gesetzliche Krankenversicherung aufnahm. Die sozialliberale Regierung erweiterte die Leistungen hinsichtlich der Prävention und der Pflege und bezog 1972 die Landwirte und 1975 die Studenten in den Kreis der gesetzlich Versicherten ein. Trotz des sich ändernden sozialpolitischen Denkens stiegen die Staatsausgaben in der Krankenversicherung weiterhin überdurchschnittlich.[6] ▶ Tab 1, Abb 1

Unfallversicherung

In den 1880er Jahren drehte sich die politische Debatte um die Frage, ob die Unfallversicherung als staatsunabhängige Versicherung durch Beiträge oder eine vom Reich durch Zuschüsse getragene Einrichtung organisiert werden sollte.[7] Bismarck setzte auf eine Zwangsversicherung, bei der die Arbeitnehmer keine Beiträge zu zahlen brauchten. Schließlich wurde sie ohne Staatszuschuss und allein durch Beiträge der Arbeitgeber finanziert. Träger waren die öffentlich-rechtlichen Berufsgenossenschaften, die die Unternehmer der versicherten Betriebe zusammenfassten. Pflicht-

63

Prozent der Bevölkerung waren 2010 Mitglieder in der gesetzlichen Krankenversicherung.

13

Prozent nur waren es 1890.

▶ Abb 1 **Gesetzliche Krankenversicherung — Mitglieder**

▶ Tab 2 Unfallversicherung

	Zahl der Versicherten	Einnahmen	Ausgaben		Anzahl der Empfänger von Renten oder Krankengeld	Rentenbestand
		insgesamt	insgesamt	darunter: Leistungen		
	Mio.	Mio. Euro	Mio. Euro		1 000	1 000
	x0274	x0275	x0276	x0277	x0278	x0279
	Deutsches Reich					
1890	13,7	21	20	10	100	–
1900	18,9	54	52	44	595	–
1910	27,6	112	117	84	1 018	–
1920	–	–	–	–	912	–
1925	26,0	128	116	92	811	–
1930	27,2	197	219	182	987	–
1935	28,5	175	173	140	614	–
	Bundesrepublik					
1950	25,2	335	306	266	667	636
1955	31,9	564	545	473	876	830
1960	26,4	957	915	809	981	916
1970	26,1	2 515	2 496	1 957	–	1 018
1980	27,9	5 877	5 806	4 516	–	1 005
1990	41,1	8 278	8 129	6 023	–	921
	Deutschland					
2000	58,0	13 881	13 729	9 681	–	1 143
2010	61,9	14 498	14 401	10 472	–	965

▶ Tab 3 Rentenversicherung (1)

	Rentenversicherung der Arbeiter					Rentenversicherung der Angestellten				
	Renten-bestand	Einnahmen		Ausgaben		Renten-bestand	Einnahmen		Ausgaben	
		insgesamt	darunter: Beiträge	insgesamt	darunter: Renten-leistungen		insgesamt	darunter: Beiträge	insgesamt	darunter: Renten-leistungen
	1 000	Mio. Euro				1 000	Mio. Euro			
	x0280	x0281	x0282	x0283	x0284	x0285	x0286	x0287	x0288	x0289
	Deutsches Reich									
1891	121	52	46	10	8	–	–	–	–	–
1900	599	96	66	53	41	–	–	–	–	–
1910	1 034	157	101	112	84	–	–	–	–	–
1920	1 929	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1925	3 020	373	281	321	280	88	108	95	34	22
1930	3 518	782	504	754	670	226	280	197	115	89
1935	3 405	757	483	639	582	389	283	183	163	133
	Bundesrepublik / Alte Bundesländer									
1950	3 232	1 381	1 072	1 227	1 020	932	529	476	468	399
1955	4 542	3 230	2 211	2 488	2 059	1 524	1 467	1 048	1116	977
1960	5 352	6 652	4 553	6 219	4 789	1 862	3 205	2 342	2 924	2 502
1970	6 707	16 792	13 161	16 330	12 483	2 435	9 782	8 512	8 390	7 147
1980	8 157	41 341	29 424	40 977	33 654	3 590	30 319	27 434	29 211	22 267
1990	9 117	59 190	41 765	58 892	50 172	5 112	52 145	47 668	47 601	39 751
	Deutschland									
2000	13 130	112 262	68 693	112 211	95 783	8 830	105 914	93 472	105 385	86 218

versichert waren alle Arbeiter und Angestellten mit einem Jahreseinkommen bis 2 000 Mark. Noch im Reichshaftpflichtgesetz von 1871 waren die Arbeiter nur bei Schadensfällen zu entschädigen, die der Unternehmer zu verantworten hatte. Bei Unfällen durch höhere Gewalt oder Unachtsamkeit der Kollegen ging das Unfallopfer leer aus. In der Unfallversicherung traten eine soziale Gewährung und eine Vergesellschaftung des Risikos an die Stelle dieser Regelung.

Ursprünglich nur für das Gewerbe konzipiert, wurde andere Berufsgruppen sukzessive in den Versichertenkreis einbezogen, zum Beispiel 1884/85 die Post, die Telegrafen-, Eisenbahn-, Marine- und Heeresverwaltung, 1886 die Land- und Forstwirtschaft sowie 1887 die Bauwirtschaft und die Seeschifffahrt. Durch den Beitritt der Berufsgenossenschaften weiterer Branchen erhöhte sich der Versichertenstand ebenso wie durch personelle Erweiterungen, etwa um Soldaten und Strafgefangene. Bis zur Jahrhundertwende gehörten der Unfallversicherung knapp 20 Millionen und bis zum Ersten Weltkrieg rund 30 Millionen Versicherte an. 1913 verteilten sich diese auf 68 gewerbliche und 49 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften sowie auf 561 Gemeinden bzw. Gemeindeverbände.[8] ▶ Tab 2

Die Erweiterungen der Weimarer Republik betrafen den Personenkreis (Aufnahme von kaufmännischen Angestellten und Verwaltungsangestellten sowie von Einzelberufen), die versicherten Risiken (Erfassung von Berufskrankheiten und Unfällen auf dem Weg zum Arbeitsplatz) und die Leistungen (Heilfürsorge zur Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit). Die statistisch relevanten Veränderungen in der NS-Zeit bezogen sich lediglich auf die Erweiterung der Liste der Berufskrankheiten und die Einbeziehung von Unfällen in Berufs- und Fachschulen. Insgesamt reichte die Veränderung der organisatorischen Struktur weniger weit als bei der Krankenversicherung.[9] In der Bundesrepublik nahm die Unfallversicherung die traditionellen Strukturen auf und wurde im Unfallversicherungsgesetz von 1952 nur geringfügig verändert. Zu den Modifikationen unter der sozialliberalen Koalition gehörte 1971 die Aufnahme von Schul- und Tagesstättenkindern in den Versicherungsschutz.[10] Den Brüchen der Jahre 1956 und 1986 lagen jeweils Änderungen der statistischen Erhebungskriterien zugrunde. ▶ Tab 2

▶ Tab 4 **Rentenversicherung (2)**

	Knappschaftliche Rentenversicherung					Allgemeine Rentenversicherung (ab 2005)					Rentenanpassung in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten: Steigerung für bereits laufende Renten
	Rentenbestand	Einnahmen		Ausgaben		Rentenbestand	Einnahmen		Ausgaben		
		insgesamt	darunter: Beiträge	insgesamt	darunter: Renten-leistungen		insgesamt	darunter: Beiträge	insgesamt	darunter: Renten-leistungen	
	1 000	Mio. Euro				1 000	Mio. Euro				%
	x0290	x0291	x0292	x0293	x0294	x0295	x0296	x0297	x0298	x0299	x0300
	Deutsches Reich										
1913	–	48	39	24	–	–	–	–	–	–	–
1925	347	79	76	76	63	–	–	–	–	–	–
1930	382	106	78	123	111	–	–	–	–	–	–
1935	399	126	64	112	100	–	–	–	–	–	–
	Bundesrepublik / Alte Bundesländer										
1950	536	321	238	310	278	–	–	–	–	–	–
1955	618	699	393	651	586	–	–	–	–	–	–
1960	684	1 392	524	1 374	1 220	–	–	–	–	–	5,94
1970	741	3 125	629	3 135	2 615	–	–	–	–	–	6,35
1980	708	6 801	1 178	6 802	5 201	–	–	–	–	–	4,00
1990	692	8 806	1 325	8 807	7 497	–	–	–	–	–	3,10
	Deutschland										
2000	997	14 390	1 202	14 390	12 453	–	–	–	–	–	–
2010	1 062	14 959	883	14 959	13 318	23 828	255 231	184 532	247 463	215 676	–

Rente

Das Gesetz über die Invaliditäts- und Altersversicherung galt bei seiner Einführung am 22. Juni 1889 für alle Arbeiter ab dem 16. Lebensjahr und Angestellte, deren Jahreseinkommen unter 2 000 Mark lag. Bis zur Jahrhundertwende wurden die Renten allerdings primär im Falle der Arbeitsinvalidität und als „Sicherheitszuschuss zum Lebensunterhalt" erst ab Vollendung des 70. Lebensjahres gewährt. Der Beitragssatz für die Rente lag bei lediglich 1,7 Prozent des Arbeitseinkommens und wurde je zur Hälfte von den Arbeitern und den Arbeitgebern aufgebracht. Entsprechend niedrig lagen die Leistungen, die im Sterbefall die Hinterbliebenen, das heißt Witwen und Waisen, nicht versorgten.

Die Invaliditäts- und Altersrente bestand aus zwei Komponenten: zum einen dem einheitlichen Reichszuschuss von 50 Mark im Jahr, der nach Bismarcks Absicht das paternalistische Motiv der Rente deutlich machte; zum anderen der eigentlichen Versicherungsrente, die sich bei Invalidität aus einem einheitlichen Grundbetrag von 60 Mark und einem Steigerungsbetrag zusammensetzte und von Versicherungsdauer und Beitragshöhe abhing. Die Altersrente bestand nur aus dem letzteren, variablen Betrag. Hier schien ein Grundbetrag entbehrlich, weil die Altersrentner aufgrund der längeren Versicherungsdauer eine höhere Rente erwarten konnten. Lange Zeit wurde die Altersrente als Invalidenrente bei nachlassender Arbeitsfähigkeit angesehen. Aus politischen Gründen wurden die Anspruchsvoraussetzungen jedoch erweitert und die Leistungen aus den laufenden Beiträgen finanziert, das heißt, es gab eine ▸Umlagefinanzierung, zu der ein Staatszuschuss kam. Gleichzeitig wurden Mittel angespart, um die Versicherung langfristig auf Kapitaldeckung umzustellen. Angesichts der bescheidenen Leistungen konnte die Rentenversicherung bis 1913 ein beträchtliches Kapital ansammeln, das aber durch die Kriegsinflation vernichtet wurde.[11] ▸ Tab 3, Tab4

Erst die Reichsversicherungsordnung vom Juli 1911 führte eine Hinterbliebenenversorgung für Witwen und Waisen ein, die für erstere nur den Fall der Invalidität abdeckte. Die im gleichen Jahr entstandene Angestelltenversicherung kam bis 1945 ohne Reichszuschüsse aus. Für den Rentenbestand war relevant, dass im Ersten Weltkrieg nicht nur die Zahl der Leistungsberechtigten stieg, sondern auch die Leistungsansprüche erweitert wurden. Generell wurde das Renteneintrittsalter auf 65 Jahre gesenkt. Trotz Staatszuschüssen sanken die Renten durch die Inflation des Jahres 1923 zur Bedeutungslosigkeit herab. Der Neubeginn beruhte wieder auf der Umlagefinanzierung. Bis ins Dritte Reich blieb die finanzielle Sanierung prioritär. Erst mit Erreichen der Vollbeschäftigung 1937 erweiterten sich die Spielräume für einen Ausbau, der gemäß den rassistischen Prinzipien des nationalsozialistischen Regimes erfolgte.[12]

Nach 1945 blieb die Rentenversicherung der Angestellten organisatorisch von den Landesversicherungsanstalten der Arbeiter getrennt. Mit der Währungsreform von 1948 wurden die Renten im Verhältnis 1:1 von Reichsmark auf D-Mark umgestellt, während die übrige Währungsumstellung im Verhältnis 1:10 erfolgte. Das Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz vom 17. Juni 1949 führte eine Mindestrente in der Alters- und Invaliditätsversicherung ein, deren Niveau über den Richtsätzen der Fürsorge lag.[13] Eine partielle Angleichung der Leistungen für Arbeiter und Angestellte brachte die Zuerkennung eines Rentenanspruchs für Witwen in der Arbeiterversicherung und die Senkung des Grades der Minderung der Erwerbsfähigkeit (von zwei Dritteln auf die Hälfte) als Voraussetzung für die Invaliditätsrente. Die Erweiterung des Kreises der Leistungsempfänger konzentrierte sich mit dem Fremdrenten- und Auslandsrentengesetz (1953) auf die Flüchtlinge und Vertriebenen.

Als Markstein der sozialpolitischen Entwicklung schloss die Rentenreform die zweite Legislaturperiode Konrad Adenauers ab. Im Januar 1957 nahm eine Bundestagsmehrheit unter Einschluss der Stimmen der Sozialdemokraten, aber gegen diejenigen der FDP, das Neuregelungs-

▸ Umlageverfahren
In diesem Verfahren werden die eingezahlten Beiträge direkt für die Finanzierung der Sozialleistungen ausgegeben. Im Gegensatz dazu steht das Kapitaldeckungsverfahren, in dem die Beiträge auf einem persönlichen Konto verbucht werden, um im Leistungsfall ausgezahlt zu werden, zum Beispiel in der Rentenversicherung beim Eintritt in den Ruhestand.

gesetz an. Die Renten sollten nicht mehr als Zuschuss für ältere Bürger gewährt werden, sondern eine Lohnersatzfunktion übernehmen, damit die Rentner an den Produktivitätsfortschritten der Wirtschaft partizipierten. Das durchschnittliche Rentenniveau erhöhte sich um 60 Prozent, und seit 1959 passte die Dynamisierung die Renten jährlich an die Reallohnentwicklung an. Dem neuen System lag die Vorstellung eines Generationsvertrages zugrunde, das heißt, die arbeitende Bevölkerung kam für die Renten der aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Generation auf. Im Umlageverfahren wurden die eingenommenen Beiträge direkt für die Finanzierung der Renten ausgegeben und durch steigende Bundeszuschüsse ergänzt.

Das Leistungsspektrum der gesetzlichen Rentenversicherung wurde in der Bundesrepublik 1957 auf die Landwirte und 1960 auf die selbstständigen Handwerker ausgedehnt. Das Rentenreformgesetz von 1972 führte erstmalig flexible Altersgrenzen in der Rentenversicherung ein, sodass eine frühere Verrentung möglich war. Unter Bundeskanzler Willy Brandt öffnete sich die Pflichtversicherung für Selbstständige und Hausfrauen, die die Möglichkeit erhielten, durch freiwillige Beiträge Rentenansprüche zu erwerben.[14]

Während der 1980er Jahre sank das tatsächliche Renteneintrittsalter infolge betrieblicher Regelungen und tariflicher Vereinbarungen. 1989 ging fast jeder zweite männliche Rentner vorzeitig in Ruhestand. Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurden rund 4 Millionen bisherige DDR-Rentnerinnen und Rentner in das bundesdeutsche System integriert. Das Rentenüberleitungsgesetz übertrug zum 1. Januar 1992 die lohnbezogene dynamisierte Rente auf das Beitrittsgebiet. Ab 2001 wurden die Altersgrenzen wieder schrittweise angehoben und damit der Rückgang der Frühverrentung eingeleitet. Im November 2002 eröffnete die „Kommission für die Nachhaltigkeit der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme“, später als „Rürup-Kommission“ bekannt geworden, die Diskussion um die Erhöhung der Rentenaltersgrenze auf 67 Jahre. Der sukzessive Abbau der Anreize

4

Millionen DDR-Rentnerinnen und Rentner wurden nach der Wiedervereinigung in das bundesdeutsche System integriert.

▶ Abb 2 **Rentenversicherung — Rentenbestand und Ausgaben**

für Frühverrentung führte 2013 dazu, dass in der Gruppe der 60- bis 65-Jährigen erstmals wieder mehr Menschen erwerbstätig als im Ruhestand waren.[15] ▶ Abb 2

Arbeitslosenversicherung

Die beitragsfinanzierte Erwerbslosenfürsorge nach der Reichsverordnung vom 15. Oktober 1923 vergab ihre Leistungen nach Kriterien der Bedürftigkeit. Das Versicherungssystem entstand mit dem Arbeitsvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungs-Gesetz (AVAVG) vom 16. Juli 1927, das einen Rechtsanspruch auf Arbeitslosengeld ohne Bedürftigkeitsprüfung festschrieb. Die Kopplung an die Vermittelbarkeit beschränkte den Leistungsempfang auf Personen, die arbeitsfähig und -willig sowie unfreiwillig arbeitslos waren. Die Mittel wurden zu gleichen Teilen von Versicherten und Arbeitgebern aufgebracht, wobei der Höchstsatz 3 Prozent des Grundlohns betrug.

Die Konstruktionsmängel der Arbeitslosenversicherung offenbarten sich unmittelbar nach ihrer Einführung. Als die Arbeitslosigkeit im Zuge der Weltwirtschaftskrise dramatisch stieg, wurden durch die zeitliche Begrenzung des Leistungsbezugs auf ein Jahr immer mehr Arbeitslose aus dem Versicherungssystem ausgeschlossen. Für sie trat der Staat mittels der Krisenfürsorge ein, um die Überforderung der kommunalen Fürsorge zu verhindern. Gleichzeitig erwirtschaftete die Arbeitslosenversicherung Gewinne, weil sie immer weniger Leistungsempfänger zählte. Sie erwies sich als tauglich, Konjunkturarbeitslosigkeit aufzufangen, versagte aber in Bezug auf Dauerarbeitslosigkeit. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten ging die Zahl der Leistungsempfänger stark zurück, was nicht nur Arbeitsbeschaffung und Rüstungskonjunktur, sondern auch den Ausschluss von Bevölkerungsgruppen aus dem Sozialversicherungssystem durch das Regime widerspiegelte. ▶ Tab 5

▶ Tab 5 **Arbeitslosenversicherung**

	Einnahmen	Ausgaben		Leistungsempfänger		Anteil der Frauen an den Beziehern von Arbeitslosengeld
		insgesamt	darunter: Arbeitslosen- und Krisenunterstützung (bis 1940); Arbeitslosengeld	Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung (1928–1937); Arbeitslosengeldempfänger	Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung (bis 1937); Arbeitslosenhilfeempfänger (1949–2004); Arbeitslosengeld-II-Empfänger (ab 2005)	
	Mio. Euro	Mio. Euro		1 000		%
	x0301	x0302	x0303	x0304	x0305	x0306
	Deutsches Reich					
1930	546	920	829	1 769	389	–
1935	704	703	377	407	712	–
1940	1 152	918	69	–	–	–
	Bundesrepublik / Alte Bundesländer					
1950	588	450	309	467	805	25
1955	883	663	427	421	366	36
1960	810	315	128	175	51	33
1965	1 046	809	200	97	12	25
1970	1 827	1 998	333	96	17	36
1975	4 721	9 119	3 970	707	110	43
1980	9 740	11 082	4 147	454	122	54
1985	16 383	15 204	7 202	836	617	44
1990	20 811	22 792	8 699	799	433	51
	Deutschland					
1995	46 124	49 648	24 644	1 780	982	46
2000	49 606	50 473	23 611	1 695	1 457	44
2005	52 692	53 089	27 019	1 728	4 982	43
2010	37 070	45 213	16 602	1 024	4 894	42

Die kriegsbedingte Arbeitskräfteknappheit endete mit der Kapitulation im Mai 1945. Bis zur Währungsreform im Juni 1948 hamsterten die Unternehmen Arbeitskräfte, weil Lohnkosten eine geringe Rolle spielten. Nach der Reform war die Beschäftigung leicht rückläufig, weil die Unternehmen die vorher gehorteten Arbeitskräfte freisetzten. Bei Gründung der Bundesrepublik bestand ein Sockel von weit über einer Million Arbeitslosen, die wegen fehlender Anwartschaftszeiten nur zu einem Bruchteil reguläres Arbeitslosengeld erhielten. Die strukturelle Arbeitslosigkeit dieser Jahre war vorrangig ein Ergebnis der Fehlallokation der Flüchtlinge und Vertriebenen. Die boomende Wirtschaft fragte immer mehr Arbeitskräfte nach, sodass bis 1959 Vollbeschäftigung erreicht wurde, das heißt nach internationaler Auffassung eine Arbeitslosenquote unter 3 Prozent. Die Nachfrage nach Arbeitskräften war so groß, dass nicht nur der Zustrom aus der DDR integriert werden konnte, sondern gleichzeitig ausländische Arbeitskräfte angeworben wurden. Nach Ende der Rekonstruktionsperiode und den Ölkrisen der 1970er Jahre stieg die Arbeitslosigkeit wieder schubweise an. Im Konjunkturhoch ging sie aber nicht mehr zurück, sondern eine Sockelarbeitslosigkeit verblieb. Ein weiterer markanter Anstieg war nach 1990 durch den Zusammenbruch der ostdeutschen Planwirtschaft zu verzeichnen. Seit 2006 ist die Arbeitslosenrate in Deutschland wieder rückläufig.[16] ▶ Tab 5, Abb 3

Fürsorge / Sozialhilfe

Seit 1924 legten allgemeine Reichsgrundsätze die Bestimmungen zu „Art und Maß der öffentlichen Fürsorge“ fest, ohne jedoch eine einheitliche Höhe der Unterstützungssätze vorzuschreiben. In der Zwischenkriegszeit stand die Entwicklung der Fürsorgeempfängerstatistik in engem Zusammenhang mit anderen Teilen des Sozialleistungssystems. Mit dem Zusammenbruch des Sozialversicherungssystems im Jahr 1945 schloss die Fürsorge die Lücken bei der Unterstützung der Hilfsbedürftigen. In allen Besatzungszonen verzeichnete man Fürsorgequoten von bis zu 6 Prozent der Gesamtbevölkerung.[17]

53

Milliarden Euro betrugen die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung 2005.

▶ Abb 3 **Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe — Unterstützungsempfänger in Millionen**

Meistenteils handelte es sich bei den Unterstützungsempfängern um Flüchtlinge und Vertriebene, die zu Millionen aus den Ostgebieten eingeströmt waren. Während die DDR den Unterstützungsempfang über eine forcierte Arbeitsintegration rasch abbaute, blieb in der Bundesrepublik ein Sockel von rund einer Million Fürsorgeempfängern bestehen.

1960 trat im Westen ein wesentlicher Reformschritt mit der Einführung der Sozialhilfe ein. Auf der Grundlage des Prinzips der Nachrangigkeit und unter Beibehaltung der Individualisierung wurde die Regelleistung („laufende Hilfe zum Lebensunterhalt") um „Hilfen in besonderen Lebenslagen" erweitert. Zahlenmäßig entwickelte sich der Sozialhilfeempfang parallel mit der steigenden Arbeitslosigkeit. Eine große Reform erlebte das Fürsorgesystem 2005 durch die Hartz-IV-Reform, die für den erwerbsfähigen Teil der Bevölkerung das Arbeitslosengeld II an die Stelle der Sozialhilfe setzte. ▸ Tab 6

Zeitreihen DDR

Begreift man die ▸korporatistische Tradition als die Besonderheit der deutschen Sozialstaatsgeschichte, verblieb auch in der DDR ein Rest an Pfadabhängigkeit. Die unter Bismarck eingeführte Sozialversicherung wurde als Kernstück des Sozialsystems weitergeführt, erfuhr aber tief greifende Änderungen: Die paritätische

▸ **Korporatismus**
Organisierte Interessen sozialer Gruppen beteiligen sich auf direkte Weise an den politischen Entscheidungsprozessen.

▸ Tab 6 **Fürsorge / Sozialhilfe**

	Hilfeempfänger			Fürsorge-/ Sozialhilfe-quote	Aufwand für Fürsorge / Sozialhilfe (Bruttoausgaben)		
	insgesamt	darunter: laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (außerhalb von Einrichtungen)	darunter: Hilfe in besonderen Lebenslagen		insgesamt	darunter: Hilfe zum Lebensunterhalt	darunter: Hilfe in besonderen Lebenslagen
	Mio.	1 000		%	Mio. Euro		
	x0307	x0308	x0309	x0310	x0311	x0312	x0313
	Deutsches Reich						
1930	–	–	–	–	1175	–	–
1935	–	–	–	–	994	–	–
	Bundesrepublik						
1950	1,31	–	–	2,8	506	–	–
1955	1,08	–	–	1,8	638	–	–
1960	0,96	–	–	1,7	613	–	–
1965	1,40	522	862	0,9	1 077	426	651
1970	1,49	528	965	0,9	1 705	604	1 102
1975	2,05	852	1 147	1,4	4 297	1 547	2 751
1980	2,14	851	1 125	1,4	6 783	2 218	4 564
1985	2,81	1 398	1 108	2,3	10 658	4 103	6 555
1990	3,75	1 772	1 510	2,8	16 250	6 635	9 615
	Deutschland						
1995	–	2 516	1 485	3,1	26 669	9 605	17 065
2000	–	2 677	1 459	3,3	23 319	9 777	13 542
2005	–	81	1 008	0,1	19 949	1 163	15 921
2010	–	98	1 192	0,1	23 942	1 196	18 485

Leitungsstruktur wurde abgeschafft, sodass die Arbeitgeber bzw. die Betriebsleitungen nicht mehr an der Leitung der Sozialversicherung beteiligt waren, sondern der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) ihre Verwaltung allein übernahm. Seit 1947 war sie als einheitliche Pflichtversicherung konzipiert und erfasste durchweg rund 90 Prozent der DDR-Bevölkerung. Nur Mitglieder der landwirtschaftlichen und handwerklichen Produktionsgenossenschaften sowie freiberuflich Tätige gehörten der gesonderten Staatlichen Versicherung der DDR an. Die Einheitsversicherung unterteilte sich in einen Kranken- und einen Rentenversicherungszweig. Die Leistungsstruktur wurde zuungunsten des Elements der Versorgung verändert und größere Teile des Sozialrechts auf das Fürsorgeprinzip umgestellt, sodass die Bedürftigkeitsprüfung verstärkt in die Bewilligungspraxis Einzug hielt.

In der Rentenversicherung fand kein großzügiger Ausbau des Leistungssystems statt, und mehr als die Hälfte der Rentnerhaushalte lebte an oder unterhalb der Armutsgrenze. Im Kontrast dazu standen die Äußerungen der Staatsführung, sprach doch Erich Honecker von der „Wertschätzung“, die den „Veteranen der Arbeit“ im sozialistischen Staat zukomme. Die Wiedervereinigung war vor allem für die Rentner ein Erfolg: Mit der Währungsunion stiegen die Renten sofort um ein

▶ Tab 7 **Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten der DDR**

	Versicherte		Finanzierung				Ausgaben			durchschnittliche Altersrente	Empfänger von Leistungen der Sozialfürsorge
	insgesamt	Anteil an der Wohnbevölkerung	Einnahmen	Ausgaben	Staatszuschuss		Durchschnitt pro Versichertem	für Soziales	für Gesundheit		
					insgesamt	Anteil an Ausgaben					
	Mio.	%	Mrd. Mark			%	Mrd. Mark			Mark	1 000
	c0001	c0002	c0003	c0004	c0005	c0006	c0007	c0008	c0009	c0010	c0011
1950	–	96,5*	–	–	–	–	–	–	–	86	527
1953	–	–	5,4	5,5	0,14	2,5	–	3,5	1,9	94	316
1955	16,8	93,4	5,8	6,0	0,15	2,5	470	3,9	2,0	96	–
1957	–	–	6,1	6,7	0,61	9,1	–	4,5	1,9	126	215
1960	13,0	75,4	6,7	8,0	1,30	16,1	618	5,6	2,2	152	167
1963	–	–	6,8	8,5	1,75	20,4	–	5,8	2,5	155	126
1965	13,7	80,2	7,0	9,5	2,53	26,5	699	6,6	2,7	173	95
1967	13,7	80,5	7,4	10,1	2,73	27,0	–	6,9	3,0	175	77
1970	13,9	81,4	8,0	12,2	4,24	34,8	878	8,4	3,6	199	57
1973	–	–	9,3	16,1	6,77	42,0	–	11,3	4,6	253	28
1977	15,2	90,7	11,0	20,6	9,52	46,3	1 420	13,9	6,3	302	20
1980	14,7	87,8	13,3	24,8	11,49	46,3	1 690	17,1	7,4	343	17
1983	14,7	87,9	14,5	26,0	11,46	44,1	1 772	17,1	8,5	–	14
1987	15,1	90,9	16,1	30,1	14,06	46,7	1 992	19,5	10,1	379	7

* 1949

▶ Abb 4 **Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten der DDR**

Viertel, bei niedrigen Renten fast um die Hälfte. Die Entwicklung hielt an, sodass 1997 die Durchschnittsrente Ost fast das Dreifache des Niveaus der Wendezeit erreichte.[18]

Die relativ hohe Arbeitslosigkeit in der DDR 1950 beruhte kaum mehr auf den regionalen Strukturproblemen der Nachkriegszeit, sondern auf der Erweiterung der Arbeitspflicht. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg seit Herbst 1948 vor allem durch die Pflichterfassung von Frauen, die vorher wegen Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen vom Arbeitseinsatz freigestellt waren. Diese Gruppe war selbst mit behördlichem Druck nicht schnell in Arbeit vermittelbar. Dennoch erreichte man in der DDR bereits im Juli 1951 Vollbeschäftigung im oben genannten Sinne. Danach marginalisierte sich das Problem der Arbeitslosigkeit, weil die zentrale Planwirtschaft das verfügbare Arbeitskräftepotenzial wie ein Schwamm aufsog. Die Arbeitslosenversicherung wurde 1978 endgültig abgeschafft.[19] ▶ Tab 7, Abb 4

46,7

Prozent betrug der Staatszuschuss zur Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten in der DDR 1987.

Datengrundlage

Daten zur Sozialpolitik gibt es auch für die Periode vor Einführung der Bismarckschen Sozialversicherung, aber nur auf kommunaler oder einzelstaatlicher Ebene. Erst mit diesem Markstein der deutschen sozialstaatlichen Entwicklung tritt die systematische Sammlung auf Reichsebene durch das Kaiserliche Statistische Amt ein. Diese offiziellen statistischen Daten bilden die Grundlage für die hier zusammengestellten langen Reihen, die mit der Aufnahme des jeweiligen Zweigs der Sozialversicherung in das Statistische Jahrbuch einsetzen. Eine große Hilfe leistete eine Festschrift zum 100-jährigen Bestehen der zentralen amtlichen Statistik Deutschlands[20], die unter Berücksichtigung der zahlreichen methodischen Probleme einen ersten Versuch zur Erstellung säkularer Datenreihen unternahm. Darüber hinaus leisteten die bearbeiteten statistischen Reihen in den Beiheften zur „Geschichte der Sozialpolitik seit 1945“ sowohl für die Bundesrepublik als auch für die DDR wertvolle Dienste.[21]

Die statistischen Lücken, die vor allem für die Perioden der Weltkriege zu beklagen sind, konnten in der vorliegenden Edition nicht geschlossen werden. Die Statistiken zur DDR wurden in einer eigenen Tabelle zusammengeführt, weil das Erhebungssystem sich zu stark von dem westdeutschen unterschied, auch wenn es um scheinbar einfache Kategorien wie den Mitgliedsstand in der Sozialversicherung oder die Ausgaben für ein bestimmtes Risiko ging. In diesem wie in den übrigen Fällen wurden die Grundlagen der statistischen Erhebung aus den benutzten Werken ohne weitere Korrekturen übernommen.

Zum Weiterlesen empfohlen

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung / Bundesarchiv (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, 11 Bde., Baden-Baden 2001 – 2008.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung / Bundesarchiv (Hrsg.): Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914, 4 Abteilungen, 32 Bde., Wiesbaden / Stuttgart / Darmstadt 1966 – 2009.

Johannes Frerich / Martin Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, 3 Bde., München 1993.

Gerd Hardach: Der Generationenvertrag. Lebenslauf und Lebenseinkommen in Deutschland in zwei Jahrhunderten, Berlin 2006.

Hans Günter Hockerts: Der deutsche Sozialstaat. Entfaltung und Gefährdung seit 1945, Göttingen 2011.

Heinz Lampert / Jörg Althammer: Lehrbuch der Sozialpolitik, 8. Aufl., Berlin 2007.

Gabriele Metzler: Der deutsche Sozialstaat. Vom bismarckschen Erfolgsmodell zum Pflegefall, 2. Aufl., München 2003.

Gerhard A. Ritter: Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, 2. Aufl., München 1991.

Manfred G. Schmidt: Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, 2. Aufl., Opladen 1998.

Michael Stolleis: Geschichte des Sozialrechts in Deutschland. Ein Grundriß, Stuttgart 2003.

07 Öffentliche Finanzen

Mark Spoerer

2010 — **1 106 000 000 000 Euro**

Öffentliche Ausgaben
in Deutschland
1990 und 2010:

1990 — **585 000 000 000 Euro**

Anteil des Deutschen Reiches
an den öffentlichen Ausgaben
1913 und 1938:

1913 — **32 Prozent**

1938 — **74 Prozent**

2010 — **24 607 Euro**

Ausgaben der öffentlichen Hand
für soziale Sicherung
im Deutschen Reich
1890 und 1913:

1890 — **64 000 000 Euro**

1913 — **508 000 000 Euro**

Pro-Kopf-Verschuldung
in Deutschland
1990 und 2010:

1990 — **8 415 Euro**

In den öffentlichen Finanzen spiegelt sich der Bedeutungszuwachs des Staates seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wider. Während militärische Aufgaben in den Hintergrund rückten, nahmen die Kosten für Soziales und Ausbildung zu. Entsprechend stieg die steuerliche Gesamtbelastung der privaten Haushalte von etwa 5 Prozent Mitte des 19. Jahrhunderts auf knapp über 20 Prozent seit den 1930er Jahren. Seitdem sind vor allem die Sozialabgaben rasant gestiegen.

Unter den Begriff der öffentlichen Finanzen fallen alle wirtschaftlichen Aktivitäten der staatlichen Gebietskörperschaften (Reich/Bund, Länder und Kommunen sowie Kommunalverbände) und der öffentlichen Unternehmen, die zu Einnahmen und Ausgaben führen. In einem demokratischen Staatswesen delegieren die Bürger Aufgaben an den Staat, für deren Erfüllung (1) öffentliche Ausgaben anfallen, die durch (2) öffentliche Einnahmen, insbesondere Steuern, gedeckt werden sollen. Ist das nicht der Fall, so müssen (3) öffentliche Schulden aufgenommen werden.

Im Mittelalter und der Frühen Neuzeit machten sich die Landesherren und ihre Verwaltung wenig Gedanken über eine rechnungsmäßige Trennung der (privaten) landesherrlichen und der öffentlichen Finanzen. Vor allem in selbstverwalteten Städten, insbesondere Reichsstädten, existierte hingegen bereits ein ordentlich geführter, wenn auch meist nicht öffentlicher Haushalt.

19. Jahrhundert (1815–1918)

Mit dem Umbruch vom spätabsolutistischen *ancien régime* zum frühkonstitutionellen Staat um das Zeitalter der Napoleonischen Kriege („Sattelzeit“) erfolgten in vielen deutschen Staaten grundlegende Reformen der öffentlichen Finanzen. Die nach dem Wiener Kongress 1815 übrig gebliebenen deutschen Staaten waren wegen des Krieges hoch verschuldet und mussten zudem die neu hinzu gewonnenen Territorien verwaltungsmäßig durchdringen und vereinheitlichen, was insbesondere auch die öffentlichen Finanzen betraf. Eine disziplinierende Wirkung entfalteten zudem die Verfassungen, denen sich die meisten deutschen Herrscher unterwarfen, und die ein öffentliches Budget einschließlich Planung, Vollzug und Kontrolle forderten. Ein Jahrhundert später (1926) sollte einer der Begründer der Finanzsoziologie, Rudolf Goldscheid, nüchtern-sarkastisch feststellen, dass „das Budget gleichsam das aller verbrämenden Ideologie entkleidete Gerippe des Staates darstellt“.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts übernahm der Staat immer mehr Aufgaben neben den drei bisherigen klassischen Ausgabenposten Hof, Militär und Verwaltung. Von besonderer Bedeutung war der Auf- und Ausbau des öffentlichen Bildungssystems, das zudem wegen des starken Bevölkerungswachstums im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts vor allem auf kommunaler Ebene enorme Summen kostete. Besondere Bedeutung hatten zu dieser Zeit auch der Aufbau und Betrieb öffentlicher Unternehmen, die aufgrund ihrer netzwerkartigen Struktur starke Elemente eines sogenannten natürlichen Monopols aufwiesen, das heißt, die Gründung eines rivalisierenden Unternehmens wäre ökonomisch ineffizient gewesen. Daher betrieben vor allem die Kommunen Versorgungsbetriebe (Wasser, Gas, Elektrizität) und die Staaten Eisenbahnen in eigener Regie. Letztere waren ursprünglich sehr profitabel, sodass etwa die Monopolgewinne der preußischen Staatseisenbahnen alle Steuereinnahmen dieses Bundesstaats weit in den Schatten stellten und sie selbst noch (als Reichsbahn) in der Weimarer Republik für einen Teil der Reparationszahlungen herhalten mussten. In den 1880er Jahren kamen auf Reichs-

1913

verantworteten die Kommunen 40 Prozent der Einnahmen und Ausgaben.

ebene mit der Krankenversicherung (in Kraft seit 1884), der Unfallversicherung (1885) und dem Vorläufer der Rentenversicherung (1891) die ersten drei Säulen der Sozialversicherung hinzu, die nicht unerhebliche Mittel für die Anschubfinanzierung benötigten.

Auf der Einnahmenseite kam es nach den Reformen um 1820 nur zu behutsamen Änderungen, getreu dem alten Satz von Nicolas Canard aus dem Jahr 1801, dass jede alte Steuer gut und jede neue schlecht sei. Trotz des Erfolgs der 1842 in England eingeführten Einkommensteuer zögerten die deutschen Staaten lange, dieses Instrument konsequent einzusetzen. Dem 1871 gegründeten Deutschen Reich wies die Verfassung als Haupteinnahmequelle die Zolleinnahmen sowie eine Reihe von Verbrauchsteuern zu. In diesem Zusammenhang kam dem Übergang vom Freihandel zur Schutzzollpolitik 1879/80 eine große Bedeutung zu, erweiterte er doch (insbesondere ab 1904) den finanziellen Spielraum des Reiches beträchtlich und half mit, die vielfach geforderte Reichsfinanzreform zu verschieben. In einem komplizierten Ausgleichssystem musste das Reich Einnahmeüberschüsse an die Länder abgeben, konnte jedoch umgekehrt sogenannte Matrikularbeiträge zur Deckung seiner Ausgaben anfordern.

▶ Tab 1 **Ausgaben nach Arten***

	ins-gesamt	davon:			Ausgabenquote (gesamte Ausgaben/BIP)	Pro-Kopf-Ausgaben (gesamte Ausgaben/Bevölkerung)	Personal	laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Renten und Unterstützungen	Baumaßnahmen	Vermögensübertragungen
		Reich/Bund	Länder	Kommunen								
	Mrd. Euro	%				1 000 Euro pro Kopf	Mio. Euro					
	x0314	x0315	x0316	x0317	x0318	x0319	x0320	x0321	x0322	x0323	x0324	x0325
	Deutsches Reich											
1871	–	–	–	–	–	–	–	–	80	–	–	–
1880	–	–	–	–	–	–	–	–	130	–	–	–
1890	–	–	–	–	–	–	–	–	240	–	–	–
1900	–	–	–	–	–	–	–	–	330	–	–	–
1913	4,13	32	28	40	14	0,06	1 270	–	630	110	810	–
1925	7,41	35	27	38	20	0,12	2 200	–	130	1 140	480	–
1929	10,82	37	23	40	24	0,17	2 930	–	680	–	910	–
1932	7,53	32	25	43	26	0,12	2 390	–	610	1 960	240	–
1938	20,14	74	7	19	40	0,29	3 500	–	–	–	–	–
	Bundesrepublik											
1950	14,65	45	30	25	29	0,29	3 070	4 200	320	2 860	1 060	–
1961	48,71	43	34	23	29	0,86	12 630	11 640	1 340	4 100	5 380	1 370
1974	234,43	37	36	27	45	3,78	58 480	49 480	6 510	62 560	19 480	7 750
	DDR											
1950	24,09	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1961	50,76	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1974	103,29	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
	Deutschland											
1990	585,23	38	36	26	45	9,18	127 220	129 940	33 120	181 270	25 650	14 150
2000	960,79	43	35	21	47	11,68	181 860	213 860	67 800	330 400	31 330	30 020
2010	1 105,88	45	34	22	44	13,53	207 860	276 000	58 070	378 200	32 510	25 480

* 1974 Änderung der Systematik

▶ Abb 1 **Anteile der Gebietskörperschaften an den öffentlichen Ausgaben — in Prozent**

▶ Tab 2 **Ausgaben nach Aufgaben***

	Verteidigung	öffentliche Sicherheit und Ordnung, Rechtsschutz	Schulen, Hochschulen, übriges Bildungswesen	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	kulturelle Angelegenheiten	soziale Sicherung	Gesundheit, Sport, Erholung	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung, kommunale Gemeinschaftsdienste	Wirtschaftsförderung	Verkehr und Nachrichtenwesen
	Mio. Euro									
	x0326	x0327	x0328	x0329	x0330	x0331	x0332	x0333	x0334	x0335
	Deutsches Reich									
1871	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1880	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1890	–	–	–	–	–	64	–	–	–	–
1900	–	–	–	–	–	199	–	–	–	–
1913	1 046	321	648	47	–	508	225	–	95	490
1925	324	652	919	88	–	1 548	386	–	160	584
1929	388	792	1 310	129	–	2 421	388	–	243	883
1932	366	646	871	92	–	2 421	252	–	246	478
	Bundesrepublik									
1950	2 181	541	856	209	–	3 785	484	1 519	980	641
1961	6 736	1 895	4 191	690	583	11 326	1 929	3 880	3 241	3 504
1974	15 714	7 108	25 233	2 863	1 376	102 137	10 362	9 457	7 130	11 766
	Deutschland									
1990	28 213	16 950	50 494	6 448	4 613	275 521	25 124	21 862	22 825	16 582
2000	23 123	29 959	81 293	9 114	8 177	513 162	14 387	27 258	37 326	22 579
2010	27 346	37 129	91 941	12 913	9 294	626 162	16 548	20 642	27 463	20 351

* 1974 Änderung der Systematik

Zeitgenossen bezeichneten das Reich als „Kostgänger“ der Länder, während heute gefragt wird, ob dieses System dem Reich nicht insbesondere in der Aufrüstungsphase vor dem Ersten Weltkrieg sehr erleichterte, seinen Haushalt regelmäßig zu überziehen *(soft budget constraint)*.

Die Steuerbelastung stieg im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von etwa 5 Prozent auf 10 Prozent des Volkseinkommens an. Die anfangs schichtenspezifisch, regional und sektoral sehr ungleiche Verteilung der Steuerlast, die gerade in Preußen für die einfachen Leute vergleichsweise hoch war, wurde bis zum Ersten Weltkrieg zunehmend fairer. Entscheidenden Anteil hatte dabei der Übergang zur Einkommensteuer (in Preußen im Zuge der ▸Miquelschen Steuerreformen Anfang der 1890er Jahre), die, anfangs selbst noch von Finanzwissenschaftlern als „terroristisch“ bezeichnet, im boomenden Kaiserreich den Bundesstaaten ergiebige Erträge bescherte, ohne die weniger wohlhabenden Steuerzahler zu stark zu belasten. Dennoch stieg auf allen drei Ebenen (Reich, Bundesstaaten, Kommunen) die öffentliche Schuld fast stetig an. Bemerkenswert ist gerade auch im internationalen Vergleich die große Bedeutung der Kommunen, die 1913 ca. 40 Prozent der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen verantworteten. ▸ Tab 1, Tab 3, Abb 1

Der Erste Weltkrieg führte naturgemäß zu einer massiven Ausweitung der öffentlichen Ausgaben für das Militär und

▸ Miquelsche Steuerreformen
Johannes von Miquel (1828–1901) war von 1890 bis 1901 preußischer Finanzminister. Nach vielen Jahrzehnten Reformstau modernisierte er Anfang der 1890er Jahre die direkten Steuern und führte dabei die in ihren Grundzügen noch heute gültige Einkommensteuer ein.

▸ Tab 3 **Einnahmen (1)***

	ins-gesamt	davon:			Abgaben-quote (gesamte Ein-nahmen/ BIP)	Steuer-quote (gesamte Steuern/ BIP)	Pro-Kopf-Steuern (gesamte Steuern/ Bevölkerung)	Neuver-schul-dungs-quote	Steuereinnahmen			
									ins-gesamt	davon: direkte Steuern		
										ins-gesamt	davon:	
											Lohn-/Ein-kommen-/Körper-schaftssteuer	Vermögensteuern (Grund-, Gebäude-, Gewerbesteuer etc.)
		Reich/ Bund	Län-der	Kom-munen								
	Mio. Euro	%					Euro pro Kopf	%	Mio. Euro			
	x0336	x0337	x0338	x0339	x0340	x0341	x0342	x0343	x0344	x0345	x0346	x0347
	Deutsches Reich											
1913	3 896	29,7	29,5	40,8	13,5	8,0	35	1,7	2 326	1 152	798	353
1925	7 095	37,6	26,0	36,4	19,5	14,2	83	–	5 174	2 134	1 257	877
1929	10 306	37,7	23,0	39,3	22,6	15,0	107	3,5	6 870	3 204	1 832	1 371
1932	7 129	40,1	23,1	36,8	24,7	18,1	81	0,3	5 227	1 857	735	1 122
1938	18 814	69,5	8,2	22,4	37,1	23,0	171	11,0	11 683	5 882	3 972	1 910
	Bundesrepublik											
1950	14 260	48,4	31,2	20,4	28,7	21,7	212	0	10 783	5 232	2 853	2 379
1961	48 883	43,8	35,2	21,0	28,8	23,7	710	1,3	40 151	22 126	15 564	6 562
1974	222 793	38,2	35,9	25,9	42,4	23,3	1 976	2,1	122 495	73 708	59 660	14 048
	DDR											
1950	24 438	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1961	50 981	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1974	104 645	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
	Deutschland											
1990	557 977	39,1	34,5	26,4	42,7	22,2	4 549	4,9	289 921	159 477	130 398	29 079
2000	929 935	45,9	33,1	21,1	45,4	22,8	5 680	1,4	467 252	243 512	204 223	39 289
2010	1 030 908	42,6	34,3	23,1	41,3	21,3	6 491	–	530 587	256 711	204 528	52 183

* 1974 Änderung der Systematik

die Rüstung, der weit geringere Steuererhöhungen gegenüberstanden. Das Reich finanzierte das schnell wachsende Defizit zunächst durch direkte Verschuldung bei seinen Bürgern (Ausgabe von Kriegsanleihen), später jedoch immer stärker durch eine indirekte Verschuldung: Dem in immer größeren Mengen gedruckten Geld standen immer weniger Konsumgüter gegenüber, sodass es im und vor allem nach dem Krieg zu einer starken Inflation kam. Der Übergang zur Hyperinflation 1922/23 machte jede staatliche Rechnungslegung zur Makulatur. Die meisten Zeitreihen (nicht nur) aus dem Bereich der öffentlichen Finanzen weisen daher Lücken für die Jahre zwischen 1914 und 1923, oft auch noch für 1924 auf.

Weimarer Republik (1919–1932)

Einer im Kaiserreich zunehmenden Tendenz kleinerer wohlhabender Kommunen, über die Senkung der Zuschlagsätze zur Einkommensteuer wohlhabende Steuerzahler anzuziehen (Steuerwettbewerb), machte Reichsfinanzminister Mathias Erzberger mit der nach ihm benannten Steuerreform von 1919/20 ein Ende. Auch weil das Reich die Mittel für die Aufbringung der Reparationen beschaffen musste, zentralisierte er die Reichsfinanzen, zu deren wichtigsten Quellen fortan die im Ersten Weltkrieg eingeführte Umsatzsteuer gehörte. Mit dieser Reform schuf Erzberger die Grundlagen, auf denen auch das heutige Steuersystem in Deutschland basiert. ▸ Tab 4

Auf der Ausgabenseite verringerten sich die Aufwendungen für das Militär erheblich – die durch die Bestimmungen des Versailler Vertrags erzwungene Ersparnis lag etwa so hoch wie die vom Reich aufzubringenden und zu transferierenden Reparationen. Die sozialen Folgelasten des Krieges und die Ausweitung des Wohlfahrtsstaats, insbesondere die Einführung der Arbeitslosenversicherung als vierte Säule der Sozialversicherung (in Kraft seit 1928), belasteten die öffentlichen Haushalte erheblich. ▸ Tab 2

Die inländischen öffentlichen Schulden waren 1923 durch frisch gedrucktes Geld beglichen worden, was wirtschaftlich einer gewaltigen Sondersteuer bzw. Teilenteignung der Bevölkerung gleichkam.

▸ Tab 4 **Einnahmen (2)***

	Steuereinnahmen								Gebühren	Schuldenaufnahme insgesamt
	davon:									
	indirekte Steuern									
	insgesamt	davon:								
		Vermögensverkauf	Zölle	allgemeine Umsatz- und Mehrwertsteuern	Verbrauchssteuern auf Genussgüter**	Beförderungssteuern	Mineralölsteuer	Kfz-Steuer		
	Mio. Euro									
	x0348	x0349	x0350	x0351	x0352	x03453	x0354	x0355	x0356	x0357
	Deutsches Reich									
1871	–	–	–	–	–	–	–	–	–	227
1880	–	–	84	–	–	–	–	–	–	373
1890	–	–	188	–	–	–	–	–	–	446
1900	–	–	238	–	–	–	–	–	–	144
1913	1 175	–	347	–	253	23	–	2	563	493
1925	3 040	–	302	717	521	163	–	30	899	–
1929	3 870	204	560	518	817	186	–	107	1 171	1 616
1932	3 498	128	565	692	594	92	3	88	937	87
1938	6 034	234	930	1 716	863	175	55	72	1 483	5 581
	Bundesrepublik									
1950	5 551	75	315	2 427	2 364	123	37	178	820	–
1961	18 027	401	1 529	9 104	3 984	411	1 700	858	2 862	2 216
1974	48 788	943	1 704	26 162	8 920	2	8 207	2 638	11 218	11 006
	Deutschland									
1990	121 565	3 103	3 662	75 459	16 962	0	17 702	4 251	35 097	63 403
2000	223 740	5 241	3 394	140 871	28 729	0	37 826	7 015	26 733	27 855
2010	273 876	5 290	4 378	180 041	35 841	0	39 838	8 488	30 850	317 309

* 1974 Änderung der Systematik
** Zucker-, Kaffee-, Tabak-, Branntwein-, Bier-, Schaumweinsteuern etc.

▶ Tab 5 **Schuldenstand**

	insgesamt	Schuldenquote (gesamte öffentliche Schuld / BIP)	Pro-Kopf-Verschuldung (gesamte öffentliche Schuld / Bevölkerung)
	Mrd. Euro	%	Euro
	x0358	x0359	x0360
	Deutsches Reich		
1871	2,26	26,9	55
1880	3,12	30,8	69
1890	5,93	41,8	121
1900	7,85	46,4	140
1913	13,65	47,1	204
1929	10,74	23,9	170
1932	8,73	43,1	192
1938	14,96	41,6	308
	Bundesrepublik		
1950	10,55	21,2	207
1961	29,19	17,2	516
1974	98,36	18,7	1 584
	Deutschland		
1990	536,22	41,0	8 415
2000	1 210,92	59,1	14 721
2010	2 011,68	80,6	24 607

Während das Reich aufgrund des Dawes-Reparations-Abkommens von 1924 keine Schulden aufnehmen durfte, verschuldeten sich die unteren Gebietskörperschaften, vor allem die Kommunen, in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre kräftig. Kritiker monierten dabei, dass diese Mittel nicht investiv, wie tendenziell vor dem Ersten Weltkrieg, sondern vor allem konsumtiv angelegt wurden, etwa für Grünanlagen und Schwimmbäder. ▶ Tab 5

Nach der 1923/24 erfolgten Stabilisierung der deutschen Währung führte die Hochzinspolitik der Reichsbank dazu, dass öffentliche (wie auch viele private) Anleihen nun im Ausland platziert wurden, sodass es zu einem schnellen Anstieg der deutschen Auslandsverschuldung kam. Letztlich wurden die Reparationen somit durch Aufnahme von Auslandsschulden finanziert, was Deutschland in fatale Abhängigkeit insbesondere von der Konjunktur in den Vereinigten Staaten brachte.

Die Ende 1929 weltweit beginnende, sich in Deutschland seit der Bankenkrise vom Juli 1931 stark verschärfende Wirtschaftskrise stellte die Weimarer Regierungen vor kaum lösbare Probleme. Nach dem Versiegen des Zustroms von ausländischem Kapital musste nun die Reichsregierung die Reparationen tatsächlich dem inländischen Wirtschaftskreislauf entziehen, wie es ursprünglich auch gedacht gewesen war. Die internationalen Reparationsabkommen (Dawes-Plan 1924 und Young-Plan 1929/30) ließen weder eine Verschuldung des Reichs noch eine Abwertung der Reichsmark zu. Die herrschende wirtschaftswissenschaftliche Orthodoxie verlangte zudem ein ausgeglichenes Budget. Der von Juli 1930 bis Mai 1932 amtierende Reichskanzler Brüning erhöhte daher die Steuern und verringerte die Ausgaben (prozyklische Fiskalpolitik), was sich fatal auf die Konjunktur auswirkte und die Arbeitslosigkeit in die Höhe trieb.

Nationalsozialismus (1933–1945)

Die Einführung von Steuergutscheinen, die pünktlich ihre Steuern entrichtende Unternehmen zu einer späteren Steuerersparnis berechtigte, kam zu spät, um die Konjunktur noch vor der Machtübergabe an die von Adolf Hitler geführte Koalition Ende Januar 1933 anzukurbeln. Die Nationalsozialisten übernahmen dieses Modell und gestalteten die Steuerpolitik so um, dass Unternehmen fiskalische Anreize erhielten, die bald infolge der Auf-

▶ Abb 2 **Öffentliche Ausgaben — in Prozent des BIP***

* 1974 Änderung der Systematik

▶ Abb 3 **Anteile der öffentlichen Ausgaben für Verteidigung, soziale Sicherung und Bildung an den gesamten öffentlichen Ausgaben — in Prozent***

* 1974 Änderung der Systematik

rüstungspolitik wieder sprudelnden Gewinne zu investieren, anstatt sie an die Eigentümer auszuschütten. Zudem trieben sie die unter Erzberger begonnene Zentralisierung der öffentlichen Finanzen stark voran, sodass die Länder und Kommunen bald jeglicher fiskalischen Autonomie beraubt waren. ▶ Tab 1, Tab 3, Abb 1

Wie im Ersten Weltkrieg wurden auch im Zweiten Weltkrieg die Steuern angesichts der gewaltig steigenden Ausgaben zunächst nur geringfügig erhöht. Zudem emittierte das Reich im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg keine Kriegsanleihen, sondern finanzierte die Rüstungsausgaben von Anfang an durch eine Ausweitung der Geldmenge. ▶ Tab 3, Abb 2

Da die Konsumenten das Geld kaum ausgeben konnten, landete es auf Sparkonten von Kreditinstituten, die kaum Alternativen hatten, als das Geld an den Staat zu verleihen („geräuschlose Kriegsfinanzierung"). In den rapide steigenden öffentlichen Ausgaben spiegelte sich die Umstellung der gesamten Wirtschaft auf die Erfordernisse der Kriegsführung wider. Zur Kriegsfinanzierung trug auch das besetzte Ausland in verschiedener Form bei (Kontributionen, ungünstige Wechselkurse etc.). ▶ Tab 1, Abb 3

▶ Abb 4 **Steuereinnahmen — in Prozent des BIP**

21,7

Prozent betrug die Steuerquote, das Verhältnis aller Steuereinnahmen zum Bruttoinlandsprodukt, 1950.

21,3

Prozent waren es im Jahr 2010.

Entwicklung seit 1945

Analog zu der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg stand 1945 einem gewaltigen Bestand an Reichsmark nur eine sehr geringe Produktion von Konsumgütern gegenüber. Die daraus resultierende Inflation, die sich wegen der staatlichen Preispolitik nur auf dem Schwarzmarkt zeigte, wurde erst im Juni 1948 mit der Einführung der Deutschen Mark (DM) beendet. Wie schon 1923/24 entledigte sich damit der deutsche Staat seiner inländischen Schuld durch eine zweite große Enteignung, die gerade auch zu Lasten der unteren und mittleren Schichten ging.

Die zweite große Lücke in den hier aufgeführten finanzstatistischen Zeitreihen findet sich somit zwischen 1939 und 1949, dem Jahr der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Für die DDR sind im Tabellenteil nur wenige Daten aufgeführt, da in der Rechnungslegung einer staatlichen Planwirtschaft Steuern ein ganz anderer Stellenwert zukommt als in einer kapitalistischen Marktwirtschaft, in der private und öffentliche Rechnung klar getrennt sind. Daher sind im Tabellenteil lediglich die Ausgaben und Einnahmen der DDR wiedergegeben. ▶ Tab 1, Tab 3

Die Bundesrepublik knüpfte mit ihrer Steuerpolitik an die Weimarer Zeit an. Die fiskalische Stellung der Länder und Kommunen wurde wieder gestärkt, ohne jedoch zu der sehr weitgehenden kommunalen Autonomie der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurückzukehren. ▶ Tab 1, Tab 3, Abb 1

Die Steuerpolitik war zunächst darauf ausgerichtet, den Unternehmen Investitionen zu erleichtern – nur nahm der Staat im Gegensatz zum Dritten Reich kaum Einfluss darauf, wofür investiert wurde. Wie in der Weimarer Zeit stieg auch nach dem Zweiten Weltkrieg der Anteil der öffentlichen Ausgaben für den Ausbau des Wohlfahrtsstaats. ▶ Tab 2, Abb 2

Vor allem die 1957 kurz vor einer Bundestagswahl vorgenommene Dynamisierung der Renten (sie sollten fortan so stark ansteigen wie das Lohnniveau) und die Umstellung der Rentenversicherung auf das Umlageverfahren erwiesen sich als sehr kostspielig (vgl. hierzu den Beitrag zum Thema Sozialpolitik in diesem Band). Dabei unterschieden sich konservativ geführte Regierungen nur wenig von sozialdemokratisch geführten; eine der ersteren führte unter Bundeskanzler Helmut Kohl mit der Pflegeversicherung (in Kraft

▶ Abb 5 **Anteil der direkten und indirekten Steuern am gesamten Steueraufkommen — in Prozent**

seit 1996) sogar die fünfte und bislang letzte Säule der Sozialversicherung ein. Trotz der Wiederbewaffnung seit 1956 errang die Finanzierung des Militärs nicht mehr die Bedeutung wie vor dem Zweiten Weltkrieg. Hingegen verschlang der Ausbau des Bildungssystems, zunehmend auch der des Hochschulsystems, einen immer größeren Anteil der öffentlichen Ausgaben. ▶ Tab 2, Abb 3

Auf der Einnahmenseite setzte die Bundesrepublik zunehmend auf indirekte Steuern. Die 1918 eingeführte Umsatzsteuer wurde sukzessiv von 0,5 auf 4 Prozent (1951) ausgebaut. Sie war zunächst eine Allphasen-Umsatzsteuer, wurde also bei jedem Weiterverkauf erneut erhoben, was mit steigendem Steuersatz immer mehr die vertikale Integration von Unternehmen begünstigte. 1968 erfolgte im Zusammenhang einer Vereinheitlichung in der EWG die Umwandlung in das bis heute gültige Mehrwertsteuerprinzip, bei dem die auf der vorhergehenden Stufe bezahlte Umsatzsteuer als Vorsteuer abgezogen werden kann. Somit wird auf jeder Stufe nur der Mehrwert bzw. die zusätzliche Wertschöpfung besteuert. Der Steuersatz betrug 1968 noch 10 Prozent (bzw. ermäßigt 5 Prozent, vor allem für Lebensmittel) und stieg bis zur bislang (Stand Juni 2015) letzten Erhöhung 2007 auf 19 Prozent (ermäßigt 7 Prozent) an. ▶ Tab 4, Abb 5

Die Mineralölsteuer (seit 2006 Energiesteuer) ist im Gegensatz zur Mehrwertsteuer eine Mengensteuer. Sie wurde 1930 eingeführt, erlangte aber vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg eine immer größere Bedeutung und stellt heute nach der Einkommensteuer und der Mehrwertsteuer den drittgrößten Einnahmeposten. Betrug der Steuersatz 1951 umgerechnet noch 0,07 Euro je Liter Benzin, so stieg er bis in die 1970er Jahre auf etwa das Dreifache. Ein sprunghafter Anstieg des Satzes auf umgerechnet 0,42 Euro je Liter erfolgte 1991 zur Finanzierung der deutschen Wiedervereinigung. Heute (2015) beträgt der Satz 0,65 Euro je Liter Benzin, der zudem noch der Mehrwertsteuer unterliegt. ▶ Tab 4

Indirekte Steuern haben tendenziell eine regressive Wirkung, das heißt, sie belasten ärmere Haushalte relativ stärker als wohlhabende Haushalte, die einen größeren Teil des Einkommens sparen können. Daher ist die seit 1920 reichseinheitliche Einkommensteuer mit progressiven Elementen ausgestaltet. Die politisch stets sehr aufgeladene Diskussion um den Spitzensteuersatz hat immer überdeckt, dass das deutsche Einkommensteuersystem aufgrund seiner Abzugsmöglichkeiten sehr intransparent ist. Die effektive Belastung der Einkommen durch die Einkommensteuer liegt weit unter den jeweiligen Spitzensteuersätzen von 53 Prozent (1950) bzw. 45 Prozent (2015). ▶ Tab 3

Insgesamt weist das Verhältnis aller Steuereinnahmen zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) (Steuer(last)quote) von 1950 bis heute eine bemerkenswerte Konstanz auf; es lag immer zwischen 21 und 25 Prozent. Stark angestiegen sind hingegen die Sozialabgaben. ▶ Tab 3, Abb 4

Die gewaltige absolute Steigerung des Steueraufkommens hat jedoch nicht verhindern können, dass die öffentliche Schuld stark angestiegen ist. In den Jahren hohen Wirtschaftswachstums war die öffentliche Hand überproportional mitgewachsen. Der Rückgang des Wachstums Mitte der 1970er Jahre, der zunächst mit der Ölpreiskrise und von konservativer Seite mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik der sozialdemokratisch geführten Regierungen in Verbindung gebracht wurde, setzte sich auch unter konservativ

geführten Bundesregierungen fort. Die Neuverschuldung der öffentlichen Hand zu bremsen, erwies sich schon wegen des hohen Anteils an Gehältern als ausgesprochen schwierig. Dennoch schien dies Ende der 1980er Jahre erreicht worden zu sein, als die Neuverschuldungs- ▸ („Maastricht"-) Quote auf 1 bis 2 Prozent des BIP zurückging. ▸ Tab 3, Tab 5, Abb 6

Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik („Wiedervereinigung") machte jedoch ab 1990 enorme Investitionen und sonstige Ausgaben erforderlich, die man nur sehr beschränkt mit Steuererhöhungen – so geschehen vor allem bei der Mineralölsteuer und durch die Einführung eines Zuschlags zur Einkommensteuer im Westen („Solidarbeitrag") – finanzieren konnte, wenn man die Konjunktur nicht abwürgen wollte. Die öffentliche Verschuldung stieg daher Anfang der 1990er Jahre stark an. Zusammen mit der Wahrnehmung der demografischen Entwicklung und der bis in die frühen 2000er Jahre scheinbar unaufhaltsam steigenden Arbeitslosigkeit führte dies zu einer Diskussion um den Wohlfahrtsstaat, die bis heute anhält.

▸ Maastricht-Quote
Im Vertrag von Maastricht legten die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union Anfang 1992 fest, dass nur solche Staaten an der Europäischen Währungsunion teilnehmen können, deren jährliche Neuverschuldung dauerhaft unter 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt.

▸ Abb 6 **Schuldenquote: gesamte öffentliche Schuld — in Prozent des BIP**

Datengrundlage

Eine Gesamtstatistik der öffentlichen Finanzen in Deutschland leidet darunter, dass vor allem die (quantitativ sehr bedeutenden) Kommunalfinanzen erst seit unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg vollständig erfasst werden. Daher sind für das 19. Jahrhundert zwar viele finanzstatistische Reihen vorhanden, doch lassen sich diese nicht auf Reichsebene aggregieren. In der Literatur gemachte Angaben für die Rechnungsjahre 1872, 1881, 1891, 1901 und 1907 sind systematisch zu niedrig, da die preußische Kommunalfinanzstatistik bis 1913 lediglich die größeren Kommunen mit einem Gesamtanteil an der preußischen Bevölkerung von nur 36 Prozent (1913) berücksichtigte.[1] Wiedergegeben sind daher hier nur die Zolleinnahmen (die das Reich erhob), die öffentlichen Schulden, die Ausgaben für die staatliche Sozialversicherung und die Zinsausgaben.

Für die Zeit des Ersten Weltkriegs und der Hyperinflation (1914 bis 1923) sind lediglich Angaben über die Gesamtausgaben vorhanden, ebenso wie für das erste darauffolgende einigermaßen normale Jahr 1924. In der Weimarer Republik wurde erstmals eine systematische Reichsfinanzstatistik aufgebaut, die für die Jahre 1925 bis 1939, zum Teil auch noch bis in die frühen 1940er Jahre hinein, verlässliche Ergebnisse liefert. Gleiches gilt auch für die Bundesfinanzstatistik ab 1950.

Erschwert wird die Interpretation dieser Daten jedoch durch Gebietsveränderungen und Umstellungen der Finanzsystematik. Sofern nicht anders vermerkt, sind bei der Interpretation die folgenden Brüche zu beachten: Die Angaben für die Zeit vor 1913 beziehen sich auf das Deutsche Reich einschließlich Elsass-Lothringen. Die Angaben für 1913 und 1925 bis 1932 (Ausgaben) bzw. 1939 (Steuern) sind der bislang letzten historischen Publikation des Statistischen Bundesamts (aus dem Jahre 1972) entnommen.[2] Dabei mussten alle aus dieser Quelle stammenden Angaben für 1913 mit einem Korrekturfaktor von ca. 1,123 erhöht werden, weil man im Statistischen Bundesamt nicht beachtet hatte, dass die in der Weimarer Zeit für 1913 ausgewiesenen Zahlen auf den Gebietsstand von 1925 reduziert worden waren.[3] Der auf das gesamte Reich bezogene Korrekturfaktor ergibt sich aus einer Angabe in einer Publikation des Statistischen Reichsamts.[4] Zahlen nach 1932 bzw. 1939 entstammen dem 1949 erschienenen Statistischen Handbuch für Deutschland. Wenn nicht anders vermerkt, gilt für Zahlenangaben von 1938 bis 1944 der Gebietsstand von 1937.

Die Zahlen für 1950 sind ohne West-Berlin. Während sich alle Angaben bis einschließlich 1959 auf das Fiskaljahr 1.4. bis 31.3. beziehen, stellte die Finanzstatistik 1960 auf das Kalenderjahr um. Werte für 1960 umfassen also nur neun Monate. Die Daten ab 1961 entstammen einschlägigen Publikationen des Statistischen Bundesamts und des Bundesministeriums für Finanzen.

Die Aufgliederung der Steuern folgt dem gegenwärtig vom Bundesfinanzministerium zugrunde gelegten Schema. Zu den direkten Steuern zählen die Steuern auf Einkommen und Vermögen sowie die Erbschaftsteuer. Die indirekten Steuern umfassen die Steuern vom Vermögensverkehr (außer der Erbschaftsteuer) und die Steuern aus der Einkommensverwendung, hier unterteilt nach Vermögensverkehrsteuern, Zöllen, Umsatzsteuer, Vebrauchsteuer, Beförderungsteuer, Energiesteuer, Kfz-Steuer und (nicht ausgewiesene) sonstige. Der Gesamtsteuerbetrag liegt 1990 deutlich höher als die Summe der Einzelbeträge, da die Steuereinnahmen des DDR-Staatshaushalts der zweiten Jahreshälfte der Bundesrepublik zuflossen (8,8 Milliarden Euro).

Zu beachten – insbesondere auch bei der Interpretation der Abbildungen 2 und 3 – ist, dass seit 1974 die finanzstatistische Berichterstattung um die Sozialversicherungsträger und einige weitere verwandte Posten (Bundesanstalt für Arbeit, Zusatzversorgungskassen, kommunale Zweckverbände, Finanzanteile an der EU, Ausgaben der Krankenhäuser und Unikliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen) erweitert worden ist und zu diesem Anlass einige andere Änderungen eingeführt wurden. Daher weisen auch die Gesamtausgaben und -einnahmen 1974 einen Strukturbruch auf, der insbesondere bei der Betrachtung von Relativgrößen (etwa Anteil der Militärausgaben an den Gesamtausgaben) zu beachten ist. Nach Auskunft des Statistischen Bundesamts ist es nicht möglich, die Angaben vor bzw. nach 1974 zu vereinheitlichen. Sinnvolle zeitliche Vergleiche über das Jahr 1974 hinweg sind daher in vielen Fällen nicht möglich. Dem ist in den Abbildungen 2 und 3 entsprechend Rechnung getragen worden.

Zu den Schulden des öffentlichen Sektors finden sich wegen unterschiedlicher Abgrenzungen sehr widersprüchliche Angaben. Hier wurde der Einheitlichkeit wegen für die Zeiträume 1927 bis 1944 und 1950 bis 1986 auf Angaben der Deutschen Bundesbank zurückgegriffen. Diese sind kompatibel mit den Angaben des Statistischen Bundesamts, die als Quelle für den Zeitraum nach 1986 dienen. Die Nettoneuverschuldung ist hier einfach als Differenz zweier aufeinanderfolgender Jahre berechnet. Wegen einer Ausweitung der Erfassungskriterien im Jahre 2010 kann für dieses Jahr die Nettoneuverschuldung und somit auch die Neuverschuldungsquote („Maastricht-Quote“) nicht berechnet werden. Die Angaben für diese beiden letztgenannten Reihen sind mit äußerster Vorsicht zu genießen und sollten im Falle einer eingehenderen Analyse unbedingt mit den einschlägigen Publikationen der Bundesbank oder des Statistischen Bundesamts abgeglichen werden. Dort finden sich auch Hinweise auf weitere, hier nicht genannte kleinere Änderungen der Erfassungskriterien.

Zum Weiterlesen empfohlen

Marc Buggeln: Steuern nach dem Boom: die Öffentlichen Finanzen in den westlichen Industrienationen und ihre gesellschaftliche Verteilungswirkung, in: Archiv für Sozialgeschichte, 52 (2012), S. 47–89.

Marc Hansmann: Vor dem dritten Staatsbankrott? Der deutsche Schuldenstaat in historischer und internationaler Perspektive, München 2012.

Eckart Schremmer: Steuern und Staatsfinanzen während der Industrialisierung Europas. England, Frankreich, Preußen und das Deutsche Reich 1800 bis 1914, Berlin 1994.

Mark Spoerer: The Evolution of Public Finances in Nineteenth-Century Germany, in: José Luis Cardoso/Pedro Lains (Hrsg.): Paying for the Liberal State: The Rise of Public Finance in Nineteenth Century Europe, Cambridge 2010, S. 103–131.

Andreas Thier: Steuergesetzgebung und Verfassung in der konstitutionellen Monarchie. Staatssteuerreformen in Preußen 1871–1893, Frankfurt a. M. 1999.

Hans-Peter Ullmann: Der deutsche Steuerstaat. Geschichte der öffentlichen Finanzen vom 18. Jahrhundert bis heute, München 2005.

08 Politische Partizipation

Marc Debus

1998 — **49 300 000**

2013 — **4,8 Prozent**

Stimmenanteil des liberalen Lagers
bei der Reichstagswahl 1871
und der Bundestagswahl 2013:

1871 — **46,6 Prozent**

Abgegebene Stimmen
bei der Reichstagswahl 1871
und der Bundestagswahl 1998:

1871 — **3 900 000**

Wahlbeteiligung bei
den Reichstagswahlen
1871 und 1912:

1871 — **51 Prozent**

1912 — **84,9 Prozent**

1972 — **46,1 Prozent**

Stimmenanteil des sozialistischen Lagers
bei der Reichstagswahl 1919
und der Bundestagswahl 1972:

1919 — **45,5 Prozent**

Demokratie benötigt politische Beteiligung der Bürger. In diesem Beitrag[1] wird – nach einer kurzen Ausführung zu den Erscheinungsformen und Auswirkungen des Grades politischer Partizipation – nachgezeichnet, wie sich der Anteil der Wahlberechtigten an der Bevölkerung in Deutschland zwischen 1871 und 2013 entwickelt hat, welche Veränderungen es in der Wahlbeteiligung im Zeitverlauf gab und wie groß der Stimmenanteil war, den die ideologischen „Lager" bei Wahlen zum Reichstag und Bundestag auf sich vereinigen konnten.

Demokratie funktioniert nicht ohne ein ausreichendes Maß an politischer Teilhabe. Die Relevanz von Partizipation im Sinne eines aktiven, am politischen Prozess mitwirkenden Bürgers ist nicht neu: In seiner berühmten „Gefallenenrede" betonte schon Perikles, dass nicht der „stille", alles hinnehmende Bürger der Idealtyp sei, sondern vielmehr eine aktive, sich in die Belange des Staates einmischende Bürgerschaft zentral und essenziell für den Fortbestand und den Erfolg eines demokratisch organisierten Staats und dessen Gemeinwesen sei. Vor dem Hintergrund dieser Annahme, auf die sich auch viele jüngere Demokratietheorien stützen[2], und im Hinblick auf den institutionellen Wandel, den die im 19. Jahrhundert etablierten Nationalstaaten über die Zeit hinweg durchlaufen haben, ist es notwendig, Datenmaterial zur Verfügung zu haben, anhand dessen das Ausmaß politischer Beteiligung in für moderne Demokratien zentralen Institutionen beschrieben und analysiert werden kann. Hierzu zählen etwa die Größe der Wählerschaft im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, sodass bemessen werden kann, wie groß die Gruppe in der Bevölkerung eines Staates ist, die an Wahlen teilnehmen und damit die Inhalte von Politik bestimmen darf, die Beteiligung an Wahlen zu Parlamenten und weiteren politischen Ämtern sowie die Stärke politischer Parteien auf der Grundlage der von ihnen erzielten Wahlergebnisse.

Ziel dieses Beitrags ist es, lange Reihen zentraler Indikatoren zur politischen Partizipation in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert zu präsentieren und – vor dem Hintergrund der institutionellen Struktur des jeweils bestehenden politischen Systems in Deutschland – zu interpretieren. Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut: Der zweite Abschnitt gibt einen kurzen Überblick zum Begriff „Partizipation", zu ihren verschiedenen Erscheinungsformen und zur Relevanz des Grades der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger für das Vertrauen in das jeweilige politische System und damit für dessen Stabilität und Fortbestand. Abschnitt drei präsentiert ausgewählte Zeitreihen, die den Grad der politischen Partizipation in Deutschland reflektieren. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf dem Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung, der Beteiligung der Wahlberechtigten an Parlamentswahlen auf nationaler Ebene und den Wahlergebnissen ausgewählter ideologischer „Lager" seit der Etablierung Deutschlands als Nationalstaat im Jahr 1871. Zudem werden die hier präsentierten Daten vor dem Hintergrund der Entwicklung des politischen Systems in Deutschland und dessen Ausprägungen näher interpretiert.

Politische Partizipation: Erscheinungsformen und Implikationen

Politische Partizipation tritt in unterschiedlichen Erscheinungsformen auf und kann – je nach Ausprägung und Ausgestaltung – immense Konsequenzen für den politischen Prozess und dessen Ergebnisse in demokratisch organisierten Staaten haben. Prominente Unterscheidungen wie die von Schultze[3] erfolgen nach der Differenzierung (1) zwischen institutionalisierten, das heißt in der Verfassung verankerten, und nicht-institutionalisierten Formen der Partizipation, (2)

zwischen direkter und indirekter, repräsentativer Teilhabe und (3) zwischen konventionellen und unkonventionellen Ausprägungen der Mitwirkung am politischen Prozess. Für diese Differenzierungen lassen sich leicht Beispiele finden. Während in der Bundesrepublik Deutschland die Beteiligung an einer genehmigten Demonstration für eine direkte, von der Verfassung legitimierte und konventionelle Form der politischen Partizipation steht, so ist die Gründung einer Bürgerinitiative oder die Beteiligung daran ein Beispiel für einen direkten, konventionellen, jedoch nicht-verfassten Typ von politischer Beteiligung. Eine Hausbesetzung oder etwa die Blockierung von Bahngleisen wäre nicht nur direkt und nicht-verfasst, sondern auch unkonventionell.[4] Die drei beispielhaft genannten Formen politischer Partizipation weisen jedoch – aus der Perspektive des jeweils teilnehmenden politischen Akteurs – relativ hohe Kosten im Hinblick auf die in die politische Aktion investierte Zeit sowohl vor, als auch während und auch nach dem politischen Engagement auf. Der einfachste Weg, in modernen, repräsentativ organisierten Demokratien am politischen Prozess teilzuhaben, ist die Beteiligung an Wahlen für öffentliche Ämter oder Parlamente, bei denen Kandidierende verschiedener Parteien, die jeweils unterschiedliche ideologisch-programmatische Positionen vertreten, um die Stimmen der Wahlberechtigten eines Landes werben. Der Beitrag konzentriert sich im Folgenden auf die Entwicklung dieser relativ kostengünstigen, verfassten, repräsentativen und konventionellen Form der politischen Teilhabe in Deutschland im Zeitverlauf und geht der Frage nach, wie sich institutionelle Faktoren, insbesondere in Form der Ausgestaltung des Wahlrechts, auf den Grad der politischen Teilhabe in Deutschland seit 1871 ausgewirkt haben.

Zuvor muss jedoch kurz der Frage nachgegangen werden, warum es relevant ist, sich mit dem Ausmaß politischer Partizipation wissenschaftlich zu beschäftigen. Folgt man der Studie von Easton[5] und damit einem Klassiker der politischen Partizipationsforschung, so hängt das Fortbestehen eines politischen Systems maßgeblich davon ab, ob es in ausreichendem Maß politisch von den Bürgerinnen und Bürgern unterstützt wird. Nur wenn die Individuen dem politischen System durchgängig ein hohes Maß an Vertrauen und damit Unterstützung entgegenbringen, kann es sich gegenüber den sich ständig verändernden externen Einflussfaktoren – etwa internationale ökonomische Krisen oder außenpolitische Konflikte und militärische Auseinandersetzungen – langfristig behaupten. Die Makroebene – demokratische politische Systeme und ihre Institutionen – braucht daher auf der Mikroebene Bürgerinnen und Bürger, die am politischen Prozess, etwa durch die Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen, teilhaben und so eine legitimierte Basis für das politische Handeln der gewählten Repräsentanten schaffen.[6]

Eine niedrige Wahlbeteiligung kann Folgen für die Inhalte und Ergebnisse von Politik haben. Wenn etwa bestimmte soziale Gruppen unter den tatsächlich Wählen-

3,9
Millionen Stimmen wurden bei der Reichstagswahl 1871 abgegeben.

49,3
Millionen gültige Stimmen waren es bei der Bundestagswahl 1998.

▶ Tab 1 **Teilnahme an Wahlen**

	Teilnahme an Wahlen			Wahlergebnisse				
	Wahl-berechtigte an der Bevölkerung	Wahl-beteiligung	abgegebene Stimmen; ab 1919: gültige Stimmen	Sozialistisches Lager	Liberale	Konservative	Katholiken/ Christdemokraten	Antisemiten/ Rechtsextreme/ NSDAP
	%		Mio.	%				
	x0361	x0362	x0363	x0374	x0388	x0398	x0403	x0411
	Deutsches Reich							
1871	18,7	51,0	3,9	3,2	46,6	23,0	18,6	–
1874	20,3	61,2	5,2	6,8	39,7	14,1	27,9	–
1877	20,5	60,6	5,4	9,1	38,2	17,6	24,8	–
1878	20,7	63,4	5,8	7,6	33,6	26,6	23,1	–
1881	20,0	56,3	5,1	6,1	37,8	23,7	23,2	–
1884	20,3	60,6	5,7	9,7	36,9	22,1	22,6	–
1887	20,6	77,5	7,6	10,1	36,3	25,0	20,1	0,2
1890	20,6	71,6	7,3	19,7	34,3	19,1	18,6	0,7
1893	20,9	72,5	7,7	23,3	27,8	19,2	19,1	3,4
1898	21,0	68,1	7,8	27,2	23,6	15,5	18,8	3,7
1903	21,4	76,1	9,5	31,7	23,1	13,5	19,7	2,6
1907	21,5	84,7	11,3	29,0	25,4	13,6	19,4	2,2
1912	21,8	84,9	12,3	34,8	25,9	12,2	16,4	2,5
1919	58,5	83,0	30,4	45,5	23,0	10,6	19,7	–
1920	58,0	79,2	28,2	41,6	22,2	16,2	17,8	–
4.5.1924	61,9	77,4	29,3	33,9	14,9	22,6	16,6	6,6
7.12.1924	62,5	78,8	30,3	35,2	16,4	23,0	17,3	3,0
1928	64,8	75,6	30,8	40,5	13,6	18,9	15,2	2,6
1930	66,8	82,0	35,0	37,6	8,5	12,2	14,8	18,3
31.7.1932	68,1	84,1	36,9	36,2	2,2	7,2	16,1	37,4
6.11.1932	68,4	80,6	35,5	37,3	2,8	9,8	15,3	33,1
1933	68,1	88,8	39,3	30,6	1,9	8,6	13,9	43,9
	Bundesrepublik							
1949	63,4	78,5	23,7	34,9	11,9	4,0	34,1	1,8
1953	64,5	86,0	27,6	31,0	9,5	3,3	46,0	1,1
1957	66,0	87,8	29,9	31,8	7,7	3,4	50,2	1,0
1961	66,7	87,7	31,6	38,2	12,8	–	45,3	0,8
1965	65,7	86,8	32,6	40,6	9,5	–	47,6	2,0
1969	64,4	86,7	33,0	42,7	5,8	–	46,1	4,3
1972	67,2	91,1	37,5	46,1	8,4	–	44,9	0,6
1976	68,4	90,7	37,8	42,9	7,9	–	48,6	0,3
1980	70,2	88,6	37,9	43,1	10,6	–	44,5	0,2
1983	71,8	89,1	38,9	38,4	7,0	–	48,8	0,2
1987	74,2	84,3	37,9	37,0	9,1	–	44,3	0,6
	Deutschland							
1990	75,8	77,8	46,5	35,9	11,0	–	43,8	2,4
1994	74,1	79,0	47,1	40,8	6,9	–	41,4	1,9
1998	74,1	82,2	49,3	46,0	6,2	–	35,1	3,3
2002	74,4	79,1	48,0	42,5	7,4	–	38,5	1,0
2005	75,1	77,7	47,3	42,9	9,8	–	35,2	2,2
2009	76,0	70,8	43,4	34,9	14,6	–	33,8	1,9
2013	76,9	71,5	43,7	34,3	4,8	–	41,5	1,5

den über- bzw. unterrepräsentiert sind, dann besteht der Anreiz für die gewählten Repräsentanten, die Politikinhalte so zu gestalten, dass diese eher den sozialen Gruppen entsprechen und zu Gute kommen, die eine höhere Bereitschaft zur Wahlteilnahme aufweisen. Was ist der theoretische Hintergrund für diesen Mechanismus? Wenn Parteien und ihre Kandidierenden vor allem das Ziel der Maximierung ihres Stimmenanteils und die Wiederwahl verfolgen[7] und die Wählenden sich zu einem nicht unbedeutenden Grad auch auf Basis der inhaltlichen Versprechungen von Parteien und Kandidierenden entscheiden, wie von zahlreichen Studien empirisch nachgewiesen wurde[8], dann besteht für um Stimmen werbende, responsiv handelnde – das heißt die Interessen der Bürgerinnen und Bürger aufgreifende – politische Akteure ein deutlicher Anreiz, solche Politikinhalte zu implementieren, von denen vor allem diejenigen sozialen Gruppen profitieren, die eine höhere Bereitschaft zur politischen Partizipation aufweisen.[9] Dies impliziert die Gefahr der systematischen Vernachlässigung der Interessen der Teile der Wählerschaft, die mit höherer Wahrscheinlichkeit nicht wählen gehen.[10] Für die Ergebnisse des politischen Prozesses wie Regierungsbildung und Regierungshandeln kommt es also nicht nur darauf an, wie hoch die Wahlbeteiligung ausfällt, sondern auch, dass die verschiedenen Gruppen einer Gesellschaft sich zu gleichen Maßen an Wahlen zu öffentlichen Ämtern beteiligen. Während das individuelle Verhalten von einer Vielzahl sozioökonomischer und sozialisationsbedingter Faktoren – etwa Alter, Einkommen, Bildung, politisches Interesse und politische Einstellungen sowie dem regional-familiären Umfeld und dem jeweiligen „sozialen Kapital“ – abhängt[11], die hier im Folgenden nicht näher beleuchtet werden können, so ist ein zentraler institutioneller Faktor das jeweilige Wahlrecht, das definiert, welche Teile der Bevölkerung überhaupt am politischen Prozess in Form der Partizipation an Wahlen teilnehmen dürfen. Im Folgenden wird daher nicht nur die Wahlbeteiligung bei Wahlen zum Reichstag und Bundestag in Deutschland seit 1871 betrachtet, sondern in einem vorgelagerten Schritt untersucht, wie groß überhaupt der Anteil der wahlberechtigten Staatsangehörigen an der Gesamtbevölkerung war. Schließlich werden die Stimmenanteile der Parteien ausgewählter ideologischer „Lager“ im Zeitverlauf analysiert, um die – im Großen und Ganzen hohe – Stabilität der ideologischen Grundausrichtung der Wählenden trotz massiver Erweiterungen des Elektorats um große Teile der deutschen Bevölkerung im Zeitverlauf von rund 130 Jahren nachzuzeichnen.

Entwicklung der politischen Partizipation in Deutschland seit 1871

Die Darstellung konzentriert sich im Folgenden auf die in modernen, repräsentativ organisierten Demokratien am häufigsten angewandte und – für die Bürgerinnen und Bürger – am wenigsten kostenintensive Form der politischen Partizipation und untersucht den Grad der Teilnahme an Wahlen zum Parlament auf nationaler Ebene in Deutschland seit 1871. Der erste Schritt liegt zunächst darin festzustellen, wie groß der Kreis derjenigen Bevölkerungsteile war, die überhaupt an einer Wahl zum Reichstag von 1871 bis 1933 bzw. zum Deutschen Bundestag teilnehmen durften. In einem zweiten Schritt geht der Beitrag der Frage nach, wie sich der Anteil der Wahlberechtigten, die an einer Reichstags- bzw. Bundestagswahl teilgenommen haben, über die Zeit entwi-

▶ Abb 1 **Anteil der Wahlberechtigten zu Reichstags- und Bundestagswahlen an allen Einwohnern — in Prozent**

ckelt hat. Schließlich wird die Entwicklung der Ergebnisse der aus mitunter mehreren Parteien mit ähnlicher ideologischer Ausrichtung zusammengesetzten „Lager“ [12] näher beleuchtet, die Deutschland aufgrund ihrer Kontrolle über Mandate in Parlament und Regierung seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert maßgeblich geprägt haben.

Anteil der Wahlberechtigten

Der Anteil der Wahlberechtigten eines Staates gibt Aufschluss darüber, wie exklusiv das Wahlrecht im Hinblick auf die Anzahl der Menschen ist, die am politischen Prozess durch die Wahl von Repräsentanten und damit indirekt an der Gestaltung politischer Inhalte teilhaben können. Tabelle 1 und Abbildung 1 illustrieren, zu welchem Grad die Einwohnerinnen und Einwohner Deutschlands seit 1871 bei Wahlen zum Reichstag und Bundestag aufgrund des – sich über die Zeit verändernden – Wahlrechts eingebunden wurden. So waren bei den Wahlen zum Reichstag im Deutschen Kaiserreich von 1871 bis 1912 nur männliche deutsche Staatangehörige ab der Vollendung ihres 25. Lebensjahres, die zudem nicht unter Vormundschaft standen, sich nicht im Konkurs befanden oder Armenunterstützung erhielten, berechtigt teilzunehmen, was in diesem Zeitraum einem Anteil von rund einem Fünftel der Bevölkerung gleichkam. Mit der Ausweitung des Wahlrechts auf die weiblichen deutschen Staatsangehörigen und die Senkung des Wahlalters auf 20 Jahre stieg dieser Wert auf 58,5 Prozent bei der Wahl zur Nationalversammlung 1919 sprunghaft an.[13] Im Verlauf der Weimarer Republik stieg der Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung weiter an und erreichte bei der Reichstagswahl im November 1932 einen Wert von 68,4 Prozent, was mit dem Erreichen des Wahlalters durch die hohe Anzahl an Staatsangehörigen erklärt werden kann, die zwischen den Jahren 1900 und 1910 geboren wurden.

Zur Wahl des ersten Deutschen Bundestages im Jahr 1949, bei der das Alter zur Erlangung des aktiven Wahlrechts wieder auf 21 Jahre erhöht wurde, lag der Anteil der Wahlberechtigten an allen Einwohnern Westdeutschlands bei 63,4 Prozent. Dieser Wert wuchs im Zeitverlauf auf mehr als 70 Prozent an (zur Bundestagswahl 2013 lag der Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung bei 76,9 Prozent), was zum einen mit dem Absenken des Wahlalters auf 18 Jahre ab der Bundestagswahl 1972 als auch mit dem Anwachsen der Lebenserwartung erklärt werden kann. Letzteres führt zu einem immer größer werdenden Anteil der über 18 Jahre alten Bevölkerung in Deutschland an der Gesamtbevölkerung. Zusammengefasst bleibt festzuhalten, dass sich der Anteil der vom Wahlrecht und damit einer grundlegenden Form der politischen Partizipation in modernen Demokratien ausgeschlossenen Bevölkerung in Deutschland signifikant von rund 80 Prozent auf etwa 25 Prozent verringert hat. Unter der Annahme, dass es Parteien und ihren Vertretern um Stimmenmaximierung geht, müssen die politischen Interessen eines nunmehr großen Teils der Bevölkerung von den für Parlamentsmandate kandidierenden Parteienvertreterinnen und -vertretern aufgegriffen werden. Dennoch hat nach wie vor ein nicht unbedeutender Teil der Bevölkerung, vor allem Kinder und Jugendliche sowie Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, keine Möglichkeit, sich an Wahlen zu beteiligen und damit seine Interessen an politische Vertreter zu delegieren, was zu einer Debatte um Reformen des Wahlrechts geführt hat.[14] ▸ Tab 1, Abb 1

Wahlbeteiligung

Neben dem Anteil der vom Wahlrecht berücksichtigten Teile einer Gesellschaft ist ein zweites Maß für politische Partizipation der Anteil der Wahlberechtigten, die von ihrer Möglichkeit der Teilnahme am politischen Prozess Gebrauch machen. Daher werden der Anteil der an Wahlen partizipierenden Wahlberechtigten und seine Entwicklung im Zeitverlauf im Folgenden etwas genauer betrachtet. Zu beachten ist hierbei, dass auf diesen Wert nicht nur die Ausgestaltung des Wahl-

58,5

Prozent der deutschen Bevölkerung durften bei der Wahl zur Nationalversammlung 1919 wählen.

76,9

Prozent waren es bei der Bundestagswahl 2013.

▶ Abb 2 **Entwicklung der Wahlbeteiligung an Reichstags- und Bundestagswahlen von 1871 bis 2013 — in Prozent**

91,1

Prozent der Wahlberechtigten beteiligten sich im Jahr 1972 an der Bundestagswahl – ein bisher erreichter Höchstwert.

rechts einwirkt, sondern vielmehr auch die Werte und Einstellungen der Individuen, welche – je nach persönlichem Kontext – eine höhere oder niedrigere Bereitschaft zur Teilnahme an Wahlen zum Reichstag oder Bundestag aufweisen können.

Tabelle 1 und Abbildung 2 geben die Anzahl der Wählenden sowie deren Anteil an allen Wahlberechtigen wieder, die an den Wahlen im Beobachtungszeitraum teilgenommen haben. Die Beteiligung an den Wahlen zum deutschen Parlament stieg im Laufe des Kaiserreichs von 1871 bis 1912 von 51 Prozent auf 84,9 Prozent aller Wahlberechtigten deutlich an. In der Weimarer Republik ist zunächst ein Absinken der Wahlbeteiligung von 83 Prozent bei der Wahl zur Nationalversammlung 1919 auf 75,6 Prozent zur Reichstagswahl 1928 zu beobachten. In den Krisenjahren der ersten deutschen Demokratie ab 1929 stieg die Teilnahme an den Reichstagswahlen wieder deutlich an und erreichte bei der letzten, noch halbwegs freien Reichstagswahl im März 1933 ein „Allzeithoch“ von 88,8 Prozent. Angesichts der Stärke der die parlamentarische Demokratie ablehnenden Parteien KPD, DNVP und NSDAP bei den Reichstagswahlen in diesem Zeitraum ist eine hohe Wahlbeteiligung offenbar nicht automatisch ein Indikator für die Zufriedenheit der Wählerschaft mit dem politischen System und seinen Grundprinzipien, wie dies vielfach in den Medien nach Wahlen, die durch eine geringe Wahlbeteiligung gekennzeichnet sind, behauptet wird. ▶ Tab 1, Abb 2

Bei den ersten Wahlen zum Deutschen Bundestag nach der nationalsozialistischen Diktatur im September 1949 lag die Wahlbeteiligung bei 78,5 Prozent und damit deutlich unter den Werten aus den frühen 1930er Jahren. Im Laufe der 1950er, 1960er und insbesondere der 1970er Jahre stieg der Anteil der Bürgerinnen und Bürger, die von ihrem Wahlrecht bei Bundestagswahlen Gebrauch machten, deutlich an und erreichte 1972 und 1976 Höchstwerte von 91,1 Prozent bzw. 90,6 Prozent. Auch 1980 und 1983 blieb der Anteil der abgegebenen Stimmen an der Zahl der Wahlberechtigten mit 88,6 Prozent bzw. 89,1 Prozent sehr hoch. Seit der Bundestagswahl 1987 geht die Wahlbeteiligung nahezu kontinuierlich zurück – eine Ausnahme bilden die Wahlen 1994, 1998 und

2013 – und erreichte mit einem Wert von 70,8 Prozent im Jahr 2009 einen Tiefpunkt, der – wenn man die Zeitreihe in Tabelle 1 heranzieht – zuletzt bei der Reichstagswahl 1884 niedriger war. Auch wenn – wie das Beispiel der Reichstagswahlen aus den Jahren 1930, 1932 und 1933 gezeigt hat – von hohen Wahlbeteiligungswerten nicht automatisch auf eine hohe Zufriedenheit sowie ein hohes Vertrauen in das bestehende politische System und seine Institutionenstruktur geschlossen werden kann, so lässt doch der – historisch-vergleichend betrachtet – sehr niedrige Wert von 2009 aufhorchen, der sich auch bei der Bundestagswahl 2013, an der sich 71,5 Prozent der Wählerinnen und Wähler beteiligten, nicht wesentlich erhöht hat. ▸ Tab 1, Abb 2

Wahlergebnisse nach ideologischen Lagern

Abschließend soll ein Blick auf die Entwicklung des Abschneidens der ideologischen Lager bei Reichstags- und Bundestagswahlen seit 1912 geworfen werden, was Aufschluss über die Einstellungen der Wählerschaft im Zeitverlauf bringen soll und zudem die Beantwortung der Frage zulässt, ob die Ausdehnung des Wahlrechts auf Frauen 1919 und auf jüngere Bevölkerungsgruppen in den Jahren 1919 und 1972 Auswirkungen auf die Stärke der Parteien hatte. Die Tabellen 2 bis 6 geben die aufsummierten Stimmenanteile der Parteien wieder, die – in Anlehnung an die Studie von Rohe [15] – zu ideologisch ähnlich ausgerichteten „Parteifamilien“[16] oder „Lagern“ gehören.[17] Dies ist einmal das „sozialistische“ Lager, zu dem die SPD bzw. ihre Vorläuferin, die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), die Kommunistische Partei (KPD/DKP), die Deutsche Friedensunion (DFU), die Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) sowie die Linke zählen. Als Parteien des liberalen Lagers gelten im Kaiserreich die Nationalliberalen, die Deutsche Freisinnige Partei, die Liberale Vereinigung und die Deutsche Fortschrittspartei. In der Weimarer Republik gehören die Deutsche Demokratische Partei (DDP; ab 1930: Deutsche Staatspartei (DStP)) sowie die Deutsche Volkspartei (DVP) zur liberalen Parteifamilie und in der Bundesrepublik ab 1949 die Freien Demokraten (FDP). Zu den parteipolitischen Vertretern des konservativen Lagers wird für den Zeitraum des Kaiserreichs die Deutsche Reichspartei sowie die Deutschkonservative Partei gezählt, für die Weimarer Republik die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), das Deutsche Landvolk, die Deutsche Bauernpartei, der Landbund sowie die Deutsch-Hannoversche Partei und für die Bundesrepublik die Deutsche Partei. Das katholische bzw. ab 1949 christdemokratische Lager besteht aus der Zentrumspartei sowie von 1919 bis 1933 aus Zentrum und Bayerischer Volkspartei. Für den Zeitraum ab 1949 werden zur Ermittlung der Stärke des katholisch-christdemokratischen Lagers die Stimmenanteile von CDU und CSU sowie des Zentrums aufaddiert. Das rechtsextreme, antisemitisch durchsetzte Lager besteht zu Zeiten des Kaiserreiches aus den Antisemiten, während der Weimarer Republik aus der NSDAP und seit 1949 aus den rechtsextremen Parteien Deutsche Konservative Partei/Deutsche Rechtspartei (DKP/DRP), der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), den Republikanern (REP) und der Deutschen Volksunion (DVU). Abbildung 3 vermittelt eine Übersicht zur Entwicklung des Stimmenanteils der jeweiligen ideologischen „Lager“ im Zeitverlauf von 1871 bis 2013. ▸ Abb 3

Die Ergebnisse zeigen, dass das sozialistische Lager während des Kaiserreiches und damit während des Industrialisierungsprozesses an immer stärkerem Rückhalt in der Wählerschaft gewann, sodass die SPD bei der Reichstagswahl 1912 knapp 35 Prozent der Stimmen erreichte. ▸ Tab 2

Jedoch spiegelt sich die zunehmende Stärke der Sozialdemokratie nicht adäquat durch den Grad ihrer parlamentarischen Repräsentation im Reichstag wider. Der Grund dafür war, dass die Wahlkreiseinteilung trotz der massiven Bevölkerungsbewegungen in die industriellen Bal-

70,8

Prozent Wahlbeteiligung 2009 waren der geringste Wert bei Wahlen zum Deutschen Bundestag.

▶ Abb 3 **Stimmenanteile fünf ausgewählter ideologischer Lager seit 1871 im Zeitverlauf — in Prozent**

45,5

Prozent der Stimmen konnte das sozialistische Lager aus SPD und USPD bei der Wahl 1919 auf sich vereinigen.

lungszentren und der damit verbundenen zunehmenden Urbanisierung zwischen 1871 bzw. 1873 und 1912 nicht verändert wurde.[18] Da die Hochburgen der SPD vor allem in städtisch-industriell geprägten Regionen des Deutschen Reiches lagen, profitierten vor allem die in den ländlichen Regionen überdurchschnittlich starken konservativen Parteien von der nicht veränderten Wahlkreiseinteilung. Lösche[19] verdeutlicht dies an folgendem Beispiel: Zur Reichstagswahl 1912 gab es 12 000 Wählende im ländlichen Wahlkreis Schaumburg-Lippe, während der gewählte Abgeordnete des urbanen Berliner Wahlkreises Teltow-Charlottenburg rund 300 000 Wählende im Reichstag vertrat. Dieser Zusammenhang wird auch durch eine genauere Betrachtung der Ergebnisse in den Wahlkreisen des Kaiserreichs für die Reichstagswahlen 1898 deutlich, bei denen die Sozialdemokraten 27,2 Prozent der Stimmen gewannen, aber nur in 56 – meist urbanen – Wahlkreisen die Mehrheit und damit ein Mandat erringen konnten. Die Deutsch-Konservative Partei gewann ebenfalls 56 Sitze im 1898 gewählten Reichstag, allerdings genügte ihr dafür ein reichsweiter Stimmenanteil von 11,1 Prozent.

Zu den Wahlen in der Weimarer Republik, bei denen sich das sozialistische Lager zunächst in SPD und „Unabhängige Sozialdemokraten", später in SPD und KPD spaltete, sahen sich die entsprechenden Parteien zusammen bei regelmäßig mehr als 30 Prozent der Stimmen; 1919, 1920 und 1928 konnten die Parteien des sozialistischen Lagers sogar mehr als 40 Prozent der Stimmen erreichen. Das liberale Lager verlor zwischen 1871 und 1933 kontinuierlich an Bedeutung; gleiches, wenn auch in weniger starkem Ausmaß, gilt für die Parteien des konservativen Lagers. ▶ Tab 3, Tab 4

Hingegen blieb die Unterstützung des katholischen Zentrums nahezu unverändert, wenn auch dessen Stimmenanteile in der Weimarer Republik nicht wieder

▶ Tab 2 **Sozialistisches Lager**

	SPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)	Kommunistische Partei Deutschlands/ Deutsche Kommunistische Partei (KPD/DKP)	Deutsche Friedens-Union (DFU)	PDS/Linke	Sozialistisches Lager insgesamt	
	%					%	Mio.
	x0369	x0370	x0371	x0372	x0373	x0374	x0375
	Deutsches Reich						
1871	3,2	–	–	–	–	3,2	0,1
1874	6,8	–	–	–	–	6,8	0,4
1877	9,1	–	–	–	–	9,1	0,5
1878	7,6	–	–	–	–	7,6	0,4
1881	6,1	–	–	–	–	6,1	0,3
1884	9,7	–	–	–	–	9,7	0,6
1887	10,1	–	–	–	–	10,1	0,8
1890	19,7	–	–	–	–	19,7	1,4
1893	23,3	–	–	–	–	23,3	1,8
1898	27,2	–	–	–	–	27,2	2,1
1903	31,7	–	–	–	–	31,7	3,0
1907	29,0	–	–	–	–	29,0	3,3
1912	34,8	–	–	–	–	34,8	4,3
1919	37,9	7,6	–	–	–	45,5	13,8
1920	21,6	17,9	2,1	–	–	41,6	11,7
4.5.1924	20,5	0,8	12,6	–	–	33,9	9,9
7.12.1924	26,0	0,3	8,9	–	–	35,2	10,7
1928	29,8	0,1	10,6	–	–	40,5	12,4
1930	24,5	–	13,1	–	–	37,6	13,2
31.7.1932	21,6	–	14,6	–	–	36,2	13,3
6.11.1932	20,4	–	16,9	–	–	37,3	13,2
1933	18,3	–	12,3	–	–	30,6	12,0
	Bundesrepublik						
1949	29,2	–	5,7		–	34,9	8,3
1953	28,8	–	2,2		–	31,0	8,6
1957	31,8	–	–		–	31,8	9,5
1961	36,2	–	–	1,9	–	38,2	12,0
1965	39,3	–	–	1,3	–	40,6	13,2
1969	42,7	–	–	–	–	42,7	14,1
1972	45,8	–	0,3	–	–	46,1	17,3
1976	42,6	–	0,3	–	–	42,9	16,2
1980	42,9	–	0,2	–	–	43,1	16,3
1983	38,2	–	0,2	–	–	38,4	14,9
1987	37,0	–	–	–	–	37,0	14,0
	Deutschland						
1990	33,5	–	–	–	2,4	35,9	16,7
1994	36,4	–	–	–	4,4	40,8	19,2
1998	40,9	–	–	–	5,1	46,0	22,7
2002	38,5	–	–	–	4,0	42,5	20,4
2005	34,2	–	–	–	8,7	42,9	20,3
2009	23,0	–	–	–	11,9	34,9	15,1
2013	25,7	–	–	–	8,6	34,3	15,0

▶ Tab 3 **Liberale**

	National-liberale Partei (NLP)	Deutsche Frei-sinnige Partei (DFP)	Liberale Reichs-partei (LRP)	Deutsche Fort-schritts-partei (DFP)	Deutsche Volks-partei (DtVP)	Frei-sinnige Volks-partei (FVp)	Frei-sinnige Vereini-gung (FVg)	Fort-schritt-liche Volks-partei (FVP)	Unab-hängige und sonstige Liberale	Deutsche Volks-partei (DVP)	Deutsche Demo-kratische Partei/ Deutsche Staats-partei (DDP/DStP)	FDP	Liberale insgesamt	
	%												%	Mio.
	x0376	x0377	x0378	x0379	x0380	x0381	x0382	x0383	x0384	x0385	x0386	x0387	x0388	x0389
	Deutsches Reich													
1871	30,1	–	7,2	8,8	0,5	–	–	–	–	–	–	–	46,6	1,8
1874	29,7	–	1,0	8,6	0,4	–	–	–	–	–	–	–	39,7	2,1
1877	27,2	–	–	7,7	0,8	–	–	–	2,5	–	–	–	38,2	2,1
1878	23,1	–	–	6,7	1,1	–	–	–	2,7	–	–	–	33,6	1,9
1881	14,7	–	–	12,7	2,0	–	–	–	8,4	–	–	–	37,8	1,9
1884	17,6	17,6	–	–	1,7	–	–	–	–	–	–	–	36,9	2,1
1887	22,2	12,9	–	–	1,2	–	–	–	–	–	–	–	36,3	2,7
1890	16,3	16,0	–	–	2,0	–	–	–	–	–	–	–	34,3	2,5
1893	13,0	–	–	–	2,2	8,7	3,9	–	–	–	–	–	27,8	2,1
1898	12,5	–	–	–	1,4	7,2	2,5	–	–	–	–	–	23,6	1,8
1903	13,8	–	–	–	1,0	5,7	2,6	–	–	–	–	–	23,1	2,2
1907	14,5	–	–	–	1,2	6,5	3,2	–	–	–	–	–	25,4	2,9
1912	13,6	–	–	–	–	–	–	12,3	–	–	–	–	25,9	3,2
1919	–	–	–	–	–	–	–	–	–	4,4	18,6	–	23,0	7,0
1920	–	–	–	–	–	–	–	–	–	13,9	8,3	–	22,2	6,3
4.5.1924	–	–	–	–	–	–	–	–	–	9,2	5,7	–	14,9	4,3
7.12.1924	–	–	–	–	–	–	–	–	–	10,1	6,3	–	16,4	5,0
1928	–	–	–	–	–	–	–	–	–	8,7	4,9	–	13,6	4,2
1930	–	–	–	–	–	–	–	–	–	4,7	3,8	–	8,5	3,0
31.7.1932	–	–	–	–	–	–	–	–	–	1,2	1,0	–	2,2	0,8
6.11.1932	–	–	–	–	–	–	–	–	–	1,9	1,0	–	2,8	1,0
1933	–	–	–	–	–	–	–	–	–	1,1	0,8	–	1,9	0,8
	Bundesrepublik													
1949	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	11,9	11,9	2,8
1953	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	9,5	9,5	2,6
1957	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	7,7	7,7	2,3
1961	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	12,8	12,8	4,0
1965	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	9,5	9,5	3,1
1969	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	5,8	5,8	1,9
1972	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	8,4	8,4	3,1
1976	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	7,9	7,9	3,0
1980	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	10,6	10,6	4,0
1983	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	7,0	7,0	2,7
1987	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	9,1	9,1	3,4
	Deutschland													
1990	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	11,0	11,0	5,1
1994	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	6,9	6,9	3,3
1998	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	6,2	6,2	3,1
2002	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	7,4	7,4	3,5
2005	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	9,8	9,8	4,6
2009	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	14,6	14,6	6,3
2013	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	4,8	4,8	2,1

▶ Tab 4 **Konservative**

	Deutsche Reichspartei/ Freikonservative	Deutschkonservative Partei (DKP)	Deutschnationale Volkspartei (DNVP)	Deutsches Landvolk	Deutsche Bauernpartei	Landbund	Deutsch-Hannoversche Partei (DHP)	Deutsche Partei (DP)	Konservative insgesamt	
	%								%	Mio.
	x0390	x0391	x0392	x0393	x0394	x0395	x0396	x0397	x0398	x0399
	Deutsches Reich									
1871	8,9	14,1	–	–	–	–	–	–	23,0	0,9
1874	7,2	6,9	–	–	–	–	–	–	14,1	0,7
1877	7,9	9,7	–	–	–	–	–	–	17,6	1,0
1878	13,6	13,0	–	–	–	–	–	–	26,6	1,5
1881	7,4	16,3	–	–	–	–	–	–	23,7	1,2
1884	6,9	15,2	–	–	–	–	–	–	22,1	1,2
1887	9,8	15,2	–	–	–	–	–	–	25,0	1,9
1890	6,7	12,4	–	–	–	–	–	–	19,1	1,4
1893	5,7	13,5	–	–	–	–	–	–	19,2	1,5
1898	4,4	11,1	–	–	–	–	–	–	15,5	1,2
1903	3,5	10,0	–	–	–	–	–	–	13,5	1,3
1907	4,2	9,4	–	–	–	–	–	–	13,6	1,5
1912	3,0	9,2	–	–	–	–	–	–	12,2	1,5
1919	–	–	10,3	–	–	–	0,3	–	10,6	3,2
1920	–	–	15,1	–	–	–	1,1	–	16,2	4,6
4.5.1924	–	–	19,5	–	–	2,0	1,1	–	22,6	6,6
7.12.1924	–	–	20,5	–	–	1,6	0,9	–	23,0	7,0
1928	–	–	14,2	1,9	1,6	0,6	0,6	–	18,9	5,8
1930	–	–	7,0	3,2	1,0	0,6	0,4	–	12,2	4,2
31.7.1932	–	–	6,2	0,2	0,4	0,3	0,1	–	7,2	2,6
6.11.1932	–	–	8,8	0,1	0,4	0,3	0,2	–	9,8	3,5
1933	–	–	8,0	–	0,3	0,2	0,1	–	8,6	3,4
	Bundesrepublik									
1949	–	–	–	–	–	–	–	4,0	4,0	0,9
1953	–	–	–	–	–	–	–	3,3	3,3	0,9
1957	–	–	–	–	–	–	–	3,4	3,4	1,0

an die frühen Erfolge in den 1870er und 1880er Jahren von rund einem Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen anknüpfen konnten. ▶ Tab 5

Auffällig ist, dass sich trotz der massiven Ausweitung der Wahlberechtigung 1919 die Stärken der Lager und auch der einzelnen Parteien nicht entscheidend veränderten, was dafür spricht, dass das Wahlverhalten bei Reichstagswahlen weder vom Geschlecht noch von dem großen Austausch der Wählerschaft zwischen 1912 und 1919 signifikant beeinflusst wurde.[20] Dies legt nahe, dass vor allem die Bindung an soziale Milieus ein stabilisierender und entscheidender Faktor war, der das Wahlverhalten strukturierte.

Eine Ausnahme bilden die Ergebnisse der Parteien, die zum rechtsextremen, antisemitischen Lager gezählt werden können. Zu Zeiten des Kaiserreichs erreichten die politischen Kräfte aus dieser ideologischen Parteifamilie maximal 3,6 Prozent der gültigen Stimmen, woran sich auch bei den Reichstagswahlen 1924 und 1928 durch die Kandidatur der Nationalsozialistischen

▶ Tab 5 **Katholiken / Christdemokraten**

	Zentrum	Bayerische Volkspartei (BVP)	CDU/CSU	Katholiken / Christdemokraten insgesamt	
	%			%	Mio.
	x0400	x0401	x0402	x0403	x0404
	Deutsches Reich				
1871	18,6	–	–	18,6	0,7
1874	27,9	–	–	27,9	1,4
1877	24,8	–	–	24,8	1,3
1878	23,1	–	–	23,1	1,3
1881	23,2	–	–	23,2	1,2
1884	22,6	–	–	22,6	1,3
1887	20,1	–	–	20,1	1,5
1890	18,6	–	–	18,6	1,3
1893	19,1	–	–	19,1	1,5
1898	18,8	–	–	18,8	1,5
1903	19,7	–	–	19,7	1,9
1907	19,4	–	–	19,4	2,2
1912	16,4	–	–	16,4	2,0
1919	15,9	3,8	–	19,7	6,0
1920	13,6	4,2	–	17,8	5,0
4.5.1924	13,4	3,2	–	16,6	4,9
7.12.1924	13,6	3,7	–	17,3	5,3
1928	12,1	3,1	–	15,2	4,7
1930	11,8	3,0	–	14,8	5,2
31.7.1932	12,4	3,7	–	16,1	5,9
6.11.1932	11,9	3,4	–	15,3	5,4
1933	11,2	2,7	–	13,9	5,5
	Bundesrepublik				
1949	3,1	–	31,0	34,1	8,1
1953	0,8	–	45,2	46,0	12,7
1957	–	–	50,2	50,2	15,0
1961	–	–	45,3	45,3	14,3
1965	–	–	47,6	47,6	15,5
1969	–	–	46,1	46,1	15,2
1972	–	–	44,9	44,9	16,8
1976	–	–	48,6	48,6	18,4
1980	–	–	44,5	44,5	16,9
1983	–	–	48,8	48,8	19,0
1987	–	–	44,3	44,3	16,8
	Deutschland				
1990	–	–	43,8	43,8	20,4
1994	–	–	41,4	41,4	19,5
1998	–	–	35,1	35,1	17,3
2002	–	–	38,5	38,5	18,5
2005	–	–	35,2	35,2	16,6
2009	–	–	33,8	33,8	14,7
2013	–	–	41,5	41,5	18,2

Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) mit Stimmenanteilen zwischen 2,6 und 6,6 Prozent zunächst nicht viel änderte. Bei den Reichstagswahlen im Juni 1932, November 1932 und März 1933 wurde die NSDAP jedoch stärkste Partei und gewann bei diesen Wahlen einen höheren Stimmenanteil als die Parteien des sozialistischen Lagers. In der Bundesrepublik konnten rechtsextreme Parteien zusammen bei keiner Bundestagswahl gemeinsam mehr als 5 Prozent der Stimmen erreichen; 1969 verfehlte die NPD den Einzug in den Bundestag mit 4,3 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen jedoch nur knapp. Seit der Bundestagswahl 1990 stieg der addierte Stimmenanteil der angetretenen rechtsextremen Parteien gegenüber den Wahlen der 1970er und 1980er Jahre wieder merklich an. Jedoch kamen die um Wählerstimmen werbenden rechtsextremen Parteien REP, DVU und NPD nicht über mehr als 3,3 Prozent der Zweitstimmen hinaus, die sie zusammengefasst bei der Bundestagswahl 1998 errangen. ▸ Tab 6

Durch die nach 1945 erfolgte Gründung einer konfessionsübergreifenden Volkspartei in Form von CDU und CSU, die auch liberale und national-konservative Strömungen umfasste, fand eine signifikante Änderung des deutschen Parteiensystems statt, die zu einer Schwächung des liberalen Lagers und einem Aufgehen des konservativen im christdemokratischen Lager führte, das in Westdeutschland mit wenigen Ausnahmen die stärkste ideologische Strömung war.

Diese Vorrangstellung schwächte sich seit der Wiedervereinigung tendenziell ab, wobei die Zerstrittenheit innerhalb des sozialistischen Lagers zwischen SPD auf der einen und PDS bzw. Die Linke auf der anderen Seite die Stellung der Unionsparteien als zentralem Akteur im bundesdeutschen Parteiensystem und im ideologischen Parteienwettbewerb noch immer festigt.[21] Daran konnte auch die Etablierung der Grünen bzw. von Bündnis 90/Die Grünen als weiterem Teil des bundesdeutschen Parteiensystems mit parlamentarischer Präsenz seit den 1980er Jahren bislang nichts ändern.

Ausblick

Eine aktive, am politischen Prozess interessierte und sich gleichzeitig einbringende Bürgerschaft ist essenziell für die Stabilität moderner Demokratien. Im vorliegenden Beitrag wurde gezeigt, dass durch Veränderungen im Wahlrecht – unter anderem durch die Herabsetzung des Wahlalters und insbesondere durch die Verleihung des Wahlrechts an Frauen – der Anteil der Wahlberechtigten an der deutschen Bevölkerung von rund 20 Prozent zu Zeiten des Kaiserreiches auf etwa 75 Prozent in der Bundesrepublik erhöht wurde. Unter der Annahme, dass vom Wahlrecht solche Anreize ausgehen, dass die um Stimmen werbenden Parteien und Kandidierenden sich vor allem auf die Interessen der Wahlberechtigten konzentrieren, wurde durch die Ausweitung des Wahlrechts die Gefahr, dass sich Parteien und Kandidierende auf die Wünsche einer Minderheit konzentrieren, im Zeitverlauf im Großen und Ganzen gebannt. Bei der Entwicklung der Wahlbeteiligung über die Zeit ist weniger ein stetiges Anwachsen, sondern vielmehr eine leichte „Glockenkurve“ identifizierbar: War der Anteil der an Reichstags- und Bundestagswahlen partizipierenden Personen an allen Wahlberechtigten vor allem in den 1930er sowie in den 1960er, 1970er und frühen 1980er Jahren sehr hoch, so lag er insbesondere bei den ersten Reichstagswahlen der 1870er und frühen 1880er Jahre, aber auch seit den 1990er Jahren unter den vormals erzielten Rekordwerten von rund 90 Prozent. Es wird sich zeigen, ob sich dieser Trend fortsetzt oder – aufgrund neu aufkommender, große Teile der Wählerschaft bewegender Themen wie der Finanzkrise oder dem Klimawandel – wieder umkehrt. Die Stärke der ideologischen Lager blieb trotz der signifikanten Erweiterungen der Wählerschaft und massiver Änderungen in der Wirtschafts- und Sozialstruktur Deutschlands aufgrund von Industrialisierung, Bildungsexpansion und dem Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft halbwegs stabil; die „Auflösung“ des konservativen Lagers sowie die Schwächung der Liberalen kann darauf zurückgeführt werden, dass mit der Gründung der Unionsparteien eine konfessionsübergreifende christliche Partei etabliert wurde, die zudem liberale und national-konservative Wählerschichten an sich binden konnte.

▶ Tab 6 **Antisemiten / Rechtsextreme / NSDAP**

	Antisemiten	NSDAP	Deutsche Konservative Partei / Deutsche Rechtspartei	NPD	REP	DVU	Antisemiten/ Rechtsextreme/ NSDAP insgesamt	
	%						%	Mio.
	x0405	x0406	x0407	x0408	x0409	x0410	x0411	x0412
	Deutsches Reich							
1871	–	–	–	–	–	–	–	–
1874	–	–	–	–	–	–	–	–
1877	–	–	–	–	–	–	–	–
1878	–	–	–	–	–	–	–	–
1881	–	–	–	–	–	–	–	–
1884	–	–	–	–	–	–	–	–
1887	0,2	–	–	–	–	–	0,2	<0,1
1890	0,7	–	–	–	–	–	0,7	<0,1
1893	3,4	–	–	–	–	–	3,4	0,3
1898	3,7	–	–	–	–	–	3,7	0,3
1903	2,6	–	–	–	–	–	2,6	0,2
1907	2,2	–	–	–	–	–	2,2	0,2
1912	2,5	–	–	–	–	–	2,5	0,3
1919	–	–	–	–	–	–	–	–
1920	–	–	–	–	–	–	–	–
4.5.1924	–	6,6	–	–	–	–	6,6	1,9
7.12.1924	–	3,0	–	–	–	–	3,0	0,9
1928	–	2,6	–	–	–	–	2,6	0,8
1930	–	18,3	–	–	–	–	18,3	6,4
31.7.1932	–	37,4	–	–	–	–	37,4	13,8
6.11.1932	–	33,1	–	–	–	–	33,1	11,7
1933	–	43,9	–	–	–	–	43,9	17,3
	Bundesrepublik							
1949	–	–	1,8	–	–	–	1,8	0,4
1953	–	–	1,1	–	–	–	1,1	0,3
1957	–	–	1,0	–	–	–	1,0	0,3
1961	–	–	0,8	–	–	–	0,8	0,3
1965	–	–	–	2,0	–	–	2,0	0,7
1969	–	–	–	4,3	–	–	4,3	1,4
1972	–	–	–	0,6	–	–	0,6	0,2
1976	–	–	–	0,3	–	–	0,3	0,1
1980	–	–	–	0,2	–	–	0,2	0,1
1983	–	–	–	0,2	–	–	0,2	0,1
1987	–	–	–	0,6	–	–	0,6	0,2
	Deutschland							
1990	–	–	–	0,3	2,1	–	2,4	1,1
1994	–	–	–	–	1,9	–	1,9	0,9
1998	–	–	–	0,3	1,8	1,2	3,3	1,6
2002	–	–	–	0,4	0,6	–	1,0	0,5
2005	–	–	–	1,6	0,6	–	2,2	1,0
2009	–	–	–	–	–	–	–	–
2013	–	–	–	1,3	0,2	–	1,5	0,7

Datengrundlage

Eine historische Analyse ausgewählter Aspekte politischer Partizipation, die einen Fokus auf den Anteil der Wahlberechtigten an der Bevölkerung, den Anteil der Wählenden an allen Wahlberechtigten und schließlich den Anteil zentraler parteipolitischer Akteure an den gültigen abgegeben Stimmen bei Wahlen auf nationaler Ebene hat, muss sich auf die offizielle Statistik einerseits, aber auch auf frühere wissenschaftliche Arbeiten zu diesem Themengebiet, die bereits Daten erhoben haben, stützen. Für die Zeitperiode seit 2001 wurden Daten des Statistischen Bundesamtes, die auch online unter www.destatis.de zur Verfügung stehen, verwendet. Über die Anzahl der Wahlberechtigten, die Anzahl der Bürgerinnen und Bürger, die an einer Reichstags- oder Bundestagswahl teilgenommen haben, sowie über die Stimmenzahlen und -anteile der jeweils bei Wahlen antretenden Parteien gibt – für das Deutsche Kaiserreich von 1871 bis 1918 – die Studie von Gerhard A. Ritter und Merith Niehuss[22] Aufschluss.

Hingegen haben Falter, Lindenberger und Schumann[23] Pionierarbeit zu den Wahlen und Wahlergebnissen bei den Wahlen der Weimarer Republik von 1919 bis 1933 geleistet. Für die Epoche seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland sind detaillierte Informationen zu zentralen Kenngrößen der politischen Partizipation über den Bundeswahlleiter (www.bundeswahlleiter.de) erhältlich. Zudem sind – im Archiv der GESIS – zahlreiche Wahlstudien und Umfragedaten verfügbar, die eine detaillierte, die Individualebene berücksichtigende Perspektive zulassen, sodass die Ursachen und Hintergründe politischer Partizipation tiefgreifender erforscht werden können.

Zum Weiterlesen empfohlen

Daniele Caramani: Elections in Western Europe since 1815: Electoral Results by Constituencies, Houndmills 2000.

Jan van Deth (Hrsg.): Deutschland in Europa, Wiesbaden 2004.

Jürgen W. Falter: Hitlers Wähler, München 1991.

Silke Keil / S. Isabell Thaidigsmann (Hrsg.): Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie: Aktuelle Ergebnisse der empirischen Politikforschung, Wiesbaden 2013.

Peter Lösche: Kleine Geschichte der deutschen Parteien, Stuttgart 1994.

Oskar Niedermayer (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013.

Hans Rattinger u.a.: Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009, Baden-Baden 2011.

Karl Rohe: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland, Frankfurt am Main 1992.

Rüdiger Schmitt-Beck (Hrsg.): Wählen in Deutschland (Sonderheft 45 der Politischen Vierteljahresschrift), Baden-Baden 2012.

Rüdiger Schmitt-Beck u.a.: Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013, Baden-Baden 2014.

Bernhard Weßels u.a. (Hrsg.): Voters on the Move or on the Run? Oxford 2014.

09 Kriminalität

Dietrich Oberwittler

Verurteilte pro 100 000 Einwohner wegen eines Verbrechens im Deutschen Reich 1882 und in Deutschland 2010:

1882 — **996**

2010 — **1 143**

Anteil von Geldstrafen an den verhängten Sanktionen im Deutschen Reich 1882 und 1930:

1882 — **22 Prozent**

1930 — **66 Prozent**

Verurteilte pro 100 000 Einwohner wegen Diebstahls und Unterschlagung im Deutschen Reich 1920 und in der Bundesrepublik 1980:

1920 — **624**

1980 — **318**

Verurteilte pro 100 000 Einwohner wegen gefährlicher Körperverletzung in der Bundesrepublik 1970 und in Deutschland 2010:

1970 — **21**

2010 — **41**

Von der Armuts- zur Wohlstandskriminalität, von Todes- und Gefängnisstrafen zu Geld- und Bewährungsstrafen – Kriminalität und Strafverfolgung unterliegen ebenso dem sozialen Wandel wie andere gesellschaftliche Phänomene. Während die Jugend scheinbar immer krimineller wurde, ging die tödliche Gewalt in Deutschland langfristig deutlich zurück. Historische Kriminalstatistiken können vieles über die Entwicklung sozialer Probleme und die gesellschaftlichen Reaktionen verraten.

Keine Gesellschaft ist frei von sozialen Abweichungen und Regelverstößen, deren schwerwiegendste als Kriminalität definiert und verfolgt werden. Mit der Entstehung des modernen Verwaltungs- und Wohlfahrtsstaates in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts begannen die Justizbehörden einiger deutscher Länder, nach französischem und englischem Vorbild systematische Kriminalstatistiken zu führen und zu veröffentlichen.[1] Für die Moralstatistiker des 19. Jahrhunderts waren diese Kriminalstatistiken wichtige Datenquellen, um „Urtheile über den sittlichen Zustand des Volkes“[2] zu fällen. Pioniere der Sozialstatistik wie der Belgier Adolphe Quetelet verwendeten Kriminalstatistiken, um eine Wissenschaft der „sozialen Physik“ zu etablieren und machten die Kriminalstatistik zu einem Übungsfeld der modernen Sozialwissenschaften.

Das Besondere an der Kriminalstatistik ist jedoch, dass ihr Gegenstand naturgemäß im Verborgenen liegt und nur dann in das sogenannte „Hellfeld“ gelangt, wenn strafbare Handlungen entdeckt, angezeigt und von den Organen der staatlichen Strafrechtspflege registriert und sanktioniert werden. Während man dieses Problem im 19. Jahrhundert durch die Annahme „konstanter Verhältnisse“ zwischen der Gesamtsumme strafbarer Handlungen und der amtlich registrierten Kriminalität zu entschärfen versuchte, hat sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts die Erkenntnis durchgesetzt, dass Kriminalstatistiken zunächst Arbeitsnachweise der staatlichen Strafverfolgungsorgane sind und sich nur bedingt als Indikatoren sozialer Problemlagen eignen. Kriminalstatistiken berichten also darüber, wie viele Delikte angezeigt und wie viele Personen wegen dieser Delikte mit welchen Sanktionen belegt wurden. Darüber hinaus ist Kriminalität kein naturgegebenes Phänomen, sondern abhängig von gesellschaftlich gesetzten Normen, deren Definition und Anwendung historisch wandelbar sind. Die historische Kriminalitätsforschung interessiert sich heute vorrangig für die soziale Konstruktion von Kriminalität und vernachlässigt dabei die historische Kriminalstatistik. Diese spiegelt jedoch beides wider: sozial abweichende und konfliktreiche Verhaltensformen und ebenso deren strafrechtliche Kontrolle. Mit sorgfältigen Interpretationen kann die historische Kriminalstatistik ihren Wert für die Analyse des gesellschaftlichen Wandels in Deutschland beweisen.

Das System der deutschen Kriminalstatistik

Das System der staatlichen Sozialkontrolle besteht aus mehreren Stufen, auf denen die zuständigen Organe Statistiken über ihre Tätigkeit produzieren. Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts bildete die justizielle Statistik über von Strafgerichten verurteilte Personen das alleinige Rückgrat der Kriminalstatistik in Deutschland. Dass die Verurteilung beinahe am Ende der Strafverfolgung steht und auf den vorherigen Stufen bereits sehr viele Fälle und Tatverdächtige ausgefiltert werden, wurde von den zeitgenössischen Experten in Kauf genommen, da man die richterliche Entscheidung als verlässlichste Grundlage eines „objektiven Tatbestandes“ schätzte.[3]

25

Prozent betrug der Anstieg der Verurteiltenrate zwischen 1882 und 1933.

40

Prozent betrug der Anstieg der Verurteiltenrate (ohne Verkehrsdelikte) seit den 1960er Jahren.

Im 20. Jahrhundert setzte sich zunehmend die Auffassung durch, dass die polizeiliche Kriminalstatistik, die in Deutschland seit 1953 veröffentlicht wird, die beste Annäherung an das Kriminalitätsgeschehen darstellt, weil sie am Beginn des Ausfilterungsprozesses steht. Aber auch die Polizei registriert nur die Straftaten, die von den Opfern angezeigt oder durch eigene Kontrolltätigkeiten entdeckt werden. Heute gelten daher Bevölkerungsbefragungen zum „Dunkelfeld" der Kriminalität als sinnvollste Methode, die jedoch in Deutschland erst seit den 1980er Jahren und seitdem nur unregelmäßig angewendet wird.

Schließlich geben Strafvollzugsstatistiken Auskunft über die Anwendung der verhängten Freiheitsstrafen. Obwohl die Gefängnisstrafe die maßgebliche Sanktionsform des 19. Jahrhunderts war, verhinderten föderale Zuständigkeiten bis in die Nachkriegszeit eine einheitliche Statistik. Ebenso stellt die staatsanwaltschaftliche Stufe, die im Laufe des 20. Jahrhunderts durch die Ausweitung informeller Sanktionen eine starke Bedeutungszunahme erfahren hat, einen *„missing link"* der Kriminalstatistik dar.

Die Entwicklung der Kriminalität nach Geschlecht und Alter

Lange Zeitreihen der Kriminalitätsentwicklung seit 1836 zeigen einen recht stabilen Verlauf mit eher mäßigen Schwankungen, wenn man die Rate aller Verurteilten pro 100 000 Personen strafmündiger Bevölkerung zugrunde legt. Bis 1878 gibt die Zeitreihe die Verurteiltenrate für Preußen, ab 1882 für das Deutsche Reich und ab 1955 für die Bundesrepublik Deutschland ohne die DDR wieder. Zwischen 1834 und 1878 verdoppelte sich die Verurteiltenrate ungefähr, zwischen 1882 und 1933 stieg sie nur noch um 25 Prozent an, lediglich nach dem Ersten Weltkrieg und während der Hyperinflation der Weimarer Republik kam es zu kurzen, aber heftigen Anstiegen. Ab den 1950er Jahren wurde der wachsenden Bedeutung des Autoverkehrs insofern Rechnung getragen, als Straftaten im Straßenverkehr, vor allem Unfälle mit Personenschäden und Tötungen, seitdem getrennt ausgewiesen werden. Deren Rate war in den 1960er Jahren ebenso groß wie die aller übrigen Verurteilungen zusammen. Seit den 1970er Jahren ist ihre Rate dank der gestiegenen Verkehrssicherheit stark rückläufig. Die Verurteiltenrate ohne

▶ Abb 1 **Verurteilte und polizeilich registrierte Straftaten (Häufigkeitsziffer) — pro 100 000 Personen strafmündige Bevölkerung bzw. Wohnbevölkerung**

Verkehrsdelikte ist dagegen seit den 1960er Jahren bis in die Gegenwart um etwa 40 Prozent gestiegen, liegt jedoch heute nicht höher als vor 130 Jahren. ▶ Abb 1, Tab 1

Die Zeitreihe der polizeilich registrierten Straftaten – genannt Häufigkeitsziffer – ab 1953 vermittelt jedoch ein völlig anderes Bild: Die Kriminalitätsbelastung in der Bundesrepublik stieg in der gesamten Nachkriegszeit stark an und verdreifachte sich zwischen 1953 und 1993 beinahe – und das, obwohl Straftaten im Straßenverkehr in der polizeilichen Kriminalstatistik ab 1963 nicht mehr gezählt werden. Auf dem vorläufigen Gipfel im Jahr 1993 betrug die Häufigkeitsziffer etwa 8300 pro 100 000, das heißt, auf 100 Einwohner kamen etwa acht gemeldete Straftaten in einem Jahr. Seither ist diese Rate leicht rückläufig.

Der säkulare Anstieg der polizeilichen Häufigkeitsziffer in der Nachkriegszeit hat Kriminologen zu neuen Erklärungsansätzen provoziert, die die Zunahme von Tatgelegenheiten in der modernen Wohlstandsgesellschaft in den Mittelpunkt rücken. Aber auch ein verändertes Anzeigeverhalten und eine konsequentere Registrierung dieser Anzeigen durch die Polizei werden als Gründe dieses Anstiegs angenommen. Die Schere zwischen der stark steigenden Häufigkeitsziffer der Polizei und relativ stabilen Verurteiltenraten lässt auf einen Wandel im Umgang mit Straftätern schließen, der mangels verfügbarer staatsanwaltschaftlicher Statistiken vor 1980 nicht direkt darstellbar ist. Eine Liberalisierung des Strafrechts führte seit den 1970er Jahren dazu, dass der Anteil der von der Staatsanwaltschaft gegen Auflagen eingestellten Verfahren von einem sehr kleinen, aber unbekannten Anteil auf 57 Prozent (im Jugendstrafrecht sogar 71 Prozent) im Jahr 2012 angestiegen ist.[4] Diese kriminalpolitisch gewünschte Zurückhaltung hatte auch zur Folge, dass

▶ Tab 1 **Kriminalität**

	Verurteilte				polizeilich Registrierte			
	insgesamt	männlich	weiblich	Jugendliche	insgesamt	männlich	weiblich	Jugendliche
	pro 100 000 Einwohner							
	x0413	x0414	x0415	x0416	x0417	x0418	x0419	x0420
	Deutsches Reich							
1882	996	1 667	379	568	–	–	–	–
1890	1 049	1 787	373	663	–	–	–	–
1900	1 164	2 039	357	745	–	–	–	–
1910	1 184	2 059	369	668	–	–	–	–
1920	1 284	2 185	475	1 137	–	–	–	–
1930	1 187	2 148	304	566	–	–	–	–
1938	627	1 092	192	401	–	–	–	–
	Bundesrepublik							
1954	1 281	2 434	301	842	2 613	4 848	732	2 118
1960	1 311	2 539	273	1 394	2 857	5 790	710	3 781
1970	1 346	2 504	331	1 741	1 997	3 813	690	4 315
1980	1 433	2 585	410	1 917	2 610	4 715	1 003	5 112
1990	1 286	2 251	404	1 348	2 555	4 281	1 200	5 489
	Deutschland							
2000	1 260	2 162	414	1 718	3 051	5 179	1 460	8 075
2010	1 143	1 899	425	1 728	2 880	4 607	1 491	7 150

▸ Abb 2 **Verurteilte und Tatverdächtige — pro 100 000 Personen strafmündige Bevölkerung**

die Fallzahlen in den Strafgerichten trotz ständig wachsender Kriminalitätsziffern konstant blieben.

Frauen stellten stets nur eine kleine Minderheit der Verurteilten und polizeilich Verdächtigen. Die Rate der weiblichen Verurteilten betrug in den 1880er Jahren ebenso wie heute knapp ein Viertel der Rate der männlichen Verurteilten, und über längere Perioden, insbesondere in den 1950er Jahren, sank sie sogar auf ein Zehntel. Es gibt keine Hinweise für eine Angleichung des kriminellen Verhaltens von Frauen im Zuge sich wandelnder Geschlechterrollen. ▸ Abb 2

Anders dagegen verlief die historische Entwicklung bei den Jugendlichen. Spätestens seit dem Ende des 19. Jahrhunderts galt dieser Altersgruppe die besondere Besorgnis von Staat und Öffentlichkeit, was in die Etablierung eines besonderen Jugendstrafrechts mündete.[5] Die Verurteiltenrate der Jugendlichen stieg jedoch erst nach dem Zweiten Weltkrieg deutlich an; ihr Rückgang nach 1982 geht ausschließlich auf das Konto der Ausweitung ▸vorgerichtlicher Sanktionen, denn die Kurve der polizeilich registrierten jugendlichen Tatverdächtigen weist über die gesamte Nachkriegszeit bis zur Jahrtausendwende steil nach oben und hat sich innerhalb von 50 Jahren sogar vervierfacht. Das Verhältnis der Tatverdächtigenraten von Erwachsenen und Jugendlichen hat sich dadurch verkehrt, letztere weisen heute eine erheblich höhere Rate auf.

Seit Beginn der Kriminalstatistik im 19. Jahrhundert wird darüber diskutiert, welchen Anteil an dem überproportionalen Anstieg der Jugendkriminalität ein Wandel von privaten zu formellen Reaktionsformen auf abweichendes Verhalten hat.[6] Wiederholte Dunkelfeldbefragungen können belegen, dass heute tatsächlich ein höherer Anteil jugendlicher Delinquenten bei der Polizei angezeigt wird als noch in den 1970er Jahren.[7] Welchen Anteil dieser Trend an dem langfristigen Anstieg der registrierten Jugendkriminalität hat, lässt sich jedoch nicht bestimmen, ebenso wie Kriminologen Schwierigkeiten haben, den deutlichen Rückgang der Jugendkriminalität seit der Jahrtausendwende zu erklären.

Eigentumskriminalität

Das Massendelikt schlechthin war über die gesamte betrachtete Zeit bis heute der Diebstahl, dessen Zeitreihe hier mit Unterschlagung zusammen dargestellt wird. In

▸ **vorgerichtliche Sanktionen**
Darunter versteht man Maßnahmen, die von der Staatsanwaltschaft gegen Einstellung des Verfahrens angeordnet werden. Darunter fallen Geldstrafen, gemeinnützige Arbeit oder Verhaltensauflagen.

▶ Tab 2 **Delikte – Gesamt- und Eigentumsdelikte**

	Verurteilte							polizeilich registrierte Delikte				
	insgesamt mit Delikten im Straßenverkehr	insgesamt ohne Delikte im Straßenverkehr	Delikte im Straßenverkehr	Diebstahl und Unterschlagung	Holzdiebstahl	Betrug	BTM-Delikte	insgesamt	Diebstahl und Unterschlagung	Betrug	Wohnungseinbruch	BTM-Delikte
	pro 100 000 Einwohner											
	x0421	x0422	x0423	x0424	x0425	x0426	x0427	x0428	x0429	x0430	x0431	x0432
	Preußen / Deutsches Reich											
1836	482	–	–	323	1 499	–	–	–	–	–	–	–
1847	717	–	–	530	2 466	–	–	–	–	–	–	–
1860	721	–	–	346	3 192	18	–	–	–	–	–	–
1871	601	–	–	286	3 013	14	–	–	–	–	–	–
1882	996	–	–	371	–	38	–	–	–	–	–	–
1890	1 049	–	–	316	–	50	–	–	–	–	–	–
1900	1 164	–	–	293	–	60	–	–	–	–	–	–
1910	1 184	–	–	317	–	63	–	–	–	–	–	–
1920	1 284	–	–	624	–	52	–	–	–	–	–	–
1930	1 187	–	–	275	–	111	–	–	–	–	–	–
1938	627	–	–	140	–	52	–	–	–	–	–	–
	Bundesrepublik											
1954	–	–	–	–	–	–	–	2 910	1 192	418	–	3
1960	1 311	772	539	209	–	109	–	3 660	1 637	370	41	2
1970	1 346	701	645	290	–	66	–	3 924	2 578	278	91	26
1980	1 433	789	644	318	–	77	29	6 198	4 018	401	161	101
	Deutschland											
1990	1 286	806	481	294	–	132	45	7 108	4 377	581	243	165
2000	1 260	899	361	258	–	178	78	7 625	3 736	939	170	297
2010	1 143	902	241	203	–	–	84	7 253	2 938	1 184	148	282

der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts machten Verurteilungen wegen Diebstahls und Unterschlagung etwa zwei Drittel aller Strafurteile aus, ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und im 20. Jahrhundert nahm ihr Anteil an den gerichtlichen Fällen immer weiter ab, und zwar nicht nur, weil andere Delikte an Bedeutung zunahmen, sondern auch, weil die Verurteiltenrate bei Diebstahl selbst – wieder mit Ausnahme der Krisenjahre nach dem Ersten Weltkrieg – langfristig rückläufig war. ▶ Tab 2

Um ein vielfaches häufiger war im 19. Jahrhundert der Holzdiebstahl, der Karl Marx als Beispiel für seine Kritik an der bürgerlich-kapitalistischen Besitzordnung und der Kriminalisierung der Unterschichten diente.[8] Holzdiebstahl wurde nicht zu den Vergehen und Verbrechen gezählt, sondern lediglich als Übertretung mit Geldstrafen geahndet. Im Vormärz und in den Krisenjahren der 1840er bis 1860er Jahre stieg die Rate der registrierten Holzdiebstähle stark an.

Bereits die Kriminalstatistiker des 19. Jahrhunderts wie Georg von Mayr vermuteten einen engen und armutsbedingten Zusammenhang zwischen den kurzfristigen Schwankungen der Dieb-

1433

Verurteilte gab es 1980 auf 100 000 Einwohner.

stahlsrate und der Preisentwicklung bei Grundnahrungsmitteln.[9] Mit modernen statistischen Methoden wurde der kausale Effekt der Schwankungen der Getreidepreise auf die Diebstahlsrate sowohl für die Mitte als auch für das Ende des 19. Jahrhunderts bestätigt.[10] Die übereinandergelegten Kurven der jährlichen prozentualen Veränderungen der Getreidepreise und Diebstahlsraten in Abbildung 3 lassen bereits erahnen, dass dieser Zusammenhang im 19. Jahrhundert recht eng war. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bestand der Zusammenhang nicht mehr, Preise und Diebstahlsraten fluktuieren unabhängig voneinander. Eindrucksvoll ist der Vergleich auch in Hinblick auf die Stärke der jährlichen Schwankungen, die während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts häufig 20 bis 30 Prozent oder sogar mehr betrugen, während sie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nie 10 Prozent überschritten. Die wirtschaftliche Entwicklung hat also nicht nur zu einer enormen Anhebung des Wohlstandsniveaus geführt, sondern sie hat auch kurzfristige Unsicherheiten beseitigt, die im 19. Jahrhundert in Verbindung mit Armut eine wichtige Ursache für Eigentumskriminalität waren. ▸ Abb 3

Dass die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands im 20. Jahrhundert die absolute Armut (mit Ausnahme von Kriegs- und Nachkriegsphasen) vollständig beseitigte, führte jedoch keineswegs zu einem Rückgang der Eigentumskriminalität, sondern feuerte sie im Gegenteil sogar noch an. Denn erst nach dem Zweiten Weltkrieg, beginnend mit dem deutschen Wirtschaftswunder, stieg die Verurteiltenrate ebenso wie die polizeiliche Häufigkeitsziffer für Diebstahl und Unterschlagung deutlich an; letztere vervierfachte sich zwischen 1953 und 1993. Kriminologen erklären diese überraschende Entwicklung damit, dass materieller Überfluss mit der wachsenden Zahl leicht zu stehlender Wertgegenstände in Geschäften und Haushalten zu mehr Tatgelegenheiten führt, die dann auch genutzt werden. Allerdings sind Diebstahlsdelikte einschließlich Wohnungseinbrüchen (ebenso wie Autodiebstähle und Banküberfälle) seit 1993 rückläufig. In den letzten zwei Jahrzehnten zeichnet sich bei der Eigentumskriminalität ein Trend der Verlagerung von Diebstahls- zu Betrugsdelikten ab. Im Jahr 2005 überstieg die Verurteiltenrate für Betrug erstmals die Verurteiltenrate für Diebstahl. Diese Verschiebungen von traditionellen Formen der Bereicherungskriminalität, die quasi noch Handarbeit erforderten, zu eher an moderne Formen des Geschäftslebens angepasster Betrugskriminalität reflektiert den sozialen Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft mit veränderten Gelegenheitsstrukturen einschließlich des Internets. Die Cyberkriminalität zählt heute zu den großen Herausforderungen der Strafverfolgung.

Gewaltkriminalität

Gewaltkriminalität und erst recht schwere Formen von Gewalt machen nur einen kleinen Anteil an der gesamten Kriminalität aus. Während tödliche Gewalt aufgrund geringer Definitionsspielräume, eines kleinen Dunkelfeldes und einer sehr hohen Aufklärungsrate als zuverlässiger Indikator der historischen Gewaltentwicklung gilt, hängt die Statistik nichttödlicher Gewaltformen wie Körperverletzung und Raub sehr stark vom Anzeigeverhalten und den Reaktionen von Polizei und Strafjustiz ab; beide unterliegen historisch wandelbaren Bewertungsmustern von Gewalt.[11] Im langfristigen historischen Wandel geht die Gewalt tendenziell zurück, während die gesellschaftliche Sensi-

▸ Abb 3 **Jährliche Veränderung der Preise und Diebstahlsraten in Preußen (1849–1878) und in der Bundesrepublik (1956–1990) — in Prozent**

bilität gegenüber Gewalt steigt. In der Kriminalstatistik erkennt man jedoch mehrere Phasen drastischer Gewaltanstiege, die möglicherweise Folgen sozialer Umbrüche waren, wie schneller Urbanisierung und verstärkter Migration, die aber auch als Ausdruck sinkender Toleranz gegenüber Gewalttaten und intensivierter Strafverfolgung (vielleicht auch in Reaktion auf tatsächliche Gewaltwellen) gewertet werden können.[12] ▶ Tab 3

Diese Interpretation betrifft vor allem die Entwicklung der gefährlichen Körperverletzung, deren außergewöhnliche Zunahme zwischen 1876 und 1900 auch einer Verschärfung des Strafgesetzbuches geschuldet war. Ab 1876 musste jeder bekannt gewordene Fall als Offizialdelikt von Amts wegen verfolgt werden. Als diese Strafverfolgungspflicht 1918 wieder aufgehoben wurde, fiel die bereits seit der Jahrhundertwende im Sinken begriffene Rate auf das frühere Niveau zurück. Auch der zweite Anstieg der gefährlichen Körperverletzungen seit den 1960er Jahren wird von Kriminologen teils auf eine steigende Anzeigebereitschaft der Opfer zurückgeführt. Raubdelikte spielten in der Kriminalstatistik bis in die 1960er Jahre kaum eine Rolle, bevor die Verurteiltenrate auf das Fünffache und die polizeiliche Häufigkeitsziffer auf das Zehnfache anstiegen. Ein Teil dieses Anstiegs kann mit der zunehmenden Beschaffungskriminalität von Drogenabhängigen erklärt werden. In den 1980er und 1990er Jahren wurden zudem vermehrt Kinder und Jugendliche wegen des gegenseitigen „Abziehens" von Kleidung und dem Raub von Mobiltelefonen strafrechtlich verfolgt.

In Abbildung 4 sind drei unterschiedliche Indikatoren für die Entwicklung der

237

Personen auf 100 000 Einwohner wurden 1900 wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt.

▶ Tab 3 **Gewaltdelikte**

	Verurteilte			Delikte			Opfer von Mord und Totschlag			
	Mord und Totschlag	gefährliche Körperverletzung	Raub	Mord und Totschlag	gefährliche Körperverletzung	Raub	insgesamt	männlich	weiblich	Säuglinge (< ein Jahr)
	pro 100 000 Einwohner									
	x0433	x0434	x0435	x0436	x0437	x0438	x0439	x0440	x0441	x0442
1836	–	32,1	–	–	–	–	–	–	–	–
1847	–	31,0	–	–	–	–	–	–	–	–
1860	0,8	62,8	0,8	–	–	–	–	–	–	–
1873	0,9	76,3	1,4	–	–	–	2,1	–	–	–
1882	1,0	121,0	3,0	–	–	–	1,6	–	–	–
1890	0,8	177,0	2,8	–	–	–	0,9	–	–	–
1900	0,6	237,0	2,5	–	–	–	1,8	–	–	13,4
1910	0,7	203,0	3,1	–	–	–	2,0	2,9	1,1	13,9
1920	1,3	79,0	4,5	–	–	–	3,2	4,8	1,8	13,6
1930	0,9	70,7	3,8	–	–	–	2,1	2,6	1,6	29,3
1938	0,7	24,8	2,4	–	–	–	–	–	–	–
1954	–	–	–	1,8	51,1	6,8	–	–	–	–
1960	0,5	28,1	4,2	2,0	52,3	10,4	0,9	1,1	0,6	7,9
1970	0,9	20,8	6,5	3,9	61,6	21,5	1,4	1,6	1,1	5,9
1980	1,3	26,8	10,4	4,4	106,4	39,3	1,1	1,2	1,1	5,3
1990	1,0	23,6	10,4	3,8	107,0	56,0	1,0	1,2	1,0	3,8
2000	1,2	33,9	16,5	3,4	142,3	72,3	0,7	0,8	0,7	3,1
2010	0,9	41,4	14,6	2,7	174,7	58,9	0,6	0,6	0,6	2,7

76,8

Prozent der Verurteilten wurden 1882 zu Gefängnisstrafen verurteilt.

7,9

Prozent waren es noch 2010.

Tötungsdelikte dargestellt, von denen die Todesursachenstatistik die zuverlässigste ist. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fluktuierte die Rate der gewaltsamen Todesfälle etwa zwischen 1 und 2,5 pro 100 000 Personen und stieg nur unmittelbar vor Beginn und nach Ende des Ersten Weltkrieges stark an. Nach dem Zweiten Weltkrieg beschreiben die Todesursachenstatistik, die Verurteiltenrate und die Häufigkeitsziffer auf unterschiedlichem Niveau eine ähnliche Kurve, die zunächst bis in die 1970er Jahre nach oben und seit den 1990er Jahren wieder deutlich nach unten zeigt. Mit dem heutigen Wert von 0,5 hat Deutschland eine der weltweit niedrigsten Raten tödlicher Gewalt. Zu diesem Rückgang hat auch der Fortschritt der Notfallmedizin beigetragen. ▸ Abb 4

Einen bedeutsamen Anteil an dem langfristigen Rückgang der tödlichen Gewalt hat auch die Entwicklung der Kindstötungen. Noch heute sind die ersten Tage nach der Geburt die gefährlichsten des ganzen Lebens, mit einem im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sechsfach höheren Risiko, umgebracht zu werden. Vor der Legalisierung von Abtreibungen und wegen der verbreiteten Stigmatisierung unehelicher Geburten war die Tötung von Säuglingen durch ihre Mütter im 19. und frühen 20. Jahrhundert noch erheblich häufiger, mit Raten zwischen 15 und 20 und in den 1920er Jahren sogar bis 40 pro 100 000 Lebendgeborenen.

Die strafrechtliche Sanktionierung der Kriminalität

Der historische Wandel zeigt sich am deutlichsten in der Art und Weise, wie das Strafrechtssystem mit Delinquenten umgeht. Die kriminalpolitische Entwicklung reicht von der Errichtung einer bürgerlichen Strafjustiz mit rechtsstaatlichen Prinzipien und dem Primat des Gefängnisses im 19. Jahrhundert über die Verirrungen kriminalbiologischer Ansätze und der Radikalität nationalsozialistischer Strafexzesse bis zur Abrüstung des Strafenkatalogs, der Ausweitung ambulanter Sanktionen und damit aber auch der sozialen Kontrolle im Zeichen liberaler Strafrechtsreformen in der Nachkriegszeit. ▸ Tab 4

Dieser Wandel lässt sich in der gerichtlichen Statistik der Strafsanktionen bei verurteilten Straftätern seit 1882 ablesen. Wurden in den 1880er Jahren noch knapp 80 Prozent der Verurteilten mit einer Frei-

▸ Abb 4 **Mord und Totschlag – Verurteiltenrate, Häufigkeitsziffer und Sterblichkeitsrate — pro 100 000 Personen strafmündige Bevölkerung bzw. Wohnbevölkerung**

▶ Tab 4 **Sanktionen und Gefangene**

	Sanktionen						Gefangene			
							Strafgefangene			Maßregel-vollzug
	stationäre Sanktionen (unbedingte Frei-heits-/Jugendstrafe, Jugendarrest)	bedingte Strafen (Freiheits-/ Jugendstrafe zur Bewährung)	Geld-strafe	Sonstige (ambulante Zuchtmittel, Erziehungs-maßregel)	Todes-urteile	Hin-richtungen	insgesamt	männlich	weiblich	
	%				Anzahl		pro 100 000 Einwohner			
	x0443	x0444	x0445	x0446	x0447	x0448	x0449	x0450	x0451	x0452
	Deutscher Bund / Deutsches Reich									
1836	–	–	–	–	30	7	–	–	–	–
1847	–	–	–	–	44	13	–	–	–	–
1860	–	–	–	–	62	12	–	–	–	–
1871	–	–	–	–	51	0	–	–	–	–
1882	76,8	<0,1	22,2	1,0	85	16	–	–	–	–
1890	68,7	<0,1	29,4	1,9	57	20	–	–	–	–
1900	57,8	<0,1	39,7	2,5	42	25	–	–	–	–
1910	48,2	<0,1	49,0	2,8	37	21	–	–	–	–
1920	58,0	<0,1	38,1	3,9	113	36	–	–	–	–
1930	31,7	1,4	66,1	0,8	43	1	–	–	–	–
1938	45,0	<0,1	53,9	1,1	85	117	–	–	–	–
1943	–	–	–	–	5 336	5 336	–	–	–	–
	Bundesrepublik									
1954	23,7	8,7	63,8	3,8	–	–	–	–	–	–
1960	23,3	11,2	61,2	4,3	–	–	–	–	–	–
1970	11,4	8,2	72,3	8,1	–	–	75,2	155,9	4,5	9,2
1980	9,6	11,0	67,5	11,9	–	–	82,6	169,6	5,4	6,3
	Deutschland									
1990	7,2	11,2	74,0	7,6	–	–	72,8	146,3	5,6	6,8
2000	8,8	13,1	70,1	8,1	–	–	86,6	172,1	6,6	8,4
2010	7,9	12,7	70,7	8,8	–	–	84,8	165,2	8,5	13,4

▶ Abb 5 **Verurteilte nach Sanktionsformen — in Prozent**

heitsstrafe sanktioniert, die auch tatsächlich verbüßt werden musste, so ist dieser Anteil bis heute in mehreren Schritten auf unter 10 Prozent gefallen. An die Stelle des Gefängnisses sind Geldstrafen, Bewährungsstrafen und andere ambulante Sanktionen getreten. Hinzuzurechnen wäre die steigende Zahl der mit diversen Auflagen verbundenen Verfahrenseinstellungen. Dass die Rate der Strafgefangenen in Deutschland diesem Trend entsprechend nicht deutlich zurückgegangen ist, liegt an der quantitativen Zunahme der Straftäter und an der überproportionalen Zunahme schwerer Straftaten durch diese Verurteilten, die entsprechend längere Freiheitsstrafen absitzen müssen. ▸ Abb 5

Die Todesstrafe erscheint heute als ein Relikt aus grausamer Vergangenheit. Doch die letzte Hinrichtung in Deutschland fand noch 1981 in der DDR statt. Aber bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatten einige deutsche Staaten die Todesstrafe abgeschafft, und in den 1860er und 1870er Jahren wurden nur sehr wenige Todesurteile vollstreckt, nachdem die Zahl der Exekutionen nach 1848 vorübergehend stark angestiegen war. Unmittelbar nach der Regierungsübernahme der Nationalsozialisten schnellte die Zahl der Hinrichtungen stark in die Höhe, und während des Zweiten Weltkrieges kam es zu einem beispiellosen staatlichen Gewaltexzess, dem nach realistischen Schätzungen mehr als 16 000 Zivilpersonen – die Hinrichtungen der Militärjustiz nicht mitgerechnet – zum Opfer fielen. ▸ Abb 6

▸ Abb 6 **Todesurteile und Exekutionen — Anzahl**

Datengrundlage

Den besten Überblick über Geschichte und Gegenwart der deutschen Kriminalstatistik bietet Wolfgang Heinz[13], der auch das Konstanzer Inventar Kriminalitätsentwicklung (KIK) und Sanktionsforschung (KIS) aufgebaut hat.[14] Grundsätzlich muss beachtet werden, dass alle Kriminalstatistiken von häufigen Änderungen der Rechtsnormen und Verwaltungsregeln betroffen sind, die sich unterschiedlich stark auf die Entwicklung der Zeitreihen auswirken können.

Die gerichtliche Verurteiltenstatistik bietet die längste historische Zeitreihe der Kriminalstatistik. Ab 1882 und letztmalig 1942 erschien die sogenannte Reichskriminalstatistik als Reihe in der Statistik des Deutschen Reiches. Im Jahresband 1927 wurden lange Zeitreihen ab 1882 veröffentlicht. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Reihe in der Bundesrepublik als Strafverfolgungsstatistik vom Statistischen Bundesamt weitergeführt, erst ab 2007 sind darin die neuen Bundesländer vollständig erfasst. Vor der Reichsgründung hatten bereits einzelne Länder Verurteiltenstatistiken geführt; hier wird die preußische verwendet, deren Zeitreihen für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts von Dirk Blasius[15] und für die zweite Hälfte von Wilhelm Starke[16] veröffentlicht wurden.

Die polizeiliche Kriminalstatistik der registrierten Straftaten und Tatverdächtigen wird seit 1953 vom Bundeskriminalamt für die Bundesrepublik und seit 1993 für das wiedervereinigte Deutschland herausgegeben, nachdem es den Jahren 1936 bis 1938 bereits erste Versuche gegeben hatte. Im Internet bietet das Bundeskriminalamt Zeitreihen ab 1987 an, der Zeitraum 1953 bis 2003 wird von Uwe Dörmann[17] zusammengefasst. Ab 1963 wurden aus der polizeilichen Kriminalstatistik Straftaten im Straßenverkehr ausgeschlossen, ab 1984 wurden Tatverdächtige nur noch einmal innerhalb eines Jahres gezählt; beide Änderungen führten zu deutlichen Einschnitten in den Zeitreihen.

Eine umfassende Strafvollzugsstatistik der Gefängnisse gibt es in Deutschland erst ab 1960 (ab 1992 für Gesamtdeutschland), da der Strafvollzug im Deutschen Reich in der Verantwortung der Länder blieb und selbst dort teils, wie zum Beispiel in Preußen, auf mehrere Ministerien aufgeteilt war. Von besonderem Interesse ist die Anwendung der Todesstrafe. Da sich die amtliche Statistik im Nationalsozialismus und danach über die Zahl der Hinrichtungen ausschwieg, ist man hier besonders auf historische Rekonstruktionen wie auf die gründliche Arbeit von Bernhard Duesing[18] angewiesen.

Studien zur historischen Entwicklung der Gewaltkriminalität verwenden außerdem die Todesursachenstatistik, da sie unabhängig von der Strafverfolgung die Zahl der Opfer von absichtlicher tödlicher Gewalt zählt und nach Opfermerkmalen differenziert. Ein Teil der hier verwendeten Daten wurde aus der von Manuel Eisner[19] aufgebauten *Historical Homicide Database* übernommen, ein anderer Teil aus der preußischen Todesursachenstatistik und ab 1960 aus der entsprechenden Reihe des Statistischen Bundesamtes entnommen, die schon ab 1980 gesamtdeutsche Zahlen enthält.

Für die DDR existieren keine ernstzunehmenden Kriminalstatistiken, da die Regierung aus ideologischen Gründen nicht an einer wahrheitsgetreuen Berichterstattung interessiert war. Die Anzahl der Todesurteile und Hinrichtungen in der DDR wurden von Falco Werkentin[20] und dem Bürgerkomitee Leipzig e.V.[21] rekonstruiert.

Angesichts niedriger Fallzahlen ist es in der Kriminalstatistik generell üblich, bevölkerungsbezogene Raten pro 100 000 Personen strafmündiger Bevölkerung (bei Tatverdächtigen, Verurteilten und Inhaftierten) bzw. der Wohnbevölkerung (bei den Häufigkeitsziffern der polizeilich registrierten Straftaten) zu berechnen. Das Strafmündigkeitsalter wurde 1923 von 12 auf 14 Jahre angehoben. Seit den 1980er Jahren werden in der polizeilichen Kriminalstatistik und der Strafverfolgungsstatistik täterbezogene Raten nur noch für deutsche Staatsangehörige anhand der deutschen Wohnbevölkerung berechnet, weil eine Rate für Nicht-Deutsche durch Touristen, Durchreisende und Illegale, die nicht zur Wohnbevölkerung gehören, verzerrt würde. Im Interesse der historischen Kontinuität werden hier jedoch ausschließlich einheitliche Raten aller Tatverdächtigen bzw. aller Verurteilten bezogen auf die gesamte Wohnbevölkerung in Deutschland berechnet. Die Bevölkerungszahlen werden aus den Kriminalstatistiken und aus demografischen Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes und des Deutschen Reiches bzw. Preußens entnommen. Daher weichen einige der hier dargestellten Raten für die letzten Jahrzehnte von der veröffentlichten Kriminalstatistik ab.

Zum Weiterlesen empfohlen

Dirk Blasius: Kriminalität und Alltag. Zur Konfliktgeschichte des Alltagslebens im 19. Jahrhundert, Göttingen 1978.

Richard J. Evans: Rituale der Vergeltung. Die Todesstrafe in der deutschen Geschichte, Berlin 2001.

Rebekka Habermas / Gerd Schwerhoff (Hrsg.): Verbrechen im Blick. Perspektiven der neuzeitlichen Kriminalgeschichte, Frankfurt a. M. 2009.

Wolfgang Heinz: Das strafrechtliche Sanktionensystem und die Sanktionierungspraxis in Deutschland 1882 – 2012, Konstanz 2014, www.uni-konstanz.de/rtf/kis/Sanktionierungspraxis-in-Deutschland-Stand-2012.pdf.

Dietrich Oberwittler: Kriminalität, in: Stefan Mau / Nadine Schöneck (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, 3. Aufl., Wiesbaden 2013.

Gerd Schwerhoff: Historische Kriminalitätsforschung, Frankfurt a. M. 2011.

Statistisches Bundesamt: Justiz auf einen Blick, Wiesbaden 2011.

Helmut Thome / Christoph Birkel: Sozialer Wandel und die Entwicklung der Gewaltkriminalität. Deutschland, England und Schweden im Vergleich, 1950 bis 2000, Wiesbaden 2007.

10 Arbeit, Einkommen und Lebensstandard

Toni Pierenkemper

2010 — **40 400 000**

Anzahl der Erwerbstätigen
im Deutschen Reich 1882 und
in Deutschland 2010:

1882 — **20 000 000**

1990 — **20 658 Euro**

Nominelles Bruttoinlandsprodukt pro Kopf
in der Bundesrepublik 1960 und 1990:

1960 — **2 792 Euro**

2002 — **37,3 Stunden**

1933 — **26,3 Prozent**

Arbeitslosenquote
im Deutschen Reich
1925 und 1933:

1925 — **6,7 Prozent**

Durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit
in Bergbau, Industrie und Handwerk
im Deutschen Bund 1850
und in Deutschland 2002:

1850 — **82,5 Stunden**

In modernen Marktgesellschaften bedürfen die Menschen zur Sicherung ihrer Lebensgrundlage regelmäßiger Einkommen. Diese erzielen sie in der Regel durch Erwerbstätigkeiten verschiedenster Art, in ihrer Mehrzahl durch Lohnarbeit. Ihr Lebensstandard hängt von Art und Umfang der Güter und Dienste ab, die sie mit ihrem Einkommen erwerben können.

Die Höhe der Einkommen bestimmt in marktwirtschaftlich organisierten Ländern die Lebensbedingungen der einzelnen Bevölkerungsteile. Um derartige Einkommen zu erzielen, müssen die Menschen arbeiten, und daher bieten der Grad der Ausschöpfung des Arbeitspotenzials der Bevölkerung und deren Produktivität einen wesentlichen Rahmen für den jeweiligen „Wohlstand der Nation".

Erwerbstätigkeit und Beschäftigung

Die Anzahl der Menschen, die in einem bestimmten Territorium leben, gibt einen ersten Hinweis auf das mögliche Arbeitspotenzial einer Gesellschaft.[1] Natürlich können nicht alle Personen einer Volkswirtschaft in gleichem Umfang zu produktiven, marktvermittelten Arbeitsleistungen hinzugezogen werden. Alter, Krankheit und reproduktive Tätigkeiten begrenzen den Rahmen der Erwerbstätigkeit. Für Deutschland lässt sich festhalten, dass der Anteil derjenigen, die am Ende des 19. Jahrhunderts einer Erwerbstätigkeit nachgingen, insgesamt bei deutlich über 40 Prozent lag. Im Laufe der folgenden Dekaden stieg die gesamtwirtschaftliche Erwerbsquote bis in die 1920er Jahre auf über 50 Prozent an. ▸ Abb 1

Nach Überwindung der kriegs- und zerstörungsbedingten Unterauslastung des Erwerbspotenzials in Deutschland unmittelbar nach 1945, als für lediglich 40 Prozent der Bevölkerung in einer bloßen „Überlebensgesellschaft" Erwerbsmöglichkeiten eröffnet werden konnten, stieg die gesamtwirtschaftliche Erwerbsquote im Zuge des folgenden „Wirtschaftswunders" stetig an und stabilisierte sich langfristig bei etwa 50 Prozent. Allerdings erreichte die Erwerbsquote nicht mehr Höchststände wie in den 1920er und 1930er Jahren. Darin spiegelt sich der spätere Berufseintritt der jüngeren Generation aufgrund der verlängerten Ausbildungszeiten ebenso wider wie der frühere Berufsaustritt wegen neuer Rentenregelungen, die einen früheren Ruhestand ermöglichen (sollen).

Die Erwerbsquote misst den Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung und ist, neben den gebotenen Möglichkeiten einer Erwerbstätigkeit nachzugehen (Arbeitsnachfrage), entscheidend von der Altersstruktur der Bevölkerung abhängig. Stark wachsende Bevölkerungen mit zahlreichen Kindern zeigen geringere Erwerbsquoten als stagnierende oder gar schrumpfende Bevölkerungen. Auch hat die Dauer der Ausbildung der nachwachsenden Bevölkerung durch Schulbesuch, Lehre und Studium einen wesentlichen Einfluss auf das Eintrittsalter in eine Erwerbstätigkeit, ebenso wie Regelungen über Rentenbezug und Pensionierung das Austrittsalter mitbestimmen. Der Umfang der Ausschöpfung des Erwerbspotenzials einer Bevölkerung ist daher neben demografischen Faktoren auch von politischen Entscheidungen bestimmt und daher in gewissen Grenzen gestaltbar und zudem gelegentlich durch krisenhafte Entwicklungen (Krieg, Revolution usw.) geprägt. ▸ Tab 1

Augenfällig ist jedoch vor allem, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen sich bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts deutlich von der der Männer unterschied. Der Unterschied betrug zu Beginn des Untersuchungszeitraumes (1882) nahezu

▶ Abb 1 **Erwerbsquote — in Prozent**

0 bis 7

Prozent betrug die Arbeitslosenquote im Kaiserreich.

30

Prozent waren es im Jahr 1932.

20 Prozentpunkte und reduzierte sich bis weit ins 20. Jahrhundert nur unwesentlich. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg näherten sich die Erwerbsquoten von Männern und Frauen in Deutschland deutlich an, und das galt im Osten wie im Westen des nunmehr geteilten Landes. Doch in der DDR folgte die Frauenerwerbstätigkeit einem anderen Weg als in der Bundesrepublik: Sie lag gravierend über der der Frauen in Westdeutschland. Ob man diese Tatsache als einen Akt fortschrittlicher Emanzipation feiert oder sie den Zwängen eines unzureichenden Arbeitskräfteangebots und geringer Arbeitsproduktivität der sozialistischen Wirtschaft zurechnen will, mag dahin gestellt werden. Die Frauenerwerbstätigkeit in der Bundesrepublik jedenfalls verminderte sich zunächst im Wiederaufbau deutlich, ehe auch hier der allgemeine Trend zu einer verstärkten Erwerbstätigkeit der Frauen zum Durchbruch kam, was in einer deutlichen Annäherung der geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten in Deutschland insgesamt seinen Ausdruck fand.

Einen weiteren Maßstab, der Auskunft über die Ausschöpfung des Erwerbspotenzials einer Gesellschaft zu geben vermag, bieten die Arbeitslosenquote und in eingeschränkter Weise auch die Streikintensität. ▶ Abb 2, Abb 3

Von „Arbeitslosigkeit“ kann man sinnvoller Weise erst sprechen, wenn Erwerbsarbeit als Kategorie eindeutig bestimmbar ist. Das war in Deutschland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmend möglich. Zuvor lässt sich die Unterauslastung des Erwerbspotenzials einer Gesellschaft besser als „Unterbeschäftigung“ beschreiben[2], ein Zustand der in allen historischen Zeiträumen zumindest zeitweilig zu beobachten war. Auch Streiks sind ein Phänomen, das erst nach der Entwicklung moderner Lohnarbeitsmärkte sinnvoll zu definieren ist. Gleichwohl stellt deren Erfassung und Messung bis heute ein gravierendes methodisches Problem dar.[3]

Blickt man auf die Entwicklung der Arbeitslosenquote in Deutschland seit 1887[4], so zeigt sich im Kaiserreich eine Fluktuation dieser Maßgröße zwischen 0 und 7 Prozent. Das lässt darauf schließen, dass der Arbeitsmarkt relativ gut funktionierte und die kurzfristigen, durch Konjunktureinbrüche bedingten Anstiege der Arbeitslosigkeit sehr schnell überwunden wurden. Insgesamt signalisieren diese

▶ Tab 1 **Erwerbstätigkeit und Beschäftigung**

	Erwerbs-bevölke-rung	Erwerbsquote			Erwerbstätige			Anteil der Beschäftigten nach Sektoren			Arbeitslosigkeit		verlorene Arbeits-tage durch Streiks
		ins-gesamt	Frauen	Männer	ins-gesamt	Frauen	Männer	Primärer Sektor	Sekun-därer Sektor	Tertiärer Sektor	Arbeits-lose	Arbeits-losen-quote	
	Mio.	%			Mio.	Mio.		%			1 000	%	Anzahl
	x0453	x0454	x0455	x0456	x0457	x0458	x0459	x0460	x0461	x0462	x0463	x0464	x0465
	Deutscher Bund / Deutsches Reich												
1846	–	–	–	–	14,62	–	–	56,8	23,3	20,0	–	–	–
1855	–	–	–	–	15,20	–	–	53,9	25,4	20,7	–	–	–
1867	–	–	–	–	16,17	–	–	51,5	27,1	21,4	–	–	–
1882	18,96	41,9	30,7	–	19,96	–	–	48,4	29,6	22,0	–	–	–
1895	22,11	42,7	31,7	–	23,41	–	–	41,8	34,0	24,2	–	2,8	–
1907	28,09	45,5	35,8	–	28,17	–	–	35,1	38,4	26,5	–	1,6	6 205 000
1925	32,01	51,3	–	–	31,03	–	–	31,5	40,1	28,4	682	6,7	4 025 000
1933	32,30	49,5	–	–	26,69	–	–	33,9	32,6	33,5	4 804	26,3	–
1939	35,73	51,6	–	–	39,68	–	–	27,4	40,9	31,7	119	–	–
	Bundesrepublik												
1950	23,49	46,2	44,2	63,8	20,42	8,5	–	24,3	42,1	33,6	1 869	10,4	380 121
1960	26,65	47,7	–	64,2	26,20	9,9	16,6	13,6	47,6	38,0	271	1,3	37 723
1970	26,62	44,2	46,2	59,6	26,62	9,6	16,9	8,6	46,4	44,9	149	0,7	93 203
1980	27,98	45,4	–	58,0	27,38	–	16,8	5,3	41,1	53,6	889	3,8	–
1989	31,17	50,2	–	59,7	29,35	–	16,9	3,8	36,8	59,4	2 038	7,9	100 409
	DDR												
1950	11,65	39,1	40,0	60,0	8,34	–	–	–	–	–	1 869	–	–
1960	10,48	44,7	45,0	55,0	8,46	–	–	–	–	–	271	–	–
1970	9,77	45,5	48,3	51,7	8,74	–	–	–	–	–	149	–	–
1980	10,47	49,1	49,9	50,1	9,74	–	–	–	–	–	889	–	–
1989	10,58	51,4	48,9	51,1	9,75	–	–	–	–	–	2 038	–	–
	Deutschland												
2000	42,39	51,3	48,2	56,6	39,04	–	20,7	2,5	29,1	68,4	3 890	10,7	10 776
2010	43,45	53,0	52,5	–	40,38	–	21,0	–	–	–	3 238	7,7	–

Zahlen eine weitgehende Ausschöpfung des Erwerbspotenzials bis zum Ersten Weltkrieg, was angesichts einer dynamisch wachsenden Wirtschaft nicht besonders überrascht. Die Zwischenkriegszeit war hingegen von schweren Wirtschaftskrisen geprägt. In der Nachkriegs- und Stabilisierungskrise sowie während der Weltwirtschaftskrise stieg die Arbeitslosenquote gewaltig an und erreichte im Jahre 1932 mit 30 Prozent einen nie gekannten Höhepunkt. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg blieb die Arbeitslosenquote zunächst mit über 10 Prozent außerordentlich hoch. Doch innerhalb eines Jahrzehnts gelang es, die Arbeitslosigkeit bei weiterem Zuzug von Arbeitskräften aus der DDR gänzlich abzubauen und einen Zustand herbeizuführen, der gelegentlich als „Überbeschäftigung“ bezeichnet wurde. Seit Mitte der 1970er Jahre baute sich in der Bundesrepublik in den

▶ Abb 2 **Arbeitslosenquote — in Prozent**

▶ Abb 3 **Verlorene Arbeitstage durch Streiks — in Millionen**

jeweiligen Konjunkturzyklen ein neuer und wachsender Sockel von Arbeitslosigkeit auf, der Ende der 1990er Jahre einen Höhepunkt mit über 10 Prozent Arbeitslosenquote und über 5 Millionen Arbeitslosen erreichte.[5] Das Ziel einer Vollbeschäftigung musste unter den herrschenden Bedingungen verschiedentlich neu angepasst werden und konnte sich keinesfalls weiterhin an den idyllischen, aber untypischen Verhältnissen der 1960er Jahre orientieren. Die Flexibilisierung auf dem deutschen Arbeitsmarkt und ein Rückbau des „Normalarbeitsverhältnisses" haben wesentlich zum Abbau der Arbeitslosigkeit im neuen Jahrhundert beigetragen.

Reflektiert der Grad der Arbeitslosigkeit den Umfang unfreiwilliger Unterauslastung des Arbeitspotenzials, so reduzieren Streiks seitens der Beschäftigten freiwillig den Arbeitseinsatz.[6] Blickt man auf die Häufigkeit von Streikaktivitäten, so findet die ältere Auffassung, dass darin die soziale Entwurzelung und Verelendung der Arbeiterschaft ihren adäquaten Ausdruck fand, nur wenig Unterstützung. Vielmehr scheint, dass es „die besser verdienenden, ansässigen, durch engen beruflichen Zusammenhang geprägten und qualifizierten Arbeiter sind, die die größte Streikbereitschaft zeigen."[7] Diese nutzten vor allem günstige konjunkturelle Phasen, um ihren Forderungen durch Streik Nachdruck zu verleihen. Darüber hinaus prägten auch politische Ereignisse die Streikhäufigkeit, wie das in Deutschland in Folge der revolutionären Unruhen nach dem Ersten Weltkrieg der Fall war.

Nicht nur der Umfang, auch die Struktur der Erwerbstätigkeit gibt wichtige Hinweise auf den Stand der wirtschaftlichen Entwicklung einer Nation und den Wohlstand ihrer Bevölkerung. Die Er-

▶ Abb 4 **Anteil der Beschäftigten nach Sektoren — in Prozent**

werbsstruktur spiegelt sich in erster Linie in der sektoralen Verteilung der Beschäftigten.[8] ▶ Abb 4

Auskunft über die Branche, in der die Erwerbstätigen in Deutschland Beschäftigung fanden, geben, neben einigen früheren Schätzungen der Literatur[9], vor allem die seit 1882 regelmäßig in größeren zeitlichen Abständen vorgenommenen Berufs- und Gewerbezählungen. Auch wurde darin die Art der Beschäftigung erhoben. Allerdings macht die Zurechnung von Tätigkeiten (Berufe) zu bestimmten Produktionsbereichen (Branchen) Probleme. Zudem hat gelegentlich auch die Erhebungssystematik gewechselt, zum Beispiel hinsichtlich der Erfassung der mithelfenden Familienangehörigen, sodass der Vergleich der einzelnen Erhebungen zum Teil Probleme bereitet.[10]

Demnach waren zu Beginn des 19. Jahrhunderts knapp zwei Drittel (61,8 Prozent) aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt, ein Fünftel (21,3 Prozent) im Gewerbe und der Rest (16,9 Prozent) mit vielfältigen Dienstleistungen. Danach lässt sich ein durchgreifender Strukturwandel im Beschäftigungssystem beobachten, der von einer Agrar- über die Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft führte. Die Landwirtschaft verlor als Arbeits- und Erwerbsbereich der Bevölkerung dramatisch an Bedeutung und schon um 1895 überstieg die Anzahl der Erwerbstätigen des gewerblichen Sektors die der Landwirtschaft[11] und fiel bis heute mit etwa 2 Prozent der Beschäftigten im primären Sektor nahezu in die Bedeutungslosigkeit. Der gewerbliche, sekundäre Sektor hingegen setzte zunächst seinen Siegeszug weiter fort und erreichte um 1970 (47,7 Prozent 1969) seinen historischen Höchststand. Bis ins neue Jahrtausend hatte der sekundäre Sektor dann aber seine Führungsposition an den tertiären Sektor verloren, der nunmehr mit nahezu zwei Dritteln (73,5 Prozent 2011) aller Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich das Beschäftigungssystem eindeutig dominiert. Was die Stellung der Erwerbstätigen im Beruf anbetrifft, so lässt sich langfristig ein Rückgang der Selbstständigen und der mithelfenden Familienangehörigen sowie eine deutliche Zunahme von Angestellten und Beamten konstatieren. Auch dies spiegelt den genannten Trend zur Dienstleistungsgesellschaft.

61,8

Prozent der Beschäftigten arbeiteten zu Beginn des 19. Jahrhunderts in der Landwirtschaft.

2

Prozent sind es heute.

103

Euro betrug das nominelle Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 1850.

Einkommen und Löhne

Mit der Erwerbstätigkeit ist die Erzielung von Einkommen notwendig verbunden. Die Höhe des Einkommens ist von der Wirtschaftsleistung einer Volkswirtschaft abhängig und diese lässt sich in allgemeiner Weise durch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bestimmen.[12] Das Pro-Kopf-Einkommen im Zeitverlauf gibt daher Auskunft über die potenzielle Entwicklung der Einkommen.[13] Natürlich steht nicht der gesamte Betrag des Bruttoinlandsproduktes den Beschäftigten allein als Einkommen zur Verfügung, denn auch die Unternehmer, der Staat und das Ausland erheben Ansprüche darauf. Die Entwicklung der Einkommen der abhängig Beschäftigten wird eher durch die Entwicklung der Löhne repräsentiert, für die ein Lohnindex berechnet werden kann. ▸ Tab 2

Die zahlreichen historischen Angaben über individuelle Lohnzahlungen, die sich verstreut in den Quellen finden, lassen sich in einem gewogenen Durchschnitt zusammenfassen. Dessen jährliche Veränderungen werden dann mit einem aus den Preisen eines repräsentativen Warenkorbs gewonnenen Preisindex deflationiert, um die Preiseffekte auszuschalten, und auf ein Basisjahr bezogen.[14]

Ein solcher Reallohnindex hat sich in Deutschland von 1800 (58) bis 1913 (100) bereits nahezu verdoppelt und zeigt damit einen bemerkenswerten Einkommenszuwachs der Beschäftigten während des 19. Jahrhunderts an. Doch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wird dieser Trend einer stetigen Einkommensverbesserung gebrochen und die Krisen und Kriege dieses Zeitraums verschlingen den

▸ Tab 2 **Einkommen und Löhne**

	nominelles Bruttoinlandsprodukt pro Kopf	reales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf	Index der Reallöhne (1913 = 100)	durchschnittliche jährliche Arbeitseinkommen nach Branchen		
				Textilindustrie	Bergbau und Salinen	Metallverarbeitung
	Euro			Euro		
	x0576	x0580	x0468	x0469	x0470	x0471
	Deutscher Bund / Deutsches Reich					
1850	103	1 775	58	–	234	204
1860	153	2 041	55	161	295	261
1870	189	2 303	58	184	408	325
1880	225	2 600	60	235	383	382
1890	288	3 177	70	260	514	450
1900	302	3 925	89	304	624	516
1910	393	4 443	95	367	689	663
1925	576	4 523	90	634	1 041	979
1933	448	3 956	101	651	1 030	1 028
1939	695	5 910	116	694	1 351	1 233
	Bundesrepublik					
1950	1 059	4 777	114	1 291	1 998	1 676
1960	2 792	9 413	197	–	–	–
1970	5 945	13 264	347	–	–	–
1980	12 808	17 381	460	–	–	–
1990	20 658	21 294	530	–	–	–
	Deutschland					
2000	24 912	21 521	590	–	–	–
2010	30 532	23 844	–	–	–	–

▶ Abb 5 **Index der Reallöhne — 1913=100**

gesamten Ertrag der Arbeit der Beschäftigten. Das ändert sich grundlegend nach der Jahrhundertmitte, als nunmehr auch Deutschland Anschluss an die säkulare Entwicklung der Industriestaaten zu einer Wohlstandsgesellschaft gewinnt und die Erwerbstätigen auch hier eine niemals zuvor gesehene Erhöhung ihrer Einkommen erlebten.

Natürlich bedarf eine derart allgemeine Betrachtung einer Differenzierung, denn nicht alle Berufe und Beschäftigtengruppen waren an dieser Entwicklung in gleicher Weise beteiligt. Manche profitierten stärker und manche weniger. Diese unterschiedliche Einkommensentwicklung spiegelt auch die veränderten Knappheitsrelationen auf dem Arbeitsmarkt, die sich zwischen einzelnen Berufen und Berufsgruppen und den Beschäftigtenkategorien im Zuge des Wachstums der Volkswirtschaft ergaben.[15] ▶ Abb 5

Verteilung der Einkommen

Es erweist sich also, dass der Zugriff auf das BIP und damit die Verteilung der Einkommen, sei es zwischen Staat und Privaten, zwischen Unternehmern und Beschäftigten oder innerhalb der verschiedenen Beschäftigtengruppen, einen außerordentlich komplexen und konfliktreichen Prozess darstellt.[16] Die Verteilung der Einkommen innerhalb einer Volkswirtschaft wird häufig als ein außerordentlich prekärer Sachverhalt wahrgenommen und je nach Fragestellung werden sehr unterschiedliche Verteilungsmaße herangezogen. ▶ Tab 3

Zur Bemessung des Umfangs der Einkommensungleichheit in einer Volkswirtschaft steht eine Reihe von Messkonzepten zur Verfügung.[17] Möchte man etwas über die unterschiedliche Einkommenshöhe in verschiedenen Gruppen der Gesellschaft erfahren, so kann man deren Einkommen in Relation zueinander betrachten und somit einen Aspekt der kategorialen Einkommensverteilung in den Blick nehmen. Möchte man wissen, wie sich das Volkseinkommen auf die beiden produktiven Faktoren einer Volkswirtschaft verteilt, also Arbeit und Kapital, so sucht man nach der funktionalen Einkommensverteilung. Die personale Einkommensverteilung hingegen öffnet den Blick auf die Verteilung der Einkommen auf die Individuen einer Gesellschaft gänzlich unabhängig von ihrer Stellung im Wirtschaftsprozess oder ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Formationen.

Das Pareto-Alpha eignet sich zur Messung der personalen Einkommensverteilung in einer Gesellschaft, weil dieser Wert den Grad der Ungleichheit („Schiefe“) der Einkommensverteilung bestimmt.[18] In Deutschland ist während des 19. Jahrhunderts ein stetiger Rückgang des numerischen Wertes dieses Verteilungsmaßes zu beobachten. In Preußen erreichte dieses Maß 1851 einen Wert von 1,88 und dieser verminderte sich bis 1913 auf 1,47 und lässt deshalb auf einen deutlichen Anstieg der Ungleichheit unter den preußischen Bürgern schließen. Eine ähnliche Entwicklung zeigte auch die Lohnquote, die den Anteil der Einkommen der abhängig Beschäftigten am BIP misst. Offenbar sanken auch die Löhne der Beschäftigten im 19. Jahrhundert relativ zu den Gewinnen der Unternehmen. Das setzte sich in der Zwischenkriegszeit nicht weiter fort und die Lohnquote stieg merklich an. Dies sollte man allerdings nicht als Erfolg im „Verteilungskampf“ zwischen Arbeitern und Unternehmern missverstehen, denn dieser „Erfolg“ war wesentlich eine Folge der Weltwirtschaftskrise, welche die Gewinne und

▶ Tab 3 **Verteilung der Einkommen**

	Skill-Ratio (Metallverarbeitung und Textil)	Arbeitseinkommen	Kapitaleinkommen	Lohnquote	Pareto-Alpha
		Mrd. Euro		%	Angaben im Pareto-Koeffizienten
	x0472	x0473	x0474	x0475	x0476
	Deutscher Bund / Deutsches Reich				
1850	–	2,3	0,2	81,9	–
1860	1,9	3,1	1,0	75,3	1,8
1870	2,4	4,2	1,2	77,8	1,8
1880	2,8	5,6	1,7	76,6	1,8
1890	3,3	7,5	2,9	74,1	–
1900	3,8	10,4	4,1	72,6	1,4
1910	4,9	15,0	6,1	70,9	1,5
1925	7,2	26,7	3,2	59,9	–
1933	7,5	23,2	0,6	59,8	–
1939	9,0	–	–	55,0	–
	Bundesrepublik				
1950	12,3	30,9	9,6	58,2	2,1
1960	–	73,8	49,0	60,1	–
1970	–	185,1	97,1	65,6	–
1980	–	445,9	163,4	73,2	–
1989	–	639,9	298,8	68,2	–
	Deutschland				
2000	–	1 100,0	424,4	72,2	–
2010	–	1 260,0	641,6	66,3	–

Investitionen der Unternehmen noch stärker einbrechen ließ als die Einkommen der Beschäftigten – die wachsende Arbeitslosigkeit wurde in diesen Zahlen ja nicht sichtbar. Langfristig stabilisierte sich die Lohnquote wieder auf dem früheren Niveau, sodass der Eindruck entsteht, dass die Lohnquote langfristig eher stabil blieb.[19] Was die Einkommensrelationen zwischen verschiedenen Berufsgruppen betrifft, so scheinen sich darin die Angebots- und Nachfrageverhältnisse am Arbeitsmarkt, also ihre relative Knappheit, zu spiegeln. Betrachtet man etwa die durchschnittlichen jährlichen Arbeitseinkommen in der Metallverarbeitung und im Textilsektor als Maßstab für die Löhne unqualifizierter Arbeit (Textil) und qualifizierter Arbeit (Metall), so lässt sich eine deutlich wachsende Differenz der Einkommen in diesen beiden Sektoren feststellen. Man kann das Verhältnis der beiden Größen als „Skill-Ratio“, als ein Maß der qualifikatorischen Unterschiede der beiden Beschäftigungsbereiche ansehen und die Einkommensdifferenzen dem Wirken der Marktkräfte im Wachstumsprozess zuschreiben. Die Wirkung einer zunehmenden Einkommensungleichheit im 19. Jahrhundert wird hinsichtlich der langfristigen Effekte zum Teil durchaus positiv bewertet, denn so konnten Ersparnisse gebildet werden, aus denen verstärkt Investitionen finanziert wurden, die das Wirtschaftswachstum förderten. Das enorm gesteigerte BIP eröffnete im 20. Jahrhundert neue Verteilungsspielräume, die dann zu einer gleichmäßigeren Verteilung der Einkommen führten und auch die Beschäftigten langfristig am Fortschritt beteiligten.[20]

Konsum und Wohlfahrt

Letztendlich dienen die gesamtwirtschaftliche Produktion und die Erzielung von Einkommen immer der privaten Wohlfahrt der Bevölkerung.[21] Allerdings lässt sich der Wohlstand in einer Volkswirtschaft nur schwer bestimmen und der vielfach verwendete Wohlstandsindikator „BIP-Pro-Kopf“, oder auch die Pro-Kopf-Konsumausgaben, wurden immer wieder als unzulänglich kritisiert und auch alle Korrekturversuche auf der Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung konnten dieser Kritik kaum hinreichend begegnen.[22] Allen diesen Ansätzen bleibt es zu Eigen, dass darin vornehmlich ökonomische Größen berücksichtigt werden und die zweifellos ebenfalls bedeutsamen sozialen und psychischen Dimensionen individueller Wohlfahrt außer Acht bleiben. Bereits in den 1960er Jahren wurden

▶ Tab 4 **Verbrauch und Konsum**

	privater Verbrauch in Preisen von 1913									
	Nahrungs-mittel	Genuss-mittel	Wohnung	Möbel, Hausrat, Heizung, Beleuchtung	Bekleidung, Textilien Hausrat, Lederwaren	Gesundheits- und Körper-pflege und Reinigung	häusliche Dienste	Bildung und Erholung	Verkehr	insgesamt
	Mrd. Euro									
	x0477	x0478	x0479	x0480	x0481	x0482	x0483	x0484	x0485	x0486
	Deutscher Bund / Deutsches Reich									
1850	0,92	0,43	0,37	0,12	0,55	0,07	0,15	0,02	0,01	2,64
1860	1,61	0,60	0,49	0,17	0,80	0,09	0,21	0,03	0,04	4,03
1870	1,99	0,84	0,71	0,23	0,97	0,11	0,26	0,04	0,08	5,24
1880	2,79	1,21	1,00	0,33	1,20	0,17	0,32	0,06	0,11	7,20
1890	3,63	1,51	1,23	0,56	1,38	0,23	0,35	0,08	0,19	9,18
1900	4,88	1,99	1,72	0,83	1,79	0,36	0,40	0,13	0,33	12,44
1910	7,05	2,20	2,75	1,27	2,70	0,59	0,51	0,23	0,52	17,81
1925	10,34	3,54	2,41	2,79	4,61	0,93	0,69	0,73	0,95	26,99
1929	12,21	4,72	4,07	3,34	4,20	1,33	0,77	0,97	1,07	32,69
1933	8,34	3,05	4,05	1,86	2,98	1,30	0,53	0,59	0,66	23,36
1938	10,24	4,38	4,35	2,39	3,97	1,48	0,71	1,14	1,23	29,88
	Bundesrepublik									
1950	11,76	5,07	2,95	2,78	5,06	1,47	0,48	1,67	1,16	32,39
1955	16,42	8,29	4,36	5,46	7,82	2,23	0,74	2,64	2,58	50,55
1959	21,01	11,53	6,56	7,33	10,53	3,36	0,89	3,65	4,74	69,60

auch in Deutschland Versuche unternommen, durch ein umfassendes, mehrdimensionales Sozialindikatorensystem den Mängeln der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abzuhelfen – mit wenig Erfolg.[23] Gleichwohl verfolgt eine Reihe weiterer Arbeiten einen ähnlichen Ansatz, ohne entscheidende Fortschritte zu erzielen.[24] ▶ Tab 4

Ein neuartiger Human-Development-Index zur Messung des Lebensstandards eines Landes wurde von den Vereinten Nationen entwickelt.[25] Darin werden neben der gesamtwirtschaftlichen Produktion (Pro-Kopf-BIP) auch die Gesundheit (durchschnittliche Lebensdauer) und die Bildung (Lesefähigkeit und Dauer des Schulbesuchs) als wesentliche Faktoren der Lebensqualität berücksichtigt. Für jedes Land wurde dann für alle drei Dimensionen der Lebensqualität der relative Abstand zum jeweils erfolgreichsten Land gemessen, wobei der maximale Wert je mit dem Wert „Eins“ belegt wurde. Das arithmetische Mittel der drei Einzelwerte ergibt dann für jedes Land einen Wert zwischen „Null“ und „Eins“ und je größer dieser numerische Wert ist, desto höher ist der Lebensstandard in diesem Land anzusehen. ▶ Tab 5

Blickt man auf die Entwicklung des HDI für Deutschland, so zeigt sich zwischen 1870 und 1913 ein Anstieg auf nahezu das Doppelte (von 0,39 auf 0,63) und dieser Anstieg setzte sich bis in die 1960er Jahre leicht gebremst, aber stetig weiter fort. Die beiden Weltkriege hatten damit erstaunlicher Weise nur einen geringen Einfluss auf die Höhe dieses Wohlfahrtsmaßes. Das lässt sich dadurch erklären, dass während dieses Zeitraumes zwar die gesamtwirtschaftliche Produktion deutlich beeinträchtigt wurde, der Einfluss dieses

0,39

betrug der HDI für Deutschland 1870.

82,5

Stunden betrug die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit 1850.

Faktors auf den Wohlstand aber durch eine Verlängerung der Lebenserwartung (ohne Kriegstote) und eine erhöhte Bildung teilweise ausgeglichen wurde. Bemerkenswert ist ferner, dass der absolute Wert des HDI für Deutschland erst nach 1980 einen Wert von um bzw. über 0,9 erreichte, der für eine Wohlstandsgesellschaft charakteristisch ist.[26]

Für langfristige historische Vergleiche der Wohlfahrt in verschiedenen Volkswirtschaften wurde in letzter Zeit eine Reihe weiterer Indikatoren zum Teil recht ungewöhnlicher Art berechnet. Blickt man zum Beispiel auf die Entwicklung der durchschnittlichen Körpergrößen[27] der deutschen Bevölkerung als einem Indikator des Versorgungsniveaus, so zeigt sich die Wirkung der Krise des Pauperismus im frühen 19. Jahrhundert in einem deutlichen Rückgang diese Indikators bis zur Mitte des Jahrhunderts. Die Verbesserung der Wirtschaftslage danach schlug sich in einem stetigen Anstieg der Körpergrößen nieder. Der zunächst kräftige Anstieg verminderte sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts aber wieder, weil ein starkes Bevölkerungswachstum und das Wachstum der Städte für die Unterschichten häufig prekäre Lebensverhältnisse schufen. Auch die Versorgungskrisen der beiden Weltkriege hinterließen in der Entwicklung der Körpergrößen ihre Spuren. Inwieweit die alternativen Wohlfahrtsmaße das vertraute BIP ersetzen können, muss sich erst noch beweisen.

▶ Tab 5 **Wohlstand und Lebensqualität**

	Human Development Index (HDI)	Körpergröße Männer	durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit (Bergbau, Industrie, Handwerk)
		cm	Stunden
	x0487	x0488	x0489
	Deutscher Bund / Deutsches Reich		
1840	–	166,6	–
1850	–	163,8	82,5
1870	0,4	166,9	–
1880	–	167,9	–
1890	–	168,6	–
1900	–	169,2	60,0*
1910	–	170,5	–
1920	–	173,3	–
1930	–	174,0	44,0
1940	–	175,2	50,0
	Bundesrepublik		
1950	0,8	176,8	48,1
1960	–	178,9	44,4
1973	0,9	–	40,7
1980	–	180,5	39,4
1992	0,9	–	37,6
	Deutschland		
2002	–	–	37,3

* 1902

Datengrundlage

Zwar gab es in zahlreichen deutschen Staaten schon im 17. Jahrhundert gelegentlich Statistiken über die Zahl der Einwohner und ihre innere soziale Gliederung, doch einigermaßen verlässliche Angaben über die Berufstätigkeit der Untertanen finden sich erst im 19. Jahrhundert.[28] Dabei spielten die Weiterentwicklung der seit 1719 in Preußen angefertigten „Historischen Tabellen“ und ihre Fortführung als „Tabellen und Nachrichten über den preußischen Staat“[29] und innerhalb der Statistik des Deutschen Zollvereins[30] sowie zahlreiche private Initiativen eine bedeutsame Rolle.[31] Doch erst die Gründung des Kaiserlichen Statistischen Amtes 1872 im neuen Deutschen Reich ermöglichte systematische Berufs- und Gewerbezählungen, die Auskunft über Umfang und Struktur der Beschäftigten in Deutschland geben können.[32]

Über die historischen Einkommensverhältnisse der Bevölkerung im 19. Jahrhundert gibt die geschätzte Entwicklung der Reallöhne eine vorläufige Auskunft.[33] Ausführliche Lohnreihen für verschiedene Berufe und Berufsgruppen finden sich bei verschiedenen Autoren.[34] Auch gibt es einige Schätzungen über die historische Entwicklung der Einkommensverteilung,[35] die jedoch hinsichtlich der Lebensverhältnisse der verschiedenen Bevölkerungsgruppen einer Ergänzung durch zusätzliche Daten bedürfen.[36]

Für das 20. Jahrhundert und insbesondere für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg stehen hinsichtlich der Daten über den Arbeitsmarkt und die Beschäftigung ausführliche nationale und internationale Statistiken zur Verfügung. Hier ist für die erste Hälfte des Jahrhunderts das Werk von Walther G. Hoffmann mit den einschlägigen Daten zur Erwerbstätigkeit, den Einkommensverhältnissen und dem Konsum der Bevölkerung zu nennen. Das Statistische Bundesamt hat zum Jubiläum einer zentralen amtlichen Statistik im Jahr 1972 einen Band mit einschlägigen langen Reihen herausgegeben. Seit 1983 gibt das Statistische Bundesamt in unregelmäßigen Abständen einen Datenreport heraus, aus dem die jeweils neuesten statistischen Daten über Einkommen, Berufstätigkeit und Verbrauch in Deutschland zu ersehen sind. Auch das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit gibt zahlreiche Statistiken und informative Einzelstudien zu den betreffenden Themen heraus.[37]

Zum Weiterlesen empfohlen

Rainer Gömmel: Realeinkommen in Deutschland. Ein internationaler Vergleich (1810–1914), Nürnberg 1979.

Jürgen Kocka: Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert, Bonn 1990.

Emil Lederer / Jakob Marschak: Die Klassen auf dem Arbeitsmarkt und ihre Organisation, in: Grundriss der Sozialökonomik. IX. Abteilung: Das soziale System des Kapitalismus, II. Teil: Die autonome und staatliche Binnenpolitik im Kapitalismus, Tübingen 1927, S. 105–258.

Toni Pierenkemper: Gewerbe und Industrie im 19. und 20. Jahrhundert, in: Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 29, München 2005, S. 87–99.

Toni Pierenkemper: Die Vermarktung von Arbeitskraft in Deutschland. Begriff, Tendenzen, Forschungsprobleme, in: Klaus J. Bade (Hrsg): Auswanderer – Wanderarbeiter – Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, 2 Bde., Ostfildern 1984, Bd. 1, S. 135–178.

Gerhard A. Ritter / Klaus Tenfelde: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992.

Hans-Jürgen Teuteberg / Günter Wiegelmann: Der Wandel der Nahrungsgewohnheiten unter dem Einfluss der Industrialisierung, Göttingen 1972.

Andrea Wagner: Die Entwicklung des Lebensstandards in Deutschland zwischen 1920 und 1960, Berlin 2008.

Bénédicte Zimmermann: Arbeitslosigkeit in Deutschland. Zur Entstehung einer sozialen Kategorie, Frankfurt a. M. 2006.

11
Kultur, Tourismus und Sport

Heike Wolter/Bernd Wedemeyer-Kolwe

1914 — **11 500**

Anzahl der Kinos
in der Bundesrepublik
1956 und 1978:

1956 — **6 438**

1978 — **2 770**

Anzahl der Sportvereine
im Deutschen Reich
1880 und 1914:

1880 — **2 000**

Umsatz des Buchhandels
in der Bundesrepublik 1955
und in Deutschland 1993:

1955 — **800 000 000 Euro**

1993 — **7 900 000 000 Euro**

Anzahl der Tageszeitungen
im Deutschen Reich 1928 und
in der Bundesrepublik 1983:

1928 — **3 773**

1983 — **1 226**

Das Kapitel zu Kultur, Freizeit und Sport betritt in vielerlei Hinsicht Neuland. Alle Themen sind lange Zeit nur sporadisch von der Statistik erfasst worden. Zum ersten Mal wird der Versuch unternommen, lange Reihen vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart darzustellen. Nicht nur Reihen zu Zeitungen, Theatern, Kinos, Büchern, Bibliotheken, Tourismus sowie Sportvereinen und ihren Mitgliedern liefern neue Einsichten, sondern auch der Vergleich verschiedener Freizeitaktivitäten.

Kulturgeschichte im Zeitraffer[1]

Das 19. Jahrhundert war eine Zeit starker gesellschaftlicher Umbruchserwartungen. So erlebte die adelige Kultur, die auch jene der bisherigen politischen Elite war, einen Niedergang. Das aufstrebende Bürgertum galt als kulturell interessiert, doch nach der Reichsgründung als gänzlich unpolitisch. Dies war durch die verfehlten Erwartungen der Revolution 1848 und die Manifestation eines Obrigkeitsstaates 1871 bedingt. Der Rückzug in die Innerlichkeit führte zu bürgerlichen Geselligkeitsformen, die sich eher dem Kleinen zuwandten. Vor dem Hintergrund eines scheinbar breiten Arrangements mit dem Gegebenen entstanden aber auch verschiedene Reformbewegungen, die Missstände aufgriffen und – auch kulturell – zur Diskussion stellten.

Die Jahre 1918 bis 1933 bedeuteten anschließend eine kulturelle Differenzierung und Sichtbarwerdung, die auch als Weimarer Kultur bezeichnet wird. Neben der Tatsache, dass diese Jahre kulturell teilweise hoch produktiv waren, verbanden und rieben sich hier traditionelle und moderne Vorstellungen von Kultur(würdigkeit). Es entstand erstmals eine wirkliche Massenkultur. Diese war einerseits stark auf Unterhaltung ausgerichtet, es existierte jedoch auch jener Bereich, in dem erbittert um kulturelle Ausdeutungen von Geschichte und Gegenwart gerungen wurde.

Mit der Machtübertragung an die Nationalsozialisten 1933 gewannen zunächst konservative Kräfte die Deutungshoheit. Bedeutsam für die nun folgenden Jahre waren zwei Entwicklungen: zum einen der Gegensatz zwischen der staatlich verordneten Kulturpolitik und dem autonomen Wesen des Begriffes Kultur, zum anderen die Existenzbedingungen eines Kulturbetriebs in einer Diktatur und einer Kriegsgesellschaft. Statistisch nicht sichtbar wurden die diffizilen Aushandlungsstrategien Einzelner im Umgang mit der Diktatur. Die Umsetzung der „Volksgemeinschaft“ bedeutete eine kulturelle Öffnung hin zur und eine Ausrichtung an der Masse. Darunter wurde allerdings nur jener Teil der Gesellschaft verstanden, der der Ideologie des Nationalsozialismus entsprach. Die Exklusion ganzer Bevölkerungsgruppen führte zu einer unvollständigen Kulturgeschichte. Auch der massive kulturelle Exodus war kulturgeschichtlich höchst bedeutsam.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu einer doppelten, aber doch auch verzahnten deutschen Kulturgeschichte. In der 1949 gegründeten DDR war der Kulturbetrieb stark reglementiert, ideologisch geprägt und wurde als politisches Legitimationsfeld angesehen. Trotzdem wurde mit beachtlichen Parallelen zur Geschichte der Bundesrepublik Kultur als Mittel zur Umerziehung der Menschen nach den Verwerfungen des Nationalsozialismus gesehen. Auf der anderen Seite bestand eine klare Abgrenzung: Die DDR sah sich als das bessere Deutschland, ihre Kultur sollte diesen Standpunkt belegen. Erwünscht war das Hinarbeiten auf eine sozialistische Breitenkultur. Die Überzeugung, dass Kultur wesentlich unterhaltenden Charakter habe, setzte sich erst ab den 1970er Jahren durch. In den 1980er Jahren entstand mit dem Erstarken alternativer Kräfte in Ansätzen eine nonkonforme Kultur, die mit der Revolution 1989 politische Schlagkraft gewann.

In der Kulturgeschichte der Bundesrepublik zeigen sich wesentliche Entwicklungslinien der Kultur des „Westens“. Nur kurz vermochte nach 1945 die schiere materielle Not das kulturelle Leben weitgehend zum Erliegen bringen, schon bald wurde Kultur als „unverzichtbares moralisches Lebens- und Überlebensmittel“[2] gesehen. Der rasch einsetzende wirtschaftliche Aufschwung war auch von einem kulturellen Wiederaufbau begleitet, der zwischen der Sehnsucht nach heiler Welt und der Aufarbeitung der Vergangenheit changierte. In den 1960er Jahren setzte mit dem Ende der Ära Adenauer eine Politisierung größerer Teile der Gesellschaft ein, die auch kulturell spürbar wurde. Ab den 1970er Jahren wurde die kulturelle Vielfalt durch die zunehmende Integration von Menschen aus anderen Kulturen und durch das weit verbreitete bürgerschaftliche Engagement bereichert. Hinzu kam die bis heute anhaltende Medialisierung. Durch die Enträumlichung, Entzeitlichung und Vervielfältigung von Kommunikation entstanden neue kulturelle Formen.

Mit der Wiedervereinigung sah sich die Kultur der Bundesrepublik einer kom-

▶ Tab 1 **Zeitungen und Zeitschriften**

	Tageszeitungen				Zeitschriften	
	Titel Haupt- und Nebenausgaben	Titel Hauptausgaben	Titel Nebenausgaben	Höhe Verkaufsauflage	Titel Zeitschriften	Höhe Verkaufsauflage
	Anzahl			Mio.	Anzahl	Mio.
	x0490	x0491	x0492	x0493	x0494	x0495
	Deutscher Bund / Deutsches Reich					
1849	1 680	–	–	–	–	–
1855	401	–	–	–	–	–
1891	2 586	–	–	–	–	–
1906	3 551	–	–	–	–	–
1914	3 716	–	–	–	–	–
1917	2 926	–	–	–	–	–
1928	3 773	–	–	–	–	–
1943	988	–	–	–	–	–
	Bundesrepublik					
1947	544	116	–	15,0	–	–
1953	1 065	473	592	13,4	–	–
1958	1 310	620	690	16,3	–	–
1966	1 385	603	782	22,0	741	65,1
1972	1 223	413	810	18,1	866	81,5
1983	1 226	359	867	25,8	1 034	103,2
	DDR					
1947	–	–	–	–	–	–
1953	304	–	–	4,9	–	–
1958	304	–	–	5,9	–	–
1966	–	–	–	–	–	–
1972	–	–	–	–	–	–
1983	293	–	–	8,9	–	–
	Deutschland					
1993	1 597	423	1 074	30,7	1 567	139,3
2001	1 584	388	1 196	30,2	1 900	145,7

plizierten Situation ausgesetzt. Anfänglicher Euphorie folgte rasche Ernüchterung und die Frage nach der möglichen Inkorporation der DDR-Kultur. Es ergaben sich neue kulturelle Horizonte, in denen trotz aller Globalisierungstendenzen das Nationale – zuvor lange kaum betont – wieder eine größere Rolle spielte. Gleichwohl stellt(e) sich, bedingt durch die Multikulturalität Deutschlands, am Beginn des 21. Jahrhundert vor allem die Frage nach dem Sinn einer Leitkultur, die seitdem gesellschaftlich unter der Fragestellung eines auch kulturell „bunten" Deutschlands immer wieder verhandelt wird.

Zeitungen: Vom Sprachrohr der Revolution zur Zeitungskrise

Die (politische) Presse entwickelte sich entscheidend durch die revolutionären Unruhen um 1848. Ihre Liberalisierung wurde in der Folge des Scheiterns der Revolution rasch zurückgenommen, was zu einem Zeitungssterben führte. Die Zahl der Titel ging von 1 680 im Jahr 1849 auf 401 im Jahr 1855 zurück. Bedingt durch technische Neuerungen setzte sich auf lange Sicht die Tages- und Wochenpresse trotzdem durch: Sie wurde aktuell, preiswert und massenhaft. ▸ Tab 1

Besonders lässt sich dies am Boom der Tagespresse um 1900 ablesen. So stieg die Anzahl der Titel zwischen 1891 und 1906 um 37 Prozent. Im Kaiserreich zeigte sich zudem besonders die enge Verbindung von Politik und Presse. Zentral war eine meinungsbildende Ausrichtung der Presse, zumal vor und während des Ersten Weltkriegs. Überwiegend erfüllten die Presseerzeugnisse ihre erwünschte Funktion als „Kriegstreiber", waren also propagandistisch in Dienst genommen. Der Rückgang ab 1914 erklärt sich vor allem aus der Papierknappheit der Kriegsjahre. Bis 1917 ging die Zahl der Titel so um 21 Prozent zurück. ▸ Abb 1

Das Pressewesen der Weimarer Republik profitierte einerseits von der Pressefreiheit und litt andererseits ab 1931 unter der Verbotspraxis mittels Notverordnungen. Die Tagespresse zeigte sich vielfältig, stark politisiert und damit fragmentiert. Die Zersplitterung in den Marktanteilen zeigte sich auch im Vorhandensein unzähliger lokaler Zeitungen.

Die Entwicklung zwischen 1933 und 1945 stand unter anderen politischen Vorzeichen. Die Pressepolitik hatte drei klare Ziele: Ausschaltung politischer Gegner, Gleichschaltung und Meinungslenkung. Der Zweite Weltkrieg stellte eine erhebliche Zäsur dar. Knappheit in Papier und Druckkapazitäten, Informationsbedürfnisse der Leser und Propagandaabsichten der Erzeuger bildeten ein unvereinbares qualitatives und quantitatives Dreieck, in dem die Zeitungsproduktion bis 1942/43 stark einbrach.

Nach dem Ende des Krieges unterstand das Pressewesen zunächst den Alliierten, die unterschiedliche Wege beschritten. Allen gemeinsam war die anfängliche Papierknappheit. Erste alliierte Zeitungen erschienen trotzdem bereits im späten Kriegsverlauf, zunächst als Heeresgruppenzeitungen. Sie sollten bei der *Re-Education* helfen.

In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) erschienen noch im Mai 1945 die „Tägliche Rundschau" und die „Berliner Zeitung" als Organe des Kommandos der Roten Armee, im Juni dann mit der „Deutschen Volkszeitung" das erste Lizenzblatt. Weitere folgten, auch hier nach Lizenzvergabe. Diese Erzeugnisse wurden stark zensiert, denn Meinungsfreiheit war kaum erwünscht. Nach und nach entstanden Parteien, wodurch Parteizeitungen zugelassen wurden. Selbst nach Gründung der DDR 1949 nahm die Sowjetunion

▸ Abb 1 **Verkaufsauflage von Tageszeitungen — in Millionen**

anfänglich starken Einfluss auf das Pressewesen, eine „Presse neuen Typs“ sollte geschaffen werden. 1952 wurde das „Neue Deutschland“ als zentrales Organ der Tagespresse gegründet. Danach waren zentrale Lenkung, defizitäre ökonomische Bilanz und hohe Zeitungsdichte bei überschaubarer Titelzahl wesentliche Merkmale. Das heißt: Während die Auflagen stiegen, stagnierte die Zahl der Titel. Zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften unterlagen einem die Auflage beeinflussenden Sperrvermerk, hier wurden neue Abonnements nur bei Abbestellungen vergeben.

In den westlichen Besatzungszonen galt für die Neu- und Wiedergründungen eine Lizenzpraxis, die demokratische Grundsätze schützen sollte. In den 1950er Jahren schien man zu den Traditionen der Weimarer Republik zurückzukehren. Unter Länderweisung entstanden vornehmlich Lokalzeitungen, die sich aber meist als ▸Kopf- und ▸Nebenausgaben weniger ▸Hauptausgaben erwiesen. Diese machten bereits 1947 nur 21 Prozent der Gesamtausgabenzahl aus. Eine Zäsur stellte die Gründung der Bild-Zeitung 1952 dar, die rasch zur größten deutschen Zeitung aufstieg. Ihr zunehmender Charakter als „Meinungsmacherin der Nation“ war prägend. Die 1960er und 1970er Jahre waren stark durch eine ökonomische und publizistische Konzentration der Presse gekennzeichnet. Während ab 1966 die Zahl der Hauptausgaben sank, stagnierte die Ausgabenzahl insgesamt. In den 1970er Jahren kam eine allgemeine Stagnation bzw. krisenhafte Wirtschaftsentwicklung mit sinkender Nachfrage hinzu. Zudem war bereits Ende der 1950er Jahre die Medienkonkurrenz durch das Fernsehen spürbar geworden, schon ab 1958 war nur noch ein leichter Anstieg bei der Zahl der Hauptausgaben zu verzeichnen gewesen.

Nach der Wiedervereinigung wurde die DDR-Presse zumeist von bundesdeutschen Verlagen übernommen, Meinungs- und Pressefreiheit rasch durchgesetzt. Seit der Jahrtausendwende lassen sich folgende Trends erkennen: Je nach Presseerzeugnis sind stärkere oder weniger starke Rückgänge feststellbar. So sank die Verkaufsauflage von 2001 bis 2013 um 27 Prozent. Immer mehr Leser informieren sich im Internet. Teilweise geschieht dies zu Lasten des Pressewesens über kostenfreie Informationsportale, teilweise offerieren die Verlage erfolgreich Online-Angebote.

Buchmarkt: Vom Buch zum E-Book

In vielen Aspekten entsprechen Entwicklungen der Buchproduktion den Befunden der Pressegeschichte. ▸ Tab 2

Das 19. Jahrhundert war durch eine Demokratisierung der Lesekultur geprägt, die von einer breiten Alphabetisierungswelle getragen wurde. Die Buchproduktion wurde differenzierter und quantitativ reicher. Von 1851 bis 1900 verdreifachte sich die gesamte Titelproduktion. Technische Neuerungen machten Bücher preiswerter und alltäglicher. Die Zensur garantierte allerdings mit Ausnahme der Revolutionsjahre eine Kontrolle der Produktion. Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts war durch zahlreiche Verlagsgründungen gekennzeichnet, eine Konzentration setzte erst in der Weimarer Republik ein. Neben Versuchen zur Zusammenarbeit der Buchhandelsakteure – vor allem im Börsenverein der Deutschen Buchhändler / des Deutschen Buchhandels – gab es viele partikularistische Bestrebungen. In der schweren Absatzkrise der zweiten Jahrhunderthälfte entwickelten sich unterschiedliche Strategien der Verlage – das kulturell hochwertige Buch in geringerer Auflage stand neben dem Massenbuch.

Der Erste Weltkrieg markierte eine Zäsur, da Kriegswirtschaft und Papiermangel zum Sturz der Produktionszahlen führten. Auch die Weimarer Republik verzeichnete eine Bücherkrise mit Einbrüchen bei der Titelproduktion 1924 und 1931, auf die mit Professionalisierung durch den Zwischenbuchhandel und mit massiver Werbung reagiert wurde. ▸ Abb 2

Der Nationalsozialismus bewegte sich in der Gleichschaltung des Buchhandels, die in der Bücherverbrennung einen tragischen Höhepunkt fand, zwischen starken Beschränkungen durch Zensur und aktiver Förderung der Produktion durch propagandistisch motivierte Publikationen.

▸ **Hauptausgabe**
Stammblatt einer Zeitung; Ausgabe der Zentralredaktion

▸ **Kopfausgabe**
Lokale oder regionale Zeitung, deren allgemeiner Teil von einer Zentralredaktion gestaltet wird; erscheint unter dem traditionellen lokalen oder regionalen Zeitungstitel

▸ **Nebenausgabe**
Lokalausgabe einer Zeitung (darunter auch Kopfausgaben)

▶ Tab 2 **Bücher**

	Titelproduktion					Erstauflagen Taschenbücher	Übersetzungen ins Deutsche		Börsenverein des Deutschen Buchhandels			Umsatz im Buchhandel
	insgesamt	Erstauflagen	Neuauflagen	Sachgruppe „Literatur“	Sachgruppe „Mathematik und Naturwissenschaften“		insgesamt	davon: aus dem Englischen	Mitglieder insgesamt	davon: Verlage	davon: Buchhandlungen	
	1 000					1 000	1 000		Anzahl			Mrd. Euro
	x0496	x0497	x0498	x0499	x0500	x0501	x0502	x0503	x0504	x0505	x0506	x0507
	Deutscher Bund / Deutsches Reich											
1851	8,3	–	–	0,8	0,6	–	–	–	687	–	–	–
1871	10,7	–	–	1,0	0,7	–	–	–	1 010	–	–	–
1900	24,8	–	–	2,9	1,4	–	–	–	2 858	–	–	–
1913	30,0	–	–	–	–	–	–	–	3 552	–	–	–
1918	14,7	10,4	4,3	–	–	–	–	–	3 593	–	–	–
1924	23,1	18,0	5,1	5,4	1,1	–	–	–	4 819	–	–	–
1932	31,5	18,1	3,4	3,2	1,0	–	0,9	0,3	4 487	–	–	–
	Bundesrepublik											
1955	16,7	12,7	4,0	2,7	1,0	–	1,5	0,8	4 609	–	–	0,8
1960	22,5	17,6	4,9	4,9	1,4	–	2,6	1,3	4 468	1 431	3 037	1,3
1970	47,1	38,7	8,4	9,2	2,6	2,8	5,5	3,5	4 239	1 487	2 752	2,4
1984	51,7	40,0	11,8	9,4	3,9	4,6	6,5	4,1	5 126	1 826	3 300	6,4
	DDR											
1955	4,8	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1960	9,3	–	–	1,3	0,4	–	0,9	–	3 259	–	–	–
1970	5,2	–	–	1,0	0,4	–	0,8	–	–	–	–	–
1984	6,4	–	–	1,4	0,4	–	0,9	–	–	–	–	–
	Deutschland											
1993	67,2	49,1	18,1	12,5	3,9	5,4	9,9	6,8	5 809	1 983	3 681	7,9
2003	81,0	61,5	19,4	12,2	3,9	7,8	7,6	3,7	6 556	1 901	4 538	9,1
2013	–	–	–	–	–	–	–	–	5 253	1 813	3 440	–

1933 stellte eine Zäsur dar, als die Zahl der veröffentlichten Titel um ein Drittel oder 10 000 unter dem Wert von 1932 lag. Zahlreiche Schriftsteller gingen ins Exil, sie publizierten fortan häufig in Exilverlagen. In der Kriegszeit führten Papiermangel und Zerstörungen dazu, dass die Buchproduktion bis 1945 fast zum Erliegen kam.

Nach dem Krieg sorgten die Alliierten für eine strenge Kontrolle, Verlage wurden nur über ein Lizenzsystem wieder genehmigt. Der Buchmarkt entwickelte sich bis zum Anfang der 1980er Jahre positiv: Der Umsatz verfünffachte sich von 1960 bis 1984.

In der SBZ wurden schon im Juli 1945 drei politisch erwünschte Verlage gegründet. Hier und später in der DDR unterlag die Buchproduktion einer starken, wenn auch nicht gleichmäßigen Zensur. Das staatlich gelenkte Buchwesen verstand sich in seiner Vertriebsform als Volksbuchhandel mit stark subventionierten Preisen, der zu hohen Produktionszahlen nach ideologischen Vorgaben führte. Einschnitte zeigten die wechselnden Restrik-

▶ Abb 2 **Buchmarkt – Titelproduktion insgesamt — in 1 000**

▶ **Kahlschlagplenum**
Tagung des Zentralkomitees der SED in der DDR im Dezember 1965 mit dem Ziel einer umfassenden Restriktion der Kulturpolitik, darunter Druck- und Aufführungsverbote

tionen des Systems. Dies galt vor allem für die Folgen des 11. Plenums des ZK der SED im Dezember 1965 (▶ „Kahlschlagplenum"), als die Titelproduktion von noch 7 400 1966 auf 5 300 im Folgejahr sank. ▶ Abb 2

Nach der Wiedervereinigung blieb das Buch ein zentrales Medium, auch wenn schon bald der Strukturwandel zu spüren war. Der Buchmarkt differenzierte sich, Titelimporte nahmen zu. Zunehmend entsteht zudem durch andere Formate eine Medienkonkurrenz. Dies drückt sich zum Beispiel im zunehmenden Anteil elektronischer Publikationen, beispielsweise E-Books, aus. Die Leitfunktion des Printmediums Buch scheint in dieser Hinsicht gebrochen, die Umsatzzahlen belegen aber gleichwohl eine – kontinuierliche, wenngleich langsame – Steigerung der Umsätze.

Bibliotheken: Von der Volksbücherei zum multimedialen Informationsdienst

Wie auch in anderen Kulturbereichen setzte auch hier ab dem 19. Jahrhundert eine Popularisierung, aber auch Ausdifferenzierung (etwa in der Lese- oder Bücherhallenbewegung) ein. Dieses sogenannte Volksbüchereiwesen erlebte nämlich zur Jahrhundertwende einen inhaltlich scharfen Richtungsstreit, in dem es um das vorrangige Verständnis der Bibliothek als Dienstleister oder Erzieher ging. Nichtsdestoweniger nutzten insgesamt immer mehr Menschen Bibliotheken als Informationsgeber, zwischen 1901 und 1911 beispielsweise verdoppelte sich die Zahl der Einrichtungen in deutschen Städten – auf noch immer insgesamt niedrigem Versorgungsniveau. Um das gesamte Schrifttum zu sammeln, entstand in Deutschland – allerdings erst 1912 – die Deutsche Bücherei in Leipzig als Nationalbibliothek. Neben dieser gab es immer mehr Bibliotheken in kommunaler und kirchlicher Trägerschaft. ▶ Abb 3

In der Weimarer Republik prägte zunächst der Blick der Öffentlichkeit auf das als vorbildhaft empfundene englische und amerikanische *Public-Library*-System die Wahrnehmung. Dort waren mediale und personelle Ausstattung, Öffnungszeiten sowie gesellschaftliche Relevanz der Bibliotheken deutlich besser als in Deutschland. Indes wichen Wunsch und Realität stark voneinander ab. Mit der Inflationskrise 1923 sowie der Wirtschaftskrise

▶ Abb 3 **Bibliotheken — Leser in 1 000 und Entleihungen in Millionen**

ab 1929 gerieten Bibliotheken zunehmend unter wirtschaftlichen Druck. Zwar stieg die Nachfrage enorm, doch die Zahl der Neuanschaffungen sank. ▶Tab 3

Die Nationalsozialisten griffen 1933 umgehend auf das öffentliche Bibliothekswesen zu, auch von den rassistisch oder politisch motivierten personellen Säuberungen blieben Bibliotheken nicht verschont. Dass Büchern ein wesentliches Gewicht in der Erziehung des Volkes zugedacht wurde, zeigte sich bedrückend am 10. Mai 1933, dem Tag der Bücherverbrennung. Im gleichgeschalteten Bibliothekswesen wurde nur systemkonforme Literatur akzeptiert. Der Zweite Weltkrieg führte zu einer Zerstörung zahlreicher öffentlicher Bibliotheken und zum Verlust ganzer Bestände.

Die DDR pflegte bereits seit ihrer Gründung offensiv ihr selbstgewähltes Image als „Leseland". Neu- und Wiederaufbau von Bibliotheken prägten die Entwicklung, manche Bibliotheken wurden durch die staatliche Teilung 1949 an mehreren Standorten wieder eröffnet. In der DDR fand eine neue Ideologisierung statt, gefördert wurde besonders der Ausbau jener Bestände, deren Autoren sich klar zum Sozialismus bekannten. 1950 gründete sich ein Zentralinstitut für Bibliothekswesen, das eine Kooperation der Einrichtungen befördern sollte. Die DDR blieb bis zu ihrem Ende jenes „Leseland", sicher auch aus Mangel an anderen Freizeitaktivitäten und im Versuch, sich die Welt ins Haus zu holen.[3] ▶ Abb 3

In der Bundesrepublik begann man nach dem Krieg mit dem Neu- und Wiederaufbau von Bibliotheken sowie der Entnazifizierung und Internationalisierung der Buchbestände. In der stark föderal geprägten Bibliothekslandschaft achteten die Betreiber trotzdem auf Kooperationen, zu diesem Zweck gründete sich 1978 das Deutsche Bibliotheksinstitut. Es setzte zudem eine fortschreitende Spezialisierung ein, entweder innerhalb der Bestände oder aber durch die Errichtung von Spezialbibliotheken für unterschiedliche Nutzergruppen und -interessen.

Gegenwärtig ist das Bibliothekswesen durch starke Veränderungen geprägt. Die mit dem Buch konkurrierenden Mediensysteme machen eine Öffnung der Bibliotheken nötig. Von 1990 bis 2010 ging der Medienbestand um 20 Prozent zurück. Es sind neue Nutzungszugänge entstanden, die durch einen bibliotheksübergreifenden, oft digitalen Ansatz (Zugriff auf Datenbanken u.ä.) entstehen und nicht mehr zwangsweise die physische Anschaffung bestimmter Medien durch Bibliotheken erfordern. Zudem setzen immer mehr Bibliotheken darauf, sich zu kulturellen Zentren weiterzuentwickeln, die auch nichtbibliothekarische Veranstaltungsangebote offerieren.

Theater: Vom Spiegel der Volksseele zum Musentempel

Das Theater entwickelte sich im 19. Jahrhundert vom Hoftheater zum Geschäftstheater. Besonders augenfällig war wegen der Zersplitterung des deutschen Territoriums die hohe Theaterdichte. Ab 1869 wurden Theater als Gewerbe verstanden, in der Folge wurden mehr und mehr Konzessionen vergeben. Die Neugründungen waren teilweise privat finanziert, noch immer aber machten subventionierte kommunale oder staatliche Theater einen ebenso gewichtigen Teil aus. Das Theater war gleichwohl mehr als nur Unterhaltungsmedium, son-

▶ Tab 3 **Kinos, Theater und Bibliotheken**

	Kino			Theater			öffentliche Bibliotheken			
	Kinos	Besuche	Sitzplätze	Theater	Besuche	Sitzplätze	Biblio-theken	Benutzerinnen/ Benutzer Leserinnen/Leser	Bücherbestand/ Medienbestand	Ent-leihungen
	Anzahl	Mio.	1 000	Anzahl	Mio.	1 000	1 000	1 000	Mio.	Mio.
	x0508	x0509	x0510	x0511	x0512	x0513	x0514	x0515	x0516	x0517
	Deutsches Reich									
1901	–	–	–	–	–	–	0,2	296	0,6	3,8
1911	–	–	–	–	–	–	0,4	–	2,4	12,5
1923	4 017	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1925	3 428	276	–	–	–	–	–	–	–	–
1927	–	337	–	–	12,0	94,9	–	–	–	–
1930	–	290	–	–	10,5	81,6	–	–	–	–
1936	–	362	–	–	9,9	78,9	–	–	–	–
1939	6 673	624	–	–	–	–	–	660	5,5	12,2
	Bundesrepublik									
1949	3 360	467	–	–	–	–	4,6	825	4,7	11,5
1956	6 438	818	2 658	121	18,1	82,6	–	–	–	–
1960	6 950	605	2 878	128	20,2	87,7	–	–	–	–
1965	5 209	294	2 143	165	20,1	124,4	1,3*	1 349	10,3	34,2
1971	3 314	152	1 348	193	17,3	121,3	1,5*	–	23,0	75,3
1978	2 770	136	789	225	17,4	138,5	14,7	–	–	–
1984	3 611	112	784	286	16,4	160,6	11,2	6 218	86,4	199,5
1989	3 216	102	610	305	15,6	153,5	10,9	6 567	99,3	219,7
	DDR									
1949	–	168	–	–	13,1	–	–	–	–	–
1956	1 409	302	542	86	17,9	59,3	10,9	1 844	9,4	20,1
1960	1 369	238	530	87	16,1	56,7	12,8	2 285	12,5	39,6
1965	973	119	373	93	12,3	53,5	13,2	2 640	16,1	45,9
1971	849	83	306	104	12,3	50,8	10,8	3 332	22,5	60,3
1978	839	80	282	140	10,6	50,3	12,7	3 770	33,1	74,4
1984	830	73	255	188	9,9	53,2	14,7	3 878	43,0	86,1
1989	805	65	231	217	9,0	55,3	13,6	3 734	51,6	89,9
	Deutschland									
2010	1 714	127	830	866	18,8	274,6	8,3	7 985	124,2	377,5

* 1962–1971: nur Gemeinden ab 20 000 Einwohner und kreisfreie Gemeinden unter 20 000 Einwohner, ab 1974: alle öffentlichen Bibliotheken, einschließlich kirchlicher und sonstiger Träger

dern behielt – je nach politischem und gesellschaftlichem Willen im Wandel der Jahrzehnte – seinen Charakter als anregende Störung, als Ort der nationalen Bildung, als Volksbühne. Mit der Wende zum 20. Jahrhundert setzte ein zunächst ungebrochenes Bewusstsein von Modernität und Andersartigkeit ein, das zu einem stürmischen Wechsel der Stile und zur Erschließung neuer Besuchergruppen führte.

In der Weimarer Republik wurden Theater zunehmend von der öffentlichen Hand übernommen. Als Theatermetropole galt Berlin. Ab etwa 1930 machte sich die zunehmende Verbreitung der Kinos deutlich bemerkbar, wodurch zwischen Ende der 1920er und Mitte der 1930er Jahre ein großes Theatersterben einsetzte, das sich auch in der abnehmenden Zahl der Sitzplätze zeigte. ▶ Tab 3

Im Nationalsozialismus stagnierte die Entwicklung zunächst und kehrte sich sogar um, da das Theater als Ort der Erziehung sowohl staatlich geschützt als auch gleichgeschaltet und propagandistischen Erfordernissen unterworfen wurde. Die Subventionen stiegen, zudem wurden große Kartenkontingente fest im Rahmen von organisations- und parteigebundenen Massenveranstaltungen vergeben. Die um-

▶ Abb 4 **Theaterbesuche — in Millionen**

fangreiche Zensur veränderte den Spielplan. Operetten und Lustspiele sollten zudem vor allem ab Kriegsbeginn Ablenkung verschaffen. Erst im September 1944 wurde der Spielbetrieb der in der Reichstheaterkammer organisierten Häuser eingestellt.

In der SBZ und später in der DDR galt das vorrangige Interesse der Inszenierung von Stücken, die den Aufbau des Sozialismus stützten. Zu diesem Zweck wurden die wieder aufgebauten oder neu geschaffenen Bühnen stark subventioniert. Die Preise fielen und breite Bevölkerungsschichten wandten sich dem Theater zu, das aber durch die Medienkonkurrenz spürbare Einschnitte hinnehmen musste. Nach dem Höhepunkt mit 17,9 Millionen Theaterbesucherinnen und -besuchern im Jahr 1956 ging die Besucherzahl kontinuierlich zurück. Teilweise etablierte das Theater eine subtile Kritikkultur, die nicht immer hingenommen wurde und zum Exodus zahlreicher Theaterschaffender führte. Die für die DDR propagierte „Bühnenrepublik" diente der Bildung sozialistischer Persönlichkeiten, gleiches sollten Laienspielgruppen und Arbeiterfestspiele erreichen. Der Erfolg dieser Bemühungen war begrenzt. ▶ Tab 3, Abb 4

In den westlichen Besatzungszonen galt es in der unmittelbaren Nachkriegszeit, die Theater im Sinne einer *Re-Education* auch baulich rasch wieder zu errichten. Hinzu kam, dass es die Menschen nach Kultur hungerte; der an traditionellen, klassischen Stücken ausgerichtete Publikumsgeschmack wollte bedient werden. Die Besucherzahlen stiegen bis 1958, blieben fast ein Jahrzehnt etwa konstant, danach begann der langsame und in den 1980er Jahren raschere Abstieg.

Dieser Besucherrückgang setzte sich auch nach der Wiedervereinigung bis in die Gegenwart fort. Demografische Umbrüche und die vorhandene Medienvielfalt haben daran bis heute entscheidenden Anteil. Die eventorientierten Theater, zumeist privat betrieben, allen voran die Musicaltheater sowie die Kinder- und Jugendtheater, verzeichnen in den letzten Jahren hingegen einen Boom.

Kino: Von Palästen, Schachtelkinos und Multiplexen

Es muss ein besonderer Moment gewesen sein, als 1907 in Berlin das erste deutsche Kino eröffnete. Bereits zuvor hatte es Vorführungen „laufender Bilder" in Varietés und Wanderkinos gegeben. In der Architektur und der Namensgebung spiegelte das Kino anfangs noch die Theaterkultur (Lichtspieltheater). Doch bald zeigte sich der neue Charakter: Rasch reagierte das Kino auf Zeitgeschmack sowie Ideologien und thematisierte Gegenwarts- und Zukunftsvorstellungen. Nicht zuletzt diente es explizit der Zerstreuung, allerdings in „seriöser Ummantelung". Eine erste Kinogründungswelle erfasste Deutschland noch vor dem Ersten Weltkrieg. Ein Kinobesuch bedeutete dabei anfangs das Ansehen eines Stummfilms, oft mit akustischer Begleitung durch Orchester und Bilderklärer. 1917 wurde die Universum Film AG (Ufa) als erstes großes deutsches Filmunternehmen gegründet. Ein kurzes Kinosterben durch die sogenannte Lustbarkeitssteuer zwischen 1923 und 1925 konnte den Siegeszug des Kinos nur kurz unterbrechen, als die Zahl der Lichtspielhäuser von 4 017 auf 3 428 zurückging. ▶ Tab 3

In der Weimarer Republik war die Kinokultur bereits etabliert, umso mehr nachdem 1928 der Tonfilm erfunden wurde. Dies führte zur Errichtung von Ton-

▶ Abb 5 **Kinobesuche — in Millionen**

filmtheatern, die deutlich mehr Sitzplätze hatten. In vielen Großstädten entstanden regelrechte „Kinopaläste“.

Der Boom setzte sich auch nach 1933 fort, bis 1939 stieg die Zahl der Kinos auf 6 673. Allerdings wurde im Nationalsozialismus auch diese Kulturform politisch stark vereinnahmt, personell und inhaltlich gleichgeschaltet. Im Krieg wurden zahlreiche Kinos zerstört, schon wenige Monate nach Kriegsende begannen allerdings Vorführungen in provisorischen Spielstätten.

Die bestehenden Kinos wurden in beiden Teilen Deutschlands bereits ab den späten 1940er, aber vor allem in den 1950er Jahren wieder aufgebaut, Neubauten kamen hinzu. Von 1945 bis 1960 versechsfachte sich Zahl der Kinos. In diese Zeit fiel auch die flächendeckende Einführung des Farbfilms. Mit der neuen Konkurrenz des Fernsehens – Kino für daheim – gingen ab 1959 in der Bundesrepublik die Besucherzahlen zurück. In den 1970er Jahren wurden viele Kinos umgebaut: Große Säle wurden geteilt und so parallel mehrere Filme angeboten. Es entstanden „Schachtelkinos“. ▶Abb 5

6 673

Kinos gab es 1939 in Deutschland.

817

Millionen Kinobesuche 1956 waren der Höchstwert in der Bundesrepublik.

In der SBZ und späteren DDR gab es bis 1955 Kinos, die allein sowjetische Importe spielten, sowie bis in die 1960er Jahre noch private Kinos. Danach waren alle Kinos den 1953 gegründeten Volkseigenen Kreislichtspielbetrieben unterstellt. Beliefert wurden die Kinos durch den Volkseigenen Betrieb Progress. Die Zensur achtete darauf, nur systemkonforme Filme zur Aufführung zuzulassen. Bis 1957 stieg die Zahl der Kinobesuche kontinuierlich, danach sank die Zahl. Ab 1965 wurde die starke Fernsehkonkurrenz entscheidend spürbar. Anfang der 1970er bis Anfang der 1980er Jahren gelang es durch neue Vorführorte – beispielsweise Sommer-, Zelt-, mobile Dorfkinos und Freilichtbühnen – die Besucherzahlen konstant zu halten.

Ab den 1990er Jahren sorgten im wiedervereinigten Deutschland vor allem technische Neuerungen für einen weiteren Umschwung. „Super Breitwand“, „Dolby Surround“ und „THX Sound“ verlangten nach Großkinos. Insbesondere Multiplexkinos mit einem umfangreichen Freizeit- und Gastronomieangebot verbreiteten sich. Durch diese „Eventisierung“ versuchen die Kinos, die Zuschauerzahlen zu festigen.

Tourismus: Von der Sommerfrische zum touristischen Take-off

Wesentliche Bedingungen für Tourismus sind freie Zeit, verfügbares Einkommen und eine Urlaubsregelung für Berufstätige. All dies war im 19. Jahrhundert nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung gegeben. Reisen galt lange Zeit entweder als privates Vergnügungs- oder als Bildungsunternehmen.

Erholung stand zunächst, wenn überhaupt, unter der Prämisse, die Arbeitskraft wieder herzustellen. Die rasante technische Entwicklung beförderte jedoch den Ortswechsel: Eisenbahn und Dampfschiff konnten Menschen rasch, preiswert und in großer Zahl transportieren. Im Kaiserreich wurde die Sommerfrische für den Adel und wohlhabende bürgerliche Kreise zu einer Selbstverständlichkeit. Es entstanden erste traditionelle Tourismusregionen, besonders in den Alpen und an Nord- und Ostsee. ▶Tab 4

▶ Tab 4 **Tourismus (1)**

	Betten		Gästemeldungen			Übernachtungen		
	Bad Reichenhall	Oberstdorf	Bad Reichenhall	Oberstdorf	Norderney	Bad Reichenhall	Oberstdorf	Norderney
	1 000							
	x0518	x0519	x0520	x0521	x0522	x0523	x0524	x0525
	Deutscher Bund / Deutsches Reich							
1854	–	–	0,7	–	–	–	–	–
1900	–	–	11,3	–	25,9	–	–	–
1912	–	3,0	15,9	19,0	35,9	–	214	–
1924	–	–	20,1	26,1	37,7	–	235	–
1933	–	–	15,8	–	20,8	–	–	–
1937	–	5,6	28,3	74,4	48,1	–	751	–
1942	–	5,3	–	43,0	–	–	862	–
1945	–	4,8	–	14,1	–	–	314	–
	Bundesrepublik							
1955	5,3	4,5	80,0	78,3	–	891	773	–
1965	8,6	9,2	107,0	123,2	111,5	1 503	1 349	2 030
1975	8,8	14,6	102,0	172,6	135,0	1 840	2 084	2 346
1985	9,8	16,5	113,5	193,8	151,8	1 672	2 168	2 402
	Deutschland							
1995	8,6	17,7	115,0	274,5	243,0	1 411	2 524	2 834
2005	7,0	17,7	113,3	343,8	378,2	970	2 409	2 924

Um die Jahrhundertwende setzten sich nach und nach bescheidene Urlaubsregelungen durch. Viele Menschen reisten trotzdem vor allem nur kurz an Wochenenden und Feiertagen, doch insgesamt stieg die Reiseintensität enorm. Der Erste Weltkrieg bremste dann zunächst die touristische Weiterentwicklung.

In der Weimarer Republik entfaltete sich der Tourismus weiter, hin zu einem Massenphänomen. Verkehrstechnisch wurden immer mehr Gegenden erschlossen, ein Großteil der Arbeitnehmer konnte Urlaubsregelungen für sich geltend machen, Gewerkschaften und einige Parteien förderten den sogenannten „Sozialtourismus" für Arbeiter und Angestellte. Die touristische Entwicklung blieb allerdings stark an konjunkturelle Bedingungen gebunden. So lag etwa die Zahl der Gästemeldungen während der Inflation 1923 mit 7,3 Millionen deutlich unter dem Wert von 10,3 Millionen für 1922. ▶ Tab 5, Abb 6

Im Nationalsozialismus wurde das Reisen politisch instrumentalisiert und reglementiert. Die 1 000-Mark-Sperre gegenüber Österreich zwischen 1933 und 1936 beispielsweise sollte die österreichische Tourismuswirtschaft zugunsten der deutschen schwächen. Dies belegen starke Zuwächse bei den Gästemeldungen in Bad Reichenhall, wo 157 000 Gästen 1933 283 000 Gäste 1937 gegenüberstehen. ▶ Tab 4

Im Zuge einer propagandistisch gebundenen Sozialpolitik waren Reisen weiterhin ein – sich intensivierendes – Massenphänomen. Die Zahl der Übernachtungen in Deutschland stieg von 49,2 Millionen 1932 auf 114,8 Millionen 1938. Dazu trugen auch NS-Organisationen bei, insbesondere „Kraft durch Freude" (KdF), die Arbeitern und Angestellten In- und Auslandsreisen zu günstigen Preisen ermöglichten. Kriegsbedingt sanken touristische(s) Angebot und Nachfrage stark ab. ▶ Tab 5

Bereits unmittelbar nach dem Krieg setzte sich der Aufschwung des Tourismus fort. Er gewann sogar noch an Dynamik, im Wirtschaftswunder der 1950er und 1960er Jahre sprach man von einer Reisewelle oder einem „touristischen *Take-off*". Dies belegt der Zuwachs bei der Bettenzahl von 1952 bis 1966 um 175 Prozent. Mit der raschen Motorisierung stieg die Zahl der Individualreisen stark an. Aber auch das Interesse an und die Kaufkraft für organisierte Reisen nahmen zu. Es entfalte-

▶ Tab 5 Tourismus (2)

	Betriebe	Betten	Gästemeldungen			Übernachtungen		
			insgesamt	davon:		insgesamt	davon:	
				Inländer	Ausländer		Inländer	Ausländer
	1 000		Mio.			Mio.		
	x0526	x0527	x0528	x0529	x0530	x0531	x0532	x0533
1911	5,2	61	7,5	7,0	0,5	2,3	–	–
1915	–	–	4,9	–	–	3,7	–	–
1922	–	–	10,3	9,0	1,3	7,1	6,4	0,7
1923	–	–	7,3	6,6	0,7	5,5	5,2	0,3
1932	6,7	175	14,7	13,6	1,1	49,1*	46,5	2,6
1938	–	–	29,4	27,5	1,9	114,8	109,5	5,3
1940	–	–	11,6	11,5	0,1	43,3	42,8	0,5
1952	–	462	17,0	14,9	2,1	58,7	54,1	4,6
1966	44,4	1 272	36,5	29,9	6,6	166,1	152,2	13,9
1975	49,5	1 809	44,6	37,3	7,3	227,2	211,0	16,2
1980	55,2	2 013	54,0	44,3	9,7	249,9	227,2	22,7
1988	–	1 779	64,6	51,6	13,0	232,9	203,1	29,8
1996	53,0	2 301	90,3	76,1	14,2	298,9	266,8	32,1
2006	52,3	2 529	125,3	101,7	23,6	351,3	298,3	53,0
2011	55,0	3 555	147,3	119,0	28,4	394,1	330,3	63,8

* Ab 1932 ändert sich die Datengrundlage. Es wird nun nicht mehr nur eine kleine Zahl von (touristisch besonders bedeutsamen) „Berichtsgemeinden“ erfasst, sondern „Personen, die in Hotels, Gasthäusern, Pensionen, Fremdenheimen, Hospizen, möblierten Zimmern und dergleichen, Beherbergungsstätten gegen Entgelt vorübergehend (bis zur Höchstdauer von 3 Monaten) Aufenthalt genommen haben“.

▶ Tab 6 Tourismus in der DDR

	Feriendienst der Gewerkschaften		Urlauber Ostseebezirk Rostock	Ferienheime Freier Deutscher Gewerkschaftsbund	Jugenderholungseinrichtungen		staatliche Campingplätze	
	Betten	Urlaubsreisen			Einrichtungen	übernachtende Personen	Campingplätze	übernachtende Personen
	1 000		1 000	Anzahl	Anzahl	1 000	Anzahl	1 000
	c0012	c0013	c0014	c0015	c0016	c0017	c0018	c0019
1949	22,5	210	162	–	–	–	–	–
1953	54,0	594	325	–	–	–	–	–
1957	48,5	1043	525	1262	–	–	–	–
1961	96,8	1168	1042	1216	–	–	–	–
1965	93,8	1036	1311	1175	257	961	–	–
1969	89,2	1175	1585	1225	236	918	–	–
1973	97,4	1345	2323	1259	243	1042	532	1573
1977	119,8	1647	2610	1201	256	1131	519	1855
1981	128,2	1764	2936	1162	257	1318	524	2155
1985	137,1	1857	3417	1166	258	1553	527	2312
1989	133,8	1833	3488	1118	263	1620	531	2528

▶ Abb 6 **Gästemeldungen — in Millionen**

394

Millionen Übernachtungen wurden 2011 in Deutschland gezählt.

1996

bis 2011 verdoppeln sich die Übernachtungszahlen ausländischer Gäste in Deutschland.

te sich der Prototyp des Pauschaltourismus: standardisiert, in Serie und massenhaft vertrieben. Neben die inländischen Traditionsorte traten zunehmend nachgefragte Fernziele. Die Krisenerscheinungen der 1970er Jahre konnten den kontinuierlichen Anstieg – vor allem im Auslandsreiseverkehr – nur kurz bremsen. Die Reiseintensität und damit auch die Übernachtungszahlen stiegen weiter, allerdings ab den 1980er Jahren nicht mehr vorrangig im Inland.

Tourismus in der DDR fand unter gänzlich anderen Vorzeichen statt. Während im Inland durch den vorherrschenden, staatlich organisierten und hoch subventionierten Sozialtourismus die Reiseintensität beträchtlich stieg, waren DDR-Bürgern die meisten ausländischen Ziele versperrt. Trotzdem waren wesentliche Entwicklungen des Tourismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch in der DDR spürbar, so der Wiederaufbau nach dem Krieg und der touristische *Take-off* in den 1950er und 1960er Jahren. In der Tabelle nicht sichtbar ist die nachweisbare, allerdings statistisch nicht verlässlich erfasste Internationalisierung der Reiseverkehrsströme, vor allem die zunehmenden Auslandsreisen von DDR-Bürgern, zumeist in die sogenannten „sozialistischen Bruderländer“. ▶ Tab 6

Im vereinigten Deutschland ist vor allem in den letzten Jahren eine starke Ausdifferenzierung zu beobachten: Bedingt durch mehrere Faktoren, besonders die Globalisierung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, verändert sich der Tourismus, durch zunehmende Individualisierung expandiert das Spektrum des Angebots. Innerhalb Deutschlands gibt es nach wie vor besonders beliebte Ziele, nicht jeder Traditionsort aber konnte die touristische Nachfrage – sichtbar an Gästemeldungen und Übernachtungen – festigen oder ausbauen. Im aufnehmenden Tourismus ist hingegen offensichtlich, dass Deutschland ein beliebtes Reiseziel ist, das seine Attraktivität in den letzten Jahren zudem deutlich stärken konnte. Die Zahlen der Übernachtungen und Meldungen von Gästen aus dem Ausland verdoppelten sich von 1996 bis 2011 nahezu. ▶ Tab 4, Tab 5

▶ Tab 7 Sportvereine und Mitglieder

	Vereine				Mitglieder			
	insgesamt	darunter:			insgesamt	darunter:		
		Fußball	Leichtathletik	Turnvereine		Fußball	Leichtathletik	Turnvereine
	1 000				Mio.			
	x0534	x0535	x0536	x0537	x0538	x0539	x0540	x0541
	Deutscher Bund / Deutsches Reich							
1860	–	–	–	–	0,13	–	–	0,13
1880	2,0	–	–	–	0,17	–	–	0,17
1895	5,3	–	–	–	0,53	–	–	0,53
1900	6,5	–	–	–	0,72	0,01	–	0,71
1914	11,5	–	–	–	1,64	0,19	–	1,45
1923	47,3	6,2	3,1	16,8	6,26	1,06	0,40	2,54
1932	82,5	7,3	5,4	20,0	7,07	0,94	0,62	2,33
	Bundesrepublik							
1955	–	–	–	–	–	–	–	–
1963	32,1	–	–	–	5,45	2,13	0,49	1,48
1970	39,2	–	–	–	8,29	2,79	0,63	2,23
1980	53,5	–	–	–	14,44	4,32	0,74	3,07
	DDR*							
1955	6,1	–	–	–	1,07	–	–	–
1963	7,0	–	–	–	1,79	0,35	0,06	0,30
1970	7,4	–	–	–	2,16	0,44	0,12	0,33
1980	9,3	–	–	–	3,14	0,55	0,18	0,37
	Deutschland							
1990	74,8	–	–	–	21,03	4,83	0,82	3,99
2000	87,7	–	–	–	23,36	6,26	0,85	4,86
2010	91,1	–	–	–	23,77	6,76	0,89	4,98

* Anstelle von bürgerlichen Vereinen wurde in der DDR der lokale Sport in gewerkschaftlich organisierten Betriebssportgemeinschaften (BSG) durchgeführt.

▶ Tab 8 Mitglieder in Sportvereinen nach Geschlecht

	insgesamt		Fußball		Leichtathletik		Turnen	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	Mio.							
	x0542	x0543	x0544	x0545	x0546	x0547	x05448	x0549
	Bundesrepublik							
1963	4,30	1,15	2,13	–	0,36	0,13	0,83	0,65
1970	6,07	2,22	2,79	–	0,42	0,22	1,02	1,22
1980	9,51	4,93	3,94	0,38	0,41	0,33	1,07	1,99
1988	11,43	6,59	4,29	0,48	0,45	0,36	1,20	2,58
	DDR							
1963	1,38	0,41	–	–	–	–	–	–
1970	1,63	0,52	–	–	–	–	–	–
1980	2,30	0,84	–	–	–	–	–	–
1988	2,58	1,08	–	–	–	–	–	–
	Deutschland							
1990	13,36	7,68	4,33	0,50	0,45	0,37	1,25	2,74
2000	14,28	9,07	5,43	0,83	0,44	0,41	1,44	3,42
2010	14,29	9,48	5,71	1,05	0,44	0,45	1,53	3,45

▶ Abb 7 **Sportvereine — in 1 000**

* Anstelle von bürgerlichen Vereinen wurde in der DDR der lokale Sport in gewerkschaftlich organisierten Betriebssportgemeinschaften (BSG) durchgeführt.

Sport

Die ersten Turnvereine und Turnverbände – wohl rund 300 im deutschsprachigen Raum – im modernen Sinn (mit einer Satzung) griffen als bürgerlich-politische Gründungen ab den 1840er Jahren in die nationalstaatlich und demokratisch orientierte Revolution von 1848 ein. Nach deren Niederschlagung wurden sie von den Regierungen der kleinräumigen Einzelstaaten zumeist mit dem Mittel des Versammlungs- und Vereinsrechts aufgelöst oder verboten, etliche Turner emigrierten nach Amerika.[4]

Durch die neue nationale Welle ab 1859 konnten sich wieder Turnvereine bilden; 1868 gründete sich ihr Dachverband, die Deutsche Turnerschaft (DT). Durch nationalpolitische und wirtschaftliche Kriege (1864, 1866, 1870 / 71) sanken die Mitgliederzahlen wieder. Die militärische (Wehrturnen) und politische (Nationalismus) Unterstützung des Deutschen Kaiserreichs – wie auch die Aufnahme von Frauen ab den 1890er Jahren – ließ die Mitgliederentwicklung ab den 1870er Jahren bis 1914 aber wieder rasch ansteigen. ▶ Tab 7, Abb 7

Nach Aufhebung der Sozialistengesetze gründete sich 1893 der Arbeiter-Turnerbund (ATB) – ab 1919: Arbeiter-Turn- und Sportbund (ATSB) –, in dessen Vereinen, im Gegensatz zur bürgerlichen DT, Frauen und Jugendliche ab 14 Jahren volle Mitgliedsrechte besaßen. Jedoch stufte die Obrigkeit etlicher Länder ATB-Vereine als „politisch“ ein, was das Verbot der Mitgliedschaft Minderjähriger nach sich zog und die Vereine des ATB bis 1914 schwächte.

Ab etwa 1880 bildeten sich – ausgelöst durch den aus England importierten Sport – mit der DT konkurrierende Sportvereine und Sportfachverbände; mit Höchstleistung, Rekordstreben, Spezialisierung, Spannung und Unterhaltung bildeten sie die neuen Werte der Moderne ab (Olympische Spiele ab 1896). 1883 gründete sich (als erster) der Deutsche Ruderverband, 1898 der Deutsche Leichtathletikverband und 1900 der Deutsche Fußballbund.

Durch die Verluste im Ersten Weltkrieg sank die Zahl der männlichen Vereinsmitglieder jedoch rapide, während das Frauenturnen einen Aufschwung erlebte. Der Sport insgesamt aber wurde – auch durch den militärischen Nutzen im Krieg und sein Zerstreuungspotenzial an der Heimatfront – insgesamt bei Staat und Bevölkerung populärer. ▶ Tab 8

Sport und Turnen wurden nach 1918 zum Massenphänomen: Veränderung im

▶ Abb 8 **Mitglieder in Sportvereinen — in Millionen**

Vereinsrecht (Vollmitgliedschaft für Frauen und Kinder), 48-Stunden-Woche (mehr Freizeit), neue Presse (Sport im Rundfunk, Sportillustrierte), Massenunterhaltung (Sechs-Tage-Rennen, Fußballspiele, Profiboxkämpfe) und eine neue Körperästhetik läuteten den rapiden Aufschwung ein. Milieuorientierte Sportvereine (Arbeiter-, Konfessions-, Betriebs-, Militärsport) trugen zur Zersplitterung bei. Die Wirtschaftskrisen (1923, 1929 bis 1931) ließen die – auch durch Mehrfachmitgliedschaften und Einbezug sportfremder Vereine (zum Beispiel Wandervereine) hohen – Zahlen zwischenzeitlich zum Teil stark sinken. ▶ Abb 8

Ab 1933 wurden die Vereine und Verbände im Deutschen (ab 1938 Nationalsozialistischen) Reichsbund für Leibesübungen (DRL / NSRL) gleichgeschaltet, jüdische Mitglieder ausgeschlossen und die Arbeitersportvereine zerschlagen. Die Sportarten wurden Fachämtern zugeordnet und nur noch Beitragszahler und Einzelmitgliedschaften gezählt. Konkurrierend und zum Teil verpflichtend wurde Sport in der NSDAP, in der Deutschen Arbeitsfront (DAF), in SA und SS und in der Hitlerjugend (HJ) praktiziert. Dadurch sanken die Vereinsmitgliedszahlen, ab 1939 auch aufgrund des Krieges, wobei der Frauensport auch jetzt einen Aufschwung erlebte. Durch Gebietsannexionen (Österreich, Sudetenland) stiegen die Zahlen teilweise wieder an. 1938 / 39 wurden die Vereine zu abhängigen Parteizellen der NSDAP und verloren ihre Unabhängigkeit.

Als NSDAP-Zellen wurden die Vereine von den Alliierten 1945 zunächst verboten und die Funktionsträger entnazifiziert. Die Wiedergründung verlief daher zunächst nur lokal und regional, im Westen erst über Vereine, dann über Stadt- und Kreissportbünde, Landesfachverbände und Landessportbünde, in der SBZ/DDR lokal uneinheitlich über Kommunalsport, SED-Kulturausschüsse, Gewerkschaft und endgültig, aber verzögert, über Betriebssportgemeinschaften (BSG), überregional über FDJ und ab 1952 über das Staatliche Komitee für Körperkultur und Sport (StaKo). Der Deutsche Sportbund (DSB) der Bundesrepublik – mit Vereinen, Fachverbänden und Landessportbünden – wurde 1950, der staatlich gelenkte Deutsche Turn- und Sportbund (DTSB) der DDR – mit BSGen, Kreisen und Bezirken – sogar erst 1957 gegründet. So fehlen frühe Gesamtzahlen. Dabei spiegeln die Zahlen im Westen bzw. ab 1990 – anders als vor 1933 – nur die im Dachverband DSB (seit 2006: Deutscher Olympischer Sportbund, DOSB) organisierten Vereine wider, unterscheiden jedoch keine Einzel- von Mehrfachmitgliedschaften.

Fehlende und mangelhafte Infrastruktur im Sport verzögerte in den 1950er Jahren die Entwicklung zunächst. Staatliche Förderprogramme (Bundesrepublik und DDR) und Acht-Stunden-Tag, Gesundheits- und Vorsorgemotive, Olympische Spiele, neue Sportmedien und Sport als Lifestyle ließen die Zahlen danach rapide steigen. Nach 1990 kamen Kinder-, Frauen-, Senioren-, Migrations- und Inklusionsförderung, eine neue Körperlichkeit und die aktuelle Fußballbegeisterung als Einflüsse hinzu. Die dennoch insgesamt stagnierenden Zahlen verweisen auf den konkurrierenden kommerziellen Sport und den Individualsport sowie auf Minderungsaspekte, wie zum Beispiel Ganztagsschulen, die der Vereinsmitgliedschaft entgegenstehen.

Datengrundlage

Allein die Bezeichnungen „Kultur“ und „Tourismus“ sind, zumal in historischer Dimension, gewagt. Was beide seien und was rückblickend Gegenstände einer Kultur- und Tourismusgeschichtsschreibung wären, wird höchst unterschiedlich gesehen. Insbesondere das Verständnis von „Kulturgeschichte“ unterliegt einem starken Wandel. Während klassisch – und auch in diesem Artikel – darunter bestimmte Themenfelder verstanden wurden, ist die neue Kulturgeschichte eine Betrachtung jeglicher Gegenstandsbereiche unter einer neuen Perspektive.

Die Zusammenstellung langer statistischer Reihen für ausgewählte Daten zur Kultur- und Tourismusgeschichte gestaltet sich schwierig. Zu kaum einem Teilbereich existieren durchgehende Daten. Hinzu kommt, dass wechselnde politische und gesellschaftliche Bedingungen sowie Interessen zu unterschiedlichen Konnotationen einzelner kultureller Bereiche und Begriffe führten. Deshalb wurde unter einheitlich benannten Datensätzen nicht zwangsläufig Gleiches verstanden.

Eine sinnvolle Beschreibung kulturrelevanter langer Datenreihen ist mit wenigen Ausnahmen erst ab der Gründung des Kaiserreiches 1871 überhaupt und trotzdem häufig nur lückenhaft möglich. Kulturelle Aspekte tauchen – bis heute – oft in der amtlichen Statistik gar nicht auf, sondern werden von einer Vielzahl von Organisationen, Institutionen, Verbänden und Vereinen zusammengestellt. Gleichwohl wurden mit der im 19. Jahrhundert flächendeckend einsetzenden amtlichen Statistik zunehmend Daten erhoben, die deutlich machen, welche Auswirkungen die politischen und gesellschaftlichen Umstände im schwer fassbaren Bereich von Freizeit und privatem Interesse hatten.

Eine zusammenhängende statistische Übersicht über sporthistorische Organisations- und Mitgliedszahlen von der Entstehungszeit der ersten Turnvereine ab ca. 1840 an bis zur heutigen weitgespannten Turn- und Sportlandschaft in Deutschland gab es bisher nicht, weder in der Forschungsliteratur noch in den Quellen. Die hier dargestellten Zeitreihen stützen sich daher auf keinen zusammenhängenden Quellenfundus, sondern sind aus unterschiedlichen historischen Quellen- und Literaturbeständen zusammengesetzt, die von amtlichen Statistiken bis zu statistischen Angaben aus der Eigenliteratur der Turn- und Sportorganisationen reichen; gerade letztere bilden in der Regel nur je eine bestimmte Sportorganisation innerhalb einer kürzeren Zeitspanne ab. Die Angaben sind deshalb lückenhaft und – hinsichtlich der Eigenliteratur – weder überprüfbar noch immer unbedingt verlässlich. Eine weiterführende Forschung, die systematisch die historischen Quellen und die Literatur recherchiert und die Zeit- und Datenlücken füllt, ist daher ein dringendes Desiderat.

Zum Weiterlesen empfohlen

Philipp Blom: Der taumelnde Kontinent. Europa 1900 – 1914, München 2009.

Manfred Brauneck: Europas Theater. 2500 Jahre Geschichte – eine Einführung, Reinbek, 2012.

Konrad Dussel: Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2004.

Ulrike Häußer / Marcus Merkel (Hrsg.): Vergnügen in der DDR, Berlin 2009.

Jost Hermand: Kultur in finsteren Zeiten. Nazifaschismus, innere Emigration, Exil, Köln 2010.

Eberhard Kolb / Dirk Schumann: Die Weimarer Republik, München 2013, besonders S. 95ff sowie S. 212ff.

Michael Krüger: Einführung in die Geschichte der Leibeserziehung und des Sports, 3 Teile, 2. neu bearbeitete Aufl., Schorndorf 2005.

Michael Krüger / Hans Langenfeld (Hrsg.): Handbuch Sportgeschichte, Schorndorf 2010.

Torsten Lorenz: Das Kino in seiner geschichtlichen Entwicklung, in: Joachim-Felix Leonhardt (Hrsg.): Medienwissenschaft (Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft Bd. 15.2), Berlin / New York 2001, S. 1084 – 1091.

Jürgen Osterhammel: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2009.

Georg Ruppelt: Buch- und Bibliotheksgeschichte(n), Hildesheim 2007.

Axel Schildt / Detlef Siegfried: Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart, München 2009.

Hasso Spode: Wie die Deutschen Reiseweltmeister wurden. Einführung in die Tourismusgeschichte, Berlin 2014.

Horst Ueberhorst (Hrsg.): Geschichte der Leibesübungen, Berlin West, Teile 3.1 und 3.2, 1980 / 1982.

Reinhard Wittmann: Geschichte des deutschen Buchhandels, München 2011.

Heike Wolter: „Ich harre aus im Land und geh, ihm fremd“. Die Geschichte des Tourismus in der DDR, Frankfurt a. M. 2009.

12 Religion

Thomas Großbölting/Markus Goldbeck

1995 — **27 300 000**

Mitglieder der katholischen Kirche
im Deutschen Reich 1880
und in Deutschland 1995:

1880 — **16 200 000**

Eintritte in die katholische Kirche
in der Bundesrepublik 1970
und in Deutschland 2002:

1970 — **5 900**

2002 — **12 600**

2002 — **213 000**

Evangelische Taufen
im Deutschen Reich 1920 und
in Deutschland 2002:

1920 — **915 000**

2010 — **104 000**

Mitglieder jüdischer
Religionsgemeinschaften
im Deutschen Reich 1925
und in Deutschland 2010:

1925 — **564 000**

Religion spielt in der Geschichte der Menschheit bis in die Gegenwart eine zentrale Rolle. Sie prägt Weltbilder, strukturiert soziales Miteinander und beeinflusst Gesellschaft und Politik in vielfacher Form, aber auch in wechselnder Intensität. Der Beitrag bietet einen knappen Überblick über Stellenwert und Erscheinungsformen von Religion in Deutschland in den letzten 150 Jahren und geht den statistisch messbaren Veränderungen des religiösen Feldes nach.

Die Rolle von Religion wandelte sich im 19. und 20. Jahrhundert erheblich: Während die Rede von „Thron und Altar" für das 19. Jahrhundert einen engen Bezug von Religionsgemeinschaft, Gesellschaft und Staat anzeigte, so ging dieser Zusammenhang im 20. Jahrhundert zwar nicht vollständig, aber doch weitgehend verloren. Für die Strukturierung der Gesellschaft und ihre Selbstverständigungsdebatten spielt die Religion eine ungleich geringere Rolle.

Problematisch ist der Versuch, diese generelle Aussage stärker zu spezifizieren. Insbesondere die unscharfen Ränder des Feldes werfen die Frage auf, mittels welcher Kriterien sich religiöse Phänomene beschreiben lassen. Nimmt man die nominelle Mitgliedschaft in einer religiösen Gemeinschaft zum Ausgangspunkt, dann lassen sich kaum Aussagen zu Religionsgemeinschaften machen, die nicht als Organisationen funktionieren und deswegen nicht über feste Ein- und Ausschlusskriterien verfügen. Bei einer funktionalen Betrachtungsweise, die individuelle wie kollektive Überzeugungen und davon abgeleitete Praktiken in den Mittelpunkt stellt, trifft der offenere Begriff der Spiritualität auf den enger definierten Religionsbegriff, was die Definitions- und Erhebungsprobleme aber nicht schmälert.

Ansatzpunkt der folgenden Betrachtung ist die gesamtgesellschaftliche Relevanz von Religion. Da in Deutschland immer noch die christliche Religionstradition dominiert, muss eine Untersuchung religiösen Wandels auf Prozesse der De-Christianisierung bzw. Re-Christianisierung und die Entwicklung der inneren Gestalt und der Bindekraft der Kirchen fokussieren und dies in die Dynamik des religiösen Feldes in Deutschland insgesamt einbetten. Es wird damit ein pragmatischer Religionsbegriff zugrunde gelegt, indem von einem organisationalen, also auf die Großkirchen konzentrierten Religionsbegriff ausgegangen, zugleich aber auch versucht wird, diese Perspektive zu ergänzen. Die Betrachtung berücksichtigt dabei die veränderten geografischen Grenzen des heutigen Deutschlands während des Untersuchungszeitraumes (Deutsches Reich, Bundesrepublik, DDR, wiedervereinigtes Deutschland).

Konkret befassen sich nachfolgende Überlegungen mit drei Themenfeldern:

1. Das religiöse Feld in der Gesellschaft: Zunächst werden die Veränderungen des religiösen Feldes in Deutschland aufgezeigt. Die veränderten Relationen zwischen den christlichen Bekenntnissen und anderen Religionen werden ebenso thematisiert wie die regionale Mitgliederverteilung der christlichen Konfessionen.
2. Veränderungen des Christentums: In der Analyse von Dynamiken und Konjunkturen innerhalb des christlichen Feldes stehen neben Mitgliederzahlen und Ein- und Austrittsbewegungen auch Daten zu Passageriten wie Taufe, Eheschließung und Beerdigung im Mittelpunkt. Dies soll Aussagen zur Intensität der Mitgliederbindung ermöglichen.
3. Populäre Religion: Die gewonnenen Erkenntnisse gehen als Synthese in einen dritten Teil ein. Hier wird trotz schwieriger Datenlage die Frage im Vordergrund stehen, wie sich das Interesse an religiösen Themen trotz Bedeutungsverlust

und sinkender Bindungskraft der Großkirchen entwickelt. Zur Annäherung werden Daten über Publikationen religiöser Literatur sowie zur Popularität des Theologiestudiums herangezogen.

Das religiöse Feld schrumpft

Prägender Faktor des religiösen Lebens waren traditionell die christlichen Konfessionen, in Form der katholischen und evangelischen Kirchen. Bis zum Ersten Weltkrieg waren knapp 99 Prozent der Bevölkerung evangelisch oder katholisch. Noch in den 1960er Jahren lag der Anteil beider Bekenntnisse zusammen bei etwa 95 Prozent, die kirchliche Prägekraft war also zumindest äußerlich noch stark. Eine Erosion dieser Bindung lässt sich seit den 1970er Jahren konstatieren. 1987 umfasste der Anteil der christlichen Großkonfessionen noch ca. 85 Prozent, nach der Wiedervereinigung sank dieser Anteil auf etwa 67 Prozent im Jahr 2001 und auf rund 60 Prozent im Jahr 2011. Auch wenn die christlichen Kirchen damit formal immer

▶ Tab 1 **Religionszugehörigkeit**

	katholische Christen	evangelische Christen	Judentum	Sonstige	ohne Angabe	Islam
	1 000					
	x0550	x0551	x0552	x0553	x0554	x0555
	Deutsches Reich					
1871	14 869	25 582	512	82	14	–
1880	16 229	28 319	562	94	31	–
1890	17 675	31 027	568	146	13	–
1900	20 328	35 231	587	204	18	–
1910	23 822	39 991	615	284	214	–
1925	20 193	40 015	564	88	1551	–
1933	21 172	40 865	500	35	2 647	–
	Bundesrepublik					
1950	21 576	24 431	17	1 529	143	
1961	25 262	28 726	23	223	1 942	16*
1970	27 061	29 697	32	3 862	–	250**
1981	26 707	25 898	28	–	–	1 700
1987	26 232	25 413	28	1 203	4 912	1 651
	DDR					
1950	2 021	15 587	3	130	1 432	–
1960	–	13 006	–	–	–	–
1971	–	9 545	–	–	–	–
1978	–	7 293	–	–	–	–
1989	–	4 619	2	–	–	–
	Deutschland					
1995	27 347	27 922	54	–	–	2 700
2000	26 817	26 614	88	–	–	3 000
2010	24 651	23 896	104	–	–	4 100***

* 1962
** 1971
*** 2008

noch die größte Gruppe von Gläubigen repräsentieren, ist der Bedeutungsverlust offensichtlich. ▸ Tab 1

Momentaufnahme: Asymmetrischer Pluralismus im Jahr 2011

Der Bedeutungsverslust der Kirchen in einem sich verändernden religiösen Feld resultierte einerseits aus den Austritten der Mitglieder, andererseits aber auch aus Migrationsprozessen. Beides führte dazu, dass die Zahl der (formal) keiner Glaubensgemeinschaft Zugehörigen wuchs, parallel aber auch die Anzahl der Religionen anstieg.

In einer Momentaufnahme lässt sich die religiöse Signatur Deutschlands für das Jahr 2011 auf Grundlage des Zensus und anderer Quellen folgendermaßen charakterisieren: Formal spielt das Christentum immer noch eine dominante Rolle – knapp zwei Drittel der Bevölkerung lassen sich den beiden großen Konfessionen bzw. Freikirchen zuordnen. Rund 10 Prozent der Bevölkerung bezeichnen sich explizit als „nicht gläubig“ bzw. folgen explizit keiner spezifischen Religion oder Weltanschauung. Rund 5 Prozent der Bevölkerung werden dem Islam zugerechnet, wobei ähnliche Probleme wie bei den christlichen Kirchen existieren: Auch hier lässt sich wenig über praktizierte Religiosität aussagen, da die Erfassung von Muslimen vor allem über nationale oder ethnische Kriterien erfolgt. Weitere 5 Prozent der Bevölkerung entfallen auf andere Religionen. Bemerkenswert ist, dass im Zensus 2011 rund ein Sechstel der Befragten keine Angaben zu ihrer Religion machen wollten. In der Summe lässt sich neben der immer noch starken Position des Christentums eine zunehmende Pluralisierung von Religiosität konstatieren. ▸ Abb 1

Politik und Gesellschaft: Wechselwirkungen auf die Mitgliederstruktur

Als stärkste Anbieter von religiöser Weltanschauung und einer darauf ausgerichteten Praxis stechen in Deutschland trotz vielfältiger Erosionsprozesse nach wie vor die christlichen Religionsgemeinschaften hervor. Deshalb gilt ein erster Zugriff der Frage, wie sich die evangelische und die katholische Kirche als Organisationen im religiösen Feld entwickelten. Grundlegendes Kriterium für eine statistisch messbare Entwicklung ist die Kirchenzugehörigkeit durch formale Mitgliedschaft. Kircheneinund -austritte stellen wichtige individuelle Entscheidungen dar, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß: In Deutschland wird der Eintritt gewöhnlich mit dem Sakrament der Säuglings- oder Kindertaufe vollzogen. Die Entscheidung dazu treffen meist die Eltern und religiösen Paten des noch religionsunmündigen Kindes. Der Austritt im Jugend- oder Erwachsenenalter hingegen oder der (Wieder-)Eintritt sind eine bewusste Hin- oder Abwendung von der religiösen Organisation. Natürlich ist mit der Zugehörigkeit allein noch wenig über die individuelle Religiosität derjenigen gesagt, die den Kirchen durch die Taufe und den Kirchensteuereinzug zugerechnet werden. Doch stellen die absoluten Zahlen eine wichtige Referenzgröße für die Bedeutung der Kirchen als gesellschaftliche Gruppen dar und vermitteln

▸ Abb 1 **Zensus 2011 — Religion in Deutschland in Prozent**

eine Vorstellung von der Attraktivität der Kirche zum jeweiligen Zeitpunkt. ▶ Abb 2

Sowohl die Entwicklung der Ein- und Austritte wie auch der Saldo beider Größen lassen erkennen, dass die kirchlichen Mitgliederverhältnisse über lange Zeiträume stabil waren. Diese Stabilität wurde indes durch zwei Phasen der Instabilität unterbrochen, die die Kirchen erheblich veränderten. Erstens war dies die Zeit zwischen Erstem und Zweitem Weltkrieg und betraf da vor allem die Protestanten. Während dieser 20 Jahre traten 3,6 Millionen Protestanten aus ihrer Kirche aus (gegenüber ca. 900 000 Katholiken) bei nur etwa 1,15 Millionen Eintritten (gegenüber ca. 250 000 Katholiken). In dieser Zeit konnten die protestantischen Kirchen nur in wenigen Jahren eine Abmilderung dieser Tendenz verzeichnen, etwa zwischen 1933 und 1936, als die Zahl der Austritte auf rund 30 000 sank. Es handelte sich hierbei allerdings nur um einen zwischenzeitlichen Rückgang. Ab 1937 verließen bis 1939 pro Jahr mehr als 300 000 Personen ihre Kirche, dieser Wert ging erst im Laufe des Krieges wieder zurück. Eine vergleichbare Negativdynamik ist für die Zeit nach der Wiedervereinigung festzustellen. Hier stiegen die Austritte auf über 350 000 und erreichten damit ein ähnliches Niveau wie zum Ende der 1930er Jahre. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die 1960er Jahre folgte für Protestanten wie Katholiken eine recht stabile Phase, die erst mit den 1970er Jahren endete. Nun verloren beide Konfessionen wieder mehr Mitglieder als hinzukamen, wobei bis zur Jahrtausendwende wiederum die Protestanten besonders betroffen waren.

Die skizzierten Phasen der Erosion finden sich zwar auch für die katholische Kirche, doch waren hier die Ausschläge – seltener Gewinne, öfter Verluste an Mitgliedern – nicht so ausgeprägt wie bei den evangelischen Kirchen. Die Gründe dafür sind wohl in der strafferen Kirchenzucht der Katholiken, wie zum Beispiel der sonntäglichen Kommunion und der Ohrenbeichte, aber auch in der dichteren Struktur von Vereinen und Verbänden zu suchen, die für eine stärkere lebensweltliche Einbindung der Mitglieder sorgten. Erst nach der Jahrtausendwende ändert sich diese Konstellation vor dem Hintergrund verschiedener Skandale, die die katholische Kirche Mitglieder kosteten.

Ein genauerer Blick auf die Perioden hoher innerer Dynamik mit großer Schwankung der Mitgliederzahlen lenkt die Aufmerksamkeit auf einige besonders auffallende Zeiträume. Bemerkenswert waren zum Beispiel die 1920er Jahre, die

▶ Abb 2 **Kirchenein- und austritte — in 1 000**

Zeit um 1970 und ab 1990, als viele Menschen aus den Kirchen austraten, das Jahr 1946 mit vielen Eintritten, oder als sich – so in den Jahren 1932 bis 1939 – hohe Eintritts- und Austrittszahlen gegenüberstanden. Diese Entwicklungen fielen mit politischen Ereignissen, aber auch organisatorischen und gesetzlichen Einschnitten zusammen.

Die Austrittswelle der frühen 1920er Jahre resultierte fraglos aus verschiedenen lang- und mittelfristigen Faktoren. Erinnert sei hier an den Bruch des „Bündnisses von Thron und Altar" in der Weimarer Republik oder das Scheitern der kirchlichen Kriegstheologie im Ersten Weltkrieg. Vor allem aber war eine juristische Änderung ausschlaggebend: Der kirchenkritische preußische Kultusminister Adolph Hoffmann erleichterte 1920 den Kirchenaustritt erheblich, indem er das Verfahren vereinfachte und Gebühren strich. Infolgedessen stiegen die Zahlen zunächst rasant und etablierten sich dann auf einem vergleichsweise hohen Niveau.

Auch die hohen Eintrittszahlen im Jahr 1933 lassen sich mit der politischen Entwicklung in Verbindung bringen. So schnellte mit dem Antritt der Regierung Hitler die Zahl der Eintritte in die protestantische Kirche auf über 325 000 in die Höhe, weil sich die Nationalsozialisten – um Akzeptanz zu gewinnen – zunächst auf ein „positives Christentum" beriefen und demonstrativ die Nähe insbesondere zur protestantischen Kirche suchten. Nach dem Scheitern dieser Kirchenpolitik spätestens 1934 verfolgten die Nationalsozialisten zunehmend eine antikirchliche Politik, was bis 1939 zu einem Höchststand an Kirchenaustritten führte. Während die Entwicklung bei den Evangelischen äußerst dynamisch war, entwickelten sich die Zahlen der Katholiken gemäßigt. Um den Preis des weitgehenden Rückzugs aus der Gesellschaft war es der katholischen Kirche gelungen, sich stärker gegen den Nationalsozialismus abzuschotten. Während des Krieges gingen die Austrittszahlen in beiden Konfessionen markant zurück, war doch das geistige Angebot der Kirchen in Zeiten der Not und Bedrängnis stärker gefragt.

Im Jahr 1946 gab es einen kurzen religiösen „Frühling": In der „Zusammenbruchgesellschaft" der unmittelbaren Nachkriegsjahre kamen den Kirchen wichtige Funktionen für das öffentliche Leben und insbesondere bei den Entnazifizierungsverfahren zu, sodass sie für viele Menschen an Attraktivität gewannen.[1] Allerdings glichen die Eintritte in dieser Zeit die Verluste während des sogenannten „Kirchenkampfes" mit den Nationalsozialisten nicht aus. Zudem stieg die Zahl der Austritte mit der Verbesserung der Lebensumstände wieder an und etablierte sich zwischen 1950 und 1967 auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau (0,05 Prozent der Kirchenmitglieder traten jährlich aus im Vergleich zu 0,9 Prozent im Jahr 1939). Einen wichtigen Einschnitt markiert dann die „*religious crisis*"[2] zum Ende der 1960er Jahre: Im öffentlichen Diskurs und im Zusammenhang mit der Protest- und Studentenbewegung („1968") wurden beide Kirchen zunehmend kritisch ‚hinterfragt', insbesondere ihr Autoritäts- und Familienverständnis sowie ihre Sexualmoral. Eine Kirchenmitgliedschaft galt nicht mehr als selbstverständlich, sondern musste gerechtfertigt werden. Der damit verbundene Wertewandel, die Zuwanderung von Menschen muslimischen Glaubens nach Deutschland wie auch die allgemeine demografische Entwicklung (weniger Geburten, zunehmende Zahl der Sterbefälle) sorgten dafür, dass die christlichen Kirchen in der Gesellschaft als moralische, aber auch das Leben strukturierende Instanzen an Bedeutung verloren.

Besonders einschneidend verlief die Entwicklung für die Protestanten in der DDR mit dem Wandel „von der Mehrheits- zur Minderheitenkirche".[3] Ursächlich waren verschiedene Modernisierungsprozesse mit den damit verbundenen sozialen Umschichtungen, die auch in anderen europäischen Gesellschaften zu beobachten waren. Als entscheidender Unterschied zur Bundesrepublik aber sind die politischen Repressionen zu nennen, denen Christen in der DDR ausgesetzt waren. In einem prinzipiell kirchen- und

0,9

Prozent der Mitglieder traten 1939 aus der Kirche aus.

0,05

Prozent waren es jährlich zwischen 1950 und 1967.

religionsfeindlichen Staat sahen sich beide christliche Kirchen existenziellen Herausforderungen ausgesetzt. Gehörten vor der Gründung der DDR etwas über 80 Prozent der Bevölkerung der evangelischen und 10 Prozent der katholischen Kirche an, so sank ihr Anteil auf 27 Prozent bzw. 6 Prozent im Jahr 1991. Insbesondere die Einführung der Jugendweihe als SED-Konkurrenz zur kirchlichen Konfirmation bzw. Firmung in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre ließ viele Gläubige aus ihrer Kirche austreten beziehungsweise die Bereitschaft der Kirchenmitglieder sinken, ihre Kinder taufen zu lassen.

Auf diese Weise etablierte sich eine „Kultur der Konfessionslosigkeit", die über das Ende des Regimes hinaus prägend blieb für das religiöse Feld in Ostdeutschland.[4] Einen entscheidenden Einschnitt markierte schließlich auch die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten: Nach dem Ende der Diktatur und der Entspannung des Staat-Kirche-Verhältnisses verloren die Kirchen erneut an Boden. Zwei Gründe sind dafür zu nennen: Zum einen zeigte die deutsche Binnenmigration Wirkung, da viele, die sich zu DDR-Zeiten in den verbliebenen Kerngemeinden engagiert hatten, nach der Öffnung der Grenzen in die alten Bundesländer übersiedelten. Zudem schlug hier auch in den neuen Bundesländern durch, was in der gesamten Bundesrepublik zu beobachten war: Allgemeine Steuererhöhungen

▶ Tab 2 **Religiöse Kennzahlen und Handlungen**

	katholisch							
	Taufen	Trauungen	Kirchen-eintritte	Kirchen-austritte	Bestattungen	Kommunion	Kirchen-besuche	Pfarreien
	1 000							
	x0556	x0557	x0558	x0559	x0560	x0561	x0562	x0563
	Deutsches Reich							
1884	–	–	–	–	–	–	–	–
1890	–	–	–	–	–	–	–	–
1900	–	–	–	–	–	–	–	–
1910	–	–	–	–	–	–	–	–
1920	598,9	265,8	–	44,8	323,4	–	–	9,6
1930	433,8	168,9	–	52,6	230,8	–	–	9,8
1940	495,5	159,1	–	52,1	276,6	–	–	10,0
	Bundesrepublik							
1949	426,2	199,3	–	30,8	247,1	–	–	9,1
1960	473,1	213,8	19,6	23,3	259,3	322,4	11,8	9,3
1970	368,5	163,6	5,9	69,5	295,8	376,7	10,2	10,3
1981	257,6	125,3	7,7	66,4	290,0	–	7,5	–
1987	270,2	114,2	9,3	81,6	278,4	241,6	6,4	12,4
	DDR							
1950	–	–	–	–	–	–	–	–
1960	–	–	–	–	–	–	–	–
1970	–	–	–	–	–	–	–	–
1980	–	–	–	–	–	–	–	–
1989	–	–	–	–	–	–	–	–
	Deutschland							
1995	259,8	86,5	10,1	168,2	284,0	281,6	5,2	13,3
2002	213,4	53,9	12,6	119,4	267,4	282,1	4,0	13,1
2010	170,3	48,5	11,0	181,2	253,0	224,9	3,1	11,5

führten dazu, dass ein kleiner Prozentsatz von nominellen Kirchenangehörigen auf seine Mitgliedschaft verzichtete, um die steigenden Abgaben mit dem Wegfall der Kirchensteuer zu kompensieren.[5]

Im weiteren Verlauf der 1990er Jahre entwickelten sich die gesamtdeutschen Austrittszahlen etwas oberhalb des alten westdeutschen Niveaus. Insbesondere mit Blick auf die Kirchenverbundenheit der jüngeren Generationen hat die jüngste Mitgliedschaftsuntersuchung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) diesen Trend als „Stabilität im Abbruch" interpretiert.[6] In ähnlicher Weise trifft dies auch für die katholische Kirche zu. Die seit 1995 diskutierten und ab 2010 verstärkt aufgedeckten Skandale um den Missbrauch von minderjährigen Schutzbefohlenen in kirchlichen Einrichtungen verstärkten die Austrittsneigung erneut, ohne dass sich deren mittel- oder langfristigen Auswirkungen für die Zukunft bislang absehen lassen. ▸ Tab 2

	evangelisch							
	Taufen	Trauungen	Kirchen-eintritte	Kirchen-austritte	Bestattungen	Konfirmation	Abendmahl-gäste	rechtlich selbstständige Kirchen-gemeinden
	1 000						Mio.	
	x0564	x0565	x0566	x0567	x0568	x0569	x0570	x0571
	Deutsches Reich							
1884	–	–	3,4	2,1	–	–	12,2	–
1890	–	–	4,4	3,7	–	–	12,7	–
1900	1 139,0	–	7,7	3,8	–	–	14,0	–
1910	1 044,4	–	9,9	17,8	–	789,1	13,6	–
1920	915,0	–	19,4	314,0	–	808,9	11,5	–
1930	632,3	401,9	37,3	226,3	–	447,7	10,2	–
1940	648,9	173,6	14,9	152,6	437,0	535,7	–	–
	Bundesrepublik							
1949	–	–	41,8	83,7	–	–	–	–
1960	425,1	203,5	36,0	32,1	296,2	266,7	6,7	9,7
1970	315,0	142,5	17,5	189,1	334,7	341,2	6,1	10,7
1981	227,0	91,5	31,5	116,0	350,4	–	9,3	10,7
1987	239,1	97,3	40,4	140,6	323,8	256,7	–	10,7
	DDR							
1950	233,6	123,3	15,6	77,4	162,7	97,9	–	–
1960	105,3	44,4	4,6	108,0	146,3	33,1	–	–
1970	55,4	21,6	1,9	26,7	129,9	51,6	–	–
1980	33,0	10,7	2,3	17,2	100,0	16,3	–	–
1989	34,5	7,3	5,1	7,2	75,2	15,2	–	–
	Deutschland							
1995	253,6	86,9	57,5	296,8	364,3	264,0	–	18,2
2002	213,3	59,4	58,9	174,2	322,6	272,3	–	16,4
2010	174,2	51,9	56,9	145,3	292,6	231,9	–	15,1

▶ Abb 3 **Partizipation am Gottesdienst – Abendmahlbeteiligung (evangelisch) und Gottesdienstbesuch (katholisch) — in Millionen**

Sinkende Partizipationsbereitschaft bei den Passageriten

Da die formale Zugehörigkeit noch recht wenig über die Religionsausübung und die individuelle Verbundenheit aussagt, soll im Folgenden der Blick auf religiöse Praktiken gerichtet sein, wie sie im Deutschen Reich, in der Bundesrepublik und später dann im wiedervereinigten Deutschland zu beobachten sind. Das Ausmaß, mit dem Mitglieder der christlichen Kirchen an den religiösen Aktivitäten und Riten teilnahmen, gibt einen Eindruck von dem Engagement und der Partizipationsbereitschaft der Gläubigen bzw. der Gesellschaft: die Taufe der eigenen Kinder; die Teilnahme an Kommunion oder Konfirmation als Voraussetzung für den Empfang der Eucharistie bzw. des Abendmahls; die nicht nur staatliche, sondern auch kirchliche Eheschließung wie auch letztlich das kirchliche Begräbnis – all diese Sakramente und/oder kirchlichen Rituale sind einerseits traditionell verankert wie auch den Gläubigen von ihren Kirchen vorgeschrieben, andererseits bilden sie weit in die Gesellschaft hineinreichende Übergangsriten, die – durchaus unabhängig von der religiösen Bedeutung – kulturell mit Prestige aufgeladen sind. In der Gesamtschau erlauben sie uns Aussagen darüber, wie „dicht" der christliche Glaube und seine Anforderungen in die Lebenswelt und Praxis des Einzelnen eingebunden waren. ▶ Abb 3

Dabei deuten alle Indikatoren auf einen wichtigen Trendwechsel zum Ende der 1960er Jahre hin. In dieser Zeitperiode traten die vorher eng verbundenen kirchlichen Traditionen und die lebensweltlichen Praktiken von Einzelnen und Gruppen signifikant auseinander, wie das Beispiel der kirchlichen Taufen exemplarisch zeigt: Die Zahl der konfessionell-kirchlichen Taufen war in der Bundesrepublik bis zum Ende der 1960er Jahre stark mit den absoluten Geburtenzahlen gekoppelt, das heißt, Veränderungen bei den absoluten Taufzahlen waren zumeist auf Veränderungen bei der Gesamtzahl der Geburten zurückzuführen. Erst zum Ende der 1960er Jahre und verstärkt nach 1990 wurden immer mehr Kinder nicht getauft. Wurden 1960 noch knapp 95 Prozent der Kinder getauft, sank der Anteil auf rund 80 Prozent im Jahr 1973, 70 Prozent 1992 und schließlich unter 60 Prozent seit dem Jahr 2000. Für die Reproduktion volkskirchlicher Strukturen war das ein erheblicher Einschnitt, weil sich auf diese Weise das Niveau der Tradierung der Glaubenswelten in die jeweils nachfolgende Generation erheblich verringerte.

Ein Blick auf die Veränderungen in der kirchlich geprägten Glaubenspraxis, wie sie sich in den Statistiken zeigen, lässt das Ende der 1960er Jahre als Zeitraum massiver Veränderungen und daher unübersehbar als Zäsur erscheinen. Hugh McLeod hat diesen Einschnitt als eine gesamteuropäische „*religious crisis*" bezeichnet, die in ihrer Bedeutung für die Kirchengeschichte allenfalls zu vergleichen sei mit der Reformation und der Kirchenspaltung des 16. Jahrhunderts.[7] Die vorliegenden Daten zur Entwicklung des religiösen Feldes in Deutschland stützen diese Analysen. Auch die Zahlen zum Heiratsverhalten lassen sich als Beleg für diesen Trend heranziehen. ▶ Abb 4

Die Bereitschaft zur kirchlichen Trauung ging seit den 1970er Jahren immer

▶ Abb 4 **Abnehmende Verbindlichkeit kirchlicher Passageriten — in Prozent**

stärker zurück, wobei ein weiterer signifikanter Einschnitt für die frühen 1990er Jahre zu verzeichnen ist, als die weitgehend entkirchlichten neuen Bundesländer mit der zwar abgeschwächten, aber durchaus noch konfessionell geprägten Kultur der alten Bundesländer vereint wurden. Kamen 1960 auf zehn zivilrechtliche Eheschließungen noch acht kirchliche, so sank dieses Verhältnis auf fünf (1990) und nach dem Jahr 2000 gar auf unter drei zu zehn. Insgesamt zeigen die Eheschließungen die Erosion kirchlicher Bindung noch stärker auf als die Taufen: Seit den späten 1960er Jahren nahm der Anteil kirchlicher Trauungen an der Gesamtzahl der Eheschließungen in Deutschland kontinuierlich ab, Erholungsphasen sind – anders als bei den zivilrechtlichen Eheschließungen – nicht erkennbar, sondern lediglich Phasen der Stabilität, in denen es zu keinem weiteren Rückgang kam.

Ein wenig anders stellt sich die Lage bei kirchlichen Bestattungen dar. Hier bilden nicht die 1960er Jahre die sonst charakteristische Zäsur; ein nachlassendes Interesse ist erst mit einigem zeitlichen Abstand seit den 1990er Jahren erkennbar. Wurden bis dahin etwa 90 Prozent der in einem Jahr Verstorbenen auch kirchlich bestattet, so sank dieser Anteil auf unter 70 Prozent im Jahr 2002. Auch wenn hier Effekte der deutschen Vereinigung eine Rolle spielen, nimmt die Bindung an kirchliche Institutionen auch hier ab. Gleichwohl scheint für viele Kirchenmitglieder trotz einer geringen eigenen Verbundenheit die kirchliche Beerdigung bis heute ein wichtiges Moment zu sein, nicht auszutreten.

Seit den 1960er Jahren, so lässt sich resümieren, lösen sich viele soziale Praktiken der Kirchen auf, die sich in Auseinandersetzung mit der Moderne seit Beginn des 19. Jahrhunderts entwickelt hatten. Die Auslöser, Gründe und Begleitumstände dafür sind vielfältig und reichen von innerkirchlichen Entwicklungen (▸Zweites Vatikanisches Konzil, Neuaufbrüche in Seelsorge und Theologie) bis hin zu gesamtgesellschaftlichen Liberalisierungs- und Aufbruchsbewegungen, die unter anderem mit der Chiffre „1968“ bezeichnet sind.

▸ **Zweites Vatikanisches Konzil**
Die Zusammenkunft von Verantwortlichen der katholischen Kirche vom 11. Oktober 1962 bis zum 8. Dezember 1965. Bedeutung erlangte das Konzil durch die Aktualisierung katholischer Positionen.

Populäre Religion?

Nachdem die Betrachtungen bis hierher den Rückgang von Mitgliederzahlen sowie die rückläufige Teilnahme an kirchlicher Praxis beider Konfessionen deutlich machten, bleibt nun zu fragen, welches Interesse die Gesellschaft insgesamt an religiösen Themen hat. Im Folgenden wird versucht, die bisherigen Befunde im Lichte zweier weiterer Parameter zu untersuchen, nämlich des Buchmarktes und des Interesses am Studium der Theologie. Für beide Bereiche lässt sich vermuten, dass deren Entwicklung durch steigendes bzw. sinkendes gesamtgesellschaftliches Interesse – also die Mechanismen von Angebot und Nachfrage – unmittelbar beeinflusst wird. ▸ Abb 5

Unter der Annahme, dass jegliche Buchproduktion mit der Aussicht auf Absatz erfolgt, also auf einen Interessentenkreis ausgerichtet ist, verweist die Anzahl produzierter Bücher zu einem bestimmten Thema auf ein vorhandenes gesellschaftliches Interesse. Wird die allgemeine Buchproduktion mit der Produktion von Büchern zum Thema Religion verglichen – darunter sind religionswissenschaftliche Bücher im engeren Sinne ebenso subsumiert wie Ratgeberliteratur oder Sachbücher im weiteren Sinne –, so sind in der Entwicklung Parallelen und Unterschiede festzustellen (indexbasierte Betrachtung mit 1968 als Vergleichsjahr). Die allgemeine wie auch die religiöse Buchproduktion versechsfachten sich seit dem Zweiten Weltkrieg. Dabei war die Ausgangslage für beide Felder durchaus verschieden. Die Zahl jährlich veröffentlichter Bücher zu religiösen Themen war in der Zwischenkriegszeit im Vergleich zur Situation um 1950 mehr als doppelt so hoch, wobei die Gesamtzahl der veröffentlichen Bücher zu allen Themenbereichen vergleichsweise niedrig war. Anders dagegen verlief die Entwicklung des religiösen Buchmarkts zwischen 1970 und 2000 unterdurchschnittlich, das heißt, die Zahl der „produzierten" Bücher mit „religiösem" Inhalt stieg weniger stark als die der veröffentlichten Bücher insgesamt. Diese Daten scheinen nahezulegen, dass das Interesse an Religion bis zum Zweiten Weltkrieg als eher überdurchschnittlich zu bezeichnen ist, da der Marktanteil für religiöse Literatur vergleichsweise stärker war. Für die Zeit danach ist, trotz unterschiedlicher Entwicklungen im Detail, das Interesse an religiösen Themen insgesamt nicht geringer als an Büchern allgemein. Hingewiesen sei allerdings auf die Rolle von Einzelereignissen wie dem 11. September 2001, wo-

3 845

Bücher zu Theologie und Religion erschienen 1980 in der Bundesrepublik.

330

erschienen in diesem Jahr in der DDR.

▸ Abb 5 **Buchproduktion — Index (1968 = 100)**

durch die Nachfrage zum Thema Religion massiv anstieg, etwa weil der Islam, aber auch Themen wie religiöser Extremismus verstärkt in den Blick kamen. Auch wenn die Entwicklung des religiösen Buchmarktes nur im Kontext des Gesamtbuchmarktes möglich ist und daher Vorsicht angeraten scheint, lassen sich doch einige Erkenntnisse gewinnen: Absolut betrachtet, hat religiöses Wissen seit dem 19. Jahrhundert einen beinahe stetigen Zuwachs erfahren, in Relation zu anderen Wissensfeldern aber an Bedeutung verloren. ▶ Tab 3

Ein bedeutender Faktor für die religiöse Kommunikation ist das Internet, das dem Buchmarkt starke Konkurrenz macht – vor diesem Hintergrund erscheint die Entwicklung des Buchmarktes für religiöse Literatur seit 1990 umso eindrucksvoller. Als Anbieter religiöser Themen kann das Internet zumindest nicht ignoriert werden. Fachbeiträge auf offiziellen Seiten werden ebenso konsultiert wie Informationen zu individuellen Fragen der Lebensführung in Foren- und Chatcommunities. In der Tendenz bringt diese neue Form der religiösen Kommunikation einen weiteren Schub zur Auflösung des traditionellen religiösen Feldes, da sich im Netz neue religiöse Zugänge und Praktiken einfacher und direkter an das eigene Publikum wenden können. Das Internet wird die religiöse Kommunikation weitreichend verändern, ohne dass bisher absehbar ist, in welcher Intensität und Dichte der Wandel erfolgen wird.[8]

Ähnlich wie die Präsenz religiöser Literatur auf dem Buchmarkt lässt sich auch die Zahl der Studierenden in den christlichen Theologien als Indikator für die gesellschaftliche Relevanz nicht nur des akademischen Faches, sondern auch der damit verbundenen Religionsgemeinschaften deuten. Zwar schlagen bei der Wahl eines Studienfaches auch Überlegungen zur jeweiligen Arbeitsmarktsituation wie auch zum gesellschaftlichen Prestige der Stellung eines Geistlichen durch. Für diejenigen aber, die durch ihre Studienwahl ein persönliches Interesse an Religion und Glaube bekunden, kann wohl eine gewisse Affinität zum Thema Religion vorausgesetzt werden, zumal dann, wenn Studierende nicht zwangsläufig eine Tätigkeit als Pfarrer oder Priester anstreben. ▶ Abb 6, Abb 7

Die Entwicklung der Studierendenzahlen im Bereich Theologie weist zwischen den 1830er und 1960er Jahren ein stabiles bzw. stabil steigendes Niveau auf. Ein markanter Bruch in den 1970er Jahren ist zu konstatieren, als es im Zuge der allgemeinen Bildungsexpansion auch im Bereich der Theologie zu einer massiven Ausweitung der Studierendenzahlen kam, die seit den 1980er Jahren gegen den Trend der allgemeinen positiven Entwicklung der Studierendenzahlen aber auch wieder massiv abnahmen. Als „klassisches“ Studienfach hatte das Theologiestudium im 19. Jahrhundert einen hohen Anteil an der Zahl der Studierenden insgesamt. Trotz zwischenzeitlicher Schwankungen sank dieser Anteil aber von fast 38 Prozent im Jahr 1830 auf unter 1 Prozent im Jahr 2004. Ein Grund dafür ist zweifelsohne in der Ausweitung des Universitätssystems zu suchen. Während die absolute Zahl der Theologiestudierenden eher gleich blieb, stieg die Gesamtzahl der Studierenden immens. Das Theologiestudium verlor also relativ an Bedeutung, besetzt aber bis jetzt recht stabil eine Nische. Auch hier ist von einem relativen Bedeutungsverlust der Religion auszugehen, der allerdings weniger aus einer Abwendung

▶ Tab 3 **Buchproduktion Theologie und Religion**

	Erstauflagen	Neuauflagen	gesamte theologische Buchproduktion
	Zahl der Titel		
	x0572	x0573	x0574
	Deutscher Bund / Deutsches Reich		
1851	–	–	1 351
1865	–	–	1 411
1880	–	–	1 390
1900	–	–	2 218
1919	1 023	458	1 481
1929	1 642	436	2 078
1938	1 908	446	2 354
	Bundesrepublik		
1951	747	295	1 042
1960	1 170	343	1 513
1970	2 314	517	2 831
1980	3 035	810	3 845
1989	2 567	1 142	3 709
	DDR		
1956	–	349	403
1959	–	–	266
1970	–	–	292
1980	–	–	330
1989	–	–	334
	Deutschland		
1995	2 609	1 028	3 637
2003	3 512	–	–
2012	4 746	–	–

von Religion als Berufsfeld resultierte, als vielmehr aus einer Expansion und gleichzeitigen Pluralisierung des akademischen Bereichs.

Schluss

Die Zahlenreihen zeigen insgesamt eine deutliche Zäsur: Im 19. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts prägte das Christentum in seiner großkirchlich-konfessionellen Variante das religiöse Feld in Deutschland maßgeblich. In relativ geschlossenen konfessionellen Lebensräumen waren die Partizipationsformen und insbesondere die Passageriten wichtige Elemente, die das individuelle Leben stark beeinflussen konnten. Das Aufbrechen dieses Feldes hatte vielfältige, in der Gewichtung im deutsch-deutschen Vergleich unterschiedliche Gründe: In der DDR war es die Auseinandersetzung um die Jugendweihe in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre, in der Bundesrepublik vor allem die Lebensstilrevolution zum Ende der 1960er Jahre, die eine starke Auflösung der volkskirchlichen Strukturen von Katholizismus und Protestantismus mit sich brachte. Die Wiedervereinigung des weitgehend konfessionsfreien Ostens mit dem relativ volkskirchlich geprägten Westen brachte zu Beginn der 1990er Jahre eine weitere Dynamisierung der Entwicklung im Sinne einer fortgesetzten Erosion des institutionell-christlichen Feldes.

Inwieweit der Auflösung der volkskirchlichen Strukturen die Entstehung ei-

▶ Abb 6 **Relative Entwicklung der Theologiestudierenden und der Studierenden insgesamt — Index (1968 = 100)**

▶ Abb 7 **Anteil der Theologiestudierenden an der Gesamtzahl der Studierenden — in Prozent**

nes neureligiösen Feldes entsprach, ist statistisch schwer festzustellen. Die verfügbaren Daten deuten darauf hin, dass die Abnahme der Integration in die christlichen Kirchen einhergeht mit einer Abnahme religiösen Interesses überhaupt. Außerhalb der religiösen Großorganisationen ist eine alternative Beschäftigung mit Fragen der Transzendenz schwer nachweisbar und in seriellen Daten kaum aufzufinden. Die Entwicklungen auf dem Markt für religiöse Literatur lassen ein gewisses allgemeines Interesse vermuten, welches aber quantitativ schwer greifbar ist. Es steht aber außer Frage, dass neue Kommunikationsformen und insbesondere das Internet das religiöse Feld und die darin geübte religiöse Kommunikation weiterhin tiefgreifend verändern werden.

Datengrundlage

Religion ist statistisch schwer greifbar, da keine allseits akzeptierte Erhebung oder Erhebungsmethode zur Erfassung religiöser Zugehörigkeiten, Überzeugungen und Praktiken existiert. Die Quellenlage ist dementsprechend disparat. Am ehesten ist die Mitgliedschaft in religiösen Organisationen greifbar, wie sie von staatlicher Seite erhoben wurde. So sind für die beiden großen christlichen Konfessionen seit dem Kaiserreich die Daten der staatlichen Verwaltung eine wichtige Quelle.

Für Fragen des kirchlichen Lebens sind darüber hinaus – ohne zu verkennen, dass es sich um interessengeleitete Daten handelt und dies quellenkritisch zu würdigen [9] – die Selbstauskünfte der Religionsgemeinschaften unerlässlich (das „Kirchliche Jahrbuch“ für die evangelische und das „Kirchliche Handbuch“ für die katholische Seite, aber auch andere offizielle Publikationen [10]). Ergänzend wurden auch weitere, von verschiedenen kirchlichen Stellen betriebene Datensammlungen hinzugezogen.[11] Hinsichtlich der Studierendenzahlen wurde neben den Statistischen Jahrbüchern auch das Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte genutzt.[12] Daten zur Produktion religiöser Literatur lieferten die Erhebungen des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler bzw. des Deutschen Buchhandels.

Für nichtchristliche Religionen wie den Islam, den Hinduismus und den Buddhismus, kleinere christliche Religionsgemeinschaften, alternative Formen von Religiosität oder auch Gruppen mit dezidiert atheistischer oder agnostischer Orientierung liegen oftmals keine oder nur unzureichende Zahlen vor. Um mittels einer Momentaufnahme wenigstens punktuell die religiöse Struktur auszuloten, wurde auf Daten des Zensus 2011, des Religionswissenschaftlichen Medien- und Informationsdienstes (REMID) in Marburg und eine im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge herausgegebene Studie zur Zahl der Muslime in Deutschland zurückgegriffen.[13]

Zum Weiterlesen empfohlen

Karl Gabriel: Zur Bedeutung der Religion für Gesellschaft und Lebensführung in Deutschland, in: Hans Günter Hockerts (Hrsg.): Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts, München 2004, S. 261–276.

Karl Gabriel: Entkirchlichung und (neue) Religion, in: Thomas Raithel (Hrsg.): Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, München 2009, S. 99–111.

Karl Gabriel/Christel Gärtner/Detlef Pollack (Hrsg.): Umstrittene Säkularisierung. Soziologische und historische Analysen zur Differenzierung von Religion und Politik, Berlin 2012.

Thomas Großbölting: Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945, Göttingen 2013.

Thomas Großbölting/Klaus Große Kracht/Jan-Holger Kirsch (Hrsg.): Religion in der Bundesrepublik Deutschland (= Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 7, Heft 3), Göttingen 2010.

Hubert Knoblauch: Populäre Religion. Auf dem Weg in eine spirituelle Gesellschaft, Frankfurt a.M. 2009.

Hugh McLeod: The Religious Crisis, New York 2008.

Gert Pickel/Kornelia Sammet (Hrsg.): Religion und Religiosität im vereinigten Deutschland. Zwanzig Jahre nach dem Umbruch, Wiesbaden 2011.

Detlef Pollack: Rückkehr des Religiösen?, Tübingen 2009.

Detlef Pollack/Gergely Rosta: Religion in der Moderne. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt a.M. 2015.

13 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Rainer Metz

1950 — **1 059 Euro**

BIP pro Einwohner in jeweiligen Preisen im Deutschen Reich 1871 und in der Bundesrepublik 1950:

1871 — **205 Euro**

1950 — **9 600 000 000 Euro**

Beitrag der Investitionen zum Bruttoinlandsprodukt im Deutschen Reich 1929 und in der Bundesrepublik 1950:

1929 — **3 300 000 000 Euro**

Wertschöpfungsanteil des Dienstleistungssektors im Deutschen Reich 1913 und in Deutschland 2012:

1913 — **14 Prozent**

2012 — **52 Prozent**

Anteil des privaten Konsums am Bruttoinlandsprodukt im Deutschen Reich 1933 und in der Bundesrepublik 1970:

1933 — **81 Prozent**

1970 — **54 Prozent**

Der Beitrag behandelt die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland anhand langer, für diesen Beitrag rekonstruierter Reihen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Produktion und deren Entstehung und Verwendung werden Wachstum und Konjunktur, Krise und Strukturwandel als Grundformen der Wirtschaftsentwicklung dargestellt und erläutert. Dabei zeigt sich, dass insbesondere die Zeit nach 1950 eine historisch beispiellose Dynamik aufzuweisen hat.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) bezeichnen ein System (Rechenwerk) der amtlichen Statistik, das die Aufgabe hat, für einen bestimmten abgelaufenen Zeitraum, typischerweise ein Jahr oder ein Quartal, eine umfassende, systematisch quantitative Beschreibung gesamtwirtschaftlicher Größen einer Volkswirtschaft zu geben. Der Begriff „Gesamtrechnungen" bringt zum Ausdruck, dass es sich um ein System von Teilrechnungen handelt. Man unterscheidet die Inlandsproduktsberechnung, die Input-Output-Rechnung, die Vermögensrechnung, die Erwerbstätigenrechnung, die Arbeitsvolumenrechnung und die Finanzierungsrechnung.

Die VGR ist das zentrale volkswirtschaftliche Statistiksystem, das Daten für eine Vielzahl von Fragestellungen aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Medien liefert. Das heutige System der VGR ist das Ergebnis einer langen Entwicklung. Ausgangspunkt waren im 19. Jahrhundert Schätzungen des Nationaleinkommens oder Nationalvermögens (auch: Volkseinkommen, Volksvermögen, Volkswohlstand) und die Einordnung dieser Gesamtgrößen in Systeme des wirtschaftlichen Kreislaufs. Vor allem auf der Grundlage der ökonomischen Theorie des Engländers John Maynard Keynes (1883–1946) wurde die VGR nach dem Zweiten Weltkrieg international als umfassendes Statistiksystem etabliert und ausgebaut. Seither wurde die VGR ständig weiterentwickelt und immer mehr standardisiert. Gegenwärtig (2013) wird in Deutschland das „Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen" (ESVG) von 1995 verwendet, das auf dem „System of National Accounts" (SNA) der Vereinten Nationen von 1993 basiert. In Deutschland ist das Statistische Bundesamt in Wiesbaden damit beauftragt, Daten der VGR zu erheben und zu veröffentlichen. Daneben gibt es noch den 1954 gegründeten Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder", der zentrale wirtschaftliche Indikatoren für die Bundesländer berechnet und veröffentlicht.

Die folgenden Ausführungen beschränken sich auf die Inlandsproduktsberechnung (IPB), deren wichtigste Größe heute das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist. Das BIP ist ein Maß für die in einem bestimmten Zeitraum erbrachte gesamte wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft. Es kann prinzipiell auf drei Arten berechnet werden. Die Entstehungsrechnung gibt an, in welchen Wirtschaftsbereichen/Sektoren die Wertschöpfung entstanden ist. Die Verwendungsrechnung zeigt, wie die produzierten Waren und Dienstleistungen verwendet werden. Sie können konsumiert, investiert oder exportiert werden. Die Verteilungsrechnung knüpft an die Entlohnung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital an. Bei der Berechnung des BIP werden alle Leistungen erfasst, die im Inland (von In- und Ausländern) erbracht werden (sogenanntes Inlandsprinzip). In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg stand nicht das BIP im Zentrum der Betrachtung, sondern das Bruttosozialprodukt (BSP), das seit dem Jahr 2000 als Bruttonationaleinkommen (BNE) bezeichnet wird. Es misst den Wert der wirtschaftlichen Leistungen aller Personen, die im Staat leben, unabhängig davon, ob die Leistungen im In- oder Ausland erbracht werden (sogenanntes Inländerprinzip).

Vor 1950 galt das Interesse dagegen dem Volkseinkommen und seiner Verteilung auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. Das Volkseinkommen setzt sich aus dem Arbeitnehmerentgelt der Inländer und den Unternehmens- und Vermögenseinkommen zusammen. Eine weitere wichtige Größe der Inlandsproduktsberechnung ist die Bruttowertschöpfung. Sie entspricht dem Gesamtwert der in einer Periode im Produktionsprozess erzeugten Waren und Dienstleistungen (Produktionswert), abzüglich des Wertes der Vorleistungen.

Die Rekonstruktion solch langer Reihen, die in der Gegenwart beginnen und dann möglichst weit in die Geschichte zurückreichen, ist ein wichtiges Ziel dieses Beitrages. Ausgangspunkt für die Zusammenstellung und Rekonstruktion der Daten sind die Klassifikationssysteme und Werte der amtlichen Statistik. Daraus wurden bestimmte Kenngrößen der VGR ausgewählt, die ab 1950 mit den Daten der amtlichen Statistik sowie für die Zeit vor 1950 mit den aktuellsten Forschungsdaten, in der Regel zurück bis 1850, rekonstruiert wurden. Die Auswahl der Kenngrößen orientierte sich an den inhaltlichen Zielen, die mit diesem Artikel verbunden sind. Also an Beschreibung, Interpretation und Erklärung von Wachstum, Konjunktur, Krise und Strukturwandel der deutschen Wirtschaft als Grundformen langfristiger wirtschaftlicher Entwicklung anhand des BIP, der Wertschöpfung und der Verwendung der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Neben diesen inhaltlichen Kriterien war natürlich auch der zu erwartende Aufwand der Rekonstruktion zu bedenken. Aufwendige Neuberechnungen, etwa unter Hinzuziehung von Archivmaterialien, schieden auch aus Zeitgründen von vornherein aus. Generell wird man sagen müssen, dass die einzelnen Werte gerade über längere Zeitspannen nicht voll vergleichbar sind, dass sie sich aber sehr wohl dafür eignen, langfristige Entwicklungstendenzen und damit einhergehende Strukturveränderungen quantitativ abzubilden und damit deren historische und theoretische Interpretation zu ermöglichen.

BIP: Wirtschaftswachstum, Konjunktur, Krise

Wirtschaftswachstum, also die langfristige Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion, sowohl absolut als auch pro Kopf der Bevölkerung, ist ein Schlüsselphänomen moderner Gesellschaften, die ohne ein solches Wirtschaftswachstum nicht denkbar sind. Der zentrale Indikator für dieses Wachstum ist heute das um Preisveränderungen bereinigte (reale) BIP [1], das in seinem Niveau die Höhe des Bruttoinlandsprodukts und in seinen Wachstumsraten das Ausmaß der relativen Veränderung dieses Produkts von einer Periode zur nächsten zeigt. Dividiert man den BIP-Wert durch die Bevölkerungszahl, erhält man das BIP pro Einwohner, das man sowohl als Produktivitäts- wie auch als Wohlstandsmaß verwenden kann. Als Produktivitätsmaß gibt es an, wie viel jeder Einwohner in Deutschland durchschnittlich produziert. Verwendet man das BIP pro Einwohner als Wohlstandsmaß, dann geht man davon aus, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion (zumindest der größte Teil davon) den Einwohnern als Einkommen zufließt.

Die langfristige Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion vollzieht sich allerdings nicht stetig und gleichmäßig (was eine konstante Wachstumsrate des BIP bedeuten würde), sie ist vielmehr in einen mehr oder weniger stark ausgeprägten rhythmischen Wechsel von Aufschwung und Abschwung, von Prosperität und Depression eingebettet, den man auch als Konjunktur bezeichnet. Eng verbunden mit dem Begriff Konjunktur ist die Vorstellung der Regelmäßigkeit. Die sich nach einem bestimmten Muster wiederholenden Veränderungen der Gesamtlagen der Volkswirtschaft bezeichnet man deshalb auch als Konjunkturzyklen. Die Forschung hat im Laufe der Zeit Zyklen unterschiedlicher Länge ausgemacht und dafür auch unterschiedliche Erklärungen gegeben.[2] Lange Zeit galten Wachstum und Konjunktur neben dem Strukturwandel als die vorherrschenden Entwicklungsmuster moderner Volkswirtschaften. Krisen und Depressionen wurden als Teil des Konjunkturzyklus und damit als nor-

432

Euro betrug das BIP 1913 pro Einwohner.

32 276

Euro waren es im Jahr 2012.

maler Bestandteil des Wachstumsprozesses aufgefasst. Die Finanz- und Weltwirtschaftskrise von 2007 / 2008 hat hier ein radikales Umdenken ausgelöst. Bei vielen gilt der moderne globale Kapitalismus seither (wieder) als extrem labil und krisengefährdet. Danach stellt die Wirtschaftskrise eine eigenständige Entwicklungsform moderner Volkswirtschaften neben der Konjunktur dar und bedarf deshalb einer eigenen historischen und theoretischen Analyse.

Wirtschaftswachstum, Konjunktur und Krise stehen daher im Mittelpunkt der Beschreibung der hier rekonstruierten und in Tabelle 1 dargestellten langen Reihen des BIP.[3] Die Tabelle zeigt das BIP in jeweiligen und konstanten Preisen sowohl absolut als auch pro Kopf der Bevölkerung (alle Angaben in Euro), die Indexwerte der BIP-Reihen sowie die jährlichen Wachstumsraten des BIP in konstanten Preisen von 1850 bis 2012. ▸ Tab 1

Bei der Betrachtung der BIP-Reihen in jeweiligen (laufenden) Preisen lässt sich Folgendes feststellen: Im Jahr 2012 beträgt der Wert des BIP 2 643,9 Milliarden Euro, im Jahr 1950 sind es für das Gebiet der früheren Bundesrepublik 49,69 Milliarden Euro, im Jahr 1913 (für das Gebiet des Deutschen Reiches) 28,95 und schließlich im Jahr 1850 3,64 Milliarden Euro für das Gebiet des späteren Deutschen Reiches ohne Elsass-Lothringen. Setzt man 1913 = 100, dann steigt der Index von 12,6 im Jahr 1850 auf 9 133 im Jahr 2012. Einen ähnlich dramatischen Anstieg verzeichnet das BIP je Einwohner in jeweiligen Preisen. Es beträgt im Jahr 2012 32 276 Euro, 1950 waren es 1 059 Euro, 1913 432 Euro und 1850 103 Euro (wieder für die bereits genannten Gebietsgrenzen). Setzt man auch hier wieder 1913 = 100, ergibt sich ein Zuwachs des Index von 24 im Jahr 1850 auf 7 478 im Jahr 2012. Die Unterschiede zwischen dem BIP insgesamt und dem BIP pro Einwohner ergeben sich durch die Bevölkerungsentwicklung.

Die Angaben in jeweiligen Preisen vermitteln zwar ein Bild der zeitgenössischen Werte, über die reale Entwicklung sagen sie aber nichts aus. Diese zeigt sich in den preisbereinigten BIP-Reihen. Nach ihnen ist das reale BIP von 61 Milliarden Euro im Jahr 1850 auf 2 469 Milliarden Euro im Jahr 2012 angestiegen. In Deutschland beträgt der Realwert des BIP pro Einwoh-

▸ Tab 1 **Bruttoinlandsprodukt**

	in jeweiligen Preisen				in konstanten Preisen von 2005				jährliche Wachstumsrate des BIP in konstanten Preisen von 2005	
	absolut	pro Einwohner	absolut	pro Einwohner	absolut	pro Einwohner	absolut	pro Einwohner	absolut	pro Einwohner
	Mrd. Euro	Euro	1913 = 100	1913 = 100	Mrd. Euro	Euro	1913 = 100	1913 = 100	%	
	x0575	x0576	x0577	x0578	x0579	x0580	x0581	x0582	x0583	x0584
	Deutscher Bund / Deutsches Reich									
1850	3,6	103	12,6	23,8	61,5	1 775	19,8	37,6	–	–
1871	8,4	205	29,0	47,4	95,3	2 370	30,8	50,2	3,4	2,9
1895	14,2	273	49,0	63,0	179,6	3 523	58,0	74,6	4,7	3,4
1913	29,0	432	100,0	100,0	309,9	4 720	100,0	100,0	3,4	2,2
1925	36,4	576	125,8	133,4	276,8	4 523	89,3	95,8	7,3	6,8
1929	45,7	705	157,8	163,2	311,2	5 009	100,4	106,1	0,9	–2,1
1933	29,6	448	102,3	103,7	249,2	3 956	80,4	83,8	7,9	7,2
1937	45,6	672	157,4	155,4	385,2	5 824	124,3	123,4	11,2	10,3
	Bundesrepublik									
1950	49,7	1 059	171,7	245,0	313,6	4 777	101,2	101,2	12,3	9,1
1961	169,6	3 019	585,9	698,5	720,7	9 715	232,5	205,8	4,5	3,2
1970	360,6	5 945	1 245,7	1 375,5	1 065,5	13 264	343,8	281,0	5,0	3,9
1980	788,5	12 808	2 723,9	2 963,4	1 416,9	17 381	457,2	368,2	1,4	1,1
1987	1 065,1	17 439	3 679,4	4 034,9	1 570,4	19 447	506,7	412,0	1,3	1,4
	Deutschland									
1991	1 534,6	19 186	5 301,2	4 439,1	1 872,9	19 186	604,3	406,5	5,1	–9,9
2000	2 047,5	24 912	7 073,0	5 763,9	2 159,9	21 521	696,9	455,9	3,1	2,9
2012	2 643,9	32 276	9 133,2	7 467,7	2 469,1	24 679	796,7	522,8	0,7	0,5

ner im Jahr 2012 24 679 Euro, 1950 sind es in der Bundesrepublik 4 777 Euro, im Jahr 1913 im Deutschen Reich 4 720 Euro und schließlich im Jahr 1850 für das spätere Deutsche Reich ohne Elsass-Lothringen 1 775 Euro. Setzt man auch hier 1913 wieder 100, dann steigt der Index des realen BIP von 20 im Jahr 1850 auf 800 im Jahr 2012 und der Index des realen BIP pro Einwohner im selben Zeitraum von 38 auf 523. Gegenüber 1913 hat sich damit das reale BIP verachtfacht und das reale BIP pro Einwohner mehr als verfünffacht. Die reale gesamtwirtschaftliche Produktion Deutschlands hat langfristig enorm zugenommen – trotz steigender Bevölkerungszahlen, trotz zweier Weltkriege, trotz der politischen Teilung und anschließender Wiedervereinigung. Die Dynamik dieses Expansionsprozesses erschließt sich dem Betrachter aber erst bei der grafischen Darstellung der Reihen. ▸ Abb 1

In Abbildung 1 sind die Werte für das reale BIP (obere Grafik) und die Werte für das reale BIP pro Einwohner (untere Grafik) in halblogarithmischem Maßstab[4] zusammen mit einer Trendlinie eingezeichnet, die ein Wachstum mit konstanter Wachstumsrate repräsentiert. Betrachtet man Reihen- und Trendentwicklung, dann zeigen sich sehr deutlich die bekannten Epochen deutscher Wirtschaftsgeschichte. Die Entwicklung beginnt mit der Wachstumsphase des langen 19. Jahrhunderts, die mit dem Ersten Weltkrieg abbricht. Dabei wächst das BIP pro Einwohner je-

▸ Abb 1 **Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen von 2005 mit Trend**

doch langsamer als das BIP insgesamt, da auch die Bevölkerung Deutschlands stark zunimmt. Dies erkennt man beispielsweise daran, dass das BIP ab etwa 1890 die Trendlinie übersteigt, das BIP pro Einwohner dagegen nicht. In der Kriegs- und Zwischenkriegszeit mit ihrer extremen wirtschaftlichen und politischen Instabilität liegen die BIP-Werte meist weit unterhalb des langfristigen Trends. In der NS-Zeit findet jedoch ein starkes Wachstum statt, in dessen Folge das BIP pro Einwohner die Trendlinie im Jahr 1943 erreicht und das gesamte BIP diese ab dem Jahr 1940 sogar übersteigt. In der unmittelbaren Nachkriegszeit mit dem „Wirtschaftswunder“ und dem damit verbundenen Durchbruch zur Konsumgesellschaft nähert sich das BIP dem Trend von „unten“ und schwenkt, wenn man es so ausdrücken will, wieder auf den historischen Wachstumspfad ein. Dies kann als Rückkehr zur „Normalität“ interpretiert werden, wobei sich auch hier Unterschiede zwischen dem Gesamt-BIP und dem BIP pro Einwohner zeigen. Während das Gesamt-BIP den langfristigen Wachstumspfad etwa 1970 wieder erreicht und diesem bis etwa 2001 folgt, geht das BIP pro Einwohner sogar über den Trend hinaus. Spätestens seit der Wiedervereinigung scheint es jedoch zu diesem zurückzukehren.

In dieses langfristige Wachstum sind kurzfristige Veränderungen des BIP eingebettet, die man, in Abhängigkeit von ihrer Intensität und Dauer, als Rezession, Krise oder auch als Konjunkturschwankungen bezeichnet. Diese kurzfristigen Veränderungen lassen sich mit Hilfe der Wachstumsraten, also den prozentualen Veränderungen der Werte aufeinanderfolgender Jahre, darstellen. ▶ Abb 2

Die Wachstumsraten für das reale BIP sind in Abbildung 2 eingezeichnet. Zwischen 1850 bis 1913 gibt es 12 Jahre mit negativem Wachstum, 10 davon fallen in die Zeit bis 1880. Von 1914 bis 1944, also in nur 31 Jahren, gibt es 11 Jahre mit negativen Wachstumsraten. Allein von 1914

2 bis 3

Prozent beträgt die jährliche Wachstumsrate des BIP im langfristigen Trend.

▶ Abb 2 **Jährliche Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen von 2005 — in Prozent**

bis 1919 geht das BIP in sechs aufeinanderfolgenden Jahren zurück. Es ist in seinem Gesamtausmaß der schwerste Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Deutschland überhaupt. 1923 führt die ▸ Hyperinflation zu einem Minus von 13 Prozent des BIP. In Folge der Weltwirtschaftskrise geht das BIP von 1929 bis 1932 dann noch einmal in vier aufeinanderfolgenden Jahren zurück. Nach dem Zweiten Weltkrieg gibt es zwischen 1946 und 2012, also in 67 Jahren, nur 6 Jahre mit negativen Wachstumsraten, das erste 1967, das letzte 2009. In diesem Jahr war das reale BIP infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007 / 08 um 5,2 Prozent niedriger als im Jahr 2008, was einem „realen" Einbruch des BIP um 125 Milliarden Euro entspricht. Rein rechnerisch ist das die reale Produktion des Deutschen Reiches im Jahr 1883.

▸ **Hyperinflation**
Eine Inflation mit gigantischen Preissteigerungen. Die Inflationsraten liegen mindestens bei 50 Prozent, meist sogar höher. Bei Hyperinflation nimmt die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ständig zu, da jeder sein Geld möglichst sofort für Güter ausgibt, um weiteren Preissteigerungen zuvorzukommen. Die Folge ist eine immer schnellere Nachfrage und immer schnellere Preissteigerungen, bis schließlich das Vertrauen der Bevölkerung in die inländische Währung total verloren geht.

Bruttowertschöpfung und Strukturwandel der Produktion

Der Blick geht nun zur Entstehungsrechnung des BIP, bei der es um die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft aus der Perspektive der produzierenden Wirtschaftseinheiten, also der Produzenten geht. Dabei werden die Wirtschaftseinheiten zu Wirtschaftsbereichen zusammengefasst. Eine konsistente, zeitlich vergleichbare Darstellung der Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche und des damit verbundenen Strukturwandels ist für den hier anstehenden Zeitraum von 1834 bis 2012 nur möglich, wenn die Wirtschaftseinheiten immer nach demselben Klassifikationssystem aggregiert wurden, was aber erwartungsgemäß nicht der Fall ist. Für eine solche langfristige Darstellung mussten daher Zahlen aus unterschiedlichen Klassifikationssystemen so aufbereitet werden, dass sie zeitlich wenigstens einigermaßen vergleichbar sind. Die Übersicht zeigt die einzelnen Wirtschaftszweige und ihre jeweilige Zuordnung.[5] Die Werte der rekonstruierten Reihen sind in den Tabellen 2, 3 und 4 dargestellt.[6] Um die langfristige Vergleichbarkeit der Werte des tertiären Sektors zu verbessern, wurden hier zwei Wirtschaftszweige getrennt ausgewiesen, nämlich „Handel, Verkehr und Gastgewerbe" sowie „Dienstleistungsbereich". Beide Wirtschaftszweige zusammen ergeben das, was man heute als Dienstleistungssektor bezeichnet. ▸ Übersicht, Tab 2, Tab 3, Tab 4

Mit den hier rekonstruierten Reihen ist es möglich, die sektorale Wertschöpfung und den Strukturwandel der deutschen Wirtschaft von 1850 bis 2012 darzustellen. Dazu wurde eine Auswahl der rekonstruierten Reihen in Abbildung 3 und 4 eingezeichnet. Die obere Grafik in Abbildung 3 zeigt die absolute Wertschöpfung, die untere die prozentualen Wertschöpfungsanteile der in der oberen Abbildung dargestellten Wirtschaftsbereiche. Die linke Sei-

▸ Übersicht **Klassifikationen der Wirtschaftszweige**

	1850–1949	1950–1969	1970–2012
Primärer Sektor	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei
Sekundärer Sektor	Bergbau und Salinen	Produzierendes Gewerbe	Produzierendes Gewerbe
	Industrie und Handwerk		
Tertiärer Sektor	Verkehr	Handel und Verkehr	Handel, Verkehr, Gastgewerbe
	Handel, Banken, Versicherungen, Gaststätten		
	Häusliche Dienste		
	Sonstige Dienstleistungen einschließlich Verteidigung	Dienstleistungsunternehmen	Information, Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister
	Nichtlandwirtschaftliches Wohnen	Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	Öffentliche und sonstige Dienstleister

▶ Tab 2 Bruttowertschöpfung und Wertschöpfungsanteile

	Bruttowertschöpfung					Wertschöpfungsanteil			
	insgesamt	Landwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel, Verkehr und Gastgewerbe	Dienstleistungen	Landwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel, Verkehr und Gastgewerbe	Dienstleistungen
	Mrd. Euro					%			
	x0585	x0586	x0587	x0896	x0589	x0590	x0591	x0592	x0593
	Deutscher Bund/Deutsches Reich								
1850	4,8	2,3	1,0	0,4	0,7	46,5	20,7	7,6	15,4
1871	7,5	2,9	2,2	0,8	1,1	38,6	29,9	10,3	14,0
1895	14,1	4,4	5,4	1,8	2,0	31,0	38,0	12,9	14,2
1913	24,8	5,8	11,2	3,9	3,5	23,3	45,0	15,6	14,0
1925	23,3	3,7	11,3	4,0	3,9	15,7	48,5	17,0	16,7
1929	27,4	4,3	13,3	4,7	4,6	15,8	48,5	17,2	16,7
1933	23,0	5,3	9,1	3,6	4,7	22,8	39,5	15,5	20,6
1937	32,3	4,9	16,6	5,0	5,4	15,1	51,5	15,4	16,6
	Bundesrepublik								
1950	49,7	5,3	24,7	9,9	10,7	10,7	49,7	20,0	21,4
1961	169,3	8,8	90,7	30,9	38,2	5,2	53,6	18,2	22,6
1970	325,7	10,8	157,4	61,9	95,6	3,3	48,3	19,0	29,4
1980	715,8	15,5	295,4	129,9	275,0	2,2	41,3	18,2	38,4
1987	971,8	14,9	376,5	168,9	411,4	1,5	38,7	17,4	42,3
	Deutschland								
1991	1 393,4	17,0	505,9	227,5	643,1	1,2	36,3	16,3	46,2
2000	1 841,5	20,5	561,9	296,1	963,1	1,1	30,5	16,1	52,3
2012	2 364,5	23,0	722,3	378,9	1 240,3	1,0	30,6	16,0	52,5

▶ Tab 3 Bruttowertschöpfung in konstanten Preisen mit jährlichen Wachstumsraten

	Bruttowertschöpfung in konstanten Preisen von 1991					jährliche Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung				
	insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungen	insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungen
	Mrd. Euro					%				
	x0594	x0595	x0596	x0597	x0598	x0599	x0600	x0601	x0602	x0603
	Bundesrepublik									
1950	201,3	7,4	80,4	35,8	76,0	–	–	–	–	–
1961	491,5	9,6	226,4	82,5	169,3	4,5	–8,4	4,9	4,9	4,9
1970	729,3	12,0	342,4	124,8	244,2	4,9	3,2	5,4	5,2	3,7
1980	968,1	13,6	403,3	164,3	386,8	1,4	1,5	–0,1	0,6	3,7
1987	1 074,4	14,6	408,0	179,4	473,2	1,2	–7,4	–0,8	2,2	3,0
	Deutschland									
1991	1 393,4	17,0	505,9	227,5	643,1	14,0	4,6	10,1	8,1	20,0
2000	1 617,7	12,0	509,0	252,1	843,7	3,5	–3,1	4,7	3,9	2,7
2012	1 887,1	15,9	567,3	322,7	977,1	0,7	1,5	–1,0	0,8	1,8

53

Prozent der Wertschöpfung entfielen Anfang der 1960er Jahre auf das Produzierende Gewerbe.

te von Abbildung 4 betrifft den Zeitraum von 1850 bis 1938, die rechte Seite den Zeitraum von 1950 bis 2012. ▶ Abb 3, Abb 4

Wie man sieht, hat in fast allen Wirtschaftszweigen die Wertschöpfung zugenommen, es hat also wirtschaftliches Wachstum stattgefunden.[7] Da das Wachstum von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig aber ganz unterschiedlich ausfällt, hat sich die Wertschöpfungsstruktur der deutschen Volkswirtschaft in den vergangenen gut 150 Jahren grundlegend verändert. Die Landwirtschaft, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts den dominierenden Wirtschaftsbereich darstellte, geht in ihrer Bedeutung, gemessen am Wertschöpfungsanteil, kontinuierlich von etwa 45 Prozent im Jahr 1850 auf weniger als 1 Prozent im Jahr 2012 zurück. Das Produzierende Gewerbe dagegen erlebt ein starkes Wachstum. Bereits 1889 ist sein Wertschöpfungsanteil mit knapp 37 Prozent größer als der der Landwirtschaft (mit knapp 33 Prozent). Bis Anfang der 1960er Jahre nimmt er weiter zu und zwar bis auf über 53 Prozent. Seither sinkt der Wertschöpfungsanteil des Produzierenden Gewerbes. Sein Anteil beträgt gegenwärtig etwas über 30 Prozent. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der Wert-

▶ Tab 4 **Indizes der Wertschöpfung in konstanten Preisen**

	Index der realen Bruttowertschöpfung				
	insgesamt	Landwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel, Verkehr und Gastgewerbe	Dienstleistungsbereich
	1950 = 100				
	x0604	x0605	x0606	x0607	x0608
	Deutscher Bund / Deutsches Reich				
1850	23,6	97,3	9,4	10,7	29,9
1871	36,6	125,2	21,1	22,3	38,7
1895	69,0	189,6	50,4	52,5	63,0
1913	121,0	249,3	104,7	111,8	98,7
1925	113,6	158,2	106,0	114,3	107,6
1929	133,8	186,9	125,0	136,6	124,5
1933	112,5	227,6	85,4	103,4	125,9
1937	157,5	210,5	156,1	143,8	143,0
	Bundesrepublik				
1950	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1961	244,1	128,6	281,5	230,7	222,7
1970	362,2	161,8	425,9	349,0	321,2
1980	480,8	182,4	501,5	459,3	508,8
1987	533,6	196,1	507,4	501,4	622,5
	Deutschland				
1991	692,1	228,1	629,1	635,9	846,0
2000	803,5	161,5	633,0	704,9	1 109,8
2012	937,3	214,0	705,5	902,3	1 285,4

schöpfungsanteil des Produzierenden Gewerbes seit Mitte der 1990er Jahre relativ stabil um etwa 30 Prozent pendelt und nicht weiter gefallen ist, so wie es in anderen Industrienationen in dieser Zeit der Fall war. Parallel zum Rückgang des Wertschöpfungsanteils des Produzierenden Gewerbes erlebt der Dienstleistungsbereich ein starkes Wachstum. Fasst man alle Dienstleistungsbereiche zusammen, beträgt deren Wertschöpfungsanteil im Jahre 2012 68,5 Prozent und ist damit wesentlich höher als der höchste Wertschöpfungsanteil, den das Produzierende Gewerbe jemals hatte.

▶ Abb 3a **Wertschöpfung — in Milliarden Euro**

▶ Abb 3b **Wertschöpfungsanteile — in Prozent**

Die herausragende Bedeutung des Dienstleistungsbereichs lässt sich auch anhand seiner Wachstumsraten demonstrieren, die in Tabelle 3 für die Zeit von 1951 bis 2012 eingetragen sind. Wie man sieht, sind die Wachstumsraten des Dienstleistungsbereichs, mit Ausnahme von nur drei Jahren, über den gesamten Zeitraum positiv. Damit erweist sich der Dienstleistungsbereich in den vergangenen Jahrzehnten als eigentlicher Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft.

Verwendung des BIP

Bislang hat sich die Darstellung ausführlich mit der gesamtwirtschaftlichen Produktion und ihrer sektoralen Entstehung, also dem Angebot an Gütern und Dienstleistungen befasst. Im Folgenden liegt der Fokus darauf, wie und von wem das, was produziert wird, verwendet wird. Die produzierten Güter und Dienstleistungen können konsumiert, investiert oder exportiert werden. Während der Konsum volkswirtschaftlich eine letzte Verwendung von Waren und Dienstleistungen und damit ihre Vernichtung bedeutet, zielen Investitionen auf die Erneuerung und den Ausbau der Produktionsanlagen. Soweit sie die ▸ Abschreibungen übersteigen, führen sie zu einer Erhöhung des Kapitalbestandes, der das Produktionspotenzial einer Volkswirtschaft bestimmt und Ausdruck des technischen Fortschritts ist. Obwohl in diesem Zusammenhang vor allem die Nettoinvestitionen von Interesse sind, wurden ab 1950 die Werte für die Bruttoinvestitionen verwendet. Die folgende Darstellung beschränkt sich auf den Konsum, die Investitionen sowie auf die Ex- und Importe, die in laufenden Preisen erfasst und in Tabelle 5 als prozentuale Anteile am BIP dargestellt sind.[8] ▸ Tab 5, Abb 5, Abb 6

Abbildung 5 und 6 zeigen die einzelnen Nachfragekomponenten und ihren Anteil am BIP. Den größten Anteil an dieser Nachfrage hatte und hat der private Konsum, obwohl die private Konsumquote von etwa 85 Prozent im Jahr 1850 auf knapp 60 Prozent im Jahr 2012 zurückgegangen ist. Die privaten Konsumausgaben betragen im Jahr 2012 1 521,6 Milliarden Euro. Die nach dem privaten Konsum größte Komponente ist seit einigen Jahren der Export. Im Jahr 2012 beträgt der Wert der exportierten Waren und Dienstleistungen 1 362,6 Milliarden Euro, der der Importe bei 1 210,9 Milliarden Euro. Schaut man zurück in die Geschichte, dann sieht man, dass Im- und Export seit etwa 1880 in ihrer Größenordnung ungefähr den Investitionen[9] entsprechen, seit der Wiedervereinigung jedoch sehr viel stärker zugenommen haben als alle anderen Nachfragekomponenten. Im 20. Jahrhundert integriert sich Deutschland immer mehr

▸ Abb 4 **Indizes der realen Wertschöpfung**
— Index (1950 = 100)

in den globalen Welthandel, Im- und Export werden also für die deutsche Wirtschaft immer wichtiger. Auch der Konsum des Staates ist eine Nachfragekomponente, die im Betrachtungszeitraum stark zugenommen hat. Betrachtet man die private und staatliche Konsumquote in Abbildung 6, dann drängt sich der Eindruck auf, dass das, was der private Konsum verloren hat, durch den staatlichen Konsum kompensiert wurde. Offensichtlich werden die Konsumbedürfnisse der Menschen immer mehr über öffentliche Güter befriedigt. Eine absolut außergewöhnliche Situation zeigt sich in den 1920er / 1930er Jahren, in denen die privaten zugunsten der staatlichen Konsumausgaben drastisch zurückgedrängt werden. Als letzte Nachfragekomponente bleiben die Investitionen. Sie sind, wie bereits oben erwähnt, entscheidend für das Produktionspotenzial einer Volkswirtschaft und damit für die Produktivität und die internationale Wettbewerbsfähigkeit. In der langfristigen Entwicklung der Investitionen lassen sich mehrere Epochen erkennen. Bis 1913 zeigt sich ein deutlicher Anstieg, der sich ab 1879 verstetigt. Nach 1929 brechen die Investitionen dramatisch ein, sie sind 1931 und 1932 sogar negativ, weshalb in der Abbildung für diese Jahre eine Lücke ist. Nach 1950 verzeichnen sie einen neuerlichen Anstieg, der aber spätestens 1980 deutlich weniger steil verläuft. Im Jahr

▸ Abschreibungen
Unter Abschreibung versteht man hier die Wertminderung des Anlagevermögens während einer Periode durch normalen Verschleiß und wirtschaftliches Veralten. Abgeschrieben wird linear zu Wiederbeschaffungspreisen.

▶ Tab 5 **Nachfragekomponenten des Bruttoinlandsprodukts**

	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen						Anteile am Bruttoinlandsprodukt				
	insgesamt	privater Konsum	staatlicher Konsum	Investitionen	Importe	Exporte	privater Konsum	staatlicher Konsum	Investitionen	Importe	Exporte
	Mrd. Euro						%				
	x0575	x0610	x0611	x0612	x0613	x0614	x0615	x0616	x0617	x0618	x0619
	Deutscher Bund / Deutsches Reich										
1850	3,6	3,1	0,2	0,3	–	–	85,0	6,7	8,2	–	–
1871	8,4	6,7	0,8	0,9	–	–	79,3	9,5	10,6	–	–
1895	14,2	11,3	1,1	2,2	2,3	1,9	79,7	7,8	15,7	16,3	13,1
1913	28,9	21,1	2,8	5,4	5,9	5,6	72,8	9,8	18,6	20,5	19,3
1925	36,4	28,5	4,3	4,7	6,7	5,0	78,4	11,8	12,8	18,5	13,8
1929	45,7	36,7	5,7	3,3	7,7	7,7	80,4	12,5	7,3	16,8	17,0
1933	29,6	23,8	4,6	1,0	2,2	2,5	80,5	15,6	3,4	7,4	8,6
1937	45,6	28,6	9,7	7,0	2,8	3,1	62,9	21,3	15,5	6,3	6,7
	Bundesrepublik										
1950	49,7	32,2	7,3	9,6	6,4	5,7	64,7	14,6	19,3	12,9	11,5
1961	169,6	96,6	23,7	43,0	30,0	33,3	57,0	14,0	25,3	17,7	19,6
1970	360,6	195,2	55,1	102,6	69,4	77,1	54,1	15,3	28,4	19,2	21,4
1980	788,5	452,1	154,9	186,6	212,6	207,5	57,3	19,6	23,7	27,0	26,3
1987	1 065,1	597,3	207,4	208,8	259,6	311,3	56,1	19,5	19,6	24,4	29,2
	Deutschland										
1991	1 534,6	882,6	288,9	368,9	400,2	394,4	57,5	18,8	24,0	26,1	25,7
2000	2 047,5	1 195,0	389,6	456,6	677,3	683,6	58,4	19,0	22,3	33,1	33,4
2012	2 643,9	1 521,6	515,4	455,3	1 211,0	1 362,6	57,6	19,5	17,2	45,8	51,5

2012 haben die Investitionen in etwa die Größenordnung des staatlichen Konsums. So kann man in den vergangenen Jahrzehnten für Deutschland nicht nur eine Wachstumsschwäche, sondern auch eine Investitionsschwäche konstatieren, und dies, obwohl die Zinsen, also die Kosten der Investitionen, gegenwärtig so niedrig sind, wie noch nie in den vergangenen 200 Jahren (Vgl. den Beitrag zu Geld und Kredit von Richard Tilly in diesem Band).

Fazit

Die Betrachtung der Reihen der VGR zeigten eine langfristige Prosperität von einmaliger Dimension, in deren Verlauf der materielle Wohlstand in Deutschland in einem Ausmaß zugenommen hat, wie es noch im 19. Jahrhundert und auch noch in der Mitte des vorherigen Jahrhunderts niemand für möglich gehalten hätte. Insbesondere die Zeit nach 1950 hat hier eine historisch beispiellose Dynamik aufzuweisen. Deutschland hat sich in kurzer Zeit aus den Ruinen des Zweiten Weltkrieges zu einer modernen Konsum- und Dienstleistungsgesellschaft entwickelt. Allerdings zeigt die langfristige Betrachtung auch, dass diese Entwicklung von vielen Faktoren abhängt und keinesfalls einem, wie auch immer gearteten, Automatismus folgt. Spätestens seit den 1990er Jahren ist ein geringes gesamtwirtschaftliches Wachstum festzustellen, und auch das Wachstum des Dienstleistungsbereichs hat merklich nachgelassen. Bedenklich ist, dass die Investitionen in ihrer Bedeutung seit Jahrzehnten zurückgehen. So kann man abschließend feststellen, dass sich die langfristige ökonomische Entwicklung immer im Spannungsfeld von Expansion und Kontraktion vollzogen hat, wobei sich in den vergangenen gut 160 Jahren die Expansionstendenzen immer wieder durchgesetzt haben, gegenwärtig aber die Kontraktionstendenzen zu überwiegen scheinen.

▶ Abb 5 **Nachfragekomponenten des BIP in jeweiligen Preisen — in Milliarden Euro**

▶ Abb 6 **Die Nachfragekomponenten des BIP — in Prozent**

Datengrundlage

Die wichtigsten Kenngrößen der VGR für Deutschland (in unterschiedlichen Gebietsgrenzen)[10] lassen sich für die Zeit ab 1950 bis zur Gegenwart aus den Angaben der amtlichen Statistik rekonstruieren bzw. werden teilweise auch schon vom Statistischen Bundesamt als lange Reihen publiziert.[11] Neben der amtlichen Statistik ist auch die Wissenschaft um die Rekonstruktion statistischer Größen der VGR bemüht, naturgemäß vor allem für die Jahre, für die die amtliche Statistik keine Daten liefert. Erste Arbeiten dazu sind bereits im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts entstanden, in denen zahlreiche Schätzungen des Volkseinkommens außerhalb der amtlichen Statistik durchgeführt wurden. Es war dann aber vor allem der Wachstumsboom nach dem Zweiten Weltkrieg, der in vielen Industrieländern zu einem verstärkten Interesse der Ökonomen und Wirtschaftshistoriker am Phänomen des wirtschaftlichen Wachstums führte, in dessen Folge man sich darum bemühte, wichtige Kenngrößen der VGR weit zurück in die Geschichte, teilweise sogar bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, zu rekonstruieren. Für Deutschland ist hier an erster Stelle die Arbeit von Walther G. Hoffmann (1965) zu nennen, der die Daten der VGR für die Zeit von 1850 bis 1959 detailliert rekonstruiert hat.[12] Trotz zahlreicher und teilweise auch berechtigter Kritik am Werk von Hoffmann ist es auch heute noch unentbehrlich und zwar alleine schon deshalb, weil es praktisch keine Alternative dazu gibt.[13] Dies gilt auch für den von Angus Maddison aufbereiteten Datensatz, der für viele Länder lange Reihen des BIP umfasst, wobei die nationalen BIP-Reihen in eine einheitliche Währung (Geary-Khamis-Dollars) umgerechnet wurden, sodass sie international vergleichbar sind.[14] Der Vorteil dieses Datensatzes ist, dass die BIP-Reihen nicht nur zeitlich, sondern durch die Währungsumrechnung auch international vergleichbar sind. Nachteilig ist für diesen Beitrag allerdings, dass die Reihen bereits 2008 enden und dass sie keinen direkten Vergleich mit den aktuellen amtlichen Werten des BIP erlauben, die ja in Euro ausgewiesen sind. Schließlich sei noch auf das Werk von Mitchell (2005) hingewiesen, das für zahlreiche Länder VGR-Angaben enthält.[15]

Zum Weiterlesen empfohlen

Gerold Ambrosius / Dietmar Petzina / Werner Plumpe (Hrsg.): Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen, 2. Aufl., München 2006.

Dieter Brümmerhoff / Michael Grömling: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, München 2011.

Angus Maddison: Contours of the World Economy, 1-2030 AD, Oxford 2007.

Michael North (Hrsg.): Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick, 2. Aufl., München 2005.

Mark Spoerer / Jochen Streb: Neue deutsche Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 2013.

Reinhard Spree (Hrsg.): Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert, München 2001.

Klaus Voy (Hrsg.): Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Bd. 4.: Zur Geschichte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach 1945, Marburg 2009.

14
Preise

Rainer Metz

2000 — **58 Cent**

Preis für einen halben Liter Flaschenbier
im Deutschen Reich 1871
und in Deutschland 2000:

1871 — **7 Cent**

1925 — **370 Punkte**

Index der Verbraucherpreise
im Deutschen Bund 1834
und im Deutschen Reich 1925:

1834 — **100 Punkte**

1995 — **30 Cent**

Preis für ein Schulheft
in der Bundesrepublik 1954
und in Deutschland 1995:

1954 — **10 Cent**

Preis für ein Kilogramm Weizenmehl
im Deutschen Reich 1895
und in der Bundesrepublik 1980:

1895 — **20 Cent**

1980 — **66 Cent**

Der Beitrag behandelt Preisentwicklung, Preisstruktur und Kaufkraft des Geldes anhand langer, für diesen Beitrag rekonstruierter Preis- und Preisindexreihen. Alle Preisreihen zeigen langfristig einen Anstieg, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. Dies gilt auch für die Preisindexreihen. Im gesamten Zeitraum beträgt die durchschnittliche Inflationsrate etwa 2 Prozent. Die Zeit nach 1950 ist von einem permanenten Preisanstieg gekennzeichnet, der sich in den letzten Jahren aber verlangsamt hat.

Preise sind für marktwirtschaftlich organisierte Volkswirtschaften von zentraler Bedeutung. Die realisierten Marktpreise bilden sich aus dem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage und liefern die Informationen, nach denen die Marktteilnehmer ihre wirtschaftlichen Aktivitäten ausrichten. Mit dieser Informationsfunktion ist eine Lenkungs- und Koordinationsfunktion für die Produktion, die Verteilung und den Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen verbunden. Darüber hinaus informieren Preise über den Tauschwert des Geldes und seine Veränderungen, also über Inflation und Deflation.

Die Preisstatistik ist, neben der Bevölkerungsstatistik, einer der ältesten Teile der Wirtschaftsstatistik. Bereits die mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Städte haben zum Beispiel die Getreidepreise sehr genau beobachtet, um ihre Versorgungspolitik danach auszurichten. Mit der im 19. Jahrhundert einsetzenden Industrialisierung und der damit verbundenen Ausbildung der Marktwirtschaft gewannen Preise eine immer größere Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft. In der heutigen Zeit sind Preise ein zentraler Bestandteil der amtlichen Statistik, der von den statistischen Ämtern meist in Form von Preisindizes publiziert wird.

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit der Konstruktion, Beschreibung und Analyse ausgewählter Preisreihen für Deutschland im Zeitraum von 1834 bis zur Gegenwart. Dabei wird sowohl auf die Preisstruktur wie auch auf die Preisentwicklung eingegangen. Ausführlich werden auch die Veränderungen des Tauschwertes des Geldes in den verschiedenen Epochen der deutschen Wirtschaftsgeschichte thematisiert. Die verwendeten Preisreihen wurden eigens für diesen Beitrag aufbereitet, wofür sowohl amtliche Daten als auch Forschungsdaten verwendet wurden. Die Gliederung ist wie folgt: Zunächst wird ganz allgemein auf Preise, die Preisstatistik und Preisindizes eingegangen. Daran anschließend werden die für diesen Beitrag aufbereiteten Preise bzw. Preisindizes kurz erläutert, um dann anhand dessen auf Preisentwicklung, Preisstruktur und die Kaufkraft des Geldes ausführlicher einzugehen.

Preise, Preisstatistik und Preisindizes

„Preis“ hat die Dimension „Geldeinheiten pro Mengeneinheit“, wobei die Benennung der Geldeinheiten vom jeweiligen Währungssystem abhängt und sich mit diesem verändert.[1] Angesichts des nicht überschaubaren Preiskosmos einer Volkswirtschaft mit hunderttausenden von Waren und Dienstleistungen kommt die Preisstatistik nicht umhin, Preise nur für ausgewählte Güter kontinuierlich zu erheben und aus diesen Durchschnitte, Messzahlen und Indizes zu berechnen. Wichtige Aufgaben der Preisstatistik sind die Darstellung des Preisstandes, der Preisstruktur, der Preisentwicklung sowie die Messung der Kaufkraft des Geldes. Die Ermittlung der Kaufkraft des Geldes und ihrer Veränderung ist heute eine der wichtigsten Aufgaben der Preisstatistik. Hierbei spielen Preisindizes eine zentrale Rolle.

Preisindizes haben den Zweck, Durchschnittspreise ausgewählter Güter bzw. Gütergruppen zeitlich und regional

vergleichbar zu machen. Grob vereinfachend kann man sagen, dass ein Preisindex eine Messzahl ist für den Durchschnittspreis eines Bündels von Gütern zu einem bestimmten Zeitpunkt im Verhältnis zum Durchschnittspreis dieses Güterbündels zu einem anderen Zeitpunkt. Wichtig ist zu beachten, dass die in den Index aufgenommenen Güterpreise gewichtet werden.[2] Bei der Berechnung eines Preisindex ist also zu klären, für welche Güter Preise erfasst und zu welchen Gütergruppen die Preise zusammengefasst werden, mit welchem Gewicht die Durchschnittspreise in den Index eingehen und welcher Zeitpunkt der Basiszeitpunkt sein soll.

Konstruktion von langen Preisreihen und Preisindizes der Lebenshaltung

Die für diesen Beitrag konstruierten langen Reihen beschränken sich auf Konsumgüter, lassen also große Teile der amtlichen Preisstatistik unberücksichtigt. Die Beschränkung auf Konsumgüterpreise lässt sich mit dem großen Arbeitsaufwand rechtfertigen, der mit der Konstruktion solch langer Reihen verbunden ist, aber auch mit dem eingeschränkten Umfang, den der Beitrag beanspruchen darf. Für den Beitrag wurden Durchschnittspreise ausgewählter Konsumgüter, Indizes ausgewählter Produktgruppen von Konsumgütern sowie ein Preisindex für die Lebenshaltungskosten privater Haushalte für die Zeit von 1834 bis 2013 zusammengestellt. Ziel war es, ausgewählte Reihen der aktuellen Preisstatistik möglichst weit in die Geschichte zurück zu verlängern, ohne dass größere Lücken auftreten und ohne die zeitliche Vergleichbarkeit der Werte allzu sehr einzuschränken. Generell wird man sagen müssen, dass die einzelnen Werte gerade über längere Zeitspannen nicht voll vergleichbar sind, dass sie sich aber sehr wohl dafür eignen, langfristige Entwicklungstendenzen und damit einhergehende Strukturveränderungen quantita-

▶ Abb 1 **Preise ausgewählter Konsumgüter — in Euro**

tiv abzubilden und damit deren historische, theoretische und statistische Interpretation und Analyse zu ermöglichen.

Preisentwicklung und Preisstruktur

Obwohl die hier zusammengestellten Preise und Preisindizes ein breites Bündel von Konsumgütern repräsentieren, geben sie selbstverständlich kein umfassendes Bild der Preislandschaft in ihrer historischen Entwicklung. Auch geben sie keine Auskunft über die Preise auf den verschiedenen Wirtschaftsstufen Erzeugung, Handel und Außenhandel, da diese explizit aus der Analyse ausgeklammert wurden. Trotzdem erlauben die hier konstruierten Reihen wichtige Einblicke in die historische Preisentwicklung und die damit verbundene Preisstruktur für Konsumgüter: So geben die Durchschnittspreise Auskunft darüber, was ein bestimmtes Konsumgut im jeweiligen Jahr gekostet hat. Preisindizes verdeutlichen die Entwicklung der jeweiligen Gütergruppen im Zeitablauf, also etwa die Entwicklung der Preise für Nahrungsmittel, Bekleidung oder Wohnung. Da der Index der Verbraucherpreise (VPI) die gewichtete durchschnittliche Entwicklung aller Konsumgüterpreise darstellt, gibt er Auskunft über die Kaufkraft eines Haushaltseinkommens und damit auch über die Kaufkraft des Geldes. Setzt man Preise einzelner Konsumgüter in Relation zueinander, erhält man relative Preise, die über das Wertverhältnis der jeweiligen Konsumgüter Auskunft geben. Der Vergleich von Preisen bzw. Preisindizes im Zeitablauf dagegen gibt Auskunft über historisch unterschiedliche Preistendenzen. Dem Preisanstieg bestimmter Güter bzw. Gütergruppen steht unter Umständen der Preisverfall anderer Güter gegenüber. ▸ Abb 1

Betrachtet werden zunächst die Preise von acht ausgewählten Konsumgütern für die Zeit von 1834 bzw. 1850 bis 2002 in Abbildung 1 (alle Angaben in Euro).[3] Langfristig weisen alle Reihen einen Anstieg

10,76

Euro betrug der Preis für 500 Gramm Bohnenkaffee 1948.

1,23

Euro kostete ein Kilogramm Rindfleisch im selben Jahr.

▶ Tab 1 **Durchschnittspreise verschiedener Konsumgüter (1)**

	Weizenmehl Typ 405 1 kg	ortsübliches Roggenbrot 1 kg	Speisekartoffeln 2,5 kg	Rindfleisch zum Kochen 1 kg	Schweinefleisch, Kotelett 1 kg	Zucker 1 kg	Vollmilch, frisch 1 l	deutsche Eier, Güteklasse 2, Gewichtsklasse L 10 Stück	Flaschenbier 0,5 l	Weinbrand 0,7 l	Bohnenkaffee gemahlen 500 g
	Euro										
	x0620	x0621	x0622	x0623	x0624	x0625	x0626	x0627	x0628	x0629	x0630
	Deutscher Bund / Deutsches Reich										
1850	0,15	0,11	0,04	0,39	0,31	0,66	0,03	0,14	0,07	0,41	0,57
1871	0,24	0,18	0,08	0,60	0,56	0,65	0,06	0,26	0,07	0,51	0,70
1895	0,20	0,16	0,07	0,67	0,65	0,30	0,06	0,31	0,08	0,49	0,93
1913	0,26	0,19	0,09	0,93	0,88	0,26	0,08	0,46	0,09	0,71	0,81
1925	0,31	0,28	0,14	1,16	1,27	0,36	0,13	0,79	0,19	1,36	1,83
1933	0,28	0,23	0,09	0,73	0,78	0,39	0,08	0,52	0,19	1,27	1,41
1937	0,27	0,22	0,11	0,85	0,83	0,39	0,09	0,58	0,19	1,27	1,33
	Bundesrepublik										
1950	0,29	0,22	0,19	1,66	2,19	0,60	0,18	1,12	0,35	3,58	7,34
1961	0,50	0,43	0,34	2,67	3,50	0,63	0,34	1,07	0,32	3,10	4,46
1970	0,53	0,66	0,66	3,23	4,29	0,60	0,38	0,97	0,33	3,97	4,31
1980	0,66	1,32	1,04	4,70	5,72	0,88	0,58	1,29	0,42	6,28	5,88
	Deutschland										
1991	0,63	1,82	1,64	5,39	6,31	0,97	0,66	1,41	0,52	7,55	3,95
2000	0,52	2,20	1,62	5,92	6,31	0,96	0,62	1,45	0,58	7,44	4,12

▶ Tab 2 **Durchschnittspreise verschiedener Konsumgüter (2)**

	Blumenkohl 1 kg	deutsche Markenbutter 250 g	Edamer oder Gouda 1 kg	Vollmilchschokolade 100 g	Herrenschnürhalbschuhe 1 Paar	Toilettenseife 150 g	Herrenhaarschnitt
	Euro						
	x0631	x0632	x0633	x0634	x0635	x0636	x0637
	Bundesrepublik						
1948	–	–	–	–	16,46	0,51	0,41
1950	0,38	0,70	1,60	0,66	16,36	0,47	0,43
1954	0,57	0,81	1,53	0,68	16,82	0,29	0,61
1961	0,61	0,87	2,37	0,65	20,35	0,34	0,98
1970	0,67	0,96	3,41	0,47	26,64	0,70	1,85
1975	1,02	1,07	4,90	0,51	40,95	0,96	2,97
1980	1,23	1,20	5,65	0,61	57,78	0,83	4,36
1983	1,30	1,36	6,18	0,63	64,93	0,88	5,35
1987	1,51	1,11	6,07	0,65	72,60	0,87	6,18
	Deutschland						
1991	1,55	1,06	6,54	0,58	77,72	0,90	7,68
1995	1,39	1,02	6,54	0,52	83,34	0,96	15,29
2000	1,29	1,0	5,82	0,55	86,92	0,72	17,38

▶ Tab 3 **Durchschnittspreise verschiedener Konsumgüter (3)**

	Tageszeitung, regional, im Abonnement, Monatsbezug	Schulheft 1 Stück	Kino-eintrittskarte 1 Platz	Normalbenzin, Markenware, Selbstbedienung 10 l	extra leichtes Heizöl 100 l	Jahresdurchschnitte ausgewählter OPEC-Rohöle, Durchschnittspreis pro Barrel	Braunkohle-briketts bei Abnahme von 1000 kg 100 kg
	Euro						
	x0638	x0639	x0640	x0641	x0642	x0643	x0644
	Bundesrepublik						
1948	1,11	0,09	0,60	2,05	–	1,56	2,48
1950	1,48	0,09	0,61	2,86	–	1,29	2,62
1954	1,75	0,10	0,65	3,27	–	1,50	3,39
1961	2,26	0,10	0,84	2,97	11,81	1,57	4,70
1970	3,29	0,11	1,55	2,86	8,18	1,21	7,08
1975	5,35	0,21	2,48	4,25	14,67	10,43	11,15
1980	7,26	0,20	3,31	5,79	31,71	35,52	15,25
1983	8,81	0,21	3,81	6,71	36,62	29,04	19,06
1987	10,38	0,25	4,12	4,87	19,28	17,73	21,01
1991	12,12	0,29	4,57	6,52	26,38	18,62	22,39
1995	14,62	0,30	5,28	7,68	21,94	16,86	26,28
2000	17,33	0,49	5,92	9,93	40,81	27,60	28,53
	Deutschland						
2005	–	–	–	12,00	53,20	50,64	–
2010	–	–	–	14,15	65,00	77,45	–
2012	–	–	–	16,46	88,10	109,45	–

auf. Die Konsumgüter sind also im betrachteten Zeitraum teurer geworden. So kostete beispielsweise ein Kilogramm Rindfleisch im Jahr 1834 0,33 Euro, während es 2002 6,30 Euro waren. Allerdings ist die Preisentwicklung innerhalb dieses Zeitraumes nicht bei allen Gütern gleich verlaufen. Der Preis für ein Kilogramm Zucker zum Beispiel ist von 1850 bis 1913 von 0,66 Euro auf 0,26 Euro gefallen und erst danach wieder angestiegen. Beim Bohnenkaffee zeigt sich dagegen bis 1913 ein Preisanstieg und nach 1950 ein Preisrückgang. Offensichtlich verläuft der Preisanstieg bei den einzelnen Konsumgütern ganz unterschiedlich. Es gibt längere Phasen des Preisanstiegs aber auch des Preisrückgangs, und es gibt ganz offensichtlich auch Phasen mit größeren und kleineren Preisveränderungen. Bei vielen Konsumgütern ist die Zeit nach 1950 mit einem verstärkten Preisanstieg verbunden. ▶ Tab 1, Tab 2, Tab 3

In einem nächsten Schritt wird die Preisbewegung für verschiedene Konsumgütergruppen analysiert. Dazu rücken aus den hier aufbereiteten Indizes zunächst diejenigen für Nahrungsmittel, Wohnung, Bekleidung und Verkehr in den Fokus.[4] Zusätzlich werden die Durchschnittspreise für Roggenmehl bzw. -brot sowie der Verbraucherpreisindex (VPI) betrachtet. Die Reihen, die in Abbildung 2 eingezeichnet sind (1850 = 100), zeigen ganz unterschiedliche Entwicklungslinien. Die Preise für Nahrungsmittel sind am stärksten angestiegen. Bis zur Mitte der 1870er Jahre korrespondieren deren Schwankungen gut mit dem VPI.[5] Ausschlaggebend für diese Schwankungen sind

3

Cent kostete umgerechnet 1850 ein Liter frische Vollmilch.

▶ Abb 2 **Ausgewählte Preisindizes von 1850 bis 1950 — 1850 = 100**

1929

bis 1933 brachen die Preise in der Weltwirtschaftskrise ein.

primär die Getreidepreise, wofür hier stellvertretend die Preise für Roggen(-brot) stehen, die noch bis 1913 starken Schwankungen unterlagen. Der Index für Wohnung weist nur einen leichten Anstieg auf, der Index für Bekleidung stagniert und der für Verkehr geht deutlich zurück. Auffallend ist der Rückgang der Indizes für Wohnung und Bekleidung im Zeitraum von etwa 1875 bis 1895. Diese Jahre markieren eine Epoche tendenziell fallender Preise und daher deflationäre Tendenzen. Allerdings kommen diese im Verbraucherpreisindex nicht zum Ausdruck, und auch bei den Nahrungsmittelpreisen ist der Rückgang nicht so deutlich ausgeprägt, wie beispielsweise bei der Bekleidung oder beim Verkehr. Man kann bei Nahrungsmitteln wie auch beim Verbraucherpreisindex für die Zeit von etwa 1870 bis 1890 eher von einer Stagnation als von einem Preisrückgang sprechen. ▶ Abb 2

Insgesamt zeigt sich, dass die Zeit von 1850 bis 1913 sowohl von steigenden wie auch fallenden Preisindizes gekennzeichnet ist, weshalb der säkulare Anstieg des Verbraucherpreisindex insgesamt moderat ausfällt. Zudem ist der Verbraucherpreisindex zumindest bis zur Mitte der 1870er Jahre stark von den Getreidepreisen dominiert, was Ausdruck dafür ist, dass wir es mit einer agrarisch dominierten Volkswirtschaft zu tun haben. Überdies sind bei zahlreichen Konsumgütern die Jahre von 1875 bis 1895 von fallenden Preisen gekennzeichnet, weshalb diese Epoche in der Literatur auch als „Große Depression“ bezeichnet wird. Darüber hinaus ist der Preisrückgang bei Gütern des Verkehrs sowie der Bekleidung auf ein zunehmendes Angebot an diesen Waren, verbunden mit einem sich immer stärker etablierenden technischen Fortschritt (Verbilligung der Produktion) zurückzuführen.

Ergänzend sind in Abbildung 2 die Indexwerte bis 1948 verlängert, wobei Werte für den Ersten Weltkrieg und die nachfolgende Inflationszeit hier nicht eingezeichnet sind. Auffallend ist der starke Anstieg in den 1920er Jahren, der tiefe Fall in der Weltwirtschaftskrise (grau hinterlegt) von 1929 bis 1933, ein erneuter, insgesamt aber moderater Anstieg in den Jahren des Nationalsozialismus, ein starker Einbruch nach 1945 sowie ein erneuter Anstieg, der mit der Währungsreform am

▶ Abb 3 **Ausgewählte Preisindizes von 1850 bis 2012**

20. Juni 1948 verbunden ist. Diese hier ganz grob beschriebenen generellen Entwicklungstendenzen sollten nicht vergessen lassen, dass es sich bei diesem Zeitraum um eine in jeder Hinsicht außergewöhnliche Epoche handelt, die sich hinsichtlich der Preisentwicklung nur sehr eingeschränkt mit den Jahren davor und danach vergleichen lässt. ▶ Abb 2

Obwohl mit der Einführung der D-Mark eine Zeit stabiler Währungsverhältnisse begann, schwingen sich die hier konstruierten Indizes in den gut 60 Jahren von 1950 bis 2013 in ungeahnte Höhen auf und realisieren damit einen Preisanstieg, der langfristig alles in den Schatten stellt, was bis dahin zu beobachten war, sieht man einmal von den Jahren der Hyperinflation nach dem Ersten Weltkrieg ab. Die acht Indizes sind zusammen mit dem Verbraucherpreisindex in Abbildung 3 rechts eingezeichnet (1950=100). Zum Vergleich sind dort links die bisher besprochenen Indexwerte für die Zeit bis 1948 dargestellt (1850=100). Nach 1950 haben sich alle Indexwerte erhöht, am geringsten für Hausrat, am stärksten für Wohnung, gefolgt von Heizung und Beleuchtung. Bei diesen beiden Gütergruppen beträgt der Anstieg gegenüber 1950 etwa das Zehnfache. ▶ Abb 3

Auch der Verbraucherpreisindex ist in diesem Zeitraum gegenüber 1950 um etwa das Fünffache gestiegen. Vergleicht man damit die Entwicklung im gleich langen Zeitraum von 1850 bis 1913, so sind die Unterschiede offensichtlich. Den stärksten Anstieg verzeichneten dort die Nahrungsmittel. Sie sind gegenüber 1850 um etwas mehr als das Zweifache gestiegen. Nach 1950 steigen die Nahrungsmittelpreise zwar weiter an, aber nur um etwas mehr als das Vierfache, während die Preise für Wohnung, Heizung und Beleuchtung, wie bereits erwähnt, um mehr als das Zehnfache ansteigen. Damit ist ganz offensichtlich, dass heutzutage die Haushaltseinkommen nicht, wie noch im 19. Jahrhundert, vornehmlich durch steigende Nahrungsmittelpreise belastet sind, sondern in einem noch nie dagewesenen Ausmaß durch Ausgaben für die Wohnung (Miete, Strom, Wasser usw.). Berücksichtigt man zudem, dass auch die Preise für Verkehr seit 1950 übermäßig stark angestiegen sind, dann erkennt man, dass heutzutage die Ausgaben für Wohnung und für die meist beruflich bedingte Mobilität jene existenzbestimmende Rolle spielen, die über viele Jahrhunderte die Nahrungsmittelpreise, insbesondere die Getreidepreise, innehatten.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Jahre nach 1950 von einem historisch nie dagewesenen säkularen Preisanstieg gekennzeichnet sind, in dessen Verlauf sich auch die Struktur der Preise nachhaltig verändert hat. Betrachtet man die acht hier konstruierten Indexreihen, dann sind vor allem Wohnung, Heizung und Beleuchtung sowie Verkehr die größten Preistreiber, wobei sich hinter Heizung, Beleuchtung und Verkehr vor allem die steigenden Energiepreise verbergen. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, dass die Preise gerade dieser Produktgruppen vor 1950 lange nicht beziehungsweise nicht nennenswert angestiegen sind. ▶ Tab 4

Bislang wurden hier Preisentwicklungen und Preisstrukturen anhand von Durchschnittspreisen ausgewählter Konsumgüter sowie anhand von Preisindizes bestimmter Konsumgütergruppen darge-

▶ Tab 4 **Preisindizes verschiedener Bedarfsgruppen und Verbraucherpreisindex**

	Nahrungsmittel	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Körperpflege	Bildung und Erholung	Verkehr	Verbraucherpreisindex für private Haushalte			
									Index	Wachstumsrate	Index	Index
	Index, 2010=100								2010=100	%	1834=100	1950=100
	x0645	x0646	x0647	x0648	x0649	x0650	x0651	x0652	x0653	x0654	x0655	x0656
	Deutscher Bund / Deutsches Reich											
1850	7,53	7,25	4,70	10,19	18,34	8,24	9,13	18,05	3,92	2,27	97,83	19,11
1871	12,84	8,51	6,89	12,68	16,57	9,27	10,90	15,77	6,98	15,94	173,91	34,03
1895	12,50	7,89	5,54	16,58	12,09	10,88	10,11	12,79	7,96	–1,30	198,46	38,81
1913	16,34	9,88	8,40	24,86	16,72	12,03	12,66	10,67	10,48	–1,96	261,13	51,10
1925	24,34	8,10	10,92	37,29	28,96	15,16	17,24	12,61	14,85	8,41	370,28	72,40
1933	18,46	11,96	10,66	22,77	17,91	14,31	15,64	11,05	12,36	–2,16	308,14	60,26
1937	19,93	11,96	10,50	23,52	21,09	14,27	15,90	8,83	13,10	0,48	326,68	63,87
	Bundesrepublik											
1950	26,47	10,38	11,25	39,65	30,63	22,97	20,85	15,59	20,51	-6,38	511,36	100,00
1961	33,92	14,81	16,50	43,74	33,12	27,16	27,04	21,20	25,33	2,52	631,45	123,50
1970	40,97	25,06	20,09	47,08	40,10	35,23	37,77	25,48	31,94	3,58	796,35	155,73
1980	63,63	41,38	43,30	68,98	68,93	53,58	61,56	44,16	52,37	5,40	1 305,63	255,34
1987	73,01	53,11	47,68	80,28	84,89	68,55	79,50	52,08	63,34	0,25	1 578,94	308,82
	Deutschland											
1991	79,40	60,40	52,70	85,60	90,70	75,70	88,60	59,60	70,20	3,73	1 750,01	342,27
2000	84,10	89,10	62,20	94,40	99,30	91,60	100,10	78,50	85,70	1,42	2 136,41	417,84
2010	100	100	100	100	100	100	100	100	100	1,11	2 492,9	487,57

stellt. Die Entwicklung der Verbraucherpreise insgesamt wurden dabei zwar immer wieder zum Vergleich herangezogen, der Index selbst aber wurde bislang noch nicht eingehend analysiert. Das soll im Folgenden geschehen, wobei dieser Index vor allem als Maß für die Kaufkraft des Geldes angesehen wird und damit als Maß für Inflation und Deflation.

Verbraucherpreisindex und die Kaufkraft des Geldes

Betrachtet wird zunächst die Entwicklung des Index von 1834 bis 2013 in Abbildung 4 (1834=100), ohne die Jahre 1922 und 1923. Bis zum Jahr 2013 steigt der Index auf 2 600 an. Gegenüber 1834 (=100) hat er sich also auf das 26-Fache erhöht, wobei allerdings das Ausmaß dieses Anstiegs nicht gleichmäßig auf die 179 Jahre verteilt war. Es dauerte nämlich bis 1980, also 147 Jahre, bis der Index die erste Hälfte des Anstiegs zurückgelegt hatte, wogegen er für die zweite Hälfte nur noch 33 Jahre benötigte. ▶ Abb 4

Die epochenspezifische Dynamik des Preisanstiegs zeigt sich deutlicher, wenn man anstelle der Absolutwerte deren Wachstumsraten, also die jährlichen Inflationsraten betrachtet, die in Abbildung 5 (wieder ohne die Jahre 1922 und 1923) dargestellt sind. Für den Gesamtzeitraum ergibt sich eine durchschnittliche jährliche Inflationsrate von knapp 2 Prozent (exakt: 1,95 Prozent, Median = 1,8 Prozent), ein Wert also, der nicht weit von dem entfernt ist, was die meisten Zentralbanken heute gerade noch als Preisstabilität akzeptieren. Bei einer genaueren Betrachtung zeigt sich aber, dass die jährlichen Werte teilweise nicht nur erheblich von diesem Mittelwert abweichen, deutlich zeigen sich auch unterschiedliche Epochen mit spezieller Inflationsdynamik, die neben zahlreichen anderen Einflüssen wohl auch den verschiedenen Währungen[6] und den unterschiedlichen Indexberechnungen geschuldet sind. ▶ Abb 5

Eine erste Epochengrenze ergibt sich 1876 mit der Einführung der Reichswährung beziehungsweise 1881 mit dem Beginn des amtlichen vom Statistischen Bundesamt berechneten Ernährungsindex.[7] Von 1834 bis 1880 ist der Index

▶ Abb 4 **Verbraucherpreisindex 1834 bis 2013 — 1834 =100**

▶ Abb 5 **Jährliche Veränderungsraten des Verbraucherpreisindex 1834 bis 2013 — in Prozent**

Preisindex für die Lebenshaltung von Dezember 1922 bis Dezember 1923 (1913 = 100)

	Wert
1922 (Dez)	68 506
1923 (Jan)	112 027
1923 (Feb)	264 300
1923 (Mär)	285 400
1923 (Apr)	295 400
1923 (Mai)	381 600
1923 (Jun)	765 000
1923 (Jul)	3 765 100
1923 (Aug)	58 604 500
1923 (Sep)	1 500 000 000
1923 (Okt)	365 700 000 000
1923 (Nov)	65 700 000 000 000 (657 Milliarden mal 100 = 65,7 Billionen)
1923 (Dez)	124 700 000 000 000 (1 247 Milliarden mal 100 = 124,7 Billionen) 100 Billionen = 100 000 000 000 000

durch sehr starke sowohl positive wie auch negative jährliche Veränderungen gekennzeichnet. Ursache sind vor allem die starken, meist witterungsbedingten Schwankungen der Agrarpreise, die sich bei dem hohen Anteil der Ausgaben für Ernährung besonders stark im Preisindex niederschlagen. Insgesamt ist der Anstieg in diesen 47 Jahren jedoch moderat. Der Index steigt von 100 im Jahr 1834 auf 191 im Jahr 1880, was einer durchschnittlichen jährlichen Preissteigerungsrate von 1,8 Prozent entspricht.[8]

Ab 1881 stabilisiert sich das Preisniveau, die großen Ausschläge gehören der Vergangenheit an. Es ist die Phase, die als Eintritt Deutschlands in den Hochkapitalismus angesehen wird und in der die Währung auf dem Goldstandard basiert. Von 1900 bis 1912 dauert die erste längere Phase, in der die Preisveränderungen ausschließlich positiv sind. In den 33 Jahren von 1881 bis 1913 steigt der Index von 100 auf 135, wobei die jährliche Inflationsrate lediglich 0,9 Prozent beträgt.[9]

Der Beginn des Ersten Weltkrieges stellt eine weitere Epochengrenze dar. Mit der Aufhebung der ▸ Goldeinlösepflicht macht sich im Verlauf des Ersten Weltkriegs ein immer schnellerer Preisanstieg bemerkbar. Bis zum Kriegsende am 11. November 1918 (Waffenstillstand) ist der Index gegenüber 1913 um mehr als das Dreifache angestiegen (1834 = 100, 1913 = 261, 1918 = 810; vgl. VPI für private Haushalte: 1834 = 100, Tabelle 4). Auch nach Beendigung der Kriegshandlungen steigen die Preise weiter. Anfang 1922 beschleunigt sich der Preisanstieg dramatisch. Aus der galoppierenden Inflation wird 1923 eine Hyperinflation. Im Dezember 1923 hat der Index gegenüber 1913 (=100) einen Wert von 124,7 Billionen (in Ziffern: 124 700 000 000 000) erreicht. Reichsbanknoten mit astronomischen Nennwerten zeugen nicht nur vom Kaufkraftverfall der deutschen Währung, sondern vom Funktionsverlust des Geldes schlechthin. So sind die Jahre 1918 bis 1923 als „große Inflation“ in die deutsche Geschichte eingegangen. Sie entziehen sich einer normalen Interpretation des Preisverlaufs und haben auch deshalb im kollektiven Gedächtnis der Deutschen tiefe Spuren hinterlassen, die die Angst vor Inflation und Geldentwertung bis heute bestimmen.

Die Entwicklung des Index in der Periode von 1924 bis zur Währungsreform im Jahr 1948 ist uneinheitlich. Von 1924 bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise (Börsencrash am 24. Oktober 1929 in den USA) verzeichnet der Index einen Anstieg, der allerdings eher moderat ist. Von 1930 bis 1933 sinkt der Lebenshaltungskostenindex in vier aufeinanderfolgenden Jahren, weshalb hier die Preisveränderungsraten negativ sind. Der Preisverfall ist eine Folge der Weltwirtschaftskrise. Ab 1933 führte die nationalsozialistische Preispolitik vielfach zu einem Übergang von freien Marktpreisen zu staatlich festgesetzten Preisen. Von 1934 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges erfolgte daher ein sehr moderater Preisanstieg, trotz der gigantischen Ausgaben des Reiches für Aufrüstung und Krieg, was primär auf die rigorose Preis- und Bewirtschaftungspolitik zurückzuführen ist. Man spricht hier auch von zurückgestauter Inflation. Mit Kriegsende war die Reichsmark praktisch wertlos, weshalb sich eine Naturaltauschwirtschaft (Schwarzmarkt) entwickelte. Die Veränderungsraten des Index bewegen sich von 1946 bis zur ersten Jahreshälfte von 1948 zwischen etwa 10 und 5 Prozent mit rückläufiger Tendenz. Nach Einführung der D-Mark am 20. Juni 1948 in den westlichen Besatzungszonen steigt der Index in der zweiten Jahreshälfte um 25 Prozent an. In den beiden Jahren nach der Währungsreform, also 1949 und 1950, geht der Index zurück.[10]

▸ **Goldeinlösepflicht**
Die Zentralbank muss jede Banknote bei Vorlage in eine bestimmte Menge Gold umtauschen. Am 31. Juli 1914 stellte die Reichsbank die Einlösung ihrer Banknoten in Gold ein.

Auch die Periode nach 1948 lässt sich in mehrere Epochen aufteilen. Betrachtet man die Entwicklung des Index und seine Veränderungsraten, dann fällt zunächst auf, dass es in der Zeit von 1951 bis 2013 nur zweimal, nämlich 1953 und 1986, zu einem Rückgang des Index gekommen ist. Ein dauerhafter Anstieg der Preise scheint dagegen zur Normalität geworden zu sein. Besonders dramatisch war der Preisanstieg nach 1970 bis zu Beginn der 1980er Jahre, mit Inflationsraten von etwa 7 Prozent. Da in dieser Zeit auch das Wirtschaftswachstum zurückging und die Arbeitslosigkeit zunahm, spricht man in diesem Zusammenhang auch von ▸ „Stagflation". Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten hat den Preisauftrieb allenfalls kurzfristig beeinflusst. Die Inflationsraten sind nach 1993 stark rückläufig und bewegen sich seit 1994 zwischen 2,6 und 0,6 Prozent. Wenn neuerdings der Rückgang der Preissteigerungen von vielen mit dem Gespenst der Deflation in Verbindung gebracht wird, so sollte man dabei nicht übersehen, dass die Preissteigerungen der Gegenwart viel eher mit dem säkularen Mittelwert von etwa 2 Prozent und damit der langfristigen „Normalität" übereinstimmen, als es die Jahre mit hoher Inflation tun.[11]

▸ **Stagflation**
Das Wort setzt sich aus Stagnation und Inflation zusammen und meint eine Entwicklung mit niedrigem Wirtschaftswachstum und hoher Inflation.

Datengrundlage

Grundlage der hier dargestellten Konsumgüterpreise ist eine Zusammenstellung des Statistischen Bundesamtes für 24 verschiedene Konsumgüter im Zeitraum von 1948 bis 2002.[12] Für fünf Konsumgüter konnten die Preise bis 1834 und für weitere sechs bis 1850 zurück verlängert werden. Für Normalbenzin und extra leichtes Heizöl gelang die Fortschreibung der Preise bis 2013. Ergänzend wurde der Jahresdurchschnittspreis für OPEC-Rohöl von 1948 bis 2013 in die Tabelle aufgenommen. Der Zeitraum der anderen Konsumgüter entspricht der Tabelle des Bundesamtes. Alle Preise sind in Euro angegeben. Neben diesen Preisen für einzelne Konsumgüter wurden auch Preisindizes für Bedarfsgruppen von Konsumgütern konstruiert. Grundlage sind zurück bis 1950 Preisindizes des Statistischen Bundesamtes, davor, also von 1850 bis 1949, die Preisindizes aus dem Werk von Walther G. Hoffmann.[13] Damit liegen für den Zeitraum von 1850 bis 2013 für acht Bedarfsgruppen Preisindizes vor. Zusätzlich zu den Durchschnittspreisen einzelner Konsumgüter und den Preisindizes ausgewählter Bedarfsgruppen wurde auch ein Preisindex für die Lebenshaltung für die Zeit von 1834 bis 2013 zusammengestellt. Für die Jahre von 1834 bis 1870 basiert der Index auf Berechnungen von Gömmel[14] und für die Jahre von 1871 bis 1880 auf Kuczynski[15]. Beide Autoren haben versucht, repräsentative Indizes der Lebenshaltungskosten für das 19. Jahrhundert zu ermitteln. Ab 1881 basiert der Index auf Zahlen der amtlichen Statistik, die so verknüpft wurden, dass die Werte unseres Index von 1991 bis 2013 den offiziellen Werten des Statistischen Bundesamtes für den Verbraucherpreisindex (VPI) entsprechen. Dabei ist zu beachten, dass es sich um die Verknüpfung ganz unterschiedlich berechneter Lebenshaltungskostenindizes handelt.

Zum Weiterlesen empfohlen

Wolfgang Brachinger: Der Euro als Teuro? Die wahrgenommene Inflation in Deutschland, in: Wirtschaft und Statistik, 9/2005, S. 999–1013.

Gerhard Fürst (Hrsg.): Messung der Kaufkraft des Geldes, Göttingen 1976.

Hans-Jürgen Gerhard/Alexander Engel: Preisgeschichte der vorindustriellen Zeit. Ein Kompendium auf Basis ausgewählter Hamburger Materialien (=Studien zur Gewerbe- und Handelsgeschichte 26), Stuttgart 2006.

Gerhard Heske: Preisstatistik. Grundlagen und Praxis der volkswirtschaftlichen Preisstatistik, München 1992.

Klaus Lange: Eine Theorie der Preisstatistik – Preis, Preisrelation, Preisindex, Göttingen 1979.

Alfred Jacobs: Preis (I) Preisgeschichte, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 8., Tübingen/Göttingen 1964, S. 459–476.

Werner Neubauer: Preisstatistik, München 1996.

Bernd Sprenger: Das Geld der Deutschen: Geldgeschichte Deutschlands von den Anfängen bis zur Gegenwart, 3. Aufl., Paderborn u.a. 2002.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Preise auf einen Blick, Wiesbaden 2011.

15 Geld und Kredit

Richard Tilly

Wechselkurs von der D-Mark zum Dollar 1950 und 1987:

1950 — **4,20 DM**

1987 — **1,80 DM**

Aktiva der deutschen Banken in der Bundesrepublik 1970 und 1987:

1970 — **418 000 000 000 Euro**

1987 — **1 917 000 000 000 Euro**

Einlagen der deutschen Banken in Deutschland 1991 und 2012:

1991 — **2 014 000 000 000 Euro**

2012 — **5 154 000 000 000 Euro**

Diskontsatz der Zentralnotenbank in Deutschland 1991 und 2012:

1991 — **6,85 Prozent**

2012 — **0,12 Prozent**

Geld und Kredit sind schon seit der Antike nachweisbar. Doch erst mit der Verbreitung marktwirtschaftlicher Tauschbeziehungen in der Frühen Neuzeit wurden sie zu einem bestimmenden Faktor der Wirtschaft, und erst seit dem 19. Jahrhundert werden sie systematisch empirisch-statistisch erfasst. Der Beitrag stellt „Geld und Kredit“ unter verschiedenen Gesichtspunkten als wichtige quantitative Dimension für die langfristige Entwicklung der deutschen Wirtschaft vor.

„Geld und Kredit“ bezeichnet den Komplex von Institutionen und Beziehungen, der dem modernen „Finanzsektor“ – ohne die öffentlichen Finanzen – entspricht. Dieser „moderne“ Komplex steht am Ende einer sehr langen Geschichte, denn Geld und Kredit sind schon seit der Antike nachweisbar. In der Frühen Neuzeit wurden sie mit der Verbreitung marktwirtschaftlicher Tauschbeziehungen zu einem bestimmenden Faktor der Wirtschaft; im 19. Jahrhundert entwickelten sie schließlich eine Form und Struktur, die sich empirisch-statistisch erfassen und bis zur Gegenwart verfolgen lässt. Für den Zweck dieses Bandes erscheint es sinnvoll, das Thema „Geld und Kredit“ in fünf Teile zu gliedern: Geldmenge und ihre Komponenten, Banken, Zentralnotenbankpolitik, Kapitalmarkt und Internationale Beziehungen. Dabei dürfen freilich die Interdependenzen zwischen diesen Unterbereichen nicht außer Acht gelassen werden.

Das übergreifende Ziel dieses Beitrages ist, „Geld und Kredit“ als wichtige quantitative Dimension der langfristigen Entwicklung der deutschen Wirtschaft herauszuarbeiten. Die Auswahl bzw. Rekonstruktion der hierfür nötigen Zeitreihen soll diese historische Beziehung erhellen. Einige dieser Zeitreihen decken eine sehr lange Periode ab – 1835 bis 2012 – und sind nicht vollkommen homogen, zum einen weil die Verwendung des Euros als Maßstab den Wertschwankungen der in Deutschland jeweils geltenden Währungen nicht ganz gerecht sein kann, zum anderen weil die gewählten (modernen) Begriffe (wie zum Beispiel Zentralnotenbank, Geldmenge M1, M2 etc.) für die frühere Zeit zum Teil anachronistisch sind. Hinzu kommt noch die Tatsache, dass für den Zeitraum bis 1950 die meisten Zeitreihen auf Stichproben bzw. Schätzungen beruhen. Gleichwohl dürften mit den hier rekonstruierten Reihen langfristige Tendenzen und Strukturveränderungen im deutschen Geld- und Kreditsystem besser erkannt werden, als dies mit bisherigen Datensammlungen möglich gewesen ist. Die folgende Präsentation thematisiert diese Tendenzen und Veränderungen. Auf besondere Probleme der benutzten Reihen soll aber auch hingewiesen werden.

Ganz allgemein gesehen ist die Aufgabe der hier erfassten Institutionen des Finanzsektors die Vermittlung zwischen Ersparnisbildung und Investitionsmöglichkeiten. In der werdenden Marktwirtschaft Deutschlands fielen Spar- und Investitionswünsche häufig nicht zusammen. Finanzinstitutionen entstanden, um Wirtschaftssubjekten Anlagemöglichkeiten für ihr Geldvermögen einerseits und anderen Wirtschaftssubjekten Kredit zur Finanzierung von Investitionsvorhaben andererseits bereitzustellen.[1]

Die Begriffe „Geld“ und „Kredit“ sind fast – aber nicht ganz – identisch. Beide umfassen „Finanzinstrumente“. „Geld“ bezeichnet Finanzinstrumente, die allgemein als Zahlungsmittel und Wertmaßstab akzeptiert werden, „Kredit“ ist das verbriefte Recht auf Geld zu einem zukünftigen Zeitpunkt. Beide setzen Vertrauen voraus. Vertrauen zum Geld (als allgemeines Zahlungsmittel) hing von dessen Wertbeständigkeit ab. Weil spätestens seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts in Deutschland der Staat die Geldversorgung der Wirtschaft steuerte, bewirkten der Bekanntheitsgrad, die

Sanktionsmacht und vor allem die stabilitätsbewusste Politik des Staates ein Sinken der Informationskosten und die Stärkung des Vertrauens der Wirtschaftssubjekte in die Wertbeständigkeit des Geldes und stützten somit die Nachfrage der Wirtschaftssubjekte nach Geld (Ausnahme: die Inflationszeit). Kreditvergabe hing vom Vertrauen zu Schuldnern ab. Die Kreditversorgung blieb aber weitgehend eine private Angelegenheit, und die Kosten der Informationsbeschaffung über Anlagemöglichkeiten und die Kreditwürdigkeit potenzieller Schuldner blieben dementsprechend lange relativ hoch. Vertrauen der Wirtschaftssubjekte zu privaten Schulden breitete sich deshalb erst langsam aus. Schließlich ist erwähnenswert, dass Geld und Kredit in einer Hinsicht identisch sind: Bankeinlagen („Buchgeld"), also Guthaben bei einer Bank, waren und sind ebenfalls eine Form des Kredits: Sie stellen Kredite der Einleger an die Banken dar.

▶ Abb 1 **Jährliche Zuwachsraten der ▸ Geldmenge (M1) und des Bruttoinlandsprodukts (BIP) — in Prozent**

▶ Abb 2 **Umlaufgeschwindigkeit (V) — BIP/M1, M2 und M3**

Die Geldmenge und ihre Komponenten

Die hier beschriebenen Zeitreihen sollen die langfristige Entwicklung des Finanzsektors in Zusammenhang mit der Wirtschaftsentwicklung veranschaulichen. Abbildung 1 zeigt die Reihen zur Entwicklung der Geldmenge (M1), Abbildung 2 zeigt die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, also die Geldmenge im Verhältnis zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die Umlaufgeschwindigkeit gibt an, wie oft eine Geldeinheit pro Periode durchschnittlich zur Bezahlung von Gütern eingesetzt wird. ▸ Abb 1, Abb 2

Offensichtlich tendierte die Geldmenge, langfristig stärker zu wachsen als das Bruttoinlandsprodukt. Dahinter birgt sich allerdings Verschiedenes: zum einen eine mit dem langfristigen Wachstum einhergehende Verlängerung der Wertschöpfungskette – eine wachsende Zahl von Markttransaktionen, die Geldeinsatz voraussetzten aber von der Größe BIP nicht erfasst werden – und zum anderen eine mit dem Einkommen steigende Bereitschaft, Geld zu halten. Indirekt lässt sich an Abbildung 2 eine weitere langfristige Tendenz erkennen: der Wandel der Zusammensetzung der Geldmenge. Das Buchgeld nimmt zu und umfasst sogar ein wachsendes Spektrum von Finanzinstrumenten von Sichteinlagen ▸ (M1) über Sicht- und Spareinlagen (M2) zu Sicht-, Spar- und Geldfondseinlagen (M3). Nicht weniger wichtig im 19. Jahrhundert war allerdings die Schrumpfung des Anteils des Metall- und Bargeldes an der Gesamtgeldmenge (M1). Abbildung 3 zeigt diese Entwicklung auf. ▸ Abb 3

Die Eindeutigkeit des Strukturwandels der Geldmenge lässt einige Ungenauigkeiten der Geldmengeschätzung (besonders für das Metallgeld im frühen 19. Jahrhundert) relativieren. Dieser Wandel hat auch eine weitere Konsequenz: Die wachsende Bedeutung des Buchgeldes im deutschen Geldumlauf reflektiert die wachsende Präsenz der Banken in der Geldwirtschaft. Es lohnt sich daher, die Entwicklung dieser Präsenz näher zu beschreiben. ▸ Tab 1

▸ Geldmengen

Zur Geldmenge M1 (M von engl. *„money“*) gehören der Bargeldumlauf sowie die täglich fälligen Guthaben der Privatpersonen und Unternehmen auf Girokonten bei Banken (Sichteinlagen). Die Geldmenge M2 umfasst die Geldmenge M1 und zusätzlich Termineinlagen mit einer Laufzeit bis zu zwei Jahren und Spareinlagen mit einer Kündigungsfrist bis zu drei Monaten. Die Geldmenge M3 setzt sich aus der Geldmenge M2 sowie bestimmten Geldmarktpapieren und Schuldverschreibungen mit kurzen Laufzeiten von zwei Jahren zusammen.

▸ Abb 3 **Anteile des Bargeldes und des Metallgeldes an M1 — in Prozent**

▶ Tab 1 **Geldmenge und deren Komponenten**

	Geldmenge M1	Geldmenge M2	Geldmenge M3	Bargeldumlauf der Nichtbanken	Bargeld als Bankreserven	Sichteinlagen der Nichtbanken (für M1)	Sicht- und Termineinlagen der Nichtbanken (für M2)	Einlagen zur Geldmenge M3	Banknotenumlauf (Zentralnotenbank und Privatbanken)	Staatspapiergeld
	Sichteinlagen der Nichtbanken	M1 plus Termineinlagen der Nichtbanken	M2 plus Termineinlagen m/k–f							
	Mrd. Euro									
	x0657	x0658	x0659	x0660	x0661	x0662	x0663	x0664	x0665	x0666
	Deutscher Bund / Deutsches Reich									
1850	0,84	0,90	–	0,71	0,03	0,14	0,19	–	0,05	0,08
1871	1,94	2,31	–	1,21	0,36	0,73	1,10	–	0,54	0,13
1895	4,00	6,43	–	1,50	0,63	2,50	4,93	–	0,78	0,06
1913	12,26	20,31	–	2,68	1,11	9,58	17,63	–	1,41	0,10
1925	7,89	11,66	–	2,29	0,36	5,60	9,37	–	1,60	–
1929	11,98	21,76	–	2,86	0,52	9,12	18,90	–	2,66	–
1933	7,91	18,02	–	2,55	0,37	5,36	15,47	–	1,95	–
1937	10,36	24,76	–	3,19	0,64	7,17	21,57	–	2,81	–
	Bundesrepublik									
1950	9,00	15,66	–	4,14	0,16	4,86	11,52	–	–	–
1961	29,89	53,88	74,76	11,86	0,66	18,03	42,01	20,88	–	–
1970	55,12	107,51	167,91	18,86	1,33	36,26	88,65	60,40	–	–
1980	131,27	268,21	420,99	42,93	3,70	88,34	225,28	152,78	–	–
1987	196,53	393,56	632,32	63,45	6,04	133,08	330,11	238,67	–	–
	Deutschland									
1991	308,37	642,34	904,70	87,83	11,68	220,54	554,51	262,36	–	–
2012	1 477,00	1 833,10	2 231,50	–	–	1 149,40	1 505,50	398,40	–	–

Banken

Am Anfang des 19. Jahrhunderts gab es ganz wenige Banken im heutigen Sinne; bis 1913 stieg die Zahl der Banken und bankähnlichen Institute nach Schätzungen auf über 5 000 (eine genaue Dokumentation ist nicht möglich).[2] In der Bundesrepublik stagnierte die Zahl der selbstständigen Institute, aber mit ca. 40 000 Zweigstellen war das deutsche Bankensystem flächendeckend geworden und die überwiegende Mehrzahl der privaten Haushalte und Firmen in das System eingebunden. Ein gutes Maß des ökonomischen Gewichts der Banken ist der Wert ihres Geldvermögens, dargestellt an der Entwicklung ihrer Aktiva im Verhältnis zum BIP in Abbildung 4. ▶ Abb 4

Hier sieht man das bei allen Marktwirtschaften typische Wachstumsmuster: Langfristig wächst der Bankensektor – bis auf die zwei kriegsbedingten Einbrüche – schneller als die Gesamtwirtschaft. Die Relation ist keineswegs belanglos und kann zum internationalen Vergleich sowie zur Beurteilung der potenziellen Fragilität von Bankensystemen dienen.[3]

Bereits oben wurde auf die Bedeutung der Banken als Verwalter des Zahlungsverkehrs der Wirtschaft hingewiesen. Mit den mobilisierten Ersparnissen der Wirtschaftssubjekte – ihre (zum Teil durch Kreditschöpfung geschaffenen) Einlagen – haben sie einen Großteil der Kreditbedürfnisse der Wirtschaft befriedigt. In Abbildung 5 wird das Gewicht dieser Kreditgabe deutlich. ▶ Abb 5

Man sieht hier nicht nur das bedeutende Gewicht des Volumens der Bankenkredite, sondern auch die für Friedenszeiten typische überproportionale Steigerung derselben Größe, schließlich auch noch die Auswirkung der großen Einbrüche durch die Weltkriege und die Schrumpfung des BIP in der Weltwirtschaftskrise. ▶ Tab 2

▶ Abb 4 **Aktiva der Banken — in Prozent des BIP**

▶ Abb 5 **Bankenkredite an Nichtbanken — in Prozent des BIP**

Die deutschen Banken haben sich im Laufe der Zeit zu sogenannten „Universalbanken“ entwickelt, die eine aktive Rolle im Kapitalmarkt spielten: die Kreditbanken (und Privatbankiers) vor allem an der Börse und die Sparkassen am Markt für Grundkredite.[4] Dass die Banken ihren Kunden Zugang zur Börse vermitteln und sie sich auch an der Börse refinanzieren konnten, stützte ihre Bedeutung als Kreditgeber in der Wirtschaft. Die Bedeutung der Kapitalmarktentwicklung beschränkte sich jedoch keineswegs allein auf die Banken. Langfristige Industrieinvestitionen, Städtewachstum sowie die öffentlichen Investitionen des Staates in der Infrastruktur setzten einen gut funktionierenden Kapitalmarkt voraus. Dass dieser Markt auch zeitweise Schwierigkeiten durchmachte und Probleme bereitete, ist

▶ Tab 2 **Banken**

	Gesamtaktiva deutscher Banken			Einlagen deutscher Banken (Sicht-, Termin- und Spareinlagen)			Kredite deutscher Banken an Nichtbanken		
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:	
		Kreditbanken	Sparkassen		Kreditbanken	Sparkassen		Kreditbanken	Sparkassen
	Mrd. Euro								
	x0667	x0668	x0669	x0670	x0671	x0672	x0673	x0674	x0675
	Deutscher Bund / Deutsches Reich								
1850	–	–	0,12	0,25	–	0,11	–	–	0,08
1871	–	0,40	0,56	1,26	0,13	0,53	2,01	0,28	0,40
1895	–	2,01	3,72	5,97	0,90	3,47	9,15	1,91	2,52
1913	33,95	8,30	10,55	19,64	4,93	10,07	24,82	7,60	7,94
1925	11,73	3,81	1,47	8,04	2,89	1,36	6,10	4,08	0,95
1929	30,75	8,05	6,21	18,43	10,52	5,56	19,89	11,32	4,08
1933	29,16	4,51	7,44	15,48	7,04	6,42	19,13	9,76	4,79
1937	35,89	4,84	10,29	22,01	9,57	9,57	19,06	8,80	5,31
	Bundesrepublik								
1950	20,00	6,48	4,10	14,20	6,52	3,72	14,44	5,74	3,29
1961	149,63	35,10	32,45	112,15	30,82	30,40	97,92	25,02	21,58
1970	418,17	94,31	92,11	310,70	91,58	90,16	262,33	66,32	63,18
1980	1 202,18	266,82	250,80	876,18	236,41	248,20	747,50	176,22	181,05
1987	1 916,73	429,47	400,41	1 362,12	355,80	377,41	1 124,98	283,01	269,14
	Deutschland								
1991	2 849,68	724,30	562,69	2 013,86	592,97	523,76	1 609,01	497,76	371,05
2012	8 314,60	3 359,01	1 095,44	5 154,35	1 959,52	960,03	3 220,36	1 085,14	811,49

bekannt, aber in den langen Friedenszeiten vor 1913 und nach 1945 nahmen seine Bedeutung und sein Gewicht in der deutschen Finanzwirtschaft tendenziell zu.

In den beiden längeren Friedenszeiten stieg, wie zu erwarten, die Bedeutung der verbrieften, also der durch Wertpapiere dokumentierten Verschuldung. Die großen Einbrüche nach den zwei Kriegen sind auch plausibel, da in beiden Fällen Währungsreformen das deutsche Geldvermögen im großen Stil vernichteten. Allerdings könnten auch fragliche Bewertungsarbeiten der Grund für den extrem niedrigen Wert für 1950 sein. Bei der Währungsreform von 1948 gab es Spielraum bei der Umstellung der Reichsmark-Schulden auf die D-Mark, der zu einer möglicherweise zu geringen Bewertung führte. Dennoch lässt sich beim Vergleich zu Krediten und Einlagen der Banken feststellen, dass im deutschen Geld- und Kreditsystem im Betrachtungszeitraum der Kapitalmarkt als Finanzierungsquelle anscheinend ein geringeres Gewicht besaß als in vergleichbaren anderen Ländern (wie in den USA oder Großbritannien). Das gilt vor allem für den Aktienmarkt.[5] ▶ Abb 6

Zentralnotenbankpolitik

Seit Jahrzehnten haben in vielen Ländern die Zentralnotenbanken eine bedeutsame Rolle als Regulator und Stabilisator des Geld- und Kreditsystems gespielt. Im 19. Jahrhundert waren diese Institutionen in nur wenigen Ländern präsent. Für Deutschland werden erst in den 1860er Jahren bei der Preußischen Bank Ansätze eines Zentralbankverhaltens erkennbar, dann gegen Ende des Jahrhunderts bei der Reichsbank deutlicher – als Hüter der Gold- und Devisenreserven des Landes, Kontrolleur des Geldmarktes und Nothelfer in Krisenzeiten *(Lender of Last Resort)*. An dieser Stelle kann allerdings der schwierige Nachweis dieses Zusammenhangs nicht versucht werden. Hier müssen die folgenden Hinweise genügen: In den beiden Kriegszeiten wurde die Reichsbank zum Diener der Staatsfinanzen umfunktioniert, was zweimal zur Entwertung der Währung führte. Im langfristigen Trend jedoch entwickelte

▶ Abb 6 **Umlauf inländischer ▶Schuldverschreibungen und Aktien — in Prozent des BIP**

▶ Abb 7 **M1 und Zentralbankgeld — in Milliarden Euro**

sich das Zentralbankgeld im Gleichschritt mit der Geldschöpfung im Bankensystem insgesamt. Die Abbildung 7 zeigt beide Aspekte auf. ▶ Abb 7

In „normalen" Friedenszeiten (im 19. Jahrhundert und bis zur Wirtschaftskrise der 1930er Jahre) bestand Zentralbankpolitik aus Veränderungen des ▶Diskontsatzes im Geldmarkt, wobei als Kriterien sowohl die Lage der Zahlungsbilanz als auch die Binnenwirtschaftskonjunktur dienten. Nach 1945 kamen weitere Instrumente hinzu, aber das Ziel, die Bankenkreditgabe je nach Konjunkturlage zu bremsen

▶ Diskontsatz
Der Diskontsatz entspricht in der Regel dem von der Zentralnotenbank festgesetzten Zinssatz für kurzfristigen Kredit.

▶ Schuldverschreibungen
Sammelbezeichnung für eine Urkunde, in der sich der Aussteller (Schuldner) dem Gläubiger gegenüber verpflichtet, eine bestimmte geliehene Geldsumme nach Ende der Laufzeit zurückzuzahlen und während der Laufzeit in Form einer laufenden Verzinsung eine Leistung zu erbringen. Zu den Schuldverschreibungen zählen Anleihen, Industrieobligationen sowie als zahlenmäßig wichtigste Gruppe Bankschuldverschreibungen, zu denen auch die Pfandbriefe gerechnet werden.

▶ Tab 3 Zentralnotenbank (ZNB)

	Noten-umlauf der ZNB	Bargeld- und andere Reserven der ZNB	Einlagen inländischer Banken bei der ZNB	Kredite der ZNB an inländische Banken	Kredite und sonstige Auslands-forderungen der ZNB	Auslän-dische Einlagen der ZNB	Diskont-satz der ZNB	Lombard-satz der ZNB	Auslands-aktiva der ZNB	Auslands-passiva der ZNB
	Mrd. Euro						%		Mrd. Euro	
	x0676	x0677	x0678	x0679	x0680	x0681	x0682	x0683	x0684	x0685
	Deutscher Bund / Deutsches Reich									
1850	0,03	–	–	–	–	–	4,0	–	–	–
1871	0,37	0,21	0,03	0,18	–	–	4,17	–	–	–
1895	0,67	0,44	0,20	0,50	–	–	3,14	4,14	–	–
1913	1,33	0,74	0,31	0,81	–	–	5,89	6,89	0,11	–
1925	1,51	0,86	0,24	0,98	–	–	9,15	11,15	0,52	–
1929	2,58	1,42	0,33	1,59	–	–	7,11	8,11	0,42	–
1933	1,86	0,29	0,29	1,74	–	–	4,0	5,0	0,14	0,05
1937	2,81	0,10	0,50	3,17	–	–	4,0	5,0	0,10	0,17
	Bundesrepublik									
1950	4,21	0,37	0,97	2,85	0,18	0,93	4,36	5,36	0,55	0,93
1961	11,76	14,52	5,94	0,87	1,28	0,17	3,20	4,2	16,36	0,38
1970	18,65	24,03	13,42	9,58	2,21	0,18	6,89	9,02	26,45	1,81
1980	42,81	40,38	27,53	29,43	2,06	3,92	7,17	8,78	42,45	9,20
1987	64,22	61,45	30,93	42,11	1,25	8,73	2,99	4,96	62,74	11,73
	Deutschland									
1991	92,70	48,45	37,04	115,20	1,33	20,13	6,84	9,06	49,77	22,95
2012	–	188,63	299,96	–	–	–	0,12	1,63	921	106,50

▶ Tab 4 Kapitalmarkt

	Umlauf Inlandsanleihen			Umlauf Industrie-obliga-tionen	Umlauf Inlands-Inhaber-schuldverschrei-bungen der Kreditinstitute	Umlauf Inlands-Inha-berschuldver-schreibungen	Aktienum-lauf inlän-discher Emittenten	Aktienkurs	Aktien-rendite	Rendite festver-zinslicher Wert-papiere	Börsen-um-sätze
	Länder	Ge-meinden	Reich/ Bund						(R= Divid./ Kurs)		
	Mrd. Euro						%	Index: bis 1937: 1913=100; ab 1950: 1987=1000	%		Mrd. Euro
	x0686	x0687	x0688	x0689	x0690	x0691	x0692	x0693	x0694	x0695	x0696
	Deutscher Bund / Deutsches Reich										
1850	0,73	0,07	–	–	0,25	–	–	84	–	–	–
1871	1,74	0,16	0,35	–	0,60	–	–	65	8,7	4,44	–
1895	5,28	0,73	1,09	0,37	3,93	–	3,03	89	4,7	3,40	40,48
1913	8,57	2,56	2,51	1,84	8,77	–	8,16	100	5,4	4,10	31,0
1925				0,53	0,75	–	9,78	93		9,50	–
1929	0,43	1,08	3,46	2,08	4,89	–	12,13	134	6,6	7,40	–
1933	0,53	1,46	3,55	1,75	5,56	–	10,55	67	4,2	7,20	–
1937	0,50	1,71	6,50	1,46	7,11	–	9,56	112	4,2	4,50	–
	Bundesrepublik										
1950	–	–	–	0,08	0,34	0,75	–	–	–	–	–
1961	0,90	0,19	1,25	2,98	17,56	24,74	17,94	521	2,5	5,90	5,48
1970	3,17	0,36	6,22	4,71	60,23	80,79	28,43	505	4,4	8,20	10,09
1980	6,22	0,17	48,21	1,84	211,34	280,52	46,60	502	–	8,60	42,53
1987	18,87	0,08	153,87	1,29	366,02	567,88	60,21	1 000	–	5,80	–
	Deutschland										
1991	24,32	0,08	252,41	1,62	531,93	862,43	77,52	1 585	–	8,70	534,43
2012	–	–	–	220,46	1 414,35	3 285,42	178,62	4 161	–	1,38	–

▶ Abb 8 **Ausgewählte Zinssätze, Deutschland und Großbritannien — in Prozent**

bzw. zu fördern, blieb dasselbe. Die relative Stabilität der deutschen Währung seit den 1950er Jahren ist unter anderem ein Erfolg der deutschen Zentralbankpolitik.[6] ▶ Tab 3

Kapitalmarkt

Zur Würdigung der Funktionsfähigkeit eines Geld- und Kreditsystems gehört auch die Berücksichtigung der Entwicklung des Zinses, also der Preisdimension des Systems. Abbildung 8 zeigt drei lange Reihen: die Diskont- und Geldmarktzinssätze für Deutschland und den Geldmarktsatz für London. Der Geldmarktzins ergibt sich durch das Zusammenspiel zwischen Nachfrage und Angebot im Geldmarkt. ▶ Abb 8

Nur der deutsche Diskontsatz deckt den ganzen Zeitraum ab, aber die bekannten drei „Phasen" der deutschen Wirtschaftsgeschichte sind deutlich erkennbar, wie auch der Rollenwechsel bei den deutschen und britischen Geldmarktsätzen nach 1950. Im 19. Jahrhundert waren deutsche Zinssätze immer höher als britische Zinssätze; seit etwa 1950 ist es umgekehrt. Die langfristige Entwicklung des „effektiven Zinses" (Rendite) festverzinslicher Papiere in Deutschland (hier nicht abgebildet) zeigt dasselbe zeitliche Muster auf. ▶ Tab 4

Internationale Beziehungen

Wer die Entwicklung des deutschen Geld- und Kreditsystems im gewählten Zeitraum einschätzen will, kann die internationalen Dimensionen des Systems nicht außer Acht lassen. Tendenziell nahm ihre Bedeutung zu, zum guten Teil als Folge des zunehmenden Gewichtes des deutschen Außenhandels, aber auch wegen zeitweise attraktiveren Anlagemöglichkeiten. Zeitreihen hierzu, die den ganzen Zeitraum vom frühen 19. bis zum frühen 21. Jahrhundert abdecken, konnten nicht ermittelt werden. Eine Größe kann die periodenweise wechselnde Bedeutung der internationalen Finanzverflechtung jedoch illustrieren: die Kapitalbilanz der Zahlungsbilanz (vgl. hierzu auch den Beitrag von Nikolaus Wolf in diesem Band). Trotz deren beschränkter Reichweite lässt sie die drei verschiedenen Perioden der deutschen Wirtschaftsgeschichte im Zeitraum gut erkennen. Die Abbildung 9 zeigt, was hiermit gemeint ist.[7] ▶ Abb 9

Im Kaiserreich bis 1914 war Deutschland eines der bedeutendsten Kapitalexportländer der Welt (vielleicht an dritter Stelle nach Großbritannien und Frankreich). In der Zwischenkriegszeit war es hingegen eines der bedeutendsten Schuldnerländer und schließlich in der Zeit nach 1945 abwechselnd Exporteur und Importeur von Kapital, wobei hier die Dimensionen durch Veränderung des Geldwertes etwas verzerrt wiedergegeben werden. ▶ Tab 5

▶ Abb 9 **Deutsche Kapitalexporte und -importe* — in Prozent des BIP**

* Kapitalexporte: positives Vorzeichen, Kapitalimporte: negatives Vorzeichen

▶ Tab 5 **Internationale Finanzbeziehungen**

	Ausgabe ausländischer Wertpapiere in Deutschland	Ausgabe ausländischer Aktien in Deutschland	Rendite deutscher Auslandsportfolioinvestitionen	Kapitalexport in Prozent des Bruttoinlandsproduktes	Geldmarktzinssätze			Devisen/Wechselkurs		Auslandsaktiva deutscher Kreditinstitute	Auslandspassiva deutscher Kreditinstitute
					Berlin	London	New York	M/£ (ab 1999 €/£)	M/$ (ab 1999 €/$)		
	Mrd. Euro		%		%			Wechselkurs		Mrd. Euro	
	x0697	x0698	x0699	x0700	x0701	x0702	x0703	x0704	x0705	x0706	x0707
	Deutscher Bund/Deutsches Reich										
1850	–	–	–	–	–	–	–	20,40	–	–	–
1871	–	–	6,9	–	–	–	–	20,19	–	–	–
1895	0,16	0,01	4,7	1,12	2,01	0,85	2,83	20,55	4,18	–	–
1913	0,31	0,02	4,8	1,04	4,98	4,39	5,58	20,22	4,20	–	–
1925	–	–	–	−1,97	9,18	3,39	3,99	20,27	–	–	–
1929	0,01	–	–	−1,56	7,69	4,36	5,78	20,40	–	–	–
1933	–	–	–	1,37	5,50	0,45	1,66	13,83	–	–	–
1937	–	–	–	–	2,78	0,50		12,31	–	–	–
	Bundesrepublik										
1950	–	–	–	0,64	–	0,67	1,45	11,76	4,20	0,20	–
1961	0,01	–	–	1,48	3,59	5,44	2,97	11,27	4,02	3,74	3,41
1970	0,53	1,36	–	−2,10	9,41	8,19	7,72	8,74	3,65	26,99	17,10
1980	3,68	1,82	–	−1,75	9,54	15,84	12,29	4,23	1,82	87,50	72,21
1987	12,32	2,02	–	−3,77	3,99	9,36	6,85	2,94	1,80	193,69	106,23
	Deutschland										
1991	6,45	10,31	–	−0,64	9,25	–	–	2,93	1,66	323,25	179,12
2012	–	–	–	8,88	0,57	–	–	0,81	1,28	1 861,46	933,71

Datengrundlage

Für den Zeitabschnitt des Deutschen Reiches waren generell (und für alle fünf Tabellen bzw. Unterthemen) die zwei wichtigsten Quellen die Publikation der Deutschen Bundesbank[8] und von Walther G. Hoffmann[9]. Für die Zeit der Bundesrepublik stellten zwei Publikationen der Deutschen Bundesbank die wichtigsten Quellen dar.[10] Der zweite Band dieses Werkes enthält die Statistiken und ist online verfügbar in „histat" („Geld"). Um die Zeit danach bis 2012 abzudecken, wurde für viele Zeitreihen auf die Online-Datenbank der Deutschen Bundesbank zurückgegriffen.

Zum Thema Geldmenge vor 1914 bot die Arbeit von Bernd Sprenger eine wertvolle Grundlage.[11] Zur Rolle der Preußischen Bank als Zentralbank vor 1875 waren die Arbeiten von Friedrich Thorwart[12] und Curt Schauer[13] hilfreich. Spezielle Fragen ließen sich unter anderem durch die folgenden Quellen beantworten: Die Deutsche Reichsbank war für die Ermittlung der Geldmarktzinsätze im In- und Ausland vor 1913 hilfreich[14]; Ernst Wagemann[15] lieferte Informationen zum Diskontsatz bis 1929. Daten zur Entwicklung der Wechselkurse bis 1914 (Tabelle 5) stammen aus dem Buch von Jürgen Schneider und Oscar Schwarzer[16] und zur Entwicklung der Zinssätze (Tabelle 5) aus dem Buch von Sidney Homer und Richard Sylla[17]. Die Kapitalrendite (Tabelle 4) lieferte Otto Donner[18], die Gesamtaktiva stammen von Carl-Ludwig Holtfrerich[19] und die Börsenumsätze sind bei Christoph Wetzel entnommen.[20]

In diesem kurzen Beitrag konnten allenfalls beispielhaft einige Fragen und Fragestellungen angedeutet werden, denen man mit den hier zusammengetragenen Langzeitreihen nachgehen kann. Dabei werden Benutzer auf gewisse Unvollkommenheiten Acht geben müssen, etwa bei den Geldmengeschätzungen (Tabelle 1) oder Bankdaten (Tabelle 2) auf das Fehlen von Angaben für Privatbankiers – die bis in den 1870er Jahren wohl wichtigste Bankinstitution. Ungereimtheiten in den Daten sind stellenweise angemerkt, aber mögliche Veränderungen der Datenbasis waren nicht immer verifizierbar. Anspruchsvolle Ansätze, die diese Daten heranziehen, werden sicherlich auf zusätzliche Quellen und Daten zurückgreifen müssen. Hiermit wird für geld- und finanzhistorische Forschungsansätze eine erste Basis mitgeliefert.

Zum Weiterlesen empfohlen

Karl-Erich Born: Geld und Banken im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1977.

Carsten Burhop: Die Kreditbanken in der Gründerzeit, Stuttgart 2004.

Lothar Gall u. a.: Die Deutsche Bank 1870–1995, München 1995.

Carl-Ludwig Holtfrerich: Der Finanzplatz Frankfurt, München 1999.

Sidney Homer / Richard Sylla: A History of Interest Rates, 3. Aufl., New Brunswick (USA) 1996.

Jörg Lichter: Preußische Notenbankpolitik in der Formationsphase des Zentralbanksystems 1844 bis 1857, Berlin 1999.

Michael North: Das Geld und seine Geschichte, München 1994.

Bernd Sprenger: Geldmengenänderungen in Deutschland im Zeitalter der Industrialisierung (1835–1913), Köln 1982.

Richard Tilly: Geld und Kredit in der Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart 2003.

Christoph Wetzel: Die Auswirkungen des Reichsbörsengesetzes von 1896 auf die Effektenbörsen im Deutschen Reich, insbesondere auf die Berliner Fondsbörse, Münster 1996.

16 Verkehr und Kommunikation

Christopher Kopper

Anzahl der Lokomotiven in der Bundesrepublik 1950 und 1989:

1950 — **13 900**

1989 — **6 400**

1989 — **3 900 000**

Anzahl der Pkw in der DDR 1960 und 1989:

1960 — **310 000**

1989 — **592 000 000**

Mit der Eisenbahn beförderte Personen in der DDR 1960 und 1989:

1960 — **943 000 000**

Güterumschlag im Seehafen Rostock 1960 und 1980:

1960 — **1 400 000 Tonnen**

1980 — **15 000 000 Tonnen**

Die Geschichte des 19. und des 20. Jahrhunderts ist eine Geschichte der Transportrevolution. Durch den Bau eines landesweiten Eisenbahnnetzes vervielfachten sich die Transportmengen und Transportentfernungen. Menschen erhielten Mobilitätsmöglichkeiten, die im Vor-Eisenbahnzeitalter undenkbar waren. Nach 1945 hob die individuelle Massenmotorisierung die Gegensätze zwischen verkehrsnahen und verkehrsfernen Räumen auf und reduzierte den Raumwiderstand nochmals erheblich.

Der Beginn des modernen Massentransports

Die Eröffnung der ersten deutschen Eisenbahnlinie von Nürnberg nach Fürth im Jahr 1835 markierte noch nicht den Durchbruch, aber den Anfang der Transportrevolution im 19. Jahrhundert. Erst die Erfindung eines maschinengetriebenen Verkehrsmittels mit einer niedrigen Gleitreibung ermöglichte den kostengünstigen Transport schwerer Massengüter wie Kohle und Erz abseits der Flüsse und der noch kaum vorhandenen Kanäle. Obwohl die Eisenbahn als schnelles Transportmittel für Menschen, Briefe und Zeitungen bereits in der Revolution von 1848 eine Rolle spielte, war das deutsche Eisenbahnnetz 1850 mit einer Länge von 4 800 km jedoch noch weitmaschig.

Der Durchbruch der Eisenbahn zum Leitsektor der Industriellen Revolution in Deutschland lässt sich auf die 1850er Jahre datieren. In diesem Jahrzehnt führten die noch überwiegend privatwirtschaftlichen Eisenbahngesellschaften den „Pfennigtarif“ ein, bei dem der Transport von einer Tonne Kohle über einen Kilometer nicht mehr als einen Pfennig kostete. Neben dem positiven Angebotseffekt des preiswerten Gütertransports erzeugten die Eisenbahn und der Eisenbahnbau einen nachhaltigen Nachfrageeffekt für Bauleistungen und Erzeugnisse des Maschinen- und Fahrzeugbaus, der den *Take-off* der deutschen Wirtschaft im Zeitalter der Industrialisierung beschleunigte.[1] Das durch die Eisenbahn induzierte Verkehrswachstum war gewaltig: Von 1850 bis 1870 stieg der Personenverkehr auf der Bahn – in Personenkilometern (pkm) gerechnet – auf das 16-Fache; der Güterverkehr mit der Bahn stieg in Tonnenkilometern (tkm) gerechnet sogar um das 25-Fache. ▸ Tab 1

Die Transportrevolution im Landverkehr beschleunigte neben der privaten Kommunikation per Brief auch die mediale Massenkommunikation durch Zeitungen, die immer häufiger noch am gleichen Tag den Zeitschriftenhandel und die Abonnenten erreichten. Obwohl das Landstraßennetz in Preußen und den anderen Staaten des Deutschen Bundes systematisch gepflastert und für schwerere Fuhrwerke ausgebaut wurde[2], konnten weder der Güterverkehr noch der Personenverkehr auf längeren Strecken hinsichtlich der Transportkosten und Fahrzeiten mit der Eisenbahn konkurrieren. Die Landstraßenmaut, die in Preußen erst 1875 abgeschafft wurde, war ein weiterer Anreiz, Güter auf längeren Strecken mit der Bahn zu versenden.

Die fälschlicherweise als „Große Depression“ bezeichnete Gründerkrise von 1873 bis 1878 schlug sich neben dem spektakulären Konkurs des Eisenbahnkonzerns von Bethel Strousberg in einer zeitweisen Verlangsamung des Verkehrswachstums auf der Schiene nieder. In diesen fünf Jahren wuchs der Güterverkehr (in Tonnenkilometern) lediglich um 14 Prozent, was aber nicht als Zeichen einer Rezession zu werten ist. Zur gleichen Zeit scheiterte Reichskanzler Otto von Bismarck mit seinem Versuch, die Staatsbahngesellschaften der Länder auf das Deutsche Reich zu überführen. Angesichts der erheblichen Ertragsüberschüsse der Länderbahnen stieß sein Versuch, die Macht des Reichs zu Lasten der Bundesstaaten zu steigern, auf den unüberwindlichen Widerstand der Bundes-

60 000

Kilometer lang war das Eisenbahnnetz 1913. 44 700 Kilometer sind es noch im Jahr 2000.

staaten im Reichsrat.[3] Die Staatsbahnen entwickelten sich zu einer wichtigen Einnahmequelle der Bundesstaaten und wurden deshalb unmittelbar in das Fiskalvermögen eingegliedert. ▸ Tab 1, Abb 1

Aus haushaltspolitischen Gründen machten die Regierungen in Preußen und den anderen deutschen Ländern in den späten 1870er Jahren von ihrem Recht Gebrauch, die Aktien der größeren privaten Eisenbahngesellschaften aufzukaufen. Die Königlich Preußische Eisenbahnverwaltung (KPEV) war, wie der Name sagte, kein selbstständiges öffentliches Unternehmen, sondern eine unselbstständige Betriebsverwaltung innerhalb des Staatsministeriums für öffentliche Arbeiten. Das Preußische Ministerium für öffentliche Arbeiten nutzte seinen finanziellen Spielraum aus, um mit den Betriebsüberschüssen der KPEV den Bau von Nebenbahnen zu finanzieren und andere Gebietskörperschaften, wie die Provinzialverwaltungen und die Landkreise, bei der Finanzierung von eigenen Nebenbahn- und Kleinbahnprojekten zu unterstützen.[4] Vor allem durch den Bau von Nebenbahnen verdoppelte sich die Länge des deutschen

▸ Tab 1 **Eisenbahnen**

	Streckenlänge	Lokomotiven	beförderte Personen	geleistete Personenkilometer	beförderte Güter	geleistete Tonnenkilometer
	1 000 km	1 000	Mio.	Mio.	Mio. t	Mrd.
	x0708	x0709	x0710	x0711	x0712	x0713
	Deutscher Bund / Deutsches Reich					
1850	4,8	0,8	13	–	2,8	–
1870	18,3	5,5	113	4,4	69,8	5,3
1880	33,7	10,9	215	6,5	165,2	14,1
1890	41,9	14,2	426	11,2	217,8	22,4
1900	49,9	19,1	857	20,1	360,2	36,9
1913	60,8	29,5	1 798	41,2	676,6	67,5
1925	56,0	28,1	2 168	49,9	442,6	60,2
1929	56,6	24,6	2 041	48,0	528,5	77,0
1937	59,1	21,1	1 874	51,1	496,3	73,0
	Bundesrepublik					
1950	36,9	13,9	1 472	30,3	233,7	48,1
1960	36,3	10,1	1 399	38,4	327,2	64,9
1970	33,7	8,5	1 054	38,1	392,1	86,2
1980	31,5	7,5	1 165	38,9	364,3	66,8
1989	29,8	6,4	1 134	42,0	315,4	63,3
	DDR					
1950	12,9	–	954	18,6	128,5	15,1
1960	16,2	–	943	21,3	237,8	32,9
1970	14,7	5,3	626	17,7	262,9	41,5
1980	14,3	5,7	607	22,0	311,6	56,4
1989	14,0	6,1	592	23,8	339,3	59,0
	Deutschland					
2000	44,7	7,8	2 002	75,0	294,4	76,1

▶ Abb 1 **Güterverkehr der Bahn — in Milliarden Tonnenkilometern**

Eisenbahnnetzes von 1878 (30 000 km) bis 1914 (62 000 km). Sieht man von kleineren Staaten wie Belgien und der Schweiz ab, besaß das Deutsche Reich das dichteste Eisenbahnnetz auf dem europäischen Kontinent. Auch die Kommunikation per Brief hatte sich nicht zuletzt durch die Synergieeffekte zwischen dem Ausbau des Bahnnetzes und der beschleunigten Postbeförderung sehr verdichtet. Während 1870 334 Millionen Briefsendungen verschickt wurden, waren es 1913 6 822 Millionen. Der Postverkehr erreichte damit ein Niveau, das in den 1920er und 1930er Jahren nur noch unwesentlich übertroffen wurde. ▶ Tab 1, Tab 6

Obwohl der Binnenschiffverkehr auf Flüssen und Kanälen ab den 1880er Jahren signifikant wuchs, verzeichnete der Güterverkehr auf der Eisenbahn von 1878 bis 1914 nochmals eine Versechsfachung seines Volumens in Tonnenkilometern. Der Wachstumsschub des Binnenschiffverkehrs war unter anderem eine Folge des Kanalbaus, der viele Steinkohlezechen des schnell wachsenden Ruhrgebiets durch den Rhein-Herne-Kanal (Eröffnung 1914) mit dem Rheinhafen Duisburg verband. Seit 1899 stellte der Dortmund-Ems-Kanal eine Schifffahrtsverbindung zwischen dem Nordseehafen Emden und dem Ruhrgebiet dar, durch den vor allem die Hochöfen des Ruhrgebiets mit Eisenerz aus Schweden versorgt wurden. In der gleichen Zeit wurde durch den Oder-Spree-Kanal (1891) und den Oder-Havel-Kanal (1914) eine direkte Schiffverbindung zwischen dem oberschlesischen Industrierevier und der Reichshauptstadt Berlin geschaffen, die bis 1945 Deutschlands größte Industriestadt bleiben sollte. ▶ Tab 2, Tab 3

Während bis 1900 die Berliner Häfen die größte Umschlagmenge verzeichneten, standen danach die Häfen von Duisburg und Berlin bis in die 1920er Jahre auf vergleichbarer Höhe. Duisburg profitierte besonders von seiner Lage am Rhein, der weitaus verkehrsreichsten Binnenwasserstraße in Deutschland und Europa. Die Schifffahrt auf dem Rhein wuchs auch dank der Mannheimer Rheinschifffahrtsakte von 1868, die den Schiffen aller Anrainerstaaten die abgabenfreie Benutzung und den freien Marktzugang zusicherte. Aus der Sicht der Landeseisenbahnverwaltungen war das Wachstum des Binnenschiffverkehrs nicht problematisch, solange die Bahnen im Güterverkehr Gewinne erwirtschafteten. Spezielle Umschlagtarife der Eisenbahnverwaltungen für den „gebrochenen“ Verkehr mit Bahn und Binnenschiff ermutigten eine funktional und verkehrsgeografisch begründete Arbeitsteilung im Massengutverkehr. Die Bedenken der ostelbischen Agrarlobby verhinderten jedoch bis in die 1920er Jahre den Weiterbau des Mittellandkanals von Hannover in Richtung Elbe und damit eine Verbindung zwischen den Stromgebieten von Rhein, Weser, Elbe und Oder.

Die allmähliche Auflösung des Bahnmonopols

Bereits Jahre vor dem Kriegsbeginn im August 1914 hatte der preußische Generalstab in Zusammenarbeit mit der KPEV geheime Fahrpläne für den Mobilisierungsfall ausgearbeitet, um die Truppen so schnell wie möglich an die westliche und an die östliche Reichsgrenze zu transportieren. Während die Mobilmachungstransporte im August 1914 mit sprichwörtlicher generalstabsmäßiger Präzision funktionierten, stießen die Länderbahnen 1917 an ihre personellen und materiellen Grenzen. Der Mangel an Zug- und Streckenpersonal, an Lokomotiven und Waggons und an

▶ Tab 2 **Binnenschifffahrt**

	Länge schiffbarer Wasserstraßen	Güterschiffe mit eigener Triebkraft		beförderte Güter	geleistete Tonnenkilometer auf allen Wasserstraßen	Güterumschlag Binnenhäfen			
		Anzahl	Tragfähigkeit			Duisburg	Mannheim	Magdeburg	Berlin
	1 000 km		1 000 t	Mio. t	1 000 tkm	Mio. t			
	x0714	x0715	x0716	x0717	x0718	x0719	x0720	x0721	x0722
	Deutscher Bund/Deutsches Reich								
1850	–	–	–	–	–	–	–	–	1,22
1870	–	–	–	–	–	–	–	–	2,37
1880	–	–	–	–	3,6	–	–	–	3,49
1890	–	–	–	–	6,6	6,60	0,80	1,56	4,67
1900	14,17	–	–	–	11,5	–	–	–	5,45
1913	14,73	4 218	254	96	21,5	28,91	0,79	0,55	3,93
1925	11,04	–	–	86	18,9	–	–	–	6,87
1929	10,79	2 285	283	111	23,2	–	–	–	10,70
1937	7,65	3 060	495	133	29,2	23,08	5,59	–	8,38
	Bundesrepublik								
1950	4,50	1 780	567	72	16,8	14,53	3,34	–	–
1960	4,44	4 560	2 381	171	40,4	34,19	6,94	–	4,04
1970	4,38	5 190	3 448	240	48,8	41,19	9,40	–	7,35
1980	4,47	3 190	2 825	241	51,4	57,37	7,86	–	7,89
1989	4,51	2 439	2 519	235	54,0	53,50	7,50	–	7,14
	DDR								
1950	–	–	–	10	1,6	–	–	–	–
1960	–	–	–	12	2,3	–	–	3,02	2,40
1970	–	1 544	703	13	2,4	–	–	3,32	2,38
1980	–	1 349	665	16	2,2	–	–	3,62	2,41
1989	–	1 228	658	20	2,3	–	–	4,11	4,31
	Deutschland								
2000	7,47	–	–	242	66,5	50,15	7,92	2,78	4,14
2010	7,71	1 336	1 926	230	62,3	49,30	7,59	2,35	3,77

Arbeitskräften in den Ausbesserungswerken führte ab 1917 zu einer Transportkrise, die vor allem die Versorgung der Zivilbevölkerung, aber auch die militärische Logistik betraf. Zudem erzielten die Länderbahnen ab 1917 zunehmend höhere Defizite, weshalb die Länderregierungen bei den Verhandlungen zur Weimarer Verfassung 1919 zustimmten, die Länderbahnen in Reichsbesitz zu überführen.

Die konjunkturelle Scheinblüte der Inflationszeit und die zunehmend durch die Inflation entwerteten Tarife waren dafür verantwortlich, dass die neugegründete Reichsbahn 1922 mit 68,1 Milliarden Tonnenkilometern die Transportleistung des letzten Vorkriegsjahrs 1913 (57,3 Milliarden Tonnenkilometer) trotz des um 10 Prozent verkleinerten Reichsgebiets deutlich übertraf.[5] Erst auf dem Höhepunkt der Hyperinflation im Sommer 1923 ging die Reichsbahn dazu über, ihre Tarife an die allgemeine Preisentwicklung zu indexieren.

Als Folge der hohen Betriebsdefizite entschloss sich die Reichsregierung, die unselbstständige Hoheitsverwaltung Reichsbahn in eine wirtschaftlich selbstständige Aktiengesellschaft mit dem Namen Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft (DRG) umzuwandeln. Von 1924 bis 1929 war ein großer Teil ihrer Gewinne zweckgebunden, um die Reparationsschulden des Reiches zu finanzieren. Dank ihrer hohen Modernisierungsinvestitionen während der Inflationszeit und in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre gehörte die DRG zu den modernsten und profitabelsten Eisenbahnbetrieben Europas.

Am Ende der 1920er Jahre wurde die positive Ertragslage der DRG zum ersten

▶ Tab 3 **Seeschifffahrt**

	Seeschiffe		Anteil an Welthandels-tonnage	Güterumschlag Seehäfen					
	Bestand insgesamt	Tragfähigkeit insgesamt		Hamburg	Bremische Häfen	Emden	Rostock	Wismar	Stralsund
	Anzahl	1 000 t	%	Mio. t					
	x0723	x0724	x0725	x0726	x0727	x0728	x0729	x0730	x0731
	Deutscher Bund / Deutsches Reich								
1850	1 984	240	–	–	–	–	–	–	–
1870	1 602	183	–	–	–	–	–	–	–
1880	3 173	20	–	–	–	–	–	–	–
1890	2 472	25	–	–	–	–	–	–	–
1900	2 623	19	9,7	–	–	–	–	–	–
1913	3 520	–	11,0	–	–	–	–	–	–
1925	3 199	–	4,8	22,50	4,07	2,98	0,33	0,12	–
1929	3 155	–	6,1	28,57	6,47	3,94	0,48	0,20	0,19
1937	2 865	–	6,0	25,26	8,15	8,01	0,45	0,22	0,19
	Bundesrepublik								
1950	1 665	770	0,5	11,00	5,95	4,95	–	–	–
1960	1 843	4 762	3,5	30,75	15,14	10,29	–	–	–
1970	1 638	8 441	3,5	46,95	23,38	15,24	–	–	–
1980	1 177	7 604	–	60,69	25,43	7,14	–	–	–
1989	627	4 002	–	53,90	29,90	3,00	–	–	–
	DDR								
1960	47	197	–	–	–	–	1,41	2,24	0,70
1970	175	940	–	–	–	–	10,14	1,77	0,81
1980	192	1 305	–	–	–	–	15,28	3,29	0,72
1989	163	1 293	–	–	–	–	20,78	3,35	1,00
	Deutschland								
2000	674	6 499	–	76,95	39,22	3,42	18,63	2,69	0,68
2010	–	–	–	104,50	59,11	4,32	19,49	3,46	0,81

Mal vom Wachstum des Straßengüterverkehrs bedroht. Obwohl der Straßengüterverkehr 1930 nur ein Transportvolumen von 3,5 Milliarden Tonnenkilometern besaß[6], während die Eisenbahn 55,3 Milliarden Tonnenkilometer transportierte, begann der Lkw-Verkehr das Geschäftsmodell der Bahn infrage zu stellen. Der gewerbliche Lkw-Fernverkehr und der Werkverkehr begannen ihren Marktdurchbruch bei den Fertigwaren mit den höchsten Transporttarifen. Während die Tarifpolitik der DRG auf soziale und regionalpolitische Interessen Rücksicht nehmen und alle Kunden gleich behandeln musste, operierte der gewerbliche Lkw-Verkehr ohne jede staatliche Tarifaufsicht und Marktregulierung. Die DRG sah ihr Geschäftsmodell bedroht, bei dem sie den gemeinwirtschaftlichen Personennahverkehr und einige Ausnahmetarife im Massengutverkehr durch Gewinne bei Fertigwaren quersubventionierte. Um die DRG vor Verlusten durch den unregulierten Wettbewerb mit dem Güterfernverkehr auf der Straße zu schützen, erließ die Reichsregierung unter Heinrich Brüning im Oktober 1931 eine Notverordnung zur Tarif-

1930

hatten Lkw ein Transportvolumen von 3,5 Milliarden, die Bahn von 55,3 Milliarden Tonnenkilometern.

▶ Abb 2 **Lastkraftwagen (Lkw) — in Millionen***

* Bis 2007 wurden alle Kraftfahrzeuge gezählt, die in Deutschland vorhanden waren. Ab 2008 werden nur die gezählt, die zum Stichtag zugelassen sind.

gleichheit im Fernverkehr auf Straße und Schiene.[7] 1935 beschränkte das Reichsverkehrsministerium auch die Zahl der Lkw, die für den gewerblichen Güterfernverkehr (ab 50 Kilometer) zugelassen waren, um die Kapazitäten der Konkurrenz auf der Straße zu regulieren. ▶ Abb 2

Während die nationalsozialistische Verkehrspolitik das Wachstum des Lkw-Verkehrs begrenzte, förderte sie den Kauf von Pkw mit dem Mittel der Steuerpolitik. Die Zahl der Pkw stieg nicht zuletzt dank der Steuerfreiheit für Neufahrzeuge von 1933 bis 1938 von 0,5 bis auf 1,3 Millionen Fahrzeuge. Ungeachtet aller Motorisierungspropaganda war Deutschland vor dem Krieg von der Massenmotorisierung noch weit entfernt. Auf 1 000 Einwohner kamen 1938 lediglich 19 Pkw. Dies hätte sich auch dann nicht geändert, wenn der Krieg nicht die Massenproduktion des Volkswagens verhindert hätte. Der anvisierte Kaufpreis von 990 Reichsmark wäre weit überschritten worden und hätte den Durchbruch des Autos zum Massenkonsumgut verhindert.[8] Das am meisten verbreitete motorisierte Verkehrsmittel war noch immer das preiswertere Motorrad, von dem 1938 1,5 Millionen Fahrzeuge zugelassen waren. Die Motorradwelle ging erst in den späten 1950er Jahren zu Ende, als die Zahl der zugelassenen Pkw die Zahl der Motorräder überholte. ▶ Tab 4

Leider fehlen für die Zeit des Zweiten Weltkriegs zuverlässige Zahlen über die Transportleistungen von Bahn, Binnenschifffahrt und Kraftverkehr. In der Forschung herrscht jedoch Übereinstimmung, dass die Reichsbahn bis zum Sommer 1944 die Transportanforderungen der Wehrmacht, der Rüstungsproduktion und der Zivilbevölkerung erfüllen konnte. Erst der Strategiewechsel der alliierten Luftkriegsführung zu einer gezielten Bombardierung von Bahnanlagen führte zu einer zunehmenden Lähmung der Eisenbahn.[9]

Der Durchbruch des motorisierten Straßenverkehrs

Die Verkehrsinfrastruktur war nach dem Krieg durch gesprengte Brücken und zerstörte Gleisanlagen zunächst nur sehr eingeschränkt nutzbar. Die arbeitsintensive Rekonstruktion des Schienennetzes sowie der Lokomotiven und Waggons in den Jahren von 1945 bis 1948 schuf die Voraussetzung dafür, dass die Bahn nach der Währungsreform dem Transportbedarf der Wirtschaft und der Transportnachfrage der Bevölkerung gerecht werden konnte. Gegenüber dem Lkw-Verkehr geriet die neugegründete Deutsche Bundesbahn (DB) jedoch in einen Wettbewerbsnachteil. Zum anderen musste die DB die Kosten für die Beseitigung der Kriegsschäden selbst tragen, während das Straßennetz auf Staatskosten instandgesetzt wurde. Zum anderen endeten mit dem Deutschen Reich auch die Institutionen zur Regulierung des Wettbewerbs zwischen Straße und Schiene. Erst ab 1952 konnte die Bundesregierung die Einhaltung der Tarifparität wieder überwachen. Darüber hinaus musste die DB erhebliche Mehraufwendungen für die Wiedereinstellung von 45 000 Flüchtlingen und Entnazifizierten tragen, die nach betriebswirtschaftlichen Kriterien überzählig waren.[10] Dies hatte zur Folge, dass die DB lediglich 1951 auf dem Höhepunkt des Nachkriegsbooms einen Gewinn ausweisen konnte und ab 1952 zunehmend höhere Defizite ausweisen musste. Wegen der zunehmenden Konkurrenz des Lkw beim Transport von Kaufmannsgütern verlor die DB die Möglichkeit, den defizitären Personennahverkehr mit den Gewinnen des Güterverkehrs zu subventionieren.

Der Lkw-Verkehr wuchs unter anderem wegen der großzügigen steuerlichen Abschreibungen für Investitionsgüter, die Industrie und Handel einen finanziellen Anreiz boten, Transporte in eigener Regie durchzuführen. Während die Zahl der Pkw im Bundesgebiet erst 1952 den Stand von 1939 überschritt, gab es bereits Ende 1948 mehr Lkw als vor dem Krieg. Obwohl der Bundestag 1955 eine hohe Abgabe für Gütertransporte im Werkfernverkehr beschloss, ließ sich die wachsende Konkurrenz des Lkw nicht einhegen. Die Transportleistungen des Werkverkehrs gingen nur kurzzeitig und lediglich bei Massengütern zurück, während sich der Siegeszug des Lkw bei Kaufmannsgütern fortsetzte. ▶ Abb 2, Tab 4

Während sich der Strukturwandel des Verkehrs durch die Motorisierung des Güter- und Personenverkehrs bis 1939 erst in Ansätzen gezeigt hatte, hatte sich die Transportleistung des Lkw-Güterverkehrs bis 1955 (25 Milliarden Tonnenkilometer) gegenüber 1938 (6,7 Milliarden Tonnenkilometer) fast vervierfacht.[11] Die Bundesdeutschen wurden durch das unerwartet schnelle Wachstum des Straßenverkehrs im wahrsten Sinne des Wortes überrollt. Mit 12 800 Toten im Straßenverkehr (1955) hatte sich die Zahl der Unfallopfer im Verkehr gegenüber der Vorkriegszeit mehr als verdoppelt. Der Preis des automobilen Fortschritts war im öffentlichen Bewusstsein so hoch gestiegen, dass die Bundesregierung 1957 innerhalb geschlossener Ortschaften die erste allgemeingültige Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h einführen musste. ▶ Tab 4

Da Geschwindigkeitsbegrenzungen im verkehrspolitischen Diskurs der Öffentlichkeit als ein Element der kriegsbedingten Benzinrationierung in den Jahren von 1939 bis 1949 angesehen wurden, ließen sich weitere Geschwindigkeitsbegrenzungen nicht durchsetzen. Dies änderte sich erst, als die Öffentlichkeit Anfang der 1970er Jahre durch die Rekordzahl von 19 000 Toten im Straßenverkehr (1970) alarmiert wurde und eine Konsenslösung

▶ Tab 4 **Straßenverkehr***

	Länge der Fernstraßen	Länge der Autobahnen	Kraftfahrzeuge insgesamt	Personenkraftwagen	Personenkraftwagen	Lastkraftwagen	Motorräder	Unfälle	Getötete	Verletzte
	1 000 km	1 000 km	Mio.		auf 1 000 Einwohner	Mio.		10 000		
	x0732	x0733	x0734	x0735	x0736	x0737	x0738	x0739	x0740	x0741
	Deutsches Reich									
1906	–	–	0,02	–	–	–	–	2,3	0,1	1,5
1913	–	–	0,08	0,05	0,7	0,01	0,02	11,8	0,5	6,3
1920	–	–	0,06	0,03	0,5	0,02	0,01	–	–	–
1930	–	–	1,42	0,49	7,5	0,16	0,73	–	–	–
1938	–	3,07	3,24	1,27	18,6	0,37	1,51	2,7	0,7	1,8
	Bundesrepublik									
1950	–	–	2,02	0,54	10,8	0,39	0,93	26,1	0,6	15,7
1960	26,90	2,50	8,00	4,49	80,8	0,68	1,89	99,0	1,4	45,5
1970	36,30	4,10	16,97	13,94	229,9	1,03	0,38	139,2	1,9	53,2
1980	39,59	7,29	27,12	23,19	376,7	1,28	0,74	168,5	1,3	50,1
1989	39,82	8,72	34,70	29,76	479,4	1,35	1,38	199,8	0,8	44,9
	DDR									
1950	–	–	0,38	0,08	4,1	0,10	1,13	–	0,1	1,2
1960	12,34	1,38	1,43	0,31	18,2	0,13	2,77	–	0,2	4,7
1970	12,42	1,41	2,98	1,17	68,3	0,23	1,75	5,2	0,2	4,6
1980	13,11	1,69	4,61	2,68	160,0	0,35	2,04	5,1	0,2	4,1
1989	13,17	1,85	5,96	3,90	234,7	0,41	2,71	4,8	0,2	4,1
	Deutschland									
2000	53,01	11,71	51,36	42,84	521,3	2,53	3,34	235,0	0,8	50,4
2010	–	–	52,29	41,39	506,0	2,39	3,76	241,1	0,4	37,1

* Bis 2007 wurden alle Kraftfahrzeuge gezählt, die in Deutschland vorhanden waren. Ab 2008 werden nur die gezählt, die zum Stichtag zugelassen sind.

▶ Abb 3 **Personenkraftwagen (Pkw) — in Millionen**

mit 100 km/h auf Landstraßen politisch durchsetzbar war.

Die 1950er Jahre waren das Jahrzehnt der beginnenden Massenmotorisierung. Bis 1960 hatte die bundesdeutsche Gesellschaft den Motorisierungsrückstand gegenüber Großbritannien und Frankreich aufgeholt. Das Jahr 1960 markierte auch in anderer Hinsicht einen Wendepunkt in der Verbreitung des Autos: Zum ersten Mal machten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr als 50 Prozent der Pkw-Halter aus.[12] Für den steilen Anstieg des Pkw-Bestandes von 0,4 auf 4,5 Millionen während der 1950er Jahre waren neben den stetig steigenden Realeinkommen die stabilen und zeitweise sogar sinkenden Preise für neue und gebrauchte Autos verantwortlich. Die deutsche Autoindustrie holte die Entwicklung zur fordistischen Massenproduktion in den 1950er Jahren nach. Der weitaus größte deutsche Hersteller Volkswagen konnte seine Stückkosten auch dank der Absatzerfolge auf den ausländischen Märkten senken, auf denen er 50 Prozent seiner gesamten Produktion verkaufte.[13] Dagegen war der Beitrag der Verkehrspolitik zur Förderung des Pkw eher gering. 1955 senkte die Bundesregierung die hohe Kraftfahrzeugsteuer um 20 Prozent, erhöhte aber im Gegenzug die Mineralölsteuer. Da der Ausbau des Autobahnnetzes in den 1950er Jahren zunächst nur langsam anlief, profitierte die Bundesrepublik im starken Maße von den Investitionen des NS-Regimes. ▶ Abb 3, Tab 4

Die 1960er und frühen 1970er Jahre werden in der Geschichtsschreibung zu Recht als eine Zeit der Planungseuphorie bezeichnet. Die Erwartung in stetig steigende Haushaltsmittel für Infrastrukturinvestitionen schlug sich im intensiven Ausbau der städtischen und der überörtlichen Straßennetze und in umfassenden langfristigen Planungen für S-Bahn- und U-Bahn-Netze in großstädtischen Ballungsräumen nieder. Durch den Einsatz von Düsenflugzeugen wurden erstmals Flugreisen für einen breiteren Personenkreis erschwinglich. ▶ Tab 5

Während die wirtschaftliche Hochkonjunktur bis Anfang der 1970er Jahre für ein hohes Wachstum der eisenbahnaffinen Grundstoffindustrie sorgte, führten das Ende des steilen Wachstumspfades nach der Ersten Ölpreiskrise (1973/74) und die Strukturkrise der Eisen- und Stahlindustrie zu einem deutlichen Rückgang des Güterverkehrs auf der Schiene. Auch das zuvor sehr stetige Wachstum des Pkw-Besitzes verlangsamte sich in den Jahren von 1973 bis 1975 erheblich, was die deutsche Autoindustrie vor erhebliche Anpassungsprobleme stellte. Während die Zweite Ölpreiskrise 1979 und die weltweite konjunkturelle Rezession Anfang der 1980er Jahre für einen vergleichbaren Rückgang des Gütertransports auf der Schiene verantwortlich waren, verlangsamte sich das Wachstum des Straßenverkehrs trotz gestiegener Benzinpreise nicht.

Der Prozess des Strukturwandels im Verkehr war schon vor der Wiedervereinigung im Jahr 1990 weitgehend abgeschlossen. Von den 1960er bis in die 1980er Jahre hatte der Güterverkehr auf der Straße die Bahn als das wichtigste Landverkehrsmittel abgelöst. Obwohl die

4,5
Millionen Pkw gab es 1960 in Deutschland.

1950
waren es nur 540 000 gewesen.

▶ Tab 5 **Luftverkehr**

	deutsche Fluggesellschaften				deutsche Flughäfen	
	beförderte Personen		beförderte Luftfracht		beförderte Personen	beförderte Luftfracht
	Anzahl	Personenkilometer	Gewicht	Tonnenkilometer		
	Mio.	Mrd.	1 000 t	Mrd.	Mio.	1 000 t
	x0742	x07403	x0744	x0745	x0746	x0747
	Deutsches Reich					
1925	0,06	0,01	0,5	–	–	–
1929	0,10	0,02	2,1	0,001	0,18	3,4
1939	0,28	0,11	4,3	0,002	0,54	7,8
	Bundesrepublik					
1950	–	–	–	–	0,70	13,0
1960	1,29	1,45	20,0	45	7,80	114,0
1970	9,45	14,61	210,0	550	32,10	527,0
1980	19,54	35,75	479,0	1 730	49,00	854,0
1989	32,02	65,60	1 021,0	4 310	73,00	1 473,0
	DDR					
1960	0,26	0,17	4,6	–	–	–
1970	0,84	0,95	17,3	0,03	–	–
1980	1,22	2,05	27,7	0,07	–	–
1989	1,62	3,32	31,0	0,09	–	–
	Deutschland					
2000	67,06	144,40	1 840,0	7 670	143,60	2 337,0
2010	–	–	–	–	190,70	4 366,0

Bahn ihre Verkehrsleistungen – gemessen in Personenkilometern – im Personenverkehr dank schnellerer und häufigerer Zugverbindungen noch steigern konnte, war sie in ihrer quantitativen Bedeutung hinter dem Pkw weit zurückgefallen. Hierzu trug auch die Stilllegung des Personenverkehrs auf schlecht ausgelasteten Nebenstrecken bei. Da die Statistik nur die Strecken erfasst, die auch für den Güterverkehr stillgelegt wurden, spiegeln die Zahlen den vollen Umfang des „Rückzugs aus der Fläche“ nicht in seiner ganzen Dimension wider. ▶ Tab 1

Durch die Bundesbahnreform von 1993 wurde die DB von ihrer drückenden Altschuldenlast befreit und erhielt ausreichende öffentliche Leistungsvergütungen für den Personennahverkehr. Die Öffnung des Schienenverkehrsmarktes für Konkurrenten im Güterverkehr und die Ausschreibung von Nahverkehrsleistungen trugen zu qualitativen Leistungsverbesserungen bei und schufen Anreize, technische und organisatorische Produktivitätsreserven zu erschließen.

Die Vollendung des offenen und freien europäischen Binnenmarktes bis 1992 sollte den Trend zum Lkw weiter verstärken. Mit dem europäischen Binnenmarkt entfielen neben der quantitativen Beschränkung von Fernverkehrslizenzen auch die Zugangsbarrieren für ausländische Transportunternehmer im grenzüberschreitenden Verkehr und im deutschen Inlandsmarkt. Eine wichtige Rolle spielte auch die logistische Revolution, die durch zeitnahe Güteranlieferung (*just in time)* die Nachfrage nach Verkehrsleistungen zusätzlich verstärkte.

In der ehemaligen DDR brach mit der Planwirtschaft auch die strikte Lenkung des Gütertransports mit Transportnormativen zusammen, die einen großen Teil des Güterverkehrs über 50 Kilometer auf die stark belastete Deutsche Reichsbahn geleitet hatte. Die Marktwirtschaft beendete Wartezeiten von mehr als zehn Jahren für einen neuen Pkw und sorgte innerhalb von nur acht Jahren (von 1988 bis 1996) für eine Verdoppelung des Autobestands

2,4
Millionen Telefonanschlüsse gab es in der Bundesrepublik 1950.

43,1
Millionen waren es 1989.

auf 1 000 Einwohner. Doch auch 20 Jahre nach dem Fall der Mauer lagen die Zahlen bei einem wichtigen Wohlstandsindikator, der Zahl der Pkw auf 1 000 Einwohner, in Westdeutschland um 35 Prozent höher als in Ostdeutschland. ▸ Tab 1, Tab 4

In der Nachkriegszeit verdichtete sich die virtuelle Kommunikation dank des Durchbruchs des Telefons von einem Mittel der geschäftlichen Kommunikation zu einem fast überall vorhandenen Ausstattungsgegenstand. Während es 1950 in der Bundesrepublik nur 2,4 Millionen Telefonanschlüsse gab, waren 1989 43,1 Millionen Anschlüsse vorhanden. Seit Anfang der 1990er Jahre beschleunigte sich der technologische und ökonomische Wandel auf dem Gebiet der Telekommunikation. Durch den Übergang von analoger zu digitaler Telekommunikationstechnologie wurde neben der Massenverbreitung des Mobiltelefons auch die Mehrfachnutzung der Leistungsnetze für Telefon, Fax und Internet möglich. Der dramatische Fall der Telefongebühren war jedoch nicht allein eine Folge des Durchbruchs der digitalen Technologie, sondern auch der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes. ▸ Tab 6, Abb 4

▸ Tab 6 **Post und Kommunikation**

	beförderte Post			Telefon			Rundfunkgenehmigungen	
	Briefsendungen	Paket- und Wertsendungen	Luftpost	Sprechstellen	Ortsgespräche	Ferngespräche	Radio (Ton-Rundfunk)	TV (Fernseh-Rundfunk)
	Mrd.	Mio.	1 000 t	Mio.	Mrd.		Mio.	
	x0748	x0749	x0750	x0751	x0752	x0753	x0754	x0755
	Deutscher Bund / Deutsches Reich							
1870	0,33	41	–	–	–	–	–	–
1880	0,81	70	–	–	–	–	–	–
1890	1,58	113	–	0,05	0,18	0,008	–	–
1900	3,18	180	–	0,25	0,54	0,04	–	–
1913	6,82	299	–	1,22	1,87	0,21	–	–
1925	6,67	285	–	2,59	1,76	0,28	–	–
1929	7,66	278	0,7	3,20	2,30	0,30	–	–
1937	6,82	312	4,7	3,62	2,42	0,31	–	–
	Bundesrepublik							
1950	4,18	143	4,3	2,39	1,53	0,30	–	–
1960	8,50	287	25,2	5,99	3,47	1,09	15,89	4,64
1970	10,68	324	109,4	13,84	6,88	3,34	19,62	16,68
1980	12,24	268	157,2	28,55	14,15	7,76	23,32	21,19
1989	13,89	249	252,8	43,10	18,44	13,27	27,43	24,14
	DDR							
1950	1,18	31	–	0,36	0,62	0,10	3,45	–
1960	1,35	66	–	0,60	0,82	0,17	5,57	1,04
1970	1,38	68	–	0,95	0,92	0,38	5,98	4,50
1980	1,26	55	–	1,36	1,28	0,68	6,41	5,73
1989	–	51	–	1,83	1,45	0,89	6,73	6,20
	Deutschland							
2000	22,60	–	268,7	–	–	–	39,73	35,13
2010	19,97	793	–	38,23	–	–	42,67	36,53

▶ Abb 4 **Telefongespräche — in Milliarden**

Datengrundlage

In den Bänden des Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich, herausgegeben vom Statistischen Reichsamt, befinden sich die wichtigsten Zahlenreihen zur Entwicklung des Schienen-, Straßen- und Binnenschiffverkehrs bis 1945. Für die Geschichte nach 1945 liegen diese Zahlenreihen im Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik des Statistischen Bundesamtes und in den entsprechenden Fachserien des Statistischen Bundesamtes vor.[14] Die entsprechenden Daten zur Verkehrsgeschichte der DDR befinden sich in den Statistischen Jahrbüchern der DDR, herausgegeben vom Statistischen Amt der Deutschen Demokratischen Republik und in einer übersichtlichen Sonderveröffentlichung des Statistischen Bundesamtes.[15] Zusätzliche Daten zur Verkehrsentwicklung findet man in der jährlich erscheinenden Datensammlung „Verkehr in Zahlen“ des Bundesverkehrsministeriums. Über die Entwicklung der Zivilluftfahrt gibt die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen Auskunft.[16] Bereits 1957 veröffentlichte das damalige Bundespostministerium eine historische Datensammlung zum Post- und Fernmeldewesen.[17]

Die ausführlichste Datensammlung über den Eisenbahnverkehr von seinen Anfängen bis zur Wiedervereinigung ist in Rainer Fremdlings Datenkompilation publiziert.[18] Vom Mainzer Historiker Andreas Kunz stammen die qualitativ vergleichbaren Datensammlungen über die historische Entwicklung des Binnenschiffverkehrs und die Seeschifffahrt in Deutschland.[19] Zahlen über die Zulassungen und den Bestand von Kraftfahrzeugen in den Jahren bis 1933 sind in der Monografie von Rainer Flik veröffentlicht.[20]

Zum Weiterlesen empfohlen

Lothar Gall/Manfred Pohl (Hrsg.): Die Eisenbahn in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999.

Dietmar Klenke: „Freier Stau für freie Bürger“. Die Geschichte der bundesdeutschen Verkehrspolitik 1949–1994, Darmstadt 1995.

Christopher Kopper: Handel und Verkehr im 20. Jahrhundert (= Oldenbourg-Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 63), München 2002.

17 Landwirtschaft

Michael Kopsidis

Produktion an Roggen
im Deutschen Reich 1873 und
in Deutschland 2010:

1873 — **5 600 000 Tonnen**

2010 — **2 900 000 Tonnen**

2010 — **19 000 000 Hektar**

Landwirtschaftliche Nutzfläche
im Deutschen Reich 1893
und in Deutschland 2010:

1893 — **35 000 000 Hektar**

Fleischproduktion
in der Bundesrepublik
1950 und 1989:

1950 — **1 560 000 Tonnen**

1989 — **4 640 000 Tonnen**

2010 — **4 200 000**

Anzahl der Milchkühe
im Deutschen Reich 1913 und
in Deutschland 2010:

1913 — **11 300 000**

Der Durchbruch zu einem von Produktivitätssteigerungen getragenen modernen Wachstum erfolgte in der deutschen Landwirtschaft während der Industrialisierung. Entscheidend waren hierbei nicht wissenschaftsbasierte industrielle Inputs, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg das Agrarwachstum trugen, sondern der durch die boomende Lebensmittelnachfrage urban-industrieller Schichten ausgelöste Übergang zu intensiven Betriebssystemen, die nach heutigen Begriffen unter die ökologische Landwirtschaft fallen.

Durchbruch zum modernen Agrarwachstum

In Deutschland vollzog sich der Übergang zum modernen Wachstum in der Landwirtschaft parallel zur industriellen Revolution. Erstmals gelang es, die engen Grenzen des landwirtschaftlichen Wachstums zu überwinden, denen vorindustrielle Ökonomien unterworfen waren. Produktivitätssteigerungen wurden zur wichtigsten Triebkraft der agrarischen Entwicklung. Die Ausdehnung der Nutzfläche und des Arbeitseinsatzes verloren ihre bis dahin überragende Bedeutung für die Erhöhung der Agrarerzeugung. Über die letzten 160 Jahre ist die reale landwirtschaftliche Wertschöpfung im langfristigen Durchschnitt um jährlich 1,6 Prozent gewachsen.[1]

Der Übergang zum modernen Agrarwachstum setzte bereits im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts in immer mehr Regionen ein, um sich dann im Kaiserreich flächendeckend zu vollziehen. Bereits im Zuge der Industrialisierung begann das agrarische Produktivitätswachstum sich dauerhaft zu vervielfachen. Nur so ist zu erklären, dass es gelang, eine beständig wachsende Bevölkerung bei sinkendem Anteil der agrarisch Beschäftigten immer besser zu ernähren. Während der deutschen Industrialisierung ermöglichten die Leistungssteigerungen der Landwirtschaft eine alle vormodernen Erfahrungen übertreffende demografische Expansion und eine forcierte Urbanisierung (vgl. den Beitrag von Georg Fertig und Franz Rothenbacher).

In den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg war es dabei nicht die Übertragung industrieller Technologien auf die landwirtschaftliche Erzeugung, sondern der Übergang von einer stark subsistenz- zu einer marktorientierten Landwirtschaft, der das Agrarwachstum trug. Mit expandierender städtischer Industriebevölkerung und den nach 1870 zunehmenden Realeinkommen kam es zu einer über Jahrzehnte beständig steigenden Nachfrage nach Lebensmitteln. Insbesondere die Preise für wertschöpfungsintensive tierische Erzeugnisse wie Molkereiprodukte und Fleisch entwickelten sich nachfragebedingt über Jahrzehnte nur in eine Richtung, nämlich nach oben.[2] Die über immer besser funktionierende Märkte vermittelten Nachfrageeffekte machten für die Masse der Agrarproduzenten erstmals den mit erheblichen Risiken und Kosten verbundenen Übergang zu neuen, produktiveren und intensiveren Betriebssystemen lohnend.

Am Anfang des 19. Jahrhunderts stellte der Mangel an Stickstoff die entscheidende Beschränkung für Ertragssteigerungen dar. Eine Agrarrevolution beinhaltete unter diesen Umständen mehr als alles andere die Überwindung der Stickstoffbarriere. Erreicht wurde dies durch in langwierigen Suchprozessen von der landwirtschaftlichen Praxis selbst entwickelte Betriebssysteme, die sich vereinfachend unter den Stichworten Fruchtwechselwirtschaft und intensivierte Stallhaltung zusammenfassen lassen. Erhebliche agrarische Produktivitätszuwächse resultierten dabei vornehmlich aus dem Übergang zu neuen, arbeitsintensiven, Brache reduzierenden, vielfältigen Fruchtfolgen mit vermehrtem Futteranbau. Erstmals gelang es, gleichzeitig die pflanzliche und tierische Erzeugung zu steigern. Beide Komponenten wurden innerhalb des Betriebes in einem Kreislauf so miteinander verbunden,

dass sich die Nährstoffversorgung des Bodens – insbesondere mit Stickstoff – nachhaltig verbesserte. Vermehrter Futteranbau und Stallhaltung erhöhten den betrieblichen Viehbesatz. So vervielfachte sich die im Betrieb verfügbare Menge an organischem Dünger. Gleichzeitig führten die neuen Futterpflanzen, an erster Stelle ist hier Klee zu nennen, dem Boden Stickstoff zu. Vermehrte Gründüngung durch den Anbau von Zwischenfrüchten trug ebenfalls zu Bodenverbesserungen bei. Gleiches galt für ▸ Meliorationen. Neue tierische und pflanzliche Zuchtlinien erhöhten ebenfalls die Erträge. Zur Erklärung des beschleunigten Agrarwachstums bis zum Ersten Weltkrieg spielte Kunstdünger dagegen noch eine eher untergeordnete Rolle.

Während der Industrialisierung war es somit der marktinduzierte Übergang zu hochintensiven Formen der ökologischen bzw. integrierten Landwirtschaft, der das sich entfaltende moderne Agrarwachstum trug. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg lag ausschließlich der massiv erhöhte Einsatz wissenschaftsbasierter, industriell gefertigter Inputs wie Kunstdünger, Pflanzenschutzmittel und Maschinen aller Art dem Agrarwachstum zugrunde.

Technischer Fortschritt in der Landwirtschaft

Der technische Fortschritt weist dabei insbesondere in historischer Perspektive ausgeprägte sektorale Besonderheiten auf. Eine häufig vollzogene simple Übertragung von Entwicklungsmustern der industriellen Produktion auf die Landwirtschaft führt daher in die Irre. Sogenannte *Economies of Scale* bzw. Größenvorteile der Erzeugung, die für die Entstehung industrieller Großbetriebe seit dem 19. Jahrhundert maßgeblich waren, lagen in der Landwirtschaft bis lange nach dem Zweiten Weltkrieg nur in sehr abgeschwächtem Maße vor. Vielmehr überwiegen bis in die unmittelbare Gegenwart die gravierenden Nachteile großbetrieblicher Einheiten. Diese resultieren aus den im Unterschied zur Industrie sehr hohen Management- und Kontrollkosten und der in dieser Form nur in der Landwirtschaft gegebenen Überlegenheit eigenmotivierter Familienarbeitskräfte gegenüber Lohnarbeitern. Hinzu kommt die höhere Flexibilität kleinerer Betriebseinheiten. Der landwirtschaftliche Familienbetrieb stellt somit kein vormodernes Relikt dar, sondern auch unter kapitalistischen Wettbewerbsbedingungen eine optimale Anpassung an die landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen.[3]

Was die Landwirtschaft ebenfalls grundsätzlich von der Industrie unterscheidet ist die bedeutende Rolle des sogenannten biologisch-technischen Fortschritts, der für alle agrarischen Ertragssteigerungen verantwortlich ist. Dieser umfasst alle Formen der verbesserten Effizienz biologischer Prozesse. Biologisch-technischer Fortschritt umfasst neue Kulturpflanzen und Fruchtfolgen, neue Saaten und Rassen, aber auch die Einführung industrieller Inputs wie Kunstdünger und Pflanzenschutzmittel. Das Besondere am biologisch-technischen Fortschritt ist, dass seine Inputs beliebig teilbar sind und er somit nicht an bestimmte Mindestbetriebsgrößen gebunden ist. Allgemein gilt, dass vom biologisch-technischen Fortschritt kein Druck auf bestehende landwirtschaftliche Betriebsstrukturen ausgeht. Brache reduzierende, mit vermehrter Stallhaltung einhergehende, arbeitsintensive Formen des biologisch-technischen Fortschritts ohne industrielle Inputs ließen sich dabei gerade in (kleinen) Vollerwerbsfamilienbetrieben effektiv realisieren.

Nach bisheriger Erfahrung haben erst fortgeschrittene Formen eines forcierten mechanisch-technischen Fortschritts das Potenzial, die Wettbewerbsfähigkeit von Kleinbetrieben drastisch zu verschlechtern und kleinteilige Agrarstrukturen unter Druck zu setzen. Nur eine konsequente Maschinisierung geht einher mit einer Änderung der landwirtschaftlichen Basistechnologie, indem tierische und menschliche Muskelkraft als wichtigste Energielieferanten durch elektrische und kraftstoffgetriebene Motoren abgelöst werden. Hierzu ist es in Deutschland erst nach dem

▸ Meliorationen
Meliorationen (Bodenverbesserungen) umfassen alle Maßnahmen zur Verbesserung des Pflanzenstandortes (Be- und Entwässerung, Drainierung, Eindeichung, Flurbereinigung, Urbarmachung, Erosionsschutz usw.). Meliorationen steigern dauerhaft den Ertrag, vereinfachen die Bewirtschaftung und schützen die Bodenfrucht vor Zerstörung.

Zweiten Weltkrieg gekommen. Wachsende betriebliche Durchschnittsgrößen ließen sich dabei aber noch im Rahmen der Familienwirtschaft realisieren.

Phasen der Agrarentwicklung 1850 bis 2010

Wie bereits erwähnt, basierte der entscheidende Durchbruch hin zum modernen agrarischen Wachstum vornehmlich auf arbeitsintensiven Formen eines marktinduzierten biologisch-technischen Fortschritts, wobei industriellen Inputs bestenfalls eine marginale Rolle zukam. Neuere Forschungen belegen dabei eindeutig den hohen Grad an Marktorientierung und die Flexibilität bäuerlicher Produzenten. Dies ermöglichte, dass die landwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung seit Mitte des 19. Jahrhunderts parallel zur Industrialisierung auf immer breiterer Front an Fahrt gewann. So konnte sich in der langen agrarischen Boomphase bis zum Ersten Weltkrieg in Deutschland einer der wichtigsten Modernisierungsprozesse vollziehen, die sogenannte „strukturelle Transformation“ bzw. der Übergang vom Agrar- zum Industriestaat. Die Landwirtschaft hörte auf, den größten volkswirtschaftlichen Sektor zu bilden.

Die Zwischenkriegszeit bedeutete aus vielfältigen Gründen im besten Fall eine Stagnation des agrarischen Wachstums. Schwere globale Agrarkrisen bis hin zum Zusammenbruch des Weltagrarhandels im Zuge der Weltwirtschaftskrise verhinderten eine Fortsetzung des Agrarbooms. Bemerkenswert ist, dass es trotz eines massiv ansteigenden Einsatzes an Kunstdünger, der Elektrifizierung der Hofwirtschaft und einer immer stärker industriegebundenen, beschleunigten Verwissenschaftlichung der Wissensgenerierung im Agrarsektor gerade gelang, wieder das Vorkriegsniveau der Flächenerträge zu erreichen. Das agrarische Produktivitätswachstum erlahmte. Massiv gestörte Agrarmärkte waren für diese Wachstumsschwäche verantwortlich. Hinzu kam, dass die neuen Formen einer mehr industrialisierten Landwirtschaft sich noch im Versuchs- und Übergangsstadium befanden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es dann zu einer zweiten, lang anhaltenden Phase beschleunigten agrarischen Produktivitätswachstums. Mechanisch-technischer und biologisch-technischer Fort-

▶ Abb 1 **Landnutzung in Deutschland, 1850–2010 — in Prozent**

19

Millionen Hektar umfasste die landwirtschaftliche Nutzfläche in Deutschland 2010.

35

Millionen Hektar waren es zwischen 1883 und 1913.

schritt, der erstmalig ausschließlich auf wissenschaftsbasierten industriellen Inputs beruhte, bildeten in Kombination die Hauptantriebskräfte. Binnen zweier Jahrzehnte vollzog sich die fast vollständige Maschinisierung der Agrarproduktion. Die Maschinisierung war dabei verbunden mit einer massiven Erhöhung der Kapitalintensität. Die Abhängigkeit der landwirtschaftlichen Produktion von Vorleistungen aus anderen Sektoren der Volkswirtschaft erreichte nach 1950 ganz neue Dimensionen. Dabei hatten der technische Fortschritt und der steigende landwirtschaftliche Kapitaleinsatz eine eher defensive Funktion. Sie waren notwendig, um das durch steigende industrielle Reallöhne in Gang gesetzte rapide Abschmelzen des noch in der Zwischenkriegszeit mehr oder weniger konstanten Einsatzes von Arbeitskräften in der Landwirtschaft zu kompensieren. Die Anteile der Landwirtschaft an den Beschäftigten und am Volkseinkommen sind nach 1950 auf volkswirtschaftlich vernachlässigbare Größen abgesunken (vgl. die Kapitel zu Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und zu Arbeit, Einkommen und Lebensstandard).

Indikatoren der Agrarentwicklung

Der langfristige Verlauf des agrarischen Wachstumsprozesses schlägt sich in seinen unterschiedlichen Phasen deutlich in den im Folgenden dargelegten Zeitreihen zu landwirtschaftlichen Schlüsselindikatoren nieder. Diese beinhalten die Landnutzung, die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, den Viehbestand, die wichtigsten Flächenerträge, den Kunstdüngereinsatz und die agrarische Betriebsstruktur.

Zwischen 1883 und 1913 umfasste die landwirtschaftliche Nutzfläche fast unverändert durchgehend um die 35 Millionen Hektar. In den neuen Grenzen nach dem Ersten Weltkrieg stieg sie zwischen 1925 und 1930 leicht an von 28,5 auf 29,4 Millionen Hektar. Der gesamte Flächenzuwachs vollzog sich während der Weimarer Republik. Zwischen 1938 und 1997 bewegte sich die landwirtschaftliche Nutzfläche der alten Bundesländer zwischen 13 und 14 Millionen Hektar, um erst danach auf 12,6 Millionen Hektar (2010) abzusinken. Auf dem Gebiet der früheren DDR sank die Nutzfläche zwischen 1950 und 2010 ebenfalls nur langsam ab von 6,5 auf 6,1 Millionen Hektar. Eine gewisse Konstanz weisen dabei auch die Anteile des Acker- und des Grünlandes an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche auf.[4] ▸ Tab 1, Abb 1

Soweit Nutzflächenverluste eintraten, lag dies weniger an einer Ausdehnung der Forstflächen. Die durchschnittliche jährliche Zunahme der Waldflächen war über den ganzen Zeitraum vernachlässigbar gering mit einer jährlichen Rate von 0,05 Prozent zwischen 1883 und 1938 und 0,15 Prozent für beide deutschen Staaten von 1950 bis 1989. Danach kam es zu einem leicht beschleunigten Zuwachs von 0,19 Prozent für die alten und 0,17 Prozent für die neuen Bundesländer. Entscheidend für landwirtschaftliche Flächenverluste war vielmehr die enorme Beschleunigung der Flächenbebauung für Infrastruktur- und Siedlungszwecke.[5] Verglichen mit dem Kaiserreich verdoppelte sich schon während des Nationalsozialismus das jährliche Wachstum der bebauten Fläche von 0,2 Prozent (1883–1918) auf 0,4 Prozent (1932–1938). Die enorme wirtschaftliche Dynamik der Bundesrepublik äußerte sich dann in einer Verdreifachung der jährlichen Zunahme der bebauten Fläche (1,3 Prozent) zwischen 1950 und 1989, während dieser Wert für die DDR nur knapp halb so hoch bei 0,6 Prozent lag. Nach 1989 hat sich dann die Geschwindigkeit der Flächenversiegelung deutlich reduziert auf jährlich 0,69 Prozent in den alten und 0,41 Prozent in den neuen Bundesländern.

Die Ausbreitung sehr arbeitsintensiver Betriebssysteme der integrierten Landwirtschaft führte dazu, dass die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte zwischen 1895 und 1907 weiter kräftig anstieg von 8,3 auf 9,9 Millionen. Erst in den 1920er Jahren begann die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen langsam abzunehmen. Nach 1950 erreichte der Schrumpfungsprozess in der Landwirtschaft dann eine ganz neue Dynamik. Gegenüber dem Zeitraum von 1925 bis 1939 vervielfachten sich die jährlichen

▶ Tab 1 **Landnutzung**

	Wirtschaftsflächen nach Nutzungsartbilanz					Anbauflächen nach Pflanzen						
	landwirtschaftlich genutzte Fläche			Forsten und Holzungen	Bebau-ungs- u. Verkehrs-flächen	Getreide				Hackfrüchte		Futter-pflanzen
	ins-gesamt	darunter: Acker-land	darunter: Dauer-grünland			Roggen	Weizen	Gerste	Hafer	Kartoffeln	Zucker-rüben	
	Mio. ha											
	x0756	x0757	x0758	x0759	x0760	x0761	x0762	x0763	x0764	x0765	x0766	x0767
	Deutscher Bund / Deutsches Reich											
1850	–	–	–	–	–	5,14	1,77	1,75	3,38	1,60	–	–
1873	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1893	35,16	26,24	8,79	13,96	4,93	6,01	2,39	1,59	3,91	3,04	0,40	2,86
1903	–	–	–	–	–	6,01	2,11	1,70	4,29	3,24	0,48	–
1913	34,81	26,06	8,58	14,22	5,07	6,41	2,25	1,65	4,44	3,41	0,55	2,95
1919	–	–	–	–	–	4,40	1,43	1,13	2,99	2,18	–	–
1930	29,38	20,53	8,13	12,77	4,72	4,71	1,90	1,52	3,32	2,75	0,48	2,61
1937	28,72	19,41	8,52	12,91	5,39	4,16	2,04	1,71	2,85	2,89	0,46	2,40
	Bundesrepublik / Alte Bundesländer											
1950	14,19	7,98	5,63	7,02	2,26	1,38	1,02	0,62	1,17	1,15	0,19	1,25
1960	14,27	7,93	5,71	7,11	2,47	1,32	1,40	0,98	0,75	1,04	0,29	0,95
1970	13,58	7,54	5,50	7,17	3,19	0,86	1,49	1,48	0,83	0,60	0,30	0,84
1980	–	–	–	–	–	0,55	1,67	2,00	0,69	0,26	0,40	1,00
1989	13,49	7,27	4,41	7,40	3,74	0,38	1,78	1,75	0,42	0,20	0,38	1,20
2000	–	–	–	–	–	0,32	1,81	1,42	0,18	0,25	0,33	1,16
2010	12,62	7,40	3,58	7,69	3,80	0,24	1,99	1,12	0,10	0,21	0,36	1,77
	DDR / Neue Bundesländer											
1950	6,53	5,02	1,29	2,81	1,11	1,29	0,48	0,26	0,53	0,81	0,22	–
1960	6,42	4,85	1,36	2,96	1,18	0,95	0,42	0,39	0,36	0,77	0,24	–
1970	6,29	4,62	1,47	2,95	1,29	0,68	0,60	0,64	0,21	0,67	0,19	–
1980	6,27	4,76	1,24	2,95	1,31	0,68	0,71	0,97	0,16	0,51	0,25	–
1989	6,17	4,68	1,26	2,98	1,39	0,62	0,78	0,89	0,14	0,43	0,22	–
2000	–	–	–	–	–	0,52	1,15	0,65	0,05	0,06	0,12	0,47
2010	6,07	4,45	1,08	3,08	1,17	0,40	1,31	0,52	0,04	0,04	0,10	0,80
	Deutschland											
2000	–	–	–	–	–	0,84	2,97	2,07	0,24	0,30	0,45	1,62
2010	18,69	11,85	4,65	10,77	5,82	0,63	3,30	1,64	0,14	0,25	0,36	2,57

Abnahmeraten von 1950 bis 1989 von –0,6 Prozent auf –3,7 Prozent in den alten Bundesländern. Danach schwächte sich die Abwärtsdynamik ab auf –2,6 Prozent (1989–2010). In der ehemaligen DDR verschärfte sich dagegen der Arbeitskräfteabbau nach 1989 von jährlich –2,7 Prozent auf –3,9 Prozent. Diese Entwicklung spiegelt die zügige Restrukturierung der landwirtschaftlichen Betriebe in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung wieder, bei der hochproduktive Agrarbetriebe entstanden. ▶ Abb 2

Festzuhalten bleibt noch, dass sich von 1925 bis 1939 die Zahl der Familienarbeitskräfte kaum verminderte (–0,2 Prozent pro Jahr), während die der familienfremden bereits deutlich abzunehmen begann

(– 1,7 Prozent). Zwischen 1950 und 1989 setzte dann auch in der Bundesrepublik bei den Familienarbeitskräften der Abbau ein (– 3,5 Prozent), wobei die jährlichen Abnahmeraten bei den familienfremden mit – 4,8 Prozent aber immer noch deutlich höher lagen. Der Übergang zu einer voll maschinisierten Landwirtschaft war demnach mit einer ausgeprägten Familiarisierung der landwirtschaftlichen Arbeit verbunden. Nur so ließ sich die Abwanderung der Arbeitskräfte in die Industrie kompensieren.

Von den drei Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital wuchs nur der landwirtschaftliche Kapitalstock bestehend aus Gebäuden, Maschinen und Geräten, Vieh und Vorräten beständig mit jährlich 1,25 Prozent vor dem Zweiten Weltkrieg und 1,54 Prozent in der jungen Bundesrepublik.[6] Auffallend ist die Beschleunigung des Wachstums des Kapitalbestandes an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten von ca. 1,5 Prozent vor dem Ersten Weltkrieg (1850 – 1913) auf 3,2 Prozent nach dem Zweiten Weltkrieg (1950 – 1959). Maschinen und Geräte verdoppelten ihren Anteil am landwirtschaftlichen Kapitalstock zwischen 1850 und 1959 von ca. 11,5 Prozent auf 22,6 Prozent, während der Anteil aller anderen Arten von Kapitalgütern abnahm. Die Erhöhung des Kapitaleinsatzes pro Arbeitskraft trug mit zu den enormen Steigerungen der agrarischen Arbeitsproduktivität bei. ▶ Tab 4

Vieh stellt einen wichtigen Bestandteil des landwirtschaftlichen Kapitalstockes dar mit einem Anteil von durchgehend ca. 25 Prozent zwischen 1850 und 1938 und noch 18 Prozent um 1960. Bei enormen Steigerungen der Leistung pro Tier entwickelte sich auch der Viehbestand positiv.[7] Getragen von der beständig wachsenden Fleischnachfrage der urbanen Industriearbeiterschaft und des Mittelstandes verdreieinhalbfachte sich der deutsche Schweinebestand im Kaiserreich. Die jährlichen Wachstumsraten von 3,2 Prozent zwischen 1873 und 1913 wurden in Deutschland weder vorher noch nachher jemals wieder erreicht. Sie lagen aber auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch über 1,5 Prozent. Die Rinder- und Geflügelbestände entwickelten sich ebenfalls bis 1989 in ganz Deutschland positiv. Deutliche Einbußen verzeichneten dagegen Schafe, die schon während des Kaiserreiches bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges auf knapp ein Viertel ihres Ausgangsbestandes von 1873 herabsanken. Dieser Trend setzte sich bis 1989 fort. Die Pferdebestände begannen sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg mit der forcierten Maschinisierung der Landwirtschaft zu verringern. Sie sanken bis 1989 auf ein Viertel (Bundesrepublik) bzw. fast ein Siebtel (DDR) ihres Ausgangsbestandes von 1950. Seit Ende der 1980er Jahre hat sich die Geschwindigkeit der Bestandsentwicklung aller Nutztiere in den alten und neuen Bundesländern deutlich vermindert bzw. die Bestände nahmen, wie bei Rindern, sogar ab. In den neuen

▶ Abb 2 **Arbeitskräfte in der deutschen Landwirtschaft — in 1 000**

Bundesländern kam es mit der Wende sogar zu einem regelrechten Einbruch. Rinder-, Schweine- und Schafbestände sanken bis 2007 auf 40 bis 25 Prozent ihrer Werte von 1989.

Der Viehbestand liefert den größten Teil der landwirtschaftlichen Wertschöpfung, vornehmlich bestehend aus Molkerei- und Fleischprodukten. Der Anteil der tierischen an der gesamten landwirtschaftlichen Erzeugung stieg dabei schon vor dem Ersten Weltkrieg von 48 Prozent um 1850 auf knapp 70 Prozent um 1913. Bis heute hat er eher noch weiter zugenommen.[8] Wuchs die deutsche Fleischproduktion seit Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg um jährlich 2,4 Prozent, so stieg diese Rate für den Zeitraum von 1949 bis 1989 gesamtdeutsch auf 3,2 Prozent an. Seitdem stagniert die Fleischerzeugung. Die deutsche Landwirtschaft wird somit seit mehr als 100 Jahren von der Tierproduktion geprägt. ▸ Tab 3, Abb 3

Das anhaltende Wachstum der pflanzlichen Produktion beruht seit Ende der 1870er Jahre fast ausschließlich auf steigenden Flächenerträgen. Diese wuchsen zwischen 1850 und 1913 bei stark nachgefragten Getreiden wie Weizen und Gerste pro Jahr um durchschnittlich 1,1 Prozent und bei Kartoffeln um 1,2 Prozent an. In der Zwischenkriegszeit gelang es meistens nur, das Vorkriegsertragsniveau wieder zu erreichen. In den vier Jahrzehnten nach 1950 stiegen die jährlichen Ertragszuwächse in der ehemaligen Bundesrepublik bei Weizen und Gerste auf Werte zwischen 1,9 und 2,4 Prozent an. Ähnliche Zuwächse erreichten Runkelrüben (2,9 Prozent), während die Erträge für Kartoffeln und Zuckerrüben um 1,3 Prozent zunahmen. Weniger dynamisch, aber immer noch kräftiger als im Kaiserreich verlief die Ertragsentwicklung in der DDR. Nach 1990 verlangsamte sich das Flächenertragswachstum deutlich. Hier scheint die veränderte Agrarförderung der EU, weg von

3,2

Prozent betrug die jährliche Steigerungsrate bei der Fleischproduktion für Gesamtdeutschland 1950 bis 1989.

▸ Abb 3 **Tierbestand — Index (1873=100)**

produktionsgebundenen Beihilfen, Wirkung gezeigt zu haben.[9] ▶ Tab 1, Tab 2, Abb 4

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts haben sich die Flächenerträge bei Getreide und Hackfrüchten je nach Anbaupflanze verfünf- bis verachtfacht. Über die Hälfte bis zwei Drittel dieser Ertragszuwächse vollzogen sich nach 1950. Eine maßgebliche Rolle hat hierbei seit dem Ersten Weltkrieg Kunstdünger gespielt. Allein die Ausbringung an Stickstoff (Reinnährstoff) pro Hektar Nutzfläche hat sich von 1921/23 bis 1987/89 verdreizehnfacht, bei Phosphat versechs-, bei Kali verdrei- und bei Kalk vervierfacht. Knapp über 80 Prozent des Zuwachses haben sich bei Stickstoff und Kalk nach 1950 vollzogen, während die entsprechenden Werte für Phosphat und

▶ Tab 2 **Pflanzenproduktion der Landwirtschaft**

	Gesamtproduktion								Ernteertrag				
	Getreide				Hackfrüchte			Wein-ernte	Getreide		Hackfrüchte		
	Roggen	Weizen	Gerste	Hafer	Kar-toffeln	Zucker-rüben	Runkel-rüben	Weinmost-erntemenge	Weizen	Gerste	Kar-toffeln	Zucker-rüben	Runkel-rüben
	Mio. t							Mio. hl	100 kg (=dz/dt) je ha				
	x0768	x0769	x0770	x0771	x0772	x0773	x0774	x0775	x0776	x0777	x0778	x0779	x0780
	Deutscher Bund / Deutsches Reich												
1850	4,50	1,85	1,87	3,10	10,94	0,63	–	–	11,6	10,7	71,1	–	–
1873	5,64	2,72	2,14	4,33	20,16	3,18	–	–	13,2	12,8	100,0	–	–
1893	8,94	3,93	2,36	4,18	40,72	9,79	–	3,82	16,5	14,3	111,7	251,7	–
1903	9,90	3,56	3,32	7,87	42,90	15,20	–	3,79	19,7	19,5	132,5	–	–
1913	12,22	4,66	3,67	9,74	54,12	13,99	–	1,00	23,6	22,2	158,6	299,7	–
1919	6,10	2,17	1,67	4,49	21,48	5,82	–	–	16,7	14,8	98,5	193,2	–
1930	7,68	3,79	2,86	5,66	47,10	14,92	30,40	2,81	21,3	18,8	167,9	308,9	411,8
1937	6,92	4,47	3,64	5,92	55,31	15,70	40,54	2,52	22,6	21,2	191,5	244,7	475,0
	Bundesrepublik / Alte Bundesländer												
1950	3,05	2,63	1,48	2,57	28,19	6,98	26,65	3,25	25,7	24,0	244,1	361,6	463,9
1960	3,80	4,96	3,22	2,18	24,56	12,32	25,29	7,43	35,6	32,9	235,8	419,9	566,6
1970	2,66	5,66	4,75	2,48	16,25	13,33	29,69	9,89	37,9	32,2	272,3	440,1	929,3
1980	2,10	8,16	8,83	2,66	6,69	19,12	14,15	4,64	48,9	44,1	259,4	483,7	930,1
1989	1,80	11,03	9,72	1,53	7,45	20,77	6,57	13,23	62,1	55,7	371,3	541,6	1021,7
2000	1,82	13,90	8,33	0,90	11,11	21,66	0,85	10,02	76,6	58,6	452,0	652,5	–
2010	1,22	14,71	6,80	0,45	8,38	16,75	–	7,01	73,9	60,9	399,0	–	–
	DDR / Neue Bundesländer												
1950	2,42	1,21	0,59	1,13	14,71	5,75	–	–	–	–	–	–	–
1960	2,13	1,46	1,27	1,01	14,82	6,90	9,76	–	34,8	32,6	192,4	287,8	566,2
1970	1,48	2,13	1,93	0,56	13,05	6,13	7,08	–	35,6	30,1	195,7	320,1	616,0
1980	1,92	3,10	3,98	0,58	9,21	7,03	1,24	–	43,8	41,1	179,7	281,0	483,9
1989	2,10	3,48	4,68	0,48	9,17	6,22	2,39	–	44,8	52,3	212,5	286,5	500,2
2000	2,34	7,72	3,78	0,18	2,09	6,21	0,11	0,07	–	–	–	–	–
2010	1,68	8,98	3,52	0,14	1,59	5,70	–	0,04	–	–	–	–	–
	Deutschland												
1989	3,90	14,51	14,40	2,01	16,62	26,99	8,96	–	56,8	54,5	263,0	449,4	799,5
2000	4,15	21,62	12,11	1,09	13,19	27,87	0,96	10,08	72,8	58,6	433,4	616,6	1 026,1
2010	2,90	23,78	10,33	0,60	10,14	22,44	–	7,06	72,1	62,9	398,8	616,3	–

Kali bei 65 Prozent bzw. 37 Prozent liegen. Seinen Höhepunkt erreichte der mit erheblichen Umweltfolgen verbundene Einsatz von Kunstdünger Ende der 1980er Jahre. Seitdem ist der Einsatz an Stickstoff pro Hektar um ein Fünftel, von Phosphat und Kali um ca. zwei Drittel und von Kalk um ein Viertel zurückgegangen. Die ökologisch motivierten Extensivierungsmaßnahmen der deutschen und europäischen Agrarpolitik haben somit neben anderen Maßnahmen einen Effekt.[10] ▶ Tab 4, Abb 5

Die Art des technischen Fortschrittes hat einen starken Einfluss auf die Entwicklung der Betriebsgrößen bzw. die Agrarstruktur gehabt. Da während der Industrialisierungsphase der landwirtschaftliche Fortschritt mit zunehmendem Arbeitseinsatz pro Flächeneinheit verbunden war, sanken bis kurz nach dem Ersten Weltkrieg tendenziell die durchschnittlichen Betriebsgrößen. Der schon hohe Anteil der Betriebe unter 20 Hektar an der gesamten Nutzfläche nahm zwischen 1882 und 1925 sogar noch zu, von 58,3 Prozent auf 65,7 Prozent (alte Bundesländer), während alle anderen Betriebsgrößen Anteile ver-

▶ Tab 3 **Tierproduktion der Landwirtschaft**

	Nutztierbestand						Produktion			Selbstversorgungsgrad
	Pferde	Rinder		Schweine	Schafe	Geflügel	Milch	Fleisch	Fisch	
		insgesamt	darunter: Milchkühe							
	Mio.						Mio. l	Mio. t	1 000 t	%
	x0781	x0782	x0783	x0784	x0785	x0786	x0787	x0788	x0789	x0790
	Deutscher Bund / Deutsches Reich									
1850	–	–	–	–	–	–	–	0,84	–	–
1873	3,35	15,78	8,96	7,12	25,00	–	–	1,32	–	–
1893	–	–	–	–	–	–	–	2,04	–	–
1903	–	–	–	–	–	–	–	2,70	–	–
1913	4,56	20,99	11,32	25,66	5,52	–	23,43	3,18	181,40	–
1919	3,50	16,52	8,77	11,59	5,37	–	–	–	106,90	–
1930	3,52	18,47	10,44	23,44	3,50	98,23	19,34	3,34	320,41	–
1937	3,43	20,50	11,39	23,85	4,69	93,26	22,93	3,73	697,51	–
	Bundesrepublik / Alte Bundesländer									
1950	1,57	11,15	5,73	11,89	1,64	51,80	13,86	1,56	252,48	76
1960	0,71	12,87	5,80	15,79	1,04	63,99	19,26	2,79	592,96	77
1970	0,25	14,03	5,56	20,97	0,84	101,55	21,86	3,89	591,41	83
1980	0,38	15,07	5,47	22,55	1,18	87,14	24,78	4,59	286,86	89
1989	–	14,56	4,93	22,17	1,53	–	24,24	4,64	166,50	–
2000	–	12,02	3,69	22,23	1,95	–	22,04	4,61	–	–
2010	–	10,39	3,43	22,74	1,50	90,71	–	–	–	–
	DDR / Neue Bundesländer									
1950	0,72	3,62	–	5,71	1,09	22,73	–	0,38	–	–
1960	0,45	4,68	–	8,32	2,02	36,91	–	1,09	–	–
1970	0,13	5,16	–	9,68	1,60	83,66	–	1,65	–	–
1980	0,07	5,72	–	12,69	2,04	51,61	–	2,36	–	–
1989	0,11	5,72	–	12,01	2,60	49,27	–	2,72	–	–
2000	–	2,55	0,87	3,54	0,80	–	6,29	0,65	–	–
2010	–	–	–	–	–	32,33	–	–	–	–
	Deutschland									
1989	–	20,29	–	34,18	4,14	–	–	–	–	–
2000	–	14,57	4,56	25,77	2,74	–	28,33	5,25	80,31	95
2010	–	12,71	4,18	26,90	–	128,90	–	–	51,70	–

▶ Abb 4 **Flächenertrag für Getreide und Kartoffeln pro Hektar — Index (1850=100)**

▶ Abb 5a **Düngemitteleinsatz — in Kilogramm je Hektar — Stickstoff und Phosphat**

▶ Abb 5b **Düngemitteleinsatz — in Kilogramm je Hektar — Kali und Kalk**

▶ Tab 4 **Arbeitskräfte-, Maschinen- und Düngereinsatz in der Landwirtschaft**

	Erwerbstätige			Maschinen		Düngemittel			
	insgesamt	davon:		Schlepper	Mähdrescher	Stickstoff (N)	Phosphat (P2O2)	Kali (K2O)	Kalk (CaO)
		Familien-arbeitskräfte	familienfremde Arbeitskräfte						
	Mio.			1 000		kg Reinnährstoff je ha			
	x0791	x0792	x0793	x0794	x0795	x0796	x0797	x0798	x0799
	Deutscher Bund / Deutsches Reich								
1882	8,24	–	–	–	–	–	–	–	–
1895	8,29	–	–	–	–	–	–	–	–
1907	9,88	–	–	–	–	–	–	–	–
1930	–	–	–	–	–	12,1	16,1	23,4	40,0
1937	–	–	–	–	–	–	24,0	40,1	71,5
	Bundesrepublik / Alte Bundesländer								
1950	6,78	5,56	1,22	120	–	25,6	29,6	46,7	47,5
1960	4,88	4,27	0,61	820	46	43,4	46,4	70,6	37,5
1970	2,98	2,77	0,21	1 360	168	83,3	67,2	87,2	49,5
1980	2,30	2,12	0,18	1 470	–	126,6	68,4	93,4	92,9
1989	1,62	1,43	0,18	1 410	–	125,1	49,9	66,5	119,8
2000	1,24	0,88	0,37	–	–	–	–	–	–
2010	0,93	0,53	0,40	–	–	–	–	–	–
	DDR / Neue Bundesländer								
1950	1,08	–	–	11	–	29,5	11,6	55,9	86,3
1960	0,60	–	–	71	6	38,5	35,1	82,3	117,1
1970	0,46	–	–	149	18	83,7	64,3	99,1	197,7
1980	0,37	–	–	145	14	119,3	64,4	86,7	189,6
1989	0,35	–	–	171	18	110,3	47,0	84,5	232,7
2000	0,17	0,04	0,13	–	–	–	–	–	–
2010	0,15	0,03	0,12	–	–	–	–	–	–
	Deutschland								
1989	–	–	–	–	–	120,0	50,1	66,7	170,4
2000	1,41	0,91	0,50	990	–	108,4	20,6	31,9	117,4
2010	1,08	0,56	0,52	660	–	106,9	17,1	26,0	130,7

loren. Zwischen 1925 und 1939 stagnierte der Agrarstrukturwandel bei minimalen Flächenzugewinnen der Betriebe zwischen 10 und 50 ha. Nach 1949 verstärkte sich diese Tendenz in der Bundesrepublik, während in der DDR die Zwangskollektivierung zu großbetrieblichen Agrarstrukturen führte. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg begann der technische Fortschritt spürbar Druck auf Klein- und später Mittelbetriebe auszuüben. Nach 1970 gewann der Strukturwandel in der Bundesrepublik deutlich an Fahrt und beschleunigte sich nach 1990 noch einmal vor allem zugunsten der Betriebe über 100 Hektar. In den alten Bundesländern bearbeiteten 2007 Betriebe über 50 Hektar fast 64 Prozent der Nutzfläche, während dies 1970 nur 12,5 Prozent gewesen waren. Der Anteil der Betriebe von unter 20 Hektar sank im gleichen Zeitraum von 51,4 Prozent auf 13,2 Prozent. In den neuen Bundesländern haben sich die großbetrieblichen Agrarstrukturen nach der Wende im Wettbewerb halten können und Betriebe über 100 Hektar kontrollieren gegenwärtig 93 Prozent der Nutzfläche. ▶ Tab 5, Abb 6

▶ Tab 5 **Landwirtschaftliche Nutzfläche nach Betriebsgrößen**

	2–5 ha	5–10 ha	10–20 ha	20–50 ha	50–100 ha	100 ha und mehr
	eigenes und gepachtetes Land zusammen					
	Mio. ha					
	x0800	x0801	x0802	x0803	x0804	x0805
	Deutscher Bund / Deutsches Reich					
1882	3,19	3,91	5,25	7,18	2,73	7,79
1895	3,29	4,23	5,49	7,11	2,76	7,83
1907	3,30	4,61	5,81	6,82	2,50	7,06
1925	2,92	4,18	4,98	5,08	1,69	5,16
1933	2,71	4,41	5,81	5,84	2,02	4,86
1939	2,61	4,48	6,37	6,18	2,04	4,61
	Bundesrepublik / Alte Bundesländer					
1960	1,29	2,48	3,99	3,50	0,88	0,45
1970	0,84	1,69	3,85	4,49	1,05	0,50
1980	0,51	1,09	2,64	5,34	1,74	0,71
1989	0,38	0,80	1,99	4,97	2,54	1,00
2010	0,05	0,32	0,89	2,41	3,45	3,82
	Neue Bundesländer					
2010	0,00	0,02	0,05	0,12	–	5,18
	Deutschland					
2010	0,05	0,34	0,95	2,54	3,63	9,20

▶ Abb 6 **Landwirtschaftliche Nutzfläche nach Betriebsgrößen (Gebiet: Bundesrepublik/Alte Bundesländer) — in ha**

Datengrundlage

Schon im 18. Jahrhundert begannen deutsche Staaten, erste Statistiken zur Landwirtschaft zu erstellen. Führend war hierbei Sachsen, dass als einziger deutscher Staat schon für die Jahre 1791 bis 1812 und 1815 bis 1830 über eine jährlich erhobene, kleinräumig gegliederte Erntestatistik verfügte. Bis zur Gründung des Deutschen Reiches sind nur die nach 1815 in regelmäßigen Abständen durchgeführten Viehzählungen deutscher Staaten als halbwegs vollständig anzusehen, während die Erntestatistiken sich meistens auf Überschlagsschätzungen der Flächenerträge durch landwirtschaftliche Vereine beschränkten. Detaillierte Daten zur Bodennutzung einschließlich der landwirtschaftlichen Nutzfläche finden sich für einzelne deutsche Staaten und Jahre schon ab 1820 je nach Zeitpunkt der Erstellung eines Katasters zur Grundsteuerermittlung.

Eine systematische deutsche Erntestatistik, die jährlich Anbauflächen, Hektarerträge und die Erntemengen für fast alle Kulturpflanzen erfasst, existiert erst seit 1878 für das gesamte Deutsche Reich. Eine in größeren Abständen erhobene Betriebsstatistik, die neben der Zahl der Agrarbetriebe auch die Betriebsflächen und landwirtschaftlichen Arbeitskräfte erhebt, liegt seit 1882 vor. Angaben zur Bodennutzung gibt es in mehrjährigen Abständen seit 1878. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich mit Gründung der Bundesrepublik und der DDR die agrarstatistische Erhebungsdichte erheblich verbessert. Mit der Wiedervereinigung liegt auch wieder eine gesamtdeutsche Agrarstatistik vor.

Ausführliche aktuelle Statistiken finden sich nicht nur im vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Statistischen Jahrbuch für Deutschland, sondern mehr noch im Statistischen Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland, herausgegeben vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Beide Publikationen sind online zugänglich.

Zu allen quantitativen Aspekten der historischen Agrarentwicklung bietet für den Zeitraum 1850 bis 1959 den besten Überblick immer noch Walther G. Hoffmann.[11] In international vergleichender Perspektive zu nennen ist das Werk von Brian R. Mitchell.[12] Neuere historische Forschungen präsentieren für einzelne deutsche Provinzen einen Überblick fast aller verfügbaren agrarstatistischen Daten im Zeitraum 1750 bis 1880.[13] Die meisten Zeitreihen der genannten Werke mit Ausnahme von Mitchell sind online über GESIS verfügbar.[14]

Zum Weiterlesen empfohlen

Giovanni Federico: Feeding the World. An Economic History of Agriculture. 1800–2000, Princeton 2005.

Oliver Grant: Agriculture and Economic Development in Germany, 1870–1939, in: Pedro Lains (Hrsg.): Agriculture and Economic Development in Europe since 1870, Abingdon 2009, S. 178–209.

Michael Kopsidis: Agrarentwicklung. Historische Agrarrevolutionen und Entwicklungsökonomie, Stuttgart 2006.

Michael Kopsidis: North-West Germany 1750–2000, in: Leen van Molle u.a. (Hrsg.): The Agro-Food Market. Production, Distribution and Consumption, Rural Economy and Society in North-western Europe. 500–2000, Turnhout 2013, S. 292–328.

Daniela Münkler (Hrsg.): Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn, Göttingen 2000.

Stephan Tangermann (Hrsg.): Agriculture in Germany, Frankfurt a. M. 2000.

Frank Uekötter: Die Wahrheit ist auf dem Feld. Eine Wissensgeschichte der deutschen Landwirtschaft, Göttingen 2010.

18 Unternehmen, Industrie und Handwerk

Alfred Reckendrees

1981 — **101 000 000 000 Kilowattstunden**

Stromproduktion
in der DDR 1950 und 1981:

1950 — **20 000 000 000 Kilowattstunden**

Anzahl der Handwerksbetriebe
im Deutschen Reich 1926
und in der Bundesrepublik 1977:

1926 — **1 304 000**

1977 — **494 000**

1998 — **5 468**

1961 — **144 000 000 Tonnen**

Förderung von Steinkohle
im Deutschen Reich 1886 und
in der Bundesrepublik 1961:

1886 — **58 000 000 Tonnen**

Anzahl der Aktiengesellschaften
im Deutschen Reich 1925
und in Deutschland 1998:

1925 — **15 171**

Heute hat Deutschland so viele Unternehmen wie Berlin Einwohner. Sie beschäftigen knapp die Hälfte aller 16- bis 65-Jährigen. Industrieunternehmen produzieren weniger Eisen und Stahl als vor 50 Jahren, aber fünfmal so viele Pkw. Welche Dimensionen hat der industrielle Strukturwandel? Seit wann wächst der Export schneller als der Umsatz im Inland? Stimmt es, dass das Handwerk stirbt? Diese und viele andere Fragen lassen sich mit den vorgestellten Daten diskutieren.

Im Jahr 2010 gingen in Deutschland mehr als 25 Millionen Menschen einer Erwerbstätigkeit in Industrie, Handwerk oder privaten Dienstleistungen nach; sie arbeiteten für fast 2,1 Millionen Unternehmen der privaten Wirtschaft.[1] Dabei haben wir meist große Firmen im Sinn, in denen viele Menschen arbeiten und die im Zentrum der Aufmerksamkeit von Medien und politischen Entscheidungsträgern stehen. Diese erfasst die Statistik in der Kategorie „Großunternehmen“ (Unternehmen mit 250 oder mehr Beschäftigten und mit einem Jahresumsatz von über 50 Millionen Euro). Dort arbeiteten 2010 fast 40 Prozent der Erwerbstätigen und erzeugten zwei Drittel des Gesamtumsatzes der deutschen Wirtschaft (5,3 Milliarden Euro). Doch 2010 fiel weniger als 1 Prozent aller Unternehmen in diese Kategorie, während Kleinst- oder Kleinunternehmen mit weniger als zehn bzw. weniger als 50 Beschäftigten 96 Prozent der Unternehmen ausmachten.[2]

Solche Angaben präsentiert das Statistische Jahrbuch als „Fakten“. Doch ein tieferer Blick in die Statistik liefert ein widersprüchliches Bild. So weist das „Unternehmensregister“, das Unternehmen mit steuerpflichtigen Umsätzen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erfasst, für das gleiche Jahr 2010 statt den oben genannten 2,1 Millionen Unternehmen 3,6 Millionen aus und statt der 25 Millionen Beschäftigten 29,6.[3] Die Differenzen sind nicht allein durch die Einbeziehung des Gesundheits- und Sozialwesens zu erklären, denn das Unternehmensregister macht für fast alle Wirtschaftsbereiche weitaus höhere Angaben.

Doch was ist die „richtige“ Zahl? Diese Frage wird vermutlich niemand genau beantworten können; es kommt darauf an, was wir als „Unternehmen“ auffassen und was das Ziel der jeweiligen Erhebung ist. Die Interpretationsprobleme vervielfachen sich, wenn man an langfristigen Entwicklungen interessiert ist. Unternehmen und ihre vielfältigen wirtschaftlichen Tätigkeiten verändern sich mit den Jahren so grundlegend, dass bisherige statistische Kategorien nicht mehr zutreffen oder unbedeutend werden. Dann werden neue Zuordnungen vorgenommen, die die Vergleichbarkeit mit Daten aus der Vergangenheit erschweren. Zugleich ändern sich die wirtschaftspolitischen Ziele und die „Fakten“, an denen die amtliche Statistik Interesse zeigt. Denn sie dient vorwiegend der Information der öffentlichen Verwaltungen und der politischen Entscheidungsträger.

Unternehmen stellen die Statistik vor große Herausforderungen. Zunächst einmal handelt es sich um sehr viele Einzelfälle und um eine sehr heterogene Untersuchungseinheit, die vom selbstständigen Schuster bis zu einem multinationalen Konzern reicht. Sie haben oft wenig gemeinsam, außer dass sie gewerbliche Produkte oder Dienstleistungen hervorbringen und diese auf den Märkten anbieten. Wie soll die Statistik ihre Beobachtungen strukturieren? Welche Angaben sollen erhoben werden? Unternehmen wollen wirtschaftlich überleben und Gewinne erzielen; und sie sind nicht unbedingt daran interessiert, umfassend über sich Auskunft zu geben. Die Statistik strukturiert ihre Beobachtungen durch Gewerbe- oder Wirtschaftsgruppen, durch Größenklassen oder hinsicht-

lich bestimmter Unternehmensformen. Doch viele Kategorien verlieren im Laufe der Zeit ihre Aussagekraft. So bestand am Ende des 19. Jahrhunderts die Gewerbegruppe „Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate“, nach dem Ersten Weltkrieg wurde sie um den Fahrzeugbau ergänzt und die „Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik“ als besondere Gruppe herausgelöst. „Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate“ bezeichnete nun also eine ganz andere Gruppe von Gewerben. Ähnliche Veränderungen fanden in vielen Gruppen statt. So wurden Elektriker zeitweilig dem „metallverarbeitenden Gewerbe“ zugeordnet und später (vorwiegend) dem Bau- und Ausbaugewerbe. Vergleichbare Probleme ergeben sich bei der Betriebs- und Unternehmensgröße. So wurden bis zum Ersten Weltkrieg „Fabriken und ähnliche Anlagen“ hervorgehoben; in der Zwischenkriegszeit wurden Betriebe mit „in der Regel“ fünf oder mehr Beschäftigten als Mittel- oder Großbetrieb aufgeführt, um nach dem Zweiten Weltkrieg nur noch Arbeitsstätten und Unternehmen mit „in der Regel“ zehn oder mehr Beschäftigten gesondert auszuweisen; seit 1978 ist diese Gruppe auf Arbeitsstätten und Unternehmen mit „in der Regel“ 20 oder mehr Beschäftigten reduziert. ▸ Tab 1

Eine knappe Darstellung der langfristigen Entwicklung in drei so diversen Bereichen „Unternehmen“, „Industrie“ und „Handwerk“ benötigt solch einen „Disclaimer“. Denn die Daten und Reihen können nicht aus ihrem jeweiligen Kontext herausgelöst werden, um beispielsweise festzustellen: „Im Jahr 2010 gab es 1 722 Unternehmen der Energieversorgung.“ Diese Zahl erscheint in der Übersicht „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen. Strukturdaten der Unternehmen 2010“, das Unternehmensregister weist für das gleiche Jahr immerhin 38 825 Unternehmen der Energieversorgung aus.[4]

Dieser Beitrag beschäftigt sich zunächst mit den Unternehmensformen, insbesondere mit den Aktiengesellschaften und den Gesellschaften mit begrenzter

▸ Tab 1 **Unternehmen und Beschäftigte nach den Gewerbe- und Arbeitsstättenzählungen bzw. dem Unternehmensregister**

	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe mit 5 oder mehr Beschäftigten		Unternehmen			Unternehmen mit 10 oder mehr Beschäftigten	
					Anzahl	Beschäftigte			
	Anzahl		Anzahl	Beschäftigte		insgesamt	davon: SV-Pflichtige	Anzahl	Beschäftigte
	1 000								
	x0806	x0807	x0808	x0809	x0810	x0811	x0812	x0813	x0814
	Deutsches Reich								
1875	3 230	6471	84	2 311	–	–	–	–	–
1882	3 005	7341	123	3 005	–	–	–	–	–
1895	3 145	10 269	210	5 499	–	–	–	–	–
1907	3 424	14 348	299	8 994	–	–	–	–	–
1925	3 389	18 243	367	13 046	–	–	–	–	–
1933	3 542	14 575	287	8791	–	–	–	–	–
1939	3 934	22 357	–	–	–	–	–	–	–
	Bundesrepublik								
1950	2 379	14 963	–	–	1 924	–	–	–	–
1961	2 431	20 708	–	–	2 186	20 696	–	214	15 661
1970	2 136	21 250	–	–	1 905	21 254	–	220	16 577
1987	2 392	22 055	–	–	2 098	21 917	–	268	16 472
	Deutschland								
2002	–	–	–	–	3 169	–	22 616	288	–
2006	–	–	–	–	3 527	29 179	24 236	298	–
2010	–	–	–	–	3 621	29 579	25 715	319	–

Haftung. Anschließend werden die langfristigen Entwicklungen im produzierenden Gewerbe skizziert und zum Abschluss die im Handwerk. Die DDR ist nur sehr schwer in eine Übersicht über Unternehmen, Industrie und Handwerk einzubeziehen; dort dominierten zentrale Planung und Verwaltung die Wirtschaft und die wichtigsten wirtschaftlichen Organisationsformen waren „Volkseigene Betriebe" und Produktionsgenossenschaften, die kaum mit privaten Unternehmen verglichen werden können. Die DDR wird aber bei den industriellen Gütern und im Bereich des Handwerks berücksichtigt.[5]

Unternehmen

Unternehmen haben vielfältige (Rechts-) Formen, die meisten sind Einzelunternehmen oder offene Handelsgesellschaften bzw. Gesellschaften bürgerlichen Rechts, in denen sich natürliche Personen zusammenschließen. Doch nur Kapitalgesellschaften (und in der Zwischenkriegszeit auch Genossenschaften) fanden in der Statistik größere Beachtung. Denn Aktiengesellschaften (AG), Kommanditgesellschaften auf Aktien (KGaA) und Gesellschaften mit begrenzter Haftung (GmbH) sind meist größere Unternehmen, für die leichter Daten zu erheben sind. Daher spielen sie auch in der Volkswirtschaft eine wichtigere Rolle. In Kapitalgesellschaften finden sich mehrere Eigentümer (Aktionäre oder Gesellschafter) zusammen, wenn die erforderlichen Investitionen für Einzelne zu hoch sind, oder wenn einzelne Personen das mit solchen Investitionen verbundene Risiko nicht allein tragen wollen. Zudem ist die Haftung der Beteiligten auf den Anteil am Stammkapital bzw. die Erwerbskosten der Aktien begrenzt.[6] Kapitalgesellschaften sind darüber hinaus theoretisch „unsterblich"; weder das Ausscheiden noch der Tod eines Gesellschafters betrifft ein solches Unternehmen juristisch, denn Aktien oder Anteile können vererbt oder verkauft werden. Zudem müssen sich die Eigentümer nicht am Geschäft beteiligen, sondern sie können Angestellte mit der Geschäftsführung beauftragen.

Die Institution der Kapitalgesellschaft hat sich in Deutschland sehr langsam während des 19. Jahrhunderts durchgesetzt. Zunächst wurden AGs gegründet (allerdings in sehr viel geringerer Zahl als in England oder den USA). Vor allem für Versicherungen, Eisenbahn- oder Schifffahrtsgesellschaften war die begrenzte Haftung interessant. Preußen erlebte in der Mitte des 19. Jahrhunderts eine erste „Gründungswelle" von AGs im Kohlebergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie, dennoch erreichte die Gesamtzahl nur wenige hundert Gesellschaften. Denn für die Gründung war in den deutschen Staaten eine Genehmigung oder Konzession der Regierung erforderlich (in Preußen des Königs), und die Vorbehalte gegen AGs waren lange Zeit groß, da sie das ursprüngliche Gewerbe gefährden und den „Spekulationsgeist" regen würden.

In gewisser Weise war diese Skepsis berechtigt, denn nachdem der Konzessionszwang 1870 aufgehoben worden war, herrschte Euphorie an den Börsen, und in nur drei Jahren wurden 928 AGs gegründet.[7] Doch bald zerplatzte die Aktienblase, worauf die „Gründerkrise" folgte. Aufgrund dieser Erfahrung wurde das Aktienrecht novelliert; unter anderem sollten höhere Kapitaleinzahlungen der Gründer die Wiederholung hochspekulativer Gründungen verhindern. 1892 wurde die Gründung von Gesellschaften mit begrenzter Haftung (GmbH) gesetzlich ermöglicht, in denen, wie bei Aktiengesellschaften, die Haftung auf die Höhe der Kapitalbeteiligung begrenzt war. Jedoch konnten die Anteile an einer GmbH nicht an der Börse gehandelt werden, zugleich bestanden für GmbHs geringere Veröffentlichungspflichten. In kurzer Zeit wurden tausende neuer GmbHs gegründet, sodass 1913 fast fünfmal so viele GmbHs wie AGs bestanden.

Die deutsche Statistik berücksichtigt AGs erst seit 1906 und GmbHs seit 1909. Sie berichtet nicht nur über die Zahl der Gründungen, sondern auch über Geschäftseinstellungen und erlaubt daher für etwa 90 Jahre, bis deren Erfassung 1994 eingestellt wurde, einen Überblick

1892

wurde die Gründung von GmbHs ermöglicht.

1913

bestanden fünfmal so viele GmbHs wie AGs.

über die bestehenden Gesellschaften. Seither berichtete nur noch das Deutsche Aktieninstitut zusammenfassend über die deutschen AGs. ▸ Tab 2

Einen neuen Aufschwung erlebten die Kapitalgesellschaften in den Anfangsjahren der Weimarer Republik. Dazu trug auch die Inflation bei, da die Aktie einen Sachwert darstellte, während der Kaufpreis durch den Wertverlust der Mark schnell bedeutungslos wurde. Doch erneut brachen bald viele der neuen Gesellschaften zusammen, diesmal wegen der Stabilisierung der Währung. Zahlreiche Unternehmenszusammenschlüsse taten ein Übriges.

Selbst in dieser historischen Hochphase war die Zahl der AGs in Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten noch immer gering.[8] Über die Gründe besteht in der Forschung keine Einigkeit. Viele Autoren sind der Ansicht, dass das Aktienrecht Kleinaktionäre benachteiligte. Die Zahl der Aktionäre sei in Deutschland gering

▸ Tab 2 **Aktiengesellschaften (inkl. Kommanditgesellschaften auf Aktien) und Gesellschaften mit beschränkter Haftung**

	AG und KGaA			GmbH		
	Anzahl	Grundkapital		Anzahl	Stammkapital	
		Mio. Euro	Durchschnitt in 1 000 Euro		Mio. Euro	Durchschnitt in 1 000 Euro
	x0815	x0816	x0817	x0818	x0819	x0820
	Deutsches Reich					
1886	2 143	2 493	1 163	–	–	–
1896	3 712	3 500	943	–	–	–
1906	5 060	7 081	1 399	–	–	–
1913	5 486	8 874	1 618	26 790	2 422	90
1919	5 345	10 371	1 940	32 670	2 931	90
1925	15 171	9 913	653	64 398	–	–
1929	11 545	12 307	1 066	43 600	–	–
1933	9 292	10 811	1 163	41 076	–	–
1939	5 357	10 399	1 941	23 505	2 381	101
	Bundesrepublik					
1952	2 733	8 498	3 109	26 808	3 104	116
1956	2 899	14 255	4 917	34 617	4 555	132
1961	2 582	18 452	7 147	41 392	9 112	220
1966	2 442	25 158	10 302	58 093	15 212	262
1971	2 310	31 448	13 614	88 543	24 598	278
1976	2 177	40 510	18 608	147 233	37 507	255
1981	2 148	48 962	22 794	280 506	54 498	194
1986	2 190	59 513	27 175	346 371	75 376	218
1991	2 806	78 793	28 080	465 660	106 624	229
	Deutschland					
1992	3 219	88 870	27 608	549 659	125 836	229
1998	5 468	–	–	–	–	–
2004	16 002	–	–	–	–	–
2010	12 962	–	–	–	–	–

gewesen, weil der Nominalwert einer Aktie im Kaiserreich mindestens 1 000 Mark betrug. Die Minderheitenrechte kleiner Aktionäre reichten gegenüber Großaktionären und Banken (wegen des ▸ Depotstimmrechts) nicht aus. Zudem bevorzugte das Konkursrecht die Kreditgeber gegenüber Kapitaleigentümern. So blieb der Aktienmarkt für viele uninteressant und gegenüber den USA oder Großbritannien relativ klein, und Unternehmen nahmen eher Kredite auf, als Aktien auszugeben. Ein ebenso wichtiger Faktor war die große Zahl von Familienunternehmen und die Möglichkeit der Haftungsbegrenzung durch die Gründung einer GmbH. In jedem Fall hat der Nationalsozialismus sich sehr negativ auf Kapitalgesellschaften ausgewirkt, nicht nur wegen der Kriegsverluste. In nur sechs Jahren zwischen 1933 und 1939 wurden 43 Prozent der AGs und der GmbHs aufgelöst oder wieder in Personengesellschaften umgewandelt. Dazu trug auch die Beschränkung der möglichen Gewinnausschüttung einer AG auf 4 Prozent Dividende bei.

Leider sagt die Statistik nur wenig über die Erträge und die Gewinnausschüttungen der AGs aus. Der Anteil der ausgewerteten Bilanzen schwankte von Jahr zu Jahr und lag zwischen 22 (1929) und 88 Prozent (1908); in der Bundesrepublik wurden 40 bis 65 Prozent der Bilanzen ausgewertet. Es handelte sich jedoch nicht immer um dieselben Unternehmen. Die präsentierten Daten haben daher nur eingeschränkte Aussagekraft, doch sie entsprechen der wirtschaftshistorischen Forschung zur Dividendenrendite der Aktiengesellschaften[9] weitgehend. Gemessen am

▸ Depotstimmrecht
Das deutsche Aktienrecht erlaubte es Banken, auf General- oder Hauptversammlungen von Aktiengesellschaften das Stimmrecht für die in einem Wertpapierdepot verwahrten Aktien ihrer Kunden auszuüben, sofern diese nicht selbst bei der Versammlung vertreten waren oder eine Vollmacht ausgestellt hatten. Das Depotstimmrecht wurde 1998 eingeschränkt und erfordert seit 2009 eine schriftliche Vollmacht.

▸ Tab 3 **Bilanzen der Aktiengesellschaften**

	ausgewertete Bilanzen	Bilanzsumme	Grundkapital	Reserven bzw. Rücklagen	Eigenkapital*	Dividenden
	Anzahl	Mio. Euro			% der Bilanzsumme	% des Eigenkapitals
	x0821	x0822	x0823	x0824	x0825	x0826
	Deutsches Reich					
1909	4 579	–	6 648	1 462	–	6,05
1913	4 773	13 581	7 796	1 937	71,66	7,00
1919	4 553	–	8 375	2 379	–	6,29
1925	9 685	–	8 093	1 042	–	3,31
1929	2 562	18 000	8 337	1 144	52,88	5,42
1933	2 493	15 358	7 000	1 403	54,90	2,17
1939	2 516	18 951	7 264	1 586	46,70	4,37
	Bundesrepublik					
1951	1 935	17 079	5 583	3 070	50,67	1,57
1956	2 000	41 771	9 526	5 627	36,28	3,57
1961	1 933	66 472	14 981	7 755	34,20	6,47
1966	1 826	96 159	20 303	11 997	33,59	5,51
1971	1 648	148 050	26 776	19 269	31,10	5,28
1976	1 563	224 013	34 713	27 465	27,76	6,49
1981	1 516	296 510	40 707	38 017	26,55	4,30
1986	1 371	350 496	46 565	58 191	29,89	6,16
1991	1 368	492 785	56 290	60 286	23,66	5,12

* Eigenkapital = Grund- bzw. Stammkapital + Reserven bzw. Rücklagen

Eigenkapital (das Grundkapital plus Reserven oder Rücklagen des Unternehmens) bewegte sich die durchschnittlich ausgezahlte Dividende der erfassten Gesellschaften vor dem Ersten Weltkrieg zwischen 6 und 7 Prozent. Demgegenüber war die Zwischenkriegszeit weniger freundlich zu den Aktionären. In der jungen Bundesrepublik hielten sich die Unternehmen zunächst mit der Ausschüttung von Dividenden zurück, Gewinne wurden stattdessen in einem hohen Maß reinvestiert und im Gegenzug hielten sich die Gewerkschaften mit Lohnforderungen zurück. In der ersten Hälfte der 1960er Jahre erreichten die Dividenden wieder das Niveau des Kaiserreichs, doch seither schwanken die Ausschüttungen erheblich. In den 1970er Jahren lagen sie sogar unter der Inflationsrate. ▸ Tab 3

Die alte Bundesrepublik erlebte keine neue Aktienwelle, allerdings wählten immer mehr Unternehmen die Rechtsform der GmbH oder der GmbH & Co. KG (eine Personengesellschaft mit einer GmbH als haftendem Gesellschafter). Vor allem Handel und Dienstleistungen, aber auch Familienunternehmen nutzen diese Form, die keine Veröffentlichung von Bilanzen und Geschäftsberichten erfordert. Die Finanzierung über den Aktienmarkt war für die meisten Unternehmen in dieser Zeit nicht notwendig, da Banken bereitwillig langfristige Kredite bereitstellten, was sich auch an der seit 1949 schrumpfenden Eigenkapitalquote der Aktiengesellschaften zeigt. Allerdings erschien möglichen Investoren wohl auch die Gewinnausschüttung in der Regel wenig interessant. ▸ Abb 1

Vor dem Hintergrund der Globalisierung und der ▸ *Shareholder-Value*-Orientierung spielt der Aktienmarkt allerdings seit Ende des 20. Jahrhunderts eine größere Rolle. Doch das Statistische Bundesamt hat Anfang der 1990er Jahre die Berichterstattung über Kapitalgesellschaften grundlegend revidiert. Daten, die es ermöglichen verschiedene Unternehmensformen zu beobachten, liefert nun nur noch die Umsatzsteuerstatistik. Sie weist eine deutlich geringere Anzahl von Kapitalgesellschaften aus, bestätigt aber die skizzierte Tendenz. Zwar machen noch immer natürliche Personen und Einzelunternehmen den größten Teil der Umsatzsteuerpflichtigen aus (2012 2,2 Millionen Personen). Doch seit der deutschen Einigung vervierfachte sich die Zahl der AGs fast, die Zahl der GmbH & Co. KGs verdoppelte sich. Die Statistik zeigt auch, dass Gesellschaften ohne Veröffentlichungspflicht wichtiger für die deutsche Wirtschaftsleistung sind als Aktiengesellschaften. GmbHs und Kommanditgesellschaften führen zusammen 60 Prozent der Umsatzsteuer ab (bezahlt wird sie ja von den Kunden der Unternehmen), AGs sind nur mit knapp 18 Prozent beteiligt.

Angaben zur Eigenkapitalausstattung oder zu den ausgeschütteten Dividenden werden seit 1994 nicht mehr in der Statistik ausgewiesen. Allerdings spielt die Dividende seit dieser Zeit eine immer geringere Rolle für die Entscheidung, Aktien zu kaufen. Viel wichtiger ist heute die Erwartung eines steigenden Unternehmenswertes und damit des Erlöses, der beim Verkauf einer Aktie erzielt werden kann (*Shareholder-Value*).

▸ Shareholder-Value
Der Marktwert des Eigenkapitals eines Unternehmens, an dem Aktionäre Anteile halten. „Shareholder-Value“ setzt sich seit den 1980er Jahren als Bewertungskriterium von Aktiengesellschaften durch; dieser Maßstab setzt das Management eines börsennotierten Unternehmens unter Druck, dessen Marktwert zu steigern und damit den Erlös der Aktionäre beim Verkauf ihrer Beteiligung. Viele Unternehmen haben entsprechende Anreize wie zum Beispiel Bonuszahlungen für Top-Manager geschaffen, um dieses Ziel zu erreichen.

▶ Abb 1 **Eigenkapitalquote und Dividenden der Aktiengesellschaften**

▶ Tab 4 **Produktion von ausgewählten industriellen Erzeugnissen**

	Steinkohle	Braunkohle	Roheisen	Rohstahl	Elektrizität	Pkw	Bier
	Mio. t				Mrd. kWh	1 000	1 000 hl
	x0827	x0828	x0829	x0830	x0831	x0832	x0833
	Deutsches Reich						
1886	58,1	15,6	3,5	2,7	–	–	45,1
1895	79,2	24,8	5,5	5,0	–	–	60,7
1913	190,1	87,2	19,3	17,7	2,5	12	69,2
1919	116,7	93,6	5,7	6,9	5,1	–	29,5
1925	145,6	138,7	9,7	12,1	9,9	39	47,6
1929	177,0	174,0	13,2	16,1	16,4	92	58,1
1933	120,3	125,6	5,2	7,5	14,5	92	34,1
1937	184,5	183,5	16,0	19,5	27,4	269	43,6
	Bundesrepublik						
1950	111,1	75,0	9,5	12,1	44,5	216	–
1961	143,6	97,3	25,4	33,5	124,6	1 752	51,5
1970	111,4	107,8	33,6	45,0	242,8	3 132	81,6
1980	87,1	129,9	33,9	43,8	368,8	3 250	89,6
1987	76,3	109,0	28,5	36,2	418,3	4 008	87,8
	DDR						
1950	–	137,1	–	1,3	19,5	7	3,8
1964	–	256,9	–	4,3	51,0	93	13,8
1971	–	262,8	–	5,4	69,4	134	18,1
1981	–	266,7	–	7,5	100,7	180	24,1
1989	–	301,1	–	7,8	119,0	217	24,8
	Deutschland						
1993	60,3	221,8	27,0	37,6	525,7	3 284	114,4
2000	33,6	167,6	30,8	46,4	564,5	5 248	106,9
2009	13,8	174,7	20,1	32,7	524,6	5 386	88,0

Industrie

Mit der Durchsetzung der industriellen Produktion vervielfachte sich die Menge der gewerblichen Erzeugnisse. Zunächst betraf dies industrielle Rohstoffe, Steinkohle, Roheisen und Stahl, doch am Ende des 19. Jahrhunderts wurde auch die industrielle Herstellung von Konsumgütern immer wichtiger (zum Beispiel Bekleidung, Lebensmittel, Haushaltswaren, Möbel). Diese Entwicklung ging einher mit einem gesteigerten Bedarf an Maschinen und industrieller Ausrüstung und einem schnell steigenden Energiebedarf. Seit den 1860er Jahren entstanden daher „neue Industrien" wie die Elektrotechnische Industrie oder die Chemieindustrie. Andere Industrien, wie die Automobilindustrie, brauchten in Deutschland sehr viel länger, um sich zu entwickeln. ▶ Tab 4

Die deutsche Industrie erlebte einschneidende Strukturwandlungsprozesse, in denen die Bedeutung einzelner Industrien zu oder auch abnahm. Kaum eine Branche illustriert diesen Prozess so gut wie der Kohlebergbau, der in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg eine Schlüsselindustrie war, die einen wichtigen Rohstoff und die Energiequelle der Hochindustrialisierung lieferte. Langfristig überholte die Braunkohle die Steinkohle als wichtigste Energiequelle. Dieser Prozess begann in den 1930er Jahren und setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg insbesondere in der DDR fort, die auf Braunkohle als heimische Energieressource setzen musste, um nicht von importierter Energie abhängig zu sein. Die Steinkohle befindet sich hingegen seit dem Ende der 1950er Jahre in der Krise. Wenngleich 10 Millionen Tonnen geförderte Steinkohle eine riesige Menge sind, und obgleich die fördernden Zechen heute so produktiv sind wie nie zuvor, sind die Fördermengen heute kaum größer als vor 160 Jahren, als die Steinkohleförderung im industriellen Maßstab gerade begonnen hatte. ▶ Abb 2

▶ Abb 2 **Steinkohle- und Braunkohleerzeugung — in Millionen Tonnen**

▶ Abb 3 **Pkw-Produktion — in 1 000 Stück**

▶ Abb 4 **Roheisen und Rohstahl — in Millionen Tonnen**

Die andere Seite des industriellen Strukturwandels wird am Beispiel der Automobilindustrie deutlich. Sie erreichte erst nach dem Zweiten Weltkrieg eine besondere volkswirtschaftliche Bedeutung, in etwa zu der Zeit, als der Steinkohlebergbau in die Krise geriet. Das im Dezember 2014 stillgelegte Opel-Werk in Bochum wurde genau aus diesem Grund errichtet. Seither ist die deutsche Automobilproduktion relativ kontinuierlich gestiegen.[10] Zuerst bediente sie vorwiegend den heimischen Markt, doch bereits Anfang der 1960er Jahre war die jährliche Produktionsleistung über die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes hinausgewachsen. Seither trägt die Automobilindustrie erheblich zum deutschen Exportüberschuss bei. Die Produktionsleistungen zentraler Branchen der Volkswirtschaft, wie der Automobilindustrie, lassen in der Regel auch die größeren wirtschaftlichen Krisen erkennen. In der Produktionskurve für die Pkw-Produktion lassen sich beispielsweise die Konjunkturkrise der Jahre 1966/67, die beiden Ölpreiskrisen von 1973/74 und 1979/81, die langsame Anpassung an die Bedingungen des freizügigen europäischen Binnenmarktes (1992/95) sowie der Absatzeinbruch durch die Finanzkrise 2008/09 gut erkennen. Einen ähnlichen Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung liefert die Automobilindustrie der DDR nicht. Zum einen erreichte sie nur einen Bruchteil der bundesdeutschen Produktionsleistung, der nur während der ersten Ölpreiskrise 1973/74 über 5 Prozent der bundesdeutschen Automobilproduktion lag. Zum anderen ist sie als Konjunkturindikator ungeeignet, weil die Nachfrage in der DDR die Produktion dauerhaft um ein Vielfaches überstieg und die Käufer jahrelang auf einen bestellten Pkw warten mussten. ▸ Abb 3

In der Gegenwart liefert die Konsumgüterproduktion ein besseres Abbild der wirtschaftlichen Entwicklung, als es die Produktion industrieller Grundstoffe vermag. Dies war zu früheren Zeiten anders: Bis etwa zum Beginn der 1960er Jahre waren Steinkohle und die Eisen- und Stahlindustrie ein verlässlicher Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Beide Produktionsreihen lassen die wirtschaftlichen Einbrüche des Ersten Weltkriegs und der Weltwirtschaftskrise (1929 bis 1932) gut erkennen und ebenso, dass als Folge des Ersten Weltkrieges wichtige Kohlelagerstätten und Standorte der Eisenproduktion verlorengingen. Die zyklischen Schwankungen der bundesdeutschen Eisen- und Stahlerzeugung von etwa drei bis fünf Jahren resultieren vor allem aus den Investitionszyklen der Industrie und nicht aus der Endnachfrage. Gleichwohl zeigen die beiden Reihen der Roheisen- und der Rohstahlproduktion sehr deutlich den Beinahe-Zusammenbruch der Weltwirtschaft in Folge der Finanzkrise, als die Erzeugung von 2007 auf 2009 um über 30 Prozent einbrach. ▸ Abb 4

Demgegenüber bildet Bier als eines der wichtigsten Massenkonsumgüter bis in die 1980er Jahre hinein gut die Entwicklung der verfügbaren Einkommen und den Lebensstandard ab. Dabei muss natürlich die veränderte Gebiets- und Bevölkerungsgröße berücksichtigt werden. Seit dem Ende der 1990er Jahre nimmt die Aussagekraft dieses Indikators aufgrund veränderter Konsumbedürfnisse ab. ▸ Abb 5

Anders als Produktionsdaten geben betriebs- und unternehmensbezogene Daten nur eingeschränkt Auskunft über allgemeine Trends. Sie müssen sehr viel vorsichtiger interpretiert werden, weil die Erhebungsgrundlagen sich, wie oben angedeutet, im Zeitverlauf erheblich veränderten. Zudem sind in den Statistiken Industriebetriebe und -unternehmen nicht von größeren Handwerksbetrieben unterschieden. Unternehmen, also rechtlich selbstständige Einheiten, wurden erst seit den 1960er Jahren ausgewiesen, bis dahin begnügte sich die Statistik mit der Zahl der Betriebe oder Arbeitsstätten, doch viele Unternehmen besitzen mehrere Betriebe.

▸ Abb 5 **Bierproduktion — in 1 000 Hektolitern**

▶ Tab 5 **Bergbau und verarbeitendes Gewerbe – Unternehmen, Betriebe, Beschäftigung und Umsatz**

	Unter-nehmen	Betriebe	Beschäftigte			geleistete Arbeiter-stunden	Löhne und Gehälter		Umsatz	
			insgesamt	je Unter-nehmen	je Betrieb		insgesamt	je Beschäf-tigtem	insgesamt	davon: im Ausland
			1 000			Mio. h	Mrd. Euro	Euro	Mrd. Euro	
	x0834	x0835	x0836	x0837	x0838	x0839	x0840	x0841	x0842	x0843
	Deutsches Reich									
1902	–	178 936	4 849	–	27	–	–	–	–	–
1913	–	324 524	7 386	–	23	–	–	–	–	–
1919	–	286 946	6 301	–	22	–	–	–	–	–
1926	–	180 566	7 421	–	41	–	–	–	–	–
1932	–	131 091	5 062	–	39	–	–	–	–	–
1936	–	176 131	8 567	–	49	–	–	–	–	–
1938	–	193 950	9 542	–	49	–	–	–	–	–
	Bundesrepublik									
1950	–	50 134	4 935	–	98	9 458	8,0	1,614	42,0	3,4
1961	48 241	57 364	8 316	172	145	13 403	29,0	3,489	146,7	22,0
1970	44 864	56 219	8 887	198	158	12 531	65,4	7,357	300,6	54,7
1980	39 011	48 777	7 660	196	157	9 153	131,5	17,166	611,8	148,5
1987	35 949	44 164	7 055	196	160	7 779	161,6	22,903	755,1	224,2
	Deutschland									
1991	44 821	54 338	9 274	207	171	9 369	220,2	23,741	1 046,2	274,4
2000	40 798	48 913	6 375	156	130	6 312	221,1	34,688	1 306,7	474,0
2010	37 045	44 687	5 716	154	128	–	231,2	40,450	1 575,6	698,9

▶ Abb 6 **Produzierendes Gewerbe**

Bis zum Ersten Weltkrieg, während der Weimarer Republik, nach der Weltwirtschaftskrise (1929 bis 1932) und in den 1950er und 1960er Jahren wuchs das produzierende Gewerbe gemessen an Beschäftigtenzahl, Produktionsausstoß und Umsatz (Daten liegen seit 1950 vor). Die Umsatzzahlen für die Bundesrepublik zeigen, dass das starke Wachstum bis in die 1970er Jahre hinein anhielt. Doch der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft machte sich bereits bemerkbar. Die Wachstumsraten der Industrie gingen zurück und basierten seit den 1970er Jahren zunehmend auf dem Export. Nur kurzfristig, in Folge der deutschen Einigung, gewann das Inland wieder an Bedeutung, seither wuchs vor allem die Exportwirtschaft. ▸ Tab 5, Abb 6

Handwerk

Mit der Einführung der ▸Gewerbefreiheit in Preußen 1810 und später in anderen deutschen Staaten verloren die Zünfte und die Handwerksmeister ihre privilegierte Stellung. Zwar bildeten Handwerksmeister nach wie vor Lehrlinge aus und es gab auch weiterhin wandernde Gesellen, doch die Gewerbefreiheit ermöglichte es, ein Gewerbe anzumelden oder ein Handwerk zu betreiben, ohne einen Meisterbrief und die Zustimmung einer Handwerkszunft zu besitzen. Die „Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund“ von 1869 ermöglichte schließlich jedem Bürger der deutschen Staaten einen Gewerbebetrieb zu gründen, ohne besondere Qualifikationen nachweisen zu müssen, und jeder selbständige Gewerbetreibende erhielt das Recht, Lehrlinge auszubilden. Damit waren die Privilegien der Handwerksmeister beseitigt. Diese gaben ihren Protest gegen die liberalen Bestimmungen jedoch nicht auf; die Gründerkrise (1873/74) und die folgende Preisdeflation führten sie enger zusammen und resultierten 1882 in der Gründung des Allgemeinen Deutschen Handwerkerbundes. Die Handwerker erzielten in den folgenden Jahren weitreichende Erfolge. Die Novelle der Gewerbeordnung von 1897 ermöglichte den selbstständigen Gewerbetreibenden die Gründung von Innungen zur Artikulation ihrer gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen, zur Verständigung über Standards und zur Durchführung von Gesellen- und Meisterprüfungen. Gewählte Handwerkskammern sollten auf bezirklicher Ebene die Interessen der Handwerker vertreten. 1908 wurde der sogenannte kleine Befähigungsnachweis eingeführt. Die Führung eines selbstständigen Gewerbebetriebs oder die Stellung als Werkmeister in einer Fabrik war nun nicht mehr hinreichend, um Lehrlinge auszubilden; seither ist ein von der Handwerkskammer ausgestellter Meisterbrief erforderlich. Die Novellen der Gewerbeordnung legten auch die Grundlage für die duale Berufsausbildung, die neben der fachlichen Lehre einen Schulbesuch vorsieht.

Die Gründe für die Re-Institutionalisierung des Handwerks lagen zum Teil in der erfolgreichen politischen Arbeit der Handwerkervereine, Handwerkskammern und Innungen, doch vor allem war es die Furcht der politischen und wirtschaftlichen Eliten, denen Mittelstandsförderung als eine innenpolitische „Rückversicherung“[11] gegen die stärker werdende Arbeiterbewegung und den Sozialismus erschien. Doch die amtliche Statistik berichtete damals noch nicht gesondert über das Handwerk. Dies begann erst Mitte der 1930er Jahre, nachdem das Handwerk genauer definiert worden war. In der Handwerksordnung von 1935 hatte die nationalsozialistische Regierung den sogenannten großen Befähigungsnachweis eingeführt. Die Führung eines Handwerksbetriebs und die Ausbildung von Lehrlingen setzten nun eine erfolgreich abgelegte Meisterprüfung und den Eintrag in die Handwerkerrolle der jeweiligen Handelskammer voraus. Zudem wurde Handwerkern die Pflicht zur Buchführung auferlegt.

Diese Regelungen hatten trotz Änderungen der Handwerksordnung im Grundsatz[12] bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts für insgesamt 94 Handwerke bestand. 2004 beschloss der Bundestag, den Qualifikationsnachweis für 53 Handwerksberufe aufzuheben und diese Handwerke zulassungsfrei[13] zu machen. ▸ Tab 6

▸ Gewerbefreiheit
Die allgemeine bürgerliche Freiheit, sich gewerblich zu betätigen, das heißt ohne Ansicht der Person ein Geschäft oder Unternehmen gründen zu können und Handel und Gewerbe zu betreiben. Vor Einführung der Gewerbefreiheit regulierten Zünfte (Handwerkervereinigungen) oder auch die Landesfürsten den Zugang zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit. Die seit 1935 bestehende Meisterpflicht im Handwerk ist beispielsweise eine Einschränkung der Gewerbefreiheit, Beschränkungen der Gewerbefreiheit bestehen heute auch noch für viele freie Berufe.

▶ Tab 6 Handwerk – Unternehmen, Beschäftigte und Umsatz nach Handwerkszweigen

	Handwerk insgesamt					Nahrungs- und Genussmittel bzw. Lebensmittelgewerbe				
	Betriebe		Umsatz			Betriebe		Umsatz		
	Unternehmen (1949–2011)	Beschäftigte	insgesamt	je Unternehmen	je Beschäftigtem	Unternehmen (1949–2011)	Beschäftigte	insgesamt	je Unternehmen	je Beschäftigtem
	1 000		Mrd. Euro	1 000 Euro		1 000		Mrd. Euro	1 000 Euro	
	x0844	x0845	x0846	x0847	x0848	x0849	x0850	x0851	x0852	x0853
	Deutsches Reich									
1926	1 304,0	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1937	1 604,6	–	–	–	–	254,4	–	–	–	–
1939	1 314,3	4 537,9	–	–	–	227,0	807,8	–	–	–
	Bundesrepublik									
1949	861,2	3 053,0	9,9	11,5	3,2	115,1	402,9	2,9	24,8	7,1
1956	750,9	3 623,6	24,4	32,5	6,7	117,2	498,3	6,9	59,0	13,9
1963	659,1	3 972,9	50,1	76,1	12,6	105,4	490,1	11,7	110,6	23,8
1968	614,9	4 088,3	72,7	118,2	17,8	97,8	503,9	15,0	153,5	29,8
1977	494,2	3 906,5	141,6	286,5	36,3	74,3	476,4	26,5	357,1	55,7
1995	482,7	5 124,8	358,4	742,4	69,9	48,3	560,3	37,1	768,3	66,3
	Deutschland									
1995	566,9	6 138,5	409,7	722,8	66,7	50,1	594,6	34,4	687,0	57,9
2011	580,4	5 050,2	512,7	883,3	101,5	29,0	568,7	39,5	1 361,5	69,5

▶ Tab 7 DDR – Berufstätige nach Wirtschaftszweig und Betriebsart und Struktur des Handwerks

	Berufstätige						Handwerk			
	insgesamt	davon:		Betriebsart			private Betriebe		Produktionsgenossenschaften	
		Industrie/produzierendes Handwerk	Bauwirtschaft	volkseigen	genossenschaftlich	privat	Anzahl	Beschäftigte	Anzahl	Beschäftigte
	1 000									
	c0020	c0021	c0022	c0023	c0024	c0025	c0026	c0027	c0028	c0029
1953	7 417	2 978	455	3 934	385	3 098	259,2	795,3	0,0	1,4
1961	7 692	3 177	456	4 892	1 551	1 344	164,1	399,5	4,1	181,0
1970	7 769	3 259	538	5 174	1 451	1 144	116,5	347,5	4,5	260,2
1980	8 225	3 387	583	6 571	1 210	444	83,8	245,3	2,8	156,3
1987	8 571	3 479	569	6 856	1 263	452	81,1	262,0	2,7	165,7

▶ Abb 7 **Beschäftige im Handwerk der DDR — in 1 000**

1953

gab es 259 000 private Handwerksbetriebe in der DDR.

1987

waren es 81 000 Handwerksbetriebe.

In der DDR war das Handwerk einer der wenigen Bereiche, in denen sich Sachkapital in privater Hand befinden konnte. Doch die Handwerksbetriebe waren in die zentrale Planung und Bewirtschaftung eingebunden und besaßen daher wenig Gestaltungsspielraum. Zudem wurden seit 1952 Produktionsgenossenschaften gebildet, in denen viele Handwerksbetriebe vor allem des „Maschinen- und Fahrzeugbaus", der Holzbearbeitung und des Bauhandwerks aufgingen. Weil ein industrielles Arbeitsverhältnis eine sicherere und zum Teil einträglichere Existenz als die eines selbstständigen Handwerkers versprach (sieht man von dem ausgedehnten Segment der Schwarzarbeit ab) und weil zudem zahlreiche Arbeitskräfte in die Bundesrepublik abwanderten, nahm die Zahl der im Handwerk Tätigen in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre um etwa ein Drittel ab (1955: 858 000, 1961: 580 000). ▶ Tab 7, Abb 7

Wenngleich der Deutsche Handwerkskammertag heute das Handwerk als die „Wirtschaftsmacht von nebenan"[14] bewirbt, so wurde doch seit Einführung der Gewerbefreiheit und dem Beginn der Industrialisierung stets der drohende Untergang des Handwerks beklagt. So unzureichend die statistische Erfassung der handwerklichen Unternehmen auch ist, gibt sie jedoch wenig Anlass für eine pessimistische Betrachtung. Zwar nahm die Zahl der Handwerksunternehmen nicht nur in der DDR, sondern auch in der Bundesrepublik bis zum Ende der 1970er Jahre deutlich ab, doch danach stabilisierte sich die Lage. Sowohl die Zahl der Unternehmen als auch die Zahl der Beschäftigten blieb relativ stabil. Auch in den vergangenen 15 Jahren hat das Handwerk an Beschäftigten verloren, doch verglichen mit dem produzierenden Gewerbe (Industrie), wo die Zahl der Beschäftigten seit 1991 um fast 40 Prozent zurückgegangen ist, ist die Beschäftigungsquote im Handwerk bemerkenswert stabil. Es sei daran erinnert, dass die Daten für das produzierende Gewerbe größere Handwerksbetriebe einschließen und dass diese Daten den Beschäftigungsrückgang in der Industrie daher noch unterschätzen.

Die einzelnen Handwerkszweige waren sehr unterschiedlich von strukturellen

Wandlungsprozessen betroffen. Eine langfristige Tendenz ist kaum zu ermitteln, da nach der letzten Handwerkszählung von 1995 (für das alte Bundesgebiet) die Erfassungskriterien radikal verändert wurden und die jüngeren Daten mit den vorherigen mit Ausnahme des Lebensmittelgewerbes nicht mehr vergleichbar sind. Bereits in der alten Bundesrepublik waren die verschiedenen Zweige sehr unterschiedlich betroffen. Während die Zahl der Unternehmen im metallverarbeitenden Gewerbe stieg, verlor das Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe über 90 Prozent der Unternehmen (insbesondere Schneider und Schuster) und das Nahrungsmittel- und das Holzgewerbe jeweils fast 60 Prozent. In der gleichen Zeit hat die Gesamtzahl der Beschäftigten um mehr als zwei Drittel zugenommen, jedoch nicht im Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe, wo sie um über 80 Prozent zurückgegangen ist.

Bis heute wächst die Zahl der Beschäftigten im Gesundheitsgewerbe, im Lebensmittelgewerbe bleibt sie bemerkenswert stabil. Seit der deutschen Einigung hat insbesondere das Baugewerbe verloren. Hier arbeiteten 2010 540 000 Beschäftigte weniger als im Jahr 1995. Dies ist nur zum Teil durch Technisierung zu erklären, eine wichtige Rolle spielen auch der Europäische Binnenmarkt und die Tätigkeit ausländischer Unternehmen in Deutschland sowie die Folgen der Finanzkrise.

2010

arbeiteten 540 000 Beschäftigte weniger im Baugewerbe als 1995.

Datengrundlage

Die hier präsentierten Übersichten basieren auf der Auswertung der Statistischen Jahrbücher des Deutschen Reichs, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland sowie einigen Sonderveröffentlichungen dieser Behörden. Zudem wurden verschiedene Forschungsberichte (beispielsweise zur Sozialpolitik in der DDR und zur Umrechnung der Handwerksstatistik) und einige Zeitreihen zur industriellen Produktion (vor allem Bergwerks- und Montanstatistiken) hinzugezogen, die bei GESIS [15] zugänglich sind. Diese Daten wurden durch Branchenveröffentlichungen und Angaben von Interessenverbänden wie der Wirtschaftsvereinigung Stahl oder dem Deutschen Aktieninstitut ergänzt, da das Statistische Bundesamt die entsprechenden Angaben nicht mehr weiter oder in anderer Form veröffentlichte. So werden Kapitalgesellschaften nur noch in der Umsatzsteuerstatistik ausgewiesen, die aber sehr viel weniger Gesellschaften ausweist.

So manche wünschenswerte Zeitreihe lässt sich aufgrund häufig veränderter Erhebungskriterien nicht erstellen. So änderte sich die Zuordnung einzelner Gewerbe oder Handwerke zu Branchen fortlaufend, einige Beispiele dafür werden im Text vorgestellt. Die präsentierte Auswahl erstreckt sich auf wichtige Bereiche, für die überhaupt lange Reihen erstellt werden können. In vielen Fällen ist dies jedoch nicht ohne Rückgriff auf die Originaldaten, sofern diese vorhanden und zugänglich sind, möglich. Dies betrifft beispielsweise die Indizes der industriellen Nettoproduktion, die aufgrund veränderter Gewichtungen der einzelnen Branchen nicht miteinander verkettet werden können.

Doch auch die vorgelegten Zeitreihen sind nicht immer so eindeutig wie sie scheinen, daher sollte bei einer weiteren Verwendung die online zugängliche Dokumentation der Daten berücksichtigt werden. So wurden beispielsweise bis 1977 häufig nur Daten für Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten erhoben, ab 1978 jedoch nur noch Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten erfasst. Eine andere Einschränkung betrifft den jeweiligen Entstehungszusammenhang und den Zweck der Erhebung. So stimmen beispielsweise die Angaben über die Zahl der Unternehmen und deren Beschäftigte im Statistischen Jahrbuch nicht mit den Angaben des Statistischen Bundesamtes im Unternehmensregister oder in der Umsatzsteuerstatistik überein. Solche Probleme können hier nicht aufgelöst, sondern nur benannt werden. Sie resultieren daraus, dass die amtliche Statistik an der Gegenwart interessiert ist und Momentaufnahmen für einen Zeitpunkt oder die jüngste Vergangenheit liefert. Sie hat leider nicht das Ziel, dazu beizutragen langfristen Wandel zu verstehen. Doch die amtliche Statistik und insbesondere die Politik sollten durchaus ein eigenes Interesse an Forschungsprojekten haben, die es erlauben, den wirtschaftlichen Strukturwandel und auch die vielen Veränderungen im Kleinen besser zu erfassen. Allerdings erfordert eine Harmonisierung der Daten für einen langen Zeitraum sehr viel Detailarbeit, womöglich auch den Zugriff auf die Originaldaten und sehr differenzierte Abschätzungen der Auswirkung veränderter statistischer Erfassungen.

Zum Weiterlesen empfohlen

Carsten Burhop: Wirtschaftsgeschichte des Kaiserreichs 1871–1918, Göttingen 2011.

André Steiner: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Bonn 2007.

Werner Abelshauser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, Bonn 2012.

Alfred Reckendrees: Zur Funktion der Aktiengesellschaften in der frühen Industrialisierung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 2 (2012), S. 137–174.

Mark Spoerer: Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom: Die Eigenkapitalrentabilität der deutschen Industrieaktiengesellschaften 1925–1941, Stuttgart 1996.

Ralf Ahrens / Boris Gehlen / Alfred Reckendrees (Hrsg.): Die „Deutschland AG“. Historische Annäherungen an den bundesdeutschen Kapitalismus, Essen 2013.

Ulrich Engelhard (Hrsg.): Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert (Industrielle Welt, Bd. 37), Stuttgart 1984.

Bernd Holtwick: Im Kampf um das Handwerk. Handwerke und ihre Organisationen in Ostwestfalen-Lippe von 1929 bis 1953, Paderborn 2000.

Armin Oszwar: Ein Arrangement auf Widerruf: Die SED und die Privathandwerkerschaft in der SBZ / DDR, in: Thomas Großbölting / Rüdiger Schmidt (Hrsg.): Unternehmerwirtschaft zwischen Markt und Lenkung: Organisationsformen, politischer Einfluß und ökonomisches Verhalten 1930–1960, München 2002, S. 171–198.

Christoph Boyer / Thomas Schlemmer: „Handwerkerland Bayern“? Entwicklung, Organisation und Politik des bayrischen Handwerks 1945 bis 1975, in: Thomas Schlemmer / Hans Voller (Hrsg.): Bayern im Bund: Gesellschaft im Wandel, 1949 bis 1973, München 2002, S. 87–178.

19 Bauen und Wohnen

Günther Schulz

1993 — **293 Euro**

Durchschnittliche Bruttokaltmiete
in der Bundesrepublik 1982
und in Deutschland 1993:

1982 — **161 Euro**

1970 — **2 319 000**

Anzahl der Erwerbstätigen im Baugewerbe
im Deutschen Reich 1900
und in der Bundesrepublik 1970:

1900 — **1 239 000**

Umsatz des Bauhauptgewerbes
in der Bundesrepublik 1970
und in Deutschland 2000:

1970 — **29 400 000 000 Euro**

2000 — **98 600 000 000 Euro**

Anzahl der Wohngebäude
im Deutschen Reich 1936 und
in Deutschland 2010:

1936 — **8 700 000**

2010 — **18 100 000**

Bauen und Wohnen dienen grundlegenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Versorgungsfunktionen. Zugleich sind sie durch individuelle Wünsche, politische, staatliche Ziele und wirtschaftliche Interessen bestimmt. Diese Kräfte wirkten und wirken in den jeweiligen Epochen unterschiedlich zusammen. Die Analyse dieses Zusammenspiels eröffnet den Blick auf wichtige gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklungen der modernen Gesellschaft.

Einordnung und begriffliche Klärungen

Wohnen ist ein Grundbedürfnis des Menschen und zugleich ein Bereich, um sich gesellschaftlich darzustellen, zu integrieren oder abzugrenzen. Die Bauwirtschaft ist eine „Lokomotive der Gesamtwirtschaft“: eine Schlüsselbranche, von der viele Wirkungen auf andere Bereiche ausgehen. Bauen und Wohnen richten sich auf die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft – in persönlicher wie gesellschaftlicher, politischer, volks-, einzelwirtschaftlicher, kultureller, räumlicher und ästhetischer Hinsicht. Sie sind zugleich von den vorhandenen Traditionen und Ressourcen auf diesen Feldern geprägt und zum Teil begrenzt.

Das Gut „Wohnung“ besteht aus einem oder mehreren Räumen, die für den dauerhaften Aufenthalt von Menschen bestimmt und geeignet sind, die dafür erforderlichen Grundfunktionen gewährleisten, insbesondere eine Küche haben, und in der Regel räumlich abgeschlossen sind. Es weist als Besonderheiten auf, dass es von jedermann benötigt wird und nicht substituierbar ist; es ist immobil, heterogen, seine Herstellung zeitraubender und teurer und seine Nutzungsdauer im Allgemeinen länger als diejenige fast aller anderen Gebrauchsgüter. Ferner orientieren sich Bauherren bzw. Bewohner nicht nur an den Kriterien der eigenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, des finanziellen Ertrags, an ihren familiären und beruflichen Bedürfnissen, sondern auch an Überlegungen bezüglich sozialem Status, Prestige und wirtschaftlich-sozialer Sicherheit.

Bei Wohnungen wird zwischen der Wohn- und der Rechtsform unterschieden. Die Wohnform kann die Kleinsiedlung sein (ein Begriff für ein Wohnhaus mit Landzulage und Stall bzw. Wirtschaftsteil), das freistehende sowie das Reihen-Einfamilienhaus, die Einliegerwohnung und die Wohnung im Mehrfamilienhaus. Bei der Rechtsform unterscheidet man zwischen Wohnen im Eigentum, zur Miete oder in Sonderformen wie dem Dauer- bzw. dem genossenschaftlichen Wohnrecht.

Wohnungspolitik bezeichnet im engeren Sinne die Summe derjenigen meist staatlichen Maßnahmen, die mit Blick auf politisch definierte Ziele der quantitativen und qualitativen Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum dienen. Im weiteren Sinne wird auch die Siedlungs- und Stadtumwelt einbezogen. Wohnungspolitik gliedert sich in die Bau- und die Bestandspolitik. Die erstere umfasst alle Maßnahmen, die sich auf den Neubau richten. Ihre Mittel sind weit gespannt. Sie umfassen die Bodenpolitik ebenso wie ein vielfältiges Instrumentarium öffentlicher Subventionen: Kapital- bzw. Zinssubventionen, Abschreibungen bzw. Steuervergünstigungen. Die Bestandspolitik richtet sich auf den vorhandenen Wohnraum und gliedert sich in die Mietrechts-, Mietpreisrechtspolitik sowie die öffentliche Wohnraumbewirtschaftung (beispielsweise Festlegung des Mietpreises durch die öffentliche Hand, Einweisung von Mietern in Wohnungen, die aufgrund staatlicher Förderung entsprechende Belegungsbindung haben, oder nach Kriegen, Umweltkatastrophen etc.).

An die Politik werden vielfältige Ansprüche bezüglich der Versorgung mit gutem und preiswertem Wohnraum gestellt, und es gibt zahlreiche Wechselwirkungen mit angrenzenden

▶ Tab 1 **Das deutsche Baugewerbe**

	Erwerbstätige im Baugewerbe	Bauhauptgewerbe					Umsatzanteile am öffentlichen Bau			Einkommen im Baugewerbe	Lohn- und Gehaltssumme im Bauhauptgewerbe
		tätige Personen	Umsatz				Hochbau	Straßenbau	Tiefbau		
			Mrd. Euro	darunter: Wohnungsbau	darunter: gewerblicher Bau	darunter: öffentlicher Bau					
	1 000			%						Mrd. Euro	
	x0854	x0855	x0856	x0857	x0858	x0859	x0860	x0861	x0862	x0863	x0864
	Deutscher Bund / Deutsches Reich										
1855	384	–	–	–	–	–	–	–	–	0,1	–
1875	530	–	–	–	–	–	–	–	–	0,2	–
1890	1 045	–	–	–	–	–	–	–	–	0,5	–
1900	1 239	–	–	–	–	–	–	–	–	0,7	–
1910	1 530	–	–	–	–	–	–	–	–	1,0	–
1929	2 030	–	–	–	–	–	–	–	–	2,8	–
1936	2 086	–	–	–	–	–	–	–	–	2,0	–
	Bundesrepublik										
1950	1 463	913	3,2	–	–	–	–	–	–	2,7	1,3
1960	2 126	1 406	12,8	38,8	25,6	35,5	25,5	37,3	37,2	–	4,3
1970	2 319	1 529	29,4	34,9	24,0	41,1	23,0	37,5	39,4	–	11,3
1980	2 134	1 263	57,5	37,9	25,5	36,6	24,2	33,8	42,1	–	19,1
1989	1 833	999	63,7	31,2	34,1	34,7	26,3	32,1	41,7	–	19,8
	Deutschland										
2000	2 920	1 050	98,6	35,2	35,7	29,1	21,9	38,9	39,1	–	26,2
2010	2 371	716	81,9	32,1	36,0	31,8	25,2	42,1	32,7	–	18,8

Politikfeldern, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Gebieten, zum Beispiel der Boden-, Städtebau-, Siedlungs-, Raumordnungs- und Verkehrs-, Umwelt- und Energiepolitik, der Steuer-, Eigentums-, Vermögens-, Konjunktur- und allgemeinen Wirtschaftspolitik sowie dem Kapital-, Arbeits-, Baustoffmarkt und nicht zuletzt der Architektur.

Mit dem Wohnungsbau konkurrieren weitere Bereiche um Ressourcen: der Wirtschaftsbau – die Errichtung von gewerblichen Anlagen, Fabriken, Büros, Läden usw. – sowie der öffentliche Bau: die Errichtung von Schulen, Rat- und Krankenhäusern, Theatern und Bädern etc. ▶ Tab 1

Historische Entwicklungslinien

Die Wohnverhältnisse im 19. Jahrhundert waren weitgehend liberal geprägt.[1] Die öffentliche Hand beschränkte sich im Wesentlichen auf Vorgaben für Bausicherheit und Feuerschutz (siehe das preußische Fluchtliniengesetz von 1875) und griff sozialpolitisch kaum ein. Aufgrund des starken Wachstums der Bevölkerung sowie ihrer Zusammenballung in gewerblich-industriellen Zentren kam es zu einem Bauboom, es entstanden Bodenspekulation, Armutsviertel und Elendswohnungen. Das führte dazu, dass die Armen- und Arbeiterfrage im Gefolge der Industrialisierung zugleich auch zur Wohnungsfrage wurde. In den rasch wachsenden Industriezentren kam es zu fortschreitender Segregation: auf der einen Seite adeliges und großbürgerliches Wohnen – Stichworte sind Stadtpalais und bürgerliche Villa mit Vorbildwirkung, auch bezüglich Aufteilung und Ausstattung im Inneren mit Repräsentationsräumen und „gutbürgerlichem" Wohnzimmer –, auf der anderen Seite Wohnungselend, wie es sich insbesondere in überalterten, heruntergekommenen Stadtvierteln zeigte, aber auch in der Mietskaserne. Beispiele sind der Berliner Wedding und das Hamburger „Gängeviertel". In den Brennpunkten entwickelten sich spezifische proletarische Wohnformen (▶ „Schlafgängerwesen", halboffene Gesellschaft). Angesichts fehlender sozialer Sicherheit (▶ „Kahlpfändung") entzogen sich Mieter nicht selten durch raschen Umzug der Mietzahlung. An den Problemen entzündete sich Sozialkritik, beispielsweise von Armenärzten, die Untersuchungen über die Wohnverhältnisse in sozialen Brennpunkten initiierten. Ferner führten die Missstände zur Formierung der Bodenreformbewegung mit dem Ziel, den Boden umzuverteilen und „unverdienten" Bodenwertgewinn abzuschöpfen, sowie zur Gartenstadt-[2] und zur Wohnreformbewegung[3].

Die Situation änderte sich mit dem Ende der Monarchie in Deutschland und dem Übergang zur demokratischen Massengesellschaft am Ende des Ersten Weltkriegs, als etwa eine Million Wohnungen aufgrund von Mangel und Baustillstand im Weltkrieg fehlten und die Wohnungsfrage zu einem kardinalen Thema der Gesellschaftspolitik wurde: für den Staat ein Mittel zur gesellschaftlichen Stabilisierung, für die Parteien ein Instrument der Klientelbindung.[4] Die Weimarer Zeit wurde zum Wendepunkt hinsichtlich von Interventionen ins Wohnungswesen. Nun griff der Staat einerseits in Fortsetzung kriegswirtschaftlicher Maßnahmen stark lenkend ein, mit verschärftem Mieterschutz, massiver Mietpreisbegrenzung und fortgeführter, wenngleich gelockerter öffentlicher Wohnraumbewirtschaftung. Andererseits finanzierte er umfangreich den Neubau nach der Währungsreform 1923 mithilfe einer „Geldentwertungsausgleichssteuer auf die bebauten Grundstücke" (in Preußen: „Hauszinssteuer"). Diese Mittel flossen in erheblichem Umfang an gewerkschaftliche, verbandliche und kommunale Träger. Der Werkswohnungsbau hingegen wurde ausgeschlossen. Mit diesen Mitteln kam es zu umfangreicher Neubautätigkeit, bei der die jeweiligen Träger die ihnen politisch angemessen erscheinenden Siedlungsformen realisierten. Beispielsweise errichtete die Linke vornehmlich Siedlungen des Neuen Bauens, mit den Merkmalen Einheitlichkeit, Gleichheit, Kubus und Flachdach; nationale und konservative Kräfte hingegen konzentrierten sich auf konventionelle Formen: architektonische Unterschiedlichkeit, Satteldach und Sprossenfenster. Politische Programmatik verband sich mit konzeptionell-ästhetischem Ausdruck.

In der Weltwirtschaftskrise brach der Wohnungsbau stark ein. Die öffentliche Förderung kam zum Erliegen, es dominierten Selbst- und Nachbarschaftshilfe. Der Nationalsozialismus benutzte den Wohnungsbau für seine Ziele, entwickelte freilich keine grundlegend neuen Konzepte.[5] Er griff Vorstellungen der ländlichen Siedlung auf, wie sie schon in der Weimarer Zeit erprobt worden waren, und förderte sie besonders, desgleichen den Bau von Einfamilienhäusern und Kleinsiedlungen. Er stellte das Wohnungswesen in den Dienst agrarromantischer (Kleinsiedlung, Ostsiedlung) und großstadtfeindlicher Vorstellungen, war aber zwischen Agrarromantik und industriellem Massenwohnungsbau gespalten. Im Rahmen von Kriegsvorbereitung und Ressourcenverknappung intensivierte der nationalsozialistische Staat die öffentliche Wohnraumbewirtschaftung bzw. Wohnungszwangswirtschaft. 1936 fror er die Wohnungsmieten ein.[6]

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Wohnungsnot größer als je zuvor. 1950 gab es in der Bundesrepublik 15,4 Millionen Haushalte, doch nur 10,1 Millionen Wohnungen. Die Jahre 1945 bis 1949 waren ein Schwebezustand: gravierende Unterversorgung mit Wohnraum, vor allem in den Städten und industriellen Zentren; umfangreiche Wanderungen bzw. Bevölkerungsverschiebungen; starke Bewirtschaftung; Instandsetzungen, doch noch kaum Neubau; Unsicherheit, wie lange die Wohnungsnot andauern würde und mit welchen Leitbildern und Mitteln sie zu überwinden sei.[7]

Seit 1949 gingen die beiden deutschen Staaten getrennte Wege. In der Bundesrepublik setzte die bürgerliche Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP auf Mobilisierung aller Kräfte unter staatlicher Rahmengebung und Förderung: Dies umfasste erstens den öffentlich geförderten Sozialen Wohnungsbau mit Einsatz staatlicher Mittel, Beschränkung der Wohnungsgröße auf 32 bis 64 Quadratmeter und der Miethöhe auf maximal 1,10 D-Mark/Quadratmeter (= 0,56 Euro; in Großstädten) sowie der Vergabe an Mieter unterhalb bestimmter Einkommensgrenzen. Zweitens den steuerbegünstigten Wohnungsbau, der Steuervergünstigungen, aber keine öffentlichen Förderungsmittel erhielt; die Wohnungen durften 80 bis – für Kinderreiche – 120 Quadratmeter groß sein; es galt die Kostenmiete. Drittens den freifinanzierten Wohnungsbau ohne öffentliche Mittel und Beschränkungen.[8] Man

▸ Schlafgänger
Schlafleute, -burschen mieteten, meist im Haushalt bedürftiger Witwen und Arbeiterfamilien, nicht einen Raum, sondern eine Schlafgelegenheit, eine „Schlafstelle", im Wesentlichen ein Bett, im Extremfall nur für die Zeit, in der der Wohnungsinhaber es nicht selbst benutzte. Dies war den Sozialreformern und der Obrigkeit aus sittlichen und hygienischen Gründen ein Dorn im Auge. Zur Abhilfe errichteten Unternehmen und Kommunen Ledigenheime.

▸ Kahlpfändung
Die Pfändung und Verwertung aller Vermögensgegenstände bei Mietschulden. Sie war damals zulässig, es gab noch keinen Schutz des Lebensnotwendigen. Deshalb entzogen sich zahlungsunfähige Mieter bei Mietrückstand nicht selten durch rasches Verschwinden mit allen Habseligkeiten.

▶ Tab 2 **Wohnungsbestand, Wohnungsbau**

	Bestand			Anteil am Wohnungsbestand nach Größe			fertiggestellte Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden				sozialer Wohnungsbau	Preisindex für Wohngebäude
	Wohngebäude	Wohnungen	Wohnungen pro 1 000 Einwohner	1–3 Räume	4–6 Räume	7 und mehr Räume	1 000	pro 10 000 Einwohner	1–2 Wohnungen	3 und mehr Wohnungen	geförderte Wohnungen	Bauleistungen am Bauwerk, Neubau, konventionell
	Mio.			%					%		1 000	Index (2005=100)
	x0865	x0866	x0867	x0868	x0869	x0870	x0871	x0872	x0873	x0874	x0875	x0876
	Deutsches Reich											
1871	5,3	8,7	213	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1880	5,7	9,7	214	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1890	5,8	10,6	216	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1900	6,5	12,3	219	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1910	7,0	14,3	222	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1920	7,2	13,7	222	–	–	–	103	17	–	–	–	48,4
1929	8,0	15,5	240	–	–	–	318	51	–	–	–	8,1
1936	8,7	17,2	256	–	–	–	310	47	–	–	–	6,0
	Bundesrepublik											
1950	5,4	10,1	214	43,0	57,0	–	372	74	82,5	17,5	319	11,4
1960	7,4	16,1	291	–	–	–	574	104	–	–	327	17,9
1970	9,2	20,8	338	36,1	56,5	7,4	478	79	–	–	165	31,0
1980	11,2	25,4	412	34,2	57,8	8,0	389	63	–	–	97	59,5
1989	12,3	26,6	424	29,2	59,5	11,3	239	38	83,2	16,8	65	74,4
	DDR											
1950	1,9	5,1	276	–	–	–	31	17	72,3	27,8	–	–
1960	–	–	–	–	–	–	80	47	–	–	–	–
1970	–	–	–	–	–	–	76	45	–	–	–	–
1980	–	–	–	–	–	–	112	67	–	–	–	–
1989	–	7,0	426	–	–	–	92	56	–	–	–	–
	Deutschland											
1990	–	33,9	425	31,0	59,7	9,4	–	–	–	–	–	–
2000	16,8	38,4	467	30,4	59,6	10,0	423	51	82,2	17,8	44	97,9
2010	18,1	40,3	493	–	–	–	160	20	83,0	17,0	–	113,9

▶ Abb 1 **Fertiggestellte Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden — pro 10 000 Einwohner**

setzte auf Objektförderung, bei der sich die Subventionierung nur an der Einhaltung politischer Vorgaben wie der Beschränkung der Wohnfläche und der Miethöhe orientierte, nicht aber an der finanziellen Lage der Bauherren. Allmählich wurde dies ergänzt durch Subjektförderung in Form von Mietbeihilfen bzw. Wohngeld, um nicht marktfähige Nachfrage marktfähig zu machen.

In der DDR setzte die sozialistische Regierung immer stärker auf den Wohnungsbau von Genossenschaften und Staatsbetrieben mit niedrigen Mieten und öffentlicher Bewirtschaftung sowie auf Vergesellschaftung des Wohnraums („Dieses Haus gehört dem Volke"). Die eingefrorenen Mietpreise bestanden von der nationalsozialistischen Zeit bis zum Zusammenbruch der DDR fort. Das System nicht kostendeckender Mieten erstickte den gewerblichen Wohnungsbau und zog den Verfall des Wohnungsbestandes nach sich. Im Wohnungsbau überlebte, wenn man es typisiert, neben dem staatlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau nur derjenige für die Selbstversorgung.

Beide deutsche Staaten erlebten seit ihrer Gründung einen Bauboom[9] – in der DDR staatlich induziert, in der Bundesrepublik durch die Mobilisierung aller wirtschaftlich-gesellschaftlichen Kräfte mit Förderung durch die öffentliche Hand. Am Höhepunkt des Booms im Jahr 1964 wurden etwa 624 000 Wohnungen (brutto) errichtet und damit mehr als je zuvor in der deutschen Geschichte – in den besten Jahren der Weimarer Republik waren es für Gesamtdeutschland etwa 338 802 gewesen (1929).[10] Auch bezogen auf die Einwohnerzahl stiegen die Fertigstellungen und erreichten in der Bundesrepublik Spitzenwerte. ▶ Tab 2, Abb 1

Parallel zur Überwindung der Unterversorgung reduzierte die Bundesrepublik die staatlichen Eingriffe ins Wohnungswesen. Das Erste Wohnungsbaugesetz von 1950 war ein additiver Kompromiss, der, um die Wohnungsnot zu überwinden, allen Bauherrengruppen Anreize bzw. Entfaltungsmöglichkeit bot. Das Zweite Wohnungsbaugesetz von 1956 („Wohnungsbau- und Familienheimgesetz") war der Versuch, das Eigen- bzw. Familienheim aus politisch-weltanschaulichen Gründen gegen den Mietwohnungsbau stärker durchzusetzen. Das „Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht" 1960 überführte das Wohnungswesen in die Marktwirtschaft unter gleichzeitiger Einbindung in Sozialrechtsklauseln (Kündigungsschutz; Kündigung nur bei Eigenbedarf). Parallel zu der frühen, vornehmlich auf privatwirtschaftliche Anreize setzenden Politik vollzogen sich Entwicklungen wie der Bedeutungsgewinn der gewerkschaftlichen „Neuen Heimat", die von der Wohnungspolitik profitierte, ohne dass diese Konzentration von der Regierung intendiert war. Die Wohnungsgemeinnützigkeit – und damit der erwünschte Verzicht auf kapitalistische Rendite bzw. Spekulationsgewinn – gewann an Bedeutung, damit zugleich aber auch die – unerwünschte – Akkumulation von Wohnungsbeständen in Händen einzelner Anbieter. Im Falle der gewerkschaftlichen „Neuen Heimat" wirkten mehrere Faktoren zusammen,[11] nach ihrem spektakulären Zusammenbruch kam es 1988 zum Ende der Wohnungsgemeinnützigkeit.

Eine weitere Entwicklungsphase war die verstärkte Einbindung des Wohnungswesens in die Stadtplanung unter den Gesichtspunkten der Gliederung nach Funktionen (wohnen, arbeiten, sich erholen, sich bewegen) gemäß dem Leitbild der „Charta von Athen" (1933). Diese wurde in Deutschland nach der unmittelbaren Wiederaufbauzeit (1945/48 bis etwa 1955) unter

▶ Abb 2 **Wohnungsbestand — pro 1 000 Einwohner**

▶ Abb 3 **Bewohnte Wohnungen – durchschnittliche Fläche pro Person — in Quadratmetern**

dem Leitbild der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ rezipiert (1955 bis etwa 1970).[12] Es folgten die dezidierte Städtebauförderung und die Propagierung der „verkehrsgerechten Stadt“. Nach dem Ende des Baubooms gewannen die Erhaltung und Sanierung des Bestandes immer mehr an Bedeutung, ferner Gesichtspunkte der Umwelt-, Alters-, Familiengerechtigkeit und zuletzt der Energieeinsparung. Der Versorgungsgrad der Bevölkerung mit Wohnungen ist inzwischen hoch, derjenige einkommensschwacher Nachfrager freilich nach wie vor unbefriedigend. ▶ Abb 2

Obwohl die Ausgaben für Miete und Nebenkosten gestiegen sind, verfügen die Deutschen derzeit über mehr Wohnfläche pro Person als je zuvor. Ursachen sind neben gewachsenen Ansprüchen an die Wohnqualität und gestiegenem Wohlstand auch der Rückgang der Kinderzahl und zunehmende Überalterung. ▶ Tab 3, Abb 3

▶ Tab 3 **Haushalte und Wohnsituation**

	Eigentümerquote	durchschnittliche Bruttokaltmiete		Mietanteil am ausgabenfähigen Einkommen von Arbeitnehmern	Anteil der Hauptmieterhaushalte mit Mietbelastung von 20 Prozent und mehr des Haushaltsnettoeinkommens	bewohnte Wohnungen		
		pro Monat	pro Quadratmeter			durchschnittliche Fläche	durchschnittliche Fläche pro Person	durchschnittliche Anzahl Personen
	%	Euro		%		qm		Anzahl
	x0877	x0878	x0879	x0880	x0881	x0882	x0883	x0884
	Bundesrepublik / Alte Bundesländer							
1950	39,1	19	–	10,1	–	–	–	4,7
1960	33,8*	–	0,6	9,6	8,5	–	–	–
1972	35,8	95	1,5	13,3	25,3	75,0	26,4	2,9
1982	40,4	161	2,8	13,5	39,1	82,2	33,6	2,5
1993	41,7	333	4,9	16,7	58,2	86,8	36,9	2,4
2002	44,6	432	6,1	–	69,8	92,5	42,8	2,2
2010	48,8	465	6,5	–	72,4	95,8	46,1	2,1
	Neue Bundesländer							
1993	26,4	170	2,9	10,1	22,9	64,6	29,3	2,2
2002	34,2	324	5,3	–	60,3	76,8	36,2	2,1
2010	34,4	377	6,0	–	69,6	78,8	41,4	1,9
	Deutschland							
1993	38,8	293	4,4	–	49,1	82,3	35,4	2,3
2002	42,6	408	5,9	–	67,7	89,6	41,6	2,2
2010	45,7	441	6,4	–	71,7	92,1	45,1	2,0

* 1961

Bestimmungsfaktoren des Wohnungswesens

Bauen und Wohnen werden im Wesentlichen von den vorgelagerten Bodenmärkten, den Gegebenheiten der Bauwirtschaft, den Kapitalverhältnissen und der Beschaffenheit der Nachfrage bestimmt. Da der Boden immobil, nicht vermehrbar und nicht reproduzierbar ist, ist die Verfügbarkeit bzw. der Ausweis von Bauland wichtig. Von der Gesamtfläche der alten und neuen Bundesländer wurden 1989/90 rund 11,5 Prozent als Siedlungs- und Verkehrsfläche genutzt, 55 Prozent waren landwirtschaftliche, 29 Prozent Wald, 2 Prozent Wasser und 2,5 Prozent sonstige Fläche. Die Preise für baureifes Land stiegen beispielsweise 1980 bis 1992 von umgerechnet 42 auf 64 Euro/Quadratmeter – ein Anstieg um 52 Prozent. Im selben Zeitraum stieg der Preisindex für Wohngebäude um 50, der Lebenshaltungskostenindex um 39 Prozent.[13] Die Kommunen haben vielfältige Möglichkeiten, die Menge des verfügbaren Baulandes und die Baulandpreise zu beeinflussen, beispielsweise durch Erschließung und Vorratspolitik. ▸ Abb 4

Es kennzeichnet die Bauwirtschaft, dass sie nicht auf Vorrat baut, sondern als „Bereitschaftsindustrie“ Kapazitäten für Aufträge vorhalten muss, sodass sie starken Auftragsschwankungen unterliegt und individuelle Leistungen erbringt. Ihre wichtigsten bestimmenden Faktoren sind die Baustoffpreise, die Arbeits- sowie weitere Kosten, zum Beispiel für Ausrüstung, in jüngerer Zeit auch für Umweltschutz. Versuche zur Rationalisierung und Industrialisierung der Bautätigkeit, zum Beispiel durch Fertigteilbau, gab es schon früh, sie waren aber, anders als die technische Normung, nie sonderlich erfolgreich. Dazu trug neben der vielfach individuell geprägten Nachfrage insbesondere die kleinbetriebliche Struktur bei. Sieht man vom Plattenbau in der DDR ab, dominierte stets der traditionelle, regional gebundene kleinbetriebliche Baubetrieb. In Deutschland gab es 1993 im Hochbau 19 903 traditionelle Handwerks- und Industriebetriebe, davon hatten 15 270 maximal 19, nur 113 mehr als 200 Mitarbeiter. Demgegenüber gab es nur 538 Hochbau-Fertigteilbetriebe.[14]

Auf dem Kapitalmarkt wirken zahlreiche Faktoren: neben den vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten der Eigenfinanzierung (auch über Bausparen, Arbeitgeber-, Verwandten-, Mieterdarlehen etc.), der (kurz-, mittel-, langfristige) Zins sowie die überaus vielfältigen, differenzierten Möglichkeiten der öffentlichen Hand zur Steuerung und Subventionierung. ▸ Tab 4

Die Nachfrage wird in erster Linie durch die demografische Entwicklung und die Zusammensetzung der Bevölke-

▸ Abb 4 **Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk, Neubau, konventionell) — 2005=100**

75

Quadratmeter betrug die durchschnittliche Fläche einer bewohnten Wohnung in der Bundesrepublik 1972.

92,1

Quadratmeter waren es in Deutschland 2010.

781

Milliarden Euro betrug die Bausparsumme aller Bausparkassen im Jahr 2010 insgesamt.

rung bestimmt (u.a. Einheimische/Fremde bzw. Migranten; Altersgruppen/Gentrifikation, Ein-/Mehrpersonenhaushalte), ferner durch den Zustand des Wohnungsmarktes als inhomogener, unvollkommener Markt. Ihn prägen unter anderem Alter, Qualität, Lage und Mietpreis der Wohnungen und natürlich die Vorgaben der öffentlichen Hand. Zwischen den Teilmärkten bestehen zahlreiche Interdependenzen. Hier sind unter anderem *Filtering*-Prozesse zu nennen. „*Filtering-down*" bedeutet, dass bei ausbleibender oder unzulänglicher Sanierung und Modernisierung die Wohnungen an Qualität verlieren und für weniger leistungsfähige Bevölkerungsschichten interessant werden; umgekehrt spricht man von „*Filtering-up*". Außerdem sind Sickerprozesse („*Trickle-down*-Effekte") zu nennen, bei denen besser verdienende Haushalte in höherwertige Wohnungen ziehen und damit die bisher benutzten für einkommensschwache Nachfrage frei machen, sowie Arbitrage-Prozesse, bei denen Einfluss von Nachbarschaft, Wohnquartier und Wohnumfeld ausgeht.

▶ Tab 4 **Wohnungsbaufinanzierung**

	Bausparkassen						sozialer Wohnungsbau: Finanzierung				Wohnungsbauinvestitionen
	Auszahlungen			Bausparsumme des Vertragsbestandes			ins-gesamt	davon:			
	ins-gesamt	davon: öffentliche Bausparkassen	davon: private Bausparkassen	ins-gesamt	davon: öffentliche Bausparkassen	davon: private Bausparkassen		Kapitalmarkt	öffentliche Haushalte	Sonstige	
	Mio. Euro						Mio. Euro	%			Mrd. Euro
	x0885	x0886	x0887	x0888	x0889	x0890	x0891	x0892	x0893	x0894	x0895
	Deutsches Reich										
1928	21	1	20	–	–	–	–	–	–	–	1,4
1936	38	7	32	–	–	–	–	–	–	–	1,1
	Bundesrepublik										
1950	206	105	101	–	–	–	–	–	–	–	1,9
1960	–	–	–	25 711	11 019	14 692	5 143	44	25	31	11,4
1970	–	–	–	120 548	44 549	75 999	5 330	59	12	29	24,0
1980	24 590	8 809	15 781	383 595	118 717	264 877	12 153	51	17	33	53,0
1989	22 170	6 602	15 568	452 956	137 089	315 866	8 605	50	20	30	66,3
	Deutschland										
2000	38 048	10 649	27 399	658 693	213 877	444 816	–	–	–	–	139,8
2010	30 202	8 569	21 634	780 621	264 570	516 051	–	–	–	–	133,2

Datengrundlage

Aufgrund der territorialen Zersplitterung Deutschlands und damit auch der nur geringen administrativen Möglichkeiten, Bauen und Wohnen valide zu quantifizieren, gibt es für die Zeit seit dem frühen 19. Jahrhundert bislang keine konsistenten langen Reihen zu diesem Bereich. Zudem variieren die Definition und damit auch die Bestimmung und Erfassung der Objekte, indem Statistiken zum Beispiel Wohnungen mitunter nur in Wohn-, mitunter auch in Nichtwohngebäuden erfassen, ferner Neubau ein- bzw. ausschließlich von Wiederaufbau, Instandsetzung etc. Zudem ist die Nutzung von Räumen zu Wohn- oder zu Gewerbezwecken häufig fließend und überhaupt die statistische Erfassung der Wohnung als inhomogenes Gut nicht einfach. Ferner wurden im Laufe der Zeit in den Erhebungen bzw. von den Statistischen Ämtern Angaben immer wieder neu zugeordnet, umbasiert bzw. neu berechnet und nicht zuletzt gelegentlich aus politischen Gründen „geschönt", sodass die überlieferten Daten oft voneinander abweichen. Deshalb sind auf dem Feld von Bauen und Wohnen mehr noch als auf vielen anderen Gebieten die sachliche Zuordnung im Detail und die definitorische Nuance von großer Bedeutung.

Vor Beginn der zentralen amtlichen Statistik wurden die meisten quantifizierenden Zusammenstellungen von Ärzten, Sozialreformern und anderen Privatleuten aus sozialen Motiven und für sozialpolitische Zwecke vorgenommen. Ferner gibt es schon recht früh umfassendes, aber regional begrenztes Zahlenmaterial über Bau- und Wohnverhältnisse, beispielsweise in den Berichten der Landräte an die preußische Regierung Mitte des 19. Jahrhunderts, ferner in einzelnen Brennpunkten der Wohnungsnot in der Hochindustrialisierung. Insgesamt ist das Zahlenmaterial für das 19. Jahrhundert umfangreich, regional zersplittert und disparat.

Mit Einsetzen der amtlichen Statistik in den deutschen Staaten und vor allem nach Gründung des Deutschen Reiches und des Kaiserlichen Statistischen Amtes werden die Zählungen umfassender und die Zahlen gesicherter. Je näher man zur Gegenwart kommt, desto elaborierter und valider wird das Material. In der Statistik der Bundesrepublik Deutschland finden sich regelmäßig Erhebungen über den Wohnungsbestand, ähnlich in der Statistik der DDR.

Das Statistische Bundesamt hat auch Überblicksdarstellungen mit Material zu Bauen und Wohnen publiziert.[15] Ferner publiziert das Wohnungsbauministerium des Bundes (wechselnde Bezeichnungen) seit 1951 Statistiken im Bundesbaublatt.[16] Seit Gründung der Bundesrepublik gibt das Statistische Bundesamt die Reihe „Wirtschaft und Statistik" mit auch für Wohnen und Bauen relevanten Daten heraus.[17]

Daneben gibt es eine reichhaltige Publikationstätigkeit der Verbände, beispielsweise der Landesbausparkassen mit „Markt für Wohnimmobilien". Dort werden wichtige Daten und Fakten zum deutschen Wohnimmobilienmarkt, zur aktuellen Bautätigkeit, zu Wohnungsbestand, Finanzierung und Wohneigentumsbildung publiziert. Zudem gibt es die Jahresberichte der Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen.[18] Des Weiteren sind zu nennen die Jahresberichte der Geschäftsstelle Öffentliche Bausparkassen.[19] Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie publiziert das Baustatistische Jahrbuch[20], und der Zentralverband Deutsches Baugewerbe gibt die Publikation „Baumarkt: Ergebnisse, Entwicklungen, Tendenzen" heraus.[21]

Auf der Ebene der amtlichen Statistik der Europäischen Union beinhaltet die Online-Datenbank von Eurostat auch Daten zur Entwicklung des Baugewerbes. Die Daten werden jeweils aktuell aufbereitet.[22]

Zum Weiterlesen empfohlen

Hansjörg F. Buck: Mit hohem Anspruch gescheitert – die Wohnungspolitik der DDR, Münster 2004.

Karl Christian Führer: Mieter, Hausbesitzer, Staat und Wohnungsmarkt. Wohnungsmangel und Wohnungszwangswirtschaft in Deutschland 1914–1960, Stuttgart 1995.

Helmut W. Jenkis (Hrsg.): Kompendium der Wohnungswirtschaft, 4. Aufl., München/Wien 2001.

Adelheid von Saldern: Häuserleben. Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute, Bonn 1995.

Günther Schulz: Wiederaufbau in Deutschland. Die Wohnungsbaupolitik in den Westzonen und der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis 1957, Düsseldorf 1994.

Günter Schulz (Hrsg.): Wohnungspolitik im Sozialstaat. Deutsche und europäische Lösungen 1918–1960, Düsseldorf 1993.

Thomas Wellenreuther: Wohnungsbau und Industrialisierung. Eine ökonometrische Untersuchung am Beispiel Deutschlands von 1850 bis 1913, Köln 1989.

Wüstenrot Stiftung Deutscher Eigenheimverein e.V.: Geschichte des Wohnens, 5 Bände, insbesondere Band 3: 1800–1918 – Das Bürgerliche Zeitalter, hrsg. von Jürgen Reulecke; Band 4: 1918–1945 – Reform, Reaktion, Zerstörung, hrsg. von Gerd Kähler; Band 5: 1945 bis heute – Aufbau, Neubau, Umbau, hrsg. von Ingeborg Flagge, Stuttgart 1997, 1996, 1999.

20 Binnenhandel und Außenhandel

Markus Lampe/Nikolaus Wolf

Wert der importierten Waren
im Deutschen Reich 1900 und
in der Bundesrepublik 1960:

1900 — **2 950 000 000 Euro**

1960 — **21 800 000 000 Euro**

1980 — **190 000 000 000 Euro**

Umsatz des Einzelhandels
in der Bundesrepublik
1960 und 1980:

1960 — **44 000 000 000 Euro**

Gesamte Verkaufsfläche des Einzelhandels
in der Bundesrepublik 1970
und in Deutschland 2010:

1970 — **35 000 000 Quadratmeter**

2010 — **122 000 000 Quadratmeter**

Anteil der Kohle an der Gesamtausfuhr
im Deutschen Reich 1925
und in der Bundesrepublik 1980:

1925 — **7,7 Prozent**

1980 — **1,3 Prozent**

Die deutsche Wirtschaft erlebte seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts eine einschneidende Transformation zur international integrierten Marktwirtschaft. Mit dem zunehmenden Austausch von Gütern stieg auch die wirtschaftliche Bedeutung des Groß- und Einzelhandels. Zwei Globalisierungsschübe im späten 19. Jahrhundert und in der Nachkriegszeit führten zu einer zunehmenden Einbindung Deutschlands in den Welthandel und besonders den Europäischen Binnenmarkt.

Handel als Wirtschaftsaktivität

Der Handel erfüllt eine zentrale Rolle in der Wirtschaft. Händler und Handelsunternehmen übernehmen auf verschiedenen Ebenen den Austausch von Gütern zwischen Produzenten und Konsumenten und werden damit zum Rückgrat der Marktwirtschaft. Das 19. und 20. Jahrhundert waren dabei Zeugen einer deutlichen Beschleunigung der Transformation von weitgehend selbstversorgenden örtlichen Gemeinden in integrierte regionale und nationale Volkswirtschaften bis zur transnationalen Organisation der Güterflüsse der Globalisierung.[1] Während in der Frühen Neuzeit vor allem Güter gehandelt wurden, die am jeweiligen Bestimmungsort nicht produzierbar und daher sehr teuer waren – vor allem Luxuswaren wie Schmuck, wertvolle Stoffe oder exotische Gewürze –, werden spätestens seit Mitte des 19. Jahrhunderts auch unscheinbare und im Vergleich zu ihrem Gewicht wesentlich weniger wertvolle Güter wie Getreide, Kohle oder Eisenbahnschienen über große Entfernungen transportiert. Ermöglicht wurde diese Entwicklung durch sinkende Handelskosten, insbesondere durch den Ausbau von Eisenbahnnetzen, die Schiffbarmachung von Flüssen, den Bau von Kanälen und Straßen und die Vereinheitlichung des Münz- und Zollwesens. Während im 18. Jahrhundert Selbstverbrauch und lokale Direktvermarktung für große Teile der Produzenten in Deutschland – damals in erster Linie Landwirte und Kleinhandwerker wie Schuhmacher oder Schreiner – üblich waren, sind diese Vermarktungsformen heute auf wenige Branchen beschränkt, deren Produkte nur kurzfristig haltbar sind, etwa Bäckereien und Restaurants. Ein Großteil des übrigen Warenflusses wird vom Handel organisiert, in Form von Groß- und Einzelhandel, Import- und Export-Unternehmen, Boutiquen, Warenhäusern und Versandhandel. All diese Formen des Handels existieren, weil sie Produzenten und Konsumenten zueinander bringen und dabei Waren an einem Ort und zu einem Zeitpunkt einkaufen, wo sie besonders günstig sind, und an einem Ort und zu einem Zeitpunkt verkaufen, wo „gute Preise“ zu erzielen sind. Dieses Handeln ist ein zentrales Element in einer wettbewerbsorientierten Marktwirtschaft, denn es erfüllt drei grundlegende Funktionen. Zum Ersten ist der Handel eine Voraussetzung für die komplexe Arbeitsteilung einer modernen Wirtschaft, in der Produktionsvorgänge in viele einzelne Schritte gegliedert werden und erst so Spezialisierung und Rationalisierung ermöglichen. Zum Zweiten schafft der Handel Märkte, indem er das enorm vielfältige Angebot mit der Nachfrage an bestimmten Orten und zu bestimmten Zeiten zusammenbringt. Schließlich trägt der Handel dazu bei, dass sich Preise zwischen regionalen Märkten und über die Zeit hinweg angleichen – von Ökonomen wird dies *Arbitrage* genannt.

Tabelle 1 versucht in langfristiger Betrachtung den Anteil des Handels an der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in Deutschland nachzuzeichnen. Im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (vgl. das Kapitel von Rainer Metz) wird hierbei häufig der Handel mit den Branchen Gastgewerbe, Verkehr – Transport der gehandelten Güter – und Kommunikation zusammengefasst. Deren Anteil am Bruttoinlands-

produkte in Deutschland verdoppelte sich von Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg von etwa 7,5 auf gut 15 Prozent, ein klares Zeichen für die Ausbreitung der Marktwirtschaft in Deutschland. In der Zwischenkriegszeit stieg der Anteil leicht, in den frühen 1950er Jahren stark an; 20,2 Prozent im Jahr 1952 bilden den historischen Höchstwert. Bis 1980 blieb der Anteil bei durchschnittlich 18 bis 19 Prozent und fällt seitdem langsam, aber stetig, auf derzeit etwa 16 Prozent, knapp über dem Niveau von 1913. Daten zum Handel selbst sind schwieriger zu ermitteln, weisen aber vermutlich eine ähnliche Tendenz auf: Ein leichter Anstieg von Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die Zwischenkriegszeit, mit vermutlich deutlichem Anstieg bis Ende der 1950er Jahre (man beachte den Anteil des Einzelhandels am Bruttoinlandsprodukt in diesen Jahren) und seitdem ein Rückgang auf etwa 8 bis 9 Prozent im Handel insgesamt und etwa 3 bis 4 Prozent im Einzelhandel.[2] Bezüglich des Anteils der Erwerbstätigen im Handel sind die Tendenzen ähnlich: Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs waren etwa 7 Prozent aller Erwerbstätigen im Handel tätig, davon jeweils etwa die Hälfte im Groß- und im Einzelhandel.[3] Heutzutage beschäftigt der Handel etwa 14 Prozent aller Erwerbstätigen, davon mehr als zwei Drittel im Einzelhandel, dessen Beschäftigungsanteil im Gegensatz zum Großhandel

▶ Tab 1 **Wertschöpfungs- und Beschäftigungsanteile des Handels**

	Wertschöpfung von Handel, Verkehr und Gastgewerbe	Anteil von Handel, Verkehr und Gastgewerbe am BIP	Anteil des Einzelhandels am BIP	Anteil der Erwerbstätigen im Handel an den Erwerbstätigen in allen Wirtschaftszweigen		
				insgesamt	darunter:	
					im Großhandel	im Einzelhandel
	Mrd. Euro	%				
	x0592	x0897	x0898	x0899	x0900	x0901
	Deutscher Bund / Deutsches Reich					
1850	0,37	7,6	–	–	–	–
1860	0,51	8,5	–	–	–	–
1870	0,70	9,6	–	–	–	–
1880	0,99	11,0	–	–	–	–
1890	1,46	12,1	–	0,8	0,6	–
1900	2,28	13,4	–	1,3	0,9	–
1913	3,87	15,6	–	3,6	1,7	1,8
1925	3,95	17,0	–	4,1	1,8	2,4
1935	4,26	15,5	–	6,4	3,0	3,5
	Bundesrepublik					
1950	9,91	20,0	5,2	8,7	3,4	5,3
1960	28,61	18,5	5,9	12,6	5,3	7,2
1970	61,87	19,0	5,8	12,6	5,5	7,1
1980	129,94	18,2	6,2	12,7	5,5	7,2
	Deutschland					
1991	227,46	16,3	3,8	14,3	4,8	9,5
2000	296,11	16,1	4,1	15,1	4,7	10,4
2010	354,79	15,9	3,2	14,1	4,2	9,9

in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen hat, auch aufgrund des höheren Anteils an Teilzeitarbeitsverhältnissen im Einzelhandel. ▸ Tab 1, Abb 1

Tabelle 2 präsentiert einige Kennziffern zur Entwicklung des Einzelhandels auf der Basis von Publikationen des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels, wobei viele Indikatoren aufgrund von Veränderungen in der Definition und Erhebungspraxis lediglich für den Zeitraum des Bestehens der „alten Bundesrepublik" vorliegen. Die Zahlen zeigen eine zunehmende Konzentration im Einzelhandel an, sichtbar in der Verringerung der Einzelhandelsunternehmen zwischen 1950 und 1990 von knapp 500 000 auf knapp 400 000; die Zahl für Gesamtdeutschland im Jahr 2000 lag mit 436 000 nur leicht darüber; die letzte verfügbare Publikation zählte 400 000 Einzelhandelsunternehmen im Jahr 2008. Die Verkaufsfläche nahm hingegen über die letzten 40 Jahre stetig zu, auf heute etwa 122 Quadratkilometer. Die Zahl der Insolvenzen stieg bis zur Wiedervereinigung kontinuierlich, trotz zunehmender ▸Handelsspannen, die bis 1997 auf 41,7 Prozent stiegen und seitdem im Fallen begriffen sind. Die letzte verfügbare Angabe zur Handelsspanne weist sie mit 36,3 Prozent im Jahr 2003 aus. Dies dürfte in nicht geringem Maße mit der Zunahme des Internethandels verbunden sein, über den uns leider keine langfristig vergleichbaren Zahlen vorliegen. Die Zahlen zum Umsatz des damals noch über Kataloge abgewickelten Versandhandels im Vergleich zu Warenhäusern für die Zeit bis zur Wiedervereinigung zeigen jedoch, dass es sich vermutlich um einen langfristigeren Trend handelt, da die Wachstumsraten des Versandhandels die der konkurrierenden Warenhäuser bereits seit den 1970er Jahren deutlich übertrafen.[4] ▸ Tab 2

Auch wenn der Einzelhandel den größeren Anteil an Wirtschaftsleistung und Beschäftigten ausmacht, da seine Aufgabe in der Versorgung der Verbraucher besteht, so sollte die Bedeutung des Großhandels als Verteiler zwischen Produzenten und Einzelhändlern nicht unterschätzt werden.[5] Innerhalb des Großhandels nimmt der interregionale Handel sowie der Im- und Exporthandel, der den Austausch von Waren über die Grenzen Deutschlands hin-

▸ Handelsspanne
Differenz zwischen Bezugs- und Netto-Verkaufspreis (exkl. Steuern) einer Ware in Prozent des Netto-Verkaufspreises. Nicht zu verwechseln mit dem Gewinn, da in der Handelsspanne alle Kosten des Handels mit Ausnahme des Bezugspreises der Waren (Mieten, Löhne und Gehälter, Werbung, etc.) enthalten sind.

▸ Abb 1 **Entwicklung des Handels: Anteil an den Erwerbstätigen und am BIP — in Prozent**

▶ Tab 2 **Kennziffern zum Einzelhandel**

	Umsatz	Zahl der Unternehmen	Verkaufs-fläche	Handels-spanne	Umsatz pro Beschäftigtem	Umsatz pro qm Geschäfts-fläche	Insolvenzen	Gesamt-umsatz der Warenhäuser	Versand-handels-umsatz
	Mrd. Euro	1 000	Mio. qm	%	1 000 Euro		Anzahl	Mrd. Euro	
	x0902	x0903	x0904	x0905	x0906	x0907	x0908	x0909	x0910
	Bundesrepublik								
1950	16	489	–	20,7	21,2	–	–	0,7	0,3
1960	44	430	–	26,4	27,5	1,3	564	–	1,8
1970	86	382	34,5	33,2	56,9	1,8	510	9,6	4,3
1980	190	368	48,0	37,7	100,4	2,6	854	16,2	11,6
	Deutschland								
1991	–	–	–	39,1	137,6	3,1	1 136	18,8	18,5
2000	374	436	106,0	–	–	–	–	–	21,2
2010	411	–	121,5	–	–	–	–	–	30,3

7,5

Prozent betrug der Anteil der Importe am BIP in den 1850er Jahren.

17

Prozent waren es bereits in den späten 1870er Jahren.

aus abwickelt, eine bedeutende Rolle ein. Dem Handel zwischen Regionen innerhalb Deutschlands sowie dem Handel mit europäischen Nachbarregionen (etwa entlang des Rheins) kam eine wichtige Funktion für die Entstehung einer modernen arbeitsteiligen Wirtschaft zu. Die Abgrenzung zwischen Binnenhandel (innerhalb eines Staatsgebiets) und Außenhandel (über Staatsgrenzen hinweg) wurde für Deutschland allerdings erst im Lauf des 19. Jahrhunderts mit der Gründung des Zollvereins 1834, der Gründung des Deutschen Reichs 1871 und dem Einschnitt des Ersten Weltkriegs vollzogen.[6] Im Folgenden wird die grenzüberschreitende Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit dem Ausland im Detail betrachtet.

Außenhandel

Der Außenhandel bezeichnet den Teil der heimischen Produktion, die im Ausland abgesetzt wird bzw. den Teil der heimischen Nachfrage, die von nicht in Deutschland produzierten Gütern gedeckt wird. Der Saldo von Importen und Exporten schlägt sich in der Handelsbilanz nieder, die als Teil der Zahlungsbilanz im nächsten Kapitel behandelt wird.

Um die Werte der Ein- und Ausfuhr langfristig vergleichbar zu machen und verständlich aufzubereiten, wurden zwei Indikatoren berechnet: erstens der Offenheitsgrad, der Importe und Exporte ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt setzt (Import- bzw. Exportquote), und zweitens die realen Exporte pro Kopf, ein Indikator der durchschnittlichen Bruttoproduktion jedes Einwohners für ausländische Nachfrager.[7] Die Entwicklung ist Abbildung 2 und Tabelle 3 zu entnehmen. Es sei auf die teilweise unsichere Datenlage vor 1880 hingewiesen sowie darauf, dass das deutsche Zollgebiet vor 1890 nicht mit dem Reichsgebiet identisch war, sodass sich kleine, aus Gebietsänderungen ergebende Abweichungen in den Reihen finden können. ▶ Abb 2, Tab 3

Erkennbar ist eine klar steigende Tendenz im Offenheitsgrad der deutschen Volkswirtschaft vom Beginn der Grafik im Jahr 1850 bis 1879, dem Jahr der „protektionistischen Wende“ im Deutschen Reich. Der Anteil der Importe am BIP steigt von durchschnittlich 7,5 Prozent in den frü-

▶ Abb 2 **Offenheitsgrad, Importe und Exporte — in Prozent des BIP**

hen 1850er Jahren auf mehr als 17 Prozent in den späten 1870ern, für die Exporte ist die Entwicklung ähnlich, wenn auch etwas weniger ausgeprägt (von 8 auf 13 Prozent). Diese Periode seit etwa 1840 wird international als erste Phase der „Globalisierung des 19. Jahrhunderts" bezeichnet, die zumindest in Teilen eine Folge der Industriellen Revolution in England und der Ausbreitung der Industrialisierung auf dem europäischen Kontinent war, die mit lokaler, regionaler und nationaler Spezialisierung und zunehmendem Austausch von „Überschussproduktion" einherging. Seit etwa 1870 trat diese erste Globalisierung in eine zweite Phase ein, in der insbesondere die europäische Landwirtschaft unter Druck geriet, da durch fallende Transportkosten Getreideexporte aus den USA, dem Südwesten des Russischen Reichs und nach und nach auch aus Südamerika und Australien zunahmen. Die deutsche Reaktion hierauf war eine „protektionistische Wende": Getreide- und Eisenzölle wurden erhöht, um der durch die Gründerkrise getroffenen Industrie des Ruhrgebiets und der Landwirtschaft insbesondere in Nordostdeutschland politischen Schutz vor ausländischer Konkurrenz zu gewähren.

Als Folge dieser Schutzzollpolitik fielen 1880 die Importe deutlich, auf 14 Prozent des BIP, wobei es sich bei einem Teil dieser Verringerung des Offenheitsgrades um ein statistisches Artefakt handeln könnte, verursacht durch die 1880 in Kraft getretene Reform bei der Erhebung der Handelsstatistik. Bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs stieg die Importquote erneut auf 19 Prozent, die Globalisierungskräfte blieben also langfristig bedeutsam. Im Fall der Exporte sind die Schwankungen geringer und das Jahr 1879 stellt keine Zäsur dar. Allerdings fällt der Anteil der Exporte am BIP ab Mitte der 1880er Jahre, um dann bis zum Ersten Weltkrieg erneut deutlich anzusteigen, bis auf 17,8 Prozent im Jahr 1913.

Während des Ersten Weltkriegs und in den ersten Nachkriegsjahren ist die Entwicklung der Reihen sehr volatil und mit Unsicherheit verbunden, was insbesondere mit den hohen, bis Ende 1923 monatlich zunehmenden Inflationsraten erklärt werden kann. Insgesamt zeigt sich beim Außenhandel nach einer Stabilisierung insbesondere der Importe (die deutlich über den Exporten liegen) eine deutlich fallende Tendenz, insbesondere seit Beginn der Weltwirtschaftskrise und während der Zeit nationalsozialistischer Autarkiepolitik und des beginnenden Zweiten Weltkriegs, in dessen Verlauf der Außenhandel erneut zusammenbrach bzw. von Besatzungspolitik und politisch-militärischen Allianzen bestimmt war.

Seit Gründung der Bundesrepublik nahm der Offenheitsgrad stetig zu, von knapp 12 Prozent Anfang der 1950er Jahre bis 24 Prozent im Jahr 1985 bei den Importen, um danach bis Ende der 1990er Jahre bei etwa 20 Prozent zu stagnieren und seitdem auf historische Rekordwerte (35 Prozent im Jahr 2011) anzusteigen, die auch im internationalen Vergleich ungewöhnlich sind.[8] Einen besonderen Anteil an der Zunahme des Import-Offenheitsgrades (also des Anteils der Importe am BIP) bis Mitte der 1980er Jahre und seinem Fall im darauffolgenden Jahrzehnt hatten der starke Anstieg der Rohöl- und anderer Rohstoffpreise und der folgende Fall dieser Preise. Im Fall der Exporte ist der Anstieg bis zur Wiedervereinigung

▶ Tab 3 **Deutsche Einfuhren und Ausfuhren im Gesamtüberblick**

	Außenhandel in laufenden Preisen		Außenhandels-bilanz	Gesamtausfuhr in Preisen von 2010 pro Kopf	Außenhandel in Prozent des BIP		Außenhandel in laufenden Preisen pro Kopf	
	Einfuhr	Ausfuhr			Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
	Mrd. Euro		Mio. Euro	Euro	%		Euro	
	x0911	x0912	x0913	x0914	x0915	x0916	x0917	x0918
	Deutscher Bund / Deutsches Reich							
1834	0,16	0,22	58	–	–	–	7	9
1840	0,26	0,28	24	–	–	–	10	11
1850	0,28	0,27	–12	–	–	–	9	9
1860	0,57	0,54	–27	–	–	–	17	16
1870	1,12	1,01	–113	–	–	–	29	26
1880	1,43	1,49	61	142	14	15	32	33
1890	2,12	1,70	–419	178	15	12	43	35
1900	2,95	2,36	–591	254	17	14	53	42
1910	4,57	3,82	–746	392	18	15	71	59
1925	6,32	4,75	–1571	360	17	13	101	76
1935	2,13	2,18	57	264	6	6	32	33
	Bundesrepublik							
1950	5,82	4,28	–1 540	221	12	9	118	87
1960	21,84	24,51	2 670	1 118	14	16	390	438
1970	56,04	64,05	8 012	2 365	16	18	919	1 050
1980	174,54	179,12	4 575	4 016	22	23	2 831	2 905
	Deutschland							
1991	293,22	348,12	54 902	4 950	22	27	3 677	4 365
2000	538,31	597,44	59 129	7 602	26	29	6 544	7 263
2010	797,10	951,96	154 862	11 645	32	38	9 750	11 645

(29 Prozent 1990) kontinuierlich, um dann bis 1999 unter dieses Niveau zu fallen. Es steht zu vermuten, dass ein Teil der zuvor aus den alten Bundesländern exportierten Produktion nun in den neuen Bundesländern nachgefragt wurde, deren Wirtschaft gleichzeitig die Herausforderungen der Umstellung auf die marktwirtschaftliche Verhältnisse und den Zusammenbruch des Außenhandelssystems der sozialistischen Länder Osteuropas (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) zu bewältigen hatte. Seit dem Jahr 2000 stieg der Anteil der Exporte am BIP erneut kontinuierlich an, bis auf 42 Prozent im Jahr 2012. Bemerkenswert ist zudem, das in allen Jahren seit 1950 der Offenheitsgrad der Exporte über dem der Importe lag, die deutsche Handelsbilanz also positiv war. Darauf wird im nächsten Abschnitt näher eingegangen, zuvor soll hier jedoch kurz hervorgehoben werden, dass dies im historischen Vergleich, etwa mit der Zwischenkriegszeit, keine Selbstverständlichkeit darstellt.

Bezüglich der Exporte pro Kopf tritt die Internationalisierung des Warenhandels noch deutlicher hervor. Im Referenzjahr 2010 exportierte die deutsche Wirtschaft Waren im Wert von 11 645 Euro pro Einwohner, mehr als doppelt so viel wie noch im Jahr der Wiedervereinigung, als die (inflationsbereinigte) Ausfuhr bei 4 950 Euro pro Kopf lag. Zum Ende der Wirtschaftswunderzeit waren es in der alten Bundesrepublik 1973 2 950 Euro pro Kopf, zu deren Beginn 1950 221 Euro pro Kopf. Vor dem Zweiten Weltkrieg lagen die Werte zwischen etwa 150 Euro pro Kopf zu Beginn der 1880er Jahre und 491 bzw. 528 Euro in den Jahren 1913 und 1929. Insgesamt wuchs der Export pro Einwohner von 1880 bis 2012 um mehr als 9 000 Prozent, oder 3,5 Prozent pro Jahr. ▶ Tab3

Die Ausweitung des Außenhandels geht in der Regel mit lokaler, regionaler und nationaler Spezialisierung einher, die in der Güterstruktur des Außenhandels

sichtbar wird. Von dieser Spezialisierung hängt ganz wesentlich das Potenzial wirtschaftlicher Entwicklung und wirtschaftlichen Wachstums ab. Die Tabellen 4 und 5 und Abbildung 3 stellen die Grobstruktur der deutschen Im- und Exporte in drei Kategorien dar: Nahrungs- und Genussmittel, Halbwaren und Rohstoffe zur gewerblichen bzw. industriellen Verarbeitung und Fertigwaren bzw. Industrieerzeugnisse. Vor dem Ersten Weltkrieg machten Industrierohstoffe und Fertigprodukte den größten Anteil an den deutschen Importen aus, gefolgt von Nahrungs- und Genussmitteln und Fertigwaren. In der Zwischenkriegszeit blieb dieses Muster weitgehend bestehen, wobei allerdings kurzfristig, bis 1950, der Anteil der Nahrungs- und Genussmittel stark anstieg und derjenige von Industriegütern zurückging. Seit 1950 sind ein stetiger Trend zur Abnahme der Bedeutung von Nahrungsmitteln im deutschen Import und ein ebenso deutlicher Trend zur Zunahme der Industrieimporte zu beobachten. Im Jahr 2012 betrug der Anteil der Nahrungs- und Genussmittel noch knapp 8 Prozent, während es sich bei annähernd 65 Prozent aller Importe um Industrieerzeugnisse handelte. Ähnliche Tendenzen sind auch bei den Exporten deutlich. Der Anteil der Nahrungs- und Genussmittel fiel von 1878 bis 1961 stetig, von 33,0 auf 2,1 Prozent, und stieg seitdem leicht wieder an, auf 5,7 Prozent 2012. Der Anteil der Industrierohstoffe und -vorprodukte fiel ebenfalls, mit kurzfristigen Anstiegen, von durchschnittlich 25 Prozent vor dem Ersten Weltkrieg auf 11 Prozent im Schnitt der 1960er und 1970er Jahre bis auf 6 Prozent in den Jahren seit 2001. Der Anteil der Ausfuhr von Fertigwaren und Industriegütern nahm hingegen stetig zu, von etwa 50 Prozent in den 1870er Jahren auf mehr als 85 Prozent seit der Wiedervereinigung. Die zunehmende Konzentration der Im- und Exporte auf den Austausch von Industriewaren für Industriewaren zwischen Deutschland und der Welt folgt einem deutlichen Trend in der Weltwirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg, in dem Muster des Austausches von Rohstoffen gegen Industriegüter zunehmend dem sogenannten intra-industriellen Handel weichen. Dieser spiegelt zunächst einmal den Umstand wider, dass bei steigenden Einkommen die Nachfrage nach Nahrungsmitteln zwar absolut steigt, aber relativ zu der nach anderen Gütern abnimmt. Darüber hinaus ist die Dominanz des intra-industriellen Handels das Ergebnis der zunehmenden Industrialisierung weiter Teile der Welt und ebenso einer stetig zunehmenden globalen Verflechtung von Wertschöpfungsketten. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs und verstärkt seit den 1980er Jahren werden industrielle Produktionsprozesse in einzelne Fertigungsschritte zerlegt, deren Fertigung an verschiedenen Standorten in aller Welt erfolgt. ▸ Abb 3

Dies zeigt sich auch in der Betrachtung der deutschen Im- und Exporte auf Güterebene, die sich aufgrund der deutlichen Veränderungen sowohl der Wirtschaftsstruktur als auch der sie widerspiegelnden Kategorien der offiziellen Handelsstatistik in langfristiger Perspektive schwierig gestaltet. Im Jahr 1865 waren die wichtigsten Importgüter des Deutschen Zollvereins Baumwolle, Schafwolle (beide für die aufstrebende Textilindustrie), Kaffee, Wollgarn und Seide, während die wichtigsten Exportgüter Seiden- und Halbseidentuche, Wolltuch, Baumwolltuch (allesamt Erzeugnisse der Textilindustrie) sowie Weizen und Steinkohle waren. Tabelle 4 zeigt, dass Baumwolle und Wolle bis etwa 1950 bedeutende Importgüter blieben, heute aber – mit der Verlagerung der Textilproduktion insbesondere nach Asien – bedeutungslos geworden sind. Die Folgen dieser Verlagerung in der zunehmenden Bedeutung von Bekleidungsimporten seit den 1960er Jahren sind in Tabelle 4 erkennbar.

Ebenso nahm in den 1870er Jahren die Bedeutung des Weizens als Exportgut rapide ab, Exporte von Textilien verloren in der Zwischenkriegszeit an Bedeutung und Steinkohle ist seit Mitte der 1960er Jahre kein bedeutendes Exportgut mehr. In der Handelsstatistik für 2010 dominieren bei den Importen Erdöl, Personenkraftwagen, Erdgas, Medikamente und Autoteile das Bild, während es bei den

11 645

Euro betrug der Wert der Waren, die Deutschland 2010 pro Einwohner exportierte.

221

Euro waren es 1950.

▶ Abb 3 a **Grobstruktur der Einfuhr — in Prozent**

▶ Abb 3 b **Grobstruktur der Ausfuhr — in Prozent**

Exporten vor allem Kraftfahrzeuge und Teile derselben, medizinische und pharmazeutische Produkte, Flugzeuge und Maschinen sind. ▶ Tab 4, Tab 5

In den Tabellen 4 und 5 kann für einige dieser Güter verfolgt werden, dass ihre Bedeutung am Im- bzw. Export erst seit den 1960er Jahren, im Fall der Medikamente erst in den letzten 20 Jahren wirklich bedeutend wurde. Der Anteil von Personenkraftwagen an den deutschen Exporten war zum Beispiel 1960 doppelt so hoch wie 1950 und etwa 30-mal so hoch wie 1925. Während die Bundesrepublik Deutschland zum bedeutenden Automobilexporteur wurde, stieg gleichzeitig seit

▶ Tab 4 **Güterstruktur der deutschen Einfuhren**

	Anteil an der Gesamteinfuhr							
	Güter der Ernährungswirtschaft	Halbwaren und Rohstoffe der gewerblichen Wirtschaft	Fertigwaren der gewerblichen Wirtschaft	Baumwolle	Wolle	Rohöl	Bekleidung und Accessoires	Straßenkraftfahrzeuge
	%							
	x0919	x0920	x0921	x0922	x0923	x0924	x0925	x0926
	Deutsches Reich							
1880	33,0	48,7	18,4	6,4	7,3	–	–	–
1890	33,7	42,6	23,7	7,0	5,9	–	0,1	<0,1
1900	30,6	48,6	20,8	5,5	4,5	<0,1	0,1	<0,1
1910	27,8	58,6	13,6	6,3	5,2	<0,1	0,1	0,1
1925	42,3	47,9	9,8	6,7	4,5	<0,1	0,1	0,6
1935	34,5	55,7	9,8	7,9	6,0	0,3	0,1	0,2
	Bundesrepublik							
1950	44,1	43,3	12,6	7,3	6,3	1,5	1,3	0,6
1960	26,3	40,6	32,2	2,3	1,6	4,5	1,2	2,3
1970	19,1	29,6	50,0	0,6	0,4	5,4	3,5	4,4
1980	12,7	34,8	51,2	0,2	0,2	13,1	4,5	4,5
	Deutschland							
1991	10,6	15,3	73,0	0,1	0,1	3,5	6,2	10,2
2000	7,5	15,2	72,5	<0,1	<0,1	4,4	3,9	7,9
2010	7,9	19,4	69,7	<0,1	<0,1	5,0	3,1	7,1

den 1960er Jahren auch der Anteil derselben Produkte an den Importen an, sodass Kraftfahrzeuge und ihre Teile heutzutage sowohl die wichtigsten Import- als auch Exportgüter Deutschlands sind – ein weiterer Indikator für die Zunahme intraindustriellen Handels ebenso wie auch der grenzübergreifenden Organisation der Produktion in multinationalen Unternehmen. In der pharmazeutischen Industrie sind ähnliche Tendenzen zu beobachten. Ein weiterer bedeutender Punkt ist der starke Anstieg von Erdöl und Erdgas unter den deutschen Importen, 1872 noch allenfalls als Leucht- und Schmiermittel verwendet. Erdöl gewann erst mit dem Aufkommen der chemischen Industrie und besonders mit der Verbreitung von Pkws in weiten Bevölkerungsteilen sowie der Verdrängung von Kohle- durch Öl- bzw. Dieselheizungen an Bedeutung, mit besonderen Folgen in den Ölkrisen der 1970er und frühen 1980er Jahre, in denen aufgrund drastischer Preisanstiege der Anteil von Erdöl an den deutschen Importen auf bis zu 12,9 (1974) bzw. 13,4 Prozent (1981) zunahm, im Vergleich zu durchschnittlich 6 Prozent zwischen 1964 und 1973.

Seit 1880 liegen ebenfalls zuverlässige Zahlen zur geografischen Verteilung des Außenhandels vor, aufgeschlüsselt in den Tabellen 6 und 7 nach den wichtigsten Herkunfts- und Zielländern sowie nach Kontinenten. Trotz Globalisierung und zunehmender Integration von Transport- und Kommunikationsnetzwerken wurde über den gesamten Zeitraum der Großteil des Handels deutscher Unternehmen mit anderen deutschen Regionen abgewickelt und der Großteil des deutschen Außenhandels mit anderen europäischen Ländern. Über

12,9

Prozent betrug der Anteil von Erdöl 1974 an den deutschen Importen.

6

Prozent waren es zwischen 1964 und 1973 im Durchschnitt.

▶ Tab 5 **Güterstruktur der deutschen Ausfuhren**

	Anteil an der Gesamtausfuhr								
	Güter der Ernährungswirtschaft	Halbwaren und Rohstoffe der gewerblichen Wirtschaft	Fertigwaren der gewerblichen Wirtschaft	Kohle	Straßenkraftfahrzeuge (inkl. Teile)	medizinische und pharmazeutische Produkte	Baumwolltuch	Weizen	Metallverarbeitungsmaschinen
	%								
	x0927	x0928	x0929	x0930	x0931	x0932	x0933	x0934	x0935
	Deutsches Reich								
1880	22,4	26,5	51,1	1,7	–	–	–	–	–
1890	14,2	21,3	64,6	4,2	<0,1	–	5,0	<0,1	–
1900	11,2	24,1	64,7	5,9	<0,1	–	5,3	0,8	–
1910	10,2	26,4	63,4	5,9	0,4	0,6	4,9	0,7	0,8
1925	7,2	22,9	69,9	7,7	0,3	0,9	4,7	0,5	0,9
1935	2,2	20,2	77,6	8,6	1,2	2,5	1,8	<0,1	1,7
	Bundesrepublik								
1950	2,3	32,9	64,8	15,8	4,8	1,1	–	<0,1	–
1960	2,3	15,0	82,4	4,9	12,6	1,0	0,9	<0,1	3,0
1970	3,5	10,1	85,8	2,0	14,2	1,4	0,3	0,3	3,1
1980	5,3	10,7	83,4	1,3	14,3	1,2	0,5	0,1	2,1
	Deutschland								
1991	5,3	6,2	88,1	0,3	15,4	1,6	0,4	0,1	1,8
2000	4,7	5,4	88,3	0,0	16,2	2,4	0,2	0,1	1,1
2010	5,6	6,7	86,0	0,0	15,6	5,2	0,1	0,2	0,9

88,3

Prozent der Ausfuhr waren im Jahr 2000 Fertigwaren und Industriegüter.

die letzten 130 Jahre wurden im Schnitt 75 Prozent der deutschen Exporte nach Europa versandt, 66 Prozent der deutschen Importe stammten von hier. 13 Prozent der Importe stammten aus Amerika, das seinerseits 18 Prozent der deutschen Exporte abnahm. Die Anteile Asiens lagen im Schnitt bei 10 Prozent der Im- und 8 Prozent der Exporte, während insgesamt etwa 5 Prozent des deutschen Außenhandels mit Afrika und Ozeanien abgewickelt wurden. Im Zuge der Globalisierung des 19. Jahrhunderts fiel der Anteil Europas an den deutschen Importen von knapp 90 auf etwa 60 Prozent, wobei Großbritannien, Österreich-Ungarn und Russland den größten Anteil an den Importen aufwiesen. Der fallende Anteil Europas erklärt sich vor allem durch verstärkte Importe aus Amerika, unter denen die USA etwa die Hälfte und Kanada und der Süden Südamerikas einen bedeutenden Anteil ausmachten. Die Zunahme dieses Handels, fast ausschließlich aus Nahrungs- und Genussmitteln sowie Industrierohstoffen bestehend, wird unter dem Begriff der „Getreideinvasion“[9] zusammengefasst, die allerdings auch andere Güter wie Fleisch, Tabak, Kakao und Kaffee, Wolle und Baumwolle umfasste. Insbesondere Getreide wurde in diesen Jahren auch aus Osteuropa, insbesondere dem Russischen Reich, importiert. Auch der steigende Anteil Asiens und Ozeaniens erklärt sich durch ein ähnliches Muster im Zuge der Herausbildung einer Weltwirtschaft, in der Deutschland Teil des industrialisierten Zentrums im Nordatlantik war, das Industriegüter gegen Rohstoffe und Nahrungs- und Genussmittel austauschte. Hauptabnehmer der deutschen Exporte blieben jedoch andere sich industrialisierende europäische Länder wie Großbritan-

▶ Abb 4 a **Herkunft der Einfuhr nach Kontinenten — in Prozent**

▶ Abb 4 b **Ziele der Ausfuhr nach Kontinenten — in Prozent**

nien, Frankreich und Österreich-Ungarn. Der Absatz deutscher Waren blieb bis zum Ersten Weltkrieg stärker auf Europa konzentriert (75 Prozent im Jahr 1913) als die Importe, wofür auch hohe Zölle auf Industriegüter in den USA und vielen anderen außereuropäischen Ländern verantwortlich waren.[10] ▶ Tab 6, Tab 7, Abb 4

In der Zwischenkriegszeit verfestigten sich diese Muster, wobei der Anteil Amerikas und Asiens noch leicht zunahm. Dies betraf vor allem Britisch-Indien, Niederländisch-Indien (Indonesien) sowie China bei der Einfuhr und Britisch-Indien und Japan bei der Ausfuhr, während insbesondere das nun zur Sowjetunion ge-

▶ Tab 6 **Regionale Struktur der deutschen Einfuhren**

	Anteil der Importe an den Gesamtimporten							
	Österreich-Ungarn/Österreich	Belgien/Belgien und Luxemburg	Frankreich	Italien	Niederlande	Russland/UdSSR	Schweden	Großbritannien
	%							
	x0936	x0937	x0938	x0939	x0940	x0941	x0942	x0943
	Deutsches Reich							
1880	14,6	7,0	8,8	2,3	6,9	12,0	0,4	12,6
1890	14,1	7,6	6,2	3,4	7,4	12,6	1,1	14,5
1900	12,2	3,8	5,3	3,1	3,6	11,6	1,8	12,5
1910	8,5	3,6	5,7	3,1	2,9	15,5	1,8	8,6
1925	1,4	3,4	4,5	4,0	6,0	1,9	2,3	7,6
1935	1,7	3,0	3,7	4,5	4,7	5,2	3,7	6,3
	Bundesrepublik							
1950	1,6	3,6	6,1	4,5	11,0	<0,1	5,6	4,3
1960	2,7	5,7	9,4	6,2	8,5	1,6	4,2	4,6
1970	2,1	9,5	12,7	9,9	12,1	1,2	2,8	3,9
1980	2,9	7,2	10,7	7,9	11,5	2,2	2,1	6,7
	Deutschland							
1991	4,1	6,9	11,9	8,9	10,2	1,7	2,5	6,8
2000	3,8	4,6	9,4	6,6	8,3	2,7	1,9	6,9
2010	4,1	4,2	7,6	5,3	8,4	4,0	1,6	4,8

▶ Tab 7 **Regionale Struktur der deutschen Ausfuhren**

	Anteil der Exporte an den Gesamtexporten							
	Österreich-Ungarn/Österreich	Belgien/Belgien und Luxemburg	Frankreich	Italien	Niederlande	Russland/UdSSR	Schweden	Großbritannien
	%							
	x0952	x0953	x0954	x0955	x0956	x0957	x0958	x0959
	Deutsches Reich							
1880	10,1	5,6	10,0	1,9	7,7	7,3	1,7	15,1
1890	10,0	4,5	6,9	2,8	7,8	5,5	2,7	20,7
1900	10,5	5,5	6,0	2,7	7,9	6,8	3,0	18,7
1910	11,0	5,2	7,3	4,3	6,7	7,3	2,5	14,7
1925	3,4	3,7	5,2	4,6	10,7	2,7	3,7	10,1
1935	2,5	4,7	5,9	6,5	9,5	0,9	4,8	9,1
	Bundesrepublik							
1950	3,7	8,1	7,3	5,8	13,9	0,0	6,4	4,3
1960	5,1	6,0	8,8	5,9	8,8	1,6	5,4	4,5
1970	4,5	8,2	12,4	8,9	10,6	1,2	3,8	3,6
1980	5,5	7,8	13,3	8,5	9,5	2,3	2,9	6,5
	Deutschland							
1991	5,5	7,2	13,2	9,3	8,5	1,8	2,9	9,3
2000	5,4	5,0	11,3	7,5	6,5	1,1	2,3	8,3
2010	5,5	4,7	9,4	6,2	6,6	2,8	2,0	6,2

	Anteil der Importe an den Gesamtimporten							
	USA	China	Japan	Europa	Afrika	Amerika	Asien	Australien/ Ozeanien
	%							
	x0944	x0945	x0946	x0947	x0948	x0949	x0950	x0951
	Deutsches Reich							
1880	6,3	–	–	88,3	0,6	8,4	2,4	0,3
1890	9,6	0,2	0,1	75,7	1,2	18,6	4,3	1,4
1900	17,4	0,4	0,2	62,0	2,3	27,3	6,1	2,2
1910	13,3	1,1	0,4	58,2	4,7	24,5	9,3	3,4
1925	17,8	1,9	0,2	53,6	4,2	28,3	11,3	2,6
1935	5,8	2,5	0,5	61,6	6,3	20,4	10,4	1,2
	Bundesrepublik							
1950	15,3	0,5	0,3	54,9	9,1	23,4	9,3	2,3
1960	14,0	0,7	0,7	58,0	5,7	24,8	9,9	1,3
1970	11,0	0,3	1,9	67,1	7,2	17,6	7,3	0,7
1980	7,5	0,4	3,1	66,0	7,8	11,9	13,6	0,7
	Deutschland							
1991	7,6	1,1	6,3	70,5	3,0	11,5	14,2	0,7
2000	8,8	3,4	5,0	69,6	2,3	11,3	16,3	0,3
2010	5,7	9,7	2,8	68,0	2,1	9,0	20,5	0,4

	Anteil der Exporte an den Gesamtexporten							
	USA	China	Japan	Europa	Afrika	Amerika	Asien	Australien/ Ozeanien
	%							
	x0960	x0961	x0962	x0963	x0964	x0965	x0966	x0967
	Deutsches Reich							
1880	6,2	0,4	0,1	91,2	0,2	7,1	1,0	0,1
1890	12,5	0,9	0,5	78,4	1,5	18,1	2,8	0,7
1900	9,5	1,0	1,5	77,2	1,5	15,2	5,0	1,1
1910	8,5	0,9	1,2	75,2	2,4	16,8	4,4	1,2
1925	6,5	1,3	1,9	73,4	2,2	15,3	7,2	0,5
1935	4,0	2,2	1,9	73,2	2,9	13,8	9,3	0,8
	Bundesrepublik							
1950	5,1	0,6	0,4	75,7	3,5	13,6	5,5	1,4
1960	7,8	0,8	1,0	67,4	5,3	15,9	9,8	1,4
1970	9,1	0,5	1,6	73,2	4,3	14,2	7,0	1,0
1980	6,1	0,6	1,1	74,3	5,5	10,0	9,0	0,7
	Deutschland							
1991	7,3	0,7	2,4	77,2	2,7	9,9	9,2	0,8
2000	10,3	1,6	2,2	73,3	1,7	13,6	10,4	0,7
2010	6,9	5,7	1,4	70,9	2,1	10,4	15,6	0,9

wordene Russische Reich an Bedeutung verlor und im Osten Deutschlands mit der Zweiten Polnischen Republik ein neuer Nachbarstaat entstand.[11]

In der Zeit vom Zweiten Weltkrieg bis etwa 1992 nahm der Anteil Europas an den deutschen Im- und Exporten stetig zu, ein Prozess, der mit der Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und ihrer Vertiefung zum Europäischen Binnenmarkt einherging. Der leichte Fall des europäischen Anteils am deutschen Außenhandel von 72,7 Prozent der Importe 1992 bzw. 77,5 Prozent der Exporte 1991 auf 69,0 bzw. 68,9 Prozent im Jahr 2012 ist vor allem auf einen langfristigen Trend zurückzuführen: Die Zunahme des Anteils der Importe aus und, etwas weniger deutlich, der Exporte nach Asien, die auf die wirtschaftliche Entwicklung Südostasiens, Chinas und des indischen Subkontinents zurückzuführen ist. Deren bedeutendste Auswirkung ist seit etwa der Jahrtausendwende der Aufstieg Chinas, das 2009 und 2010 wichtigste Bezugsquelle deutscher Importe war, 2011 und 2012 allerdings wieder von den Niederlanden abgelöst wurde. Chinas Bedeutung als Absatzmarkt deutscher Exporte ist ebenfalls sprunghaft gestiegen, sein Anteil an den deutschen Exporten liegt aber 2012 noch unter dem Frankreichs, der USA, Großbritanniens und der Niederlande.

Die unterschiedliche Stellung Chinas als Import- und Exportpartner weist auf das folgende Kapitel hin, die Darstellung und Erläuterung der Zahlungsbilanz, in der neben den Ergebnissen der Handelsbilanz auch die über den Güterverkehr hinausgehende Integration Deutschlands in die Weltwirtschaft deutlich wird, etwa bezüglich des Austausches von Dienstleistungen (wie Tourismus) und Kapitalflüssen.

68,9

Prozent der deutschen Exporte gingen 2012 nach Europa.

Datengrundlage

Die Daten zu Handel und Verkehr als Wirtschaftsaktivitäten werden im Zusammenhang der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (siehe Kapitel 13), der Betriebs- und Berufszählungen (siehe Kapitel 18) sowie der Umsatzsteuerstatistik (siehe Kapitel 7) ermittelt. Die Daten zu Beschäftigungsanteilen aus der sogenannten Branchenverdienststatistik hat Rüdiger Hohls in seiner Dissertation für die Jahre von 1885 bis 1985 aufgearbeitet.[12] Daten zu Umsatz, Verkaufsfläche etc. liegen ebenfalls seit 1950 im Zahlenspiegel des Handelsverbands Deutschland e.V. vor und wurden 2007 in einer Publikation von Ralf Banken für die Zeit von 1950 bis 2001 zusammengestellt.[13] Diese Reihen haben wir je nach Verfügbarkeit bis in die Gegenwart ergänzt und punktuell durch Daten aus anderen Studien ergänzt.

Offizielle Statistiken zur Einfuhr und Ausfuhr für ein mehr oder weniger homogenes Gebiet gibt es seit der Gründung des Deutschen Zollvereins, der ein einheitliches Zollgebiet seiner selbstständigen Mitgliedsstaaten schuf und gleichzeitig zur Aufteilung der im Staatshaushalt bedeutenden Importzolleinnahmen ein Zentralbüro (mit Sitz in Berlin) gründete. Dieses errechnete aufgrund der von den Zollbehörden der einzelnen Mitgliedsstaaten mitgeteilten Angaben zu Zoll- und Branntweinsteuereinnahmen und der Bevölkerung und Außengrenzlinie die jedem Mitgliedsstaat zustehenden Einnahmen. Die hieraus seit 1842 publizierten „Statistischen Uebersicht[en] über Waaren-Verkehr und Zoll-Ertrag im Deutschen Zoll-Vereine“, auch bekannt als „Kommerzialnachweisungen“, stellen jedoch keine Handelsstatistik im modernen Sinne dar, da sie lediglich die Menge ein- und ausgeführter Güter nach Zolltarifklassen und Grenzabschnitten sowie die entsprechenden Zolleinnahmen ausweisen, jedoch weder Angaben über Wert der betreffenden Gütermengen noch über Herkunft und Verbleib machen. Mit der Reichsgründung nahm eine Kommission zur Modernisierung der Zollvereinsstatistik ihre Arbeit auf, die dazu führte, dass ab 1872 Angaben über Wert und Ziel der deutschen Exporte veröffentlicht wurden, wobei die Anmeldepflicht auch für zollfreie Güter, insbesondere Exporte, und eine wirklich verlässliche Wertermittlung erst ab 1880 erreicht wurden. Im Umkehrschluss ergibt sich, dass für den Zeitraum vor 1880 Angaben zu zollfrei eingeführten Gütern und insbesondere den in fast allen Fällen zollfreien Exporten mit relativer Vorsicht zu behandeln sind. Die Literatur hebt immer wieder hervor, dass das Interesse an der Kontrolle der Korrektheit der Ausfuhrdeklarationen auf Seiten der Zollbehörden gering gewesen sei, da mit dieser keine Zolleinnahmen erzielt werden konnten.[14] Außerdem wurden die Wertangaben auch nach 1880 nicht direkt in der Zollstelle erhoben, sondern jährlich Zollposition für Zollposition von einem Sachverständigenkomittee geschätzt, wobei sich die Werterhebung im Laufe der Jahrzehnte verfeinerte, vor allem durch stärkere Differenzierung des Zolltarifs und die Schätzung unterschiedlicher Preise für Produktvarianten unterschiedlicher Qualität aus verschiedenen Herkunftsländern. 1911 wurde die direkte Werterhebung für die gesamte Ausfuhr und bedeutende Teile der Einfuhr vorgeschrieben, und seit Oktober 1928 war die vollständige Wertdeklaration der Einfuhr Pflicht und Grundlage der Statistik.

Für die Zeit vor 1872 liegen verschiedene zeitgenössische, inoffizielle Schätzungen vor, die die „nackte Centnerstatistik“ [15] des Zollvereins mit durchschnittlichen Schätzwerten versehen, die oftmals aus der unabhängig ermittelten und veröffentlichen Handelsstatistik der Hansestädte Hamburg und Bremen entnommen wurden. Für vergleichsweise homogene Güter wie Kohle, Weizen oder Baumwollgarn sind diese relativ plausibel, für andere Zolltarifklassen wie „Baumwollene Stuhl- und Strumpf-, etc. Waaren, etc.“ (Zolltarifklasse 2c vor 1865, im Prinzip alle Baumwollwaren außer Garne und fertige Kleidung enthaltend) sind sie weitaus zweifelhafter. Der Wirtschaftshistoriker Gerhard Bondi hat diese Schätzungen 1954 in seiner Habilitationsschrift an der Akademie der Wissenschaften der DDR zu jährlichen Reihen zusammengestellt und um Schätzungen für fehlende Jahre ergänzt, die seitdem die einzigen langfristigen Reihen zum Außenhandel des Zollvereins vor 1870 darstellen.[16] Diese Reihen sind, ebenso wie die zeitgenössischen Schätzungen, vielfach kritisch betrachtet worden, bleiben aber die einzigen verfügbaren Reihen.[17]

Zum Weiterlesen empfohlen

Peter E. Fäßler: Globalisierung, Köln 2007.

Ronald Findlay / Kevin H. O‘Rourke: Power and Plenty. Trade, War, and the World Economy in the Second Millenium, Princeton 2007.

Heinz-Gerhard Haupt: Konsum und Handel. Europa im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 2003.

Ralph Jessen / Lydia Langer: Transformations of Retailing in Europe after 1945, Farnham 2012.

Christopher Kopper: Handel und Verkehr im 20. Jahrhundert, München 2002.

Lydia Langer: Revolution im Einzelhandel. Die Einführung der Selbstbedienung in Lebensmittelgeschäften der Bundesrepublik Deutschland (1949–1973), Köln 2013.

Jürgen Osterhammel / Niels P. Petersen: Geschichte der Globalisierung: Dimensionen, Prozesse, Epochen, München 2007.

Cornelius Torp: Die Herausforderung der Globalisierung: Wirtschaft und Politik in Deutschland 1860–1914, Göttingen 2005.

Rolf Walter: Geschichte der Weltwirtschaft. Eine Einführung, Köln 2006.

21 Zahlungs-bilanz

Nikolaus Wolf

Überschuss der Dienstleistungsbilanz des Deutschen Reiches 1883 bis 1889 und 1933 bis 1938:

1883 bis 1889 — **543 000 000 Euro**

1933 bis 1938 — **197 000 000 Euro**

1970 — **6,8 Prozent**

Überschuss der Leistungsbilanz der Bundesrepublik gemessen am BIP 1960 und 1970:

1960 — **18,5 Prozent**

Saldo von Importen und Exporten der DDR 1977 und 1989:

1977 — **–2 600 000 000 Euro**

1989 — **–500 000 000 Euro**

Überschuss der Handelsbilanz der Bundesrepublik von 1980 bis 1989 und Deutschlands 2000 bis 2010:

1980 bis 1989 — **38 300 000 000 Euro**

2000 bis 2010 — **141 000 000 000 Euro**

Die Zahlungsbilanz spiegelt Deutschlands wirtschaftliche Verflechtung mit der Welt wider. Sie zeigt die zunehmende Wettbewerbsfähigkeit und zugleich die wachsende Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom Ausland während der letzten 130 Jahre. Die Ausbeutung Europas durch Nazi-Deutschland wird ebenso sichtbar wie deutsche Entwicklungshilfe nach 1945 und die enorme Internationalisierung der deutschen Wirtschaft während der letzten Jahrzehnte.

Die Zahlungsbilanz fasst (nahezu) alle wirtschaftlichen Transaktionen eines Landes mit dem Ausland systematisch zusammen. Seit dem Zweiten Weltkrieg folgt die amtliche Statistik in Deutschland weitgehend den Richtlinien des *Balance of Payments Manual* des Internationalen Währungsfonds (IWF) und erstellt die Zahlungsbilanz als System doppelter Buchungen, wobei realen Transaktionen (wie etwa Warenströmen) finanzielle Transaktionen gegenüberstehen.

Um die Zahlungsbilanz interpretieren zu können, müssen zunächst einige grundlegende Zusammenhänge und Konventionen geklärt werden. Zunächst ergibt sich aus der doppelten Buchführung, dass der Saldo der Zahlungsbilanz aus beiden Seiten der Buchführung immer ausgeglichen ist, ihre Teilbilanzen dagegen Salden aufweisen können, die nicht Null sind. Im Folgenden wird die Entwicklung der Zahlungsbilanz anhand ihrer wichtigsten Teilbilanzen vorgestellt. Auf der einen Seite steht die Leistungsbilanz, die grundsätzlich alle Ausgaben und Einnahmen einer Volkswirtschaft aus außenwirtschaftlichen Beziehungen erfasst. Auf der anderen Seite steht die Kapitalbilanz im weiteren Sinn, die alle finanziellen Transaktionen abbildet. Diese beiden Teilbilanzen werden wiederum aufgegliedert. Die Leistungsbilanz soll hier in Handels-, Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz gegliedert werden, die Kapitalbilanz im weiteren Sinn in die Kapitalverkehrsbilanz (bzw. Kapitalbilanz im engeren Sinn), die Devisenbilanz (bzw. Reservebilanz) und schließlich einen Restposten der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen, der für den Ausgleich der Zahlungsbilanz sorgt.

Es ist Konvention, den Export von Gütern und Dienstleistungen in den Bilanzen mit einem positiven Vorzeichen („+“) zu versehen, den Export von Kapital jedoch mit einem negativen Vorzeichen, weil er als Erwerb von Forderungen gegenüber dem Ausland betrachtet wird. Ähnlich wird ein Zuwachs an Devisen mit einem negativen Vorzeichen gekennzeichnet. In der Regel wird einem Strom von Gütern und Dienstleistungen über die Grenzen eine Zahlung in Form von Devisenübertragungen (Austausch von inländischen und ausländischen Wertpapieren, zum Beispiel Wechseln, Banknoten oder Bargeld) in entgegengesetzter Richtung gegenüberstehen. Bei einem Überschuss in der Leistungsbilanz werden zum Beispiel mehr Forderungen als Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland angesammelt. Meist werden diese entweder als Kredit gewährt, was in der Kapitalbilanz als Kapitalexport verbucht würde, oder es erfolgt eine Zahlung in Form von Devisen (oder Edelmetallen), was als Zuwachs der Devisenreserven verbucht würde. Damit ergibt sich ein weiterer Zusammenhang: Tendenziell wird einem Saldo der Leistungsbilanz ein vergleichbarer Saldo aus Kapital- und Devisenbilanz gegenüberstehen. Und noch eine letzte Konvention: Zahlungen, denen keine direkte Gegenleistung in Form von Waren oder Dienstleistungen gegenübersteht, werden zunächst in der Kapitalbilanz verbucht und in der sogenannten Übertragungsbilanz gegengebucht. Ebenso verfährt man mit „Schenkungen“ von Gütern und Dienstleistungen, aus denen keine Forderungen bzw. Verbindlichkeiten entstehen. Sie werden zunächst in der Handels- oder Dienstleistungsbilanz verbucht

und in der Übertragungsbilanz gegengebucht. Reparationszahlungen, die nach dem Ersten Weltkrieg eine besondere Rolle spielten, sind getrennt von dieser Übertragungsbilanz aufgeführt. Auf weitere Details und eine tiefere Aufgliederung der Kapitalbilanz, die in modernen Zahlungsbilanzen üblich ist, wird hier verzichtet, zumal dies für Deutschland ohnehin nur für wenige Jahre der Zwischenkriegszeit und wieder ab 1949 möglich wäre.

Die Zahlungsbilanz ist von fundamentaler Bedeutung, um die Entwicklung einer Volkswirtschaft beschreiben und verstehen zu können. Zum einen gilt die Leistungsbilanz als Indikator der Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft, da sie misst, in welchem Umfang aus dem Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Übertragungen mit dem Ausland ein Überschuss erwirtschaftet wurde. Zugleich zeigt die Zahlungsbilanz aber auch, welche Abhängigkeiten zwischen einer Volkswirtschaft und dem Ausland bestehen, etwa als Handelspartner, als Schuldner oder Gläubiger, und jenseits marktwirtschaftlicher Beziehungen als Ausbeuter oder Entwicklungshelfer. Aus der Entwicklung der deutschen Zahlungsbilanz lässt sich somit ein großer Teil der wirtschaftlichen wie auch politischen Geschichte Deutschlands ablesen.

Vom Kaiserreich bis zum Zweiten Weltkrieg: Wachstum und Krise

Tabelle 1 fasst die wichtigsten Teilbilanzen der Zahlungsbilanz 1883 bis 2010 zusammen, wobei alle Angaben zur besseren Vergleichbarkeit in Euro umgerechnet wurden. Im Folgenden geht der Beitrag in aller Kürze auf einige Entwicklungen ein, die wichtige wirtschaftliche und politische Zusammenhänge der deutschen Wirtschaftsgeschichte deutlich machen.

Zunächst fällt auf, dass das Deutsche Reich bis in die 1920er Jahre eine durchwegs negative (passive) Handelsbilanz aufwies, zugleich aber nach Schätzungen umfangreiche Kapitalexporte und seit 1886 kontinuierlich zunehmende Devisenreserven, die jeweils mit negativem Vorzeichen verbucht werden. Da der Saldo der Zahlungsbilanz gleich Null ist, ergeben sich unter der Annahme, dass Übertragungen und Restposten vernachlässigt werden können, eine positive (aktive) Dienstleistungsbilanz und eine insgesamt aktive Leistungsbilanz für die 30 Jahre vor dem Ersten Weltkrieg. Torp[1] schätzt, dass der größte Beitrag zu dieser positiven Dienstleistungsbilanz auf Erträge umfangreicher deutscher ▸ Direkt- und Portfolioinvestitionen im Ausland zurückzuführen ist.[2] Darin spiegelt sich der enorme wirtschaftliche Aufschwung nach der Gründerkrise bis zum Ersten Weltkrieg wider, der zu stetig steigenden Einkommen und Vermögen führte und Deutschland zum industriellen Kernland des Kontinents werden ließ. Außerdem weisen diese Daten auf ein Konfliktpotenzial mit Handelspartnern wie etwa Russland hin, die gegenüber Deutschland in einer Schuldnerposition waren. Daher versuchten diese Länder einen Überschuss ihrer Handelsbilanz mit Deutschland zu erreichen, um Kredite bedienen und Schulden abbauen zu können. Angesichts der passiven Handelsbilanz des Deutschen Reichs waren so die Handelskonflikte mit Russland (etwa der ▸ „Handelskrieg“ 1893/94) klar angelegt.[3]

In der Zeit nach 1918 setzten sich diese Entwicklungen in der Handels- und Dienstleistungsbilanz zunächst fort. Bis 1929 blieb Deutschlands Handelsbilanz passiv, die Dienstleistungsbilanz dagegen aktiv. Zudem wurde aber die deutsche Leistungsbilanz durch eine deutlich negative Übertragungsbilanz und Reparationszahlungen belastet. Bemerkenswert ist hierbei, dass die Reparationszahlungen offenbar nur zu einem geringen Teil aus Überschüssen der Handels- und Dienstleistungsbilanz finanziert wurden, sondern stattdessen bei einer bis 1929 insgesamt stark negativen Leistungsbilanz aus US-amerikanischen Kapitalimporten geleistet wurden. Stephen A. Schuker sprach in diesem Zusammenhang von „*American Reparations to Germany*“. Seit 1925 wurden substanzielle Kapitalimporte registriert, die bereits 1928 zurückgingen, um dann 1931 dramatisch einzubrechen. Weitere Aspekte werden aus der Zusam-

▸ Direkt- und Portfolioinvestitionen
Beides sind Formen von Auslandsinvestitionen. Direktinvestitionen sind Vermögensanlagen, bei denen Einfluss und Kontrolle auf die Geschäftstätigkeit genommen wird. In der Regel fließen dabei nicht nur Kapital, sondern auch Wissen und Technologie. Portfolioinvestitionen sind Vermögensanlagen mit dem vorrangigen Zweck, Gewinne zu erwirtschaften ohne direkten Einfluss auf Unternehmen auszuüben. Beispiele sind der Erwerb ausländischer Wertpapiere wie Aktien, festverzinsliche Wertpapiere sowie Investmentzertifikate.

▸ Deutsch-Russischer Handelskrieg
Scharfer zollpolitischer Konflikt zwischen dem Deutschen Reich und Russland um 1900. Russische Agrarexporte führten zur Forderung nach Schutzzöllen in der deutschen Landwirtschaft, worauf Russland mit hohen Zöllen auf deutsche Importe reagierte. Erst der deutsch-russische Handelsvertrag von 1904 konnte den Konflikt entschärfen.

▶ Abb 1 **Salden der Leistungs-, Übertragungs-, Kapital- und Devisenbilanz, 1925–1938 — in Millionen Euro**

menfassung der Daten in Tabelle 1 nicht deutlich, gehen aber aus Abbildung 1 hervor. Zunächst führt die Weltwirtschaftskrise zu einer außenwirtschaftlichen „Entflechtung“, sichtbar an dem Schrumpfen nahezu aller Teilbilanzen. Nicht nur der Außenhandel, auch der Austausch von Dienstleistungen und grenzüberschreitende Kapitalmarktbeziehungen brachen ein. Durch die Autarkiepolitik der Nationalsozialisten wurde die Entflechtung weiter vorangetrieben. Die Devisenbilanz war in der Zwischenkriegszeit anders als im Kaiserreich überwiegend passiv, es flossen Devisen ins Ausland ab (positives Vorzeichen). Das Jahr 1931 sticht hier besonders hervor, als es zu einer regelrechten Kapitalflucht aus Deutschland kam.[4] ▶ Tab 1, Abb 1

▶ Tab 1 **Zahlungsbilanz und Salden der wichtigsten Teilbilanzen — Durchschnittswerte je Zeitraum**

	Leistungsbilanz (Saldo)					Kapital-bilanz	Devisen-bilanz	Rest-posten
	Handels-bilanz	Dienst-leistungs-bilanz	Über-tragungs-bilanz	Reparationen	insgesamt			
	Mio. Euro							
	x0968	x0969	x0970	x0971	x0972	x0973	x0974	x0975
1883–89	–190	543	0	0	353	–355	3	0
1890–99	–508	853	0	0	345	–307	–38	0
1900–09	–684	1 061	0	0	377	–280	–97	0
1910–13	–699	1 156	0	0	457	–341	–116	0
1925–28	–1 059	213	–139	–744	–1 730	1 222	–145	653
1929–32	438	227	–499	–664	–497	328	284	–116
1933–38	81	197	–282	–13	–17	–20	65	–28
1950–59	1 089	1 335	–327	0	1 979	–659	–1 264	–56
1960–69	4 469	987	–3 001	0	2 179	–1 899	–61	–219
1970–79	15 823	–3 241	–7 813	0	4 596	1 090	–3 470	–2 217
1980–89	38 364	–1 755	–14 311	0	22 209	–25 179	2 302	668
1990–99	43 382	–24 098	–26 371	0	–11 940	9 997	–843	4 039
2000–10	141 624	–25 513	–30 123	0	93 928	–108 015	1 782	14 088

Nach dem stetigen Devisenabfluss und der Kapitalflucht 1931 befand sich das Deutsche Reich in einer akuten Devisenkrise, der man mit einem restriktiven System der Devisenbewirtschaftung zu begegnen versuchte. Dies erschwert auch die Interpretation der Zahlungsbilanz, weil etwa Einnahmeüberschüsse aus Exporten nicht mehr frei verwendet werden konnten, oder weil nach Einführung der sogenannten Transfersperre Zinsen auf Auslandsschulden nicht mehr vollständig in der Devisen- oder Kapitalbilanz verbucht wurden.[5] Nach einer kurzlebigen Verbesserung der Leistungsbilanz 1936/37 kam es 1938 erneut zur Krise, hervorgerufen durch den internationalen Konjunktureinbruch von 1938. Mit dem „Anschluss" Österreichs zeigte sich dann erstmals ein Phänomen, dass die deutsche Zahlungsbilanz in den Kriegsjahren kennzeichnen sollte, nämlich der substanzielle Zufluss von Kapital und Devisen aus Nachbarländern. Zwar geht aus der Kapitalbilanz für 1938 ein Netto-Abfluss an das Ausland hervor, der im Wesentlichen durch das Defizit der Leistungsbilanz hervorgerufen wurde. Aber durch die Vereinnahmung der Gold- und Devisenbestände der österreichischen Nationalbank und den Einzug privater Bestände konnten die Devisenbestände der Reichsbank trotz der passiven Leistungsbilanz sogar gesteigert werden. Ritschl[6] zeigt, dass die umfangreiche Beschlagnahmung von Vermögen aus Frankreich, Polen und anderen Staaten einen wesentlichen Beitrag zur deutschen Zahlungsbilanz während des Krieges lieferte.

Die Entwicklung seit 1945: wachsende Überschüsse und Handlungsspielräume

Nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich dieses Bild grundlegend. Die Bundesrepublik exportierte nun durchweg mehr als sie importierte, die Handelsbilanz wurde deutlich aktiv und blieb es ab 1952. Die Dienstleistungsbilanz dagegen wurde ab 1971 (von wenigen Jahren abgesehen) passiv, was nicht zuletzt auf zunehmende Defizite aus dem Reiseverkehr in das europäische Ausland zurückzuführen ist. Trotz negativer Übertragungsbilanz wies die Bundesrepublik damit seit 1951 einen positiven Leistungsbilanzsaldo auf, der mit kurzer Unterbrechung in der zweiten Ölkrise bis zur Wiedervereinigung 1990 bestehen blieb. Dem standen spiegelbildlich

in den 1960er Jahren und deutlich in den 1980er Jahren umfangreiche Kapitalexporte und seit den 1950er Jahren eine substanzielle Akkumulation von Devisenreserven gegenüber.

Wie konnte es dazu kommen? Der wirtschaftliche Wiederaufstieg Deutschlands nach 1945 kann im Wesentlichen erklärt werden mit der Rekonstruktion der Infrastruktur bei einem überraschend unversehrten industriellen Kapitalstock nach dem Krieg, der Zunahme an Arbeitskräften durch Flucht und Vertreibung und Konvergenzwachstum (also Wachstum im Pro-Kopf-Einkommen durch Angleichung an reichere Volkswirtschaften wie die USA).[7] Diese Entwicklung war allerdings von einem im internationalen Vergleich überdurchschnittlichen Wachstum der Arbeitsproduktivität bei stabilen Preisen begleitet. Seit Herbst 1949 stiegen die westdeutschen Exporte (beinahe) kontinuierlich an, was auch durch den Prozess der Europäischen Integration, den Abbau von Handelsbarrieren im Rahmen des ▸GATT und das stabile ▸Währungssystem von Bretton Woods gefördert wurde. Zwar kam es 1950/51 zu einer Krise, als die Leistungsbilanz durch eine Verschlechterung der ▸*Terms of Trade* infolge des Korea-Booms passiv wurde und die junge Bundesrepublik noch einmal eine ernsthafte Devisenkrise erlebte. Durch internationale Kooperation im Rahmen der Europäischen Zahlungsunion und vor allem aber durch das solide Wachstum der Exporte konnte die Krise in wenigen Monaten überwunden werden.

Der folgende nahezu permanente Überschuss der Handelsbilanz (und bis 1970 auch in der Dienstleistungsbilanz) gab der Bundesrepublik weitreichenden außenpolitischen Handlungsspielraum, um ihr politisches Gewicht nach dem Zweiten Weltkrieg wieder zu erhöhen. Zu nennen sind hier umfangreiche Entwicklungshilfen, die Zahlung von „Wiedergutmachung“ und Beiträge an internationale Organisationen wie EWG, IWF, NATO, die OECD oder die UNO (sichtbar in der durchweg negativen Übertragungsbilanz).[8] Mitte der 1960er Jahre begann sich das internationale Umfeld zu verändern, aber die deutsche Wirtschaft passte sich dem erfolgreich an. Zum einen endete der Nachkriegsboom, zum anderen geriet das System von Bretton Woods mit fixen Wechselkursen durch stark unterschiedliche Entwicklungen in den Mitgliedsstaaten zunehmend unter Anpassungsdruck. Die Bundesrepublik erlebte 1966/67 einen kurzen aber tiefen Konjunktureinbruch, der von einer negativen Leistungsbilanz und dem Abfluss von Kapital und Devisen begleitet war. Die Versuche durch eine „makroökonomische Globalsteuerung“ innerhalb eines Systems fixer Wechselkurse darauf zu reagieren, waren allerdings für eine kleine, offene Volkswirtschaft wie die Bundesrepublik zum Scheitern verurteilt. In Folge des internationalen Konjunktureinbruchs (unter anderem ausgelöst durch starke Schwankungen des Ölpreises) war die Leistungsbilanz zwischen 1979 und 1981 stark passiv. Dennoch ging die Bundesrepublik aus den währungspolitischen Turbulenzen, bei dem auch das System von Bretton Woods zerbrach, nicht nur unbeschadet, sondern sogar gestärkt hervor.

Zu den Ursachen: Europäische Integration und Produktivitätswachstum

Die Entwicklungen in der Zahlungsbilanz seit 1982 sind in mehrerer Hinsicht bemerkenswert. Während die Dienstleistungsbilanz langfristig negativ blieb, aber die Defizite abnahmen, setzte der Saldo der Handelsbilanz zu einem deutlichen Wachstum an, wiederum begleitet von einem kräftig zunehmenden Auslandsvermögen. Anders als zuvor war diese internationale wirtschaftliche Expansion aber nicht von hohen Wachstumsraten der Wirtschaft im Inland begleitet. Vor allem die deutsche Industrie eroberte international beständig Marktanteile, was sowohl auf Entwicklungen innerhalb Deutschlands wie auch auf Entwicklungen bei den Handelspartnern zurückzuführen ist. Abbildung 2 zeigt die Entwicklung von Leistungsbilanz, Kapital- und Devisenbilanz (jeweils per Saldo) als Anteil des Brutto-

▸ GATT
Steht für das *General Agreement of Tariffs and Trade*, den Vorläufer der heutigen *World Trade Organization.*

▸ Währungssystem von Bretton Woods
Internationales Währungssystem mit fixen Wechselkursen und einem Währungsfonds, das 1944 im US-Skiressort von Bretton Woods vereinbart wurde.

▸ Terms of Trade
Tauschbedingungen im internationalen Handel, gegeben durch die relativen Preise der handelbaren Güter. Eine Verschlechterung der *Terms of Trade* bedeutet, dass das Inland weniger Importgüter pro Einheit der Exportgüter erwerben kann als zuvor. Unter sonst gleichen Bedingungen führt dies zu einer negativen (passiven) Handelsbilanz und Leistungsbilanz.

▶ Abb 2 **Teilbilanzen (Salden) der deutschen Zahlungsbilanz, 1883–2010 — in Prozent des BIP**

▶ Tab 2 **Teilbilanzen (Salden) der deutschen Zahlungsbilanz**

	Leistungsbilanz	Kapitalbilanz	Devisenbilanz
	% des BIP		
	x0976	x0977	x0978
1883	21,8	–23,5	1,8
1890	22,6	–21,0	–1,6
1900	18,4	–14,3	–4,1
1913	20,1	–14,1	–5,9
1925	–52,1	20,1	–1,3
1929	–38,9	16,0	1,8
1938	–5,7	5,4	–0,7
1950	–3,3	6,6	5,8
1960	18,5	7,5	–26,5
1970	6,8	23,7	–32,1
1980	–16,3	–0,3	16,7
1990	29,6	–35,0	–2,3
2000	–17,3	20,0	2,9
2010	60,4	–59,3	–0,6

–52,1
Prozent des BIP betrug der Saldo der Leistungsbilanz im Jahr 1925.

+60,4
Prozent waren es im Jahr 2010.

inlandsprodukts von 1883 bis 2010. Die Entwicklung seit 1982 – unterbrochen von der Zeit der Wiedervereinigung bis zur Einführung des Euro – ist im langfristigen Vergleich ungewöhnlich. ▶ Tab 2, Abb 2

Die Hintergründe werden zum Teil aus einer Betrachtung der regionalen Entwicklung deutlich: Wo erwirtschaftete die Bundesrepublik Deutschland diese gewaltigen Leistungsbilanzüberschüsse? Wohin flossen die deutschen Kapitalexporte? Es macht Sinn, die Entwicklung bis 1989 in zwei Perioden zu untergliedern.[9] Bis etwa 1985 wurde die Zunahme der Leistungsbilanzüberschüsse nahezu vollständig vom wachsenden Handelsüberschuss gegenüber den USA getragen. Das wiederum lässt sich durch einen Wachstumsschub in den USA und eine Aufwertung des Dollar erklären, wodurch deutsche Produkte wie Autos, Maschinen, elektrotechnische oder chemische Erzeugnisse Marktanteile in den USA gewinnen konnten, während Importe aus den USA stagnierten. In der Zeit ab 1985 setzten sich die Leistungsbilanzüberschüsse fort, nun aber getragen von wachsenden Handelsüberschüssen mit Westeuropa und den ölexportierenden OPEC-Staaten: Dahinter stand ein deutlicher Verfall der Energiepreise (auch gestützt von einer Abwertung des Dollars), was die Handelsbilanz mit den europäischen Energielieferanten Großbritannien, Niederlande und Norwegen veränderte. Außenwirtschaftliche Impulse trugen also zum deutschen Leistungsbilanzüberschuss der 1980er Jahre bei, aber sie erklären nicht alles. Darüber hinaus nahm die Wettbewerbsfähigkeit der bundesdeutschen Industrie gegenüber fast allen europäischen Handelspartnern zu, was mit Preisvorteilen durch eine relativ geringe Inflation und ein solides Produktivitätswachstum erklärt werden kann. Ein Teil dieses Produktivitätswachstums wurde von der erfolgreichen

Internationalisierung der deutschen Wirtschaft – auch durch die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft und eine Liberalisierung der Kapitalmärkte – getragen, die durch Direktinvestitionen und die Verlagerung von Produktionsstufen ihre Kosten weiter senken konnte. Ein Beispiel sind die umfangreichen Investitionen von Volkswagen in Spanien in dieser Zeit. Die Kapitalexporte waren also nicht nur der Spiegel der Leistungsbilanzüberschüsse, sondern konnten diese zumindest zeitweilig selbst verstärken, etwa weil sie dazu beitrugen, die Produktionskosten im Inland zu senken.[10]

Die Dekade nach der Wiedervereinigung ab 1990 scheint diese Entwicklungen im Rückblick nicht zu beenden, sondern lediglich zu unterbrechen. Unter anderem bremste die verstärkte Nachfrage ostdeutscher Verbraucher nach westdeutschen Produkten das Wachstum der Handelsüberschüsse und führte zu einer zeitweilig negativen Leistungsbilanz, begleitet von Kapitalimporten. Bereits 1994 wuchs der Saldo der Handelsbilanz aber wieder, die Leistungsbilanz wurde jedoch erst mit Einführung des Euro wieder positiv und erreichte – auch im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt – unbekannte Höhen.

An dieser Stelle soll kurz auf die Entwicklung der Zahlungsbilanz der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) verwiesen werden. Die Deutsche Bundesbank hat 1999 eine Zahlungsbilanz der DDR für die Jahre 1975 bis 1989 in Anlehnung an das *Balance of Payment Manual* des IWF vorgelegt. Tabelle 3 fasst die Ergebnisse umgerechnet in Euro zusammen. Die Zahlen zeigen weitgehend ausgeglichene Teilbilanzen (wobei den außenwirtschaftlichen Beziehungen mit dem Sozialistischen Wirtschaftsgebiet (SW) eine deutlich größere Rolle zukam), weisen aber auch auf Schwierigkeiten hin. Der

▶ Tab 3 **Zahlungsbilanz der DDR 1975–1989 — Salden der Teilbilanzen**

	Leistungsbilanz						Kapitalbilanz			Restposten		
	Einfuhr/ Ausfuhr	Dienst-leistungen	Erwerbs- und Vermögens-einkommen (mit laufenden Übertragungen)	ins-gesamt	sozialistisches Wirtschafts-gebiet	nicht-sozialistisches Wirtschafts-gebiet	ins-gesamt	sozialistisches Wirtschafts-gebiet	nicht-sozialistisches Wirtschafts-gebiet	ins-gesamt	sozialistisches Wirtschafts-gebiet	nicht-sozialistisches Wirtschafts-gebiet
	Mio. Euro											
	c0030	c0031	c0032	c0033	c0034	c0035	c0036	c0037	c0038	c0039	c0040	c0041
1975	–1 505	–41	33	–1 514	–159	–1 355	1 547	110	1 436	–33	48	–81
1976	–2 214	55	17	–2 143	–154	–1 988	2 324	213	2 112	–182	–58	–123
1977	–2 625	142	–6	–2 490	–697	–1 793	2 308	577	1 731	182	120	62
1978	–1 616	225	–115	–1 506	–280	–1 226	1 684	372	1 312	–178	–92	–86
1979	–1 235	187	–177	–1 226	510	–1 735	1 651	–399	2 050	–425	–111	–314
1980	–1 575	347	–478	–1 707	–185	–1 522	1 930	99	1 831	–223	86	–310
1981	–64	290	–738	–512	–427	–85	633	268	365	–122	159	–280
1982	2 091	249	–1 034	1 306	–268	1 574	–1 076	390	–1 465	–230	–122	–108
1983	2 429	390	–873	1 945	709	1 236	–2 068	–927	–1 141	123	219	–96
1984	3 097	546	–344	3 299	351	2 948	–3 135	–254	–2 881	–164	–97	–67
1985	2 792	436	–397	2 831	398	2 433	–2 434	–596	–1 838	–397	198	–595
1986	–301	294	–153	–160	–532	372	916	368	548	–756	165	–920
1987	–562	326	–262	–499	334	–832	39	–268	308	459	–65	525
1988	–822	538	–18	–301	604	–905	575	–647	1 222	–274	43	–317
1989	–541	–364	501	–403	1 164	–1 567	325	–1 234	1 559	78	71	8

Vorzeichenwechsel der Leistungsbilanz 1981/82 etwa resultierte aus einer scharfen Liquiditäts- und Devisenkrise, die zu verstärkten Exportanstrengungen und Exporterfolgen führte. Mit sinkenden Erdölpreisen ab 1986 begann sich die außenwirtschaftliche Lage der DDR gegenüber dem Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW) wieder zu verschlechtern, auch wenn die Verschuldung gegenüber dem NSW bis 1989 vermutlich noch kein kritisches Niveau erreicht hatte.[11] ▶ Tab 3

Aus Abbildung 3 wird die regionale Aufteilung wichtiger Teilbilanzen für das vereinte Deutschland 2007 bis 2010 ersichtlich.[12] Während mit der Finanz- und Staatsschuldenkrise der deutsche Leistungsbilanzüberschuss mit anderen europäischen Staaten, insbesondere dem Euro-Raum, leicht zurückging, blieb er gegenüber Amerika (vor allem den USA) stabil. Zudem ging das Defizit mit Asien zurück. Da sich der Euro im Zuge der Krise gegenüber anderen wichtigen Währungen tendenziell abschwächte, konnte die deutsche Industrie außerhalb Europas weiter Marktanteile gewinnen, was sich nach 2010 verstärkt fortsetzte. ▶ Abb 3

Gespiegelt wird dies erneut in massiven Kapitalexporten, die ebenfalls in Re-

▶ Abb 3 **Teilbilanzen (Salden) der deutschen Zahlungsbilanz nach Regionen, 2007–2010 — in Milliarden Euro**

* Ohne Erwerbs- und Vermögensübertragungen.

lation zum BIP historische Rekordwerte erreichen. Zeitweilig überlagert von den Folgen der deutschen Wiedervereinigung, hatte auch in den 1990er Jahren die Internationalisierung der deutschen Wirtschaft deutlich zugenommen, die sich aber weiterhin auf den europäischen Wirtschaftsraum konzentrierte. Von allen deutschen Direktinvestitionen im Ausland 2010 wurden knapp über 70 Prozent in anderen europäischen Staaten getätigt und knapp 16 Prozent in den USA. Während Deutschland also weiterhin hohe Leistungsbilanzüberschüsse gegenüber seinen europäischen Nachbarn aufweist, die geradezu traditionell Gegenstand der Diskussion sind, fließt umgekehrt auch der Großteil der deutschen Auslandsinvestitionen nach Europa, während Investitionen etwa in Asien – zumindest bisher – noch eine untergeordnete Rolle spielen. Die deutsche Wirtschaft hat sich nach 1945 in einem nie dagewesenen Ausmaß internationalisiert, den Schwerpunkt aller außenwirtschaftlichen Beziehungen bildet dabei weiterhin Europa.

70

Prozent der deutschen Direktinvestitionen im Ausland flossen 2010 in europäische Länder.

16

Prozent gingen in die USA.

Datengrundlage

Die Zahlungsbilanz ist eine Tertiärstatistik, die auf der Zusammenstellung zahlreicher anderer Statistiken basiert. Allem voran sind hier die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR, siehe Kapitel 13) und die Außenhandelsstatistik (siehe Kapitel 20) zu nennen.

Eine vollständige Zahlungsbilanz für das Deutsche Reich wurde erstmals 1924 vom Statistischen Reichsamt vorgelegt, mit dem Jahr 1935 wurde deren Erscheinen aber auch bereits wieder eingestellt. In der Bundesrepublik übernahm 1949 die deutsche Notenbank diese Aufgabe (zunächst die Bank deutscher Länder, ab 1957 Deutsche Bundesbank). Die Deutsche Bundesbank erstellte 1999 eine vergleichbare Zahlungsbilanz für das Gebiet der DDR für die Zeit 1975 bis 1989, ab Juli 1990 liegt schließlich eine gesamtdeutsche Zahlungsbilanz vor. Zusammenfassende Übersichten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik und des vereinten Deutschland finden sich in den Gutachten und statistischen Übersichten des Sachverständigenrats. Für die Periode 1950 bis 1993 wurden hier die Zusammenstellungen nach dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verwendet.[13] Für die Periode 1994 bis 2011 wurde die Zusammenstellung im Internet verwendet.[14]

Für die deutsche Zahlungsbilanz vor 1949/50 sind dagegen die amtlichen Angaben unvollständig, sie wurde von Wirtschaftshistorikern geschätzt. Die Zahlungsbilanz für das Deutsche Reich für den Zeitraum 1883 bis 1913 wurde aus Angaben der Handelsbilanz, Daten zum Handel mit Edelmetallen und aus einigen wenigen Angaben über den Kapitalverkehr mit dem Ausland geschätzt. Grundlegend sind dazu die Arbeiten von Walther G. Hoffmann[15] und Cornelius Torp.[16] Insbesondere die dort vorgelegten Schätzungen zur Dienstleistungsbilanz unterliegen großer Unsicherheit, weil sie als Saldo aus der Handelsbilanz und wiederum geschätzten Daten der Kapital- und Devisenbilanz ermittelt wurden.

Die Zahlungsbilanz für die Zeit zwischen den Weltkriegen wurde von der amtlichen Statistik nur bis 1935 veröffentlicht. Die Daten für die Zeit nach 1935 hat Albrecht Ritschl auf Grundlage der Bestände des Bundesarchivs detailliert nachgezeichnet.[17]

Zum Weiterlesen empfohlen

Werner Abelshauser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945. Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 460, Bonn 2004.

Peter Bernholz: Die Bundesbank und die Währungsintegration in Europa, in: Deutsche Bundesbank, Fünfzig Jahre Deutsche Mark, München 1998, S. 773–833.

Christoph Buchheim: Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen im Spiegel der Zahlungsbilanz, 1945–1970, in: Francia, Beihefte, Bd. 42, 1997, S. 85–100.

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte, Januar 1991. Die längerfristige Entwicklung der deutschen Zahlungsbilanz nach Regionen, Frankfurt am Main 1991.

Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, Frankfurt am Main, 1999.

Herbert Giersch/Karl-Heinz Paque/Holger Schmieding: The Fading Miracle. Four decades of market economy in Germany, Cambridge 1992.

Volker Hentschel: Die Europäische Zahlungsunion und die deutschen Devisenkrisen 1950/51, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 37 (1989), 4, S. 715–758.

Cornelius Torp: Die Herausforderung der Globalisierung: Wirtschaft und Politik in Deutschland 1860–1914, Göttingen 2005.

Albrecht Ritschl: Deutschlands Krise und Konjunktur 1924–1934. Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre, Berlin 2002.

22 Internationale Vergleiche

Jörg Baten/Herman de Jong

Produktivitätsniveau Großbritanniens im Vergleich zum Deutschen Reich 1871 und der Bundesrepublik 1980:

1871 — **108 Prozent**

1980 — **56 Prozent**

Durchschnittliche Körpergröße eines Mannes im Jahr 1850:

Deutschland — **163,8 Zentimeter**

Frankreich — **165,2 Zentimeter**

Durchschnittliche Lebenserwartung im Jahr 1950:

Deutschland — **66,8 Jahre**

Japan — **59,3 Jahre**

Durchschnittliche Ausbildungsdauer im Jahr 1990:

Deutschland — **12,45 Jahre**

Italien — **8,82 Jahre**

Wie entwickelte sich die deutsche Volkswirtschaft über die letzten zwei Jahrhunderte im Vergleich zu denen anderer Länder? Das Wachstumstempo unterschied sich zum Teil erheblich, Deutschland holte etwa gegenüber Großbritannien und den USA im späten 19. Jahrhundert auf. Auch die Entwicklung des Lebensstandards der Bevölkerung verlief unterschiedlich. So konnte Deutschland die Gesundheit der Bevölkerung insbesondere in den 1920er Jahren schneller steigern als andere Länder.

Die Besonderheit der Entwicklungen in Deutschland wird deutlich, wenn man die dortigen Trends mit denjenigen in anderen Ländern vergleicht. Auch die Ähnlichkeiten sind aufschlussreich – zum Beispiel war das kräftige Wirtschaftswachstum in den 1950er und 1960er Jahren ein für ganz Westeuropa typisches Phänomen, was oft in Darstellungen über Deutschland nicht beachtet wird. In diesem Kapitel möchten wir daher einige Kernindikatoren von Entwicklung für eine Gruppe von Ländern vergleichen, für die das sinnvoll möglich ist. Die Auswahl der Länder erfolgte nach zwei Kriterien: Zum einen sollten diese ein gewisses Gewicht in der weltweiten Wirtschaftsgeschichte aufweisen, zum zweiten sollten die ausgewählten Indikatoren in einigermaßen verlässlicher Qualität für diese Länder vorliegen. Wir haben uns daher für Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und die USA entschieden, um diese Länder mit Deutschland zu vergleichen.

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf

Wirtschaftswissenschaftler messen die Unterschiede des Lebensstandards oder die des wirtschaftlichen Wachstums meist mit dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Jedoch wurde dieses Konzept aufgrund seiner Unzulänglichkeiten oft kritisiert: Es erfasst lediglich ökonomische Aktivitäten, die den Marktmechanismus durchlaufen und lässt die damit verbundenen Schattenseiten wie Verschmutzung der Umwelt oder ungleiche Einkommensverteilung außen vor. Trotzdem wird es aus pragmatischen Gründen als Indikator für menschliche Wohlfahrt verwendet, da Bewegungen des BIP zu einem bestimmten Grad mit sozialen Indikatoren wie Gesundheit, Bildung und Lebenserwartung korrelieren. Zudem ist dieses Konzept nützlich für den internationalen Vergleich.

Die Messungen des BIP werden in internationalen Dollar in Preisen von 1990 angegeben. Folglich werden Messungen in der nationalen Währung unter Einbezug der unterschiedlichen Preisniveaus von Gütern und Dienstleistungen auf Länderbasis konvertiert. Internationale Dollars repräsentieren daher die Kaufkraft, die ein Dollar Einkommen in einem Land im Vergleich zu einem anderen besitzt. Dieses Verfahren gibt ein akkurateres Bild als eine Umwandlung mit Hilfe von Wechselkursen.

Seit 1850 wuchsen die in Tabelle 1 dargestellten Durchschnittseinkommen der Länder um einen Faktor zwischen 10 und 16. Eine wichtige Ausnahme stellt der industrielle Nachzügler Japan dar, der sein Einkommen um mehr als das 30-Fache steigern konnte. Zusammengenommen betrug das durchschnittliche jährliche Wachstum des BIP pro Kopf im 19. Jahrhundert ca. 1 bis 1,5 Prozent. Im 20. Jahrhundert waren die durchschnittlichen Wachstumsraten in Industriestaaten mehr als einen Prozentpunkt höher. Besonders die Periode der sogenannten Goldenen Jahre zwischen 1950 und 1973 weist extrem hohe Wachstumsraten auf. ▸ Tab 1

Wenn man Deutschland im Ländervergleich betrachtet, fällt eine überdurchschnittliche Leistung vor 1914 und eine durchschnittliche Entwicklung nach 1914 auf. Deutschlands Wachstum zwischen 1870 und 1913 betrug durchschnittlich 1,6 Prozent pro Jahr. ▸ Abb 1

▶ Tab 1 **Bruttoinlandsprodukt pro Kopf**

	Deutschland*	Frankreich	Italien	Japan	Großbritannien	USA
	1990 International Geary-Khamis-Dollar					
	x0979	x0980	x0981	x0982	x0983	x0984
1850	1 428	1 597	1 481	681	2 330	1 849
1860	1 639	1 892	1 459	–	2 830	2 241
1870	1 839	1 876	1 542	737	3 190	2 445
1880	1 991	2 120	1 589	863	3 477	3 184
1890	2 428	2 376	1 690	1 012	4 009	3 392
1900	2 985	2 876	1 855	1 180	4 492	4 091
1910	3 348	2 965	2 176	1 304	4 611	4 964
1920	2 796	3 227	2 153	1 696	4 548	5 552
1930	3 973	4 532	2 631	1 850	5 441	6 213
1940	5 403	4 042	2 897	2 874	6 856	7 010
1950	3 881	5 186	3 172	1 921	6 939	9 561
1960	7 705	7 398	5 456	3 986	8 645	11 328
1970	10 839	11 410	9 367	9 714	10 767	15 030
1980	14 114	14 766	12 927	13 428	12 931	18 577
1990	15 929	17 647	16 313	18 789	16 430	23 201
2000	18 944	20 392	18 761	20 481	21 046	28 702
2010	20 661	21 477	18 520	21 935	23 777	30 491

* 1949–1989: Bundesrepublik und DDR, ab 1990: Deutschland

▸ **Geary-Khamis-Dollar:**
Der sogenannte Geary-Khamis-Dollar, auch bekannt als internationaler Dollar, ist eine gedankliche Währungseinheit, die dieselbe Kaufkraft hat wie der US-Dollar zu einem bestimmten Zeitpunkt. Diese Einheit zeigt – besser als über Wechselkurse umgerechnete Werte – welche Kaufkraft eine Einheit Einkommen innerhalb der Landesgrenzen hat. Das Jahr 1990 wird oft als Basiswert für Vergleiche über die Zeit hinweg verwendet.

1870 startete Deutschland mit einem Wohlfahrtsniveau, das 60 Prozent des britischen betrug. Während des Ersten Weltkriegs fiel das deutsche Einkommen schärfer zurück als in anderen Ländern. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte ein weiterer harter Rückschlag. Das abnorm hohe Produktionsniveau während der ersten Kriegsjahre außer Acht gelassen, erreichte die Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg ihr Vorkriegsniveau erst 1953 wieder, was sehr spät war. Japan erfuhr eine ähnliche Entwicklung. Beide Länder kompensierten dies jedoch mit relativ hohen Wachstumsraten in den Goldenen Jahren. Zwischen 1973 und 1988 waren Wachstumsraten der dargestellten Länder sehr ähnlich. Seit der Finanzkrise 2008 weist Deutschland jedoch die beste Entwicklung der hier dargestellten Länder auf.

Vergleichende Produktivität in der Industrie

In Tabelle 2 und Abbildung 2 werden Reihen der Arbeitsproduktivität in der Industrie aufgezeigt. Das deutsche Produktivitätsniveau wird als Index mit dem Wert 100 dargestellt. Die Daten aller Länder zeigen die jährlichen Niveaus relativ zum deutschen gesehen. Da hier lediglich die in der Industrie aktiven Personen betrachtet werden, gibt der Indikator ein zutreffendes Bild der vergleichbaren Produktionseffizienz in den Ländern bezogen auf die Anzahl der involvierten Arbeiter. Für manche Länder war es aufgrund fehlender Daten nicht möglich, die vollständige Reihe der Produktivitätsentwicklung zu konstruieren. Trotzdem wird versucht, so viele vergleichbare Niveaus wie möglich zu präsentieren.

▶ Abb 1 **Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in konstanten Preisen — in 1990 International Geary-Khamis-Dollar**

Vor 1950 lässt sich eine Produktivitätslücke zwischen den Vereinigten Staaten und anderen großen europäischen Industrienationen im Verhältnis 2 zu 1 beobachten. Diese Lücke kann bis Mitte des 19. Jahrhunderts zurückverfolgt werden und wurde durch die verschiedenen Ressourcen und Faktorausstattungen beiderseits des Atlantiks erklärt. In den USA waren Land und andere Inputmaterialien relativ großzügig und preisgünstig vorhanden, während sich Arbeit als relativ knapp und teuer erwies, was zu einem arbeitssparenden Produktionssystem führte. In der Zwischenkriegszeit gelang es dem Vereinigten Königreich und Deutschland nicht, diese Lücke zu schließen. Erst nach 1950 kam es zu einem Aufholtrend in den europäischen Ländern.

Wenn man Deutschland betrachtet, fällt auf, dass die deutsche Produktion bereits am Ende des 19. Jahrhunderts der des Vereinigten Königreichs ebenbürtig war. Die deutsche Produktionseffizienz wuchs vor dem Zweiten Weltkrieg schnell. In manchen Industrien wie der Metallproduktion, der Baumwollspinnerei und in der chemischen Industrie war es Deutschland sogar möglich, die Unterschiede zu den USA wettzumachen.[1] Besonders in der Eisen- und Stahlproduktion war Deutschland sehr fortschrittlich, aber auch in der Produktion von Koks und Dünger. In der Herstellung von Lebensmitteln und Getränken, Papier und Transportmitteln (Kraftwagen, Eisenbahnwagen usw.) waren die Niveaus relativ niedrig. Dieses Produktivitätsprofil veränderte sich während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht. Deutschlands Industrie war effizient in der Herstellung von Zwischengütern, aber nicht von Konsumgütern. Dies änderte sich jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg. In den 1980er Jahren betrug die deutsche Produktivität 70 Prozent des Niveaus des Vorreiters USA. Deutschland hatte die relativ höchsten Produktivitätsniveaus bei Kleidung, Ölraffinerie, Gummiprodukten, Maschinen und Transportausstattungen, die alle in der Nähe des amerikanischen Produktivitätsniveaus anzusiedeln waren.[2]

Auch heute, im Computerzeitalter, sind die USA immer noch führend in der Produktivität. Misst man jedoch Produktivität in Wertschöpfung pro Arbeitsstunde und nicht mehr pro Arbeiter, ändert sich das

681

International Geary-Khamis-Dollar betrug das japanische Bruttoinlandsprodukt pro Kopf umgerechnet im Jahr 1850.

▶ Tab 2 **Produktivität im produzierenden Gewerbe**

	Deutschland*	Frankreich	Italien	Japan	Großbritannien	USA
	Deutschland = 100					
	x0985	x0986	x0987	x0988	x0989	x0990
1871	100	–	–	–	108,0	–
1890	100	–	–	–	108,8	218,4
1900	100	–	46,6 (1901)	–	103,0	195,7
1913	100	66,6	–	20,5	84,0	178,9
1929	100	78,6	56,5	30,9	95,5	238,7
1938	100	71,2	46,0	39,4 (1937)	93,4	178,9
1950	100	94,4	66,2 (1951)	–	96,3	252,9
1960	100	77,4	67,2	49,2	73,6	152,4
1970	100	90,5	79,3 (1968)	79,0	65,4	121,8
1980	100	95,3	84,4	94,1	56,3	114,7
1990	100	106,8	105,6 (1989)	116,6	78,4	137,6
2000	100	107,0	–	106,2	71,1	148,3

* 1949–1989: Bundesrepublik, ab 1990: alte Bundesländer

▶ Abb 2 **Produktivität im produzierenden Gewerbe — Deutschland = 100**

Bild. Die Lücke zwischen Deutschland und den USA schrumpft auf nur 14 Prozentpunkte (statt 48 Prozentpunkte), was bedeutet, dass die Lücke fast geschlossen ist. Der Grund liegt darin, dass deutsche Arbeiter viel weniger Stunden arbeiten als amerikanische. Während der Arbeitszeit ist deren stündliche Produktivität fast gleich, europäische Arbeiter haben jedoch mehr Freizeit. Diese Tatsache erklärt ebenfalls einen großen Teil des Unterschiedes beim Bruttosozialprodukt pro Kopf zwischen Deutschland und den USA. ▶ Tab 2, Abb 2

Exporte pro Kopf

Die in Tabelle 3 und Abbildung 3 aufgezeigten Exportdaten sind relativ zu interpretieren. Sie sind in Mengenangaben pro Kopf gemessen, um sie an die Auswirkungen des Bevölkerungswachstums anzupassen. Der Indikator zeigt die Geschwindigkeit, mit der sich eine Volkswirtschaft internationalisiert, und ist somit ein Indikator für die Offenheit einer Volkswirtschaft. Eine Einteilung in drei Epochen erscheint hier sinnvoll: die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, die Zwischenkriegszeit und die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.

▶ Tab 3 **Exporte pro Kopf**

	Deutschland*	Frankreich	Italien	Japan	Großbritannien	USA
	Index (1970 = 100)					
	x0991	x0992	x0993	x0994	x0995	x0996
1870	9,1	6,2	5,9	0,2	28,7	9,7
1880	10,4	8,5	7,4	0,5	34,5	20,9
1890	12,6	10,1	5,8	0,8	42,6	19,2
1900	16,5	11,6	8,1	1,6	41,3	28,7
1910	24,8	16,3	10,6	3,7	56,8	23,7
1920	12,1	16,9	12,0	6,5	43,8	40,0
1930	26,9	24,3	10,9	9,9	42,1	31,7
1940	11,1	7,5	6,1	17,3	24,8	34,9
1950	10,2	26,9	11,4	6,2	57,8	44,4
1960	42,9	49,0	31,0	24,4	66,4	64,7
1970	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1980	163,6	191,0	172,5	219,6	155,2	180,5
1990	271,9	271,7	267,3	360,8	219,0	281,9
2000	476,2	505,1	449,4	550,1	372,6	495,9
2010	808,7	542,8	489,3	834,9	478,1	626,8

* 1949–1989: nur Bundesrepublik, ab 1990: Deutschland

Deutschlands späte Industrialisierung im 19. Jahrhundert war eng verknüpft mit der Expansion der industriellen Exporte, für die offene Grenzen und freier Handel notwendig waren. Abkommen zwischen dem Zollverein und anderen Regionen und Ländern in Europa waren ein wichtiger Schritt in Richtung freier Handel. Am Ende des 19. Jahrhunderts war der ▸ Protektionismus in Europa wieder populär, auch in Deutschland. Im Jahre 1879 wurden die bereits existierenden moderaten Zollprotektionen im Bereich der Landwirtschaft und Produktion ausgebaut und für Endprodukte dieser Sektoren sogar verstärkt. Andere Länder folgten diesem Beispiel.[3] Dies hatte Einfluss auf die Strukturen der deutschen Wirtschaft. Die durch Zölle geschützten Produzenten in Deutschland konnten inländischen Wettbewerb eliminieren und so Marktmonopole und Kartelle bilden. Insgesamt erreichte die Internationalisierung bis 1913 einen hohen Stand.

Dieser Zustand fand während des Ersten Weltkriegs sein Ende, als der Goldstandard außer Kraft gesetzt wurde, was Währungsschwankungen und Inflation hervorbrachte, und als der wirtschaftliche Nationalismus freien Handel behinderte. Zudem kam es ebenfalls aufgrund des Entstehens neuer Länder und somit neuer Grenzen zu einer Intensivierung des Protektionismus. Diese sogenannte Periode der „De-Globalisierung“ war ungünstig für den internationalen Handel und das wirtschaftliche Wachstum.

Die Weltwirtschaftskrise verschlechterte diesen Zustand weiter. Während Deutschland 1913 einen Anteil von 27,5 Prozent am weltweiten Industriegüterhandel innehatte, waren es 1929 nur noch 21,9 Prozent. Bis 1937 konnte Deutschland immerhin wieder auf 23,5 Prozent aufholen.[4] Das Niveau der Exporte (pro Kopf) von 1913 wurde erst 1957 wieder erreicht.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es extrem starkes Exportwachstum, weil der internationale Handel liberalisiert wurde.[5] Deutschland wurde der Hauptexporteur der Industrieländer mit einem Anteil von mehr als 20 Prozent des gesamten Handels

▸ **Protektionismus**
Der Begriff bezeichnet den Schutz inländischer Produzenten vor ausländischer Konkurrenz mithilfe von Verboten, mengenmäßigen Beschränkungen (Quotierung, Kontingentierung), (Handels-)Zöllen oder Auflagen (sogenannte nicht tarifäre Handelshemmnisse wie zum Beispiel spezielle Standards, Schutzvorschriften oder Genehmigungsverfahren). Protektionismus steht im Gegensatz zum Freihandel.

▶ Abb 3 **Exporte pro Kopf — Index (1970=100)**

der wichtigsten Industrieländer, was ein größerer Anteil als der der USA und Japans während der 1980 Jahre war.[6] Deutschlands Hauptexportgüter waren Maschinenbauprodukte, Kraftfahrzeuge, elektrotechnische Erzeugnisse, chemische Erzeugnisse und Eisen und Stahl.[7]

Weniger ersichtlich aus den Zahlen ist, dass Deutschland und Japan nach 1970 die relativ beste Leistung in Exporten (pro Kopf) aufwiesen. In beiden Ländern verachtfachten sich die Quoten mit einer bemerkenswerten Beschleunigung im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, was ein Zeichen der relativen Stärke des Industriesektors ist, der von den neuen asiatischen Märkten profitiert. ▶ Tab 3, Abb 3

Landwirtschaftliche Produktion pro Kopf

Der Indikator für landwirtschaftliche Produktion pro Kopf kann als Maß für eine insgesamt steigende Produktivität der Landwirtschaft und die abnehmende relative Größe dieses Sektors in der Volkswirtschaft betrachtet werden. Die deutsche Beschäftigung in der Landwirtschaft fiel von 45 Prozent 1880 auf weniger als 10 Prozent um 1970 und nahm später sogar weiter ab. Das Vereinigte Königreich ist der extremste Fall mit bereits nur 12 Prozent 1880 und 3 Prozent 1975. Aufgrund der Datenlage wurde von zwei verschiedenen Datenbanken Gebrauch gemacht. Die Daten für die Periode bis zum Zweiten Weltkrieg sind durch Indexwerte basierend auf dem Jahr 1913 (=100) dargestellt. Nach dem Zweiten Weltkrieg bezieht sich die Datenreihe auf einen Index basierend auf dem Jahr 1980 (=100). Es ist somit nicht möglich, die Indexwerte für diese zwei Perioden zu vergleichen.

Während des 19. Jahrhunderts wies das Vereinigte Königreich ein extrem stabiles Volumen der landwirtschaftlichen Produktion auf. Aufgrund seines schnellen Bevölkerungswachstums ging die Produktion (pro Kopf) jedoch rapide zurück. Die britische Gesellschaft wurde mehr und mehr von amerikanischem Getreide und Fleisch abhängig, sodass die Wirtschaft ihre eigenen internationalen komparativen Vorteile[8] in der Industrie und im Finanzwesen ausnutzen konnte. Die deutsche landwirtschaftliche Produktion verdoppelte sich zwischen 1850 und 1913, was, kombiniert mit einem sogar noch stärkeren Bevölkerungswachstum als in Großbritannien, zu einem Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion pro Kopf um 25 Prozent führte, der ebenfalls in Frankreich und Italien zu beobachten ist.

Die deutsche landwirtschaftliche Produktion pro Kopf nahm während und nach dem Ersten Weltkrieg auf ein Niveau von weniger als 70 (1913=100) beträchtlich ab und stieg 1938 wieder auf fast 100. Für viele Länder stellte die Zwischenkriegszeit eine Ära dar, in der landwirtschaftliche Selbstversorgung ein wichtiges Ziel wurde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg umfasste die westdeutsche landwirtschaftliche Produktion nur ca. 40 Prozent des Vorkriegslevels von 1938. Jedoch verdoppelte sich das Produktionsvolumen zwischen 1950 und 1990. Die landwirtschaftliche Produktion (pro Kopf) verdoppelte sich ebenfalls, trotz der extrem starken Abnahme der Beschäftigung in diesem Sektor von 22 Prozent 1950 auf weniger als 5 Prozent in den 1980er Jahren. ▶ Tab 4, Abb 4

▶ Tab 4 **Landwirtschaftliche Produktion pro Kopf**

	Deutschland*	Frankreich	Italien	Japan	Großbritannien	USA
	Index (bis 1950: 1913 = 100; ab 1950: 1980 = 100)					
	x0997	x0998	x0999	x1000	x1001	x1002
1850	75	80	–	–	–	–
1860	84	87	–	–	159	–
1870	84	88	84	73	156	94
1880	85	80	84	79	132	117
1890	94	86	83	95	126	108
1900	106	102	89	91	106	116
1910	97	86	91	92	105	97
1920	67	97	93	106	91	84
1930	95	101	89	103	110	86
1940	–	–	–	–	–	–
1950	62	75	–	–	55	129
1960	83	89	78	140	66	115
1970	89	95	100	114	80	102
1980	100	100	100	100	100	100
1990	118	120	114	109	124	146
2000	115	129	142	79	121	174

* 1949–1989: Bundesrepublik, ab 1990: alte Bundesländer

▶ Abb 4 **Landwirtschaftliche Produktion pro Kopf – Index (1913 = 100; 1980 = 100)**

Körpergrößen

Bei einem Indikator wie „menschliche Körpergröße“ denken – oder dachten bis vor kurzem – die meisten Leser nicht an ein ökonomisch relevantes Maß für menschlichen Wohlstand. Tatsächlich wird dieser Indikator jedoch bereits seit einigen Jahrzehnten in der entwicklungsökonomischen und historischen Forschung eingesetzt. Diese Forschungsrichtung nutzt den biologisch-medizinischen Zusammenhang von Qualität und Zusammensetzung der Ernährung, gesundheitlichem Umfeld und der durchschnittlichen Körpergröße aus. Aussagekräftig sind nicht individuelle Körpergrößeninformationen, für die genetische Komponenten eine besonders große Rolle spielen, sondern die Mittelwerte (Durchschnittswerte) von größeren Stichproben – in der Regel einige hundert oder tausend Individuen. Der wichtigste Nutzen dieses Indikators entsteht dort, wo andere Informationen fehlen oder durch große Messungsprobleme von zweifelhafter Qualität sind. Dies sind zum einen die frühen Entwicklungen in heute wohlhabenden Ländern, für die andere Indikatoren wie zum Beispiel Bruttoinlandsprodukt oder Lebenserwartung nur ungenau geschätzt werden können, da diese Konzepte sehr umfangreiche Datenerhebungen voraussetzen. Zum zweiten ist der Indikator „Körpergröße“ besonders nützlich für Episoden, in denen Preisdaten nicht aussagekräftig sind, die man zum Beispiel für Inlandsproduktschätzungen braucht. Dies war unter anderem in den früheren sozialistischen Wirtschaftssystemen der Fall oder auch in Deutschland zur Zeit des Nationalsozialismus. Auch Daten zur Lebenserwartung und anderen Indikatoren wurden von speziellen Regierungsformen, die sich gegenüber dem Ausland in besonderer Weise legitimieren wollten, oft in einem positiveren Licht dargestellt. Daten zu Körpergrößen wurden hingegen nicht als ein solcher „Schaufenster“-Indikator betrachtet. Drittens sind Körpergrößen besonders nützlich für die Untersuchung der Entwicklung in ärmeren Ländern, für die bis vor wenigen Jahren kaum ökonomische und soziale Daten erhoben wurden. ▶ Tab 5, Abb 5

▶ Tab 5 **Körpergröße (Männer)**

	Deutschland*	Frankreich	Italien	Japan	Großbritannien	USA
	cm					
	x1003	x1004	x1005	x1006	x1007	x1008
1840	166,6	164,3	162,0	–	166,5	172,2
1850	163,8	165,2	162,9	–	165,6	171,1
1860	165,5	165,4	163,1	–	166,6	170,6
1870	166,9	165,5	163,5	–	167,2	171,1
1880	167,9	165,9	163,9	157,8	168,0	169,5
1890	168,6	166,1	164,7	157,8	167,4	169,1
1900	169,2	166,8	165,6	158,7	169,4	170,0
1910	170,5	167,8	166,3	159,6	170,9	172,1
1920	173,3	168,5	167,3	160,7	171,0	173,1
1930	174,0	169,9	168,1	161,4	173,9	173,4
1940	175,2	171,7	169,3	162,6	174,9	176,1
1950	176,8	173,2	171,3	163,6	176,0	177,1
1960	178,9	174,9	173,0	165,7	176,9	177,3
1970	179,4	175,1	174,1	166,8	177,1	178,3
1980	180,5	176,5	174,5	171,7	176,8	179,0

* in aktuellen Grenzen

Die wichtigsten Einflüsse auf die Körpergröße von Erwachsenen geschehen im Zeitraum der ersten Jahre nach der Geburt, ein weiterer Zeitraum mit moderatem Einfluss ist die Zeit bis zur Erreichung der endgültigen Körpergröße. Wenn die Nahrung reich an Protein und Kalzium sowie an einer großen Menge von weiteren Nährstoffen ist, erreichen Menschen ihr maximales genetisches Potenzial. Dies ist auch der Fall, wenn wenige Nährstoffe für Krankheiten verbraucht werden. Interessanterweise weist Körpergröße einen recht engen Zusammenhang mit anderen Gesundheitsindikatoren auf.

Insgesamt war in den betrachteten Ländern eine deutliche Aufwärtsbewegung der Körpergröße festzustellen, besonders ab dem Ende des 19. Jahrhunderts. Während des 19. Jahrhunderts stellen die USA hier eine Ausnahme dar: Dort fiel die Körpergröße stark ab. Vor allem zwischen den 1820er und 1840er Jahren sind diese Größentrends gut abgesichert, indem eine große Anzahl verschiedener Datensammlungen vergleichend analysiert wurden. Was kann die Körpergrößenabnahme in den Vereinigten Staaten erklären? Eine ganze Reihe von Faktoren wurde zur Erklärung vorgeschlagen: Zunahme der Ungleichheit, Urbanisierung, Verbreitung von Infektionskrankheiten, Immigration und weitere Faktoren. Immigrationseffekte per se können eher ausgeschlossen werden, weil die Abnahme auch unter ausschließlich gebürtigen Amerikanern stattfand, und die zweite Generation von Immigranten sich kaum von gebürtigen Amerikanern unterschied. Urbanisierung ist hingegen ein besonders wichtiges Argument, weil sie dazu führte, dass frische Lebensmittel nicht mehr vor Ort konsumiert werden konnten. Die Transporteinrichtungen für frische Milch waren im 19. Jahrhundert noch unterentwickelt. Insbesondere in dem Krankheitsumfeld des 19. Jahrhunderts, in dem der menschliche Körper weitaus mehr Proteine zur Bildung von Antikörpern benötigte als heute, scheint dies ein wichtiger Faktor gewesen zu sein.

163,8

Zentimeter groß waren die deutschen Männer 1850.

171,1

Zentimeter maßen Männer in den USA zu dieser Zeit.

▶ Abb 5 **Körpergröße (Männer) — in Zentimetern**

29,7
Jahre betrug die Lebenserwartung 1870 in Italien.

79,7
Jahre waren es im Jahr 2000.

Dies erklärt möglicherweise auch zum Teil, warum die japanische Körpergrößenreihe ganz besonders niedrig lag: In Japan wurden bis zur zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kaum Milchprodukte konsumiert (auch Fisch war knapp). Japan hat allerdings nach einer Ernährungsumstellung die stärkste Zunahme der Körpergröße im 20. Jahrhundert weltweit erreicht.

Spätestens ab dem Ende des 19. Jahrhunderts setzte ein deutlicher Aufwärtstrend der Körpergröße in Europa ein. Hochwertige Lebensmittel waren aufgrund von neuen Düngertechnologien und anderen Innovationen sowie durch zunehmenden Handel zu real abnehmenden Preisen verfügbar. Ab den 1930er und 1940er Jahren erreichte auch die medizinische Forschung ganz erhebliche Fortschritte bei Impfungen und Medikamenten. Die Europäer entschieden sich zunehmend für Sozialstaaten mit relativ hohen Ausgaben für Gesundheit und Bildung.

Lebenserwartung

Interessanterweise zeigt die Entwicklung der Lebenserwartung in vielerlei Hinsicht eine ähnliche Entwicklung wie die der Körpergrößen, wenngleich einige Reihen erst im späten 19. Jahrhundert beginnen, dafür aber auch Werte für die 1990er und 2000er Jahre einschließen.

Ähnlich wie die Körpergrößen waren die Fortschritte bei der Lebenserwartung um die Mitte des 19. Jahrhunderts eher bescheiden, erst ab Ende des 19. oder Beginn des 20. Jahrhunderts setzten bedeutsame Fortschritte ein. Die europäische und nordamerikanische durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt stieg von etwa 40 Jahren (um 1880) auf 55 bis 60 Jahre in den 1930ern. Heutzutage liegt sie bei etwa 80 Jahren. Besonders interessant sind hier die japanische und die italienische Entwicklung. Italien begann enorm niedrig in den 1870er Jahren, bei nur etwa 30 Jahren, entfernte sich von diesem niedrigen Ni-

▶ Tab 6 **Lebenserwartung**

	Deutschland*	Frankreich	Italien	Japan	Großbritannien	USA
	Jahre					
	x1009	x1010	x1011	x1012	x1013	x1014
1840	–	40,4	–	–	40,5	–
1850	–	43,3	–	–	42,8	–
1860	–	43,3	–	36,4	43,0	–
1870	38,3	36,4	29,7	36,6	41,0	–
1880	39,4	42,7	32,7	37,0	43,8	39,4
1890	42,4	43,4	38,5	37,7	44,8	45,2
1900	45,5	45,1	41,7	38,6	46,3	50,6
1910	44,8	51,4	46,8	40,0	54,0	51,8
1920	57,4	51,6	45,5	42,0	56,6	55,4
1930	62,0	56,9	55,2	48,6	60,9	59,6
1940	62,3	49,5	57,0	49,0	61,0	63,3
1950	66,8	66,4	65,8	59,3	68,7	68,1
1960	69,8	70,4	69,2	67,8	71,1	69,9
1970	70,8	72,2	71,7	72,1	72,0	70,9
1980	73,2	74,4	74,1	76,2	73,7	73,9
1990	75,4	77,0	77,1	79,0	75,9	75,6
2000	78,2	79,2	79,7	81,3	78,0	77,0

* 1945–1989: Bundesrepublik und DDR, ab 1990: Deutschland

▶ Abb 6 **Lebenserwartung — in Jahren**

veau rasch und erreichte etwa 55 Jahre in den 1930er Jahren. Japan lag ebenfalls deutlich unter den hier betrachteten Ländern und es war bis in die 1920er Jahre nur ein bescheidener Fortschritt festzustellen. Besonders große Fortschritte konnten in Japan in der Nachkriegszeit erreicht werden, als die Japaner ihre Ernährung deutlich umstellten und die medizinische Versorgung deutlich verbessert wurde. Ab den 1980er Jahren lag Japan sogar deutlich vor den anderen hier betrachteten Ländern. ▶ Tab 6, Abb 6

Kohlendioxid-Emissionen

Neben der menschlichen Lebensqualität ist zunehmend die natürliche Umwelt als schützenswertes Gut anerkannt worden. Selbst wenn dies von den Zeitgenossen, deren Handlungsweisen hier indirekt betrachtet werden, nicht immer in ähnlicher Weise wahrgenommen wurde, ist es doch interessant, ausgewählte Indikatoren in ihrer Entwicklung zu betrachten. Kees Klein Goldewijk und seine Forschungsgruppe haben kürzlich eine Reihe von umweltrelevanten Größen geschätzt, von denen in Tabelle 7 die Emission des Gases Kohlendioxid beispielhaft betrachtet werden sollen.[9]

In den letzten Jahrhunderten wurde besonders durch die Nutzung fossiler Brennstoffe in großem Umfang Kohlendioxid freigesetzt. Zuvor waren bereits durch die Landwirtschaft kleinere Mengen dieses Gases in die Atmosphäre abgegeben worden. Aber erst die umfangreiche Verwendung von Kohle und später Öl und Gas machte Kohlendioxid zu einem erheblichen Umweltproblem. Deshalb wird die Verwendung dieser Energieträger als Basis für die Rekonstruktion des Umfanges von Emissionen verwendet. Kohlendioxid absorbiert in der Atmosphäre Wärme und wird daher als ursächlich für den Treibhauseffekt angesehen, der wiederum zum Anstieg des Meeresspiegels und zu weiteren unerwünschten Wirkungen führt. In der aktuellen Diskussion über die Begrenzung der Emissionen wird von Schwellenländern in Asien und Lateinamerika oft das Argument vorgebracht, dass die Industrieländer bereits in der Vergangenheit sehr viel CO_2-Gas emittiert haben. Daher seien sie zu besonderen Anstrengungen verpflichtet, den aktuellen Wert der Kohlendioxidbelastung zu verringern. Nachfolgend sollen die tatsächlichen Emissionen in unseren sechs Ländern nachvollzogen werden.

Zu Beginn des betrachteten Zeitraums war Großbritannien klar für einen großen Teil der Emissionen verantwortlich. Das erste Land, das eine Industrielle Revolution vollzogen hatte, nutzte um 1830 in weit

▶ Tab 7 CO_2-Emissionen

	Deutschland*	Frankreich	Italien	Japan	Großbritannien	USA
	Tonnen Kohlenstoffäquivalent pro Kopf					
	x1015	x1016	x1017	x1018	x1019	x1020
1830	0,05	0,05	0,00	0,00	1,06	0,04
1840	0,08	0,09	0,00	0,00	1,04	0,09
1850	0,12	0,15	0,00	0,00	1,51	0,23
1860	0,28	0,28	0,00	0,00	1,89	0,41
1870	0,53	0,37	0,03	0,00	2,30	0,69
1880	0,78	0,54	0,05	0,02	2,64	1,07
1890	1,19	0,67	0,11	0,05	2,84	1,74
1900	1,64	0,87	0,12	0,12	3,03	2,37
1910	1,93	1,00	0,20	0,22	3,07	3,78
1920	1,92	1,05	0,13	0,36	2,99	4,40
1930	1,98	1,63	0,26	0,39	2,76	3,78
1940	2,56	0,93	0,31	0,57	2,90	3,83
1950	2,04	1,32	0,24	0,34	2,70	4,39
1960	3,05	1,62	0,60	0,68	3,04	4,28
1970	3,53	2,28	1,46	1,93	3,13	5,50
1980	3,75	2,44	1,80	2,15	2,82	5,48
1990	3,37	1,74	1,89	2,39	2,71	5,14
2000	2,65	1,65	2,05	2,59	2,53	5,35

* 1945–1989: nur Bundesrepublik, ab 1990: Deutschland

▶ Tab 8 Ausbildung

	Deutschland*	Frankreich	Italien	Japan	Großbritannien	USA
	durchschnittliche Zahl der Ausbildungsjahre					
	x1021	x1022	x1023	x1024	x1025	x1026
1870	–	4,47	1,80	–	1,47	–
1880	–	4,97	2,19	–	2,33	–
1890	–	5,53	2,57	2,25	3,37	5,18
1900	6,43	6,03	2,93	3,02	4,43	5,46
1910	6,67	6,42	3,33	4,09	5,37	5,77
1920	7,09	6,44	3,82	5,20	6,16	6,19
1930	7,80	6,40	4,22	6,21	6,90	7,16
1940	8,19	6,37	4,80	7,19	7,55	8,39
1950	8,66	6,44	5,33	8,31	8,28	9,24
1960	9,66	7,02	5,98	9,56	9,15	9,99
1970	10,79	8,10	6,94	10,30	10,10	10,93
1980	11,76	9,04	7,86	10,98	11,03	11,68
1990	12,45	9,69	8,82	11,69	12,01	12,05
2000	12,65	10,18	9,70	12,36	12,87	12,46

* 1945–1989: Bundesrepublik und DDR, ab 1990: Deutschland

größerem Umfang Kohle und andere Brennstoffe als die weiterhin landwirtschaftlich geprägten anderen fünf Länder. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts verzeichneten die USA einen drastischen Anstieg der Kohlendioxidemissionen und überholten Großbritannien im Jahrzehnt des Ersten Weltkriegs. Bis in die Gegenwart war aber keine deutliche Abnahme zu verzeichnen.

Die CO_2-Emissionen werden auch durch den Wandel der Wirtschaftsstruktur beeinflusst. Die allmähliche Umstellung der britischen Wirtschaft von der dominierenden Industrieproduktion zu wichtiger werdenden Dienstleistungen (beispielsweise in der City of London) war hier eine der treibenden Kräfte. Derselbe Faktor mag auch erklären, warum das weiterhin stärker industriell geprägte Deutschland bis in die 1980er Jahre ein fast kontinuierliches Wachstum der Emissionen aufwies, obwohl allmählich ökologische Bedenken laut wurden. Erst in den letzten beiden Jahrzehnten nahmen die Kohlendioxidemissionen insgesamt deutlich ab. Frankreich hatte eine insgesamt sehr ähnliche Entwicklung wie Deutschland, wenn auch auf niedrigerem absoluten Niveau. Italien und Japan hingegen haben erst in den 1960er und 1970er Jahren begonnen, Kohlendioxid in ähnlichen Mengen wie die anderen hier betrachteten Länder zu emittieren. ▸ Tab 7

Bildung: Zahl der Bildungsjahre

Als ein wichtiger Faktor von wirtschaftlichem Wachstum wird die Bildung angesehen. Während die Wirtschaftstheorie der 1950er und 1960er Jahre im Aufbau von Sachkapital (Maschinen, Gebäude) den Schlüssel zur wirtschaftlichen Entwicklung sah, gelten heutzutage Bildung und Forschung als wichtige Voraussetzungen für stabile wirtschaftliche Entwicklung, wobei eine hohe Qualität der Institutionen eines Landes ebenfalls eine unerlässliche Bedingung ist (ebenso wie die Abwesenheit von Krieg und Bürgerkrieg).

Ein gängiger Indikator für das 20. Jahrhundert ist die Zahl der Bildungsjahre, wenngleich kritisch angemerkt werden muss, dass diese zunächst nichts über die Qualität der Schulbildung aussagt. Weil jedoch international vergleichbare Daten zur Unterrichtsqualität nicht für die Zeit vor den 1960er Jahren verfügbar sind, hat sich für langfristige Vergleiche die Zahl der Schuljahre als wichtiger Indikator etabliert.

Insgesamt ist in den sechs Ländern seit dem späten 19. Jahrhundert ein deutlicher Trend zu mehr Bildung zu beobachten, von etwa zwei bis vier Schuljahren um 1870 bis zu etwa 10 bis 13 in den 2000er Jahren. Interessant ist jedoch, dass es selbst unter den sechs hier betrachteten Ländern eine gewisse Mobilität gab. Anfangs war die Gruppe Frankreich, Deutschland und USA führend, während Kinder in Japan, Großbritannien und Italien nur etwa halb so lange zur Schule gingen. Großbritannien und kurze Zeit danach auch Japan steigerten die Zahl der Bildungsjahre erheblich, sodass diese beiden Länder in die Spitzengruppe aufstiegen. Im Falle von Großbritannien würde man sagen, dass das Land wieder in die Spitzengruppe zurückkehrte, denn bereits vor 1800 schnitt es bei verschiedenen Bildungsindikatoren am besten ab.[10] Italien hingegen investiert im Vergleich dieser sechs Länder etwas weniger in Bildung, was insbesondere durch den ökonomisch und bildungsstrukturell weniger entwickelten Süden des Landes bedingt ist. Frankreich erlebte im frühen 20. Jahrhundert eine gewisse Schwächephase in seiner Bildungsexpansion, erst im späteren Teil des Jahrhunderts wurde die Expansion des Bildungswesens wieder forciert. ▸ Tab 8

Demokratieentwicklung

Während wir bei den meisten Indikatoren des Lebensstandards vergleichsweise stabile Aufwärtstrends beobachten, ist die Entwicklung hin zur Demokratie von deutlichen Brüchen und erheblichen Länderunterschieden gekennzeichnet. Das groß angelegte Projekt „Polity IV“ hat einen Demokratieindex geschätzt, der eine große Anzahl von Komponenten in die Betrachtung einschließt und so die Staatsform in dem jeweiligen Land bewertet. Neben den klassischen Komponenten wie dem allgemeinen, gleichen und geheimen

6,43

Jahre gingen Kinder in Deutschland 1900 zur Schule.

3,02

Jahre waren es in Japan.

Wahlrecht wird in diesem Index auch berücksichtigt, ob beispielsweise jede Bevölkerungsgruppe sich in allen Parteien engagieren darf und wie die Spitzengruppen dieser Parteien gebildet werden. Der Umfang dieses Index ist gleichzeitig die Quelle von Kritik gewesen: Wenn viele Komponenten berücksichtigt werden, kann der Leser nicht so leicht erschließen, wofür ein Wechsel von einer Zahl (zum Beispiel von 5 auf 6) genau steht. Dennoch ist der Polity-IV-Index einer der wenigen Versuche, die Entwicklung der demokratischen Qualität für eine große Zahl von Ländern über die Zeit nachzuvollziehen.

Zu Beginn unserer Betrachtungsperiode, in den 1840er Jahren, wurde das volle Spektrum von – 10 (nahezu völlige Autokratie) bis + 10 (weitgehende Demokratie) ausgeschöpft. Nach den Kriterien der Polity-IV-Autoren wiesen Japan und Deutschland kaum demokratische Merkmale auf, während die USA recht hohe Werte zeigten (und nach der Abschaffung der Sklaverei in den 1860er Jahren sogar schon den besten Wert). Im Mittelfeld waren Frankreich und Großbritannien. Für Italien stehen Werte ab den 1870er Jahren bereit, die das Land zunächst auch noch deutlich im autokratischen Lager sehen, wobei aber in den 1900er und 1910er Jahren günstigere Werte erreicht werden konnten. Ab den 1880er Jahren erreichten Frankreich und Großbritannien sehr günstige Werte, und auch für Japan, Deutschland und Italien ist eine allmähliche Verbesserung nach diesen Kriterien festzustellen (natürlich unterbrochen von der NS-Diktatur und anderen undemokratischen Regierungen der 20er und 30er Jahre). ▶ Tab 9

▶ Tab 9 **Demokratie**

	Deutschland*	Frankreich	Italien	Japan	Großbritannien	USA
	Polity-IV-Index					
	x1027	x1028	x1029	x1030	x1031	x1032
1840	–8,8	0,4	–	–10,0	3,0	9,5
1850	–8,3	–5,9	–	–9,7	3,0	8,4
1860	–6,6	–6,0	–4,0	–2,6	3,0	8,0
1870	–4,1	3,5	–4,0	1,0	3,0	9,8
1880	–4,0	7,0	–4,0	1,0	7,0	10,0
1890	1,0	7,2	–4,0	1,0	7,0	10,0
1900	1,1	8,0	–1,0	1,0	7,9	10,0
1910	2,6	8,1	–1,0	1,0	8,0	10,0
1920	6,0	9,0	–5,0	1,0	9,6	10,0
1930	–4,5	10,0	–9,0	1,0	10,0	10,0
1940	–5,8	0,5	0,8	1,0	10,0	10,0
1950	10,0	9,0	10,0	10,0	10,0	10,0
1960	10,0	5,3	10,0	10,0	10,0	10,0
1970	10,0	8,0	10,0	10,0	10,0	10,0
1980	10,0	8,4	10,0	10,0	10,0	10,0
1990	10,0	9,0	10,0	10,0	10,0	10,0
2000	10,0	9,0	10,0	10,0	10,0	10,0
2010	10,0	9,0	10,0	10,0	10,0	10,0

* 1945–1989: nur Bundesrepublik, ab 1990: Deutschland

Datengrundlage

Die Quellen zur deutschen Volkseinkommensberechnung werden bereits im speziellen Kapitel erläutert. International existieren ähnliche Quellen, wobei viel Forschungsarbeit zur Frage der Vergleichbarkeit, insbesondere der Preisniveaus, geleistet wurde. So wurden zahlreiche Preisdaten auf Basis von Preiserhebungen staatlicher Stellen gesammelt. Aber auch die Entwicklung der Produktion, die neben der Menge auch die Qualität der Güter berücksichtigen muss, basiert auf umfangreichen staatlichen und auch privaten Erhebungen. Um sinnvolle Vergleiche anstellen zu können, wurden die Nationaleinkommen für den heutigen Gebietsstand der sechs Länder berechnet.

Die speziellen Betrachtungen zur Produktivität der Industrie und zur Produktivität der Landwirtschaft sind Teilbereiche der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die auf ähnlichen Quellen fußen. Allerdings beziehen sich diese Daten in der Nachkriegszeit auf Westdeutschland allein.

Die Exporte hingegen basieren auf den staatlichen Erhebungen, die an den Landesgrenzen vor allem zum Zwecke der Zolleinnahmen mit großer Detailgenauigkeit erhoben wurden. Sie beziehen sich auf den jeweiligen Gebietsstand der Länder.

Daten zur Körpergröße wurden besonders intensiv von den Militärverwaltungen gesammelt, weil klein gewachsene Männer oft von der Militärpflicht befreit wurden. Nach den napoleonischen Kriegen führten viele Länder eine allgemeine Wehrpflicht ein, sodass die betroffenen Jahrgänge junger Männer zunächst komplett gemessen wurden. Weitere Hinweise zur Körpergrößenentwicklung ergeben sich aus Messungen von Straffälligen (allerdings müssen statistische Methoden angewendet werden, um Repräsentativität zu gewährleisten), Schulkindern und anthropologischen Spezialuntersuchungen. Lebenserwartungen wurden abgeschätzt, indem die altersspezifischen Sterbehäufigkeiten aus Zivilregistern, Kirchenbüchern und ähnlichen Quellen gesammelt und im zweiten Schritt entweder auf einen Zeitraum oder auf eine Geburtskohorte bezogen wurden.

Die Emissionen von Kohlendioxid werden durch die Erfassung der Verwendung der wichtigsten fossilen Brennstoffe geschätzt. Die Quelle dafür sind staatliche Bergbau- und Forstproduktionsstatistiken. Diese Brennstoffmengen wurden im zweiten Schritt mit speziellen Koeffizienten multipliziert, die in der neueren Umweltgeschichte über naturwissenschaftliche Modelle geschätzt wurden.

Die Statistik des Schulbesuches wird im Kapitel zur Schulentwicklung Deutschlands erläutert. Ähnliche Statistiken wurden auch in den anderen hier betrachteten Ländern geführt.

Der Index der Demokratieentwicklung basiert auf den umfangreichen Datensammlungen, die im Polity-IV-Projekt durchgeführt wurden. Dieses Projekt fußt wiederum auf einer gründlichen Analyse der Verfassungen und Gesetztestexte sowie Berichten über die Gesetzesrealitäten, in denen Faktoren wie Wahlrechtsumfang, Zugang zu politischen Parteien usw. diskutiert wurden.

Die Quellen zu Körpergrößen, Lebenserwartungen, Bildungsjahren sind näher erläutert unter www.clio-infra.eu; zu den Demokratieindizes siehe http://www.systemicpeace.org/polity/polity4.htm sowie die Arbeit von Gurr, Jaggers und Moore.[11]

Zum Weiterlesen empfohlen

Bart van Ark: International Comparisons of Output and Productivity. Manufacturing Productivity Performance of Ten Countries from 1950 to 1990, Groningen 1993.

Michael Graff / George Kenwood / Alan Lougheed: Growth of the International Economy, 1820–2015, London / New York 2014.

Angus Maddison: Dynamic Forces in Capitalist Development. A Long-Run Comparative View, Oxford 1991.

Mark Spoerer / Jochen Streb: Neue deutsche Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 2013.

Joost Veenstra: Missed Opportunities? Germany and the Transatlantic Labor-Productivity Gap. 1900–1940, Groningen 2014.

Jan Luiten van Zanden u.a. (Hrsg.): How Was Life?: Global Well-being since 1820, OECD Publishing, Paris 2014.

Anmerkungen

Einleitung

1 Johann Gustav Droysen: Die Erhebung der Geschichte zum Rang einer Wissenschaft, in: Historische Zeitschrift, 9 (1863), S. 1–22.

2 Ebd., S. 14.

3 Zum konzeptionellen Aspekt ausführlich Thomas Rahlf: Deskription und Inferenz. Methodologische Konzepte in der Statistik und Ökonometrie (= Historical Social Research Supplement 9), Köln 1998.

4 Zur Vorgeschichte jetzt Lars Behrisch: Die Berechnung der Glückseligkeit. Statistik und Politik in Deutschland und Frankreich im späten Ancien Régime (= Beihefte der Francia 78), Ostfildern 2015.

5 Wieland Sachse: Die publizierte Statistik bis um 1860, in: Wolfram Fischer/Andreas Kunz (Hrsg.): Grundlagen der Historischen Statistik von Deutschland. Quellen, Methoden, Forschungsziele (Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 65), Opladen 1991, S. 3–14.

6 In Preußen etwa die „Tabellen und amtliche Nachrichten über den Preußischen Staat“ (ab 1851 herausgegeben vom Statistischen Bureau zu Berlin), die „Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus“ (ab 1861) sowie die „Preußische Statistik“ als „Amtliches Quellenwerk“, herausgegeben in zwanglosen Heften vom Königlich Preußischen Statistischen Landesamt. In Bayern erschienen die „Beyträge zur Statistik des Königreichs Bayern“ (ab 1850), die „Zeitschrift des Königlich-Bayerischen Statistischen Bureaus“ (ab 1869) sowie ab 1894 das „Statistische Jahrbuch für das Königreich Bayern“, in Sachsen das „Jahrbuch für Statistik und Staatswirtschaft des Königreichs Sachsen“ (ab 1853) sowie die „Zeitschrift des Statistischen Bureaus“ (ab 1855).

7 Bis heute verfügen wir über keine moderne, wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Gesamtdarstellung des Programms der amtlichen Statistik. Nach wie vor unverzichtbar ist der Überblick von Gerhard Fürst: Wandlungen im Programm und in den Aufgaben der amtlichen Statistik in den letzten 100 Jahren, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972, Stuttgart/Mainz 1972, S. 13–83 sowie ders.: 100 Jahre Reichs- und Bundesstatistik. Gedanken und Erinnerungen, in: Allgemeines Statistisches Archiv, 56 (1972), S. 336–363.

8 Beispielhaft für Preußen Michael C. Schneider: Wissensproduktion im Staat. Das königlich preußische statistische Bureau 1860–1914, Frankfurt a. M. 2013. Für die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts Adam Tooze: Statistics and German State 1900-1945: The Making of Modern Economic Knowledge (= Cambridge Studies in Modern Economic History 9), Cambridge 2001.

9 Anthony Oberschall: Empirische Sozialforschung in Deutschland 1848–1914 (Alber-Reihe Kommunikation 21), Freiburg/München 1997, S. 93.

10 1873 der Verein für Socialpolitik, 1909 die Deutsche Gesellschaft für Soziologie, zwei Jahre später die Deutsche Statistische Gesellschaft, bereits 1863 die „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“ (in neuer Folge 1880), 1877 das „Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche“ (das spätere „Schmollers Jahrbuch“), 1890 das „Allgemeine Statistische Archiv“.

11 Siehe ebd.

12 Christian-Georg Schuppe: Der andere Droysen: neue Aspekte seiner Theorie der Geschichtswissenschaft (= Studien zur modernen Geschichte 51), Stuttgart 1998, S. 64ff.; Arthur Alfaix Assis: What Is History For?: Johann Gustav Droysen and the Functions of Historiography, New York u.a. 2014.

13 Gustav Schmoller: Ueber die Resultate der Bevölkerungs- und Moral-Statistik. Vortrag (= Sammlung gemeinverständlicher wissenschaftlicher Vorträge, VI/123), Berlin 1871, S. 23.

14 Ebd.

15 Die Entwicklungen dieser Jahre und der Folgezeit mit ihren Differenzierungen, erbitterten Auseinandersetzungen und Schulenbildungen sind umfassend erforscht worden. Vgl. hierzu die in Thomas Rahlf: Voraussetzungen für eine Historische Statistik von Deutschland (19./20. Jahrhundert), in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 101/3 (2014), S. 322–352 angegebene Literatur, insbes. Anm. 58, 79. Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte überblicksartig Jürgen Kocka: Historische Sozialwissenschaften zu Anfang des 21. Jahrhunderts, in: ders.: Arbeiten an der Geschichte. Gesellschaftlicher Wandel im 19. und 20. Jahrhundert (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 200), Göttingen 2011, S. 78–93; Josef Mooser: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Historische Sozialwissenschaft, Gesellschaftsgeschichte, in: Hans-Jürgen Goertz (Hrsg.): Geschichte. Ein Grundkurs, 3. Aufl., Reinbek 2007, S. 568–591; Benjamin Ziemann: Sozialgeschichte und Empirische Sozialforschung. Überlegungen zum Kontext und zum Ende einer Romanze, in: Pascal Maeder/Barbara Lüthi/Thomas Mergel (Hrsg.): Wozu noch Sozialgeschichte? Eine Disziplin im Umbruch, Göttingen 2012, S. 131–150.

16 Droysen (Anm. 1), S. 14. Droysen hatte im Übrigen Schmollers Leistung durchaus anerkannt. Vgl. Wolfgang Neugebauer: „Großforschung“ und Teleologie. Johann Gustav Droysen und die editorischen Projekte seit den 1860er Jahren, in: Stefan Rebenich/Hans-Ulrich Wiemer (Hrsg.): Johann Gustav Droysen: Philosophie und Politik – Historie und Philologie, Frankfurt a. M. 2012, S. 261–292, hier S. 283; Assis (Anm. 12), S. 92.

17 Grundlegend bereits die frühen Arbeiten des späteren Nobelpreisträgers für Wirtschaftswissenschaften, Simon Kuznets. Zum Konzept zusammenfassend insbesondere ders.: Statistical Trends and Historical Changes, in: Economic History Review, 2nd Series, 3/3 (1951), S. 263–278.

18 Maßstäbe mit einem vergleichbaren Konzept, wenngleich in ganz anderer Dimension, setzt in dieser Hinsicht die von über 80 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erstellte Historische Statistik der Vereinigten Staaten: Susan B. Carter u.a. (Hrsg.): Historical Statistics of the United States: Millennial Edition, 5 Bde., Cambridge u.a. 2006.

19 Ausführlich Rahlf (Anm. 15).

20 Walther G. Hoffmann (unter Mitarbeit von Franz Grumbach und Helmut Hesse): Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin u. a. 1965.

21 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972, Stuttgart/Mainz 1972.

22 Peter Flora: Indikatoren der Modernisierung. Ein historisches Datenhandbuch (Studien zur Sozialwissenschaft 27), Opladen 1975; Peter Flora u. a. (Hrsg.): State, Economy, and Society in Western Europe 1815–1975. A Data Handbook. Vol. I: The Growth of Mass Democracies and Welfare States; Vol. II: The Growth of Industrial Societies and Capitalist Economies, Frankfurt a. M. 1983/1987. Die Arbeiten des HIWED-Projektes wurden in dem von Peter Flora gegründeten Mannheimer Zentrum für Sozialwissenschaften (jetzt: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung) kontinuierlich fortgeführt. Das dort angesiedelte EURODATA Research Archive bemüht sich dabei systematisch um die Zusammenstellung relevanter Daten. Aus diesem Zusammenhang sind weitere statistische Datenhandbücher zur historischen Entwicklung in Deutschland und Europa hervorgegangen. Nachweise bei Rahlf (Anm. 15), S. 340.

23 Wolfram Fischer/Jochen Krengel/Jutta Wietog: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch 1. Materialien zur Statistik des Deutschen Bundes 1815–1870 (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), München 1982; Gerd Hohorst/Jürgen Kocka/Gerhard A. Ritter: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch 2. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870–1914 (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), München 1978; Dietmar Petzina/Werner Abelshauser/Anselm Faust: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch 3. Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945 (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), München 1978; Ralf Rytlewski/Manfred Opp de Hipt: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch 4. Die Bundesrepublik Deutschland in Zahlen 1945/49–1980 (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), München 1987; Ralf Rytlewski/Manfred Opp de Hipt: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch 5. Die Deutsche Demokratische Republik in Zahlen 1945/49–1980 (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), München 1987.

24 Zum Projekt Peter Lundgreen: Historische Bildungsforschung auf statistischer Grundlage. Datenhandbücher zur deutschen Bildungsgeschichte, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 9, Beiheft 7 (2006), S. 5–13. Übersicht über die in der Reihe erschienenen Bände bei der Deutschen Nationalbibliothek: http://d-nb.info/551253630.

25 Zum Projekt Andreas Kunz: Historische Statistik von Deutschland: ein Forschungsschwerpunkt der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1981–1991, in: Historical Social Research, 22/2 (1997), S. 236–249. Übersicht über die in der Reihe erschienenen Bände bei der Deutschen Nationalbibliothek: http://d-nb.info/016337417.

26 Hermann Berié: Statistische Übersichten zur Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 (Band West), Bonn 1999; André Steiner unter Mitarbeit von Matthias Judt und Thomas Reichel: Statistische Übersichten zur Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 (Band SBZ/DDR), Bonn 2006.

27 Vgl. dazu Thomas Rahlf u.a.: histat: Zeitreihen zur Historischen Statistik von Deutschland online. Aufbau, Inhalt, Aufbereitung, technische Umsetzung, GESIS Technical Reports, 2012/09.

28 Knut Borchardt: Trend, Zyklus, Strukturbrüche, Zufälle: Was bestimmt die deutsche Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts?, in: ders.: Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 50), Göttingen 1982, S. 100–124, hier 101.

29 Die Zahlen zur Bevölkerung in Kapitel 2 sind für die Zeit vor 1871 auf das spätere Reichsgebiet hochgerechnet.

30 Statistisches Bundesamt (Anm. 21).

31 Das GGDC setzt die Arbeiten von Angus Maddison: The World Economy. Historical Statistics, Paris 2003, fort.

32 Jan Luiten van Zanden u.a. (Hrsg.): How Was Life? Global Well-being since 1820, Paris 2014.

33 Im Einzelnen wurden neun Reihen doppelt aufgenommen: Innerhalb des Kapitels „Politische Partizipation“ werden in den fünf Lager-Tabellen am Ende jeweils in einer Spalte die Prozentanteile der Stimmen für die Einzelparteien, die dem jeweiligen Lager zugeordnet werden, zusammengefasst. Diese zusammenfassenden Reihen (x0374, x0388, x0398, x0403 und x0411) werden in einer ersten Überblickstabelle des Kapitels wiederholt. Im Kapitel „Arbeit, Einkommen und Lebensstandard“ werden in der zweiten Tabelle („Einkommen und Löhne“) die Reihen zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen und konstanten Preisen je Einwohner (x0576 und x0580) nochmals wiedergegeben. Im Kapitel „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ wird in der Tabelle der „Nachfragekomponenten des BIP in jeweiligen Preisen“ als erste Reihe nochmal diejenige des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen insgesamt (x0575) wiedergegeben. Im Kapitel Handel wird in der ersten Tabelle „Wertschöpfungs- und Beschäftigungsanteile des Handels“ als erste Reihe nochmal diejenige des Wertschöpfungsanteils von Handel, Verkehr und Gastgewerbe aus dem Kapitel „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ wiedergegeben (x0592). Nicht in den Datensatz aufgenommen wurden: aus dem Kapitel Migration die Reihe zu den Asylanträgen in Abb. 5 sowie aus dem Kapitel Gesundheit die in Abb. 1 wiedergegebenen Reihen zur regional differenzierten Säuglingssterblichkeit in Abb. 1. In beiden Fällen wurden die verwendeten Quellen direkt hier in der Publikation angegeben.

34 Thomas Rahlf (Hrsg.): Dokumentation zum Zeitreihendatensatz für Deutschland, 1834-2012 (= Historical Social Research Transition 26v1), Köln 2015.

Die DDR-Statistik: Probleme und Besonderheiten

1 Auf die in verschiedenen Sphären geltenden unterschiedlichen Preise für die gleichen Produkte und die daraus folgenden Probleme kann hier aus Platzgründen nicht eingegangen werden.

2 Die Umrechnung der Erwerbstätigen aus der DDR-Statistik auf die Wirtschaftszweigsystematik der Bundesstatistik hinterlässt beispielsweise offene Fragen (vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Erwerbstätige 1950 bis 1989 (Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 14), Wiesbaden 1994). Laut Auskunft des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg wurden die Beschäftigten in staatlichen Einrichtungen des Gesundheits- und Veterinärwesens, was entsprechend den Eigentumsstrukturen in der DDR die große Mehrheit in diesem Sektor darstellte, den Gebietskörperschaften und damit dem Staat zugerechnet. Nach dieser Logik hätte das auch bei großen Teilen anderer Sektoren geschehen müssen. Zudem erschwert dies Aussagen darüber, was unter dem steigenden Staatsanteil an den Erwerbstätigen konkret zu verstehen ist, da das Statistische Bundesamt nicht im Einzelnen ausgewiesen hat, was darunter subsumiert wurde.

3 Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, Frankfurt a. M. 1999.

4 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 33: Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts 1970 bis 1989. Ergebnis eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Forschungsvorhabens, Wiesbaden 2000.

5 Vgl. Wilma Merkel/Stefanie Wahl: Das geplünderte Deutschland. Die wirtschaftliche Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands von 1949 bis 1989, Bonn 1991.

6 Vgl. Albrecht Ritschl/Mark Spoerer: Das Bruttosozialprodukt in Deutschland nach den amtlichen Volkseinkommens- und Sozialproduktsstatistiken 1901–1995, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1997/2, S. 27–54.

7 Jaap Sleifer: Planning Ahead and Falling Behind. The East German Economy in Comparison with West Germany 1936-2002, Berlin 2006.

8 Gerhard Heske: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung DDR 1950–1989. Daten, Methoden, Vergleiche (HSR-Supplement No. 21), Köln 2009.

01 Umwelt, Klima und Natur

1 Uwe Lübken: Undisziplinniert: Ein Forschungsbericht zur Umweltgeschichte, in: H-Soz-u-Kult 14.7.2010, http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2010-07-001.pdf, S. 21 (17.1.2014).

2 Wolfgang Behringer: Kulturgeschichte des Klimas. Von der Eiszeit bis zur globalen Erwärmung, München 2007, S. 1.

3 Vgl. dazu auch Christian Pfister: Wetternachhersage. 500 Jahre Klimavariationen und Naturkatastrophen (1496–1995), Bern 1999 sowie die laufenden Forschungen des seit 2006 bestehenden Past Global Changes-Projektes (PAGES), die über ein weltweites Netzwerk von Klimaforschern die regionalen Klimaveränderungen der vergangenen 2 000 Jahre zu rekonstruieren versuchen. „A Regional View of Global Climate Change", in: Global Change, 81, October 2013, S. 18–23.

4 Vgl. Frank Uekötter: Umweltgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert (= Enzyklopädie deutscher Geschichte 81), München 2007 sowie dazu die Rezension von Jürgen Büschenfeld in: H-Soz-u-Kult, 1.4.2008, http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2008-2-002 (17.1.2014).

5 Daneben sind noch die Klimastationen in Potsdam, die 1893 begannen, sowie auf der Zugspitze mit Beobachtungsbeginn im Jahr 1900 wichtig und interessant. Vgl. dazu www.dwd.de/bvbw/appmanager/bvbw/dwdwwwDesktop?_nfpb=true&_pageLabel=_dwdwww_klima_umwelt_ueberwachung_deutschland&T15803238371146814753698gsbDocumentPath=Navigation%2FOeffentlichkeit%2FKlima__Umwelt%2FKlimaueberwachung%2FDeutschland%2Flangereihen__trends%2Fhome__rcs__stationen__node.html%3F__nnn%3Dtrue sowie auch Zahlen und Fakten zum Klimawandel in Deutschland, Klima-Pressekonferenz des Deutschen Wetterdienstes am 7.5.2013 in Berlin, 35 Seiten, als pdf unter: www.dwd.de/bvbw/generator/DWDWWW/Content/Presse/Pressekonferenzen/2013/PK__07__05__13/ZundF__zur__PK,templateld=raw,property=publicationFile.pdf/ZundF_zur_PK.pdf (17.1.2014).

6 Im Vergleich zu der globalen Jahresmitteltemperatur stieg damit in Deutschland die Temperatur seit 1881 etwas stärker an.

7 Vgl. dazu die Historische Phänologische Datenbank (HPDB) des Deutschen Wetterdienstes sowie zu langen Zeitreihen für Baden-Württemberg die 120-seitige Dokumentation der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg vom Oktober 2011, S. 90ff., in: www.fachdokumente.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/101480/U96-U51-N10.pdf?command=downloadContent&filename=U96-U51-N10.pdf (17.1.2014).

8 Uwe Rammert/Maike Cassens: Pflanzenphänologie zeigt den Verlauf des Klimawandels in Schleswig-Holstein, S. 19, in: www.umweltdaten.landsh.de/nuis/upool/gesamt/jahrbe07/Pflanzenphaenologie.pdf (17.1.2014).

9 Vgl. dazu auch Knut Kaiser u.a. (Hrsg.):, Historische Perspektiven auf Wasserhaushalt und Wassernutzung in Mitteleuropa, Münster 2012.

10 Vgl. dazu näher David Blackbourne: Die Eroberung der Natur. Eine Geschichte der deutschen Landschaft, München 2007, S. 104ff. und auch S. 260f.

11 Vgl. dazu Jürgen Jensen/Christoph Mudersbach: Zeitliche Änderungen in den Wasserstandszeitreihen an den Deutschen Küsten, in: Berichte zur Deutschen Landeskunde, 81 (2007), S. 1–15, als www.bau.uni-siegen.de/fwu/wb/forschung/publikationen/kliku_wasserst%C3%A4nde.pdf (17.1.2014).

12 Vgl. dazu die Datenerhebungen der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe sowie hier vor allem Günter Leydecker: Erdbebenkatalog für Deutschland mit Randgebieten für die Jahre 800 bis 2008, Hannover 2011.

13 Der auf Forschungsarbeiten des US-amerikanischen Historikers Alfred W. Crosby zurückgehende Ausdruck *Columbian Exchange* (englisch für Kolumbianischer Austausch) wird seit den 1970er Jahren verwendet, um die enorme Verbreitung und Wechselwirkung von für die jeweiligen Kontinente zunächst neuartigen landwirtschaftlichen Waren und Produkten aus Flora und Fauna zwischen der östlichen und westlichen Hemisphäre zu bezeichnen.

14 Vgl. dazu den Indikatorenbericht 2010 zur Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt, hrgg. vom Bundesministerium für Umwelt, Natur-

schutz und Reaktorsicherheit (BMU), Berlin 2011, unter: www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/themen/monitoring/Indikatorenbericht-2010_NBS_Web.pdf. sowie Statistisches Bundesamt, Test des OECD-Indikatorensets Green Growth in Deutschland, Berlin 2012, unter: www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Umweltoekonomische Gesamtrechnungen/Umweltindikatoren/Indikatorensets-OECD5850015129004.pdf;jsessionid=FC7A495C3661FF00D96BE92BCDBDD3B8.cae1?__blob=publicationFile (17.1.2014).

15 Hierbei ist vor allem der Hohenheimer Jahresringkalender zu nennen, der ein einzigartiges Klimaarchiv mit durchgehenden Informationen für die letzten 12 500 Jahre liefern kann: https://botanik.uni-hohenheim.de/archaeo-palaeo_dendrochronologie (17.1.2014).

16 Für einen Bericht zu Tambora siehe Franck Borel/Heike Steller: Tambora – die Entstehung einer virtuellen Forschungsumgebung, in: B.I.T.online, 15 (2012), 5, S. 423–430, www.tambora.org. Zur Nutzung der Daten für die historische Klimatologie siehe u.a. Rüdiger Glaser/Dirk Riemann: A Thousand-Year Record of Temperature Variations for Germany and Central Europe Based on Documentary Data, in: Journal of Quaternary Science, 24 (2009), S. 437–449.

17 Siehe die vom WSV betriebene Datenbank PEGEL-ONLINE www.pegelonline.wsv.de/gast/start (17.1.2014).

18 Vgl. Datengrundlagen zur Einordnung und Bewertung hydrologischer Extreme: http://undine.bafg.de.

02 Bevölkerung, Haushalte und Familien

1 John Komlos: Ein Überblick über die Konzeptionen der Industriellen Revolution, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 84 (1997), S. 461–511.

2 Arthur E. Imhof: Einführung in die Historische Demographie, München 1977, S. 48; David Weir: Life Under Pressure: France and England, 1670–1870, in: Journal of Economic History, 44 (1984), S. 27–47.

3 Ulf Christian Ewert: Die „Kleinen Leute“ in Sachsens Frühindustrialisierung: Zum sinkenden Lebensstandard einer wachsenden Bevölkerung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte, 25 (2007), S. 45–70.

4 Siehe das Themenheft „Bevölkerung und Industrialisierung: Zur Frage des demographischen Übergangs“ der Beiträge zur Historischen Sozialkunde, 30 (2000), 3, hrgg. von Thomas Sokoll. Simon Szreter: The Idea of Demographic Transition and the Study of Fertility: A Critical Intellectual History, in: Population and Development Review, 19 (1993), 4, S. 659–701.

5 Von fundamentaler Bedeutung für die deutsche Bevölkerungsgeschichte sind die Ergebnisse des Prussia Project der University of California at Berkeley. Siehe u.a. Patrick R. Galloway/Eugene A. Hammel/Ronald D. Lee: Fertility Decline in Prussia 1875 to 1910: A Pooled Cross-Section Time Series Analysis, in: Population Studies, 48 (1994), 1, S. 135–158.

6 Michael Mitterauer/Reinhard Sieder: Vom Patriarchat zur Partnerschaft: Zum Strukturwandel der Familie, München 1977. Franz Rothenbacher: Historische Haushalts- und Familienstatistik von Deutschland 1815 bis 1990, Frankfurt a. M./New York 1997.

7 John Hajnal: European Marriage Patterns in Perspective, in: David Victor Glass/David Edward Charles Eversley (Hrsg.): Population in History: Essays in Historical Demography, London 1965, S. 101–143. John Hajnal: Two Kinds of Pre-Industrial Household Formation System, in: Population and Development Review, 8 (1982), S. 449–494.

8 Klaus-Jürgen Matz: Pauperismus und Bevölkerung: Die gesetzlichen Ehebeschränkungen in den süddeutschen Staaten während des 19. Jahrhunderts, (Industrielle Welt, Bd. 31), Stuttgart 1980. Josef Ehmer: Heiratsverhalten, Sozialstruktur, ökonomischer Wandel: England und Mitteleuropa in der Formationsperiode des Kapitalismus, (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 92), Göttingen 1991.

9 Karin Gröwer: „Wilde Ehen“ in den hansestädtischen Unterschichten: 1814–1871, in: Archiv für Sozialgeschichte, 38 (1998), S. 1–22.

10 Mitterauer/Siedler (Anm. 6); Andreas Gestrich/Jens-Uwe Krause/Michael Mitterauer: Geschichte der Familie, Stuttgart 2003; Franz Rothenbacher: Historische Haushalts- und Familienstatistik (Anm. 6); Franz Rothenbacher: The European Population 1850–1945, Basingstoke/New York 2002; Franz Rothenbacher: The European Population Since 1945, Basingstoke/New York 2005.

11 Jürgen Reulecke: Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt a. M. 1997.

12 Walt Whitman Rostow: The Great Population Spike and After: Reflections on the 21st Century, New York/Oxford 1998.

13 Kaiserliches Statistisches Amt (Hrsg.): Stand und Bewegung der Bevölkerung des Deutschen Reichs und fremder Staaten in den Jahren 1841 bis 1886. Statistik des Deutschen Reichs, Neue Folge Bd. 44, Berlin 1892.

14 Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972, Stuttgart/Mainz 1972; Peter Flora/Franz Kraus/Winfried Pfenning: State, Economy, and Society in Western Europe. A Data Handbook in Two Volumes. Vol. II: The Growth of Industrial Societies and Capitalist Economies, Frankfurt a. M./London/Chicago 1987; Antje Kraus (Bearb.): Quellen zur Bevölkerungsstatistik Deutschlands 1815–1875. Quellen zur Bevölkerungs-, Sozial und Wirtschaftsstatistik Deutschlands 1815–1875, hrsg. von Wolfgang Köllmann, Bd. 1. (Forschungen zur deutschen Sozialgeschichte, Bd. 2/I), Boppard am Rhein 1980.

15 Rolf Gehrmann: Bevölkerungsgeschichte Norddeutschlands zwischen Aufklärung und Vormärz, Berlin 2000; Rolf Gehrmann: Die historisch-demographische Quellenlage zu Deutschland 1803–1871. Länderberichte, unveröffentlichtes Manuskript des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung, Rostock 2010.

16 Pierre Depoid: Reproduction nette en Europe depuis l‘origine des statistiques de l‘Etat civil (=Etat français, Statistique générale de la France: Etudes démographiques 1; Paris: Impr. nationale, 1941), S. 9–41 (hier: S. 39); Ernst Engel: Die Sterblichkeit und die Lebenserwartung im preußischen Staate und besonders in Berlin, in: Zeitschrift des königlich Preußischen Statistischen Bureaus 1–2, 1861–1862, S. 321–353; 50–69, 192–243; A. von Fircks: Rückblick auf die Bewegung der Bevölkerung im preußischen Staate während des Zeitraumes vom Jahre 1816 bis zum Jahre 1874, Berlin 1879.

03 Migration

1 Überlegungen zur Definition des Gegenstandes und zu seinen Erscheinungsformen: Jochen Oltmer: Globale Migration. Geschichte und Gegenwart, München 2012, S. 14–32. Die Anmerkungen beschränken sich im Folgenden auf ein Minimum.

2 Dazu ausführlich: Jochen Oltmer: Migration im 19. und 20. Jahrhundert (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 86), 2. Aufl., München 2013.

3 Friedrich Burgdörfer: Die Wanderungen über die deutschen Reichsgrenzen im letzten Jahrhundert, in: Allgemeines Statistisches Archiv, 20 (1930), S. 161–196, 383–419, 537–551.

4 Überblick: Klaus J. Bade: Die deutsche überseeische Massenauswanderung im 19. und frühen 20. Jahrhundert: Bestimmungsfaktoren und Entwicklungsbedingungen, in: ders. (Hrsg.): Auswanderer – Wanderarbeiter – Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhundert, 2. Aufl., Ostfildern 1985, S. 259–299; Walter D. Kamphoefner: Westfalen in der Neuen Welt. Eine Sozialgeschichte der Auswanderung im 19. Jahrhundert, Göttingen 2006.

5 Hartmut Bickelmann: Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit, Wiesbaden 1980.

6 Alexander Freund: Aufbrüche nach dem Zusammenbruch. Die deutsche Nordamerika-Auswanderung nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 2004; Jan Philipp Sternberg: Auswanderungsland Bundesrepublik. Politische und mediale Wahrnehmung in Deutschland 1945–2010, Paderborn 2012.

7 Karen Schniedewind: Begrenzter Aufenthalt im Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Bremer Rückwanderer aus Amerika 1850–1914, Bremen 1991.

8 Hierzu siehe die Beiträge in: Jochen Oltmer/Axel Kreienbrink/Carlos Sanz Díaz (Hrsg.): Das „Gastarbeiter"-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, München 2012.

9 Klaus J. Bade: „Preußengänger" und „Abwehrpolitik": Ausländerbeschäftigung, Ausländerpolitik und Ausländerkontrolle auf dem Arbeitsmarkt in Preußen vor dem Ersten Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte, 24 (1984), S. 91–162.

10 Jochen Oltmer: Migration und Politik in der Weimarer Republik, Göttingen 2005, S. 398–419.

11 Überblick: Klaus J. Bade/Jochen Oltmer: Normalfall Migration, Bonn 2003, S. 98–105.

12 Hierzu und zum Folgenden: Helge Heidemeyer: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949–1961, Düsseldorf 1994; Volker Ackermann: Der „echte" Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961, Osnabrück 1995; Andrea Schmelz: Migration und Politik im geteilten Deutschland während des Kalten Krieges. Die West-Ost-Migration in die DDR in den 1950er und 1960er Jahren, Opladen 2002; Damian van Melis/Henrik Bispinck (Hrsg.): „Republikflucht". Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961, München 2006.

13 Patrice G. Poutrus: Zuflucht im Nachkriegsdeutschland. Politik und Praxis der Flüchtlingsaufnahme in Bundesrepublik und DDR von den späten 1940er bis zu den 1970er Jahren, in: Ute Frevert/Jochen Oltmer (Hrsg.): Europäische Migrationsregime. Themenheft der Zeitschrift „Geschichte und Gesellschaft", 35 (2009), 1, S. 135–175.

14 Ursula Münch: Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl., Opladen 1993; Bade/Oltmer, Normalfall Migration (Anm. 11), S. 106–117.

15 Hierzu und zum Folgenden: Klaus J. Bade/Jochen Oltmer: Einführung: Aussiedlerzuwanderung und Aussiedlerintegration. Historische Entwicklung und aktuelle Probleme, in: dies. (Hrsg.): Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa, 2. Aufl., Göttingen 2003, S. 9–51; Jannis Panagiotidis: Staat, Zivilgesellschaft und Aussiedlermigration 1950–1989, in: Jochen Oltmer (Hrsg.): Handbuch Staat und Migration vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2015.

04 Bildung und Wissenschaft

1 Hans Georg Herrlitz u.a.: Deutsche Schulgeschichte von 1800 bis zur Gegenwart, 4. Aufl., Weinheim/München 2005, S. 50, 106.

2 Ebd., S. 91.

3 Bernd Zymek: Der Strukturwandel des Höheren Mädchenschulwesens in Preußen 1908–1941, in: Zeitschrift für Pädagogik, 34 (1988), S. 191–203, hier S. 196.

4 Herrlitz u.a. (Anm. 1), S. 123.

5 Ebd., S. 209.

6 Hartmut Titze: Der Akademikerzyklus, Göttingen 1990, S. 284.

7 Kai Maaz: Soziale Herkunft und Hochschulzugang. Effekte institutioneller Öffnung im Bildungssystem, Wiesbaden 2006, S. 35.

8 OECD – Organisation for Economic Cooperation and Development (Hrsg.): Bildung auf einen Blick, Paris 2003.

9 Vgl. Titze (Anm. 6).

10 Vgl. Volker Müller-Benedict: Akademikerprognosen und die Dynamik des Hochschulsystems. Eine statistisch-historische Untersuchung, Frankfurt a. M. 1991.

05 Gesundheitswesen

1 Alfons Labisch/Norbert Paul: Gesundheitswesen, in: Wilhelm Korff u. a. (Hrsg.): Lexikon der Bioethik, Bd. 2, Gütersloh 1998, S. 123. Eine Begrenzung auf das Öffentliche Gesundheitswesen findet im Folgenden nicht statt.

2 Jens Alber: Das Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung, Struktur und Funktionsweise, Frankfurt a. M./New York 1992, S. 14; vgl. auch Karl W. Lauterbach u. a. (Hrsg.): Gesundheitsökonomie. Lehrbuch für Mediziner und andere Gesundheitsberufe, Bern 2006, bes. S. 71–98.

3 Vgl. als Beispiel für viele das Gesundheitskonzept der WHO, www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0006/129534/Ottawa_Charter_G.pdf (6.1.2014).

4 Vgl. den instruktiven, knappen Überblick bei Labisch/Paul, Gesundheitswesen (Anm. 1), S. 123–127.

5 Nicht in das Kapitel einbezogen ist allerdings die Finanzierungsseite, besonders die Gesetzliche Krankenversicherung, die meist im Zentrum derartiger Betrachtungen steht. Die Sozialversicherung ist Gegenstand in Kapitel 6, Sozialpolitik.

6 Berechnet nach Walther G. Hoffmann: Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin u.a. 1965, S. 672 u. 828.

7 Berechnet nach Lauterbach u. a. (Hrsg.), Gesundheitsökonomie (Anm. 2), S. 16; Statistisches Bundesamt u. a. (Hrsg.): Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2013, S. 244;

Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. (…) Lange Reihen ab 1925, Internetausgabe,

8 Vgl. Arthur E. Imhof: Die gewonnenen Jahre. Von der Zunahme unserer Lebensspanne seit dreihundert Jahren oder der Notwendigkeit einer neuen Einstellung zu Leben und Sterben. Ein historischer Essay, München 1981.

9 Vgl. zu den Berechnungsmethoden und zu neuen Ergebnissen inkl. Korrekturen die informative Website von Marc Luy, Österreichische Akademie der Wissenschaften, www.lebenserwartung.info/index.htm.

10 Vgl. auch www.lebenserwartung.info/index-Dateien/geschdiff.htm (11.4.2014).

11 Vgl. besonders Marc Luy: Warum Frauen länger leben. Erkenntnisse aus einem Vergleich von Kloster- und Allgemeinbevölkerung, Wiesbaden 2002 (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, H. 106), S. 117–122; Theodor Klotz u. a.: Männergesundheit und Lebenserwartung: Der frühe Tod des starken Geschlechts, in: Deutsches Ärzteblatt, 95 (1998), 9.

12 Vgl. Arthur E. Imhof (Hrsg.): Lebenserwartungen in Deutschland, Norwegen und Schweden im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1994, S. 427f.

13 Vgl. Edward Shorter: A History of Women's Bodies, New York 1982.

14 Quellen zum Schaubild „Säuglingssterblichkeit in Bayern, Preußen u. Deutschland 1834–2010" sind: Für Deutschland von 1834–1914 Rolf Gehrmann: Säuglingssterblichkeit in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 36 (2011), 4, S. 81; von 1915–1939 Franz Rothenbacher: The Societies of Europe. The European Population 1850–1945, Houndsmill 2002, S. 288–291, für 1946–2010 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 1.1, Natürliche Bevölkerungsbewegung, Wiesbaden 2012, S. 29–31. Für Bayern ist die Quelle Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Bayern im Lichte seiner hundertjährigen Statistik, München 1933, S. 56f. (Beiträge zur Statistik Bayerns, H. 122). Für Preußen stammen die Daten für 1834–1911 aus Preußische Statistik: Bd. 233, Berlin 1912, S. 405–421, dabei wurden für 1867–1874 Lebendgeborene berechnet aus Preußische Statistik: Bd. 48a, Berlin 1878, S. 90 u. 33 T. XX. Gestorbene Säuglinge interpoliert mit Hilfe der Wachstumsraten aus Ebd., S. 90. Die Jahre 1911–1913 nach Preußische Statistik: Bde. 233, 238 u. 245, jew. S. 4 u. 110. Für 1914 bis 1938 stammen die Daten aus Statistik des Deutschen Reiches:
1914–1919: Bd. 276: Bewegung der Bevölkerung, Berlin 1922;
1920–1923: Bd. 316: Bewegung der Bevölkerung, Berlin 1926;
1924–1927: Bd. 360: Bewegung der Bevölkerung, Berlin 1930;
1928–1930: Bd. 423: Bewegung der Bevölkerung, Berlin 1938;
1932–1934: Bd. 495: Bewegung der Bevölkerung, Berlin 1938;
1935–1937: Bd. 517: Bewegung der Bevölkerung, Berlin 1938;
1938: Bd. 587: Bewegung der Bevölkerung, Berlin 1942.

15 Vgl. Monika Sieverding: Risikoverhalten und präventives Verhalten im Geschlechtervergleich: Ein Überblick, in: Zeitschrift für Medizinische Psychologie, 1 (2000), S. 7–16; Petra Kolip/Klaus Hurrelmann: Geschlecht – Gesundheit – Krankheit: Eine Einführung, in: dies. (Hrsg.): Geschlecht, Gesundheit und Krankheit. Männer und Frauen im Vergleich, Bern 2002, bes. S. 18f.

16 Vgl. Josef Ehmer: Bevölkerungsgeschichte und Historische Demographie 1800–2000, München 2004 (Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 71), S. 35f.

17 Vgl. Reinhard Spree: „Volksgesundheit" und Lebensbedingungen in Deutschland während des frühen 19. Jahrhunderts, in: Werner Friedrich Kümmel (Hrsg.): Jahrbuch des Instituts für Geschichte der Medizin der Robert Bosch Stiftung, 7 (1988), Stuttgart 1990, S. 75–113; Rolf Gehrmann: Bevölkerungsgeschichte Norddeutschlands zwischen Aufklärung und Vormärz, Berlin 2000.

18 Vgl. Reinhard Spree: Zu den Veränderungen der Volksgesundheit zwischen 1870 und 1913 und ihren Determinanten in Deutschland (vor allem in Preußen), in: Werner Conze/Ulrich Engelhardt (Hrsg.): Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1981, S. 235–292; ders.: Veränderungen des Todesursachen-Panoramas und sozio-ökonomischer Wandel – Eine Fallstudie zum „Epidemiologischen Übergang", in: Gérard Gäfgen (Hrsg.): Ökonomie des Gesundheitswesens, Berlin 1986, S. 73–100; ders.: Der Rückzug des Todes. Der Epidemiologische Übergang in Deutschland während des 19. und 20. Jahrhunderts, Konstanz 1992 (Konstanzer Universitätsreden, 186); B. Junge: Prävention: Länger leben und „gesünder sterben". Zur Epidemiologie der Volkskrankheiten – Die Entwicklung in den letzten 100 Jahren, in: Rheinisches Ärzteblatt, 19/1987, 10.10.1987, S. 851–872.

19 Vgl. Spree, Veränderungen der Volksgesundheit (Anm. 18), S. 290f.

20 Vgl. Reiner Hans Dinkel: Die Sterblichkeitsunterschiede zwischen dem östlichen und westlichen Teil Deutschlands seit der Wende. Die Lehren aus einigen überraschenden Entwicklungen, in: Leibniz-Sozietät: Sitzungsberichte, 62 (2003), 6, S. 85ff.; Statistisches Bundesamt u. a. (Hrsg.): Datenreport 2011, S. 313f.

21 Vgl. dazu besonders Imhof (Hrsg.), Lebenserwartungen (Anm. 12), S. 64; instruktive Grafiken auf S. 65 und 67.

22 Vgl. Claudia Huerkamp: The History of Smallpox Vaccination in Germany. A First Step in the Medicalization of the General Public, in: Journal of Contemporary History, 20 (1985), S. 623f.; vgl. auch Ehmer (Anm. 16), S. 39 u. 88f. sowie die Wirkungsabschätzungen bei A. J. Mercer: Smallpox and Epidemiological-Demographic Change in Europe: The Role of Vaccination, in: Population Studies, 39 (1985), 2, S. 303 u. 306ff.

23 Vgl. dazu ausführlich Jörg Baten/Andrea Wagner: Mangelernährung, Krankheit und Sterblichkeit im NS-Wirtschaftsaufschwung (1933–1937), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte/Economic History Yearbook, 2003/1, S. 99–123.

24 Esther Fischer-Homberger: Geschichte der Medizin, 2. Aufl., Berlin u.a. 1977, S. 144.

25 Vgl. zum Forschungsstand Ehmer (Anm. 16), S. 39, 86f., 91; Michael Walter Flinn: The European Demographic System 1500–1820, Brighton 1981, S. 97–101; Robert Fogel: The Escape from Hunger and Premature Death, 1700–2100. Europe, America, and the Third World, Cambridge usw. 2004, S. 20–42, bes. S. 33f.

26 Überarbeitete Version meines Aufsatzes „Historische Statistik des Gesundheitswesens", in: Nils Diederich u. a.: Historische Statistik in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1990 (Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Forum der Bundesstatistik, Bd. 15), S. 107–126.

27 Die Gründungsdaten einiger Statistischer Ämter (Doppeldatierung bedeutet: Nach einer ersten Gründung oder auch nur Absichtserklärung erfolgte eine Auflösung oder auch keinerlei Verwaltungshandeln; das zweite Datum bezeichnet dann den Beginn einer langfristigen Kontinuität): Baden 1852/1856; Bayern 1815/1833; Hessen 1845; Preußen 1805/1816; Sachsen 1831/1850; Württemberg 1817/1820.

28 Vgl. z. B. Statistisches Bundesamt u. a. (Hrsg.): Datenreport 2013 (Anm. 7), S. 227–248; dort ein informativer Überblick über die aktuelle Gesundheitssituation der deutschen Bevölkerung mit vielen einschlägigen Indikatoren. Doch reichen die wenigen Rückblicke höchstens bis zur Wiedervereinigung (1991 oder 1992) zurück.

29 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972. Hrsg. anlässlich des 100-jährigen Bestehens der zentralen amtlichen Statistik, Stuttgart/Mainz 1972, S. 117–125. Ergänzende Sterblichkeitsdaten auch im Teil über die Bevölkerungsbewegung, S. 109–113. Fortschreibungen finden sich in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 12, Gesundheitswesen, Reihe 1: Ausgewählte Zahlen für das Gesundheitswesen, Stuttgart/Mainz 1974ff.

30 Bd. 1 erschien 1963, der letzte, Bd. 5, 1974; jew. Stuttgart/Mainz.

31 Die Online-Datenbank der Gesundheitsberichterstattung des Bundes (GBE) führt Gesundheitsdaten und Gesundheitsinformationen aus über 100 verschiedenen Quellen an zentraler Stelle zusammen, darunter viele Erhebungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, aber auch Erhebungen zahlreicher weiterer Institutionen aus dem Gesundheitsbereich.

32 Vgl. Friedrich Oesterlen: Handbuch der medicinischen Statistik, 1. Aufl., Tübingen 1865, 2. Aufl., Tübingen 1874.

33 Vgl. Friedrich Prinzing: Handbuch der medizinischen Statistik, 2. Aufl., Jena 1931.

34 Vgl. auch als teilweise einschlägig Karl Kißkalt: Einführung in die Medizinalstatistik, Leipzig 1919; Georg von Mayr: Statistik und Gesellschaftslehre, Bd. 2: Bevölkerungsstatistik, 2. Aufl., Tübingen 1926; Harald Westergaard: Die Lehre von der Mortalität und Mobilität, 2. Aufl., Jena 1901.

35 Vgl. z. B. für Preußen: Ernst Engel: Die Sterblichkeit und die Lebenserwartung im preußischen Staate und besonders in Berlin, in: Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus, 1, Berlin 1861 u. 2, Berlin 1862; Max Broesike: Rückblick auf die Entwicklung der preußischen Bevölkerung von 1875 bis 1900, Berlin 1904 (Preußische Statistik, Bd. 188); Artur Freiherr von Fircks: Rückblick auf die Bewegung der Bevölkerung im Preußischen Staate (…) Vom Jahre 1816 bis zum Jahre 1874, Berlin 1879 (Preußische Statistik, Bd. 48 A); für Bayern: Statistisches Landesamt Bayern (Hrsg.): Bayerns Entwicklung nach den Ergebnissen der amtlichen Statistik seit 1840, München 1915; Philipp Schwartz: Bayern im Lichte seiner hundertjährigen Statistik, München 1933 (Beiträge zur Statistik Bayerns, Bd. 122); für Württemberg: Hermann Losch: Die Bewegung der Bevölkerung Württembergs im 19. Jahrhundert und im Jahre 1899, in: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde (1900), S.55–165.

36 Vgl. z. B. Gestorbenenziffer 1851/60–1933, in: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 27 (ab 1886 Jahreswerte).

06 Sozialpolitik

1 Franz-Xaver Kaufmann: Der Begriff Sozialpolitik und seine wissenschaftliche Deutung, in: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung/Bundesarchiv (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 1: Grundlagen der Sozialpolitik, Baden–Baden 2001, S. 18f.

2 Michael Stolleis: Geschichte des Sozialrechts in Deutschland, Stuttgart 2003, S. 54–61.

3 Stolleis (Anm. 2) S. 78f.; Johannes Frerich/Martin Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 1: Von der vorindustriellen Zeit bis zum Ende des Dritten Reichs, München 1993, S. 97f., 113.

4 Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reichs 1916, S. 372.

5 Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reichs 1940, S. 474.

6 Detlev Zöllner: Sozialpolitik, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2: Wirtschaft, Frankfurt a. M. 1989, S. 380f.; Stolleis (Anm. 2), S. 287.

7 Stolleis (Anm. 2), S. 81f.

8 Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich 1915, S. 376–379.

9 Frerich/Frey, Bd. 1 (Anm. 3), S. 295; Stolleis (Anm. 2), S. 157, 200.

10 Zöllner (Anm. 6), S. 380f.; Johannes Frerich/Martin Frey, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 3: Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland bis zur Herstellung der Deutschen Einheit, München 1993, S. 64, 283.

11 Gerd Hardach: Der Generationenvertrag. Lebenslauf und Lebenseinkommen in Deutschland in zwei Jahrhunderten, Berlin 2006, S. 167–173.

12 Hardach (Anm. 11), S. 230–233; Frerich/Frey, Bd. 1 (Anm. 3), S. 213, 300–303.

13 Frerich/Frey, Bd. 3 (Anm. 10), S. 6f.

14 Frerich/Frey, Bd. 3 (Anm. 10), S. 49–57. Zöllner (Anm. 6), S. 376f.

15 Boris Krause: Demografischer Wandel und verbandliche Interessenvermittlung. „Rente mit 67“ und „Wet VLP“ im Vergleich, Münster 2012, S. 175–178; Mehr Ü–60-Erwerbstätige als Ruheständler, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. August 2013.

16 Mark Spoerer/Jochen Streb: Neue deutsche Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 2013, S. 273f.

17 Marcel Boldorf: Sozialfürsorge in der SBZ/DDR. Ursachen, Ausmaß und Bewältigung der Nachkriegsarmut, Stuttgart 1998, S. 33; Matthias Willing: Fürsorge/Sozialhilfe (Westzonen), in: Geschichte der Sozialpolitik seit 1945, Bd. 2/1, S. 601.

18 Beatrix Bouvier: Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker, Bonn 2002, S. 210; Gerhard A. Ritter: Thesen zur Sozialpolitik der DDR; in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hrsg.): Sozialstaatlichkeit in der DDR. Sozialpolitische Entwicklungen im Spannungsfeld von Diktatur und Gesellschaft 1945/49–1989, München 2005, S. 11–29.

19 Boldorf (Anm. 17), S. 46–57; Johannes Frerich/Martin Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, München 1993, S. 172–175.

07 Öffentliche Finanzen

1 Vgl. Mark Spoerer: Taxes on Production and on Imports in Germany, 1901–13, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1 (1998), S. 161–179, hier S. 166.

2 Vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972, Stuttgart u.a. 1972.

3 Vgl. Spoerer (Anm. 1), S. 166.

4 Vgl. Statistisches Reichsamt: Die deutsche Finanzwirtschaft vor und nach dem Kriege nach den Hauptergebnissen der Reichsfinanzstatistik, Berlin 1930a, S. 57; ferner dass.: Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich für die Rechnungsjahre 1913/14, 1925/26 und 1926/27, Berlin 1930b, S. 14*f.

08 Politische Partizipation

1 Ich bedanke mich bei Torben Schütz für die hilfreiche Unterstützung bei der Zusammenstellung und Auswertung der Daten.

2 Vgl. für eine Übersicht Manfred G. Schmidt: Demokratietheorien. Eine Einführung, Wiesbaden 2010.

3 Rainer-Olaf Schultze: Partizipation, in: Dieter Nohlen/Florian Grotz (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik, München 2011.

4 Schultze (Anm. 3), Partizipation, S. 438.

5 David Easton: A Systems Analysis of Political Life, New York 1965.

6 Vgl. hierzu Robert Putnam: Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community, New York 2000; Oscar W. Gabriel/Volker Kunz: Soziale Integration und politische Partizipation. Das Konzept des Sozialkapitals – Ein brauchbarer Ansatz zur Erklärung politischer Partizipation?, in: Ulrich Druwe/Steffen Kühnel/Volker Kunz (Hrsg.): Kontext, Akteur und strategische Interaktion. Untersuchungen zur Organisation politischen Handelns in modernen Gesellschaften, Opladen 2000; Markus Freitag/Marc Bühlmann: Politische Institutionen und die Entwicklung generalisierten Vertrauens, in: Politische Vierteljahresschrift, 46 (2005), 4, S. 575–601.

7 Anthony Downs: An Economic Theory of Democracy, New York 1957; Wolfgang C. Müller/Kaare Strøm: Political Parties and Hard Choices, in: Wolfgang C. Müller/Kaare Strøm (Hrsg.): Policy, Office, or Votes? How Political Parties in Western Europe Make Hard Decisions, Cambridge 1999.

8 Vgl. für Deutschland etwa Dieter Fuchs/Steffen Kühnel: Wählen als rationales Handeln. Anmerkungen zum Nutzen des Rational-Choice-Ansatzes in der empirischen Wahlforschung, in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990, Opladen 1994; Edeltraud Roller: Positions- und performanzorientierte Sachfragenorientierungen und Wahlentscheidung. Eine theoretische Analyse aus Anlass der Bundestagswahl 1994, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994, Opladen 1998; Paul W. Thurner: The Empirical Application of the Spatial Theory of Voting in Multiparty Systems with Random Utility Models, in: Electoral Studies, 19 (2000), 4, S. 493–517; Franz Urban Pappi/Jens Brandenburg: Sozialstrukturelle Interessenlagen und Parteipräferenz in Deutschland. Stabilität und Wandel seit 1980, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 62 (2010), 3, S. 459–483; Marc Debus: Soziale Konfliktlinien und Wahlverhalten: Eine Analyse der Determinanten der Wahlabsicht bei Bundestagswahlen von 1969 bis 2009, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 62 (2010), 4, S. 731–749; ders.: Sozialstrukturelle und einstellungsbasierte Determinanten des Wahlverhaltens und ihr Einfluss bei den Bundestagswahlen im Zeitverlauf: Westdeutschland 1976–2009, in: Rüdiger Schmitt-Beck (Hrsg.): Wählen in Deutschland, Baden–Baden 2012.

9 Vgl. auch G. Bingham Powell: The Chain of Responsiveness, in: Journal of Democracy, 15 (2004), 1, S. 91–105.

10 Vgl. Achim Goerres: Why Are Older People More Likely to Vote? The Impact of Ageing on Electoral Turnout across Europe, in: British Journal of Politics and International Relations, 9 (2007), 1, S. 90–121; ders.: The Grey Vote. Determinants of Older Voters' Party Choice in Britain and West Germany, in: Electoral Studies, 27 (2008), 2, S. 285–304.

11 Vgl. Sidney Verba/Norman Nie: Participation in America. Political Democracy and Social Equality, New York 1972; Sidney Verba/Kay Schlozman/Henry Brady: Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics, Cambridge 1995; Putnam (Anm. 6); Jan W. van Deth: Interesting but Irrelevant. Social Capital and the Saliency of Politics in Western Europe, in: European Journal of Political Research, 37 (2000), 2, S. 115–147.

12 Karl Rohe: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland, Frankfurt a. M. 1992.

13 Ausgeschlossen vom Wahlrecht waren zur Zeit der Weimarer Republik neben den Bürgerinnen und Bürgern, die wegen einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte waren, auch die aktiven Soldaten der 100 000 Mann starken Reichswehr.

14 Siehe hierzu etwa Achim Goerres/Guido Tiemann: Kinder an die Macht? Die politischen Konsequenzen der stellvertretenden Elternwahlrechts, in: Politische Vierteljahreschrift, 50 (2009), 1, S. 50–74.

15 Rohe (Anm. 12).

16 Peter Mair/Cas Mudde: The Party Family and Its Study, in: Annual Review of Political Science, 1 (1998), 1, S. 211–229.

17 Peter Lösche: Kleine Geschichte der deutschen Parteien, Stuttgart 1994.

18 Die Wahl der Reichstagsmitglieder fand in Einerwahlkreisen mit absoluter Mehrheitswahl statt. Errang keiner der Kandidierenden eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen, so fand eine Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern statt, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten hatten.

19 Vgl. Lösche (Anm. 17), S. 43f.

20 Rohe (Anm. 12), S. 123–125.

21 Marc Debus: Parteienwettbewerb, Regierungsbildung und Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl 2009, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2011.

22 Jürgen Sensch: histat-Datenkompilation online: Geschichte der deutschen Bevölkerung seit 1815, Köln 2004. (GESIS ZA8171 Datenfile Version 1.0.0.)

23 Gerhard A. Ritter (unter Mitarbeit von Merith Niehuss): Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871–1918, München 1980 (GESIS ZA8348 Datenfile Version 1.0.0.).

24 Jürgen Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik 1919–1933, Köln 1986 (GESIS ZA8351 Datenfile Version 1.0.0.).

09 Kriminalität

1 Wolfgang Heinz: Kriminalstatistik, Wiesbaden 1990; Herbert Reinke: Die „Liaison“ des Strafrechts mit der Statistik. Zu den Anfängen kriminalstatistischer Zählungen im 18. und 19. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte, 12 (1990), S. 169–179.

2 Wilhelm Starke: Verbrechen und Verbrecher in Preußen 1854–1878. Eine kulturgeschichtliche Studie, Berlin 1884, S. 4.

3 Heinz (Anm. 1), S. 13.

4 Wolfgang Heinz: Das strafrechtliche Sanktionensystem und die Sanktionierungspraxis in Deutschland 1882–2012, Konstanz 2014, S. 61, 118.

5 Dietrich Oberwittler: Von Strafe zu Erziehung? Jugendkriminalpolitik in England und Deutschland, 1850–1920, Frankfurt a. M. 2000.

6 Johann Gottfried Hoffmann: Über die Unzulässigkeit eines Schlusses auf Sitten-Verfall aus der Vermehrung der gerichtlichen Untersuchungen gegen jugendliche Verbrecher, o. O. 1838.

7 Dietrich Oberwittler/Tilman Köllisch: Nicht die Jugendgewalt, sondern deren polizeiliche Registrierung hat zugenommen. Ergebnisse einer Vergleichsstudie nach 25 Jahren, in: Neue Kriminalpolitik, 16 (2014), S. 81–120.

8 Josef Mooser: „Furcht bewahrt das Holz“. Holzdiebstahl und sozialer Konflikt 1800–1850 an westfälischen Beispielen, in: Heinz Reif (Hrsg.): Räuber, Volk und Obrigkeit. Studien zur Geschichte der Kriminalität in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1984.

9 Georg von Mayr: Statistik der gerichtlichen Polizei im Königreiche Bayern, München 1867.

10 Christian Traxler/Carsten Burhop: Poverty and Crime in 19th Century Germany: A Reassessment (Preprints of the Max Planck Institute for Research on Collective Goods, No. 2010, 35), Bonn 2010.

11 Helmut Thome/Christoph Birkel: Sozialer Wandel und die Entwicklung der Gewaltkriminalität. Deutschland, England und Schweden im Vergleich. 1950 bis 2000, Wiesbaden 2007.

12 Ralph Jessen: Gewaltkriminalität im Ruhrgebiet zwischen bürgerlicher Panik und proletarischer Subkultur (1870–1914), in: Dagmar Kift (Hrsg.): Kirmes-Kneipe-Kino. Arbeiterkultur zwischen Kommerz und Kontrolle (1815–1914), Paderborn 1992.

13 Heinz (Anm. 1).

14 www.ki.uni-konstanz.de

15 Dirk Blasius: Kriminalität und Alltag. Zur Konfliktgeschichte des Alltagslebens im 19. Jahrhundert, Göttingen 1978.

16 Starke (Anm. 2).

17 Uwe Dörmann: Zahlen sprechen nicht für sich. Aufsätze zu Kriminalstatistik, Dunkelfeld und Sicherheitsgefühl aus drei Jahrzehnten (Polizei + Forschung, Band 28), München 2004.

18 Bernhard Duesing: Die Geschichte der Abschaffung der Todesstrafe in der Bundesrepublik Deutschland unter der Berücksichtigung ihres parlamentarischen Zustandekommens, Schwenningen 1952.

19 Manuel Eisner: Langfristige Gewaltentwicklung: Empirische Befunde und theoretische Erklärungsansätze, in: Wilhelm Heitmeyer/John Hagan (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Opladen 2002.

20 Falco Werkentin: Die politische Instrumentalisierung der Todesstrafe in der SBZ/DDR – Darstellung der justitiellen Praxis in der SBZ/DDR und Bilanz der Rehabilitierung von Verurteilten und deren Angehörigen in der Zeit nach 1990, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. II/1, Baden-Baden 1999.

21 Bürgerkomitee Leipzig e.V.: Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ mit dem Museum im Stasi-Bunker, persönliche Mitteilung am 19.9.2013.

10 Arbeit, Einkommen und Lebensstandard

1 Vgl. den Beitrag „Bevölkerung, Haushalte und Familien“ von Georg Fertig und Franz Rothenbacher in diesem Band.

2 Bénédicte Zimmermann: Arbeitslosigkeit in Deutschland. Zur Entstehung einer sozialen Kategorie, Frankfurt a. M. 2006.

3 Klaus Tenfelde/Heinrich Volkmann: Quantitatives Material zur Geschichte der Arbeitskämpfe in Deutschland, in: dies. (Hrsg.): Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung (Beck´sche Elementarbücher), München 1981, S. 287–313.

4 Zu den Schätzungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit in Deutschland vgl. Toni Pierenkemper: The Standard of Living and Employment in Germany, 1850–1980. An Overview, in: Journal of European Economic History, 16 (1987), 1, S. 51–73, insb. S. 58–61.

5 Zur Rückkehr der Arbeitslosigkeit vgl. Toni Pierenkemper: Kurze Geschichte der „Vollbeschäftigung“ in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 62 (2012), 14–15, S. 38–45.

6 Klaus Tenfelde/Heinrich Volkmann: Zur Geschichte des Streiks in Deutschland, in: dies. (Hrsg.): Streik, S. 9–30. Die Gegenmaßnahme der Arbeitgeber im Arbeitskampf durch Aussperrung bleibt hier außer Betracht.

7 Ebd. S. 25.

8 Toni Pierenkemper: Gewerbe und Industrie im 19. und 20. Jahrhundert (Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 27), München 1994, S. 87–99 und ders.: Wirtschaftsgeschichte – oder: Wie wir reich wurden, München 2005, S. 126.

9 Dazu im Überblick Wolfram Fischer/Jochen Krengel/Jutta Wietog: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch I. Materialien zur Statistik des Deutschen Bundes 1815–1870 (Beck´sche Elementarbücher), München 1982, S. 52–53.

10 Gerd Hohorst/Jürgen Kocka/Gerhard A. Ritter: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch II. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870–1914 (Beck´sche Elementarbücher), München 1975, S. 66 und Dietmar Petzina/Werner Abelshauser/Anselm Faust: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III. Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1954 (Beck´sche Elementarbücher), München 1978, S. 55–56.

11 Eine ähnliche Entwicklung ist auch in den Anteilen der sektoralen Wertschöpfung der deutschen Volkswirtschaft zu beobachten. Vgl. dazu den Beitrag „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ von Rainer Metz in diesem Band.

12 Vgl. den Beitrag „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ von Rainer Metz in diesem Band.

13 Rainer Metz: Säkulare Trends der deutschen Wirtschaft, in: Michael North (Hrsg.): Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick, München 2000, S. 421–474, insb. S. 436.

14 Reiner Gömmel: Realeinkommen in Deutschland. Ein internationaler Vergleich (1800–1913), (Vorträge zur Wirtschaftsgeschichte, Heft 4), Nürnberg 1979, insb. S. 19–29 zur Berechnungsmethode.

15 Ausführliche Daten über die Einkommensentwicklung einzelner Gruppen bei Gerhard Bry: Wages in Germany 1871–1945, Princeton 1960; Ashok V. Desai: Real Wages in Germany 1871–1913, Oxford 1968 und Toni Pierenkemper: Die Einkommensentwicklung der Angestellten in Deutschland 1880–1913, in: Historical Social Research – Historische Sozialforschung. Quantum Information, 27 (1983), S. 69–92.

16 Rolf H. Dumke: Income Inequality and Industrialization in Germany: 1850–1913, unveröff. Habil. Schrift, Münster 1987.

17 Knapp dazu Toni Pierenkemper: Einkommens- und Vermögensverteilung, in: Gerold Ambrosius/Dietmar Petzina/Werner Plumpe (Hrsg.): Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen, München 2006, S. 257–280, insb. S. 259–261.

18 Genauer dazu Gerold Blümle: Theorie der Einkommensverteilung. Eine Einführung, Berlin 1975, S. 28–29. Ein alternatives Verteilungsmaß bildet der Gini-Koeffizient, der den Grad der Abweichung einer beobachtbaren Verteilung von einer Gleichverteilung der Einkommen misst. Leider finden sich hierfür keine längeren historischen Reihen. Für Deutschland lässt sich ab Mitte der 1980er Jahre ein leichter Anstieg des Gini-Koeffizienten von ca. 0,24 auf ca. 0,30 feststellen, ein Wert der deutlich unter dem Durchschnitt der OECD-Länder liegt und noch deutlicher unter dem der USA. Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, S. 174. Die Kommission bezieht sich auf die Daten der OECD.

19 Darauf hat mit theoretischen Argumenten früh hingewiesen: Ernst Helmstädter: Der Kapitalkoeffizient. Eine kapitaltheoretische Untersuchung, Stuttgart 1969, S. 53–61. Anders neuerdings bei Thomas Piketty: Capital in the Twenty-First Century, Cambridge/Mass. 2014.

20 Simon Kuznets: Income Inequality and Economic Growth, in: American Economic Review, XLV (1955), 1, S. 1–28.

21 Bereits Adam Smith: An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, London 1964 (Everyman's Library, urspr. 1776), Bd. 2, S. 155 hat folgendermaßen darauf hingewiesen: *„Consumption is the sole end and purpose of all production“.*

22 Utz-Peter Reich/Philipp Sonntag/Hans-Werner Holub: Arbeit-Konsum-Rechnung. Axiomatische Kritik und Erweiterung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Eine problemorientierte Einführung mit einem Kompendium wichtiger Begriffe der Arbeit-Konsum-Rechnung, Köln 1977. Zu den Daten über Einkommen und Konsumausgaben vgl. Rainer Metz, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen in diesem Band.

23 Wolfgang Zapf: Sozialberichterstattung. Möglichkeiten und Probleme, Göttingen 1976. Vgl. auch Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel (Hrsg.): Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1977.

24 Denkwerkzukunft. Stiftung kulturelle Erneuerung: Das Wohlstandsquintett. Zur Messung des Wohlstands in Deutschland und anderen früh industrialisierten Ländern, Bonn 2011 entwickelt einen „ökologischen Fußabdruck“, dessen fünf Dimensionen die gesellschaftliche Wohlfahrt messen sollen, und ähnlich der Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, Bundestagsdrucksache 2013, der drei allgemeine Zielgrößen mit zehn Leitindikatoren zu messen versucht.

25 United Nations Development Program (UNDP): Human Development Report (HDR) 1990, New York 1990.

26 Andrea Wagner: Die Entwicklung des Lebensstandards in Deutschland zwischen 1920 und 1960 (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 12), Berlin 2008 und Nik F. R. Crafts: The Human Development Index and Changes in the Standard of Living: Some Historical Comparisions, in: European Review of Economic History, 1 (1997), S. 299–322.

27 Jörg Baten: Anthroprometrics, Consumption, and Leisure. The Standard of Living, in: Sheilagh Oglivie/Richard Overy (Hrsg.): Germany. A New Social and Economic History, London 2003, S. 383–422 und ders./Matthias Blum: Growing Taller, but Unequal. Biological Well-Being in World Regions and its Determinants, 1810–1989, in: Economic History in Developing Regions, 27 (2012), S. 66–85.

11 Kultur, Tourismus und Sport

1 Soweit nicht anders belegt wurde in der Recherche die „Zum Weiterlesen“ angegebene Literatur als Grundlage verwendet.

2 Axel Schildt/Detlef Siegfried: Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart, München 2009, S. 29.

3 Zur Illustration lt. eigenen Berechnungen aus Entleihungen/Bevölkerungszahl gemäß Deutscher Bibliotheksstatistik (Bundesrepublik) und Statistischen Jahrbüchern der DDR und BRD für 1988: 5,7 Entleihungen/Bürger in der DDR vs. 2,8 Entleihungen/Bürger in der Bundesrepublik.

4 Exakte Zahlen gibt es bislang nicht; vgl. immer noch Hannes Neumann: Die deutsche Turnbewegung in der Revolution von 1848/49 und in der amerikanischen Emigration, Stuttgart 1968.

12 Religion

1 Vgl. Martin Broszat u.a.: Von Stalingrad zur Währungsreform: Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1990, S. 12ff.

2 Hugh McLeod: The Religious Crisis, New York 2008.

3 Detlef Pollack: Rückkehr des Religiösen?, Tübingen 2009, S. 249.

4 Gert Pickel: Atheistischer Osten und gläubiger Westen? Pfade der Konfessionslosigkeit im innerdeutschen Vergleich, in: Gert Pickel/Kornelia Sammet (Hrsg.): Religion und Religiosität im vereinigten Deutschland. Zwanzig Jahre nach dem Umbruch, Wiesbaden 2011, S. 43–75.

5 Joachim Eicken/Ansgar Schmitz-Veltin: Die Entwicklung der Kirchenmitglieder in Deutschland. Statistische Anmerkungen zu Umfang und Ursachen des Mitgliederrückgangs in den beiden christlichen Volkskirchen, in: Wirtschaft und Statistik, 6/2010, S. 576–589, hier S. 579f.

6 www.ekd.de/EKD-Texte/92120.html (26.11.2014).

7 McLeod (Anm. 2).

8 Douglas E. Cowan: Religion on the Internet, in: James A. Beckford/Jay Demerath (Hrsg.): The SAGE Handbook of the Sociology of Religion, London u.a. 2007, S. 357–375.

9 Benjamin Ziemann: Katholische Kirche und Sozialwissenschaften 1945–1975, Göttingen 2007, S. 36–75.

10 Verwendet wurden etwa die Statistischen Beilagen des Amtsblatts der Evangelischen Kirche in Deutschland.

11 Paul Troschke: Evangelische Kirchenstatistik Deutschlands, Heft 8/9: Kirchliche Statistik III. Die Äußerungen des kirchlichen Lebens, Berlin-Charlottenburg 1932; Franz Groner (Hrsg.): Kirchliches Handbuch. Amtliches statistisches Jahrbuch der katholischen Kirche Deutschlands, Bd. XXVI: 1962–1968, Köln 1969.

12 Hartmut Titze: Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte: Das Hochschulstudium in Preußen und Deutschland 1820–1944, Köln 1987.

13 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Zensus 2011. Ausgewählte Ergebnisse, Wiesbaden 2013, online unter www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2013/Zensus2011/Pressebroschuere_zensus2011.pdf?__blob=publicationFile (6.1.2015). Von REMID wurden folgende Datensätze berücksichtigt: „Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in Deutschland“, „Kirchenmitgliedschaft in Deutschland“, „Mitglieder jüdischer Gemeinden in Deutschland ab 1950“, „Muslime in Deutschland“. Sonja Haug u.a.: Muslimisches Leben in Deutschland, S. 11, online unter www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/566008/publicationFile/31710/vollversion_studie_muslim_leben_deutschland_.pdf (6.1.2015).

13 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

1 Bei Werten, die in laufenden Preisen angegeben sind, können Veränderungen sowohl auf Preis- wie auch auf Mengenänderungen zurückgehen. Will man die Preisveränderungen ausschalten, muss man die Preise der erfassten Güter und Dienstleistungen konstant halten. Da sich die Preise der Güter und Dienstleistungen aber nicht nur aufgrund des Geldwerts ändern, sondern auch deshalb, weil bestehende Güter in anderer Qualität angeboten werden und auch deshalb, weil Güter aus dem Angebot verschwinden und neue hinzukommen, ist die Preisbereinigung der Zahlenwerte ein schwieriges statistisches Problem. Bei den in konstanten Preisen angegebenen Größen der VGR geht man davon aus, dass sie die realen Werte bzw. Wertveränderungen unter Ausschaltung von Geldwertschwankungen messen. Das resultierende BIP in konstanten Preisen zum Beispiel wird als Maß für die reale gesamtwirtschaftliche Produktion, das heißt bei gleichbleibendem Geldwert bzw. einer konstanten Kaufkraft des Geldes, interpretiert.

2 Ausführlich dazu Rainer Metz: Konjunkturen im 19. und 20. Jahrhundert, in: Günther Schulz u.a. (Hrsg.): Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Arbeitsgebiete – Probleme – Perspektiven. 100 Jahre Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 169), Stuttgart 2004, S. 217–248.

3 Grundlage der Rekonstruktion sind ab 1950 die amtliche Statistik (Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank), von 1901 bis 1949 die Daten von Albrecht Ritschl/Mark Spoerer: Das Bruttosozialprodukt in Deutschland nach den amtlichen Volkseinkommens und Sozialproduktsstatistiken 1901–1995, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1997/2, S. 27–54, von 1850 bis 1900 Walther G. Hoffmann: Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin u.a. 1965 und für 1830 Angaben von Angus Maddison: www.ggdc.net/maddison. Die Indexwerte für das preisbereinigte BIP ab 1950 sind von der Deutschen Bundesbank übernommen. Sie unterscheiden sich geringfügig von den Werten des Statistischen Bundesamtes, da die Bundesbank teilweise eigene Schätzungen vornimmt. Wir haben diese Indexwerte mit dem nominellen BIP-Wert für das Jahr 2005 (= 2224,4 Milliarden Euro) multipliziert und erhalten so eine preisbereinigte BIP-Reihe in Preisen des Jahres 2005.

4 Dieser sorgt dafür, dass die Abstände nicht nach absoluten, sondern nach relativen Veränderungen skaliert werden, das heißt, eine Veränderung von zum Beispiel 10 Prozent hat auf der Y-Achse immer den gleichen Abstand, unabhängig vom absoluten Wert.

5 Für die Rekonstruktion wurden für die Zeit ab 1950 Daten der amtlichen Statistik und von 1850 bis 1938 Angaben von Hoffmann (Anm. 3) verwendet.

6 Die Werte für den Bereich „Häusliche Dienste“ wurden nicht in Tabelle 2 aufgenommen, da sie sich nicht bis zur Gegenwart verlängern lassen.

7 Der einzige Wirtschaftszweig, dessen absolute Wertschöpfung vor 1950 stagniert, sind die häuslichen Dienste. Der prozentuale Wertschöpfungsanteil dieses Wirtschaftszweiges, der nach 1950 nicht mehr ausgewiesen wird, ist deshalb auch von etwa 10 Prozent auf weniger als 1 Prozent gefallen.

8 Auf eine Aufschlüsselung der Aggregate, beispielsweise beim privaten Konsum, auf die oben genannten Warengruppen wird hier verzichtet. Diese Aspekte werden im Kapitel „Arbeit, Einkommen und Lebensstandard“ ausführlicher dargestellt.

9 Da es dafür keine theoretische Erklärung gibt, ist das eine zufällige Koinzidenz.

10 Die für diesen Beitrag rekonstruierten Werte beziehen sich auf unterschiedliche Gebietseinheiten und zwar:
- bis 1870 auf das Gebiet des späteren Deutschen Reiches ausschließlich Elsass-Lothringens
- von 1871 bis 1917 auf das damalige Reichsgebiet einschließlich Elsass-Lothringens
- von 1918 bis 1944 auf das jeweilige Reichsgebiet ausschließlich Österreichs und des Sudetenlandes, aber ab 1934 einschließlich des Saarlandes
- von 1945 bis 1959 auf das frühere Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin (West)
- 1960 bis 1990 auf das frühere Bundesgebiet
- 1991 bis 2012 auf Deutschland nach der Wiedervereinigung

11 Für ausgewählte Reihen ab 1950. Für das Bruttonationaleinkommen und das Volkseinkommen in jeweiligen Preisen weist das Statistische Bundesamt auch für die Jahre von 1925 bis 1938 Werte aus, die auf Berechnungen des Statistischen Reichsamtes basieren. Da die amtlichen Werte grundsätzlich auf unterschiedlichen VGR-Systematiken basieren, sind sie, laut Statistischem Bundesamt, zeitlich nicht voll vergleichbar.

12 Hoffmann (Anm. 3).

13 Die Kritik am Zahlenwerk von Hoffmann hat zu partiellen Revisionen seiner Schätzungen geführt, die versuchen, verlässlichere Zahlen zu liefern. Zu nennen ist hier die Studie von Ritschl/Spoerer (Anm. 3). Die Autoren legen für die Jahre von 1901 bis 1950 für das VEK, das BNE und das BIP neue Zahlen vor. Zudem werden für die DDR für das BNE und das BIP für die Zeit nach 1945 Werte geschätzt. Neben Ritschl und

Spoerer sind hier auch die Arbeiten von Rainer Fremdling und Reiner Stäglin zu nennen, die eine Kritik und Neuberechnung der Hoffmann'schen Zahlen der VGR zum Gegenstand haben; vgl. z.B. Rainer Fremdling/Reiner Stäglin: Die Industrieerhebung von 1936: Ein Input-Output-Ansatz zur Rekonstruktion der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert – ein Arbeitsbericht, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 90 (2003), 4, S. 416–428.

14 Maddison (Anm. 3).

15 Brian R. Mitchell: International Historical Statistics. Europe 1750–2005, 6. Aufl., New York 2007.

14 Preise

1 Preisangaben unterschiedlicher Währungssysteme sind nicht direkt miteinander vergleichbar, sie müssen erst in ein bestimmtes Währungssystem umgerechnet werden.

2 Bei der Gewichtung geht es darum, dass die Güterpreise bei der Indexberechnung mit einem Faktor multipliziert werden, der der Bedeutung dieser Güter im Warenkorb des Haushalts entspricht, wobei sich die Gewichte zu 1 addieren.

3 Für die besonders dramatischen Preisveränderungen während und unmittelbar nach den beiden Weltkriegen enthalten die Preiskurven in Abbildung 1 keine Werte. Sie würden das Gesamtbild verzerren.

4 Die Indizes für Ernährung, Wohnung und Bekleidung reichen, neben Hausrat und Beleuchtung, am weitesten in die Geschichte zurück. Für Ernährung reichen die amtlichen Werte bis 1881 und für die beiden anderen Produktgruppen bis 1924 zurück.

5 Ab 1881 repräsentiert der VPI einen Preisindex für Ernährung. Dass die Werte des VPI nicht mit dem hier verwendeten Index für Nahrungsmittel übereinstimmen, liegt an den unterschiedlichen Berechnungsweisen. Der Preisindex für Ernährung wurde vom Statistischen Bundesamt und der Preisindex für Nahrungsmittel von Walther G. Hoffmann: Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin u.a. 1965 zusammengestellt.

6 In den 179 Jahren, die der Untersuchungszeitraum dieser Studie abdeckt, gab es folgende Währungen: 1834 bis 1875 Taler- und Guldenwährung; 1876 bis 1914 (Gold-)Mark; 1914 bis 1923 Mark ohne Golddeckung; 1923 Rentenmark; 1924 bis 1948 Reichsmark (Goldkernwährung), ab 1924 bestanden Reichsmark und Rentenmark nebeneinander; 1948 bis März 1973 D-Mark auf der Basis fester Wechselkurse (Bretton-Woods-System); 1973 bis 2002 D-Mark (flexible Wechselkurse); ab 2002 Euro. Neben diesen Währungsumstellungen haben sich auch Art und Beschaffenheit des Geldes grundlegend verändert. Während man sich über viele Jahrzehnte ein wertstabiles Geld ohne die Bindung an Edelmetalle überhaupt nicht vorstellen konnte, ist das heutige Geld lediglich noch Fiatgeld, also Geld ohne intrinsischen Wert, im Gegensatz zum Warengeld.

7 Vor dem Ersten Weltkrieg ist ein kontinuierlicher Lebenshaltungsindex von den damaligen statistischen Ämtern nicht ermittelt worden. Aus diesem Grund hat das Statistische Bundesamt im Jahr (1958) für die Zeit von 1881 bis 1913 aus Aufzeichnungen privater Autoren einen Preisindex für die Ernährung (1913 = 100) berechnet. Dabei handelt es sich um den Durchschnitt aus 10 Indexziffern, die aus Einzelhandelspreisen für etwa 10 bis 20 Lebensmittel errechnet wurden. Die Unterlagen beziehen sich zum Teil auf das Deutsche Reich, zum Teil auf einzelne Bundesstaaten bzw. Städte.

8 Median = 1,3 Prozent; Mittelwert = 1,8 Prozent; Minimum = –23 Prozent; Maximum = +22 Prozent.

9 Mittelwert = 0,9 Prozent; Median = 1,1 Prozent; Minimum = –3,7 Prozent; Maximum = +6,3 Prozent.

10 Für den Gesamtzeitraum, also von 1924 bis 1948, ergeben sich folgende Werte: Mittelwert = 2,2 Prozent, Median = 1,8 Prozent, Minimum = –11,4 Prozent, Maximum = +25 Prozent.

11 Von 1834 bis 2013 beträgt das arithmetische Mittel des jährlichen Preisanstiegs 1,95 Prozent, der Median 1,8 Prozent, wobei in 103 von 167 Jahren die Inflationsrate im Bereich von 0 bis 5 Prozent liegt.

12 Statistisches Bundesamt: Preise. Preise ausgewählter Güter. 1948–2002, Wiesbaden (7.3.2013). Die Preise wurden vom Statistischen Bundesamt als Zwischenergebnis für die Berechnung von Verbraucherpreisindizes verwendet. Nach 2002 hat das Statistische Bundesamt diese Preisstatistik nicht weitergeführt. Wir danken Herrn Thomas Krämer vom Statistischen Bundesamt für die freundliche Überlassung des Preismaterials.

13 Hoffmann (Anm. 5).

14 Rainer Gömmel: Realeinkommen in Deutschland. Ein internationaler Vergleich (1810–1914). Vorträge zur Wirtschaftsgeschichte, Heft 4 (Hrsg.: H. Kellenbenz/J. Schneider), Nürnberg 1979.

15 Jürgen Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 3, Berlin (Ost) 1962; zitiert nach Bernd Sprenger: Das Geld der Deutschen. Geldgeschichte Deutschlands von den Anfängen bis zur Gegenwart, Paderborn u.a. 2002, S. 190.

15 Geld und Kredit

1 Streng genommen tritt der „Finanzierungsfall" bei Diskrepanzen zwischen Ausgaben und Einnahmen auf. Gemeint hier ist der „Privatfinanzsektor": Wirtschaftssubjekte mit Überschüssen benötigen Anlagemöglichkeiten als „Speicher", und „Defizite" können nicht ohne Inanspruchnahme von Ersparnissen entstehen (hierzu Richard Tilly: Geld und Kredit in der Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart 2003, S. 15), aber natürlich kann die Relation auch die öffentlichen Finanzen berühren.

2 Um 1835 gab es vielleicht ca. 400 „Geldhandlungen" (von denen wenige Dutzende „Banken" waren) und dazu noch mehrere Hundert Sparkassen in Deutschland. Um 1913 wurde die Zahl der Banken und bankähnlichen Institute auf über 5000 (mit den kleinen ländlichen Kreditgenossenschaften jedoch über 20000) geschätzt. Dazu Deutsche Bundesbank: Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876–1975, Frankfurt a. M., 1976, S. 67.

3 Allerdings würde eine gründliche Fragilitätsanalyse Daten über die Eigenkapitalquote und die Verteilung unter den einzelnen Banken voraussetzen.

4 Spezielle „Bodenkreditinstitute", öffentliche und private Unternehmen, spielten im 19. Jahrhundert eine dominierende Rolle im Markt für Grundkredite. Siehe die Reihe „Schuldverschreibungen der Kreditinstitute" in Tabelle 4.

5 Hierzu Raymond W. Goldsmith: Comparative National Balance Sheets, A Study of Twenty Countries, Chicago 1985 und auch Tilly (Anm. 1), S. 210.

6 Zeitweise galt die Deutsche Bundesbank sogar als „Quasizentralbank" der EG und die D-Mark als ihre Leitwährung. Siehe die Beiträge in Deutsche Bundesbank (Hrsg.): 50 Jahre Deutsche Mark, Frankfurt a. M. 1998.

7 Um Missverständnissen vorzubeugen: „Kapitalexport" entspricht eigentlich einer negativen Kapitalbilanz der Zahlungsbilanz, aber die hier vorgenommene Umrechnung hat dieses Verhältnis umkehrt. 1880 bis 1913 betrug der Korrelationskoeffizient zwischen Ausgabe von Auslandswertpapieren und der Kapitalbilanz –0,98.

8 Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen, 1876–1975, Frankfurt a. M. 1976.

9 Walther G. Hoffmann: Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin u.a. 1965.

10 Deutsche Bundesbank: 40 Jahre Deutsche Mark. 1948–1987, Frankfurt a. M. 1988 und dies.: 50 Jahre Deutsche Mark. 1948–1997, Frankfurt a. M. 1998.

11 Bernd Sprenger: Geldmengenänderungen in Deutschland im Zeitalter der Industrialisierung (1835–1913), Köln 1982.

12 Friedrich Thorwart: Die Entwicklung des Banknotenumlaufs in Deutschland. 1851–1880, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 7 (1883).

13 Curt Schauer: Die Preußische Bank, Halle 1912.

14 Deutsche Reichsbank: Geldmarktzinsätze im In- und Ausland. 1876–1913, Tab. 127, in: Vergleichende Notenbankstatistik, London/Berlin 1925.

15 Ernst Wagemann: Diskontsatz. 1820 bis 1929, in: histat, Zeitreihen zum Bereich „Geld".

16 Jürgen Schneider/Oskar Schwarzer: Statistik der Geld- und Wechselkurse in Deutschland (1815–1913). Quellen und Forschungen zur historischen Statistik von Deutschland, Bd. 11, St. Katharinen 1990.

17 Sidney Homer/Richard Sylla: A History of Interest Rates, 3. Aufl., New Brunswick (USA) 1996.

18 Otto Donner: Die Kursbildung am Aktienmarkt. Deutsches Reich 1870 bis 1934, in: Vierteljahresheft zur Konjunkturforschung, Sonderh. 36., Berlin 1934.

19 Carl-Ludwig Holtfrerich: Zur Entwicklung der deutschen Bankenstruktur, in: Deutscher Sparkassen- und Giroverband (Hrsg.): Standortbestimmung. Entwicklungslinien der deutschen Kreditwirtschaft, Stuttgart 1984.

20 Christoph Wetzel: Die Auswirkungen des Reichsbörsengesetzes von 1896 auf die Effektenbörsen im Deutschen Reich, insbesondere auf die Berliner Fondsbörse, Münster 1996.

16 Verkehr und Kommunikation

1 Rainer Fremdling: Eisenbahn und deutsches Wirtschaftswachstum, Dortmund 1975.

2 Clemens Wischermann: Chausseebau und Landverkehr in Westfalen während der Frühindustrialisierung, in: Wilfried Reininghaus/Karl Teppe (Hrsg.): Verkehr und Region im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn 1999, S. 71–94.

3 Christian Henrich-Franke: Gescheiterte Integration im Vergleich, Stuttgart 2012.

4 Dieter Ziegler: Eisenbahnen und Staat im Zeitalter der Industrialisierung. Die Eisenbahnpolitik deutscher Staaten im Vergleich, Stuttgart 1996.

5 Zahlen nach: Alfred C. Mierzejewski: The Most Valuable Asset of the Reich. A History of the German National Railway 1920–1932, Chapel Hill 1999, S. 53. Diese Zahlen basieren auf den Geschäftsberichten der Deutschen Reichsbahn für 1921 und 1922.

6 Zahlen nach Walther G. Hoffmann: Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin u.a. 1965, Tabelle 88.

7 Frank Lippert: Lastkraftwagenverkehr und Rationalisierung in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1999; Heidi Rohde: Transportmodernisierung contra Verkehrsbewirtschaftung. Zur staatlichen Verkehrspolitik gegenüber dem LKW in den dreißiger Jahren, Frankfurt a. M. 1999; Richard Vahrenkamp: Die logistische Revolution. Der Aufstieg der Logistik in der Massenkonsumgesellschaft, Frankfurt a. M. 2012, S. 74–123.

8 Hans Mommsen: Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996.

9 Alfred C. Mierzejewski: Bomben auf die Reichsbahn, Freiburg 1993; ders.: The Most Valuable Asset of the Reich. A History of the German National Railway 1933–1945, Chapel Hill 2000.

10 Christopher Kopper: Die Bahn im Wirtschaftswunder, Frankfurt a. M. 2007; ders.: Der Durchbruch der Massenmotorisierung und die Bedeutung des Gebrauchtwagenmarkts, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2010/1, S. 27–44; Dietmar Klenke: Bundesdeutsche Verkehrspolitik und Motorisierung, Stuttgart 1994.

11 Hoffmann (Anm. 6), Tabelle 88.

12 Klenke (Anm. 10), S. 354.

13 Volker Wellhöner: Wirtschaftswunder – Weltmarkt – westdeutscher Fordismus. Der Fall Volkswagen, Münster 1996; Heidrun Edelmann: Heinrich Nordhoff und Volkswagen, Göttingen 2003.

14 Beispiel: Statistisches Bundesamt: Verkehrsunfälle. Zeitreihen, Wiesbaden 2011.

15 Statistisches Bundesamt: Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 18, Verkehrsstatistische Übersichten 1950–1989, Wiesbaden 1994.

16 www.adv.de./verkehrszahlen/archiv.

17 Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen: Zahlenspiegel der Deutschen Reichspost (1871–1945), bearb. von Richard Maetz, Bonn 1957.

18 Rainer Fremdling/Andreas Kunz/Ruth Federspiel: Statistik der Eisenbahnen in Deutschland 1835–1989, St. Katharinen 1995.

19 Andreas Kunz: Statistik der Binnenschifffahrt in Deutschland 1835–1989, St. Katharinen 1999; Andreas Kunz/Lars U. Scholl: Statistik der Seeschifffahrt in Deutschland 1835–1989, St. Katharinen 1999.

20 Rainer Flik: Von Ford lernen? Automobilbau und Motorisierung bis 1933, Köln/Weimar/Wien 2001.

17 Landwirtschaft

1 Eigene Berechnung nach Daten aus dem Kapitel zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

2 Zwischen 1830 und 1870 stiegen die Agrarpreise nachfragebedingt beständig an und motivierten zu hohen landwirtschaftlichen Investitionen. Neben anhaltenden Nachfragesteigerungen sorgte nach 1879 ein zunehmender Agrarprotektionismus dafür, dass es zu einer Stabilisierung der Getreidepreise kam und sich insbesondere die wichtigen Preise für tierische Erzeugnisse weiter sehr dynamisch entwickelten.

3 Es spricht einiges dafür, dass gegenwärtig landwirtschaftliche Großbetriebe substanziell an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen, doch ist die diesbezügliche Diskussion in der Fachwelt noch offen.

4 1882 bis 1918 bewegte sich der Anteil des Ackerlandes an der Nutzfläche zwischen 72 und 74 Prozent. In der Zwischenkriegszeit lagen die Anteilswerte um die 71 Prozent. Das Gebiet der alten Bundesrepublik wies traditionell einen deutlich höheren Grünlandanteil als Mitteldeutschland und der Osten des Deutschen Reiches auf. Der Ackeranteil erreichte hier um 1950 nur 58 Prozent, um dann bis Anfang der 1980er Jahre auf 52 Prozent abzusinken. Danach stieg er wieder an. In der ehemaligen DDR erreichte der Ackeranteil im Durchschnitt Werte um 75 Prozent. Im wiedervereinigten Deutschland sind es gegenwärtig um die 63 Prozent.

5 Zwischen 1950 und 2009 betrugen die Verluste an landwirtschaftlicher Nutzfläche in Deutschland insgesamt knapp 2 Millionen Hektar während die bebaute Fläche um 2,43 Millionen Hektar zunahm und die Forstflächen um 920 000 Hektar anwuchsen.

6 Eigene Berechnungen, zu den Daten siehe Walther G. Hoffmann: Das Wachstum der deutschen Volkswirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin u.a. 1965, S. 228–231.

7 Die auf einer sehr dünnen Datenbasis beruhenden Überschlagsschätzungen von Hoffmann legen nahe, dass die durchschnittlichen Schlachtgewichte von Schweinen und Rindern sich zwischen 1830 und 1905 ungefähr verdoppelt haben dürften von ca. 42 kg auf 85 kg bzw. 135 kg auf 250 kg (S. 297–300).

8 Eigene Berechnungen beruhend auf Zahlen aus Hoffmann (Anm. 6, S.313). Die landwirtschaftliche Produktion berechnet sich nach Abzug von Aussaat, Verfütterung und Schwund, um Doppelzählungen in der tierischen und pflanzlichen Erzeugung zu vermeiden.

9 Als Ergebnis einer mit hohen Kosten verbundenen produktionsgebundenen Agrarpolitik lag der Selbstversorgungsgrad (inklusive Erzeugung aus Auslandsfutter) Westdeutschlands 1978/82 mit 91 Prozent höher als 1935 im autarkieorientierten nationalsozialistischen Deutschland (85 Prozent).

10 Der mengenmäßige Inlandsabsatz an Pflanzenschutzmitteln hat sich zwischen 1960 und 1979 verdreifacht. Seitdem steigt er im Trend immer noch, aber deutlich verlangsamt, an.

11 Hoffmann (Anm. 6).

12 Brian R. Mitchell: International Historical Statistics. Europe 1750–2000, 6. Aufl., Basingstoke u.a. 2007.

13 Bernd Kölling (Hrsg.): Agrarstatistik der Provinz Brandenburg 1750–1880, Historische Statistik von Deutschland, Band 25, St. Katharinen 1999; Meinolf Nitsch/Rita Gudermann (Hrsg.): Agrarstatistik der Provinz Westfalen 1750-1880, Paderborn u.a. 2009.

14 http://www.gesis.org/histat/de/data/themes/21 (19.9.2014).

18 Unternehmen, Industrie und Handwerk

1 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch. Deutschland und Internationales 2012, Wiesbaden 2012, S. 503–504 (im Folgenden: Statistisches Jahrbuch). Darin sind die Beschäftigten im Gesundheitswesen (ca. 1,1 Millionen) und die ca. 151 000 Praxen von Ärzten und Therapeuten nicht enthalten und ebenso wenig einige kleinere Dienstleistungsbereiche, ebd. S. 619.

2 Statistisches Jahrbuch 2013, S. 504.

3 DESTATIS Genesis-Online Datenbank Tabelle 52111*, www-genesis.destatis.de/genesis/online/ (16.10.2014).

4 Vgl. Statistisches Jahrbuch 2012, S. 504 und DESTATIS Genesis-Online Datenbank Tabelle 52111*(2010, WZ08-D), www-genesis.destatis.de/genesis/online/ (16.10.2014).

5 Siehe in diesem Abschnitt auch die Übersicht über die Struktur der Berufstätigkeit in der DDR.

6 Es gibt noch einige andere Formen der Kapitalgesellschaft, beispielsweise die Kommanditgesellschaft auf Aktien oder die GmbH & Co. KG, auf die hier nicht eingegangen werden kann.

7 Bis 1910 gab es 6 524 neue AGs, vgl. Jacob Riesser: Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration im Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Deutschland, 4. Aufl., Glashütten 1912, S. 109.

8 Leslie Hannah: A Global Census of Corporations in 1910, CIRJE Discussion Papers F-878, 2013.

9 Mark Spoerer: Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom: Die Eigenkapitalrentabilität der deutschen Industrieaktiengesellschaften 1925–1941, Stuttgart 1996.

10 Die Produktion der deutschen Automobilkonzerne ist noch viel stärker gestiegen, allein die Produktion von VW beträgt 2014 etwa 160 Prozent der in Deutschland produzierten Pkw.

11 Heinrich August Winkler: Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus: Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, S. 60.

12 In der amerikanischen Besatzungszone war die Zulassungspflicht Anfang 1949 aufgehoben worden. Dies wurde mit der Handwerksordnung von 1953 rückgängig gemacht. In einigen Handwerken waren seit 1965 Ausnahmebewilligungen möglich.

13 Die Ausübung eines zulassungsfreien Handwerks muss nur gegenüber der zuständigen Handwerkskammer angezeigt werden.

14 www.handwerk.de (5.11.2014).

15 www.gesis.org/histat.

19 Bauen und Wohnen

1 Siehe dazu Hans Jürgen Teuteberg/Clemens Wischermann: Wohnalltag in Deutschland 1850–1914. Bilder-Daten-Dokumente, Münster 1985.

2 Kristiana Hartmann: Deutsche Gartenstadtbewegung. Kulturpolitik und Gesellschaftsreform, München 1976.

3 Clemens Zimmermann: Von der Wohnungsfrage zur Wohnungspolitik. Die Reformbewegung in Deutschland 1845–1914, Göttingen 1991.

4 Hauptentwicklungen bei Günther Schulz: Kontinuitäten und Brüche in der Wohnungspolitik von der Weimarer Zeit bis zur Bundesrepublik, in: Hans Jürgen Teuteberg (Hrsg.): Stadtwachstum, Industrialisierung, Sozialer Wandel. Beiträge zur Erforschung der Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1986, S. 135–173.

5 Für die NS-Nachkriegsplanungen siehe Tilman Harlander/Gerhard Fehl (Hrsg.): Hitlers Sozialer Wohnungsbau 1940–1945. Wohnungspolitik, Baugestaltung und Siedlungsplanung, Hamburg 1986.

6 Zur NS-Wohnungspolitik siehe Ute Peltz-Dreckmann: Nationalsozialistischer Siedlungsbau. Versuch einer Analyse der die Siedlungspolitik bestimmenden Faktoren am Beispiel des Nationalsozialismus, München 1978; Joachim Petsch: Baukunst und Stadtplanung im Dritten Reich. Herleitung, Bestandsaufnahme, Entwicklung, Nachfolge, München/Wien 1976; Marie-Luise Recker: Nationalsozialistische Sozialpolitik im Zweiten Weltkrieg, München 1985.

7 Günther Schulz: Wiederaufbau in Deutschland. Die Wohnungsbaupolitik in den Westzonen und der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis 1957, Düsseldorf 1994, S. 31–45, insbes. S. 40 (dort erfasst als „Normalwohnungen“).

8 Ebd., S. 240.

9 Siehe Klaus von Beyme: Der Wiederaufbau. Architektur und Städtebaupolitik in beiden deutschen Staaten, München 1987.

10 Peter-Christian Witt: Inflation, Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer. Zur Regelung von Wohnungsbau und Wohnungsmarkt in der Weimarer Republik, in: Lutz Niethammer (Hrsg.): Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft, Wuppertal 1979, S. 385–407, hier S. 400.

11 Siehe Peter Kamper: Neue Heimat. Unternehmenspolitik und Unternehmensentwicklung im gewerkschaftlichen Wohnungs- und Städtebau 1950–1982, Stuttgart 2008.

12 Siehe Johannes Göderitz/Roland Rainer/Hubert Hoffmann: Die gegliederte und aufgelockerte Stadt, Tübingen 1957.

13 Siehe Übersicht x0876; ferner Helmut W. Jenkis: Einführung in die Wohnungswirtschaftspolitik, in: ders. (Hrsg.): Kompendium der Wohnungswirtschaft, 4. Aufl., München/Wien 2001, S. 65–122, hier S. 74, 79.

14 Ebd., S. 82.

15 Beispielsweise als Herausgeber: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972, Stuttgart/Mainz 1972. Es gibt zudem die Erhebungen des Mikrozensus heraus, bspw. Fachserie 5/Heft 1: Bautätigkeit und Wohnungen. Mikrozensus-Zusatzerhebung 2010. Bestand und Struktur der Wohneinheiten. Wohnsituation der Haushalte, Wiesbaden 2012. Ferner seien als Beispiele genannt: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.): Gebäude und Wohnungen. Bestand an Wohnungen und Wohngebäuden; Abgang von Wohnungen und Wohngebäuden. 2008, Wiesbaden 2009; Lange Reihen ab 1969–2008, Publikation unter: www.destatis.de (24.8.2009). Siehe: Jürgen Sensch: (1974–2007) histat-Datenkompilation online: Bautätigkeit und Wohnungen in der Bundesrepublik Deutschland 1950–2005. GESIS, Köln 2010, Deutschland ZA8398 Datenfile Version 1.0.0. sowie Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Gebäude und Wohnungen. Bestand an Wohnungen und Wohngebäuden. Bauabgang von Wohnungen und Wohngebäuden. Lange Reihen ab 1969–2013, Wiesbaden 2014, URL: www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bauen/Wohnsituation/FortschreibungWohnungsbestandPDF_5312301.pdf?__blob=publicationFile (21.4.2015).

16 Ab 4/2008 sind die Ausgaben als PDF auf der Internetseite des Bundesbaublatts verfügbar: www.bundesbaublatt.de/archiv_index_1354.html (21.4.2015).

17 1949 wurde die Zeitschrift vom Statistischen Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets herausgegeben. Die Zeitschrift erscheint zweimal im Monat, ab 2001 können die Bände online heruntergeladen werden: www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Archiv/WirtschaftStatistikArchiv.html (21.4.2015).

18 1979ff., Bonn/Berlin 1980ff., sie können ab 2003 online heruntergeladen werden: www.lbs.de/service/s/broschueren_5/index.jsp (21.4.2015).

19 Geschäftsstelle Öffentliche Bausparkassen: Jahresberichte 1952–1978, Bonn 1953–1979; Fortsetzung: Jahresberichte der Bundesgeschäftsstelle der Landesbausparkassen.

20 Hauptverband der Deutschen Bauindustrie: Baustatistisches Jahrbuch, Frankfurt a. M. 1960ff.

21 Zentralverband Deutsches Baugewerbe: Baumarkt: Ergebnisse, Entwicklungen, Tendenzen, Berlin 2000ff.

22 Die Erläuterungsseite von Eurostat gibt Hinweise zur Baugewerbestatistik: http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Industry_and_construction_statistics_-_short-term_indicators/de#Weitere_Informationen_von_Eurostat (21.4.2015).

20 Binnenhandel und Außenhandel

1 Ulrich Pfister: Vom Kiepenkerl zu Karstadt. Einzelhandel und Warenkultur im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 87 (2000), S. 38ff.

2 Die Angaben zum Wertschöpfungsanteil des Handels in Tabelle 1 vor und nach 1950 sind aufgrund von Definitions- und Erhebungsunterschieden nicht direkt vergleichbar.

3 Diese Zahlen beziehen sich auf das ehemalige Bundesgebiet.

4 Für Näheres siehe Ralf Banken: „Was es im Kapitalismus gibt, gibt es im Warenhaus“. Die Entwicklung der Warenhäuser in der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, 57 (2012) sowie die den bei GESIS hinterlegten Datensatz ZA8516.

5 Im Laufe der Zeit haben Einzelhandelsketten und Discounter einen zunehmenden Teil dieser Funktion direkt übernommen, sodass die Grenzen zwischen beiden zumindest in der Wahrnehmung des Endverbrauchers verschwimmen, während die offizielle Statistik beide Bereiche zu trennen vermag.

6 Siehe dazu Nikolaus Wolf: Was Germany Ever United? Evidence from Intra- and International Trade. 1885–1933, in: The Journal of Economic History, 69 (2008), S. 846–881.

7 Hierbei haben wir die Import- und Exportwerte in Preisen des jeweiligen Jahres mit Import- bzw. Exportpreisindizes in konstante Preise von 2010 umgewandelt und anschließend durch die Einwohnerzahl des Referenzgebietes (Zollverein, Deutsches Reich, Bundesrepublik, siehe Kap. 2) geteilt.

8 Für einen internationalen Vergleich siehe Giovanni Federico/Nikolaus Wolf: A Long-Run Perspective on Comparative Advantage, in: The Oxford Handbook of the Italian Economy since Unification, Oxford 2013, S. 327–350.

9 Siehe Cornelius Torp: Die Herausforderung der Globalisierung: Wirtschaft und Politik in Deutschland 1860–1914, Göttingen 2005, S. 97–99.

10 Siehe Antonio Tena-Junguito/Markus Lampe/Felipe Fernandes Tâmega: How Much Trade Liberalization was There in the World before and After Cobden-Chevalier?, in: Journal of Economic History, 72 (2012).

11 Der Anteil Polens an den deutschen Im- und Exporten lag Mitte bis Ende der 1920er Jahre bei ca. 4 Prozent; 2012 beträgt er 3,7 bzw. 3,8 Prozent.

12 Rüdiger Hohls: Arbeit und Verdienst: Entwicklung und Struktur der Arbeitseinkommen im Deutschen Reich und der Bundesrepublik (1885–1985). Dissertation Freie Universität Berlin, 1992. Die Daten sind enthalten in GESIS Datenarchiv, ZA 8212, Hohls und Kaelble: Die regionale Erwerbsstruktur im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik Deutschland 1895–1970, Tabelle A.5.

13 Ralf Banken: Die quantitative Entwicklung des bundesdeutschen Einzelhandels 1949–2000. Daten, Cologne Economic History Paper 03–2007, Köln 2007 (GESIS Datenarchiv ZA 8418).

14 Torp (Anm. 9), S. 52–53, gibt einen Überblick hierüber. Markus Lampe: Bilateral Trade Flows in Europe, 1857–1875: A New Dataset, in: Research in Economic History, 26 (2008), zeigt, dass selbst die Statistik des Zollvereins durchaus aussagekräftig war, allerdings große Anstrengungen zur Berechnung von Werten und der Rekonstruktion von Handelspartnerländern erfordert.

15 Georg Hirth: Beiträge zu einer Deutschen Handelsstatistik I. Waaren-Durchschnittspreise und auswärtiger Handel, in: Staatshandbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Statistik des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Zollvereins, 2 (1869), S. 67ff.; siehe Lampe (Anm. 14), insb. S. 87, 99–100.

16 Gerhard Bondi: Deutschlands Außenhandel 1815–1870, Berlin 1958 (Daten in GESIS Datensatz ZA 8449).

17 Eine umfassende Einführung in Methoden und Qualität zeitgenössische Schätzungen und ihre Verwendung bietet die Dissertation von Bodo von Borries: Deutschlands Außenhandel 1836 bis 1856. Eine statistische Untersuchung zur Frühindustrialisierung, Stuttgart 1970 (Daten in GESIS Datensatz ZA 8365).

21 Zahlungsbilanz

1 Cornelius Torp: Die Herausforderung der Globalisierung: Wirtschaft und Politik in Deutschland 1860–1914, Göttingen 2005.

2 Torp (Anm. 1), S. 71 folgt den Schätzungen von Karl Helfferich: Deutschlands Volkswohlstand 1888–1913, Berlin 1913, S. 112, ergänzt um eine nicht näher erläuterte Schätzung von Direktinvestitionen. Siehe dazu Friedrich Lenz: Wesen und Struktur des deutschen Kapitalexports vor 1914, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 18 (1922), 1, S. 42–54.

3 Vgl. Torp (Anm. 1), S.73.

4 Siehe dazu Harold James: Deutschland in der Weltwirtschaftskrise, Stuttgart 1988, S. 298ff.

5 Zu diesen Zusammenhängen siehe vor allem Albrecht Ritschl: Die deutsche Zahlungsbilanz 1936–1941 und das Problem des Devisenmangels vor Kriegsbeginn, Vierteljahreshefte zur Zeitgeschichte, 39 (1991), 1, S. 103–123.

6 Ebd.

7 Siehe dazu die vergleichende Studie von Tamas Vonyo: Post-war Reconstruction and the Golden Age of Economic Growth, in: European Review of Economic History, 12 (2008), 2, S. 221–241.

8 Werner Abelshauser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 460, Bonn 2004, S. 262f.

9 Zum folgenden vgl. Deutsche Bundesbank: Monatsberichte, Januar 1991. Die längerfristige Entwicklung der deutschen Zahlungsbilanz nach Regionen, Frankfurt a. M. 1991.

10 Schon in den 1960er Jahren wurde der Zusammenhang zwischen Überschüssen der Handelsbilanz und Netto-Kapitalexporten der Bundesrepublik intensiv diskutiert. Albert Hahn (1960) sprach hier von einem „Bumerang-Effekt“, vgl. Albert Hahn: Geld und Kredit. Währungspolitische und konjunkturtheoretische Betrachtungen, Frankfurt a. M. 1960, S. 127ff. und 269ff.

11 Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, Frankfurt a. M. 1999.

12 Deutsche Bundesbank: Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2011.

13 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.): Jahresgutachten 1994/95. Den Aufschwung sichern – Arbeitsplätze schaffen, Stuttgart 1994.

14 www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/zr_deutschland.html (16.10.2014).

15 Walther G. Hoffmann: Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin u.a. 1965, S.816–824.

16 Torp (Anm. 1), S. 67–73.

17 Ritschl (Anm. 5), sowie ders.: Deutschlands Krise und Konjunktur 1924–1934. Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre, Berlin 2002.

22 Internationale Vergleiche

1 Joost Veenstra: Missed Opportunities? Germany and the Transatlantic Labor-Productivity Gap. 1900–1940, Groningen 2014, S. 35.

2 Bart van Ark: International Comparisons of Output and Productivity. Manufacturing Productivity Performance of Ten Countries from 1950 to 1990, Groningen 1993, S. 177.

3 Michael Graff/George Kenwood/Alan Lougheed: Growth of the International Economy. 1820–2015, London/New York 2014, S. 75.

4 Graff u.a. (Anm. 3), S. 204.

5 Angus Maddison: Dynamic Forces in Capitalist Development. A Long-run Comparative View, Oxford 1991, S. 75.

6 Graff u.a. (Anm. 3), S. 278.

7 Mark Spoerer/Jochen Streb: Neue deutsche Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 2013, S. 250.

8 Das Konzept der komparativen Vorteile berücksichtigt, dass ein Mensch oder eine Volkswirtschaft nicht alles gleichzeitig tun kann. Zum Beispiel könnte ein Tennisstar sogar schneller seinen Rasen mähen als sein Gärtner, aber weil er relativ besser Tennis spielt, sollte er seine Zeit darauf konzentrieren. Dies lässt sich auf volkswirtschaftliche Spezialisierung übertragen.

9 Nachzulesen auf clio-infra.eu.

10 Jörg Baten/Jan Luiten van Zanden: Book Production and the Onset of Early Modern Growth, in: Journal of Economic Growth, 13 (2008), 3, S. 217–235.

11 Ted Robert Gurr/Keith Jaggers/Will H. Moore: The Transformation of the Western State: The Growth of Democracy, Autocracy, and State Power since 1800, in: Studies in Comparative International Development, 25 (1990), S. 73–108.

Autorinnen und Autoren

Jörg Baten, Prof. Dr., Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Eberhard Karls Universität Tübingen ▸ Internationale Vergleiche

Marcel Boldorf, Prof. Dr., LCE (Langues et cultures européennes), Universität Lyon 2 Lumière ▸ Sozialpolitik

Marc Debus, Prof. Dr., Fakultät für Sozialwissenschaften, Universität Mannheim ▸ Politische Partizipation

Paul Erker, apl. Prof. Dr., Historisches Seminar, Ludwig-Maximilians-Universität München ▸ Umwelt, Klima und Natur

Georg Fertig, Prof. Dr., Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ▸ Bevölkerung, Haushalte und Familien

Markus Goldbeck, M.A., Historisches Seminar, Westfälische Wilhelms-Universität Münster ▸ Religion

Thomas Großbölting, Prof. Dr., Historisches Seminar, Westfälische Wilhelms-Universität Münster ▸ Religion

Herman J. de Jong, Prof. Dr., Faculty of Economics and Business, University of Groningen ▸ Internationale Vergleiche

Christopher Kopper, apl. Prof. Dr., Fakultät für Geschichtswissenschaft, Philosophie und Theologie der Universität Bielefeld ▸ Verkehr und Kommunikation

Michael Kopsidis, Prof. Dr., Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO), Halle ▸ Landwirtschaft

Markus Lampe, Prof. Dr., Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wirtschaftsuniversität Wien ▸ Binnenhandel und Außenhandel

Rainer Metz, Prof. Dr., Leiter des Arbeitsbereichs Datenservice Historische Studien bei GESIS – Leibniz Institut für Sozialwissenschaften in Köln und Titularprofessor an der Universität St. Gallen ▸ Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen / Preise

Volker Müller-Benedict, Prof. Dr., Interdisziplinäres Institut für Umwelt-, Sozial- und Humanwissenschaften, Universität Flensburg ▸ Bildung und Wissenschaft

Dietrich Oberwittler, Priv.-Doz. Dr., Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht – Abteilung Kriminologie, Freiburg i. Br. ▸ Kriminalität

Jochen Oltmer, apl. Prof. Dr. habil., Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Universität Osnabrück ▸ Migration

Toni Pierenkemper, Prof. emeritus Dr., zuletzt Direktor des Seminars für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln ▸ Arbeit, Einkommen und Lebensstandard

Alfred Reckendrees, Associate Professor Dr., Centre for Business History, Copenhagen Business School ▸ Unternehmen, Industrie und Handwerk

Franz Rothenbacher, Dr., Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), Universität Mannheim ▸ Bevölkerung, Haushalte und Familien

Günther Schulz, Prof. Dr., Institut für Geschichtswissenschaft, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn ▸ Bauen und Wohnen

Mark Spoerer, Prof. Dr., Institut für Geschichte, Universität Regensburg ▸ Öffentliche Finanzen

Reinhard Spree, Universitätsprofessor i. R. Dr., zuletzt Leiter des Seminars für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Ludwig-Maximilians-Universität München ▸ Gesundheit

André Steiner, Prof. Dr., Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam ▸ DDR-Statistik

Richard Tilly, Professor emeritus Dr., Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Westfälische Wilhelms-Universität Münster ▸ Geld und Kredit

Bernd Wedemeyer-Kolwe, Dr. Dr., Wissenschaftlicher Leiter und Geschäftsführer des Niedersächsischen Instituts für Sportgeschichte (NISH) in Hannover, apl. Prof. an der Georg-August-Universität Göttingen ▸ Sport

Nikolaus Wolf, Prof. Dr., Institut für Wirtschaftsgeschichte, Humboldt Universität zu Berlin ▸ Binnenhandel und Außenhandel / Zahlungsbilanz

Heike Wolter, Dr., Abteilung für Didaktik der Geschichte, Universität Regensburg ▸ Kultur und Tourismus

Wie hoch? Wie groß? Wie viele? Mit welcher Dynamik? Wie haben sich Klima, Bevölkerung und Arbeit, wie Freizeit, Gesundheit und Sozialleistungen, wie Landwirtschaft oder Industrien entwickelt – und das in Zahlen?

Dieser Band präsentiert zu 22 Themen in über 1 000 Zeitreihen Daten für die Zeit seit dem 19. Jahrhundert und ordnet sie fachwissenschaftlich in die jeweiligen historischen Kontexte ein. Er bietet einen breit gefächerten und verlässlichen Einblick in die Historische Statistik von Deutschland über verschiedene Epochen und politische Systeme hinweg.